

**FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

BEI DER HOCHSCHULE
FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

Georg Smolka

**DIE AUSWANDERUNG ALS POLITISCHES
PROBLEM IN DER ÄRA DES DEUTSCHEN
BUNDES (1815 – 1866)**

2. Auflage

**SPEYERER 128
FORSCHUNGSBERICHTE**

ISSN 0179-2326

Georg Smolka

Die Auswanderung als politisches Problem in der Ära des Deutschen Bundes (1815-1866)

Speyerer Forschungsberichte 128

Georg Smolka

**DIE AUSWANDERUNG ALS POLITISCHES
PROBLEM IN DER ÄRA DES DEUTSCHEN
BUNDES (1815-1866)**

**Mit einer Vorbemerkung von Rudolf Morsey
und einem Nachwort von Hans Fenske**

2., korrigierte Auflage

**FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG
BEI DER HOCHSCHULE FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER**

1995

1. Auflage November 1993
2., korrigierte Auflage Oktober 1995

Druck und Verlag:
FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG
bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Alle Rechte vorbehalten

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung von <i>Rudolf Morsey</i>	1
Die Geschichte der deutschen Auswanderung als Aufgabe der deutschen Geschichtswissenschaft	9
Die Ära des Deutschen Bundes in ihrer Bedeutung für die Einordnung der deutschen Auswanderung in das deutsche Geschichtsbild	15
Die europäische Ausbreitungsbewegung der Neuzeit und die deutsche Auswanderung	18

Kapitel 1

Die deutsche Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert	25
Die deutsche Auswanderung bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts	25
Die deutsche Massenauswanderung im neun- zehnten Jahrhundert	38

Kapitel 2

Die Auswanderung im politischen Meinungsstreit 1814-1848	74
Die Auswanderungswelle von 1816/17	76
Kolonialpolitische Ideen und Ansätze im Vormärz	94
Das Kalifornienprojekt	104
Mittelamerikanische Kolonisationsversuche	119
Der Texas-Verein	128

VI

Die deutschen Regierungen und die Auswanderung in den Jahren vor 1848	149
---	-----

Kapitel 3

Die deutsch-mitteleuropäische Frage 1848-1866 und die deutsche Auswanderung	199
Die Auswanderungsfrage in der deutschen Revolution 1848/49	199
Die Auswanderung als Gegenstand der preußischen Politik 1848-1853	222
Die Frage der Bundesreform 1848-1866 und die Auswanderung	251
Zusammenfassung	276
Quellen- und Literaturverzeichnis	283
Nachwort von <i>Hans Fenske</i>	297

VORBEMERKUNG

von *Rudolf Morsey*

Von 1947 bis 1970 hat der Historiker Georg Smolka an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer das Fachgebiet "Neuere Geschichte" vertreten. Aus seinem ersten Lehrauftrag im Winter 1947/48, im zweiten Semester der im Mai 1947 in Speyer auf Initiative der französischen Militärverwaltung eröffneten "Staatlichen Akademie für Verwaltungswissenschaften", entwickelte sich eine dauerhafte Verbindung. Sie blieb erhalten, nachdem 1950 die Akademie durch Staatsvertrag zwischen dem Bund und zunächst fünf Ländern – dem später auch die übrigen Länder beitraten, jüngst auch die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland – zur "Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer" umgestaltet worden war – damals wie noch heute die einzige postuniversitäre Ausbildungsstätte in Deutschland.

Die Etappen der ungewöhnlichen Vita Georg Smolkas und sein wissenschaftliches Werk, aber auch seine politisch-pädagogische Wirksamkeit über die engagierte wissenschaftliche Lehrtätigkeit hinaus hat sein langjähriger Assistent an der Hochschule, Hans Fenske, Universitätsprofessor für Neuere Geschichte an der Universität Freiburg, im Nachwort dieses Bandes geschildert. Das gleiche gilt für den Rang und Stellenwert der bereits 1953 abgeschlossenen, aber erst jetzt publizierten Habilitationsschrift Smolkas im Kontext der historischen Forschung über die deutsche Auswanderung im 19. Jahrhundert, die in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung verzeichnen konnte. Dafür sei Herrn Kollegen Fenske an dieser Stelle besonders gedankt.

Georg Smolka, mein Vorgänger auf dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der

hiesigen Hochschule, ist erst auf Umwegen zur akademischen Lehrtätigkeit gelangt – wie sich durch Auswertung der einschlägigen Akten zeigen läßt.¹ 1933 konnte er seine Vorarbeiten für eine aus archivalischen Quellen erstellte größere Darstellung zur Geschichte der deutschen Auswanderung in der Ära des Deutschen Bundes nicht fortsetzen. Für diesen ausgewiesenen Gegner des Nationalsozialismus bestand keine Möglichkeit zur Lehrtätigkeit an einer Universität, geschweige denn zur Habilitation oder zur Erlangung einer Professur. Seine schriftstellerische Arbeit der folgenden Jahre belegt seine Fundamentalopposition gegen das herrschende Regime. Er konnte sich jedoch nicht entschließen, mit seiner großen Familie in Berlin dem Vorschlag seines alten Freundes Waldemar Gurian zur Emigration zu folgen.² Dieser politische Publizist war nach seiner Emigration (1934) in die Schweiz 1937 an die Universität Notre Dame in Indiana/USA übergesiedelt und hatte dort eine Professur für Politische Wissenschaft übernommen.

Nach mehr als sechsjährigem Kriegsdienst und anschließender Kriegsgefangenschaft 1946 zu seiner Familie in Wessling in der Nähe Münchens zurückgekehrt, suchte Smolka nach einer ihm adäquaten wissenschaftlichen Aufgabe, vor allem mit der Möglichkeit zu intensiver Lehrtätigkeit. Ihr fühlte sich der gebürtige Schlesier inzwischen – als literarischer Vorkämpfer einer deutsch-französischen Verständigung wie einer föderalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, ebenso aber

-
- 1 Soweit im folgenden keine anderen Belege nachgewiesen werden, stammen sie aus den Akten des Rektorats der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Dazu vgl. *Rudolf Morsey*, 40 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (1947-1987), in: *Speyerer Vorträge*, Heft 9, Speyer 1987, S. 11-44; *Franz Knipping*, Umerziehung der Verwaltung? Zur Gründungsgeschichte der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, in: *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1950*, hrsg. von Franz Knipping und Jacques Le Rider. Tübingen 1987, S. 91 ff.
 - 2 Mitgeteilt in einem Privatschreiben *Smolkas* vom 18. Dezember 1969. Kopie im Besitz des Verfassers. *Gurian* (1902-1954), der 1939 die *Review of Politics* begründete, hat auf Einladung *Smolkas* Anfang der fünfziger Jahre einen Gastvortrag an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer gehalten.

auch als scharfsinniger Preußen-Kritiker – stärker verpflichtet als historischer Grundlagenforschung.

So suchte er zunächst mit Hilfe seines alten Freundes Karl Thieme, früher Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie in Elbing/Ostpommern – der aus seinem Schweizer Exil als Berater für die französische Militärverwaltung in Baden-Baden tätig war³ –, an der neugegründeten und im Mai 1946 eröffneten Universität in Mainz Fuß zu fassen. Nachdem sich diese Absicht zerschlagen hatte, setzte Smolka im Herbst 1946 seine Hoffnung auf Trier, das damals noch als Standort für eine weitere Universitätsgründung in der französischen Zone im Gespräch war, "da es die einzige Möglichkeit sein dürfte, unter Umgehung der Ochsentour an eine Universität zu kommen".⁴

Thiemes Antwort vom 20. Oktober 1946 wies jedoch in eine andere Richtung: Da Trier als Universitätsstandort "zurückgestellt" zu sein scheine, habe er eine Anfrage der Militärregierung nach seiner Bereitschaft, "an der in Gründung befindlichen neuen Verwaltungsakademie Speyer (und dem Akademischen Dolmetscher-Institut in Germersheim) Geschichte zu behandeln", positiv beschieden. Auf Thiemes Frage an den Freund, ob er nicht ebenfalls zu einer solchen Lehrtätigkeit bereit sei, signalisierte Smolka postwendend sein "lebhaftes Interesse" an dieser Aufgabe. Er äußerte allerdings am 27. Oktober Bedenken gegen den zunächst geplanten Vorlesungsbeginn zum 1. November 1946, da er infolge "vorliegender Verpflichtungen" bis zum Jahresende nicht dazu komme, Vorlesungen auszuarbeiten.

Ein Blitzstart erwies sich allerdings auch keineswegs als notwendig; denn die durch Dekret der Militärregierung vom 11. Januar 1947 er-

3 *Karl Thieme* (1902-1963) war 1933 aus seiner Stellung entlassen worden und nach zeitweiliger Zusammenarbeit auch mit *Smolka* an der katholischen Wochenschrift "Michael/Junge Front" 1936 in die Schweiz emigriert. Er betätigte sich als theologischer Schriftsteller und Verfasser von Geschichtsbüchern sowie geschichtsphilosophischen Arbeiten.

4 9. Oktober 1946 an *Thieme*. Institut für Zeitgeschichte München, Nachlaß Karl Thieme 80.

richtete "Ecole Supérieure d'Administration / Höhere Verwaltungsakademie" nahm erst im Mai 1947, und dann als "Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften Speyer", ihre Vorlesungstätigkeit (mit Internatsbetrieb) auf – mit Thieme⁵, aber ohne Smolka. Er lehrte jedoch im folgenden Wintersemester 1947/48 in Speyer, im Vorlesungsverzeichnis als "Gast-Professor für politische Geschichte" ausgewiesen. Während Thieme bereits 1948 wieder aus dem Lehrkörper ausschied, blieb Smolka – der seinen Wohnsitz in Wessling beibehielt – der Akademie und, seit 1950, der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer verbunden, allerdings in unterschiedlichen Funktionen.

In den Vorlesungsverzeichnissen seit 1948/49 erscheint der Historiker als "Dozent" bzw. "Lehrbeauftragter für politische Geschichte", seit dem Wintersemester 1950/51 mit dem Zusatz "mit der Vertretung einer Professur beauftragt", die ihrerseits wiederum vom Wintersemester 1951/52 für "neuere politische Geschichte" ausgewiesen ist. Dabei blieb es vorerst; denn der Verwaltungsrat und der Senat der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer bestanden darauf, daß die wenigen hauptamtlichen Mitglieder des Lehrkörpers – dem eine größere Zahl von Lehrbeauftragten aus Verwaltung und Justiz angehörte – habilitiert sein sollten. Smolka wurde nach Abschluß eines entsprechenden Verfahrens die Übertragung der von ihm vertretenen a.o.Professur in Aussicht gestellt.⁶ Im März 1951 bestätigten auf Bitten des Justiz- und Kultusministers von Rheinland-Pfalz, Adolf Süsterhenn – der den Vorsitz im Verwaltungsrat der Hochschule führte –, zwei renommierte auswärtige Historiker die fachwissenschaftliche und didaktische Qualifikation Smolkas: Clemens Bauer (Freiburg) und Franz Schnabel (München).⁷

5 Dazu vgl. *Rudolf Morsey*, Berufungspolitik in der französischen Besatzungszone. Die Erstbesetzung des Lehrkörpers der "Staatlichen Akademie für Verwaltungswissenschaften Speyer" 1947, in: Festschrift für Kurt G. A. Jeserich, hrsg. von Helmut Neuhaus. Köln 1994 (z.Z. im Druck).

6 Beschluß des Senats vom 26. Februar 1951. Bestätigt in einem Schreiben der Hochschule vom 10. November 1953 an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, *Peter Altmeier*, den Dienstvorgesetzten der Professoren.

7 In der gutachtlichen Äußerung *Bauers* vom 7. März 1951 hieß es, *Smolka* besitze nicht nur eine "profunde Grundlage an sicherer Methodik und solidem Wissen,

Am 9. Juli 1952 teilte der Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Arnold Gehlen, dem Münchner Historiker Franz Schnabel mit, daß der Verwaltungsrat der Hochschule die "endgültige Übertragung" des "planmäßigen Extra-Ordinariats für Neuere politische Geschichte" an Smolka von dessen "vorheriger Habilitation abhängig gemacht" und dazu eine Frist gestellt habe, "welche mit Ablauf der kommenden Semesterferien endet". Gehlen bat um Auskunft, ob in München ein Habilitationsverfahren Smolkas "anhängig ist, oder ob ein solches in naher Aussicht steht". Am 21. Juli antwortete Schnabel, daß die Fakultät beschlossen habe, Smolka zu dem "vorgeschriebenen Habilitationsverfahren" zuzulassen; dies wiederum hänge davon ab, "daß Herr Dr. Smolka den Rest der Habilitationsarbeit bis zum Beginn des Wintersemesters vorlegt". Das tat er, nachdem er das Manuskript in diesen Monaten, in denen er zwischen Wessling, Speyer und Germersheim pendelte und ab 1952 auch an der neuerrichteten Ausbildungsstätte des Auswärtigen Dienstes in Speyer lehrte, zudem durch zahlreiche auswärtige Vortragsverpflichtungen beansprucht war (und blieb), fertiggestellt hatte.

sondern eine ungewöhnliche Weite des Horizontes und der Interessen. Seine Essays und seine größeren Aufsätze ... bringen durch Fragestellung, neue Perspektiven und Fülle der Gesichtspunkte die Forschung wieder ihrerseits vorwärts. ... Er vermag ebenso lebendig Persönlichkeiten zu erfassen und in ihrer Art zu verlebendigen wie große Entwicklungszusammenhänge bei aller Kompliziertheit des Ablaufes im einzelnen geistig zu durchdringen und ihren wirklichen Sinn und Gehalt transparent zu machen". In seinem Gutachten vom 8. März 1951 verwies *Schnabel* auf Aufsätze *Smolkas*, die "auf der Kenntnis der primären Quellen beruhen, neue und gut begründete Gesichtspunkte bringen und ohne Zweifel die Wissenschaft vorangebracht" hätten. *Smolka* habe in seiner großen Darstellung "Abendländische Einheit und Säkularisation" (1938) mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft einen "wertvollen Beitrag geleistet zur Kritik der Zeit". Er sei auch im Ausland "von vielen Fachgenossen geschätzt" und habe mit seinen Arbeiten "über die Geschichte der deutschen Wanderungen" ein Thema behandelt, "das weithin jenseits der Grenzen Deutschlands interessiert"; *Smolka* habe mit seinen "vielseitigen Interessen" und seiner "guten Arbeitsmethode" einem "akademischen, auch internationalen Publikum Gewichtiges zu sagen". – Beide Gutachten dienten als Grundlage, um *Smolkas* Bezüge anheben zu können.

Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: "Die Auswanderung als politisches Problem in der Ära des Deutschen Bundes (1815-1866)". Sie bildete die Grundlage seines Habilitationsverfahrens vom 12. Juni 1953 vor der Philosophischen Fakultät der Universität München. Erstgutachter der Arbeit war Franz Schnabel, der in seinem vom 7. Januar 1953 datierten Votum darauf hingewiesen hat, daß sich die "durchaus beachtenswerten Thesen" Smolkas "wahrscheinlich nicht immer durchsetzen, als Anregung freilich für lange Zeit die Grundlage abgeben" würden. Der Mittelalter-Historiker Johannes Spörl würdigte die Arbeit auch als "beachtenswerten Beitrag zur allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung".⁸

Nach der "wissenschaftlichen Aussprache" vor der Philosophischen Fakultät über das Thema "Der Kaisergedanke Karls V." und der Probevorlesung über "Die Universität im Geistesleben des ausgehenden Mittelalters" am 10. Juli 1953⁹ wurde Smolka im September 1953 zum Privatdozenten für Mittlere und Neuere Geschichte in München ernannt und hatte damit die ihm in Speyer "gestellte Auflage erfüllt".¹⁰ Die Hochschule beantragte seine Ernennung zum a.o.Professor, die zum 1. Februar 1954 erfolgte (und seine Privatdozenten-Tätigkeit in München beendete). Vier Jahre später wurde er zum persönlichen Ordinarius ernannt. Zum 1. Juni 1960 erhielt er den inzwischen neugeschaffenen Lehrstuhl für Neuere politische Geschichte übertragen – seit dem Sommersemester 1967: für Neuere Geschichte –, den er bis zu seiner Emeritierung im März 1969 innehatte und dann noch zwei Semester lang als Vertreter betreute.

Der 1972 anlässlich des 25jährigen Bestehens der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer erschienene Sammelband "Demokratie und Verwaltung" enthält einen Beitrag Smolkas "Beamteninitiative

8 Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität München O-N-habil., *Georg Smolka*. Die einschlägigen Unterlagen verdanke ich der freundlichen Vermittlung von Frau Professor Dr. *Laetitia Boehm*, Leiterin des Archivs der Ludwig-Maximilians-Universität München.

9 Wie Anm. 8.

10 So in dem in Anm. 6 erwähnten Antrag der Hochschule.

und Polizeistaatsdenken. Zur Vorgeschichte des preußischen Auswanderungsgesetzes vom 7. Mai 1853". Darin fehlt jeder Hinweis auf seine Habilitationsschrift. Smolka deutete allerdings in einer Anmerkung die Grundlage seines Beitrags, "soweit nicht aus Anmerkungen anderer hervorgeht", an: Aktenbestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs Berlin-Dahlem.¹¹ In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß die Geschichte der deutschen Auswanderung bisher noch "auf weite Strecken hin eine terra incognita" sei; eine Ursache dieser "Vernachlässigung" fand er in der "Verengung unseres geschichtlichen Horizonts durch die Bismarcksche Reichsgründung". Aus dieser Verengung führt Smolkas größere Darstellung heraus.

11 Berlin 1972, S. 136-157, hier S. 139. Diese Bestände befanden sich bis 1993 im früheren Zentralen Staatsarchiv der DDR, Abt. Merseburg. Weitere einschlägige Beiträge *Smolkas* zum Thema Auswanderung verzeichnet sein (unvollständiges) Schriftenverzeichnis in dem im Nachwort von *H. Fenske* zitierten, von *Joachim Köhler* herausgegebenen Sammelband seiner Aufsätze von 1986.

DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN AUSWANDE- RUNG ALS AUFGABE DER DEUTSCHEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hat Hermann Oncken es als eine der Aufgaben der deutschen Geschichtsschreibung bezeichnet, die Geschichte der deutschen Auswanderung "in den Zusammenhang deutscher Geschichte einzugliedern"¹. Diese Aufgabe ist bis heute unerledigt geblieben. Zwar wuchs das auswanderungsgeschichtliche Schrifttum in der Zeit zwischen den Weltkriegen sehr stark an, aber es bewegt sich durchweg in Bahnen, die nicht zu dem eingangs genannten Ziele führten.

Die bisherigen Arbeiten zur Geschichte der deutschen Auswanderung gliedern sich in zwei Gruppen. Eine erste umfaßt historische Untersuchungen und Darstellungen, die das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen behandeln. Sie sind zum guten Teil innerhalb des Auslandsdeutschtums selbst entstanden oder der historischen Wissenschaft der Einwanderungsländer zu verdanken. Dahin gehören vornehmlich die zahlreichen Arbeiten aus deutschamerikanischer oder amerikanischer Feder über die Geschichte des Amerikadeutschtums². Ihr Schwerpunkt liegt naturgemäß auf der Geschichte des deutschen Elements in der neuen Heimat; für die Hintergründe der Auswanderung und ihre Stellung im Rahmen der deutschen Geschichte bieten sie deshalb zumeist

-
- 1 *Hermann Oncken*, Historisch-politische Aufsätze und Reden, Band 1 (München/Berlin 1914), S. 97. Ähnlich im Hinblick auf das Auslanddeutschtum: *E. Kayser*, Das Grenz- und Auslanddeutschtum und seine Erforschung, in: "Mitteilungen der Deutschen Akademie" (München 1928), S. 797 ff.
 - 2 Neben den veralteten Schriften von *Fr. Kapp* und *R. Cronau* besonders die später angeführten Werke von *A. B. Faust*, *R. L. Biesele* und "Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter. Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois" (Chicago 1900 ff.).

wenig Aufschluß. Ergiebiger sind in dieser Hinsicht die verhältnismäßig zahlreichen Studien, die wir dem zunehmenden Interesse des Mutterlandes am Auslandsdeutschtum, besonders seit dem Ersten Weltkrieg, verdanken³. Bei aller zuweilen sehr deutlich vom Zeitgeist geprägten Tendenz stellen sie eine beträchtliche Bereicherung unserer Kenntnisse der deutschen Auswanderungsgeschichte dar, da sie in der Regel auf archivalische Quellen zurückgehen. Alle Arbeiten dieser ersten Gruppe haben jedoch vorwiegend den auslandsdeutschen Gesichtspunkt gemeinsam, betrachten also die Auswanderung nicht oder nur beiläufig als einen Vorgang, der in die deutsche Geschichte der Neuzeit aufs engste verwoben ist.

Eine zweite, unter dem letzteren Gesichtspunkt nicht zu unterschätzende Gruppe des Auswanderungsschrifttums ist außerhalb oder am Rande der Geschichtswissenschaft erwachsen; wir verdanken sie der Wirtschafts- und Staatswissenschaft. Die hierher gehörigen Arbeiten haben besonders zur Aufhellung der demographischen und administrativen Seite der Auswanderungsgeschichte wichtige Beiträge geleistet⁴. Dies gilt allerdings, wenigstens hinsichtlich der Demographie, nur für die jüngere Phase der Auswanderungsbewegung, etwa seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, da erst seit diesem Zeitraum zuverlässige statistische Unterlagen zur Verfügung stehen. Sofern diese Untersuchungen weiter zurückgreifen, fußen sie fast ausschließlich auf älterer Literatur der ersten Gruppe, sind also kaum geeignet, neue Erkenntnisse über Hintergründe und Ursachen der Auswanderung zu vermitteln. Trotzdem sind die Arbeiten dieser Gruppe für die Einordnung der Auswanderung in den deutschen Geschichtsverlauf insofern aufschlußreich, als sie die Auswanderungsbewegung in ihrer Beziehung zur deutschen und europäischen Bevölkerungsbewegung und zur zeitgenössischen Wirtschaftsentwicklung zu erfassen versuchen.

3 An erster Stelle sind zu nennen die "Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart", besonders die Bände der "Kulturgeschichtlichen Reihe"; ferner einzelne Bände der Schriftenfolge "Überseegeschichte", hrsg. von A. Rein (Hamburg 1929 ff.).

4 So die im folgenden erwähnten Arbeiten von *Philippovich*, *Mönckmeier* und *Ferenczi/Willcox*.

Wenn trotz zahlreicher Vorarbeiten und Einzeluntersuchungen eine "Geschichte der deutschen Auswanderung" bisher fehlt und auch in absehbarer Zeit kaum zu erwarten steht, so liegen die Gründe dafür auf der Hand. Sie hängen zunächst und vor allem mit dem Gegenstand, der Auswanderung selbst, zusammen. Obwohl man seit dem zweiten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts von einer deutschen Massenauswanderung als Dauererscheinung unseres geschichtlichen Lebens sprechen kann, bleibt diese Bewegung eine Vielzahl von Einzelvorgängen, die schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind; sowohl hinsichtlich der objektiven Ursachen und der subjektiven Beweggründe, wie hinsichtlich des Auswanderungsvorgangs und seiner Begleiterscheinungen, der Wahl des Auswanderungszieles und der Wirkungen auf das Ursprungsland und die Einwanderungsländer. Zwar könnte man gegen diesen Einwand anführen, daß die meisten geschichtlichen Vorgänge sich aus einer Vielfalt von Einzelereignissen zusammensetzen, und daß in jedem Falle Einzelmenschen die Träger des Geschehens sind. Im Unterschied zu anderen großen geschichtlichen Bewegungen war jedoch die Auswanderung stets vorwiegend individuell bedingt, wird also auch als Ganzes nur durch die Analyse und Summierung ihrer Einzelvorgänge recht erkennbar. Jeder Einzelfall hat seine besonderen Voraussetzungen, und über die Motive, die sich zudem meist aus mehreren Faktoren zusammensetzen, geben die Quellen nur selten Aufschluß. Gerade deshalb liegt die Gefahr besonders nahe, das Gewicht des einzelnen Zeugnisses zu überschätzen und unzulässig generalisierende Schlüsse zu ziehen⁵. Auch die lokal- und regionalgeschichtliche Erforschung der Auswanderungsursachen, wie sie verschiedentlich von der historischen Landeskunde nicht ohne Gewinn in Angriff genommen worden ist, wird sich dieser Verlockung bewußt bleiben müssen, um sich vor Kurzschlüssen

5 Vielfach sind diese beeinflusst durch die politischen Anschauungen des Historikers; besonders handgreiflich bei der Überschätzung politischer Motive in der Auswanderung des Vormärz und nach der Revolution von 1848. Ähnliches gilt für die Rolle, die viele Darstellungen der Pfälzer Auswanderung von 1709 dem Kriegselend zuschreiben, oder für die politischen Aspekte der Auswanderungswelle 1816/17 (s.u.).

zu bewahren⁶. Der von Oncken hervorgehobene "reizvolle Wechsel der Motive, die zur Auswanderung führten"⁷, läßt sich jedenfalls nicht oft stichhaltig belegen; zum guten Teil bleibt er mehr oder minder überzeugende Hypothese. Je enger man den Rahmen räumlich und zeitlich spannt, desto mehr Gewicht dürfte ihr zukommen; im übrigen wird man sich mit allgemeinen Hinweisen auf das Überwiegen wirtschaftlicher, politischer oder sonstiger Motive begnügen müssen.

Stehen für die Erforschung der Ursachen der deutschen Auswanderung schriftliche Quellen nur in bescheidenem Umfange zur Verfügung⁸, so fließen sie reichlicher hinsichtlich des Umfangs der Bewegung und ihrer Wirkungen auf das Ursprungs- und Zielland. Das Gleiche gilt für die - übrigens mit der Entwicklung des Verkehrs in engster Wechselwirkung stehende⁹ - "Organisation" der Auswanderung, vor allem insoweit sie den Gegenstand staatlicher Betreuung oder auch Behinderung bil-

6 Vgl. *J. Scheeben*, Die Fragen nach der Geschichte der deutschen Auswanderung, in: "Rheinische Vierteljahrsblätter", Jahrgang 5 (1935), Heft 2 und 3. - Ob die von Sch. angenommene "tiefliegende Gesetzmäßigkeit" wirklich auf der "besonderen Gestaltung der agrarwirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Landschaften" beruht, könnte erst eine Fülle von Einzeluntersuchungen erweisen. Andererseits dürfte sich diese bereits von *Fr. List* mit Bezug auf die südwestdeutsche Auswanderung aufgestellte These (Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung, 1842) in vielen Fällen als heuristisches Prinzip empfehlen.

7 A.a.O., S. 106.

8 Selbst in den seltenen Fällen, in denen die Akten eine entsprechende Rubrik aufweisen, dürften die Angaben, vor allem in früherer Zeit, mit Vorsicht zu verwenden sein. So lange der Konsens erforderlich war, hüteten sich die Auswanderungslustigen vor der Angabe von Motiven, die den Behörden unangenehm waren. *Fr. List* z.B. bekam bei seinen Erhebungen über die auffallend starke Auswanderung aus den Bezirksamtern Weinsberg und Neckarsulm 1817 Klagen über bürokratische Willkür zu hören, die den zuständigen Amtsmännern begreiflicherweise verschwiegen wurden. S. auch die bezeichnenden Karikaturen "Auswanderer" (Leipzig 1937), nach S. 24.

9 Dazu *W. Mönckmeier*, Die deutsche überseeische Auswanderung (Jena 1912), S. 188 und vor allem *H. Wätjen*, Aus der Frühzeit des Nordatlantikverkehrs (Leipzig 1932), passim.

dete. Von einer "Auswanderungspolitik" der Regierungen läßt sich nur cum grano salis sprechen. Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und in etwa auch politische Bedeutung der Massenauswanderung brachte es jedoch von selbst mit sich, daß sie in den Akten der Verwaltungsbehörden bis hinauf zu den Ministerien ihren Niederschlag fand. Diese schriftlichen Quellen sind bisher nur zu einem Bruchteil für die Erforschung der Auswanderung herangezogen worden, zum großen Teil noch nicht einmal archivalisch gesichtet¹⁰. Sie sind als die unmittelbarsten Zeugnisse – neben verschwindend wenigen Auswandererbriefen und Memoiren¹¹ – für die Erkenntnis der Rolle der Auswanderung im deutschen Geschichtsverlauf unentbehrlich. Insbesondere die Akten der Zentralbehörden werfen gelegentlich ein bezeichnendes Licht auf kaum bekannte Zusammenhänge, Pläne und Möglichkeiten, die auch für das Gesamtbild der deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert nicht ohne Bedeutung sind.

Kaum weniger bedeutsam sind unter diesem Gesichtspunkt die gedruckten Quellen. Es handelt sich dabei nicht um Aktenpublikationen, die auf dem Gebiete der Auswanderungsgeschichte so gut wie ganz fehlen¹², sondern um die sehr umfangreiche zeitgenössische Publizistik zur Auswanderungsfrage. Das Anschwellen des Auswanderungsstromes im neunzehnten Jahrhundert mußte in einer Zeit der zunehmenden Politisierung des Daseins die Öffentlichkeit zur Beschäftigung mit den Fragen

-
- 10 Für den in der vorliegenden Arbeit behandelten Zeitraum wurde vom Verfasser 1929-32 eine möglichst vollständige Inventarisierung versucht. Dabei ergab es sich, daß die von *M. D. Learned*, *Guide to the Manuscript Materials relating to American history in the German State Archives* (Washington 1912) für die Amerikawanderung gemachten Angaben in vieler Hinsicht ergänzungsbedürftig sind. Nicht wenige Akten, die *Learned* verzeichnet, wurden seither kassiert; andererseits sind seine Angaben, auch abgesehen von späteren Akzessionen, lückenhaft.
- 11 Eine Sammlung von Auswandererbriefen aus deutschen Archiven wird vom Verfasser vorbereitet. Einzelne Stücke s. *Freeden/Smolka*, *Auswanderer*, S. 72 und 101/103.
- 12 Die einzige Ausnahme bildet *Leibbrandt/Dickmann*, *Auswanderungsakten des Deutschen Bundestags (1817-1856) und der Frankfurter Reichsministerien (1848/49)* (Stuttgart 1932).

reizen, die durch diese auffallende Erscheinung des deutschen Lebens aufgeworfen wurden. Eine Flut von Broschüren, Flugschriften und Büchern bildet den Niederschlag dieses Interesses, das sich besonders lebhaft in den vierziger und fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts äußert. Damals entstanden sogar Zeitschriften, die sich ausschließlich mit dem Fragenkreis der Auswanderung befaßten¹³. Daneben zeugen die sehr zahlreichen Artikel in der Tagespresse und in Wochen- und Monatsblättern von dem starken Anteil, den die öffentliche Meinung an der Auswanderung nahm. Auch dieses Quellenmaterial ist bisher noch nicht erschöpfend verwertet worden. Für die Einordnung der Auswanderung in den deutschen Geschichtsverlauf ist es seiner Natur nach besonders ergiebig; denn in ihm spiegeln sich recht deutlich die zeitgenössischen Auffassungen von der Bedeutung der Auswanderung für Deutschland, die Zielvorstellungen, die mit ihr verknüpft wurden, und die Möglichkeiten, die man ihr zuschrieb. Außerdem zeigt die Publizistik sehr anschaulich, wie die Tatsache der Massenauswanderung von der liberalen und nationalen Bewegung als Waffe im politischen Tageskampf gegen die Regierungen verwendet wurde. Aber nicht nur als zeitgenössischer Reflex ist die Publizistik zur Auswanderungsfrage von Wert; bei manchen Episoden der Auswanderungsgeschichte sind wir infolge der dürftigen schriftlichen Quellen vornehmlich auf diese Literatur angewiesen¹⁴. Auch für sie ist noch die Vorarbeit einer systematischen Erfassung und Sichtung zu leisten, bevor an ihre volle Auswertung zu denken ist¹⁵.

13 Die bedeutendsten sind "Der Deutsche Auswanderer. Centralblatt der deutschen Auswanderung und Kolonialisierung" (Darmstadt 1847-1850), die "Allgemeine Auswanderungs-Zeitung" (Rudolstadt 1847-1863) und die Vierteljahrsschrift "Germania" (Frankfurt 1847-50).

14 Dies gilt für manche vormärzliche Kolonisationsversuche in Ländern, wo die deutschen Staaten noch nicht diplomatisch vertreten waren.

15 Als Wegweiser sind die Literaturangaben der zu den in Anm. 3 genannten Schriftenreihen gehörenden Arbeiten und einiger Dissertationen der Zwischenkriegszeit recht brauchbar.

DIE ÄRA DES DEUTSCHEN BUNDES IN IHRER BEDEUTUNG FÜR DIE EINORDNUNG DER DEUTSCHEN AUSWANDERUNG IN DAS DEUTSCHE GESCHICHTSBILD

Diese Vorbehalte, die angesichts des derzeitigen Standes der auswanderungsgeschichtlichen Forschung gemacht werden müssen, könnten jeden Versuch einer Darstellung der deutschen Auswanderungsgeschichte, selbst unter Beschränkung auf einen Zeitraum wie den der vorliegenden Arbeit, als verfrüht erscheinen lassen. Er wäre es in der Tat, wenn der Anspruch erhoben würde, allen Gesichtspunkten gleichmäßig Rechnung zu tragen, die für eine solche Darstellung in Betracht kommen. Anders verhält es sich jedoch, wenn ein Sonderaspekt im Blickpunkt steht, der durch die bisher verfügbaren Quellen und Einzeluntersuchungen genügend aufgehellert erscheint, um unser Bild der allgemeinen Geschichte dieses Zeitraumes zu bereichern und zu vertiefen. Dies dürfte für die Ära des Deutschen Bundes, den Zeitraum von 1815 bis 1866, zutreffen, sofern man die Auswanderung als politisches Problem in Betracht zieht. Die Geschichte dieser Jahrzehnte wurde bis in die jüngste Vergangenheit hinein sehr einseitig im Lichte der darauf folgenden Bismarckschen Reichsgründung gesehen und gewürdigt. Durch dieses Ereignis wurden jedoch bestimmte Möglichkeiten des deutschen Geschichtsverlaufs und damit auch der aus ihm hervorgegangenen und in ihn eingebetteten Auswanderungsbewegung endgültig abgeschnitten. Sie gerieten in Vergessenheit, oder sie wurden bagatellisiert, als von vornherein abwegig und durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt beiseite geschoben. Das historische Kausalitätsdenken bringt ja ohnehin die Versuchung mit sich, alles Geschehene als notwendig zu erklären¹⁶;

16 Die von *Max Weber* als legitime Kategorie des historischen Denkens bezeichnete Kategorie des "objektiv Möglichen" wird im historischen Schrifttum kaum ernsthaft verwendet. Jede Überlegung, die einen anderen als den faktisch gegebenen Ablauf als Möglichkeit in Betracht zieht, darf mit Sicherheit damit rechnen, als "unrealistisch", als "Wunschdenken" und dergleichen abgetan zu werden. Wohl das bezeichnendste Beispiel dafür aus jüngster Zeit bildet die Erörterung des

besonders dann, wenn die politische Leidenschaft ins Spiel kommt und das spätere Geschehen aus dem vorhergegangenen rechtfertigen zu müssen meint. Es dürfte kaum eine Zeitspanne der deutschen Geschichte seit dem Ausgang des alten Reiches geben, bei der diese Gefahr von vornherein näher lag und weniger vermieden wurde, als bei der deutschen Geschichte im Zeitalter des Deutschen Bundes¹⁷.

Bismarckproblems. Daß die Gefahr, "der Herren eigenen Geist" in die Vergangenheit hineinzuzinterpretieren, bei derartigen Überlegungen sehr groß ist, liegt auf der Hand. Übersehen wird jedoch in der Regel, daß diese Gefahr nicht nur bei dem Wagnis eines Schlusses vom Wirklichen auf das Mögliche vorliegt, sondern nicht minder bei dem logisch nicht weniger gewagten Schluß vom Wirklichen auf das Notwendige. Ein Historiker vom Range *Jan Huzingas* bemerkt dazu, es sei "zwar nichts unfruchtbarer, als sich in unverwirklichte historische Möglichkeiten hineinzudenken"; wohl aber sei es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß "in der Geschichte großer Staaten wie im Leben des einzelnen jeder Augenblick die Möglichkeit verschiedener Welten in sich trägt" (Im Banne der Geschichte, Basel 1943, S. 306/7. Vgl. ebenda S. 323 die Erläuterung am Beispiel Karls des Kühnen).

Eben diese "Möglichkeit verschiedener Welten" wird oft allzu voreilig geleugnet. Trotz aller schönen Worte von der Geschichte als dem Raum der – selbstverständlich bedingt – freien Entscheidung des Menschen wird unser Geschichtsdenken auf weite Strecken von einem unbewußten oder uneingestandenem Determinismus beherrscht, dessen positivistische Herkunft unverkennbar ist. Sehr deutlich kommt er zum Ausdruck in der heillosen Vermischung konstatierenden und normativen Urteilens, die von der positivistischen Soziologie aus in das historische Denken Eingang gefunden hat und für die z.B. das in den letzten Jahren viel umstrittene Werk *Gerhard Ritters* "Machtstaat und Utopie" un-
gemein bezeichnend ist. Fast noch bezeichnender ist freilich die Tatsache, daß auch ein Gegner *Ritters* wie *G. Barraclough* diesen zentralen Punkt überhaupt nicht berührt, sei es, daß er ihn nicht sieht oder daß er ihn vom historischen Standpunkt aus für unerheblich hält.

- 17 *Fr. Schnabels* Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert und *H. von Srbiks* Hauptwerke (Metternich; Deutsche Einheit) haben für diesen Zeitraum die Fundamente eines neuen Geschichtsbildes gelegt, das sich von den Zerrbildern der älteren Zweckhistorie von Grund auf unterscheidet. Wie nachhaltig diese eine objektive Sicht versperrt hat, lehrt nicht nur ein Blick in das wissenschaftliche Schrifttum der Zwischenkriegszeit, sondern vor allem in die Lehrbücher, die oft noch heute die alten Klischees erkennen lassen.

Gerade diese Zeitspanne ist jedoch – wie des näheren nachzuweisen sein wird – für das politische Gesicht der deutschen Auswanderung bedeutsamer als jeder andere Zeitraum vorher oder nachher. Erst in der Zeit des Deutschen Bundes wird die Massenauswanderung zu einer ständigen Erscheinung im deutschen Volksleben, zu einem Dauervorgang, dessen Kontinuität auch durch gelegentliches, starkes Absinken der Auswanderungsziffer in einzelnen Jahren nicht unterbrochen wird. Dadurch unterscheidet sich die deutsche Auswanderung des neunzehnten von jener des achtzehnten Jahrhunderts, die in eine Anzahl von – meist durch lange Pausen voneinander getrennten – Einzelphasen zerfällt. Ferner schlägt die Auswanderung in dem gleichen Zeitraum ihre Hauptrichtung ein, die vorher noch nicht endgültig festgelegt erscheint, während sie nach der Ära des Deutschen Bundes im wesentlichen unverändert bleibt. Daß sie diese Richtung nimmt, hängt nicht zuletzt mit den politischen Verhältnissen Deutschlands in der Zeit des Deutschen Bundes zusammen, durch die andere, unter dem Gesichtspunkt des deutschen Nationalinteresses günstigere Möglichkeiten unterbunden werden. Zugleich mit ihnen und aus den gleichen Ursachen aber werden weitere, fruchtbare Ansätze vereitelt, die sich der deutschen Überseewanderung in dieser Zeitspanne darzubieten scheinen und die, wenn überhaupt, nur in den Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte Aussicht auf Verwirklichung gehabt hätten. Insofern erscheint die Ära des Deutschen Bundes für die Geschichte der deutschen Auswanderung ebenso schicksalhaft wie für die deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert überhaupt. In der Auswanderungsgeschichte dieses Zeitraums spiegeln sich auf einem begrenzten Sektor die großen Fragen unserer Vergangenheit wider, die damals zur Entscheidung anstanden und ungelöst blieben. Wie im allgemeinen, so steht auch auf diesem Sondergebiet des deutschen Lebens die Ära des Deutschen Bundes im Zeichen versäumter Möglichkeiten.

Daß es sich dabei nicht nur um eine deutsche, sondern zugleich um europäische Fragen und Möglichkeiten handelt, ergibt sich nicht bloß aus der stets vorhandenen, heute kaum besonderer Hervorhebung bedürftigen Wechselbeziehung zwischen deutscher und europäischer Geschichte. Die Auswanderung selbst ist ja ein Teilvorgang eines zeitlich

wie räumlich umfassenderen Geschehens, der europäischen Ausbreitung über die Erde, eine jener großen geschichtlichen Bewegungen, in denen die Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker sinnfällig zu Tage tritt. Nur innerhalb des größeren, europäischen Auswanderungsstromes, nur im Zusammenhang mit anderen gesamteuropäischen Erscheinungen dieser Epoche wie der Industrialisierung und Binnenwanderung erhält die deutsche Auswanderung den ihr gemäßen Hintergrund, läßt sich ihre wirkliche Bedeutung richtig einschätzen. Nur in diesem Rahmen kann man also auch der Forderung, sie "in den Zusammenhang deutscher Geschichte eingliedern", gerecht werden¹⁸.

Damit ist der Gang unserer Untersuchung vorgezeichnet. Ausgehend von der Stellung der deutschen Auswanderung in der europäischen Ausbreitungsbewegung der Neuzeit, vornehmlich der europäischen Wanderungsbewegung des neunzehnten Jahrhunderts, wird ihre Eigenart innerhalb des Zeitraum von 1815 bis 1866 zu charakterisieren sein, um dann die aus dieser Eigenart sich ergebenden politischen Fragen im Zusammenhang mit dem deutschen Geschichtsverlauf bis zu Bismarcks Reichsgründung zu untersuchen.

DIE EUROPÄISCHE AUSWANDERUNGSBEWEGUNG DER NEUZEIT UND DIE DEUTSCHE AUSWANDERUNG

Die europäische Ausbreitungsbewegung der Neuzeit gehört zu den umwälzendsten Ereignissen der Menschheitsgeschichte. Sie hat das Antlitz der Erde von Grund auf verändert, hat die fernsten Länder und Zonen miteinander verbunden und Schranken überwunden, die Erdräume

18 Die eingangs zitierte Forderung *Onckens* dürfte zwar ebensowenig wie die unter dem Gesichtspunkt des Auslandsdeutschtums entstandenen auswanderungsgeschichtlichen Arbeiten den europäischen Bezug verneinen; sie läßt jedoch in ihrer Formulierung deutlich erkennen, daß selbst ein so ausgesprochen gesamteuropäischer Vorgang wie die Auswanderung der Historikergeneration um die Jahrhundertwende kaum als solcher bewußt war.

und Kulturen jahrtausendlang voneinander getrennt haben. An Tiefe und Tragweite der geschichtlichen Wirkung steht sie keiner der großen Völkerbewegungen der Weltgeschichte nach, an Breite und Stetigkeit übertrifft sie alle. Durch sie erhält die antike Vorstellung der Ökumene, der von Menschen bewohnten und bewohnbaren Erdoberfläche, einen neuen, räumlich umfassenden Inhalt. Erst die europäische Ausbreitung über die Erde hat die gesamte Oberfläche unseres Planeten zum Schauplatz des geschichtlichen Lebens der gesamten Menschheit gemacht; erst seither gibt es Weltgeschichte, gibt es "die Erde" als geschichtliche Einheit, gibt es weltgeschichtliche Ereignisse, an denen alle Völker des Erdballs mehr oder minder spürbar beteiligt sind¹⁹.

In zwei Phasen hat sich diese weltgeschichtliche Bewegung, deren Auswirkungen sich erst heute in ihrer ganzen Bedeutung zu enthüllen beginnen, vollzogen. Die erste Phase wird eingeleitet durch die überseeischen Entdeckungen seit dem Ausgang des fünfzehnten Jahrhunderts. Wagemutige Seefahrer und kühne Konquistadoren stoßen in unbekannte Erdräume vor; es entstehen die gewaltigen überseeischen Kolonialreiche Spaniens und Portugals, Frankreichs, Englands und der Niederlande. Träger der Bewegung sind die seefahrenden Völker des atlantischen Küstensaumes unseres Erdteils. Die europäische Expansion dieses Zeitraums steht vorherrschend im Zeichen des Staates; die überseeischen Gebiete sind Ausbeutungs- und Kampfobjekte der europäischen Mächte und wirken nur mittelbar durch ihre wirtschaftlichen Hilfsquellen auf die europäischen Verhältnisse zurück²⁰. Die wirtschaftliche Erschließung beschränkt sich auf die reichen Schätze an edlen Metallen

19 Vgl. dazu *G. A. Rein*, Die europäische Ausbreitung über die Erde (Potsdam 1931). – Für das Problem der Universalgeschichtsschreibung ergeben sich daraus Folgerungen, die in der Diskussion über das europazentrische Schema der Weltgeschichte bisher kaum genügend gewürdigt worden sind.

20 S. dazu *G. A. Rein*, Über die Bedeutung der überseeischen Ausdehnung für das europäische Staatensystem (H.Z. 137/1927, S. 28-90); *ders.*, Der Kampf Westeuropas um Nordamerika (Stuttgart 1925), besonders aufschlußreich für die Zusammenhänge zwischen der überseeischen Expansion und der Ausbildung des neuzeitlichen Völkerrechts. Ferner die einschlägigen Kapitel I/II bei *L. Dehio*, Gleichgewicht und Hegemonie (Krefeld 1948).

und auf den Handel, vorwiegend mit Gewürzen und den Erzeugnissen der tropischen und subtropischen Pflanzungen, die durch die Sklavenarbeit von Eingeborenen und importierten Negern betrieben werden. Der Zustrom von europäischen Einwanderern nach Übersee hält sich in engen Grenzen; der weiße Siedler tritt neben dem Händler und Pflanzer, dem Beamten und Soldaten kaum in Erscheinung. Die Auswanderung ist Einzellerscheinung und steht selbst da, wo sie gelegentlich in stärkerem Umfang auftritt, nicht in Beziehung zum Bevölkerungsstand des Herkunftslandes. Sie ist kein elementares Überströmen überschüssiger Volkskraft, sondern Sache der persönlichen oder staatlichen Initiative: Abenteuerlust, Gewinnstreben und Machtentfaltung bilden die Haupttriebfeder, in einzelnen Fällen auch religiöse und politische Bedrückung. Wo wirtschaftliche Gründe den Ausschlag geben, bleiben sie auf den einzelnen Fall oder besondere, einmalige Umstände beschränkt.

Das Zeitalter der Entdeckungen und Kolonialgründungen geht seit dem achtzehnten Jahrhundert über in das Zeitalter der europäischen Einwanderung. Die Siedler und Auswanderer des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts führen das Werk der Entdecker und Eroberer des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts fort. Das Schwergewicht der überseeischen Welt verlagert sich dabei aus den heißen in die gemäßigte Zone. Die Kolonien dieses Erdgürtels erhalten durch eine ständig wachsende Bevölkerung europäischer Herkunft ein Eigengewicht, das früher oder später zu ihrer Abtrennung vom Mutterlande führt: sie werden selbständige Faktoren der Weltpolitik. Die Vorherrschaft oder Alleinherrschaft der weißen Rasse in weiten Räumen der überseeischen Welt wird während dieses Zeitraums endgültig entschieden. Damit ist eine Tatsache geschaffen, die das politische Kräftespiel und die Geschicke der Menschheit auf Menschengedenken hinaus bestimmt. Daß es dazu kommt, ist in erster Linie eine Wirkung der europäischen Auswanderung, vor allem der Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts. Zwei Faktoren treffen zusammen, um diese Bewegung hervorzurufen: das Vorhandensein riesiger, menschenleerer und für europäische Siedler geeigneter Räume und ein außergewöhnliches Anwachsen der europäischen Bevölkerung.

Zunahme der europäischen Bevölkerung 1650 – 1936 (in Mill.)²¹

1650	1750	1800	1850	1900	1936
100	140	187	266	401	520

In den letzten drei Jahrhunderten hat sich demnach die europäische Bevölkerung mehr als verfünffacht; rechnet man die auf 160 Millionen bezifferte Bevölkerung europäischer Abkunft in den übrigen Erdteilen ein, so hat sie sich sogar annähernd versiebenfacht.²² Die nicht europäische Bevölkerung ist in dem gleichen Zeitraum auf etwa das Dreieinhalbfache ihrer Zahl von 1650 angewachsen; die europäische Bevölkerung hat sich also doppelt so schnell vermehrt.²³

Seinen Höhepunkt erreicht dieses rapide Bevölkerungswachstum und das Abwandern des europäischen Bevölkerungsüberschusses nach Übersee im neunzehnten Jahrhundert. Mehrere Faktoren wirkten dahin zusammen, daß sich allein in der Zeit von 1825 bis 1914 die Menschenzahl unseres Erdteils mehr als verdoppelte: die Verminderung der Säuglingssterblichkeit und die Verlängerung des Lebensalters durch die Fortschritte der Medizin, die Steigerung des Bodenertrags durch die Ergebnisse der agrarwissenschaftlichen Forschung und vor allem die Einführung der Maschine und die damit zusammenhängende Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den europäischen Ländern. Die "industrielle Revolution" brachte eine Erweiterung des Nahrungsspielraums mit sich und begünstigte dadurch wie durch den steigenden Bedarf an Arbeitskräften die Vermehrung der Bevölkerung. Zugleich schuf sie seit dem zweiten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts durch

21 *W. F. Willcox*, *International Migrations*, Vol. II (New York 1931), p. 78; die Zahl für 1936 aus "Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich" 1936, Internationale Übersichten, S. 7.

22 *Willcox*, *op.cit.*, p. 82 beziffert die Bevölkerung europäischer Abstammung in den übrigen Erdteilen 1929 auf 164 Millionen, davon annähernd drei Fünftel in den Vereinigten Staaten.

23 *Willcox*, a.a.O.

die Entwicklung der Verkehrsmittel die Voraussetzung für die rasche, zuverlässige und billige Beförderung von Massengütern wie Nahrungsmitteln, Rohstoffen und natürlichen Energien über größere Entfernungen. Dadurch wurden die menschenleeren Räume außerhalb Europas der wirtschaftlichen Erschließung zugänglich, und gleichzeitig bot die Technisierung des Verkehrs die Mittel für die Massenbewegungen von Arbeitskräften nach Übersee dar. Die Voraussetzungen für die europäische Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts waren damit gegeben.

Vom Umfang dieser neuzeitlichen Völkerwanderung können wir uns infolge der mangelhaften statistischen Unterlagen, insbesondere für die ältere Phase der Auswanderung bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, nur ein annäherndes Bild machen. Genaue neuere Untersuchungen haben ergeben, daß allein von 1800 bis 1924 etwa 60 Millionen Menschen aus unserem Erdteil ausgewandert sind²⁴; dazu kommt die Auswanderung vor 1800, die immerhin so umfangreich war, daß allein die europäische Bevölkerung der nordamerikanischen Union sich 1800 auf etwa 4 Millionen belief.

Während die europäische Auswanderung bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts keinen erkennbaren Zusammenhang mit dem Be-

24 Grundlegend sind die beiden vom National Bureau for Economic Research, New York, herausgegebenen Bände "International Migrations": Vol. I Statistics, ed. I. Ferenczi (1929); Vol. II Interpretations, ed. W. F. Willcox (1931). Ferenczi gibt p. 185 für die Jahre 1846 - 1924 die europäische Auswanderung allein nach Amerika mit 50 Millionen an. M. R. Davis beziffert in seiner Kritik der offiziellen U.S. Einwanderungsstatistik die Einwanderung der Jahre 1826-1845 auf etwas über 6 Millionen (Willcox, op. cit., p. 646). Dazu kommen die europäischen Auswanderer nach den U.S.A. 1800-1825 und nach den übrigen Kontinenten sowie nach Lateinamerika 1800-1845. Die Gesamtzahl von 60 Millionen nennt Ferenczi in einem Artikel "Die Krise der Wanderungen und der Geburtenrückgang", in: "Weltwirtschaftliches Archiv" (Kiel 1931), S. 115; allerdings ohne detaillierte Erläuterung, die sich jedoch aus den obigen Zahlen annähernd ergibt. Ferenczis Gesamtziffer erscheint ungleich überzeugender als die Zahl von 40 Millionen für den Zeitraum von 1800-1930, die Marcel R. Reinhard in "Histoire de la Population Mondiale" (Paris 1949), p. 323, ohne nähere Begründung, zu Unrecht unter Berufung auf das einmütige Urteil der Demographie, angibt.

völkerungsstand der europäischen Länder aufweist, legt das gewaltige Anwachsen des Auswanderungsstromes im neunzehnten Jahrhundert die Annahme einer ursächlichen Verknüpfung nahe. Jedoch bedarf die weitverbreitete Auffassung, daß in der Auswanderung ein Sicherheitsventil gegen die Überbevölkerung zu erblicken sei, im Einzelfalle einer besonderen Nachprüfung. Eine echte Überbevölkerung lag in den meisten europäischen Auswanderungsländern während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts kaum vor; in vielen Fällen dagegen ein vorübergehender, durch Arbeitslosigkeit infolge wirtschaftlicher Krisen hervorgerufener Bevölkerungsdruck. In der zweiten Jahrhunderthälfte hing überdies die Stärke der Auswanderung weit weniger von der Lage in den Ursprungsgebieten als von den Verhältnissen in den Haupteinwanderungsländern ab: vor allem von dem verfügbaren Siedlungsboden und später in zunehmendem Maße von der Entwicklung der Industrie in dem wichtigsten Einwanderungslande, den Vereinigten Staaten. Nicht ein Nachlassen des europäischen Bevölkerungsdruckes, sondern die Verringerung und schließlich das Verschwinden des freien Siedlungslandes sowie die vorläufige Sättigung der einheimischen Industrie mit Arbeitskräften haben, zusammen mit politischen Erwägungen nationalistischen Charakters und dem Wiederaufleben malthusianischer Befürchtungen nach dem Ersten Weltkrieg zur Drosselung der europäischen Einwanderung in den wichtigsten Aufnahmeländern geführt, bis schließlich die Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre der europäischen Massenauswanderung ein vorläufiges Ende setzte.

Die Quellengebiete dieses gewaltigen Menschenstromes, der seinem Umfange nach die größte Völkerwanderung der Geschichte darstellt, liegen anfangs in Westeuropa. Die erste Besiedlung der neuentdeckten Länder jenseits des Weltmeers nimmt von dort aus ihren Anfang, und bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein bleibt die Auswanderung fast ausschließlich auf die westeuropäischen Festlandsstaaten und die britischen Inseln beschränkt. Allmählich wird dann die Mitte des Erdteils von ihr erfaßt, und im Zeitalter der industriellen Revolution tritt Deutschland, seiner Rolle in dieser Umwälzung entsprechend, neben Großbritannien als Hauptauswanderungsland hervor. Seit dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts wird schließlich auch Südost- und Osteuropa in

starkem Maße in die Auswanderung einbezogen. Gleichzeitig führt der starke Bevölkerungsdruck in den Monsunländern Ost- und Südasiens zu ihrer Einschaltung in den Auswandererstrom, der damit seinen Charakter als spezifisch europäische Erscheinung zu verlieren beginnt.

Deutschland nimmt in mancher Hinsicht eine Sonderstellung in der europäischen Wanderungsbewegung ein. Im Unterschied zu allen anderen europäischen Völkern war das deutsche an der ersten, kolonialen Phase der europäischen Expansion unbeteiligt geblieben. Seinen Auswanderern standen deshalb keine Auffangräume zur Verfügung, die mit der alten Heimat politisch oder kulturell eng verbunden waren. Das Gleiche trifft allerdings auf die Auswanderer aus den nordischen Ländern zu²⁵, die jedoch zahlenmäßig mit dem deutschen Auswanderungskontingent nicht zu vergleichen sind. Die sehr viel stärkere Auswanderung aus der mittelosteuropäischen Zwischenzone von der Ostsee bis zum Balkan befand sich insofern wieder in einer anderen Lage, als diese Völker fast durchweg im neunzehnten Jahrhundert keine Eigenstaatlichkeit besaßen und die – übrigens spät einsetzende – Auswanderung somit nicht den Verzicht auf die Zugehörigkeit zum nationalen Staat brachte. Einen solchen Verzicht bedeutete die Auswanderung lediglich für die deutschen und italienischen Auswanderer, wobei zu berücksichtigen ist, daß die italienische Massenauswanderung erst seit den siebziger Jahren in Gang kommt, in den ersten drei Vierteln des neunzehnten Jahrhunderts demnach kein Vergleichsobjekt darbietet. Daß die deutsche Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts, der Zahl nach zeitweilig der stärkste Zweig der europäischen Massenauswanderung, gerade im Zeitalter der nationalen Bewegung unter dem nationalen Gesichtspunkt ins Leere stieß, macht ihre besondere Problematik und ihre Eigenart im Rahmen der europäischen Expansion der Neuzeit aus und legt die Frage nach den Ursachen dieser Erscheinung nahe.

25 Insofern jedoch mit Einschränkung, als Dänemark und Schweden an der kolonialen Phase beteiligt waren, obschon dies für die Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts aus diesen Ländern kaum von Belang war.

KAPITEL 1

DIE DEUTSCHE AUSWANDERUNG IM NEUN- ZEHNTEM JAHRHUNDERT

DIE DEUTSCHE AUSWANDERUNG BIS ZUM ENDE DES ACHT- ZEHNTEM JAHRHUNDERTS

Das Verlassen des heimatlichen Bodens mit der Absicht, in anderen Ländern und Zonen den Lebensraum zu finden, den die Heimat wirklich oder vermeintlich versagte, war von jeher ein Wagnis, das nur die wenigsten ohne zwingenden Grund auf sich nahmen. Näher lag zunächst der Gedanke, im Umkreis der heimischen Scholle, im Lande der Väter, sesshaft zu werden. So war es im Mittelalter, wo nach dem Anwachsen der Bevölkerung in den westlichen Kernlanden des Reiches im zwölften Jahrhundert die große Siedlungsbewegung einsetzte, die durch Rodung ausgedehnter Waldgebiete, durch Urbarmachung von Ödländern und Moorflächen im Bannkreis des heimischen Dorfes oder Gaus neuen Siedlungsraum eroberte, ein Vorgang, der in Westeuropa, im mittelalterlichen Frankreich vor allem, sein Gegenstück besitzt¹. Erst im dreizehnten Jahrhundert, als diese Möglichkeiten erschöpft waren und die Herren zuweilen bereits zum Schutze des Waldes eingreifen mußten, begann der deutsche Bauer auszuwandern, das heißt jenseits der Reichsgrenze, im Osten und Südosten vor allem, kolonisierend vorzu-

1 Vgl. *W. Maas*, *Géographie et Sociologie* (Moulins 1940), der in diesem Zusammenhang bis ins Detail gehende Ähnlichkeiten zwischen der deutschen Ostsiedlung und der französischen inneren Kolonisation anführt.

dringen². Daß die Siedlungsbewegung sich ohne größere Hindernisse Schritt für Schritt vorschieben und den neugewonnenen Boden zum Teil dem Reiche angliedern konnte, lag in der Gunst der Verhältnisse, die dem deutschen Bauern in den relativ menschenarmen Grenzlanden ausreichenden Siedlungsraum bot.

Dieses organische Wachstum, die stetige Ausdehnung vom ursprünglichen Siedlungszentrum nach den aufnahmefähigen und aufnahmebereiten Randgebieten gibt der mittelalterlichen deutschen Ostwanderung im Gegensatz zu der deutschen Auswanderung der Neuzeit ihr eigentümliches Gepräge. Als nach Jahrhunderten der Stagnation das deutsche Volk seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts wieder in Bewegung geriet, waren die Voraussetzungen für eine neue Ostkolonisation im Stile der mittelalterlichen nicht mehr vorhanden. Nicht nur das nationale Bewußtsein der Nachbarvölker stand friedlicher Durchdringung der menschenarmen Räume im Osten und Südosten im Wege. Es fehlte auch in Deutschland an den politischen Vorbedingungen für die dauerhafte Angliederung jener Gebiete, die sich wenigstens noch im Südosten als Siedlungsgebiete anboten. Die territoriale Zersplitterung, der Mangel eines politisch gerichteten deutschen Nationalbewußtseins und die Zerrüttung des Reichsgefüges durch die religiösen Kämpfe und die fürstliche Revolution des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts hatten zum Siechtum des Reiches geführt und machten ein volles Ausgreifen auch dort unmöglich, wo es – im Gegensatz zur Expansion der westeuropäischen Nationen – ohne Vergewaltigung fremder Lebensrechte denkbar gewesen wäre. So wurde die deutsche Auswanderung, die ein Menschenalter nach dem Dreißigjährigen Kriege einsetzte, unter dem vorherrschenden Gesichtspunkt der Neuzeit, dem nationalen, eine Kräftevergeudung, die

2 Auch dazu bildet die französische Entwicklung ein Gegenstück; s. bei *Maas* (a.a.O.) die Darstellung der französischen Kolonisation im baskisch-aragonesischen Grenzraum. Nichts erscheint mehr als diese Tatsache geeignet, die Gegenstandslosigkeit der von hektischem Chauvinismus diktierten, von handgreiflichen Unaufrichtigkeiten wimmelnden Ausführungen über die deutsche Ostkolonisation zu zeigen, die das von namhaften Gelehrten und Publizisten verfaßte Werk "Frontière Polono-Allemande" (Paris 1946) enthält.

nahezu allen anderen Nationen mehr zugute gekommen ist als der deutschen.

Bei alledem ist das achtzehnte Jahrhundert das zweite Zeitalter unserer Geschichte, das kolonialisatorische Leistungen größeren Stils aufweist. Diese neue Siedlungsepoche trägt die Züge ihrer Zeit, des merkantilistischen Geistes und des fürstlichen Absolutismus, der ihr Schöpfer war. Zusammenfassung und Steigerung aller Kräfte des Landes war Grunddogma der neuen Staats- und Wirtschaftsauffassung, die von Frankreich, England und den Niederlanden aus ihren Siegeszug durch Europa angetreten hatte. Auch die Volkskraft gehörte zu den Reichtümern, deren Vermehrung zur Erhöhung der staatlichen Macht angestrebt wurde. "Menschen erachte vor den größten Reichtum" – dieses Wort Friedrich Wilhelms I. will so wörtlich genommen werden, wie es lautet: es ging um Reichtum, um Erhöhung der staatlichen Macht – nicht um das Wohl des Einzelnen oder um nationale Ziele. Ob dieser Reichtum durch Entwicklung der Industrie, des Manufakturwesens oder durch "Peuplierung", durch Hebung der Landwirtschaft und Schaffung neuer Siedlerstellen erzielt wurde, war eine Frage zweiten Ranges; die Hauptsache war, daß der Staat an Bevölkerung und damit an wirtschaftlicher Macht zunahm. Es wäre in der Tat verfehlt, der hohenzollernschen Kolonisation im Nordosten nationale Motive zuzuschreiben, wie es seitens ihrer Lobredner wie ihrer Gegner nicht selten geschehen ist. Preußens Könige haben deshalb auch keine Bedenken getragen, französische Flüchtlinge oder litauische Bauern anzusiedeln, selbst in den "national ungesicherten" Grenzgebieten. Daß dennoch in der Hauptsache deutsche Siedler angesetzt wurden, ist ein glücklicher Zufall. Es ergab sich nicht zuletzt daraus, daß ein Überfluß an siedlungswilligen deutschen Bauern, oft sogar im eigenen Staate, vorhanden war und daß für diese, wie z.B. im Falle der Salzburger, religiöse und wirtschaftliche Gründe sprachen. Etwas anders lagen die Dinge bei der habsburgischen Kolonisation im Südosten, bei der politische, auch gesamtdeutsche Momente wenigstens teilweise mitwirkten; war doch das Kaisertum bei aller Schwäche und unbeschadet seines universalen Hintergrundes immer noch im Gegensatz zu den Territorien der Hort des deutschen Nationalbewußtseins, der es bis zum Ende blieb. Nicht zufällig war Wien im

siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert die repräsentative deutsche Stadt, war der Wiener Hof der einzige, wo der deutschen Sprache der erste Rang zukam. Trotzdem wurden bei der von nationalen Impulsen mitbestimmten habsburgischen Siedlung in Ungarn und an der mittleren Donau neben deutschen Siedlern auch, obschon in geringerem Maßstab, Serben und Rumänen auf den kaiserlichen Gütern angesiedelt. Die wichtigste Forderung war eben auch hier neben und über den politischen Gesichtspunkten, daß der Siedler "ein guter Wirt" sei – und das waren die schwäbischen Bauern nun einmal mehr als ihre nichtdeutschen Mitbewerber³.

Man hat die preußische Kolonisation im achtzehnten Jahrhundert auf etwa 200 000 städtische und 100 000 ländliche Siedler, die österreichische auf etwa zwei Drittel dieser Zahl geschätzt⁴. Zum großen Teil handelt es sich dabei um Binnenwanderung, denn viele Siedler verblieben innerhalb der alten Reichsgrenzen; die preußischen Kolonisten kamen sogar zu einem sehr erheblichen Teil aus dem eigenen Staatsgebiet. Immerhin war der Wandervorgang von recht beträchtlichen Ausmaßen, der die Verteilung des Deutschtums in der Grenzzone von Mittel- und Osteuropa bis zum Zweiten Weltkrieg mitbestimmt hat. Ähnlich wie bei der gleichzeitigen Überseewanderung läßt sich auch hier eine Verdichtung der Wanderung auf bestimmte Jahre beobachten. Es sind die Friedensjahre zwischen den zahlreichen Kriegen des achtzehnten Jahrhunderts, in denen sich die Kolonisation zusammendrängte. Der Beginn der Südostsiedlung fällt in die Jahre 1716-17, die Zeit der Vertreibung der Türken aus Südungarn. Anfang der dreißiger Jahre erfolgt die Ansetzung von etwa 20 000 Salzburger Protestanten in Ostpreußen. Eine zweite Kolonisationsperiode bilden die Friedensjahre vor dem Siebenjährigen Kriege, und den Höhepunkt erreicht die Bewegung in den Jahren 1763-1772, in denen etwa 17 500 Familien, gegen 70 000 Per-

3 Vgl. dazu vor allem die Arbeiten *J. Kallbrunners*, insbesondere seinen Überblick über die habsburgische Südostkolonisation im "Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine" (1930); ferner *K. Schünemann*, Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia (Berlin 1936).

4 *Schünemann*, a.a.O.

sonen, in Ungarn, dem Banat und der Batschka angesiedelt wurden, während Friedrich der Große gleichzeitig die Melioration des Warthe- und Netzebruchs durchführte. Eine letzte binnenkontinentale Wanderungswelle brachte schließlich die Kolonisation unter Josef II., die in den achtziger Jahren beginnt und bis über die Jahrhundertwende hinaus andauert. In diesen Zusammenhang gehört auch die Wolgakolonisation Katharinas II., die 1766/67 8 000 deutsche Familien, 29 000 Köpfe, aus dem Reiche führte. Auch später kamen noch Massenauswanderungen nach Rußland vor, besonders 1804 und 1816/17 aus Schwaben nach Südrußland⁵. In den sechziger Jahren (1766-1768) rief ferner das Kolonisationsunternehmen eines Abenteurers, Johann Caspar Thürriegel, viel Unruhe im Reiche hervor; es gelang ihm, etwa 2 500 Familien mit 10 000 Köpfen, vorwiegend aus der Pfalz, nach der Sierra Morena in Südspanien zu ziehen⁶. Außerdem hatte kurz zuvor, 1763/64, eine französische Kolonistenanwerbung für Cayenne einige Tausend deutsche Auswanderer erfaßt, von denen jedoch nur ein kleiner Teil an seinen Bestimmungsort gelangte, während die meisten unterwegs zugrunde gingen.

Neben der binnenländischen dynastischen Kolonisation des achtzehnten Jahrhunderts ist die ältere Überseewanderung in der Geschichtswissenschaft lange vernachlässigt worden. Die starke Auswanderung um die Jahrhundertmitte brachte zwar ein umfangreiches Schrifttum über die Deutschen in der Welt hervor, aber sein wissenschaftlicher Wert war, soweit es sich auf die Anfänge des Überseedeschtums bezog, gering. Die Nationalitätenkämpfe des späteren neunzehnten Jahrhunderts lenkten das Augenmerk der Forschung vornehmlich auf die deutsche Ostsiedlung, besonders in den preußisch-polnischen Grenzgebieten⁷. Dabei übersah man allzu leicht, daß die Ostkolonisation einen

5 *G. Leibbrandt*, Die Auswanderung der Schwaben nach Rußland 1816-1823 (Stuttgart 1928).

6 *J. Weiss*, Die deutsche Kolonie an der Sierra Morena und ihr Gründer Johann Kaspar Thürriegel (1907); St.A. Karlsruhe, Zugang 1901 No. 24 V.M.d.I. 6740/1. Zu der Cayenne-Auswanderung s. acta cit. 6743/4.

7 Für die ältere Geschichte des Überseedeschtums sind aus der Zeit nach der Reichsgründung nur die Schriften des Amerikawanderers *Fr. Kapp* von wissenschaftlicher Bedeutung; in den neunziger Jahren die kolonialgeschichtlichen Ar-

Teil einer größeren Wanderungsbewegung bildete, die schon damals, wie die letztgenannten Beispiele zeigten, weit über das Weichbild des deutschen Volksbodens hinauszuströmen begann. Bereits in seinen Anfängen schlug dieser Strom eine Richtung ein, die er bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein bei allen gelegentlichen Abzweigungen beibehalten hat: nach Übersee, vor allem nach Nordamerika. Die Anfänge der deutschen Überseewanderung reichen bis ins ausgehende siebzehnte Jahrhundert zurück. Während das deutsche Volk an den Kolonialgründungen des sechzehnten Jahrhunderts überhaupt nicht beteiligt ist – die kolonialen Versuche der Welser in Venezuela sind Episode geblieben –, treten bereits bei den ersten kolonialen Siedlungsversuchen der Engländer und Holländer in Nordamerika vereinzelt deutsche Auswanderer in Erscheinung. Seit der Wende zum achtzehnten Jahrhundert wächst ihre Zahl rasch an, und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts stellen die Deutschen bereits einen beträchtlichen Teil der Einwanderer in der amerikanischen Kolonie.

Vornehmlich, obschon nicht ausschließlich, gegen diese überseeische Auswanderung richteten sich zahlreiche Maßnahmen der Behörden. Grundsätzlich suchten selbst die kleinsten Territorien des buntscheckigen Römischen Reiches ihre Untertanen möglichst im Lande zu halten. Freizügigkeit bestand ohnehin nicht einmal im eigenen Lande, und zum Auswandern bedurfte es einer besonderen Erlaubnis, die an erschwerende Bedingungen geknüpft war. Jeder Auswanderer hatte ein hohes Abzugsgeld, zehn vom Hundert des Gesamtvermögens und mehr zu erlegen. Vor allem bei wohlhabenden Bauern war diese Maßnahme recht einschneidend, da die Versteigerung von Haus und Hof ohnehin nicht den wirklichen Wert einbrachte. Auch die Entlassung aus dem Untertanenverband oder die Manumission, die Freilassung aus der Leibeigenschaft, wurden nicht leicht erteilt. Mit dem Anschwellen der Auswanderung um die Jahrhundertmitte mehrten sich die landesherrlichen Edikte

beiten von *A. Zimmermann* (vgl. Kap. 2) und das bereits erwähnte Buch von *Philippovich* über die Auswanderungsgesetzgebung, das sich jedoch im wesentlichen auf das neunzehnte Jahrhundert beschränkt.

und Behördenerlasse⁸, die im umständlichen Kanzleistil der Zeit gegen das "überhand nehmende Hinwegziehen diesseitiger Unthertanen in Americam" wetterten⁹. Am 7. Juli 1768 erließ Josef sogar eine "Allgemeine Verordnung in das gesamte Reich, wider die annoch täglich fürdauernde Auswanderung", durch die das "teutsche werthe Vaterland ... nicht wenig entvölkert" werde. Schließlich suchte man die Auswanderung auch dadurch zu erschweren, daß den Auswanderern aus anderen Territorien der Durchzug gesperrt wurde oder daß die Untertanen strenge Anweisung erhielten, ihnen Fuhrdienste, Herberge und Atzung zu verweigern. Meistens erreichte man damit freilich nicht mehr, als daß die Auswandererzüge weite Umwege einschlagen mußten. Die schwersten Strafen – meist mit Vermögenskonfiskation, oft auch Zwangsarbeit oder Zuchthaus – standen im Betretungsfalle auf heimliche Auswanderung¹⁰.

-
- 8 Für die Landgrafschaft Hessen z.B. vom 14.4.1750, 27.2.1753, 24.9.1765, 30.3.1767, 12.5.1772, 2.12.1782, 11.2.1786, 9.2.1787 und 23.3.1798 (St. A. Marburg OWS 1483/8527); für Nassau-Dillenburg vom 3.8.1752, 12.4.1762, 12.7.1764, 3.6.1766 und 6.3.1785 (St.A. Wiesbaden VI, 1 Nassau-Weilburg Gen. XIVc Nr. 17). – Die im folgenden erwähnte Verordnung *Josefs II.* wurde von den meisten süd- und südwestdeutschen Reichsständen veröffentlicht. Die vier rheinischen Kurfürsten hatten bereits eine ähnlich gehaltene Verordnung im Sommer 1766 erlassen (St.A. Wiesbaden VII R 206 Vol. II).
- 9 Als Kuriosum sei erwähnt, daß gelegentlich von der "in America gelegenen Königlich Engelländischen Insel Pensylvania" oder sogar von der "in Nord America liegenden Insel Mississippi" die Rede ist (St.A. Ludwigsburg Generalrescripta Bd. II, S. 931).
- 10 In Frankreich, dem klassischen Lande des Merkantilismus, war Galeerenstrafe üblich. – In Nassau-Dillenburg z.B. wurde den heimlich Entkommenen durch die am 17.7.1766 erneuerte Verordnung vom 12.7.1764 (cf. Anm. 8) das Erbrecht entzogen. Schon 1786 machte jedoch die Fürstliche Justizkanzlei dagegen geltend, daß manche ehemaligen Untertanen in Amerika sehr vermögend geworden und dem Vernehmen nach kinderlos geblieben seien; es sei zu befürchten, daß die Union unter Berufung auf die angezogene Verfügung den Spieß umdrehen und die Herausgabe etwaiger Erbschaften verweigern werde (St.A. Wiesbaden VII, L.R. 206 Vol. IV).

Einen besonders erbitterten Kampf führte die Obrigkeit gegen alle Einflüsse von außen, die zur Auswanderung anreizen konnten. Briefe von Ausgewanderten, die die Verhältnisse in der neuen Heimat in den lockendsten Farben schilderten, wurden rücksichtslos beschlagnahmt und gelangten nur selten an den Empfänger; dies geschah übrigens vielfach auch noch im neunzehnten Jahrhundert, als bereits Auswanderungsfreiheit herrschte. Meist sprach aus solchen Briefen das Heimweh; der Auswanderer wollte Verwandte und Freunde nach sich ziehen. Offene Werbungen der großen Landeigentümer in den Kolonien¹¹ wurden in den meisten Fällen rasch unterdrückt. Schwieriger lag der Fall dann, wenn politische Rücksichten im Spiele waren oder wenn Staaten wie Preußen mit seinem starken Kolonistenbedarf Repressalien vermeiden mußten. Dann versuchte man sich durch möglichst abschreckende Schilderung des Auswanderelands zu helfen, oder man schikanierte die Werber weidlich, vermied es aber, sie offen anzugreifen¹². Allerdings kam es

-
- 11 Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts z.B. *Samuel Waldo* für die Neuenglandstaaten Maine und Massachusetts (St.A. Wiesbaden VII. Reg. Dillenburg R. 206 Vol. I; St.A. Darmstadt XI Bevölkerungspolizei I). Der Fürst zu Wied-Neuwied hatte dagegen, allerdings 1696, mit *Waldo sen.* einen Vertrag über die Auswanderung von 1000 Familien geschlossen (Arch. Neuwied Schrank 6 Gef. 5 Fasc. 2).
- 12 Sie ließen sich dadurch wenig abschrecken: oft kam es sogar zu erbitterten Konkurrenzkämpfen, so bei den russischen Agenten 1766, die ein *Fixum pro Kopf* erhielten und solchen Erfolg hatten, daß die Werbungen von Rußland aus schleunigst abgeblasen werden mußten. – Die österreichische Werbung, die nicht nur vom Staate, sondern auch von den großen privaten Grundherrschaften ausging, erfolgte hauptsächlich, ähnlich wie bei der mittelalterlichen Kolonisation, durch Lokatoren: private Unternehmer, die durch Landanteil, Abgabefreiheit und Schank- und Mühlengerechtigkeit entlohnt wurden oder eine beamtenartige Stellung in der Kolonie erhielten. Die preußische Werbung ging vorwiegend in der Form der *Entreprise* vor sich: der Unternehmer erhielt grundherrliche Rechte, ihm wurde ein größeres Areal in Erbpacht und die Roboten der Siedler zuerkannt. Vielfach erfolgten auch Werbungen auf eigene Faust, in der Hoffnung auf nachträgliche Belohnung. Die Werbung der westlichen Staaten, der Seemächte, erfolgte mit Vorliebe von der Schweiz aus. Die Werbemethoden waren im einzelnen natürlich durch die besonderen Verhältnisse des Auswande-

nicht selten vor, daß die Werber aus widerstreitenden Interessen benachbarter Territorien Kapital schlagen konnten. Kleinere Reichsstände, vor allem die Städte, hatten nicht sonderlich viel gegen die Werbung einzuwenden, da ihnen der Aufenthalt der Werber und der Durchzug der Auswanderer manche wirtschaftlichen Vorteile eintrug. Auch sonst kam es vor, daß die Lokalbehörden gern ein Auge zudrückten, um sich der Ortsarmen oder liederlicher Subjekte auf bequeme Weise zu entledigen¹³. Manchmal mußten selbst größere Staaten die Werbungen gestatten, wenn nämlich in besonders argen Notzeiten ein Bevölkerungsabfluß als Erleichterung erschien. So erging es z.B. Bayern, das 1764 die Werber Thürriegels für die Auswanderung nach Spanien mit dem Galgen

rungsgebiets bedingt. Zuweilen bedurfte es gar keiner besonderen Bemühungen, sondern der Agent konnte unter den vielen, die sich von selbst anboten, die besten auswählen; vor allem dann, wenn Hungerjahre einen elementaren Auswandererstrom entfesselten, gegen den alle Verbote machtlos waren. Selbstverständlich wurden von den "frevelhaften Emissariis" dem Auswanderer goldene Berge versprochen, und auch in besseren Zeiten verstanden sie es, die erforderliche Unzufriedenheit zu wecken. Geradezu revolutionäre Töne schlägt ein Werbeflugblatt an, in dem es heißt: "Rottet Euch zu Hunderten und Tausenden zusammen, folget der Straße, welche Euch gute Anführer, die sich unter Euch werden hervorthun, zu erkennen geben. Nehmet alles mit, was Ihr von Eurem Geld, Gut und Schweiß in den Klöstern und in den Händen Eurer Beamten und Minister habt hinterlegen oder durch Zwang abgeben müssen, denn alle Reichtümer gehören Euch und sind Eure saure Arbeit, welche besagte Blutigel von Euch, Euren Eltern und von Euren Ureltern herausgepreßt haben. Denn die Zeit ist nunmehr gekommen, hat Johannes aus der Wüste gerufen, wo das Heil des Erlösers Euch aus der lebendigen Leibeigenschaft reißen soll, wenn Ihr seiner Stimme folgen wollet." (cf. *K. Schünemann*, a.a.O.)

- 13 So antwortet 1764 ein Schultheiß aus dem Fuldaeschen seiner vorgesetzten Behörde auf die Mahnung zu strengerer Handhabung der Auswanderungsbestimmungen, daß sich "nur Einer mit Weib und Kindern (worinnen seine ganze Habseligkeit besteht) fortbegeben und ... schon Ein und anderer stutzig geworden, den lieber fort gewünschet, als dahero behalten hätte." Dabei schildert er übrigens recht anschaulich, wie "die Brandweinsäuferer die Anwerbung bestellen und die beim Trunck vorgehende mannigfaltige discours von dieser neuen Insul denen liederlichen Gästen die Lust machen, die Nichts zu verlieren haben, ob sie da oder dorten sich aufhalten." (St.A. Marburg. Fulda Acc. 1875/27 A X 1).

bedrohte, jedoch während der Hungerjahre 1771/72 um Aufnahme von Auswanderern ins Banat nachsuchte.

Die Zahl der deutschen Überseewanderer vor 1800 läßt sich nur schätzungsweise ermitteln. Einigen Aufschluß über den Umfang dieser "Seuche der Emigration außer Lande" geben die Verzeichnisse über den Schiffsverkehr einiger nordamerikanischer Häfen. So landeten von 1730 bis 1740 in Philadelphia 13 200 Deutsche; 1749 trafen 25 Schiffe mit 7 049 deutschen Auswanderern ein, denen in den nächsten drei Jahren weitere folgten. Allein in Pennsylvanien gab es beim Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges bereits 110 000 Einwohner deutschen Stammes, ein Drittel der Gesamtbevölkerung; ihre Gesamtzahl in den Dreizehn Kolonien betrug nach vorsichtigen Schätzungen etwa eine Viertelmillion¹⁴.

So beträchtlich solche Zahlen, vor allem im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Einwanderungslandes sein mögen, so gering erscheinen sie im Vergleich mit der Massenauswanderung des folgenden Jahrhunderts. Von dieser unterscheidet sich die deutsche Auswanderung des achtzehnten Jahrhunderts auch dadurch, daß sie in einzelnen, durch längere Zeiträume von einander getrennten Wellen vor sich ging, die nach Ursache und Triebkräften wenig miteinander zu tun haben. Religiöse Unterdrückung trieb in den dreißiger Jahren die schlesischen Schwenckfelder nach Pennsylvanien und die Salzburger nach Georgia. Schon vor ihnen hatten sich religiöse Schwärmer wie die Täufer in die Einsamkeit der pennsylvanischen Wälder zurückgezogen, um in Gebet und Arbeit die Ankunft des Herrn zu erwarten; und deutsche Mennoniten und Quäker waren unter den ersten, die auf Einladung William Penns sich im Lande der religiösen Freiheit niederließen. Religiöse Begeisterung und Eifer für das Seelenheil der Heiden trieb um die Jahrhundertmitte die Herrnhuter nach Georgia und Carolina, Pennsylvanien und Ohio, wo sie blühende Gemeinden gründeten und Großes in der Indianermission leisteten¹⁵. Daß auch bei der Ostwanderung religiöse

14 *A. B. Faust*, Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung (Leipzig 1912).

15 Die überaus reichen Bestände des Archivs der Herrnhuter Brüdergemeinde in Herrnhut sind wissenschaftlich nur zu einem Bruchteil erschlossen. Besonders

Motive mitsprachen, zeigten die Mennoniten- und Herrnhutersiedlungen in Südrußland und an der Wolga, die Anfang des neunzehnten Jahrhunderts entstanden. Auch politische Beweggründe dürften in manchen Fällen eine Rolle gespielt haben. Freilich war es nicht so sehr das Streben nach Verwirklichung bestimmter politischer Ideale als der Wunsch, als freier Mann in einem Lande zu leben, wo man der Willkür der Bürokratie und des absolutistischen Landesherrn unerreichbar war. Daß man in Amerika "vor niemanden den Hut abtun" müsse, daß "der Bauer dort so viel gilt wie der Edelmann" – das sind Wendungen, die in Briefen von Ausgewanderten öfters wiederkehren und ihren Eindruck auf die Daheimgebliebenen nicht verfehlten.

Weit stärker als solche Beweggründe wog jedoch die wirtschaftliche Not. Zwar kann von einer eigentlichen Überbevölkerung damals selbst in den dichtbevölkerten Gebieten des deutschen Südwestens keine Rede sein; eher könnte man nach manchen Kriegen sogar von einem Bevölkerungsmangel sprechen, so z.B. in Bayern oder in Lothringen, wo der Bevölkerungsschwund in den sechziger Jahren auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung geschätzt wird. Einen wichtigen Fingerzeig bieten jedoch die Hauptauswanderungsjahre: es ist sicher kein Zufall, daß die Wogenkämme der Auswanderung in die Jahre nach den zahlreichen Kriegen fallen, die im achtzehnten Jahrhundert Europa und Deutschland erschütterten. So war es in den dreißiger und vierziger Jahren nach dem polnischen und österreichischen Erbfolgekrieg, in denen der Süden und Westen des Reiches einen Hauptkriegsschauplatz bildete, schließlich

wertvoll sind die zahlreichen, sehr eingehenden Tagebücher von Indianer- und Eskimomissionaren. Sie enthalten nicht nur höchst ergiebiges ethnographisches Material, sondern auch jahrzehntelange klimatologische Beobachtungsreihen mit genauen Angaben über Temperatur, Luftdruck, Windrichtung und -stärke, Bewölkung usw. – Neuere Arbeiten, die Herrnhuter Archivalien verwenden, sind: *Hellmuth Erbe*, Bethlehem Pa. Eine kommunistische Herrnhuter Kolonie des 18. Jahrhunderts (Diss. Leipzig 1929) und *Helmut Treppe*, Das Deutschtum in Ohio bis zum Jahre 1820 (Diss. Leipzig 1931). *Erbes* Dissertation liegt vor als Band 24 der "Kulturhistorischen Reihe" des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, *Treppe's* Arbeit im "Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois", Vol. XXXII.

auch in den sechziger Jahren nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges. Es waren weniger die Kriegsverwüstungen selbst als die Kriegslasten und sonstigen wirtschaftlichen Schäden, die den Entschluß zum Auswandern erleichterten. Nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, daß der Soldatendienst und die Unruhe des Kriegslebens dazu angetan waren, die Verbundenheit mit der Heimat zu lockern und den Drang in die Weite zu wecken.

Neben den Kriegen trugen Mißernten, Teuerungsjahre, harte Winter und andere Naturkatastrophen dazu bei, die wirtschaftliche Lage zu verschlechtern und die Neigung zum Auswandern aufleben zu lassen. Dazu kamen im Zeitalter des Absolutismus der harte Steuerdruck prunkliebender Fürsten und Herren, die Abgaben und Fronden, die auf dem gemeinen Mann lasteten und auch in ruhigeren Zeiten drückend genug empfunden wurden. Vor allem aber – das gilt für die Hauptauswanderungsgebiete jener Zeit – machte die Zerstückelung von Grund und Boden¹⁶ es vielen unmöglich, in der Heimat zu bestehen oder gar voranzukommen und eine eigene Scholle zu erwerben. Unter solchen Umständen bedurfte es nicht einmal eines Anstoßes von außen oder einer eigentlichen Werbung, um den Entschluß zur Auswanderung reifen zu lassen. Es genügte zu wissen, daß anderwärtig Land in Hülle und Fülle vorhanden war, das man geschenkt erhalten oder unter leichten Bedingungen erwerben konnte, daß man anderswo durch seiner Hände Arbeit gut leben und zu Wohlstand gelangen konnte – und der Vergleich zwischen den Verhältnissen daheim und draußen mußte zu Gunsten des Draußen ausfallen¹⁷.

Während des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes und in den neunziger Jahren ebden die Wanderungszüge, die von Deutschland im achtzehnten Jahrhundert ausgehen, merklich ab. Die Revolutionskriege

16 Bezeichnende Beispiele enthält *Friedrich Lists* Schrift "Die Ackerverfassung etc." (s.o.). Die Verhältnisse dürften zwei Menschenalter vorher bei nicht viel geringerer Bevölkerungszahl kaum günstiger gewesen sein.

17 Vgl. das bei *Freedon/Smolka*, a.a.O., S. 19-21 abgedruckte Vernehmungprotokoll aus Hanau von 1748; oder den *Brief eines Ausgewanderten* von 1788, ebenda, S. 72.

machten den Seeweg und die Hauptzufuhrstraße, den Rhein, unsicher; die Einführung der napoleonischen Konskription bildete ein weiteres Hindernis, bis die Kontinentalsperre den Personenverkehr nach Übersee gänzlich lahmlegte. Eine einzige, ziemlich rasch versiegende Wanderungswelle, die Auswanderung der Schwaben nach Südrußland und Nordamerika 1802-1805, hebt sich von dem Tiefpunkt nach der Jahrhundertwende ab. Sie gehört nach Anlaß und Struktur noch zur Auswanderung des achtzehnten Jahrhunderts; religiös-schwärmerische Motive spielten die ausschlaggebende Rolle. Gleichfalls nach Rußland, vor allem aber nach Nordamerika richtete sich die große südwestdeutsche Auswanderungswelle der Jahre 1816/17. Obwohl sie zeitlich als Auftakt zur Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts erscheinen könnte, ist es richtig, sie von dieser zu unterscheiden. Einmal sprachen auch in diesem Falle, wenigstens bei der Auswanderung aus Württemberg, religiöse Motive mit; ferner gingen die Rußlandwanderungen auf russische Werbungen zurück, die noch in den Freiheitskriegen einsetzten. Die Hauptursache aber war die Mißernte des Jahres 1816 und die folgende Hungersnot, die Zehntausende aus der Heimat trieb¹⁸. Ob und wie weit die staatlichen Veränderungen nach 1815 bei der Auswanderung aus dem Rhein- und Moselgebiet 1816/17 mitsprachen, ist mit Sicherheit schwer festzustellen. Sie allein oder vorwiegend mit der Abneigung gegen die preußische Herrschaft zu erklären, geht nicht an, da die Auswanderung aus diesem Gebiet mit der aus Baden und Württemberg, ja sogar aus der Schweiz, in enger Verbindung steht und mit ihr die gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen teilt¹⁹. Jedenfalls steht diese

18 Im Sommer 1816 herrschten furchtbare Unwetterkatastrophen und eine Mißernte, die ein unerhörtes Hinaufschneiden der Getreidepreise zur Folge hatte. Die schlechten Straßenverhältnisse und die Zollverhältnisse verstärkten noch die Auswirkung der Naturkatastrophe. *A. Stern*, Geschichte Europas, Berlin 1894, Bd. 1, S. 309.

19 Daß politische Motive nicht ganz von der Hand zu weisen sind, geht schon aus den Bestimmungen der Pariser Friedensschlüsse hervor, die für die Bevölkerung der von Frankreich abgetretenen Landesteile eine Frist von sechs Jahren vorsahen, innerhalb welcher der Auswanderung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden durften. Dieses Sexennium spielte bei den Überlegungen der preußi-

Welle in keiner unmittelbaren Verbindung mit der folgenden Epoche, der Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts.

DIE DEUTSCHE MASSENAUSWANDERUNG IM NEUNZEHNTEM JAHRHUNDERT

Zwischen der deutschen Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts und ihren Vorläufern bestehen tiefgreifende Unterschiede struktureller Art. Bis zum Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts setzt sich die deutsche Auswanderung aus einer Reihe von ruckartig auftretenden Wellenbewegungen zusammen, zwischen denen die Strömung so stark abebbt, daß sie zeitweise ganz verschwindet oder doch nur als ausgesprochene Einzelwanderung weiterbesteht. Die Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts hingegen ist ein stetig fließender Strom, der zwar Wellenberge und Wellentäler aufweist, aber niemals versiegt oder zu einem dünnen Rinnsal wird. Der tiefe Einschnitt der zwanziger Jahre bildet die auffallend hervortretende Grenzzone. 1832 wird zum ersten Male die Zehntausendgrenze überschritten²⁰, und fortan steigt die Welle

schen Regierung anlässlich der Auswanderungswelle von 1816/17 eine Rolle. Nach einer Mitteilung an das M.d.I. wollten im Frühjahr 1817 allein in dem neugebildeten Regierungsbezirk Trier über 3000 Personen davon Gebrauch machen (St.A. Berlin Rep. 73 No. 68,2; ebda. Abt. III, Rep. I. No. 2, Vol. 2). Es wird jedoch von amerikanischen Autoren in seiner Bedeutung für die Auswanderung nach 1815 ebenso überschätzt wie die politischen Motive – Abneigung gegen die "Fürstenherrschaft" und die "reaktionäre Politik des Metternichregimes" überhaupt. – Bezeichnend dafür *M. D. Learned*, Guide, p. 7 und *M. J. Kohler*, in: "Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter" Vol. XVII, pp. 395 ss., der sogar ein "radical change of attitude of German and other states toward emigration effected by the Treaty of Paris" annimmt.

20 Nach "Hübners Jahrbüchern", zitiert bei *Mönckmeier*, a.a.O., S. 16, allerdings schon 1827 mit 11 000 und dann wieder 1830 mit 15 000. Diese Zahlen weichen jedoch von den Ziffern der seit 1820 geführten amtlichen U.S.A.-Einwanderungsstatistik (432 und 1976) wie von der Berechnung *Burgdörfers* (s.u.) sehr ab, so daß

mit wenigen, nicht sehr beträchtlichen Rückschlägen ununterbrochen bis zu ihrem ersten Scheitelpunkt in den fünfziger Jahren.

Schätzungsziffern der deutschen Überseewanderung 1820-1867^{a)}

Jahr	I	II	III
1820	2.200	1.100	1.065
1821	2.200	440	421
1822	2.400	170	163
1823	2.500	210	201
1824	2.700	260	253
1825	4.300	520	495
1826	4.800	590	562
1827	11.000	500	475
1828	9.500	2.120	2.036
1829	8.000	690	657
1830	15.000	2.270	2.174
1831	14.400	14.200	11.720
1832	14.400	2.770	2.654
1833	20.000	8.000	7.687
1834	24.000	20.300	19.455
1835	17.600	9.500	9.142
1836	24.000	23.800	22.778
1837	33.000	27.300	26.114
1838	20.000	13.300	12.851
1839	28.000	24.100	23.131

sie wenig glaubhaft erscheinen. Gegen eine starke Auswanderung in den zwanziger Jahren sprechen auch die guten Ernten und niedrigen Getreidepreise (Burgdörfer in *Ferenzi/Willcox*, op. cit. Vol. XVIII, p. 342).

Jahr	I	II	III
1840 ^{b)}	28.200	34.200	32.674
1841	22.000	22.000	16.820
1842	20.000	23.400	22.407
1843	23.000	16.600	15.885
1844	43.701	23.800	22.804
1845	67.209	39.500	37.791
1846	194.581	66.200	63.317
1847	109531	78.800	80.250
1848	81.695	59.000	62.611
1849	89.102	61.700	64.238
1850	82.404	79.800	83.169
1851	112.547	75.100	78.815
1852	162.301	154.200	176.402
1853	157.180	150.000	150.663
1854	251.931	230.400	239.246
1855	81.698	77.800	83.773
1856	98.573	76.100	80.927
1857	115.976	97.700	103.111
1858	53.266	50.300	56.834
1859	45.100	44.300	47.354
1860	49.669	56.600	57.876
1861	35.427	34.300	36.883
1862		30.600	31.360
1863		37.900	38.991
1864		61.600	60.660
1865		88.900	88.707
1866		121.200	120.414
1867		139.300	38.394

- a) Für die deutsche Gesamtauswanderung – nach außerdeutschen Ländern überhaupt – fehlen statistische Angaben. Die Ziffern für die Überseewanderung sind entnommen für Spalte I aus "Hübners Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik" Bd. I-VIII (zitiert bei Mönckmeier); für die Spalte II aus W. Mönckmeier, Die deutsche überseeische Auswanderung, Jena 1912, S. 16; für Spalte III aus dem Beitrag Fr. Burgdörfers in W.F. Willcox, International Migration, Vol. II, New York 1931, p. 333.
- b) Die Ziffern für die vierziger Jahre scheinen einer Nachprüfung wert. Eine Denkschrift der preußischen Gesandtschaft in den Vereinigten Staaten vom Dezember 1848 (in actis G.St. A., Acc. 168/32 45b. If.Nr.91) enthält folgende Angabe: "Die Zahl der allein im Hafen von New York gelandeten deutschen Auswanderer hatte im Jahre 1844 nur 17 800 (in runden Zahlen), 1845 schon 30 300, 1846 52 300 betragen; 1847 aber stieg sie auf etwa 90 000, und die Gesamtsumme der in den Vereinigten Staaten angekommenen Deutschen, die bei fortwährender jährlicher Steigerung im Jahre 1846 nur etwa die letztere Zahl erreicht hatte, wuchs schon im folgenden Jahre auf etwa 130 000." – Die Ziffer Burgdörfers für die deutsche Einwanderung in die Vereinigten Staaten beträgt für 1846 57 561. Allein die Einwanderer des Texasvereins (s.u. Kap.2) würden zusammen mit den oben genannten 52 300 Einwanderern über New York die Gesamtzahl Burgdörfers für die deutsche Einwanderung in die Vereinigten Staaten 1846 erreichen.

Nicht so sehr in den absoluten Größenverhältnissen, sondern in dem stetigen Fließen des Auswanderungsstromes zeigt sich die Andersartigkeit der Auswanderung des 19. Jahrhunderts. Ihr entsprechen offenbar stetig wirksame Ursachen, während die früheren Auswanderungswellen jeweils durch besondere einmalige und vorübergehend auftretende Ursachen bedingt sind. Dies schließt natürlich die Wirksamkeit solcher Sonderfaktoren im neunzehnten Jahrhundert ebensowenig aus wie das Andauern bestimmter, der Auswanderung förderlicher Momente in der vorausgehenden Epoche. Aber während in dieser nur zu Zeiten und nur in Abhängigkeit von einmaligen Ereignissen eine beträchtliche Wanderungsbewegung zustande kommt, verdankt die Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts ihre Kontinuität wie ihr gewaltiges Anschwellen stetig wirkenden Ursachen, und besondere Ereignisse und Umstände

bewirken lediglich ein stärkeres Anschwellen oder Abebben der Bewegung.

Die Auswanderung des achtzehnten Jahrhunderts ist wesentlich agrarischer Natur; die kleinbäuerliche Bevölkerung stellt weitaus das stärkste Kontingent, die Handwerker und andere Berufe sind in der Minderzahl. Für den Südwesten, der noch bis zur Mitte des folgenden Jahrhunderts das Hauptauswanderungsgebiet bildet, bleibt dieses Verhältnis zunächst bestehen, obwohl der Anteil der Handwerker und anderer Berufe ständig wächst. Gründlich ändert es sich jedoch beim Übergreifen der Auswanderung auf das mittlere und nördliche Deutschland. Schon in den vierziger Jahren, in denen diese Gebiete zum ersten Male einen stärkeren Beitrag zur Auswanderung liefern, überwiegen hier die nichtlandwirtschaftlichen Volksschichten²¹. Seit der Mitte der fünfziger Jahre nimmt auch in Süddeutschland der Anteil der landwirtschaftlichen Auswanderer ab. Zwar bringt die Einbeziehung Nordostdeutschlands seit den sechziger Jahren noch einmal einen steigenden Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit sich, aber es handelt sich dabei nicht mehr so sehr um bäuerliche Elemente als um die landlosen Landarbeiter Ostelbiens. In den achtziger Jahren vollends treten die Arbeiter und Gewerbetreibenden mit ständig wachsender Beteiligung stark in den Vordergrund, während der Anteil der Landwirtschaft in entsprechendem Maße absinkt. Dieses Verhältnis gilt freilich nur im Verhältnis zur Gesamtauswanderung. Gemessen an der beruflichen Gliederung der deutschen Bevölkerung bedeutet der Anteil der landwirtschaftlichen Auswanderer eine verhältnismäßig viel stärkere Belastung dieses Bevölkerungsanteils, während die übrigen Bevölkerungsschichten trotz ihrer viel höheren Auswanderungsziffer im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl geringere Verluste erleiden.

Diese Wandlungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Auswandererstroms deuten auf bestimmte Tatsachen hin, durch die sich die Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts von der vorausgehenden unterscheidet. Zwischen den beiden Epochen liegen umwälzende Ereignisse von größter geschichtlicher Tragweite, welche die wirtschaft-

21 *Mönckmeier*, S. 154 ff.; auch zum folgenden.

liche und soziale Struktur des deutschen Volkskörpers von Grund auf gewandelt haben²². Sie hängen mit der Industrialisierung zusammen, die in diesem Falle wie auch sonst in ihren Auswirkungen weit über den rein technischen und wirtschaftlichen Bereich hinausgeht. Die Anfänge dieser Umwälzung, die so tief und einschneidend war wie nur je eine Revolution, reichen in Deutschland bis ins erste Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts zurück und hängen mit der politischen Geschichte dieses Zeitraums eng zusammen. Napoleons Kontinentalsperre hatte einen großen Aufschwung der ländlichen Hausindustrie zur Folge. Vor allem die Spinnerei und Weberei gaben, selbst in den ärmeren Gebirgsgegenden, einen lohnenden Nebenerwerb ab. Als nach den Befreiungskriegen der deutsche Markt wieder geöffnet wurde, setzte sehr bald, bereits in den zwanziger Jahren, eine katastrophale Verelendung dieser Bevölkerungsschichten ein. In den folgenden Jahrzehnten wurden die ersten durch Dampfkraft betriebenen Maschinen in Deutschland eingeführt; die Erlöse der Heimarbeiter sanken, Arbeitslosigkeit und Elend stiegen weiter. Die Konkurrenz der aufkommenden Industrie zog seit Beginn der vierziger Jahre auch das selbständige Handwerk immer mehr in Mitleidenschaft und führte dazu, daß der sprichwörtliche "goldene Boden" seine Tragfähigkeit in zunehmendem Maße verlor. Das Übergreifen der Auswanderung auf Nord- und Mitteldeutschland hängt nicht zuletzt mit diesen Wirkungen der Industrialisierung zusammen. Neben der Textilindustrie, z.B. der Bezirke Minden und Münster, Erfurt und Merseburg, dem Erzgebirge, dem Vogtland, der Lausitz und Schlesien, wurden von der neuen Produktionstechnik vor allem die Gebiete betroffen, die von der Kleineisenindustrie lebten. So wurden viele Menschen im Hunsrück, im Westerwald und Schmalkaldener Bezirk brotlos. Hand in Hand damit ging ein gewaltiges Ansteigen der Bevölkerungszahl. Die industrielle Entwicklung war vorerst nicht in der Lage, der rasch wachsenden Bevölkerung ausreichende Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu bieten. Erst seit Ende der fünfziger Jahre führten die Verbesserungen der Produktions- und Verkehrstechnik und der Betriebsweise mehr und

22 Grundlegend zum folgenden *Fr. Schnabel*, Deutsche Geschichte, Bd. 3, Vierter Abschnitt; ferner *W. Mönckmeier*, op. cit., Kap. 2.

mehr dazu, daß die steigenden Arbeitsmöglichkeiten den Bevölkerungsausschuß aufnehmen konnten. Dieser technische Fortschritt und der Fortfall einschränkender staatlicher Bestimmungen brachten Ende der fünfziger Jahre einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich, der ein Vierteljahrhundert anhielt und in Verbindung mit anderen Faktoren – so der kritischen Lage der Union vor dem Sezessionskrieg und dem preußischen Verbot der Auswanderung nach Brasilien – einen Rückgang der Auswanderung zur Folge hatte. Die großen Rückschläge der Wirtschaftskrisen der achtziger Jahre trieben jedoch noch einmal einen zweiten Wellenberg der deutschen Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert empor, an dem diesmal die Industriearbeiterschaft in sehr starkem Maße beteiligt war. Erst der gewaltige neue Aufschwung der Industrie seit dem Anfang der neunziger Jahre führte zum erneuten Absinken der Auswanderungsziffer, die im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts – bei einer um das Doppelte gewachsenen Bevölkerung – bis auf den Stand des ersten Jahrzehnts der Massenauswanderung (1836-1845) zurückging.

Trotz alledem genügt die "industrielle Revolution" nicht, um das rasche Emporschnellen der deutschen Auswanderungsziffer seit den dreißiger Jahren zu erklären. In vollem Umfang wird diese Erscheinung erst dann verständlich, wenn man auch die Umwälzung der agrarischen Verhältnisse Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert in Betracht zieht. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die deutsche Auswanderung bis um die Jahrhundertmitte noch vorwiegend kleinbäuerlichen Charakter trug; die Auswirkungen der Industrialisierung traten erst um diese Zeit in Erscheinung. In der Tat stehen denn auch der Beginn und der ganze Verlauf der deutschen Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts in engster Verbindung mit den Wandlungen der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Auswirkung der Bauernbefreiung. Da man bei ihrer Durchführung unter dem Einfluß des politisch herrschenden Großgrundbesitzes keinen wirksamen Bauernschutz festgesetzt hatte, wirkte sich die ursprüngliche Reform geradezu verhängnisvoll für den Bauernstand aus. Die Grundherren benutzten vielfach das ihnen für die Ablösung der bäuerlichen Lasten zufließende Geld zum Ankauf von Bauernland, und

das Steigen der Getreidepreise trug bei der besonderen Eignung der Großgüter für den Getreideanbau weiter zur Stärkung ihrer Kaufkraft bei, während der Bauer durch die steigenden Getreide- und Futtermittelpreise und durch die gleichzeitigen Ablösungsverpflichtungen in eine immer schwierigere Lage geriet²³. Schließlich blieb vielen nichts anderes übrig, als ihr Land an den ehemaligen Herrn zu verkaufen und, sofern sie nicht in Tagelohn gehen wollten, auszuwandern. Nicht nur in Ostelbien, wo das Bauernlegen in größtem Stil betrieben wurde, sondern auch in manchen anderen Gegenden wurde die Bauernbefreiung so zur 'Befreiung' des Bauern von seinem Lande. So bezeugen Beispiele aus Hessen, daß dort in der ersten Hälfte des Jahrhunderts "größere Betriebe entstanden, wie sie vorher nie in diesen Gegenden existiert hatten"²⁴. Ähnlich lagen die Verhältnisse in manchen Gebieten Norddeutschlands; es ist demnach kein Zufall, daß in der gleichen Zeit die Auswanderung auf diesen Raum übergriff. Wenn sie nicht schon damals auch Ostelbien erfaßte, so lag das lediglich daran, daß dort die "nichtspannfähigen" Kleinbauern bis 1850 überhaupt nicht reguliert werden durften und weiter fronen mußten, während die im Verlauf der "Befreiung" ausgekauften größeren Bauern, wie das Beispiel Berlin zeigt, nach den größeren Städten abwanderten. Nach 1850 hingegen, als auch die Regulierung der Instleute durchgeführt werden mußte, verschob sich der Schwerpunkt der Auswanderung bezeichnenderweise sehr bald nach Ostelbien.

Noch weitere Faktoren trugen dazu bei, die Lage der bäuerlichen Bevölkerung allenthalben unhaltbar zu machen. Im Zuge der Bauernbefreiung wurden auch die Gemeindeländereien, die Allmende, aufgeteilt und die Nutzungen auf fremdem Boden – die Hütung und die Hol-

23 Ein grelles Licht auf diese Seite der preußischen Bauernbefreiung wirft *J. Ziekkursch*, Hundert Jahre schlesische Agrargeschichte (1915). Schiesien macht allerdings von der sonst gültigen Regel 'Je größer der Anteil der Großgrundbesitzer an der Gesamtfläche, umso stärker die Auswanderung' eine Ausnahme, da die vom Großgrundbesitz verdrängte bäuerliche Bevölkerung größtenteils in der Industrie unterkommen konnte. Vgl. dazu die Studie von *M. Sering*, Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande (Berlin 1910).

24 *E. Katz*, Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen (Stuttgart 1904), S. 29.

zungsrechte – abgelöst. Besonders für die Ärmeren entfiel dadurch die einzige Möglichkeit zur Viehhaltung, da das bei der Aufteilung auf sie entfallende kleine Stück Land dazu nicht ausreichte. Entweder mußten sie ihr Stück Land verkaufen, oder sie mußten, sofern sie Kleinbauern blieben, in Taglohn gehen. Die Löhne aber hielten mit den schnell steigenden Lebens- und Futtermittelpreisen nicht Schritt, und die Schere zwischen Löhnen und Preisen bildete infolgedessen bis in die fünfziger Jahre einen Haupthebel der Auswanderung. So stiegen bis zur Jahrhundertmitte die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Kleidung um etwa Fünfzig von Hundert, während die Löhne fast gleich blieben. Das führte, zumal bei dem raschen Bevölkerungswachstum, zu einer allgemeinen Verarmung, umsomehr als gleichzeitig auch die gewerbliche Nebenbeschäftigung in der Hausindustrie infolge der industriellen Konkurrenz rapid zurückging. Kamen dann noch schlechte Erntejahre hinzu, in denen man auf stärkeren Zukauf von Lebensmitteln bei heraufschnellenden Preisen angewiesen war, so wurde die Lage geradezu ausweglos²⁵. Am schlimmsten sah es in dieser Hinsicht in den Zwergwirtschaftsgebieten des Südwestens aus, wo alle diese Voraussetzungen zusammentrafen. Die Kartoffelkrankheit²⁶ in den vierziger Jahren und die

25 Vgl. die Beispiele bei *Mönckmeier*, S. 51 ff., besonders die vergleichende Tabelle von Roggenpreisen und Auswanderungsziffern S. 53.

26 Die Kartoffel bildete Anfang der vierziger Jahre in weiten Teilen Südwestdeutschlands infolge der Steigerung der Getreidepreise fast das einzige Nahrungsmittel. Nach *Fr. List* führte die Zwergwirtschaft, das "bedeutendste Gebrechen der Agrarverfassung ... zur allgemeinen Kartoffelwirtschaft, nämlich zu demjenigen Zustand, in welchem die Mehrzahl der Landwirte das Leben damit zubringt, Kartoffeln zu bauen und zu essen; in welchem sie nicht allein an aller kräftigen Speise sondern sogar an dem nötigsten aller Gewürze, ohne welches selbst das Vieh physisch ausartet, an Salz, Mangel leiden. ... Trotz aller Einschränkung dieser Zwergwirte und bei bloßer Kartoffelkost nimmt die Bevölkerung weiter regelmäßig zu, und erst nachdem es viel zu spät ist, dem Übel zuvorzukommen, macht man die Wahrnehmung, daß an dem gar zu ärmlich besetzten Tisch viel zu viele Platz genommen haben. Nun treibt die harte Notwendigkeit einen Teil der überfüllten Gemeinde in die weite Welt. Leider vermögen aber die dem absoluten Mangel bereits Verfallenen die großen Kosten der Auswanderung nicht mehr zu bestreiten, und der Entschluß, den Schauplatz des Mangels zu

Mißernten von 1846 und 1847 ließen hier ganze Dörfer veröden. Hinzu kam, daß in manchen südwestdeutschen Gebieten, etwa in Württemberg, noch in den vierziger Jahren auf dem Bauernlande ein hoher Naturzins lag, daß die Zwergwirte mit den landwirtschaftlichen Verbesserungen wie der künstlichen Düngung infolge ihrer Armut nicht Schritt halten konnten und daß die steigenden Gemeinde- und Staatslasten ihre Verschuldung noch beschleunigten. Dies alles hatte zur Folge, daß die Auswanderung aus dem Südwesten so anschwellte wie sonst nirgends in Deutschland. In mancher Hinsicht erinnern die Zustände an die – freilich noch schlimmere – Lage in Irland, das durch Hungersnöte und Auswanderung in den vierziger Jahren ein Großteil seiner Bevölkerung verlor.

Gerade der Vergleich mit den irischen Verhältnissen zeigt, daß die deutsche Auswanderung vor der Jahrhundertmitte weder ausschließlich noch vorwiegend eine unmittelbare Folge der industriellen Revolution und der dadurch verursachten Proletarisierung war²⁷. Der "Pauperismus", dessen Anwachsen in den dreißiger und vierziger Jahren einen

verlassen, bleibt nur noch denen übrig, welche sich an dem Schicksal der bereits Verarmten ein Exempel nehmen, und die gerade noch so viel Vermögen besitzen, um sich von der Auswanderung eine glücklichere Zukunft versprechen zu dürfen" (Ackerverfassung etc., S. 14 f.)

- 27 Auch für die politische Radikalisierung im Vormärz und für den Ausbruch der Revolution von 1848 waren die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Industrialisierung noch nicht von ausschlaggebender Bedeutung. R. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848 (Stuttgart 1948), hebt mit Recht hervor, daß der unruhigen erwartungsvollen Stimmung am Vorabend der Revolution ein sehr starkes irrationales Moment eigen war. Selbst der Hungertyphus in Schlesien, der zu der revolutionären Gärung beigetragen haben soll, läßt sich nicht gut als Erklärung heranziehen. Er war bereits seit Jahrzehnten in Schlesien endemisch, und sein besonders starkes Auftreten um die Mitte der vierziger Jahre dürfte schwerlich auf die süd- und mitteldeutschen Handwerksburschen und Kleingewerbetreibenden revolutionierend gewirkt haben. Die "apokalyptischen" Stimmungen der vierziger Jahre waren auch keineswegs auf Deutschland beschränkt. Für Frankreich wären in dieser Hinsicht die Spätschriften von *Lammenais* als symptomatisch zu nennen, für England S. R. *Bosanquet*, *Principia* (London 1843) und die Rebeccaitenunruhen in Wales.

Hauptpunkt der öffentlichen Diskussion bildete, hing weniger mit der – vorerst noch bescheidenen – Industrialisierung zusammen als mit der sprunghaften Bevölkerungszunahme, die andere, verschiedenartige Ursachen hatte. Da die zumeist noch üblichen, althergebrachten Produktionsmethoden in Landwirtschaft und Gewerbe keine entsprechende Erweiterung des Nahrungsspielraumes zuließen, nahm bei steigender Bevölkerung die Armut zu, und dies machte in Notlagen erhöhte Aufwendungen des Staates und der Gemeinden notwendig. In Baden stiegen allein die staatlichen Armenunterstützungen von 611 930 Gulden 1845 auf 1 411 396 Gulden im folgenden Jahre und 1847/48 mußte der Staat über 700 000 Gulden für Brotfrüchte, Saatkorn und dergleichen zur Linderung der Not ausgeben.²⁸ Bei der Suche nach Abhilfe verfiel man auf malthusianistische Ideen; man glaubte, der Vermehrung der Bevölkerung durch Beschränkung der Eheschließungen oder der wirtschaftlichen Selbständigkeit Einhalt gebieten zu müssen, so z.B. in Württemberg. Robert Mohl sprach zweifellos eine weitverbreitete Ansicht aus, wenn er 1847 schrieb²⁹, daß Deutschland seine wachsende Bevölkerung überhaupt nicht mehr ernähren könne, daß die Auswanderung eine Naturnotwendigkeit sei und nach Kräften gefördert werden müsse. An vielen Orten bildeten sich Vereine zur Förderung der Auswanderung, und einzelne Gemeinden brachten die Kosten für die Beförderung der Ortsarmen nach Amerika auf. Auch der Staat wußte sich gelegentlich nicht anders zu helfen als durch die Förderung der Auswanderung; so stellte z.B. Baden in den vierziger Jahren 300 000 Gulden, in den fünfziger Jahren sogar fast 3 Millionen Mark für die Unterstützung bedürftiger Auswanderer zur Verfügung. In den Ständevertretungen der südwestdeutschen Mittelstaaten stand die Auswanderungsfrage vor 1848 auf der Tagesordnung, freilich ohne daß man sich zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen konnte³⁰.

28 *W. Mönckmeier*, S. 47 f.

29 "Über Auswanderung", in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, I, S. 320 ff.

30 Vgl. das folgende Kapitel.

Nicht ohne Grund wurde das rasche Anwachsen der besitzlosen Schichten als Gefahr für die bestehende Gesellschaftsordnung empfunden. Zwar waren die Betroffenen keineswegs revolutionär gesinnt: Revolutionen pflegen nicht aus Verzweiflung und Not zu entstehen, sondern werden von Schichten getragen, die zur Macht streben und bereits über gewisse Voraussetzungen zur Machtergreifung verfügen. Aber Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Umwälzung ging eine geistige Entwurzelung vor sich, die den Gesellschaftsbau zu unterhöhlen drohte. Die Entwertung oder der Verlust der heimatlichen Scholle schwächte bei vielen das herkömmliche Band der Heimatliebe. Der gänzliche innere oder äußere Bruch mit dem Vaterlande fiel umso leichter, als die geistige Zeitströmung ihr Vorschub leistete. Der Staats- und Gesellschaftsgedanke des Liberalismus stellte den Einzelnen auf sich selbst und ersetzte die Bande der Liebe und Treue durch rechenhaftes Zweckdenken. Während der Liberalismus im Wirtschaftsleben den Starken zugute kam und seinem Patriotismus sogar neue Antriebe vermitteln konnte, machte er dem Schwachen Staat und Gesellschaft verhaßt oder mindestens gleichgültig. Die Rücksichtslosigkeit vieler Besitzenden war dem Kleinbauern, dem Gewerbetreibenden und dem Handwerker aus eigener, bitterer Erfahrung bekannt. Umso näher lag es ihm, den Staub einer Heimat von den Füßen zu schütteln, die ihn in Armut und Elend verkommen ließ, und anderwärts sein Glück zu versuchen oder aber, wenn er selbst dazu zu arm war, sich radikalen Ideen und Parteien zu verschreiben. Hinzu kam, daß die radikalen Parteien die Sache der Auswanderung auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Auch die kosmopolitischen Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution wirkten nach und ließen es als nebensächlich erscheinen, wo man lebte, welche Sprache man sprach, zu welchem Gott man betete. Man war freizügig geworden, auch im Denken und Meinen. Aus den Zeitungen und Zeitschriften, die in diesen Jahrzehnten tief ins Volk eindringen³¹,

31 Die Wirkung dieser Tatsache ist lange nicht genug gewürdigt worden. Erst *Fr. Schnabel* hat mit Nachdruck auf ihre Bedeutung hingewiesen und die publizistischen Quellen in weitem Umfange für die Geschichte des Vormärz verwertet. Ihr Einfluß auf die Auswanderungsbewegung war ungemein stark und bedürfte einer eigenen Untersuchung. Die sehr zahlreichen Zeitungsausschnitte in den

wußte man, daß die Lebens- und Verdienstmöglichkeiten in anderen Ländern günstiger waren; und die Technik hatte diese Länder näher gerückt. Nicht nur die Welt hatte sich gewandelt, sondern auch die Menschen, und auch diese Wandlung leistete der Auswanderung Vorschub.

Der Einfluß dieser geistigen Wandlung auf das Anwachsen der Auswanderung läßt sich naturgemäß nicht abschätzen; aber daß er vorhanden und wirksam war, ist nicht zu verkennen. Schon der verhältnismäßig starke Anteil der gebildeten Schichten, der freien Berufe vor allem, an der frühen deutschen Massenauswanderung spricht dafür. Nicht immer brauchen dabei, wie bei gewissen sozialistischen und kommunistischen Gruppen³², ausgesprochen ideologische Gründe maßgebend gewesen sein. Auch die bloße Unzufriedenheit mit den engen, beschränkten Verhältnissen der Heimat konnte genügen, um kühne, unternehmende Naturen hinauszutreiben. Dazu kam jedoch als starke Triebfeder der Auswanderung in der Zeit der Demagogenverfolgung das Mißbehagen über die politischen Zustände in Deutschland. Die vormärzliche Politik der Regierungen mit ihrer Gesinnungsschnüffelei und Angeberei stand in allzu grellem Gegensatz zu den freiheitlichen Ideen, die weite Kreise des deutschen Bürgertums beseelten. Nicht nur Hitzköpfe und politische Agitatoren, sondern auch ruhige Männer verließen ihr Vaterland; Persönlichkeiten, die zu aufrecht und unbestechlich waren, als daß sie ihre

Asuwanderungsakten zeugen davon, daß auch die Behörden der Presse eine beachtliche Wirkung zuschrieben.

- 32 Z.B. bei den "Ikariern" Cabets, die für ihre Niederlassung Nauvoo/Illinois in Deutschland warben (Pr. St. A. Stettin, Reg. Stettin Abt. I. Tit. 2 Sect. 3, No. 10, Vol. IX). Ihr Flugblatt kursierte vornehmlich unter Handwerksgesellen und wurde beim Altgesellen der Kösliner Schneider beschlagnahmt. – Einen Bericht über kommunistische Siedlungsversuche in Nordamerika gibt *A. van der Straten-Ponthoz*, *Recherches sur la situation des émigrants aux Etats Unies de l'Amerique* (Bruxelles 1846). Der Verfasser, erster Sekretär der Kgl. Belgischen Gesandtschaft in Washington, bereiste 1844/45 den Mittelwesten und besuchte dabei die "kommunistischen" Kolonien Bethlehem-Nazareth, Zoar, Economy, New Harmony, Neu Helvetia und Ebenezer.

Ideale verleugnen wollten³³. Sie waren am zahlreichsten unter den "lateinischen Bauern" in Missouri und unter den deutschen Einwanderern in Illinois in den dreißiger und vierziger Jahren vertreten³⁴. Manche von ihnen wie Franz Lieber und Friedrich Münch brachten es in der neuen Heimat zu großem Ansehen und zu jenem politischen Einfluß, den ihnen das vormärzliche Deutschland versagte. Daß ihre Zahl nicht gering anzuschlagen ist, geht aus dem beträchtlichen kulturellen Aufschwung des deutschen Elements in Amerika in den Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte hervor, der diesen "Scharen talentvoller und charaktervoller Männer"³⁵ viel verdankt. Besonders stark war ihr Anteil an der Auswanderung in den dunklen Tagen der nationalen und liberalen Bewegung; so nach den Frankfurter Unruhen von 1833³⁶ und vor allem nach dem Zusammenbruch der Revolution von 1848, der Tausende von politisch Enttäuschten nach Amerika führte. Der bedeutendste "Acht- undvierziger", Carl Schurz, hat in seinen Lebenserinnerungen das Wort geprägt, das für die Gesinnung dieser Auswanderer bezeichnend ist: "Ubi libertas, ibi patria."

Geringere Bedeutung hatte für die deutsche Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert das religiöse Moment. Die Emigration um der religiösen Freiheit willen gehörte im Zeitalter der liberalen Toleranz und

33 Ein eindrucksvolles Zeugnis dafür ist der ausführliche Brief eines gebildeten deutschen Auswanderers namens *Weber* im Nachlaß des preußischen Gesandten in Washington, *Friedrich Ludwig Roenne* (St. A. Berlin Rep. 22 Nr. 7). *Weber* war zu Beginn der dreißiger Jahre ausgewandert und hatte sich in Nadowessia/Missouri niedergelassen. Obwohl entschiedener Gegner des politischen Systems in Preußen, ist der Verfasser frei von Ressentiment. Er verleugnet nicht die Liebe zu Europa und Deutschland, betont jedoch, es sei ihm unmöglich, dort zu leben.

34 Vgl. *A. B. Faust*, op. cit., S. 363 f.

35 *Carl Schurz*, Lebenserinnerungen, Bd. I, S. 410.

36 Das "Schwarze Buch" des Frankfurter Bundesarchivs enthält die Namen zahlreicher Emigranten, die sich in diesem einzigen Jahre dem Zugriff der Polizei durch Auswanderung entzogen (Archiv der deutschen Bundesversammlung, Bundesregistratur). Der dort angeführte *C. W. Weber* kommt als Verfasser des in Anm. 33 erwähnten Briefes nicht in Betracht.

Gewissensfreiheit zu den Seltenheiten. Wo sie vorkam, handelt es sich zumeist um extreme Gruppen, die überdies zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen. So gehen etwa die kommunistischen Siedlungen in Nordamerika zum weitaus größten Teil auf religiöse Sektierer zurück; zu ihnen gehören die 1803 und 1817 aus Württemberg ausgewanderten "Rappisten" und "Separatisten"; ferner die hessischen Amaniten, die 1843 bei Buffalo die Kolonie Ebenezer gründeten, und die 1844 aus Preußen nach Missouri ausgewanderten "Mystiker"³⁷. Größere Bedeutung gewann die Auswanderung der Altlutheraner, die um 1840 durch die Verschmelzung der lutherischen und reformierten Kirche zur preußischen Landeskirche veranlaßt wurde; während die sächsischen Altlutheraner sich nach Nordamerika wandten, legten die preußischen den Grundstock zum Deutschtum in Australien. Auch die starke Auswanderung der schwäbischen Pietisten nach Rußland und Nordamerika, die Auswanderung der Mennoniten und die der schwäbischen Templer nach Palästina war durch rein religiöse Beweggründe veranlaßt³⁸. Neben diesen und sonstigen eindeutig religiös bestimmten Auswanderungsvorgängen mögen in anderen Fällen religiöse Wünsche und Motive mitgesprochen haben, ohne daß ihre Rolle sich im einzelnen abschätzen läßt. So bleibt es z.B. schwer abschätzbar, wie weit die rheinische Auswanderung um 1840 durch die religiöse Erregung infolge des Kölner Kirchenstreits oder die

37 *R. Cronau*, *Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika* (Berlin 1909), S. 284 ff.; *H. Trepte*, *op.cit.*, pp. 260-278 (cf. Anm. 15).

38 Zu der Auswanderung der Altlutheraner cf. *H. Lodewycks*, *Die Deutschen in Australien* (Stuttgart 1932), S. 88 ff. und *H. Rosenthal*, *Die Auswanderung aus Sachsen im 19. Jahrhundert (1815-1871)* (Stuttgart 1931), S. 26. – Zur Rußlandwanderung der schwäbischen Pietisten s. die Anm. 5 zitierte Studie von *G. Leibbrandt*, die allerdings ihre Bedeutung im Rahmen der schwäbischen Gesamtauswanderung weit überschätzt. Daß auf den Pietismus "in erster Linie die Auswanderung aus Württemberg im neunzehnten Jahrhundert zurückzuführen ist" (*Leibbrandt/Dickmann*, *op. cit.*, S. 24), ist eine handgreifliche Übertreibung, vor der die Verfasser schon ein Blick in die württembergische Auswanderungsstatistik bewahrt hätte. Vgl. dazu *Huber*, in: *Philippovich*, a.a.O., S. 236/7; ferner *Hubers* Ausführungen S. 243 ff. über die numerische Bedeutung des religiösen Motivs. Über die Templerkolonien ebenda., S. 246/7.

Auswanderung der siebziger Jahre durch die Auswirkungen des Kulturkampfes beeinflußt worden sind³⁹.

Vage religiöse Vorstellungen und Stimmungen klingen gelegentlich in Liedern und Briefen der Auswanderer an. So heißt es in dem "Brasilienlied", das in den zwanziger Jahren in den Dörfern des Hunsrück gesungen und von den Drehorgelspielern gespielt wurde:⁴⁰

"Durch Gott sind wir berufen,
Sonst kam's uns nie in Sinn,
So glauben wir und wandern
Auf Sein Geheiß dahin."

Wenn in einer weiteren Strophe dieses Liedes das biblische Bild vom Auszug Abrahams in das von Gott verheißene Land beschworen wird, so läßt dieser Hinweis erkennen, wie fragwürdig in solchen Fällen die Rolle des religiösen Motives ist. Denn im Grunde ist es nicht ein spezifisch religiöses Sendungsbewußtsein, sondern die Vorstellung des "gelobten Landes", die hier bei einer tiefreligiösen Bevölkerung in altvertrauten biblischen Worten und Bildern zwanglosen Ausdruck fand. Nicht als Beweggrund, sondern als Seelenstimmung mögen solche religiöse Vorstel-

39 Auf den Kölner Kirchenstreit als mögliches Motiv weist *Gottfried Kinkel* hin, wenn er berichtet, ein Dorf im Eifelkreis Adenau habe 1842 geschlossen auswandern wollen, "der Priester voran mit Kreuz und Fahne" (*J. Scheeben*, *Eifeler Amerika-Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, Jg. 2, Heft 4, Bonn 1932). Der ebenda angeführte Brief eines Ausgewanderten mit der Schilderung einer katholischen, deutschen Kolonie mag als Kontrast zu den preußischen Verhältnissen mitgesprochen haben. Daß das Vorgehen der preußischen Behörden im Kölner Kirchenstreit wie auch in anderen Fällen von der konservativen Bevölkerung der Hintereifel, des Hunsrücks, des Westerwalds und ähnlicher "zurückgebliebener" Gebiete als revolutionär und empörend empfunden wurde, ist von der älteren Geschichtsschreibung kaum gewürdigt worden. Erst *F. Schnabel* (*Deutsche Geschichte IV*, S. 138 ff.) hat die Wirkung dieser Ereignisse auf die katholische Bevölkerung, nicht nur der Rheinlande, und seine Bedeutung für die Formierung der öffentlichen Meinung in Deutschland ins Bewußtsein gehoben.

40 St.A. Koblenz Abt. 441 Nr. 5106: Bericht des Landrats von Zell, 2. März 1827.

lungen bei manchen wirksam gewesen sein, die "aus ihrem Vaterland und aus ihrer Freundschaft und ihres Vaters Hause" von dannen zogen.

In der Regel sind also die Gründe für die deutsche Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts in der Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu suchen. Andere Momente kommen gelegentlich verstärkend hinzu, sind aber nur in seltenen Fällen ausschlaggebend. Nicht mit Unrecht bemerkt ein Historiker der Auswanderung: "Allein um seiner politischen" und wir fügen hinzu: religiösen – "Überzeugung willen setzt im allgemeinen der Deutsche seine ganze Existenz zumal wenn sie auf gesichertem Grund und Boden, auf Eigentum und Besitz beruht, nicht aufs Spiel"⁴¹. Jedenfalls ist weder das Anwachsen der Auswanderung in den vierziger noch ihr jähes Hinaufschnellen in den fünfziger Jahren vorwiegend auf politische Ursachen zurückzuführen. Zweifellos haben, besonders nach 1849, Unzufriedenheit und Enttäuschung eine gewisse Rolle gespielt, aber entscheidend waren andere Faktoren. Einmal war es die ungewöhnliche Steigerung der Lebensmittelpreise infolge schlechter Ernteerträge, die viele außer Stand setzte, den notdürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten; dann aber, als Folie des deutschen Elends, die anziehende Wirkung der damals sehr günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika, die durch die Goldfunde in Kalifornien von der Phantasie noch übertrieben wurde. Erst das Zusammentreffen aller dieser Momente führte dazu, daß die deutsche Auswanderung in den Jahren 1852-54 mit weit über einer halben Million Menschen, 1854 allein 239 246, ihren höchsten Stand überhaupt erreichte.

Auch für den weiteren Verlauf der deutschen Auswanderung bleibt die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend. Zwar traten die ungünstigen Auswirkungen der Bauernbefreiung seit der Jahrhundertmitte in den Hintergrund, und allmählich machten sich die Vorteile der Regulierung bemerkbar; eine Reihe guter Ernten und die Erhöhung der Erträge durch die Einführung verbesserter Erzeugungsmethoden hatte ein weiteres Aufblühen der Landwirtschaft zur Folge und führte sogar seit der Mitte der fünfziger Jahre dazu, daß die bäuerliche Auswanderung in

41 Mönckmeier, op. cit., p. 25.

zunehmendem Maße zurückging. Dagegen hält der Zersetzungsprozeß der kleingewerblichen und handwerklichen Betriebe durch die wachsende Konkurrenz der Fabriken und Großbetriebe weiter an, so daß der Schwerpunkt der Auswanderung sich nach diesem Sektor verschiebt; nur in Preußen, wo durch die Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen 1850 auch die ostelbischen Landarbeiter frei werden, bleibt der Anteil der ländlichen Auswanderer bis in die achtziger Jahre vorherrschend. Immerhin ist das Jahrzehnt von 1855 bis 1865, aufs Ganze gesehen, eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs. Die anhaltende Entwicklung von Industrie, Handel und Finanzwesen, der Ausbau des Verkehrsnetzes, die Einführung der Gewerbefreiheit und der gewerblichen Freizügigkeit – das alles zeitigt Früchte, die infolge der steigenden Löhne und der auf ein erträgliches Maß zurückgehenden Lebensmittelpreise auch der ärmeren Bevölkerung zugute kommen. Da gleichzeitig durch die unsicheren politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und den Ausbruch des Bürgerkriegs die Anziehungskraft Amerikas stark vermindert und die Auswanderung nach Brasilien durch das preußische Reskript von 1859 unterbunden wird, bringt der Anfang der sechziger Jahre einen Tiefstand der Auswanderung für alle deutschen Länder.

Erst nach 1866 schnellen die Auswanderungsziffern erneut in die Höhe. Das Blatt hat sich gewendet. Die Beendigung des Sezessionskrieges leitet eine neue Epoche wirtschaftlichen Aufschwungs für die Union ein, während die unruhigen politischen Zeitläufte in Deutschland, der Bruderkrieg von 1866 und der heraufziehende Krieg mit Frankreich eine wirtschaftliche Depression mit sich bringen. Daß neben dieser mittelbaren Wirkung politischer Faktoren auch die Unzufriedenheit mit der Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland, vor allem in Süddeutschland und in den von Preußen eroberten Ländern, mitgespielt hat, ist nicht zu bezweifeln, obschon die Quellen nur in seltenen Fällen über die Motive Aufschluß geben⁴². Jedenfalls wanderten in dem Jahrfünft von

42 Schon die Zahlen allein sprechen deutlich genug, denn in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre stellen die neuerworbenen Provinzen den Löwenanteil an der preußischen Auswanderung: 1867-69 im Durchschnitt etwas über 40 %, 1870 sogar 54 % (Mönckmeier, a.a.O., S. 83). Auch das Heraufschnellen der süddeutschen Auswanderungsziffern wie der gesamtdeutschen Auswanderung in den

1866 bis 1870 wieder 576 114 Menschen aus Deutschland aus, und die verhältnismäßig hohen Auswanderungszahlen der beiden Nachkriegsjahre 1872 und 1873 dürften wenigstens mittelbar mit den Kriegsfolgen zusammenhängen. Der Krieg bedeutete nun einmal eine empfindliche Störung des Wirtschaftslebens und eine Lockerung der althergebrachten Ordnungen; und des weiteren fand die Einführung der dreijährigen Dienstzeit nicht viel Gegenliebe und trieb nachweislich viele junge Leute in die Fremde. Andererseits setzt jedoch mit der Reichsgründung zum ersten Male eine stärkere Rückwanderung ein, die dem machtpolitischen und wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands zuzuschreiben ist; haben doch selbst viele Achtundvierziger, die einst mit Groll aus der Heimat geschieden waren, damals innerlich oder überhaupt nach Deutschland zurückgefunden⁴³.

Diese Rückwanderung verstärkt sich noch, als seit 1874 in der Union wieder eine heftige Wirtschaftskrise einsetzt und gleichzeitig ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Auswanderer in Brasilien nach Deutschland gelangen. Das Zusammentreffen dieser Faktoren mit der günstigen Wirtschaftsentwicklung des neugegründeten Reiches läßt die deutsche Auswanderung erneut zurückgehen und bringt ihren größten Tiefstand seit Anfang der vierziger Jahre mit sich.

Die Entwicklung der deutschen Auswanderung bis zur Jahrhundertwende überschreitet den zeitlichen Rahmen dieser Arbeit; sie sei jedoch kurz erwähnt, da sie den maßgeblichen Einfluß des wirtschaftlichen Faktors sehr klar erkennen läßt. Dem Rückgang des Auswandererstromes in den Gründerjahren und darüber hinaus folgt in jähem Wechsel in den achtziger Jahren der zweite Höchststand der deutschen Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert. Noch 1879 beträgt die Auswanderung wenig mehr als 35 000 Köpfe; 1880 schnellte sie auf das Dreifache, 1881

gleichen Jahren ist nur bei Berücksichtigung des politischen Faktors zu erklären. Höchst aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die Statistik über die Verfahren gegen Militärpflichtige, die ohne Erlaubnis auswanderten. Vgl. dazu ebenda., S. 54 f. und besonders S. 84.

43 Der namhafteste Rückkehrer war *Friedrich Kapp*, der Geschichtsschreiber der *deutschen Einwanderung in Amerika*.

und 1882 gar auf das Sechsfache herauf, um dann langsam abzusinken und in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts bei etwa 100 000 Köpfen jährlich stehen zu bleiben. Insgesamt weist das Jahrzehnt von 1881 bis 1890 mit mehr als 1 1/4 Million Auswanderern den Höhepunkt der deutschen Auswanderungskurve überhaupt auf. Er ist mehr als der Niederschlag einer der zyklisch wiederkehrenden Konjunkturkrisen der deutschen Wirtschaft. In ihm spiegelt sich die gewaltige wirtschaftliche Umwälzung jener Jahre, in denen sich die Wandlung Deutschlands vom überwiegend agrarischen zum überwiegenden Industriestaat vollzog. Der wachsende inländische und der neu hinzukommende Exportbedarf führte zu dem sprunghaften Ausbau der industriellen Produktion in den Gründerjahren, der den Bogen überspannte. Die Folge waren Absatzstockungen, Arbeiterentlassungen großen Maßstabes und ein starkes Sinken der Löhne. Durch die schnelle Industrialisierung und die Verflechtung in den Weltmarkt wurde überdies die Landwirtschaft in eine neue, in mancher Hinsicht noch schwerere und nachhaltigere Krise hineingerissen. Der steigende Lebensmittelbedarf der rasch wachsenden Bevölkerung führte zwar zunächst zu einer Steigerung der Agrarpreise und zur Intensivierung des Getreideanbaus; infolge der Einbeziehung Deutschlands in den Weltmarkt und der gleichzeitigen Erschließung riesiger, bei extensiver Wirtschaft mit geringen Kosten arbeitender Anbaugelände in Übersee, insbesondere in Amerika und Australien, folgte jedoch dieser Aufwärtsbewegung ein jäher Preissturz. Er traf in erster Linie die Bauern, die zur Durchführung der notwendigen, kostspieligen und langwierigen Umstellung Kapital aufgenommen hatten und bei sinkendem Erlös immer mehr in Schulden gerieten; die mit dem Wachsen der öffentlichen Aufgaben steigenden Steuern trugen zu ihrer weiteren Verschuldung bei⁴⁴. Als neuer, bisher unbekannter Faktor kam schließlich die Umwälzung der ländlichen Arbeitsverfassung hinzu. Der steigende Wohlstand und die wachsenden Ansprüche brachten auch die besitzlose Landbevölkerung in Bewegung und weckten in ihr den Wunsch nach Freiheit und Selbständigkeit. Die seit Jahrhunderten bestehenden, festgefügtten bäuerlichen Hausgenossenschaften und patriarchalischen Gutsgemein-

44 W. Mönckmeier, a.a.O., S. 57 ff.

schaften lösten sich auf; die nachgeborenen Söhne und die Landarbeiter suchten trotz höherer landwirtschaftlicher Löhne in der Industrie einen schnelleren Weg zu persönlicher Unabhängigkeit und wirtschaftlichem Wohlergehen, und vor allem in den ostelbischen Landschaften mit ihrem vorherrschenden Großgrundbesitz nahm die Abwanderung der Landarbeiter einen erschreckenden Umfang an⁴⁵.

Zu alledem aber hatte in den achtziger Jahren Amerika eine neue Anziehungskraft gewonnen. Die Erschließung des Fernen Westens durch riesige Bahnbauten brachte eine starke Ausweitung der Industrie und einen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften mit sich. Die Löhne stiegen rasch, und durch die verkehrstechnische Erschließung des Westens wurden gleichzeitig riesige neue Landflächen der Besiedlung zugänglich gemacht. Der steigende Lebensbedarf im eigenen Lande und der Einfuhrbedarf Europas boten bei der gewaltigen Verbesserung der kontinentalen und ozeanischen Verkehrsmittel günstige Aussichten auf sicheren, raschen Gewinn. Amerika wurde von neuem und mehr denn je das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Der Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen war so kraß, daß die Auswanderung sich als leichtester Ausweg aus allen Schwierigkeiten empfahl. Die Verbesserung und Verbilligung des Atlantikverkehrs taten ein übriges, um diesen Entschluß zu erleichtern⁴⁶. Selbst den "Proletariern", den zu unselbständigen Arbeitern gewordenen Handwerkern und Gewerbetreibenden wie den Landarbeitern, stand der Weg über das Große Wasser offen; den letzteren insbesondere dann, wenn sie vorübergehend in der städtischen Industrie Beschäftigung gefunden hatten. Hunderttausende von ostelbischen Landarbeitern nahmen diesen Weg über Berlin oder den deutschen Westen nach Amerika; der deutsche Osten stellte fortan das Hauptkontingent der Auswanderer. Auch dem unabhängigen Bauern blieb, wenn ihm

45 Mit Recht bemerkt dazu *M. Weber*, *Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland* (Leipzig 1892), Bd. III., S. 798: "Die Wandlungen in den psychologischen Verhältnissen der Menschen sind fast noch größer als die Umgestaltung der materiellen Lebensbedingungen, und es würde wissenschaftlich unzulässig sein, sie zu ignorieren."

46 Vgl. *H. Wätjen*, *Aus der Frühzeit des Nordatlantikverkehrs* (Leipzig 1932), S. 164 f.

die Schulden über den Kopf wuchsen, immer noch dieser Ausweg. Charakteristisch dafür ist der aus diesen Jahren überlieferte Ausspruch eines Bauern: "Es geht, so weit es geht, und wann es alle ist, gehen wir nach Amerika!"⁴⁷ So brachte die große Umstellungskrise dem deutschen Volkskörper einen letzten schweren Aderlaß durch die Auswanderung. Es war der letzte bis zum Weltkrieg, denn die Industrialisierung, die ihn verursacht hatte, zog bald alle verfügbaren Arbeitskräfte in ihren Bann. Nur noch zweimal, 1891 und 1892, überschritt die deutsche Auswanderung die Hunderttausendgrenze; dann sank sie bis zur Jahrhundertwende auf wenig mehr als 20 000 Köpfe jährlich ab. Auch die Konjunkturkrisen der beiden Vorkriegsjahrzehnte brachten nur geringe Schwankungen mit sich. Der wachsende Bedarf der Industrie an Arbeitskräften hielt fortan die Bevölkerung im Lande und bot ihr ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten; an die Stelle des Menschenexportes war der Warenexport getreten. Die Abwanderung vom Lande hielt zwar an, aber sie richtete sich nicht mehr ins Ausland, sondern in die Städte. Amerika verlor umso mehr seine Anziehungskraft als die "frontier", die Siedlungsgrenze, den äußersten Westen des riesigen Kontinents erreicht hatte: es gab nicht mehr lockendes Neuland in unbeschränkter Menge, und der beste Teil des Bodens war vergeben⁴⁸. Damit hört die landwirtschaftliche Auswanderung fast ganz auf, vollends dann, als im deutschen Osten die innere Kolonisation günstige Siedlungsmöglichkeiten darzubieten begann. Die meisten, die auswanderten, konnten "drüben" auch nur Lohnarbeiter werden. Und mochten in der Neuen Welt auch die Erwerbsmöglichkeiten und die Nachfrage nach Arbeitskräften größer und die Löhne höher sein, so waren andererseits auch die Lebenskosten höher als daheim. Die großartige industrielle Entwicklung Deutschlands hatte überdies den Lebensstandard der Gesamtbevölkerung so gehoben, daß die Fremde auch in dieser Hinsicht mehr und mehr lockende Kraft verlor. Deutschland selbst wurde seit 1895 vorwiegend Einwanderungsland, und obschon die Einwanderung aus dem Osten keinen vollwertigen

47 "Bäuerliche Zustände in Deutschland", in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 23 (Leipzig 1890), S. 269.

48 *F. J. Turner*, *The significations of the Frontier in American History* (Madison 1894).

Ersatz für die qualifizierten deutschen Auswanderer zu bieten vermochte, konnte doch die Heimat fortan ihre Kinder selbst ernähren. Die deutsche Massenauswanderung hatte ihr Ende erreicht.

Die deutsche Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts ist im Gegensatz zu der früheren Auswanderung eine Bewegung, die sich über ganz Deutschland erstreckt. Freilich wurden nicht alle Teile Deutschlands von ihr in gleichem Maße erfaßt. Die in ganz Deutschland wirksamen, die Auswanderung beeinflussenden Faktoren, in erster Linie die Schwankungen der Lebensmittelpreise, stießen in den einzelnen deutschen Landschaften auf ganz verschieden geartete Voraussetzungen. Erst das Zusammentreffen dieser besonderen, regionalen Voraussetzungen und jener allgemein wirksamen Faktoren bestimmte die Stärke der Auswanderung aus den verschiedenen Teilen Deutschlands⁴⁹. Die große, das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch zu beobachtende Verschiebung des Schwerpunktes der deutschen Auswanderung von Südwesten nach Nordosten hängt ebenso mit dieser Verschiedenheit der Gesamtvoraussetzungen in den deutschen Landschaften zusammen wie die einzelnen, scheinbar willkürlichen Abweichungen von dieser Hauptbewegungsrichtung. Im einzelnen bedürfen diese Zusammenhänge noch näherer Untersuchung. Zwei Tatsachen sind jedoch augenfällig: einmal die bereits skizzierte, mit dem Verlauf der wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen zusammenhängende westöstliche Verlagerung des

49 Eine genaue Untersuchung der regionalen Auswanderung dürfte das Bild der deutschen Auswanderung noch wesentlich modifizieren. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die engere, landsmannschaftliche Verbindung zwischen Ausgewanderten und ihren Angehörigen und Freunden scheint für viele Auswanderungsvorgänge eine viel größere Rolle gespielt haben, als die ältere Geschichtsschreibung der Auswanderung annahm. Die von *Scheeben*, l. c. (Anm. 39) angeführten Beispiele dürften nicht vereinzelt sein. Daraus würde sich ergeben, daß die individualistischen und materiellen Motive bisher überschätzt worden sind. Ferner dürfte die innere Bindung an die alte Heimat und ihre Ordnungen in vielen Fällen stärker geblieben sein, als man früher annahm. Die Haltung des deutsch-amerikanischen Elements nach den beiden Weltkriegen scheint dies zu bestätigen, unbeschadet seiner eindeutigen staatsbürgerlichen Entscheidung im Konflikt selbst.

Schwerpunktes; und weiter die Tatsache, daß bestimmte Gegenden stets eine verhältnismäßig starke Auswanderung aufweisen.

Zu den letzteren gehört vor allem Südwestdeutschland. Obwohl es seit der Jahrhundertmitte seine führende Stellung an den Norden und Nordosten abgibt, bleibt es auch nachher ein Gebiet mit starker Auswanderung. Dies gilt vor allem für Württemberg und die Pfalz. Neben der fortdauernden Zersplitterung von Grund und Boden und den sonstigen wirtschaftlichen Momenten dürfte dabei der Umstand mitsprechen, daß sich in diesen Gebieten durch die seit Generationen übliche Auswanderung eine Art von Auswanderungstradition gebildet hatte. Da es fast in jeder Familie Angehörige oder Verwandte im Ausland gab, erschien das Auswandern nicht mehr als ungewöhnlicher Schritt. Gerade den Schwaben, Pfälzern und Moselfranken scheint außerdem die Wanderlust besonders im Blut zu liegen, wobei auch die günstige geographische Lage am Kreuzungspunkt verkehrsreicher Straßen und unweit der Atlantikhäfen eine Rolle spielen könnte⁵⁰. Sicherlich war die Nähe des völkerverbindenden Meeres und seiner Weltverkehrswege nicht ohne Einfluß auf die "Wanderlust" der Niedersachsen; Oldenburg und das nördliche Hannover bis nach Holstein bilden in unserem Zeitraum das zweite Hauptauswanderungsgebiet⁵¹. Auch in diesem Falle war jedoch die Besitzverteilung und das Erbrecht ein Hauptmotiv der Auswanderung; nur war es im Gegensatz zum Südwesten die Anerbensitte, die zur Auswanderung trieb. Die abgefundenen Familienmitglieder, die nicht als Heuerlinge auf dem Hofe bleiben oder sich eine Beschäftigung in Industrie und Gewerbe suchen wollten, wanderten aus, weil sie jenseits des Meeres leichter selbständige Bauern werden konnten. Neben ihnen stellten die Häusler und Kötter, die in Norddeutschland von altersher neben den Großbauern saßen und zum großen Teil auf Tagelohn angewiesen waren, den größten Teil der niedersächsischen Auswanderer.

50 Gegen diese Einschätzung geographischer Faktoren spricht allerdings der Anteil der "Donauschwaben", in erster Linie Mosellaner, an der Südostwanderung seit dem Mittelalter.

51 Als Kuriosum sei erwähnt, daß gelegentlich im achtzehnten Jahrhundert sogar von "Pfälzern aus Holsteyn" die Rede ist. Die Quelle, eine pennsylvanische deutschsprachige Zeitung, konnte ich nicht feststellen.

Eindeutig bildet die Grundbesitzverteilung den mächtigsten Hebel der Auswanderung bei dem dritten Hauptherd im agrarischen Ostelbien. Hier war es das Vorwiegen des Großgrundbesitzes, das nach der Bauernbefreiung zur Abwanderung zahlloser Kleinbauern und Landarbeiter führte. Zwar fand der ostelbische Raum infolge seiner Verkehrsferne erst spät den Anschluß an die Auswanderungsbewegung; dann aber in einem Maße, daß geradezu von einer Entvölkerung gesprochen werden kann. Hier hätte nur eine gründliche Agrarreform Abhilfe schaffen können, der jedoch die preußische Tradition und die Interessen der herrschenden Schichten des Bismarckreiches im Wege standen. Da sie unterblieb, und da mit erbaulichen Sprüchen und patriarchalischen Ermahnungen der Bevölkerungsbewegung ebensowenig beizukommen war, wie mit künstlichen, administrativen Hindernissen, ergab sich das Weitere: die Abwanderung des deutschen Elements, die Unterwanderung durch polnische Saisonarbeiter und schließlich, trotz Ansiedlungskommission und Millionensubventionen, die Aushöhlung der deutschen Herrschaftsposition in weiten Teilen Ostelbiens. Am schlimmsten wurden davon die rein agrarischen Gebiete, Mecklenburg und in Preußen besonders Pommern, Westpreußen und Posen, betroffen⁵². Schlesien, Sachsen, Brandenburg und Ostpreußen hatten zwar eine starke Abwanderung vom Lande, aber nur geringe Auswanderungsziffern aufzuweisen.

Die Gründe sind unschwer zu erkennen. In Ostpreußen und in Brandenburg hatte neben dem vorherrschenden Großgrundbesitz nur das lebensfähige Bauerntum mit Wirtschaften von mittlerer Größe die Bauernbefreiung überstanden. Außerdem bot in der Mark Berlin ein bequemes Sammelbecken für den ländlichen Überschuß dar, und auch im Falle Ostpreußens fing die starke Abwanderung nach Berlin und weiter nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet den Bevölkerungsüberschuß auf. In Schlesien und der Provinz Sachsen bot wiederum die Industrie und zum Teil auch die industrieähnliche Zuckerrübenwirtschaft genug

52 Der in den achtziger Jahren einsetzende Nationalitätenkampf hat dabei keine nachweisbare Rolle gespielt, sicherlich aber die Bereitschaft zur Auswanderung gefördert und die Ansiedlung deutscher Bauern aus dem Westen erschwert.

lohnende Arbeitsmöglichkeiten, so daß keine erhebliche Auswanderung aufkam. Die Bedeutung der Industrie als auswanderungshemmender Faktor zeigt sich vollends, wenn man von den Übergangserscheinungen der Industrialisierung absieht, bei dem sächsischen, dem mitteldeutschen und vor allem dem rheinisch-westfälischen Industriezentrum, die weit über ihren engeren Einzugsbereich hinaus die vom Lande abwandernde Bevölkerung anzogen und seit der Jahrhundertmitte eine sehr geringe Auswanderung aufweisen.

Die deutsche Massenauswanderung ist eine der wichtigsten, nicht zu übersehenden Tatsachen unserer Geschichte im 19. Jahrhundert. Schon den Zeitgenossen, für die andere, brennendere Fragen im Vordergrund des Geschehens standen, erschien sie in diesem Lichte. Daß alljährlich Zehntausende, zu Zeiten sogar Hunderttausende, aus der Heimat fortzogen, war ein Vorgang, der auch auf die Zurückgebliebenen großen Eindruck machte. Selbst die große Masse des Volkes, die in den Nöten des Alltags wenig Interesse für Fragen des staatlichen oder nationalen Ganzen aufbrachte und in herkömmlicher Untertanengesinnung alles den Behörden zu überlassen gewohnt war, konnte nicht unbeteiligt bleiben, wenn immer wieder Verwandte und Freunde in eine ungewisse Ferne zogen. Vor allem in Gegenden mit starker Auswanderung war das Interesse für alle damit zusammenhängenden Fragen sehr rege; schon deswegen, weil die meisten mit der Möglichkeit rechneten, selbst einmal auswandern zu müssen. Ein Übriges taten die Werbungen, auf die im Zusammenhang mit der Haltung der Behörden noch einzugehen sein wird, und die Zustände bzw. Mißstände bei der Auswandererbeförderung, welche die Öffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen ließen.

Die Auswandererbeförderung war ein überaus lohnendes Geschäft und hat zu dem großartigen Aufblühen der deutschen Seefahrt im neunzehnten Jahrhundert außerordentlich beigetragen⁵³. Alle bedeutenden deutschen Reederfirmen aus dem vorigen Jahrhundert waren am Auswanderungsgeschäft beteiligt und die Entstehung und Entwicklung der Hapag und des Norddeutschen Lloyd hängt mit dem Anwachsen der deutschen und später auch der osteuropäischen Auswanderung eng zu-

53 Vgl. dazu insbesondere *H. Wätjen*, op. cit., S. 46 ff.

sammen⁵⁴. Bis lange nach 1815 lag der Transport der deutschen Auswanderer ganz in ausländischen Händen. Le Havre, Antwerpen, Rotterdam, London und Liverpool waren die großen Auswanderungshäfen, und weitaus die meisten deutschen Auswanderer gingen über die drei ersten Plätze, vor allem über Le Havre. Erst Anfang der dreißiger Jahre begann Bremen sich um die Auswandererbeförderung zu bemühen, während Hamburg noch 1836 den Auswanderern nicht einmal das Betreten des Stadtgebietes gestattete. Allmählich setzten sich die beiden Hansestädte gegen die ausländische Konkurrenz durch; aber erst Ende der fünfziger Jahre überflügelte Bremen Le Havre, um dann bald die Führung an Hamburg abzugeben, das für die nordostdeutschen Auswanderer ungleich günstiger gelegen und für die Einschiffung viel bequemer war. Aus den Ostseehäfen wurden nur gelegentlich Auswandererschiffe expediert⁵⁵.

Die Reeder und Schiffsmakler unterhielten ein weitverzweigtes Netz von Agenturen im ganzen Lande, so gab es allein in Mainz, das bei seiner Lage am Schnittpunkt der Straße nach Le Havre und den Rhein-Scheldelhäfen und am Rande des südwestdeutschen Auswanderungszentrums einen besonders wichtigen Platz bildete, bereits in den vierziger Jahren nicht weniger als zehn Agenturen. Der bedeutendste unter den Mainzer Agenten war ein Amerikaner, Washington Finlay, ein ungemein rühriger Geschäftsmann, der sich ausgezeichnet auf Reklame verstand. Er unterhielt schon 1845, im ersten Jahre seiner Tätigkeit, 66 Unteragenturen, die für die Überfahrt auf den amerikanischen Paketbooten der Linie Le Havre-New York und auf "schön gekupferten Dreimastern erster Klasse" nach New Orleans warben und bei der – zunächst tatsächlich vorhandenen – Überlegenheit dieser Schiffe hinsichtlich der Segelfähigkeit und der Unterbringung großen Zulauf hatten. Nach amerikanischen Angaben dürfte Finlay allein etwa 2 Millionen Auswanderer,

54 Ebenda., S. 46 und 64

55 Cf. St. A. Stettin, Reg. Stettin I. Tit. IIa Sect. 3 No.10. Fasc. 17, Vol. 8.

zum größten Teil Deutsche, nach amerikanischen Häfen befördert haben⁵⁶.

Die Auswandererbeförderung machte im neunzehnten Jahrhundert dank der raschen Entwicklung der Verkehrstechnik beträchtliche Fortschritte. Der Zubringerverkehr wurde seit den vierziger Jahren durch den Eisenbahnbau beschleunigt und verbilligt; vielfach gewährten die Eisenbahngesellschaften den Auswanderern Sondertarife⁵⁷. Wer die billigere Rheinfahrt vorzog – sie kostete 1850 ab Mainz ganze 3.75 Gulden – konnte den allwöchentlich verkehrenden Rheindampfer benutzen, der die Strecke von Mainz nach Rotterdam in zwei Tagen zurücklegte. Dort konnte er an Bord eines Überseers gehen oder mit dem Dampfboot in einem Tage bis nach Le Havre gelangen; die ganze Wasserfahrt von Mainz bis Le Havre kostete dann außer Unterkunft und Beköstigung 18 Gulden. Die Schiffsverbindungen waren recht häufig, und die Auswanderer brauchten nur in seltenen Fällen lange im Abfahrtshafen zu warten. Auch in dieser Hinsicht waren die Westhäfen des Kontinents gegenüber den deutschen Häfen günstiger gestellt. Von Le Havre aus ging bereits in den vierziger Jahren, von anderen Gelegenheiten abgesehen, jede Woche ein Paketboot nach New York⁵⁸. Es handelte sich fast durchweg um amerikanische Dreidecker, die Baumwolle nach Europa brachten und als Rückfracht Post, Stückgut und Auswanderer übernahmen. Sie verfügten über verhältnismäßig hohe, luftige Decks und konnten bei einem Tonnengehalt von 450-900 Tonnen an 800 Personen unterbringen. Die übrigen Festlandshäfen konnten demgegenüber nur mit den gerade zur Verfügung stehenden Schiffen aufwarten; es fehlte die regelmäßige Verbindung, und oft mußten die Expedienten, in Ermangelung von besseren, Schiffe heuern, die für "lebende Fracht" nicht sehr geeignet waren. Außerdem kam der schwierige Weg durch die Nordsee

56 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 7191. Bei einem Überfahrtgeld von etwa 40 \$ dürfte allein dieser Mann ein Millionenvermögen gemacht haben. Vgl. *H. Wätjen*, op. cit., S. 123 ff.

57 Ab 1854 gingen besondere Auswandererzüge mit verbilligtem Fahrpreis fünfmal monatlich von Leipzig, zweimal monatlich von Köln nach Bremen (*Mönckmeier*, S. 52).

58 *H. Wätjen*, op. cit., S. 38.

und den Kanal hinzu, der stark von der Witterung abhängig war und die Reisedauer und die Überfahrtskosten erhöhte. Von Hamburg wie von Rotterdam wurde vielfach indirekt expeditiert, d.h. die Auswanderer wurden auf kleinen, primitiven Dampfern nach englischen Häfen geschafft, wo sie an Bord des Überseers gingen. Trotz mancher Nachteile war dieser Weg in den fünfziger Jahren sehr beliebt, weil von den englischen Häfen, vor allem London und Liverpool, vier- bis fünfmal monatlich Paketboote abgingen und weil auch sonst ein starker Verkehr mit den amerikanischen Häfen bestand⁵⁹.

Die offenbaren Nachteile, die die deutschen Häfen gegenüber den westlichen aufzuweisen hatten, zwangen sie schon früh zu möglichst rührigem Kundendienst. An Gelegenheit dazu fehlte es nicht, denn Betrug und Ausbeutung der Auswanderer standen in üppiger Blüte. Vielfach versuchten bereits die binnenländischen Agenten, den Auswanderern Parzellen in Übersee aufzuschwatzen, deren Rechtstitel oft recht fragwürdig war, während ihr Wert nicht nachgeprüft werden konnte und meist zum Preise in keinem Verhältnis stand. Noch weit mehr waren solche und ähnliche Gaunereien in den Hafentplätzen im Schwange.⁶⁰ Die "Runners", wie man die von ihren Betrugereien lebenden Ehrenmänner mit ihrem amerikanischen Namen bezeichnete, machten sich schon auf der Landreise oder mindestens bei der Ankunft in der Hafenstadt an die ahnungslosen Auswanderer heran, biederten sich mit guten Ratschlägen an, erboten sich, bei der Einschiffung behilflich zu sein und führten sie zu Herbergswirten oder Privatvermietern, bei denen sie ausgiebig geschröpft und geprellt wurden. Die Herbergsväter steckten ihrerseits wieder mit den Fuhrleuten, Gepäckträgern, Geldwechslern und den Shiphändlern, den Geschäften für Reiseausrüstung und Proviant, unter einer Decke, zahlten den einen Schmiergelder und ließen sich von den anderen selbst schmieren. Auch die Angestellten der Expeditionsfirma suchten sich oft genug auf diese oder ähnliche Weise einen Nebenverdienst zu verschaffen. Waren auch nicht alle Agenten und Wirte

59 *Freedon/Smolka*, op. cit., S. 104. In manchen Jahren scheint diese Beförderung die "direkte" Auswanderung überwogen zu haben. Cf. *W. Mönckmeier*, S. 15.

60 Ein Bild davon gibt *Wätjen*, op. cit., S. 118 ff., 125 ff., 167 ff., 185.

ausgesprochene Gauner, so begnügten sich doch die wenigsten mit einer angemessenen Provision, und oft genug kam es vor, daß sie dem Auswanderer eine bedeutende Anzahlung auf die Überfahrtskosten oder das ganze Passagegeld abschwindelten. Das Runnerunwesen und die damit zusammenhängenden Betrügereien standen in allen Hafenstädten in Blüte. Am schlimmsten aber spielte man den deutschen Auswanderern in den ausländischen Häfen mit, weil sie dort bei ihrer Unkenntnis der Landessprache besonders anfällig für "hilfreiche" Landsleute waren. Auch in Bremen und Hamburg waren jedoch Betrügereien an der Tagesordnung. Bremen suchte schon 1832 durch zweckmäßige Verordnungen Abhilfe zu schaffen, und 1851 wurde mit der Gründung eines amtlichen "Nachweisungsbüros für Auswanderer" ein entscheidender Schritt getan. Das Büro erteilte den Auswanderern unentgeltlich Auskunft über Passagemöglichkeiten, Überfahrtsbedingungen und -kosten, wies sie an zuverlässige Gastwirte und Firmen und händigte ihnen gedruckte Ratschläge und Anweisungen aus, die sie vor, während und nach der Überfahrt vor Schaden bewahren sollten. In Hamburg, wo die Mißstände deshalb besonders schlimm waren, weil die indirekte Beförderung von jeder Kontrolle befreit war, versuchte seit 1849 ein privater "Verein zum Schutze von Auswanderern" die Verhältnisse zu bessern. Wirksame Besserung brachten jedoch erst das nach bremischem Muster 1855 gegründete Nachweisungsbüro für Auswanderer und verschärfte polizeiliche Kontrollen. Bremen sicherte sich 1850 einen weiteren Vorsprung, indem es als Privatunternehmen Heime erbauen ließ, in denen die Auswanderer billige Unterkunft und Verpflegung fanden.⁶¹

Neben diesen Maßnahmen sollten weitere Bestimmungen die angemessene Unterbringung, Verpflegung und Behandlung der Auswanderer auf der Überfahrt gewährleisten. Bremen ging 1832 mit Verordnungen über die Beschaffenheit des Zwischendecks und über ausreichende Verproviantierung der Schiffe sowie mit Verhaltensmaßregeln für Kapitän und Mannschaft voran. Auch Hamburg erließ, als es 1836 die Auswandererbeförderung aufnahm, entsprechende, noch schärfere Bestimmungen, die freilich das Hauptübel, die indirekte Passage, unberührt ließen.

61 *H. Wätjen*, op. cit., S. 131 ff.; auch zum folgenden.

Im Gegensatz zu Bremen bestand in Hamburg auch keine Kontrolle über die Einhaltung der für die Zulassung zur Auswandererbeförderung erlassenen Vorschriften. In den vierziger Jahren wurden diese Verordnungen in beiden Städten verschiedentlich neu eingeschränkt und erweitert. In Bremen wurden 1849 durch ein Gesetz alle einschlägigen Bestimmungen zusammengefaßt und ergänzt, Strafen für Übertretungen festgesetzt und eine Aufsichtsbehörde geschaffen, die jedes Schiff vor dem Auslaufen untersuchen mußte; Hamburg folgte 1855. Später wurden in beiden Häfen noch mehrfach ergänzende und erweiternde Bestimmungen erlassen; nicht zuletzt dank diesen Maßnahmen gelang es Bremen und Hamburg, seit Ende der fünfziger Jahre den ausländischen Plätzen den Rang abzulaufen. Auch die Auslandshäfen mußten sich, um nicht ganz ausgeschaltet zu werden, zu Schutzmaßnahmen verstehen.⁶²

Trotz alledem blieben noch immer genug Unzuträglichkeiten. Die Unterbringung der Auswanderer war nach heutigen Begriffen unvorstellbar primitiv. Da die Reise umso einträglicher wurde, je mehr Passagiere mitgenommen wurden, versuchten einzelne Kapitäne und Expedienten immer wieder, möglichst viele Auswanderer auf beschränktem Raume unterzubringen. Das Unionsgesetz von 1847, das wegen einiger besonders krasser Fälle von Überfüllung von Auswandererschiffen einen Mindestflächenraum von 16 Quadratfuß für jeden Zwischendeckpassagier forderte, wurde zum Beispiel dadurch umgangen und ins Gegenteil verkehrt, daß man durch recht wenig solide Deckaufbauten oder durch Einziehung von Zwischenböden in den Laderaum den Passagierraum erweiterte. Manche Unternehmer brachten es fertig, auf diese Weise die Anzahl der Passagiere fast um das Doppelte höher zu treiben, als sie nach dem seit 1819 geltenden Satz von 2 1/2 Schiffstonnen pro Kopf bisher hatten laden dürfen⁶³. Außerdem kam es immer wieder vor, daß mehr als die zulässige Zahl von Passagieren an Bord war. Nicht selten mußten die amerikanischen Behörden auch deutsche Schiffe aus diesem Grunde konfiszieren oder in Strafe nehmen; ein Zeichen dafür, daß die deutsche Kontrolle keineswegs lückenlos arbeitete. Freilich war es nicht

62 *W. Mönckmeier*, op. cit., S. 239 ff. Vgl. Kap. 2.

63 Einige besonders krasse Fälle schildert *H. Wätjen*, 1.c., S. 145 ff.

leicht zu verhindern, daß zum Beispiel Kapitäne nach Erledigung der Abfahrtskontrolle außerhalb des Hafens noch weitere Passagiere an Bord nahmen. Die Überfüllung der Schiffe war aber noch nicht einmal das Schlimmste; bei großem Andrang griffen die Makler auch auf Schiffe zurück, die für den Auswanderertransport ungeeignet und zuweilen nicht einmal seetüchtig waren. So ging 1846 ein amerikanisches Schiff mit 150 Auswanderern aus Antwerpen nach New Orleans in See, das schon nach zwei Tagen Wasser zog und nach 72 Tagen in sinkendem Zustande einen Nothafen anlief, wo die Passagiere in beklagenswertem Zustande ausgeschifft werden mußten.

Nicht gerade freundlich scheint in vielen Fällen die Behandlung der Auswanderer durch den Kapitän und das Schiffsvolk gewesen zu sein, denn die Klagen über schlechte Behandlung rissen nicht ab; auch die Tatsache, daß viele Kapitäne nach der Überfahrt sich von den Auswanderern ihre gute Behandlung bescheinigen ließen, spricht dafür, daß das Gegenteil nicht selten war⁶⁴. Mannschaft und Auswanderer waren zwar streng getrennt, und die Matrosen durften sich nur auf Anordnung im Zwischendeck zeigen; aber es gab genug Anlässe, bei denen Rohlinge unter den Matrosen und Offizieren sich loslassen konnten, und meist hatten die eingeschüchterten Auswanderer nicht einmal den Mut, sich zu beschweren. Freilich mußte andererseits an Bord strenge Disziplin herrschen, denn die Auswanderer waren ein bunt zusammengewürfeltes Volk, und bei der räumlichen Enge und den vielen Unbequemlichkeiten der Reise bedurfte es einer starken Hand, um widerstrebende Interessen auszugleichen und unruhige Elemente im Zaum zu halten. Als Hilfsmittel dazu diente eine feste Schiffsordnung mit Bestimmungen über Tageseinteilung und Mahlzeiten sowie Säuberungs- und Sicherheitsvorschriften⁶⁵.

Ein dunkler Punkt war die Verpflegung. Während sie in deutschen und englischen Häfen von den Reedern oder Maklern übernommen

64 Cf. Acta St.A. Berlin. A.A.II. Rep 6 Handel. Nordamerika No. 2, No 15 (Auswanderer zum Matrosendienst gepreßt); Rep. 84a (Justizministerium) XII, IV. Ostpreußen Tit. S.

65 H. Wätjen, 1.c., S. 138 ff.

wurde und im Fahrpreis inbegriffen war, beköstigten auf den von den niederländischen Häfen und von Le Havre auslaufenden Schiffen die Auswanderer sich selbst. Das hatte insofern gewisse Vorzüge, als der Auswanderer auf seinen Magen und seinen Geschmack Rücksicht nehmen konnte, während die derbe Schiffskost vor allem den süddeutschen Auswanderern wenig zusagte. Dafür gab es bei Selbstbeköstigung infolge der beschränkten Zeit- und Raumverhältnisse bei der Zubereitung ständig Ärger, Unzufriedenheit und sogar Schlägereien. Viele kauften auch in unangebrachter Sparsamkeit oder aus Geldmangel zu wenig ein, oder sie wurden beim Einkauf betrogen und litten dann bitterste Not. Proviant und Wasser waren auf den deutschen und englischen Schiffen auf etwa das Doppelte der üblichen Fahrzeit berechnet; aber da diese Bestimmungen nicht immer eingehalten wurden, kam es gelegentlich auch zu Katastrophen⁶⁶. Überhaupt war die Sterblichkeit auf den Auswandererschiffen im vorigen Jahrhundert noch recht groß. Für die Zeit vor 1847 sind genaue Angaben kaum möglich, da es noch keine amerikanische Kontrolle gab; Sterbeziffern von 2 % waren jedenfalls nichts Ungewöhnliches. Allein im Winter 1847/48 starben auf der Überfahrt oder unmittelbar nach der Ankunft in Amerika 20 000 Menschen. Freilich ist diese Zahl ausnehmend hoch und nicht allein auf die Strapazen der Seereise zurückzuführen; weitaus den größten Teil der Opfer bildeten die durch die Hungersnot von 1846 und 1847 geschwächten irischen Auswanderer. Immerhin sorgten die Mängel der Unterbringung, Unsauberkeit, die schlechte Ventilation der Räume und schließlich auch die unzureichende und ungewohnte Kost dafür, daß Seuchen wie Typhus und Cholera auf den Auswandererschiffen nicht so bald ausstarben⁶⁷.

66 Der preußische Konsul *Carp* schildert in seinen Berichten 1845/6 die Not, die auf manchen Schiffen im Hafen von Rotterdam schon vor der Abfahrt herrschte. Selbst die Bevölkerung, die sonst die Auswanderer gründlich ausnützte, habe Sammlungen veranstaltet, zu denen die Mannschaften der in der Nähe liegenden niederländischen Kriegsschiffe den Anstoß gegeben hätten (St.A. Berlin Rep. 120 Tit. A. No.8; A.A. III. Rep 1 Auswanderung außer Europa No. 11 Vol. I-IV).

67 S. die Statistik bei *H. Wätjen*, op.cit., S. 151. Auf manchen Bremer Schiffen betrug vom 1. September bis 31. Dezember 1853 die Todesziffer infolge der Cholera 11 %. Wirksame Abhilfe brachte das U.S.A. Gesetz vom 3. März 1855, das

Dies änderte sich erst mit der Verkürzung der Fahrtdauer und der wachsenden Größe der Schiffe⁶⁸. Während um 1850 die größeren deutschen Segler 500 bis 800 Tonnen umfaßten, waren die meisten Schiffe, die Barken, Briggs und Schoner, viel kleiner, oft sogar Nußschalen von wenig mehr als 100 – 200 Tonnen. Seit den fünfziger Jahren ging man jedoch in Deutschland daran, schnellsegelnde große Dreimaster nach amerikanischem Vorbild, sogenannte Klipper zu bauen, und die hölzernen Schiffe durch eiserne zu ersetzen. Anfang der sechziger Jahre gab es schon eine ganze Anzahl von Hamburger und Bremer Dreimastern mit über 1000 Tonnen. Die schnelleren Segler brauchten damals von den deutschen Häfen bis New York durchschnittlich sechs Wochen; doch kamen auch Überfahrten von 3 1/2 bis 4 Wochen Dauer vor, freilich auch solche von zwei und drei Monaten. Die entscheidende Wendung brachte schließlich die Einführung der Dampfer im Atlantikverkehr. 1838 überquerte der erste englische Dampfer den Ozean; 1847 wurde bereits die erste Dampfschiffsverbindung zwischen Bremen und New York eröffnet, und 1856 folgte Hamburg mit den ersten Hapagdampfern. Die "Washington" und die "Hermann", die ersten Dampfer der Bremer Linie, hatten etwa 2000 Tonnen Ladevermögen und benötigten nurmehr 16 bis 18 Tage für die Überfahrt; die englischen sogar nur 12 bis 14 Tage. Der Übergang der Auswanderer vom Segelschiff auf den Dampfer vollzog sich sehr rasch. 1856 landeten in New York 5 % der Einwanderer auf Dampfschiffen, vierzehn Jahre später waren es bereits 88 %. 1874 kamen von 188 175 Passagieren 186 550 in 995 Dampfern und nur 1 625 in 246 Segelschiffen an. Mit dem Rückgang der Reisedauer auf durchschnittlich 14 Tage sank auch die Sterblichkeit auf den Dampfern im Durchschnitt auf 0,8 bis 0,1 % der Passagiere.

Die Zustände in den Ankunftshäfen, vor allem in New York, bildeten im vorigen Jahrhundert eine ständige Quelle von Beschwerden und Un-

für jeden auf der Überfahrt verstorbenen Auswanderer eine Abgabe von 10 Dollar einführte.

68 Zum folgenden vgl. *H. Wätjen*, op. cit., S. 99 ff.

zuträglichkeiten⁶⁹. Das Runnerunwesen stand in den vierziger und fünfziger Jahren in höchster Blüte, und die Auswanderer gerieten bei der Ankunft in ein wohldurchdachtes Netz von Ausbeutung und Betrügereien, dem die wenigsten entrinnen konnten. Kapitäne, Runners, Quartierwirte, Geldwechsler, Landagenten und Kaufleute arbeiteten einander in die Hände und plünderten die unkundigen Greenhorns schon in der Hafenstadt nach Kräften aus. Bei der Weiterreise nach dem Westen wiederholten sich die Gaunereien an den Umsteigeplätzen in ähnlicher Weise. Die Behörden unternahmen nichts oder wenig gegen diese Hyänen, da die Runners eine wirtschaftliche und politische Macht bildeten und in der Stadt- und Staatsregierung, ja sogar im Kongreß ihre Vertreter sitzen hatten. Es kam sogar vor, daß die zu Hilfe geholte Polizei mit den Runners gegen die Einwanderer gemeinsame Sache machte.

Diese skandalösen Zustände führten, nicht zuletzt auf Drängen einflußreicher deutscher Kreise in New York, 1847 zur Schaffung einer besonderen Behörde zum Schutze der Einwanderer, der Commissioners of Emigration. Die Kosten ihrer Arbeit wurden durch ein niedriges Kopfgeld aufgebracht, das die Einwanderer zu entrichten hatten. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die Regelung der Quarantäne und die Gründung eines Krankenhauses für Einwanderer, denn gerade die kranken Eingewanderten hatten am furchtbarsten unter der organisierten Ausbeutung zu leiden. Ferner wurden in den Hauptplätzen an den nach dem Innern führenden Eisenbahnen und Wasserstraßen Agenturen zur Überwachung des Einwanderertransportes geschaffen. Der wichtigste Schritt war jedoch die Einrichtung des Einwandererdepots Castle Garden an der Südspitze der Insel Manhattan im Jahr 1855. Dort wurden die Einwanderer ausgeschifft; in dem Zentralbau, einer großen Rundhalle, der "Rotunde", erhielten sie nötigenfalls billige Unterkunft und Verpflegung und wurden von Beamten in ihrer Muttersprache beraten. Dort erhielten sie auch etwaige Postsachen, Fahrkarten für die Weiter-

69 Sehr aufschlußreich ist die Studie von *Fr. Kapp*, *Immigration and the commissioners of emigration of the State of New York* (New York 1870). Sie behandelt das Runnerunwesen und seine Beseitigung durch Castle Garden. Vgl. dazu *Wätjen*, *op. cit.*, S. 166 ff.

reise und die Karten für das inzwischen gelandete Gepäck. Außerdem gab es eine kostenlose Arbeitsvermittlung, und auf Wunsch wurden zuverlässige Gasthäuser nachgewiesen, die unter ständiger Kontrolle standen. Natürlich kamen auch in Castle Garden gelegentlich Betrügereien durch unzuverlässige und bestochene Beamte vor, aber im Großen und Ganzen bewährte sich die Einrichtung, und das Runnerunwesen erhielt einen Schlag, von dem es sich nicht mehr erholte. Viele besonders gefährliche Subjekte verlegten sofort ihr Tätigkeitsfeld nach Kalifornien, zum Teil auch nach den europäischen Häfen, bis auch dort der weitere Ausbau der Kontrollorgane und der Auswandererfürsorge der organisierten Ausbeutung ein Ende machte.

Die schmachvollen Zustände im Auswanderungswesen und die beklagenswerte Lage vieler Deutscher in den Zielländern mußten ihren daheim gebliebenen Landsleuten zu denken geben. Schon das natürliche Mitgefühl und das von der Aufklärung und der deutschen Klassik propagierte Humanitätsideal konnte sich mit dieser dauernden Mißhandlung der Menschenwürde nicht widerspruchslos abfinden. Dazu kam nach 1815 als neuer Faktor das durch den Befreiungskampf gegen die Fremdherrschaft geweckte Nationalbewußtsein. Viele Angehörige der Bildungsschicht empfanden schon die bloße Tatsache der deutschen Auswanderung und erst recht ihre Begleitumstände als eine Schmach für den deutschen Namen oder mindestens als beklagenswerten nationalen Verlust. Trotzdem hat es "lange gedauert, bis man in Deutschland empfand, daß die Massenauswanderung ernste und schwierige nationale Probleme aufwarf"⁷⁰. Erst damit wurde die Auswanderung zu einem Stein des Anstoßes neben anderen, an denen sich im Vormärz die nationale Leidenschaft entzündete. Indem sich aber die Nationalbewegung dieser Frage bemächtigte, verquickte sie sie mit ihren übrigen Anliegen und ihrem eigenen Schicksal: die deutsche Auswanderung wurde zum Politikum und damit zum Reflex der politischen Geschehnisse Deutschlands im Zeitalter des Deutschen Bundes.

70 *Fr. Schnabel, Deutsche Geschichte III, S. 362.*

KAPITEL 2

DIE AUSWANDERUNG IM POLITISCHEN MEINUNGSSTREIT 1815 – 1848

Zu den Menschenrechten, die im Gefolge der Französischen Revolution ihren Siegeszug durch Europa antraten, gehört auch das Recht auf Freizügigkeit. Die siegreiche Revolution hatte diesen Rechtsgrundsatz wie viele andere ihrer eigenen, feierlich verkündeten Prinzipien mißachtet und wenigstens die politische Emigration mit dem Bannfluch belegt. Noch weniger bot der napoleonische Militärstaat Raum für eine Freiheit, die seinen Landeskindern wie den Untertanen der Satellitenstaaten die Möglichkeit gegeben hätte, sich dem Heeresdienst zu entziehen. Trotzdem vermochte der Zwingherr Europas auch in diesem Punkte die Auswirkung der revolutionären Ideen, wenigstens außerhalb seines engeren Machtbereichs, nicht ganz zu hindern. Während im Empire die Auswanderung mit den schärfsten Mitteln unterdrückt wurde, legte in Deutschland eine staatliche Schöpfung des Korsen, Baden, zuerst das Recht auf Auswanderungsfreiheit gesetzlich fest. Eine Verordnung vom 16. Dezember 1803 faßte die für die früheren Länder des neuen Staates geltenden Bestimmungen dahin zusammen, daß die Erlaubnis zur Auswanderung nur aus staatspolizeilichen oder privatrechtlichen Gründen versagt werden dürfe; Militärpflichtige konnten sich loskaufen. Damit war eine erste Bresche in die bisherige grundsätzliche Auswanderungsfeindschaft fast aller deutschen Regierungen geschlagen.¹

1 *Philippovich*, in: E. von Philippovich, *Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland* (Leipzig 1892), S. 103 f. Zu dem Ausnahmefall Württemberg vgl. die folgende Anmerkung.

Die Neuordnung Deutschlands nach den Befreiungskriegen bestätigte dieses Ergebnis. So wenig sie von den Ideen der Revolution getragen war, so wenig bedeutete sie die bloße Wiederherstellung der alten Zustände. Schon die liberale Gesinnung der Bürokratie in vielen Einzelstaaten sorgte dafür, daß manche Errungenschaften von 1789 in die Verfassungen und die Gesetzgebung Eingang fanden. Dazu gehörte auch die Freizügigkeit. Zwar überließ die Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815 die Auswanderungsfrage dem Ermessen der Einzelstaaten; lediglich innerhalb des Bundesgebietes wurde freie Auswanderung ohne Abzugsgeld gewährleistet. Aber die grundsätzliche Freiheit der Auswanderung war nicht mehr aufzuhalten. 1815 folgte Württemberg dem badi-schen Beispiel, 1818 Preußen, und Hessen ergänzte den einschlägigen Artikel 4 der Verfassung von 1820 durch das Auswanderungsgesetz vom 30. Mai 1821². In allen diesen Fällen wurde grundsätzlich Auswanderungsfreiheit gewährt; der Staat behielt sich lediglich das Recht vor, die Erlaubnis zur Auswanderung und die Entlassung aus dem Untertanenverband unter bestimmten Bedingungen zu erteilen, zu denen vor allem die Erfüllung der Militärpflicht und die Bezahlung von Schulden gehörte. Außerdem wurde in den meisten Staaten zunächst noch ein zehnprozentiger Vermögensabschuß erhoben, der erst in den dreißiger und vierziger Jahren durch zwischenstaatliche Abmachungen beseitigt wurde. Die übrigen Bundesstaaten folgten allmählich; zuletzt Bayern, das das Recht auf Auswanderung nach Übersee praktisch zwar schon seit den dreißiger Jahren, gesetzlich jedoch erst 1868 anerkannte.

Die neue Haltung der Regierungen in der Auswanderungsfrage ergab sich nicht zuletzt aus der Erfahrung und aus Opportunitätsgründen. Lange genug hatte es sich als unmöglich erwiesen, die Auswanderung durch Verbote zu verhindern oder auch nur nennenswert einzuschränken. Die Lehren der Vergangenheit wurden in dieser Hinsicht bestätigt

2 Dazu und zum folgenden s. die Beiträge von *Huber, Leidig* und *Fey* in: Philippovich, a.a.O., S. 257, 436 und 170. – Württemberg kehrte mit dem Verfassungsentwurf von 1815 zu der seit der allgemeinen Verfassung des Tübinger Vertrages von 1515 gehandhabten Praxis zurück, die nur durch königliches Verbot von 1807 kurze Zeit eingeschränkt worden war.

durch die Auswanderungswelle von 1816/17³. Ihre elementare Wucht vereitelte alle Versuche der Behörden, sie zum Stillstand zu bringen oder auch nur einzudämmen. Auf Anregung der niederrheinischen Regierung⁴ schlug damals der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg in Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Frankfurt vor, "keinem Individuum das Auswandern nach Amerika zu gestatten, der nicht ein hinlängliches Vermögen zu Bestreitung der Reisekosten nachweisen kann". Aber diese Maßnahme stieß schon deshalb in die Leere, weil die südwestdeutschen Länder froh waren, gerade ihre ärmeren Untertanen loszuwerden. So forderte Württemberg, um sich gegen ihre Rückkehr zu sichern, von seinen Auswanderern den ausdrücklichen Verzicht auf ihre Staatsangehörigkeit; außerdem wurde ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens die zehnpromtente Abgabe erhoben.

DIE AUSWANDERUNGSWELLE 1816/17

Die Massenauswanderung von 1816/17 fand zwar keine unmittelbare Fortsetzung; von der kontinuierlichen Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts ist sie durch eine über ein Jahrzehnt anhaltende Pause geschieden. Trotzdem ist gerade dieses Ereignis für die folgende Epoche der Auswanderungsbewegung in mannigfacher Hinsicht bedeutsam geworden. Es brachte die Erörterung der Auswanderungsfrage in der

3 Vgl. zu dieser die folgende Darstellung. Sie stützt sich außer der zitierten Literatur hauptsächlich auf Acta G. St. A. Berlin, Rep. 73, No. 68, 2; Rep. 77 Tit. CCXXVI. No. 2, Vol. II/III; A.A.I. Rep. 5, No. 43.

4 Sie befürchtete im Mai 1817 von einem weiteren Anschwellen des Auswandererstromes sogar eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Oft hätten die Auswanderer bei ihrer Ankunft in Amsterdam nicht das Geld für die Überfahrt, würden von den amerikanischen Schiffen nicht mitgenommen, von der niederländischen Polizei über die Grenze abgeschoben und müßten zu Fuß zurückwandern: "Daher kommt es denn, daß die Hauptlandstraßen auf beiden Rheinufern gegenwärtig mit diesen unglücklichen Rückwanderern gleichsam übersät sind." (St. A. Koblenz Abt. 402 Nr. 868).

deutschen Öffentlichkeit in Gang, die während der nächsten beiden Menschenalter anhält. Diese beeinflusste aber nicht nur in einigen Fällen die Auswanderungsbewegung der Folgezeit unmittelbar, sondern trug dazu bei, daß weiten Kreisen des deutschen Volkes die nationalpolitische Bedeutung der Auswanderung zum Bewußtsein kam.

Auf die Dauer konnte dies auch auf die Haltung der Regierungen nicht ohne Einfluß bleiben. Ein treffliches Beispiel dafür bildet die Initiative, mit der die Erörterung der Auswanderungsfrage nach 1815 beginnt. Sie geht zurück auf den Freiherrn Hans von Gagern, eine der markantesten Persönlichkeiten des frühen Liberalismus, den Vater der drei Brüder, die mit der Nationalversammlung von 1848 verknüpft sind. Gagern, als standesbewußter hessischer Reichsritter dem Freiherrn vom Stein nahestehend, aber durch seine aufgeklärte Geistesart von ihm geschieden, stand im Dienst des niederländischen Herrscherhauses⁵ und vertrat das niederländische Luxemburg am Deutschen Bundestage. Unter dem Eindruck der Auswanderungswelle von 1816/17, die seine hessische Heimat wie die Niederlande unmittelbar betraf, entsandte er 1817 seinen Schwestersonn, den Freiherrn Moritz von Fürstenwärther⁶, nach den Vereinigten Staaten zum Studium der Lage der deutschen Einwanderer.

Die Instruktion von Gagerns für seinen Vertrauensmann zeugt von seltenem Scharfblick wie von einer Umsicht, Menschlichkeit und patriotischen Gesinnung, die ihrem Verfasser alle Ehre machen. Sie betont den philanthropischen Charakter der Sendung: Erkundung der Lage der deutschen und schweizerischen Auswanderer in den Abfahrtshäfen, auf der Überfahrt und nach der Landung ist die erste Aufgabe. In der neuen Heimat sollten die Möglichkeiten und Bedingungen des Landerwerbs

5 1815 als Bevollmächtigter Minister der Niederlande auf dem Wiener Kongreß.

6 F. war Sproß einer bayerischen Adelsfamilie, hatte in Jena studiert und als Grenadierhauptmann in Napoleons Rheinbundkontingent in Spanien gedient. 1818 wurde er als diplomatischer Vertreter der Hansestädte in der Union vorgeschlagen, jedoch nicht ernannt (St. A. Bremen B 13b No.0). Im Anschluß an seine Mission ließ er sich in Nordamerika nieder, verstarb jedoch bald darauf (Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter, Chicago 1917, p. 394).

und der Einbürgerung und die Nachfrage nach bestimmten Berufen festgestellt werden. Offenbar wollte von Gagern mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit des jungen überseeischen Staatswesens jeden Anschein einer politischen Zielsetzung oder Einmischung in amerikanische Befugnisse vermeiden. Weitere Fragen aber zeigen sein warmes, nationales Empfinden. "Ist der Deutsche gerne gesehen? .. Behält er seine Gewohnheit und Denkungsart bei? .. Richten Sie Ihr besonderes Augenmerk auf die deutsche Sprache und ihre Schicksale, auf die Schulen, den Predigerstand, die Ärzte, die Gerichte u.s.w. .. Bleiben noch vaterländische Erinnerungen? Was denkt man von diesen fortgesetzten Wanderungen? Ist man imstande, ist man geneigt, sie zu begünstigen?" Weitere Fragen beziehen sich auf die Erhaltung und Ausbreitung der Religion, auf die Toleranz; schließlich auf eventuelle "Commerzien mit Deutschland"⁷.

Schon von Amsterdam berichtete Fürstenwärther am 3. Juli 1817: "Wenn die Regierungen auch nicht die Verpflichtung fühlen, so fordern sie Menschlichkeit und die Ehre des deutschen Namens auf, Maßregeln gegen die Wiederkehr des Unglücks zu treffen." Schweizer, Elsässer und Lothringer würden von ihren Regierungen erheblich besser behandelt und unterstützt. Auch die Berichte nach seiner Ankunft in der Neuen Welt klangen bei aller Zurückhaltung wenig erfreulich. Vor allem die sanitären und sittlichen Verhältnisse auf den Auswandererschiffen wurden in den düstersten Farben geschildert. Zwar vermochte Fürstenwärther selbst dem "Redemptionisten-System"⁸ eine gute Seite abzugewinnen: für viele seien die zwei bis vier Jahre Dienst eine gute Lehrzeit, und fast alle, die vor zehn bis zwölf Jahren auf diese Weise eingewandert seien, seien jetzt angesehene und wohlhabende Bürger. Dem deutschen

7 Zu den Motiven von *Gagerns* vgl. seine politische Selbstbiographie "Mein Antheil an der Politik", Bd. III (Stuttgart/Tübingen 1830), S. 145 ff.

8 Dieses im ganzen achtzehnten Jahrhundert angewandte Verfahren bestand darin, daß der zahlungsunfähige Auswanderer seine Überfahrtskosten bestritt, indem er sich im Ankunftshafen einem Herrn verdingte, der ihn beim Kapitän auslöste. Der dafür übliche Ausdruck "verserven" ist ebenso vielsagend wie die englische Bezeichnung "redemption"; es handelte sich in der Tat vielfach, besonders in den Südstaaten, um ein – allerdings befristetes – Sklavenverhältnis.

Ansehen sei diese Sklaverei jedoch abträglich, obwohl der einzelne Deutsche wegen seines Fleißes und seiner Redlichkeit sehr geschätzt werde. In dieser Auffassung wurde von Fürstenwärther bestätigt durch das Verhalten des Staatssekretärs John Quincy Adams, der ihn im Dezember zweimal empfing. Adams erklärte, die Regierung der Union sei bisher der Auffassung gewesen, daß die europäischen und insbesondere die deutschen Regierungen die Auswanderung nicht gern sähen, und sie habe daher selbst den Anschein einer Begünstigung vermieden. Sie wolle jedoch gern den deutschen Einwanderern entgegenkommen, falls die deutschen Fürsten ihnen keine Hindernisse in den Weg legten. Erläuternd bemerkte von Fürstenwärther, daß man sich in Washington gern betont den Anschein gebe, als ob man auf die europäische Einwanderung überhaupt nicht angewiesen sei⁹.

Sehr nüchtern urteilte der Berichterstatter über die Aussicht auf Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur. Er wies auf das Beispiel Pennsylvaniens hin, wo man sich noch vor zwei bis drei Jahrzehnten ohne Deutsch kaum habe verständigen können, jetzt aber trotz der weiteren deutschen Einwanderung nur noch im Innern des Landes ausnahmsweise auf geschlossen deutsche Sprachbezirke stoße. Schon die Kinder der deutschen Einwanderer lernten zwar noch Deutsch, schämten sich aber ihrer Herkunft und suchten sie rasch zu vergessen. Selbst prominente Mitglieder der Deutschen Gesellschaft von Philadelphia würden die deutsche Sprache am liebsten ganz abschaffen; nur einige religiöse Gemeinschaften hielten um der religiösen Erziehung willen an ihr fest¹⁰. Dazu komme, daß die deutsche Sprache in Amerika die große

9 S. den Bericht über die Unterredungen in "Der Deutsche in Nord-Amerika" (Anmerkung 14), S. 28 f.

10 Besonders rühmend hebt von Fürstenwärther in dieser Hinsicht die lutherischen Gemeinden hervor, die zäh an ihrer ererbten Religion und Sprache festhielten, für den Gottesdienst in deutscher Sprache kämpften und durch Sonntagsschulen die Muttersprache auch beim Nachwuchs pfl egten. F. erwähnt dabei den Plan einer deutschen Universität in Pennsylvanien, der von den um die lutherischen Auswanderer im achtzehnten Jahrhundert hochverdienten Franckeschen Stiftungen in Halle gefördert worden sei. Vgl. dazu: Archive der Franckeschen Stiftungen Halle, Missionsbibliothek Fach F Nr.8 und 14; Fach H IV Unbezeichnete

Entwicklung der letzten fünfzig Jahre in der alten Heimat nicht mitgemacht habe; die deutsche Literatur sei fast unbekannt, und im Geschäftsleben wie in der Rechtsprechung sei man auf Englisch angewiesen. Vor allem: "Wer hierhin ging, befand sich in Deutschland nicht wohl. .. Mißtrauen, Kälte und Entfernung herrscht bei den Deutschen in Amerika, vor andern unter den Gebildeten in den großen Städten." So erkaltet die Anhänglichkeit an das alte Vaterland rasch¹¹, der landsmannschaftliche Zusammenhang gehe schon in der zweiten Generation verloren, und den Neuankömmlingen begegne der Deutschamerikaner mit Gleichgültigkeit, ja mit Ablehnung.

Zusammenfassend erklärt von Fürstenwärther, die Mißstände im Auswanderungswesen seien unerträglich und erforderten schleunigst Abhilfe. Der Anfang damit müsse in Europa gemacht werden. "Wäre die Auswanderung ferner mit so vielem Elend, mit so vielen Unordnungen begleitet, so bin ich ihr entschiedener Gegner; so rathe ich allen meinen Landsleuten nicht einen Schritt zu tun, den sie fast alle mit wenigen Ausnahmen bereuen werden; so wünschte ich alle deutschen Regierungen veranlassen zu können, sie geradezu zu verbieten." Dies sei in jedem Falle angebracht bei älteren Personen, schwangeren Frauen, kleinen Kindern und bei allen, die nicht zur Handarbeit taugten. Sehr notwendig sei es auch, den Neuländern auf die Finger zu sehen¹². Die Lage der

Stücke, insbesondere "Neueste Pensilvanische Correspondenz von 1778-99"; teilweise gedruckt in "Nachrichten von den vereinigten Evangelisch-Lutherischen Gemeinden in Nord-Amerika" (Halle 1787; erweiterter Nachdruck, 2 Vol., Philadelphia 1886/95).

- 11 Als bezeichnende Ausnahme wird das von patriotischer Begeisterung getragene, gemeinsame von Deutschen, Schweizern und Niederländern gefeierte Siegesfest der Leipziger Schlacht in Philadelphia am 24. Februar 1814 erwähnt, bei dem ein Redner erklärte: "Derjenige, welcher je aufhören kann, heißen Antheil an den Begebenheiten seines Vaterlandes zu nehmen, ist unwerth, unter Americas Bürger aufgenommen zu werden."
- 12 Als "Neuländer" wurden frühere Auswanderer bezeichnet, die zwischen Amerika und ihrem Mutterlande hin und her reisten, um Briefe zu befördern und alle möglichen Aufträge zu besorgen, vornehmlich die Regelung von Erbschaftsangelegenheiten. Oft war dies nur ein Vorwand für die Werbung von Menschenfracht für die Auswandererschiffe. *Fr. Kapp*, Geschichte der deutschen Auswan-

deutschen Einwanderer in Amerika¹³ sei nicht ungünstig, wenn sie die Anfangsschwierigkeiten überstünden. Aber: "Es ist dort kein Paradies. Unser Vaterland ist freundlicher." Immerhin gebe es bereits "ein kleines, verjüngtes Deutschland jenseits der Meere, zerstückelt wie das alte! Keineswegs jedoch gering zu schätzen, weder nach Umfang noch nach Zahl. .. Unsere Sprache herrscht dort nicht, aber sie ist! Wir können ihr freundschaftliche Hilfe leisten."

Die Bedeutung der Sendung von Fürstenwärders und seiner Aufzeichnungen ist in doppelter Hinsicht hoch einzuschätzen. Einmal stellt sein Bericht eine dokumentarische Quelle ersten Ranges¹⁴ aus einer Zeitspanne der deutschen Überseewanderung dar, für die sonst keine authentischen, systematisch zusammengetragenen Nachrichten vorliegen; dies gilt insbesondere von seiner Schilderung des Redemptionssy-

derung in Amerika (Leipzig 1868), S. 289 f. schildert ihr dunkles Treiben sehr anschaulich, und seine Darstellung ist durchwegs in die spätere Auswanderungsliteratur übergegangen. *Fürstenwärders* urteilt vorsichtiger und empfiehlt lediglich ihre paßpolitische Überwachung, "indem sie in Ermangelung besserer Anstalten zur Unterhaltung einer gegenseitigen Verbindung und Correspondenz nützlich, wo nicht unentbehrlich sind."

- 13 Über die Vereinigten Staaten und die amerikanische Nation spricht sich *von Fürstenwärders* bei aller Anerkennung ihrer Vorzüge recht kritisch aus. Krasser Materialismus, Überheblichkeit, Grobheit und Mangel jedes Empfindens für höhere Werte seien charakteristisch für den Amerikaner. "Es ist ein Volk ohne Jugend; und was auch einst seine hohen Bestimmungen sein mögen, unter welchen noch neuen Formen sich in ihm die Menschheit einst ausbilden mag, dieser Mangel muß sich in allen seinen Bestrebungen zeigen, in Politik, im Leben, Wissenschaft und Kunst, zu allem Großen, was dieselbe ehrt und ziert."
- 14 Er wurde zusammen mit *Gagerns* Weisungen an *Fürstenwärders* und seinen Anmerkungen als Broschüre veröffentlicht: *Der Deutsche in Nord-Amerika* (Stuttgart und Tübingen 1818). Einen Auszug aus dieser heute verschollenen Schrift enthalten die Chicagoer "Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter. Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois", Jg. 1917 (Vol. XVII), pp. 417-458. Der Herausgeber teilt in der Vorbemerkung mit, daß sich selbst im Preußischen Geheimen Staatsarchiv kein Exemplar dieser Schrift befinde; lediglich in der Library sei es ihm begegnet. Dies trifft nicht zu, denn 1932 befand sich in den Auswanderungsakten des Berliner Archivs ein Exemplar, das vom Verfasser benutzt wurde.

stems und der Zustände auf den Auswandererschiffen¹⁵. Weiter aber haben von Fürstenwärthers Sendung und die – von ihm übrigens nicht beabsichtigte – Veröffentlichung seiner Berichte sehr bedeutsame sofortige Wirkungen gezeitigt. In der Union war man peinlich berührt von der Aufdeckung der Mißstände in den Ankunfthäfen und auf den Auswandererschiffen. Die Gesetze zum Schutze der Einwanderer, welche die Staaten Pennsylvania und Maryland 1818 erließen, und das ihnen entsprechende Bundesgesetz vom 2. März 1819¹⁶ dürften nicht von ungefähr kurz nach der Mission von Fürstenwärthers ergangen sein, obwohl ein unmittelbarer Zusammenhang nicht nachzuweisen ist. Dem stand schon die gespielte Gleichgültigkeit im Wege, welche die Vereinigten Staaten gegenüber der europäischen Auswanderung an den Tag legten und die auch, allerdings wenig überzeugend, aus einem herablassenden Brief des Staatssekretärs an Herrn von Fürstenwärther vom 4. Juni 1819 herausklang¹⁷. Wie wenig es jedoch der Unionsregierung ernst damit war, zeigten die häufigen Weisungen an ihre diplomatischen Vertreter in Europa, bei Handelsvertragsverhandlungen auf Aufhebung der Auswanderungsbeschränkungen hinzuwirken¹⁸.

15 Sie wird bestätigt durch das Buch von *Ludwig Gall*, *Meine Auswanderung nach den Vereinigten Staaten in Nord-Amerika im Frühjahr 1819 und meine Rückkehr in die Heimath im Winter 1820* (Trier 1822). Vgl. auch *Goethes* Aufsatz von 1827 "Stoff und Gehalt, zur Bearbeitung vorgeschlagen" (Jubiläumsausgabe, Cotta, Bd. 38, S. 116/7), der die Möglichkeiten des Auswanderungsthemas für eine dichterische Bearbeitung erörtert und auf *Galls* Buch als Vorwurf hinweist: "Der Bearbeitende müßte den Stolz haben, mit Cooper zu wetteifern. ... Was den Personenstand betrifft, so hat weder ein epischer noch dramatischer Dichter je zur Auswahl einen solchen Reichtum vor sich gesehen."

16 Dieses Gesetz wird zumeist als der entscheidende Schritt zur Beendigung des Redemptionersystems betrachtet. Allerdings räumte es mit den Mißständen auf den Auswandererschiffen nicht auf, da die Bestimmungen über Raumzuteilung und Verpflegung noch lange umgangen wurden. Vgl. oben S. 61.

17 Auszug in *H. von Gagern*, *Mein Antheil an der Politik*, III, S. 251 ff.

18 Vgl. *Th. W. Page*, *Causes of European Immigration to the United States*, in: "Journal of Political Economy", Vol. 19, pp. 676 ss.

Nicht minder bedeutsam waren die Ergebnisse der Initiative von Gagerns in Europa, insbesondere in Deutschland. Die Niederlande beeilten sich, die gerügten Mißstände in den Hafenstädten und auf den Auswandererschiffen durch strenge Verordnungen abzustellen¹⁹. Vor allem aber benutzte von Gagern sein Material zu einem Vorstoß am Deutschen Bundestage. Schon im Mai und Juni 1817 hatte er den Bundestag auf das Elend der deutschen Auswanderer aufmerksam gemacht, allerdings nur im Hinblick auf das Problem der mittellosen Rückwanderer, das damals die niederländischen Behörden am meisten beunruhigte²⁰. Nunmehr benutzte er die Ergebnisse der Sendung von Fürstenwärders, um die Auswanderungsfrage als deutsche Nationalangelegenheit aufzurollen. Am 12. Juni 1817 brachte er eine neue Interpellation ein, die zu einer lebhaften Diskussion über die polizeilichen Auswanderungs- und Rückwanderungsbestimmungen der deutschen Staaten führte²¹. Als Gagern bald darauf auf Veranlassung Metternichs von seiner Regierung abberufen wurde, nahm sich der Königlich Bayerische Bundestagsgesandte von Aretin der Sache an. Als Berichterstatter über die inzwischen im Druck erschienenen und von Gagern dem Bundestag zugesandten Ergebnisse der Mission von Fürstenwärders erklärte er, wenn schon die Auswanderung nicht zu unterbinden sei, solle sie wenigstens menschenwürdig geregelt werden. Keine Regierung könne gleichgültig dem Elend ihrer früheren Untertanen zusehen, auch wenn es selbstverschuldet sei. Die

-
- 19 Es dürfte allerdings zu weit gehen, den rapiden Rückgang der Rhein-Scheldehäfen im Auswanderertransport einseitig darauf zurückzuführen, wie es *Max J. Kohler* in "Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter", Vol. XVII, p. 398 versucht. Sehr wahrscheinlich hängt er mit der Auswanderungsflaute nach 1817 zusammen, denn in den dreißiger und vierziger Jahren weisen diese Häfen wieder sehr beträchtliche Auswandererziffern auf.
- 20 Vgl. *Mein Antheil an der Politik*, Bd. III, S. 151 ff. Ferner: *Protokolle der Deutschen Bundesversammlung*, III, S. 130 ff.
- 21 *Protokolle der Deutschen Bundesversammlung*, III, S. 201 ff. – Zu der Säuberungsaktion *Metternichs* am Bundestage, der außer *Gagern* Anfang der zwanziger Jahre auch der Bremer Bürgermeister *Smidt* und der Schirmherr *Lists*, der württembergische Minister *von Wangenheim* zum Opfer fielen, s. *Schnabel*, a.a.O. II, S. 271.

Frage gehe auch jene Staaten etwas an, die nicht unmittelbar betroffen seien; nicht bloß mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit, sondern auch aus Gründen der nationalen Ehre²². Der Bundestag beschloß daraufhin unter ausdrücklicher Anerkennung der von Gagern und Fürstenwärther geleisteten Vorarbeiten, den Regierungen die sorgfältige Prüfung der Auswanderungsfrage und den Erlaß zweckmäßiger Verordnungen zur Regelung der Auswanderung zu empfehlen.

Einige einschlägige Verordnungen von Bundesstaaten aus den folgenden Jahren²³ zeigen, daß diese Empfehlung nicht ganz ergebnislos blieb. Der rapide Rückgang der deutschen Auswanderung nach 1818 trug allerdings dazu bei, daß Gagerns Initiative und ihre Wirkung später in Vergessenheit gerieten²⁴. Die "halkyonischen Jahre" waren jedoch auch hinsichtlich der Auswanderung nicht ganz so windstill, wie es nach den Ziffern der Statistik erscheinen könnte. Die durch die Welle von 1816/17 hervorgerufene Erregung wirkte nach und erhielt seit der Mitte der zwanziger Jahre neue Nahrung. Brasilianische Werbungen riefen im Hunsrück, an der Mosel und in der südlichen Eifel beträchtliche Unruhe hervor²⁵. Obschon sie numerisch nur bescheidenen Erfolg hatten,

22 Protokolle VIII, S. 148 ff.

23 Vgl. *Philippovich*, a.a.O., S. 120, 175, 260, 436.

24 Durch den Bericht von *Fürstenwärthers* angeregt, beschlossen zwei Niedersachsen, der später als Chemiker berühmt gewordene *Ludwig Gall* (s. Anm. 15) und sein Jugend- und Studienfreund *Ferdinand Ernst*, Amtmann in der Gegend von Hildesheim, nach Amerika auszuwandern, um dort "allenthalben die noch glimmenden Funken deutscher Volkstümlichkeit" aufzusuchen und die Auswanderer wenigstens der Sprache, Sitte, den Tugenden und dem Andenken der Väter zu erhalten". Die Gründung der deutschen Kolonie Vandalia in Illinois geht auf diesen Auswanderungsvorgang zurück. Cf. "Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter", XVII, pp. 416 ff.

25 Schon vor der Loslösung Brasiliens von Portugal hatten 1818 Werbungen in Deutschland stattgefunden, die 1819 zur Gründung der Kolonie Nova-Friburgo unweit von Rio de Janeiro führten (*Freedon/Smolka*, a.a.O., S. 86 ff.). Im gleichen Jahre entstand als deutsches Unternehmen die Kolonie Leopoldina in der Provinz Bahia (St. A. Berlin A.A.III. Rep. I. No.2. Vol.3). Kaiser *Pedro I.* gründete 1824 eine Fremdenlegion, deren Angehörige nach dreijährigem Dienst eine Siedlerstelle erhalten sollten. Ein aus Münnerstadt stammender, im Jahre der

reichte er doch aus, um die Richtung der Auswanderung aus diesem Quellgebiet zu beeinflussen; die Auswanderer nach Brasilien waren in diesen Gebieten noch lange verhältnismäßig zahlreich.

Diese Episode ist auch insofern bemerkenswert, als sie zeigt, wie wenig die deutsche Auswanderung des neunzehnten Jahrhunderts sich hinsichtlich ihrer Motive, von anderen Gesichtspunkten ganz abgesehen, auf einen Generalnenner bringen läßt. Das "Contagium der Auswanderer-sucht"²⁶ hatte, zumindest in seinen Anfängen, weniger rational nachweisbare Ursachen, als es späteren Generationen und ihren Historikern unter dem Einfluß einer fast ausschließlich von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmten Umwelt einleuchtend erschien. Anders ist es kaum zu erklären, wenn die Auswanderung aus landschaftlich benachbarten und wirtschaftlich gleich strukturierten Gebieten nicht selten eine gänzlich verschiedene Richtung einschlug und sogar Generationen hindurch

Unabhängigkeitserklärung (1822) als diplomatischer Agent des Kaiserreichs bei den Hansestädten heimgekehrter Arzt, *Georg Anton Schäffer*, warb für die Legion Dom Pedros. Er gab sich als Major oder Oberstleutnant aus, nahm jedoch auch mit Kolonisten vorlieb, die vom Militärdienst nichts wissen wollten und nachher dazu gepreßt wurden (*H. Richter*, Hessen und die Auswanderung 1815-1855, in: Mitteilungen des Oberrheinhessischen Geschichtsvereins, N.F. 32 (Gießen 1934), S. 64 ff.; ferner Staatsarchiv Berlin, A.A.III. Rep I. No.2. Vol. 4,5 passim; ebenda: Einige Nachrichten über Brasilien etc. (Trier 1828)). – Über die gleichfalls um die Mitte der zwanziger Jahre gegründeten deutschen Siedlungen in Sao Leopoldo und Rio Grande do Sul sowie über die bis 1829 zurückreichende deutsche Siedlung in Santa Catherina vgl. die Jubiläumsschriften "Hundert Jahre Deutschtum in Rio Grande do Sul" (Porto Alegre 1924) und "Der Staat Santa Catherina in Vergangenheit und Gegenwart" (Florianopolis 1929); die ältere Literatur bei: *Cannstatt*, Kritisches Repertorium der Deutsch-Brasilianischen Literatur (Berlin 1902; Nachtrag Berlin 1906). Zum publizistischen Niederschlag der Brasilienwerbung in den zwanziger Jahren vgl. Augsburger "Allgemeine Zeitung" 1824 Nr. 88, 1825 Nr. 191, 256 B, 292 B – die Beilagen ausführlicher –, 1826 Nr. 279, 280, 1827 Nr. 260. Eine amtliche Warnung des württembergischen Ministeriums des Innern vor *Schäffer* wurde 1826 durch mehrere süddeutsche Zeitungen verbreitet (Augsburger "Allgemeine Zeitung" Nr. 194).

26 So bezeichnet es der Landrat von Adenau in: Acta St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 5106.

beibehielt. Daß die Auswanderer aus der Hocheifel vorwiegend nach dem nordamerikanischen Mittelwesten, die von der Mosel und aus dem Hunsrück vorwiegend nach Brasilien zogen, hing weder mit ihrer wirtschaftlichen Lage in der alten Heimat noch mit erhofften Vorteilen in der neuen zusammen. Schwerer wog in diesem Fall die persönliche Beziehung zu den früher Ausgewanderten und die Hoffnung, gemeinsam mit ihnen jenseits des Weltmeeres eine neue Heimat zu finden. Gerade in den bäuerlichen Landschaften hat das überkommene gesellschaftliche Gefüge der auflösenden, individualistischen Strömung des Jahrhunderts viel stärker und nachhaltiger widerstanden, als gemeinhin angenommen wird: dies geht schon aus der in den Quellen immer wieder auftauchenden Neigung hervor, gruppenweise auszuwandern und sich gemeinsam anzusiedeln. Und selbst da, wo dies im ersten Ansatz nicht glückte, zeigt sich später die Tendenz, dorthin zu gehen, wo Verwandte und Bekannte sich festgesetzt hatten, wo bereits ein Stück Heimat in der Fremde war²⁷. Gewiß ging auch der Städter stets gern dorthin, wo er "Beziehungen hatte". Aber die Stetigkeit dieser Beziehungen über Generationen ist doch nur der bäuerlichen Auswanderung eigentümlich. Die Auswanderungsgeschichte bestätigt in dieser Hinsicht nur das, was die deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert auch sonst lehrt: daß die bindende Kraft der Heimat, der natürlichen Gemeinschaft und der gewachsenen Tradition der Atomisierung der modernen Gesellschaftsentwicklung sehr lange widerstanden hat²⁸.

27 Für die Auswanderung nach Brasilien von der mittleren Mosel und aus dem Hunsrück waren in dieser Hinsicht Briefe wie die aus Sao Leopoldo (St. A. Koblenz Abt. 441, Nr. 5106 (1826) und Nr. 5107 (1835)) ebenso richtungweisend wie die aus dem Mittelwesten der Union von 1841 und 1846 (Nr. 5107; s. auch *Freedon/Smolka*, a.a.O., S. 101 f.) für die Auswanderung aus der Hocheifel. Zwar wurden diese Briefe von den Behörden abgefangen, aber in beiden Fällen dürften genug andere Briefe ihr Ziel erreicht haben.

28 Wie sehr dies für "rückständige" Teile des Hunsrücks heute zutrifft, davon konnte sich der Verfasser in manchen Ortschaften des Kreises Zell im Winter 1947 überzeugen. Die Bauern dieser Ortschaften erfüllten ihre Ablieferungspflicht, sobald sich der Ortsgeistliche und der Bürgermeister für die Notwendigkeit der staatlichen Forderungen verbürgten, mit einer Gewissenhaftigkeit, die angesichts der Zeitumstände fast unbegreiflich erschien. "Es genügt, wenn ich ih-

Der Rückgang der Auswanderung am Ende des zweiten Jahrzehnts und bis zum Ausgang der zwanziger Jahre hing nicht zuletzt mit der wirtschaftlichen Scheinblüte dieser Jahre zusammen. Der preußische Zolltarif von 1818 ließ die Kornpreise ebenso rasch absinken, wie sie 1816/17 emporgeschneit waren. Zugleich wirkte der starke Impuls nach, den die napoleonische Herrschaft der Industrie in den westlichen Teilen Preußens und in den Rheinbundstaaten gebracht hatte. Die Beseitigung der innerpreußischen Zollgrenzen 1818 kam zunächst ebenso der rheinischen Industrie wie dem ostelbischen Grundbesitz zugute. Vergebens warnten klarblickende Männer wie Friedrich List 1819 vor den Folgen einer freien Handelspolitik, die nur auf das Großmarktgebiet Preußen zugeschnitten war, während Deutschland gegenüber der überlegenen britisch-französischen Industrie eines Schutzzolles bedurft hätte²⁹. Da gleichzeitig das in Großbritannien während der napoleonischen Kriege entwickelte Kreditsystem in Deutschland Eingang fand, kam es um die Mitte der zwanziger Jahre zu einer Spekulationswut, die beim Zusammenbruch der scheinbaren Prosperität viele Existenzen aus dem westdeutschen Mittelstand ruinierte und in eine neue Auswanderungswelle emportrieb.

Sie stand von vornherein unter einem anderen Zeichen als die bisherige Auswanderung. Die Hoffnung, daß eine "weise Regelung der Wirtschaft durch den Deutschen Bund" Abhilfe schaffen werde³⁰, war geschwunden. Die wirtschaftliche Organisation Deutschlands durch Preußen zeichnete sich ab, und mindestens in weiten Gebieten des Südwestens, des alten Hauptherdes der Auswanderung, war Preußen nicht sonderlich beliebt. Außerdem hatte die Erörterung der Auswanderungsfrage in der deutschen Publizistik der zwanziger Jahre viele Hemmungen beseitigt oder abgeschwächt, die manchen bisher zurückgehalten hatten. Zwar übte die Presse mit Rücksicht auf die Zensur Zurück-

nen sage: die da oben im Ruhrgebiet hungern wirklich - und sie geben die Saatkartoffeln her", erklärte ein Bürgermeister, und der Landrat bestätigte seine Aussage.

29 *F. Schnabel*, a.a.O. II, S. 299 ff.

30 So der "Hamburger Beobachter", 1817, Heft 1.

haltung und vermied es in der Regel, geradezu für die Auswanderung einzutreten. Aber die beliebten, gefühlvollen Feuilletons über Begegnung mit Auswanderern³¹ wirkten ebensowenig abschreckend wie ausdrückliche Warnungen oder die Schilderungen des Auswandererelends; schon deswegen nicht, weil die gleichen Blätter, insbesondere die populären Wochenschriften und Intelligenzblätter³², daneben mit Vorliebe Berichte über fremde Länder und Zonen brachten, die genug Verlockendes enthielten und den Drang in die Ferne weckten. Aus den bedauernden Worten über die Unglücklichen, die ihre Heimat aufgeben mußten, klang zugleich die Überzeugung, daß ihnen das Recht auf ein neues, besseres Vaterland nicht versagt werden dürfe. In Südwestdeutschland wagte es ein Blatt wie die Augsburger "Allgemeine Zeitung" sogar gelegentlich, die Auswanderung unter den gegebenen Verhältnissen als notwendiges Übel zur Vermeidung von Pauperismus und Sterblichkeit zu rechtfertigen, ja, ihre Vorteile für Deutschland zu erörtern³³. Dazu kamen die Reisebeschreibungen in Buchform, die schon in den zwanziger Jahren mehr oder weniger offen der Auswanderung aus humanitären oder sozialpolitischen Gründen das Wort redeten³⁴. Demge-

-
- 31 Vgl. *Heinrich Heines* Schilderung seiner Begegnung mit schwäbischen Auswanderern bei Le Havre in "Salon" (1833), Vorrede (Sämtliche Werke, Hamburg 1884, Bd. 12, S. 21 ff).
- 32 Etwa Cottas "Morgenblatt für gebildete Stände", 1822, Nr. 90, 91; das Hamburger "Archiv für Wissenschaft, Kunst und Gewerbe", 1824 und 1825 über Südamerika; "Minerva", Jena 1829, Nr. 2.
- 33 Augsburger "Allgemeine Zeitung" 12.08. und 6.09.1826.
- 34 Die stärkste Wirkung übte das Werk des 1824 nach Missouri ausgewanderten Juristen und Mediziners *Gottfried Duden* aus: Bericht über eine Reise nach den westlichen Staaten Nordamerikas und einen mehrjährigen Aufenthalt am Missouri. .. in Bezug auf Auswanderung und Überbevölkerung, oder: Das Leben im Innern der Vereinigten Staaten und dessen Bedeutung für die häusliche und politische Lage der Europäer ... (*Elberfeld* 1829; 2. Auflage Bonn 1834; St. Gallen 1832). *Faust* bemerkt dazu: "Viele Tausende von Deutschen versenkten sich in dieses Buch und begeisterten sich an seinen hinreißenden Schilderungen. Bei unzähligen Europamüden weckte es den Entschluß, für sich und seine Nachkommen ein glückliches Heim an den Ufern des berühmten Missouri zu gründen" (a.a.O., p. 363). In den Auswanderungsakten der meisten deutschen Archive

genüber fehlte es schon in dieser frühen Phase der deutschen Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert nicht an jenen Einwänden, die später mit wachsendem Nachdruck gegen die Auswanderung ins Feld geführt wurden. Man wies darauf hin, daß gerade junge und kräftige Menschen auswanderten, während die Alten und Schwachen dem Mutterlande weiter zur Last fielen; daß auch viele leidlich wohlhabende und tatkräftige Elemente durch die Auswanderung verlorengingen³⁵; daß schließlich das Fehlen deutscher Kolonien die deutschen Auswanderer dazu verurteilte, in fremden Nationen aufzugehen. Gegen diese Kulturdünger-These hatte bereits 1816 der Freiherr vom Stein geltend gemacht, daß es für die gesellschaftliche Ordnung wünschenswert sei, wenn ein Teil der überschüssigen Bevölkerung durch das "Dienen jederart" in entfernten Ländern "absorbiert" werde; er forderte freilich in Verbindung damit eine entsprechende Außenpolitik in der christlichen Völkergemeinschaft³⁶. An Gagern, der ihm die Briefe von Fürstenwärters sofort nach Empfang zur Einsicht schickte, schrieb er sogar: "Wäre ich zwanzig Jahre jünger, so unternähme ich selbst dort eine Ansiedlung". Auch später hielt vom Stein aus humanitären und sozialpolitischen Gründen die überseeische Auswanderung für notwendig³⁷, ohne freilich

spiegelt sich diese Wirkung des 'Dudens der Auswanderung' wider. – Im Gegensatz zu *Dudens* romantischer Schilderung will *E. L. Brauns* mit seinen: Ideen zur Auswanderung nach Amerika nebst Beiträgen zur genauen Kenntnis seiner Bewohner und seines gegenwärtigen Zustandes (Göttingen 1827) auch das Interesse der deutschen Nationalität gewahrt wissen, das in seinen späteren Schriften (Skizzen von Amerika, 1830 und Neu-Deutschland in West-Amerika, 1847), entsprechend der weiter unten geschilderten Wandlung der deutschen öffentlichen Meinung, im Vordergrund steht.

- 35 Diese Bedenken äußerten z. B. zwei Artikel aus dem "Hamburgischen Correspondenten" vom 18.8. und 24.9.1832; zitiert bei *A. Meyer*, Die koloniale Bewegung des frühen deutschen Liberalismus im Spiegel der Publizistik (Hamburg 1935), S. 17.
- 36 Staatsschriften, in: "Der deutsche Staatsgedanke", 1. Reihe IX, S. 150; zitiert von *U. Noack*, Christentum und Volksstaat in der politischen Ethik des Freiherrn vom Stein, in: "Historische Zeitschrift" 147, S. 48.
- 37 An *H. von Gagern*, in: Mein Antheil an der Politik, IV: Die Briefe des Freiherrn vom Stein an den Freiherrn v. Gagern 1813-1831; zitiert von *A. Meyer*, a.a.O.,

dabei andere, näher liegende und politisch vorteilhaftere Möglichkeiten zu verkennen³⁸.

Sie bezogen sich auf Südosteuropa, auf das in den Jahren des Philhellenentums und des griechischen Freiheitskampfes die Blicke der gebildeten Europäer gerichtet waren. Noch konnte es am Ende der zwanziger Jahre fraglich erscheinen, wohin sich der deutsche Auswandererstrom künftig richten werde. Für Osteuropa und die Donauländer hatte – neben Nord- und Südamerika – schon von Gagern in seiner ersten, der Auswanderung gewidmeten Schrift plädiert³⁹. Weit entschiedener bezeichnete Ost- und Südosteuropa als naturgegebene und von der Geschichte gewiesene Expansionsrichtung eine 1820 erschienene Schrift, deren Verfasser, der dänische Staatsrat C.F. von Schmidt-Phiseldeck, ähnlich wie der Freiherr vom Stein eine gesamteuropäische Politik zum Ausgleich des binneneuropäischen Bevölkerungsdruckes forderte. Hielt Gagern noch die Heilige Allianz als einigendes Band neben und über den Landesregierungen für ausreichend, so erschien Schmidt-Phiseldeck ein strafferer bündischer Zusammenschluß der europäischen Staaten erforderlich; nicht nur zur Regelung der Auswanderung, sondern zur Selbstbehauptung Europas gegenüber der aufstrebenden überseeischen

S. 22: "Nach dem, was ich von unserem ehemaligen Residenten in Rio de Janeiro, Herrn v. Olfers, erfuhr, werden die Kolonisten in Brasilien gut aufgenommen, nur verweigert der Staat die Zahlung der Frachtkosten. Wie leicht wäre es, wenn Preußen jährlich 1000-1200 Mann aus den Rheingegenden verschiffte, statt diese Masse von Menschen in Strafanstalten aufzubewahren."

38 Insbesondere jene, die sich durch das wittelsbachische Königtum in Griechenland zu eröffnen schienen: "Welchen Einfluß kann Deutschland auf Griechenland durch diese Stellung eines seiner Söhne erhalten? Auf welchen Basen soll Elementarerziehung, wissenschaftliche Erziehung, Handwerkerei und Militäreinrichtungen in diesem Lande beruhen? Soll dies alles nicht durch Kolonisation und Militärkapitulationen auf deutschen Elementen erbaut werden?" (ebenda, zitiert a.a.O., S.22/23).

39 "Über die Auswanderung der Deutschen" (1817). Gagern will die Heilige Allianz mit der Aufgabe der Lenkung der Auswanderung befassen; unter ihrer Oberaufsicht sollen die deutschen Staaten die mit der Auswanderung zusammenhängenden praktischen Frage gemeinsam lösen.

Welt, besonders Amerika⁴⁰. – In ähnlich großen Zusammenhängen bewegen sich später die Gedanken eines Moltke, Friedrich List und Julius Fröbel, die in der Lenkung der deutschen Auswanderung eine der großen Schicksalsfragen Deutschlands und Europas erkannten und um beider willen für die Südostrichtung eintraten. Immer wieder taucht die Alternative Überseewanderung-Südostwanderung in den Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte auf, mehr und mehr überschattet vom Dualismus der beiden deutschen Großmächte, bis sie durch die Reichsgründung endgültig zu Ungunsten der Südostwanderung entschieden wird.

Um die Tragweite dieser Entscheidung zu ermessen, ist von den Möglichkeiten auszugehen, die beim Einsetzen der deutschen Massenauswanderung in den dreißiger Jahren für eine politisch sinnvolle Lenkung der Bewegung bestanden. Das Haupthindernis der Südostkolonisation, der machtpolitische Gegensatz der beiden deutschen Großmächte, war um 1830 allenfalls keimhaft angelegt, keineswegs endgültig entschieden. Zwar begann sich sehr bald mit der Bildung des Zollvereins die Linie abzuzeichnen, die zur Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland führte; war doch sein Schöpfer, der preußische Finanzminister von Motz, bereits 1833 entschlossen, Deutschland "unter dem Schutz und

40 Europa und Amerika, oder die künftigen Verhältnisse der zivilisierten Welt (Kopenhagen 1820): "Auch würden die Volksmassen, wenn erst die Staaten sich freundlicher gegeneinander geöffnet hätten, sich von selbst gleichmäßig verteilen über Europa selbst, denn nur der Druck oder die Überfüllung in den einzelnen Teilen ... keineswegs aber ein absoluter Überfluß an Menschenzahl in dem gesamten Europa, hat die neuere Auswanderung nach überseeischen Gebieten veranlaßt" (S. 135). Der Verfasser ist davon überzeugt, daß Europa, um sich gegen das aufstrebende Amerika zu behaupten, sich politisch zusammenschließen müsse; erst in einem gesamteuropäischen Gemeinwesen werde sich ein reibungsloser Ausgleich zwischen überbevölkerten und menschenarmen Gebieten ergeben. "Die Entdeckung von Amerika hat Europa aus seiner natürlichen Bahn geworfen; es dürfte Zeit sein, wieder einzulenken in die verlassene Spur, welche die Fackel der Geschichte beleuchtet und die erhabendsten Denkmäler unverkennbar bezeichnen" (S. 140). – Über den wenig bekannten Verfasser und seine Europakonzeption s. *H. Gollwitzer*, *Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts* (München 1951), S. 242 ff.

Schirm Preußens entstehen" zu lassen: gegen Frankreich zunächst, aber nötigenfalls auch gegen Österreich⁴¹. Eine Hauptwaffe jener preußischen Politik, die zu 1866 führte, war damit geschmiedet: nicht ohne Schuld Österreichs, das ihre Bedeutung zu spät erkannte und hernach erfolglos den Anschluß an den gesamtdeutschen Wirtschaftsverband erstrebte. Aber der Zollverein war nicht Deutschland, und seine weitere Ausgestaltung blieb noch lange in der Schwebe. Er präjudizierte die künftige deutsche Politik vorerst nur am Rande; auf die Richtung der deutschen Auswanderung vollends übte er keinen Einfluß aus. Eben deshalb war es von folgenschwerer Bedeutung, daß Metternichs politische Konzeption der Lenkung der deutschen Auswanderung nach Südosten im Wege stand. Denn in den anderthalb Jahrzehnten, die der Gründung des Zollvereins folgten, trat die Auswanderung als nationales, gesamtdeutsches Problem erstmals ins Bewußtsein breiter Schichten der politisch interessierten Öffentlichkeit: durch ihre Entwicklung zu einer Massenbewegung, die sich nicht mehr übersehen ließ, und durch ihre Verknüpfung mit den politischen Zielen und Wünschen der nationalen Bewegung des Vormärz.

Das Heraufschnellen der deutschen Auswanderungsziffer in den dreißiger Jahren fällt zusammen mit den politischen und gesellschaftlichen Wandlungen, die nach der Windstille des Biedermeier eine neue Ära einleiten. Ihren Auftakt bildet die Pariser Julirevolution. Sie erschütterte die statische Ordnung der Verträge von 1815 nicht nur außenpolitisch, sondern noch mehr durch ihre innenpolitischen Rückwirkungen. Das liberale Bürgertum, das in Frankreich und Belgien gesiegt hatte, forderte auch in Deutschland Beteiligung an der politischen Macht. 1831 beantragte der badische Liberale Welcker die Schaffung einer deutschen Nationalvertretung am Bundestage, und seine Gesinnungsfreunde meldeten in den Ländervertretungen erneut ihre Verfassungswünsche an. Der demokratische Nationalstaat kontinental-westeuropäischer Prägung wurde zum Programmpunkt der "fortschrittlichen" Kreise, deren Wortführer vielfach zugleich die wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Umwälzung waren. Diese begann mit der zunehmen-

41 *H. von Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 1 (München 1935), S. 277.*

den, durch die Weltwirtschaftskrise von 1847 nur vorübergehend unterbrochenen Industrialisierung das überkommene Sozialgefüge tiefgreifend zu verändern. Sie löste mehr und mehr von innen und unten her die 1815 restaurierte gesellschaftliche Ordnung auf, der gleichzeitig durch den Zerfall der Heiligen Allianz ihre außenpolitischen Stützen entzogen wurden.

Wie sehr die Ereignisse von 1830, die wie alle großen Krisen der Neuzeit zugleich eine deutsche und europäische Krise waren, die Geister in Bewegung brachten, zeigt am deutlichsten die Publizistik. Alle großen Fragen des deutschen Lebens, die in der zweiten Jahrhunderthälfte ausgetragen wurden, finden sich in der umfänglichen Zeitschriften-, Zeitungs- und Broschürenliteratur des deutschen Vormärz wieder: die Frage der nationalen Einigung Deutschlands, des Verhältnisses der beiden deutschen Großmächte, der Beteiligung des Volkes an der Staatsgewalt, der Gesellschaftsreform und der wirtschaftlichen Entwicklung. Und in engstem Zusammenhang mit allen diesen Fragen steht auch die Erörterung des Auswandererproblems. Zum ersten Male wird die deutsche Auswanderung nicht nur als soziale Aufgabe, sondern unter politischen Gesichtspunkten aufgegriffen, und zwar nicht nur von wenigen einzelnen, sondern von einem beträchtlichen Teile der deutschen Öffentlichkeit. Eine wachsende Flut von Broschüren und Artikeln beschäftigt sich mit kühnen Plänen von geschlossenen deutschen Siedlungen in Übersee, von einem neuen Deutschland draußen in der Welt, das der nationalen Zersplitterung des Mutterlandes als Wunschbild gegenübergestellt wird. Auch die Regierungen können sich dieser Zeitströmung nicht ganz entziehen, nicht nur deshalb, weil die Auswanderungsfrage in manchen Ständevertretungen zur Sprache gebracht wird, sondern weil sie auch in außenpolitischen Zusammenhängen auftaucht. Obwohl diese der Öffentlichkeit unbekannt blieben, zeugen einige gleichzeitig in Kreisen der deutschen Nationalbewegung erörterte Kolonialpläne davon, daß die Auswanderung auch politisch als bedeutsamer Faktor empfunden wurde.

Es sind vornehmlich drei Zielvorstellungen, auf die sich alle diese Projekte, Diskussionen und Anregungen zurückführen lassen: die planmäßige Lenkung der Auswanderung nach eigenen Kolonien in Übersee

oder in Südosteuropa; die Schaffung deutschsprachiger, mit kultureller Selbstverwaltung ausgestatteter Distrikte in den Haupteinwanderungsländern, zum Beispiel in Nordamerika; und – als bescheidenste Möglichkeit – eine dauernde kulturelle Betreuung der deutschen Auswanderer in aller Welt zur tunlichsten Erhaltung der Muttersprache und deutscher Sitte und Art. Während die kolonialpolitische Zielsetzung mit der deutschen Nationalbewegung des Vormärzes in Entfaltung und Scheitern verknüpft ist, bleiben die kulturpolitischen Tendenzen auch nach 1849 auf der Tagesordnung. Sie beherrschen die Erörterung der Auswanderungsfrage auf dem Höhepunkt der deutschen Massenauswanderung in den fünfziger Jahren und treten erst im Zeitalter der Reichsgründung vorübergehend zurück.

KOLONIALPOLITISCHE IDEEN UND ANSÄTZE IM VORMÄRZ

In der Geschichte der europäischen Kolonialpolitik bilden die ersten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts nahezu ein Vakuum. Zwar setzt sich Frankreich 1830 in Algerien fest, und Großbritannien rundet bis zu den vierziger Jahren das Herrschaftsgebiet der Ostindienkompanie ab. Aber Großbritanniens Erwerbungen sollten in erster Linie dem russischen Vordringen in Asien einen Riegel vorschieben, und noch deutlicher zeigt sich die vorwiegend prophylaktische Tendenz bei der Festsetzung im Südatlantik (Ascension 1815, Tristan da Cunha 1816), die vorbeugende Maßnahmen gegen eine Flucht Napoleons aus St. Helena darstellten. Von defensiven Absichten ließ sich das Inselreich auch beim Erwerb Adens (1838) und einzelner Häfen und Küstenstreifen in Südostasien wie Singapore (1819), Malakka (1824), Labuan und Nordborneo (1839-47) leiten, die als Stützpunkte des britischen Handels und als Sicherungen gegen ein Vordringen Rußlands oder der Union dem britischen Kolonialreiche einverleibt wurden. Schließlich war das Handelsinteresse maßgebend beim "Opiumkrieg", der Großbritannien 1842 Hongkong eintrug.

Handel, nicht Siedlung oder gar machtpolitisches Ausgreifen war der vorherrschende Gesichtspunkt der europäischen Kolonialpolitik in der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Im Kriege von 1812 hatte Großbritannien lediglich seinen verbliebenen Besitz auf dem nordamerikanischen Kontinent gegen den Machtanspruch der jungen Union verteidigt. Der Gedanke eines überseeischen Reiches, wie es dem älteren Pitt als politisches Ziel vorgeschwebt hatte, galt unter dem Einfluß der physiokratischen Lehren schon am Ende des achtzehnten Jahrhunderts als überholt. Bezeichnend dafür ist es, daß der jüngere Pitt den Abfall der Dreizehn Kolonien als unvermeidlichen Spruch der Geschichte empfand; darin wenigstens einig mit seinem Gegenspieler, dem großen Korsen, der auf seinem Felseneiland das Fazit der europäischen Kolonialgeschichte zog: "Le système colonial que nous avons vu est fini pour nous, il l'est pour tout le continent de l'Europe; nous devons y renoncer et nous rebattre désormais sur la libre navigation des mers et l'entière liberté d'un échange universel."⁴² Selbst Großbritannien, die Kolonialmacht Europas schlechthin, war also kolonialmüde geworden; nurmehr auf den Freihandel bedacht, der seiner Industrie die besten Rohstoff- und Absatzmärkte erschließen sollte. Um des Handels willen begünstigte Canning den Freiheitskampf Ibero-Amerikas, verfocht Großbritannien den Grundsatz der Freiheit der Meere, wengleich unter Aufsicht der britischen Flotte. Daß in den Stürmen der Jahrhundertwende ein neues, das europäische übergreifende Machtsystem ins Dasein getreten war, erkannten die wenigsten. Ein Tocqueville, der in den dreißiger Jahren den Weltgegensatz des zwanzigsten Jahrhunderts heraufdämmern sah, eilte den Ereignissen ebenso voraus wie der Schöpfer der Monroedoktrin oder der Pan-Amerikanische Kongreß von Panama, die, der Tragweite ihres Vorgehens kaum bewußt, das neue europäische Gleichgewicht der Macht jenseits der traditionellen, europäischen *balance of power* verkündeten.

Wie reife Äpfel vom Baume fallen, so würden die Kolonien sich selbständig machen – lehrte die Kolonialwissenschaft zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Wenn F.G. Fichte 1806 vor dem "unnatürlichen

42 Tagebücher, 12. Juni 1816.

Kolonialsystem" warnte, so mochte dieses Urteil noch im Banne der physiokratischen Theorie stehen. Aber auch der Göttingen Historiker des Staatensystems, Heeren, urteilte nicht anders; ebensowenig wie Metternichs publizistischer Mitarbeiter Fr. Gentz, der den Besitz überseeischer Gebiete für die politischen Verhältnisse Europas für gleichgültig hielt. "Henceforward England must be content to move steadily on her own orbit" – verkündete Wellington 1822, und er gab damit die Parole für ein halbes Jahrhundert der Politik der splendid isolation aus. Erst die Reaktion gegen Rußlands machtpolitisches Ausgreifen in Zentral- und Ostasien seit den vierziger Jahren bereitete den Wandel der Anschauungen vor, der im Imperialismus der letzten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts seinen Ausdruck fand.

In scheinbar anachronistischem Gegensatz zu der Kolonialmüdigkeit der europäischen Nationen vor 1850 steht die koloniale Bewegung des vormärzlichen deutschen Liberalismus. Sie läßt erkennen, wie sehr die Auswanderung als "Nationalsache" empfunden wurde und wie schmerzlich sie die mangelnde politische Einheit Deutschlands immer wieder ins Bewußtsein hob. Anders ist kaum die Tatsache verständlich, daß vor 1848 der Kolonialgedanke gerade in Kreisen leidenschaftliche Befürworter fand, die ihn im übrigen Europa aus ideologischen Gründen schroff ablehnten; und dies, obwohl die staatlichen Verhältnisse Deutschlands denkbar geringe Aussichten auf eine erfolgreiche Kolonialpolitik darboten. Nicht an außenpolitischen Widerständen oder an unüberwindlichen Schwierigkeiten sind die deutschen kolonialen Versuche dieser Jahrzehnte gescheitert, sondern an der Haltung der deutschen Regierungen, vornehmlich der preußischen. So begreiflich diese Haltung angesichts der politischen Wirklichkeit des vormärzlichen Deutschland war, so wenig Anlaß besteht für das historische Urteil, alle kolonialpolitischen Ansätze jener Jahre von vornherein als utopisch abzutun. Es gab genug urteilsfähige Zeitgenossen, welche die faktisch gegebenen Möglichkeiten anders einschätzten, als die maßgebenden politischen Instanzen, und ihre Ansichten sind mindestens einer ernsthaften Prüfung

wert.⁴³ Denn daß für die Begründung eines "Deutschland in Übersee", wenn überhaupt, in den dreißiger und vierziger Jahren Möglichkeiten bestanden, lehrt der Verlauf der deutschen Auswanderungsbewegung: "Es war das Unglück Deutschlands, daß es Auswanderer hatte, als es keine Kolonien und kein Prestige in der Welt besaß; und als es Kolonien und Prestige hatte, fehlten die Auswanderer."⁴⁴ In klimatischer, wirtschaftlicher und nationalpolitischer Hinsicht boten, wie bereits Gagern, List und andere ausgesprochen hatten, die Länder an der unteren Donau den deutschen Auswanderern die günstigsten Aussichten. Trotzdem hatte sich bereits die Vorwelle der deutschen Auswanderung unmittelbar nach 1815 hauptsächlich nach Übersee gerichtet; vor allem deshalb, weil die politischen Verhältnisse in den südosteuropäischen Ländern die deutschen Siedler abschreckten. Die persönlichen Freiheiten, die sie suchten, wurden jedoch in Übersee mit dem Verlust der nationalen Eigenart erkaufte. Nur die Gründung geschlossener überseeischer Siedlungskolonien bot demnach eine Aussicht darauf, den Auswanderern die deutsche Sprache und Kultur zu erhalten. Dazu bedurfte es aber der Mitwirkung maßgeblicher staatlicher Stellen;⁴⁵ und diese waren nach 1815 allenfalls bereit, die Auswanderung als notwendiges Übel anzuerkennen, nicht jedoch als Aufgabe der staatlichen oder gar nationalen Politik. Als solche wurden sie jedoch durch ein Zusammentreffen merkwürdiger Umstände gerade dem Staate zugeschoben, der neben Österreich bis zum Beginn der vierziger Jahre am wenigsten unmittelbar an

43 Als solche wird man die billigen, von vorgefassten Meinungen und Ressentiments geprägten Verdikte Treitschkes und seiner Jünger schwerlich bezeichnen können. (Vgl. Anmerkung 46).

44 *R. Gonnard, Histoire de l'Emigration* (Paris 1908), p. 231. – Hinzu kommt, daß die Kolonien des Bismarckreiches für eine Massenauswanderung, selbst wenn die demographischen Verhältnisse eine solche gestattet hätten, ungeeignet waren.

45 Schon *Gagern* betonte dies in seiner Studie von 1818; ebenso der bayerische Gesandte *Frh. von Aretin* bei der Erörterung der Gagernschen Schrift im Bundestag 1819 (Protokolle VIII, S. 148 ff).

der Auswanderung wie an der Nationalbewegung interessiert war: Preußen.⁴⁶

Der Anstoß kam von außen. Anfang Oktober 1837 berichtete der preußische Geschäftsträger in Mexiko von Gerolt über vertrauliche Fühler des mexikanischen Staatspräsidenten Bustamente und des Außenministers Cuevas bezüglich der Möglichkeit, in den nördlichen Grenzgebieten Mexikos große deutsche Siedlungskolonien anzulegen⁴⁷. Die Erfahrungen mit Texas, das sich nach einer schwachen amerikanischen Unterwanderung 1836 selbständig gemacht hatte, drohten sich in der menschenarmen Grenzzone zwischen dem Golf von Mexiko nördlich der Mündung des Rio Grande und dem Stillen Ozean zu wiederholen. Von europäischen Siedlern, die in Militärkolonien zusammengefaßt werden sollten, versprach sich die mexikanische Regierung einen Riegel gegen die amerikanische Infiltration und damit die Sicherung des territorialen Bestandes der Republik. Mehrere Großgrundbesitzer erklärten sich Gerolt gegenüber sogar bereit, auf eigene Kosten deutsche Einwanderer kommen zu lassen. Obwohl Gerolt diese Fühler zunächst mit größter Zurückhaltung aufnahm, äußerte Cuevas in seinem Jahresbericht an den mexikanischen Kongreß vom Januar 1838 die Absicht, die Einwanderung aus Deutschland auf jede Weise zu fördern⁴⁸. Er dachte an direkte Verhandlungen mit der preußischen Regierung und war zu größtem Entgegenkommen bereit. Den beteiligten deutschen Staaten sollte ein unmittelbarer Einfluß auf die Organisation und Verwaltung der Kolonien eingeräumt und ein großer urbarer Geländestreifen über-

46 Die folgende Darstellung weicht beträchtlich von jener ab, die *H. von Treitschkes* Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert (Bd. 5, S. 480 f.) gibt. *Treitschke* hat einen Teil der einschlägigen Akten des Preußischen Geheimen Staatsarchivs benützt. Er macht jedoch nirgends den Versuch, die Argumente *Roennes* und *Bunsens* wiederzugeben, sondern begnügt sich damit, sie mit der überlegenen Geste des "Realpolitikers" ins Lächerliche zu ziehen. Noch weniger geht er auf die konkrete Situation der amerikanischen und britischen Politik ein, die z.B. für die Verwirklichung des Kalifornienplanes bis 1842-44 sehr viel mehr Möglichkeiten darbot, als *Treitschkes* Darstellung wahrhaben möchte.

47 A.A. III. Rep. 1. Auswanderung außer Europa No. 2.

48 A.A. III. Rep. VI. Handelssachen. Südamerika Vol. IX.

lassen werden.⁴⁹ Gerolt setzte sich nunmehr warm für den Plan ein. Friedrich Wilhelm III. ließ ihn jedoch anweisen, er solle etwaige direkte Schritte der mexikanischen Regierung verhindern: eine Förderung der Auswanderung komme grundsätzlich nicht in Betracht, vollends nach einem Lande mit so unsicheren Verhältnissen wie Mexiko.⁵⁰

Gleichzeitig mit dem mexikanischen Schritte war die preußische Regierung noch in einem anderen Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Kolonialgründung in Kalifornien hingewiesen worden. Die Überfüllung der preußischen Strafanstalten, eine Folge des Pauperismus, hatte die Regierung 1837 zu einer Anfrage an den preußischen Geschäftsträger in den Vereinigten Staaten, von Roenne, veranlaßt, ob eine Deportation von Verbrechern nach der Union in Betracht komme. Roenne verneinte dies⁵¹ und erklärte vor allem den Gedanken an Abtretung ei-

49 *Gerolt* an den König, 2.4.1838, in: A.A. III. Rep. 1. Auswanderung außer Europa No. 2. – *Gerolt* hob hervor, daß es sich um sehr fruchtbare, an Bodenschätzen reiche und klimatisch höchst zuträgliche Gebiete handle. Nur die Furcht vor dem endgültigen Verlust dieser Landstriche sei das Motiv des mexikanischen Angebots, das mindestens sorgfältige Erwägung verdiene: Die deutsche Auswanderung nach Nordmexiko sei der nach den Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht vorzuziehen: die Einwanderer würden sich dem weicheren, hispano-amerikanischen Element gegenüber leichter durchsetzen als in der Union; deutsche Menschen und deutsche Waren würden schon jetzt von den Mexikanern höher geschätzt als alle anderen, und dem mexikanischen Staatswesen werde der Einfluß eines starken deutschen Elements sehr zugute kommen. Diese Ansichten *Gerolts* decken sich vollständig mit dem Urteil eines der besten zeitgenössischen Sachkenner, des Deutschmexikaners *Karl Sartorius*. Vgl. dazu *H. Kruse*, Deutsche Bergleute und Siedler in Mexiko 1820-1850, in: *Freden/Smolka*, op. cit., 76 ff; insbesondere *Sartorius'* Urteil über die Aussichten auf Erhaltung deutscher Art und Sitte in Mexiko einerseits und der Union andererseits (S. 79).

50 A.A. III. Rep. 1. Auswanderung außer Europa No. 2. – Daß die unerfahrenen deutschen Einwanderer in Mexiko trotz der unsicheren politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse weniger gefährdet seien als in den Vereinigten Staaten, hatte *Gerolt* ausdrücklich hervorgehoben.

51 Der Einwanderung von vorbestraften Elementen stand die amerikanische Gesetzgebung in der Regel nicht im Wege. Gegen die Deportation nach Amerika als Strafmittel war jedoch mit dem Widerstand der amerikanischen Öffentlich-

nes Gebietsteiles als "Verbrecherkolonie" als abwegig; dagegen dürfte es nicht schwer fallen, von Mexiko ein Stück von Neukalifornien zu diesem Zwecke zu erhalten, eventuell mit beschränkten Hoheitsrechten. Zum Beweis wies er auf mexikanische Zeitungsartikel hin, die angesichts der russischen Festsetzung an der pazifischen Küste für eine Besiedlung des menschenleeren nordmexikanischen Küstenstreifens mit allen Mitteln eintraten⁵². Da Roenne jedoch keinen Zweifel darüber ließ, daß die preußische Regierung in diesem Falle ebenso wie beim systematischen Abschub von vorbestraften oder durch Armut gefährdeten Elementen nach der Union das ganze Auswanderungsproblem gründlich anpacken und von Staatswegen regeln müsse, erging es seiner Anregung nicht besser als dem Fühler Gerots.

Für die Zurückhaltung der Berliner Regierung gab nicht zuletzt die Überlegung den Ausschlag, daß Preußen bis dahin verhältnismäßig wenig von der Auswanderung betroffen war. In kluger Voraussicht hatten deshalb sowohl Gerolt wie Roenne bei ihren Vorschlägen besonderen Nachdruck auf die Aussichten gelegt, die eine deutsche Kolonie dem preußischen Handel eröffnen würde. Preußens Interesse an der Sicherung eines bedeutenden überseeischen Marktes war im Wachsen, je mehr die Industrialisierung voranschritt. In den Vereinigten Staaten stieß der preußische Handel überall auf britische Konkurrenz, die den nordamerikanischen Markt beherrschte und sich mit allen Mitteln als Zwischeninstanz im Warenverkehr mit Europa zu behaupten suchte. Zu Beginn der vierziger Jahre kam es darüber zu heftigen Polemiken in der deutschen Öffentlichkeit gegen den britischen Wirtschaftsegoismus, die sich durch den Interessenkonflikt zwischen der eines Schutzzolls bedürf-

keit zu rechnen. Dies zeigen u.a. die Verhandlungen des amerikadeutschen Kongresses von Pittsburgh vom 18.10.1837, die sich ausdrücklich gegen die Deportation von Verbrechern erklärten (Anzeiger des Westens, St. Louis, 18.11.1837).

52 Bericht Roennes 4.12.1837, in: A.A. III: Rep. 10. Justizsachen. Generalia No. 30, Vol. I. Es handelt sich nicht um die russischen Besitzungen nördlich des Breitengrades 54.30, sondern um Handelsniederlassungen an der Bucht von San Francisco. Mexiko befürchtete, daß Rußland für diese Niederlassungen in dem praktisch menschenleeren Küstenstreifen Souveränitätsrechte beanspruchen werde.

tigen, jungen deutschen Industrie⁵³ einerseits, dem gänzlichen Übergang Großbritanniens zum Freihandel andererseits noch mehr zuspitzten. Die ungewöhnlich scharfe Tonart der Presse ließ bei diesem Anlaß – ähnlich wie bei der Spannung mit Dänemark wegen der Elbherzogtümer oder kurz vorher bei der außenpolitischen Krise von 1840 – deutlich erkennen, wie sehr das nationale Selbstbewußtsein weiter Kreise des deutschen Volkes erstarkt war. Zudem hatte die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. Hoffnung auf einen Kurswechsel Preußens in der Deutschen Frage erweckt. Die nationale Bewegung des deutschen Bürgertums versprach sich von dem neuen Herrscher die Erfüllung ihres Verfassungs- und Einheitsstrebens; und von dieser Hoffnung beflügelt, griff sie begierig alles auf, was Deutschland eine neue, bessere Zukunft zu verheißen schien.

In diesem Zusammenhang regte sich in der deutschen Öffentlichkeit nach 1840 mit Macht der Wunsch nach kolonialen Erwerbungen. Wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande, eigene Rohstoff- und Absatzmärkte, Siedlungsraum für die deutschen Auswanderer wurden mit wachsender Entschiedenheit verlangt. Zahlreiche Artikel wiesen auf das Ansteigen der Auswanderungsziffer, auf das wirtschaftliche Elend der gewerbetreibenden Bevölkerung in Schlesien, dem Erzgebirge und Thüringen hin und übten scharfe Kritik an der Untätigkeit der Regierungen.

53 *Fr. Lists* Hauptwerk, Das nationale System der politischen Ökonomie, erschien 1841. Vgl. seine Bemühungen in Berlin, den Zollverein zur Schutzzollpolitik zu bewegen (*H. v. Treitschke*, V, 472 f). *Fr. Schnabel* (III, 345 ff.) hat mit Recht darauf hingewiesen, daß *List* den Schutzzoll lediglich als erzieherische Maßnahme verlangte, als Übergangsstufe für die Ausbildung jener Industriezweige, die ihm in einer gesunden Volkswirtschaft um einer freien Weltwirtschaft willen unentbehrlich erschienen. Gerade in diesem Punkte ist *Lists* Programm immer wieder falsch ausgelegt worden. Im Zeitalter des Imperialismus wie im Dritten Reich hat man ihn als Vorkämpfer des Protektionismus, sogar der Autarkie, hingestellt. Und noch heute, zwei Jahrzehnte nach dem Erscheinen der historisch-kritischen Ausgabe seiner Werke erblickt ein führender französischer Nationalökonom in ihm den Vater des "wirtschaftlichen Nationalismus": *L'Allemagne "n'a guère abattu ses douanes extérieures... que pour les reporter au dehors. N'était ce pas là d'ailleurs, le sens très précis du message de Frédéric List?"* (*A. Pierre*, *Les déséquilibres permanents de l'Economie Allemande*, Strasbourg 1949).

Die Überzeugung, daß diesen Mißständen durch eine zielstrebige Handels- und Auswanderungspolitik abgeholfen werden könne, war allgemein verbreitet; auch daß Deutschland ein Anrecht darauf habe, wie die übrigen großen Nationen in fremden Erdräumen Fuß zu fassen. Führende Zeitungen machten sich zum Sprachrohr dieser Ansichten: "Uns fehlt etwas Bedeutendes in der Reihe der Völker; zum Gleichgewicht der Staaten fehlt es uns, zu dem in unserem eigenen Leben – Kolonien," – schrieb 1844 die Augsburger "Allgemeine Zeitung", die schon früher von einem "tiefempfundenen Bedürfnis nach Kolonien jenseits des Meeres" gesprochen hatte.⁵⁴ Ähnlich sogar der freihändlerisch eingestellte "Hamburgische Correspondent": "Kontinental Sperre und Verbote wollen wir nicht, aber auch keine Abhängigkeit vom Auslande. Auch wir müssen ausländische Märkte eröffnen. ... Es erscheint notwendig, daß man Diplomatie und Merkantilinteressen verbindet. ... Das Wort ist gesprochen: Kolonien! Es regt sich in Deutschland."⁵⁵ In einem wichtigen Punkte unterscheidet sich diese kolonialpolitische Strömung der vierziger Jahre von der des späteren deutschen Nationalliberalismus und seiner kolonialpolitischen Parteigänger. Ihr fehlt fast ausnahmslos jene aggressive Note, die der Kolonialbewegung im Zeitalter des Imperialismus eigen ist. Nicht der *sacro egoismo* der nationalistischen Vorstellungswelt, der sich unbekümmert über fremde Rechte hinwegsetzt, ist die treibende Kraft. Maßgeblich ist vielmehr die Überzeugung, daß deutscher Kolonialbesitz zur Behebung des Auswandererelends notwendig sei: "Bildet eine deutsche Kolonie, und Tausende können glücklich werden"⁵⁶! Als vorwiegend soziale Maßnahme wurde die Kolonialgründung auch von jenen gefordert, die darin ein Mittel gegen die durch den Pauperismus geförderte Kriminalität erblickten⁵⁷. Noch war der Geist oder

54 9.1.1844; zitiert bei *A. Meyer*, a.a.O., S. 55.

55 13.11.1844 (ebenda, S. 54).

56 "Hamburgischer Correspondent" 1843, Nr. 133 (1.c.).

57 Als solches faßte z.B. *Roenne* (in dem Anm. 52 zitierten Bericht) die von ihm empfohlene Verbindung von staatlicher Auswanderungs- und Siedlungspolitik auf. "Wenn die Deportation ... als Strafe unzureichend sein dürfte, so entsteht doch die Frage, ob es nicht zweckmäßig würde, die Auswanderung hierher zu befördern, dieselbe einer förmlichen Leitung des Staats zu unterwerfen und na-

vielmehr der Ungeist des Manchestertums auch in die bürgerliche Schicht nicht tief genug eingedrungen, als daß man mit ruhigem Gewissen die Armut verkommen ließ. Zudem empfand man die schreienden sozialen Mißstände im Gefolge der Industrialisierung als eine Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität, und man war sich auch des Zusammenhangs zwischen innerstaatlichem und außenpolitischem Gleichgewicht durchaus noch bewußt⁵⁸. In diesem Punkte deckten sich die Anschauungen des liberalen Bürgertums ausnahmsweise mit der Auffassung des verhaßten Metternich, der als echt konservativer Staatsmann die Tragweite der sozialen Frage viel richtiger einschätzte als die meisten übrigen deutschen Politiker des neunzehnten Jahrhunderts⁵⁹.

Humanitäre und nationale Motive wohnten im Denken des vormärzlichen Liberalismus noch ungeschieden beisammen. Die Regierungen

mentlich Verbrecher nach ausgestandener Strafzeit, desgleichen Arme hierher zu bringen? Daß Armut die Quelle der meisten Verbrechen ist, und daß die Armut wirklich in den meisten Gegenden Deutschlands täglich zunimmt, kann wohl nicht in Abrede gestellt werden. Eine große Anzahl von Individuen, welche durch das Versiegen von Erwerbsquellen in Not kommen, wandert jährlich freiwillig nach Amerika aus, um sich eine bessere Zukunft zu bereiten, aber dieser Entschluß setzt eine gewisse Kraft und Energie voraus, die den meisten Personen, welche sich in einer hilfsbedürftigen Lage befinden, abgeht; selbst von den arbeitsfähigen Individuen, die sich im Notstande befinden, bleibt daher die Mehrzahl zurück, und begeht entweder Verbrechen oder fällt der Kommune zur Last. Es scheint daher, daß es mehr als irgend etwas anderes zur Verhütung von Verbrechen beitragen ... würde, wenn der Staat sich einer förmlichen Leitung der Auswanderungsfrage unterziehen wollte."

58 Vgl. das oben (S. 95) angeführte Zitat aus der Augsburger "Allgemeinen Zeitung" vom 9.1.1844.

59 Dazu: *H.von Srbik*, Metternich, Bd. II (München 1925), S. 298; ferner *Metternichs* Selbstcharakteristik als "socialiste conservateur" in dem Briefe an *Guizot* vom 15.6.1847. – Daß *Metternich* alles andere als das liberale Zerrbild des ideenlosen, unelastischen Reaktionärs war, hat kein Geringerer als der Begründer der Tory-Demokratie anerkannt: "You are the only philosophical statesman I have ever entercountered"; ein andermal: "The only practical statesman who can generalize like a philosopher" (*Money Penny-Buckle*, *The life of Benjamin Disraeli* (New York 1929), I, 1010).

der deutschen Bundesstaaten waren freilich für Anregungen aus dem liberalen Lager wenig empfänglich; vollends für koloniale Projekte, die ihrem Gesichtskreise recht fern lagen und obendrein als nationale Anliegen vorgebracht wurden. Das Anwachsen der Auswanderung seit 1839⁶⁰ führte jedoch dazu, daß immer weitere Kreise sich für die Kolonialpläne erwärmten. So fand ein Vortrag des Geographen Karl Ritter im Berliner Wissenschaftlichen Verein über die britische Neuseelandkompanie allgemeines Interesse, und noch mehr Aufmerksamkeit erregte der von dem Hamburger Syndikus und Bundestagsgesandten Sieveking verfochtene Plan einer deutschen Kolonie auf den Chatham-Inseln in den Jahren 1841/42⁶¹. Gleichzeitig eröffneten sich jedoch Aussichten auf eine andere, weit bedeutendere Kolonialgründung, die bis um die Mitte der vierziger Jahre die Berliner Regierung beschäftigte.

DAS KALIFORNIENPROJEKT

Im Sommer 1840 machte der amerikanische Senator Hogan den persönlich mit ihm befreundeten preußischen Generalkonsul in London Hebeler auf die Möglichkeit der Erwerbung Kaliforniens für Preußen aufmerksam. Für Mexiko war das fast menschenleere und von Süden her schwer zugängliche Land ein unsicherer Besitz. Die Rivalität der beiden pazifischen Großmächte Großbritannien und Rußland konnte ihm leicht zum Verhängnis werden, nachdem Rußland kurz zuvor eine Handelsfaktorei an der Buch von San Francisco errichtet hatte. Großbri-

60 Die deutschen Statistiken dieser Jahre weisen viel niedrigere Ziffern auf als die amerikanischen. Die Erklärung liegt darin, daß die deutschen Statistiken nur die Auswanderung über deutsche Häfen berücksichtigen. Ende Juni 1840 schreibt z.B. der amerikanische Senator *Hogan* an den deutschen Generalkonsul in London, seit dem April seien allein in New York über 20 000 Deutsche gelandet. Schon diese Angabe läßt die Ziffer der amerikanischen Statistik (29 704) gegenüber der deutschen (14 526) als wahrscheinlicher erscheinen.

61 *A. Zimmermann*, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik (Oldenburg 1892), I, S. 308/9.

tannien grenzte mit seinem kanadischen Besitz unmittelbar an Kalifornien und schien nicht abgeneigt, der drohenden russischen Festsetzung durch eine ausgiebige "Grenzberichtigung" zuvorzukommen. Angesichts der chronischen Finanznöte Mexikos und der geringen wirtschaftlichen Bedeutung Kaliforniens für die Metropole hielt Hogan es für wahrscheinlich, daß Preußen die Souveränität über den ganzen Küstenstrich vom zwanzigsten bis zum zweiundvierzigsten Breitengrad sehr billig erwerben könne; vor allem dann, wenn es sich zu dem landesüblichen Mittel der Bestechung entschlöße. Die dafür aufgewandten Mittel würden in kürzester Frist durch Landverkäufe an die Einwanderer beglichen sein. Allerdings müsse rasch und heimlich gehandelt werden, wenn England und Rußland nicht alles durchkreuzen sollten. Wenn die preußische Regierung nicht selbst die Kosten tragen wolle, könne sie ein Finanzkonsortium vorschieben, das durch den Verkauf des Regierungslandes zu billigem Preis leicht auf seine Kosten kommen werde. Ein einziges Bataillon und zwei Schaluppen würden zur Sicherung der Kolonie genügen, bis der zweifellos zu erwartende Zustrom deutscher Siedler klare Verhältnisse schaffe⁶².

Anscheinend getraute sich Hebeler nicht, Hogans Anregung nach Berlin weiterzuleiten. Zwei Jahre später machte sie sich jedoch der preußische Gesandte in London von Bunsen zu eigen, dem Sieveking schon 1841 bei einem Besuch in London den gleichen Vorschlag gemacht hatte⁶³. Kurz zuvor war auch Hogan in einem Gespräch mit dem preußischen Ministerresidenten in Washington, von Roenne, nochmals auf seinen Plan zurückgekommen. Roenne stand unter dem Eindruck einer Reise nach dem Mittelwesten, die ihm sehr nachdrücklich die Stärke der deutschen Einwanderung in die Union, zugleich aber auch ihre nationalpolitischen Nachteile vor Augen geführt hatte⁶⁴, und griff Hogans Anregung begierig auf, machte allerdings Schwierigkeiten geltend, daß Preußen keine Flotte besitze; bemerkte aber gleichzeitig, daß

62 A.A.I. Rep. I. England No. 112.

63 Ebenda: Bericht an den König, d.d. 25.8.1842.

64 *Hogan an Hebeler*, 18.7.1842. Desgleichen *Roenne an Bunsen*, 14.11.1842, in: A.A. Centralbüro II D. No. 4.

vielleicht Dänemark, das die Kosten für seine Flotte schwer aufbringen könne, für eine Beteiligung zu gewinnen sei⁶⁵.

Roenne wie Bunsen, der sich diesen Gedanken Roennes zu eigen machte, waren eifrige Verfechter der deutschen Sendung Preußens. Gelang es, mit Hilfe der dänischen Flotte Kalifornien zu erwerben, so hätte Preußen nicht nur der Kolonial- und Flottenbegeisterung der deutschen Nationalbewegung Befriedigung verschafft, sondern auch den schwelenden Gegensatz zu Dänemark durch dessen Heranziehung an den Deutschen Bund und den Zollverein bereinigt. Dazu kam für Bunsen als weiteres Motiv die Besorgnis, die rasch anwachsende deutsch-britische Handelsrivalität könne über kurz oder lang zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden Nationen führen⁶⁶. Von der Verwirklichung des kalifornischen Projekts versprach er sich über die Behebung dieser Spannungen hinaus eine neue, für Europa und die überseeische Welt erspriessliche Ära der Kolonialpolitik. Sie werde nicht nur der Europäisierung Amerikas zugute kommen, sondern "elle serait peut-être le premier

65 *Treitschke* stellt (Deutsche Geschichte Bd. 5, S. 480f.) *Bunsens* Initiative ebenso phantasiereich wie gehässig dar. Nach ihm hat *Bunsen* – "wann wäre er je um einen Einfall verlegen gewesen?" – auf die dänische Flotte hingewiesen. Tatsächlich ging der Vorschlag – wie auch *Bunsen* betont und wie aus *Hogans* Schreiben hervorgeht – von *Roenne* aus, der allerdings bei *Treitschke* fast ebenso schlecht wegkommt wie der tödlich gehaßte *Bunsen*. – Trotz aller Einwände versteht sich jedoch sogar *Treitschke* zu der Feststellung, daß die "Erwerbung Kaliforniens für Preußen nicht ganz undenkbar" war. Wie dies mit der Monroedoktrin, die er gegen *Bunsens* Absichten ins Feld führt, vereinbar sein soll, wird aus seiner Darstellung deshalb nicht ersichtlich, weil er auf den entscheidenden Punkt, den britisch-amerikanischen Gegensatz, überhaupt nicht eingeht.

66 In seinem Bericht vom 25.8.1842 schreibt *Bunsen*, die Abneigung der deutschen Wirtschaft gegen die britische Konkurrenz drohe sich zu einer "nationalen Monomanie" auszuwachsen, während Frankreich und Belgien durch ihre Festsetzung in Algier und Panama eine natürliche Lösung der wirtschaftlichen Spannungen zu England erreicht hätten (A.A.I. Rep. I. England No. 112). – Der Hinweis auf Belgien bezieht sich auf das Kolonisationsunternehmen San Thomas in Guatemala, an das sich zu Beginn der vierziger Jahre hochgespannte belgische Kolonialhoffnungen knüpften. Vgl. die nachfolgenden Ausführungen über die mittel-amerikanischen Kolonisationsprojekte.

pas de la vieille Europe vers un système d'extension générale, paisible, bienfaisante, chrétienne, qui ne gênerait aucun membre de la famille Européenne, mais qui, au contraire, délivrerait celle-ci de la gêne, que ses membres s'imposent maintenant, malgré eux et au grand danger de la paix générale: tous produisant et fabriquant, tous trafiquant, tous tendant aux émigrations et ainsi poussés à la colonisation"⁶⁷.

Wenn Bunsens Bericht in Berlin "platt zu Boden fiel", so dürfte ihn dies ebensowenig überrascht haben wie Roenne, der von vornherein mit diesem Ergebnis gerechnet hatte⁶⁸. Daß die mexikanische Regierung eine preußische Initiative begrüßen werde, ergab sich aus einem Gespräch Roennes mit dem mexikanischen Gesandten in Washington, General Almonte. Almonte, ein persönlicher Vertrauensmann des Staatspräsidenten Santa Anna, erblickte wie dieser nach den Erfahrungen mit Texas in einem Vordringen der Union an die pazifische Küste die größte Bedrohung Mexikos. Schon deshalb erklärte er sich bereit, bei seiner Regierung für den Verkauf Kaliforniens an Preußen einzutreten⁶⁹. Infolge der ablehnenden Haltung Berlins blieben diese Fühler jedoch ergebnislos. Die Zuspitzung des britisch-amerikanischen Gegensatzes in der Oregonfrage einerseits, der mexikanisch-amerikanischen wegen Texas andererseits, rückte Kalifornien noch einmal ins preußische Blickfeld.

67 *Bunsen an den König*, 25.8.1842 (A.A.I. Rep. I. England No. 112). – Auf lange Sicht sah *Bunsen* jedenfalls klarer als seine vielen Gegner, deren stärkere Position er übrigens ebenso richtig einschätzte wie ihre Meinung über ihn: "Es ist sehr wohlfeil, mich einen Projektmacher zu schelten, weil ich es nicht für Weisheit halte, ohne Ideen in die Zukunft hineinzuleben" (An den König, 30.7.1844; in A.A. Rep. 81, Ges. London). Sein nüchternes Urteil in diesem Falle wie seine Skepsis gegenüber dem dänischen Außenminister oder Aberdeens Oregon-Angebot (s.u.) paßt wenig zu dem Bilde des vertrauensseligen, selbstgefälligen Phantasten, das *Treitschke* zeichnete.

68 "He ... fears that the King's ear will be closed by the influence of old courtiers averse to the movement of the times and fearful of enterprises" (*Hogan an Hebel*, 16.11.1842; in A.A. Centralbüro II D. No. 4).

69 *Roenne an Bunsen*, 12.12.1842; ebenda.

Ende Juli 1844 berichtete Bunsen über Unterredungen mit Peel und Aberdeen, die den wachsenden Radikalismus der niederen Volksschichten zum Anlaß hatten. England trieb damals dem Höhepunkt der Chartistenbewegung zu. Das Empfinden, daß die durch die industrielle Revolution geschaffenen sozialen Zustände unhaltbar seien, war allgemein verbreitet⁷⁰ und drängte die seit 1841 amtierende, konservative Regierung Peel auf die Bahn wirtschaftlich-sozialer Reformen, die in der Abschaffung der Getreidezölle 1846 und einer Reihe von Arbeiterschutzgesetzen gipfelten. Um die britische Wirtschaft möglichst von der Konkurrenz des festländischen Kapitals zu entlasten, war Peel sogar dem Gedanken an kolonialpolitische Konzessionen nicht abgeneigt. In diesem Zusammenhang wies er Bunsen auf Texas hin, das durch das Unternehmen des Mainzer Adelsvereins⁷¹ damals die Aufmerksamkeit der Kolonialpolitik auf sich lenkte. Als Bunsen dagegen Bedenken wegen der Interessen der Union erhob, kam die Sprache auf Kalifornien. Peel wie Aberdeen stellten dem Gesandten nunmehr die vollste Unterstützung der britischen Regierung für die Erwerbung dieses Landes in Aussicht; der Außenminister sogar die Zession der britischen Ansprüche auf das angrenzende Oregongebiet⁷².

Die Antwort des preußischen Außenministers Bülow auf den Bericht Bunsens zeigt, daß die Berliner Regierung nicht daran dachte, ihre bisherige Politik in der Frage der Auswanderung zu überprüfen. Ein wirklicher Anlaß zur Auswanderung bestehe in Preußen bisher nicht und sei auch in Zukunft nicht zu erwarten, da genug Siedlungsland für den Bevölkerungsüberschuß vorhanden sei; deshalb sei die Auswanderung nicht zu erleichtern, sondern zu erschweren. Aber selbst wenn eine koloniale

70 Bezeichnend dafür ist u.a. *Th. Carlyle, Past and Present* (1843). Neben religiöser Volkserziehung fordert *Carlyle* als Mittel gegen die Radikalisierung der Massen auch die nationale Regelung der Auswanderung.

71 S. die folgende Darstellung des Texasunternehmens.

72 *Bunsen* wehrte ab, da dieser Zankapfel zwischen den U.S.A. und Großbritannien Preußen mit Sicherheit die Gegnerschaft der Union eintragen müsse. – *Peel* hatte auch Puerto Rico vorgeschlagen, worauf *Bunsen* entgegnete, daß dieses nur als Handels-, nicht als Siedlungskolonie geeignet sei (An den König, 30.7.1844; in: A.A.I. England No. 114).

Ausdehnung nützlich oder wünschenswert sei, bilde der Mangel einer Flotte ein unübersteigbares Hindernis. Das von Bunsen erneut als Ausweg vorgeschlagene Bündnis Dänemarks mit Preußen oder den Zollvereinsstaaten⁷³ setze nicht nur eine entsprechende dänische Initiative voraus, sondern auch den vorherigen Beitritt Mecklenburgs und Hannovers zum Zollverein; und selbst, wenn dieser zustande komme, könne Dänemark nur mit dem zum Deutschen Bunde gehörenden Holstein dem Zollverein beitreten, was wiederum wegen der Union der Elbherzogtümer unwahrscheinlich sei. Wolle man jedoch von allen diesen Schwierigkeiten absehen, so bleibe immer noch als unabdingliche Voraussetzung jedes Abkommens mit Dänemark die vorherige Regelung der Sundzollfrage⁷⁴.

Damit war der Kalifornienplan endgültig begraben. Er nimmt unter allen Vorschlägen zur nationalpolitischen Erfassung der deutschen Auswanderung vor 1848 dadurch eine besondere Stellung ein, daß er ver-

73 *Bunsen* hatte darüber, ohne Kalifornien zu erwähnen, mit dem in London weilenden dänischen Außenminister gesprochen. Der Zeitpunkt war günstig, da *Reventlow* durch den Fehlschlag des von ihm erstrebten dänisch-britischen Handelsvertrags enttäuscht und an einer Stärkung der Krone gegenüber der Opposition in den Herzogtümern interessiert war. Er versicherte *Bunsen*, er werde sich beim König wärmstens für den Vorschlag einsetzen; nicht zuletzt auch deshalb, weil dieser das beste Mittel zur Lösung der schleswigschen Frage sei. Holstein solle dem Zollverein beitreten, die dänische Flotte als Marine des Deutschen Bundes übernommen und Dänemark durch Angleichung seines Finanzsystems und Einrichtung von Freihäfen mit dem Bunde verknüpft werden. Zwischen der übrigen Monarchie (außer Holstein) und Preußen sollte ein möglichst enger Handelsvertrag geschlossen werden (l.c.). – Ganz so abwegig, wie *Treitschke* (a.a.O.) es hinstellt, kann der Gedanke einer engeren Verbindung mit Dänemark wohl nicht gewesen sein. Nicht nur *Roenne* und *Bunsen* hielten sie für möglich, sondern u.a. auch *Moltke*, der Ende 1841 sogar publizistisch für den Anschluß Dänemarks an den Deutschen Bund eintrat und sich ganz ähnlicher Argumente wie die beiden Diplomaten bediente (*W. Bigge*, Feldmarschall Graf Moltke (München 1901), S. 255). Vgl. auch die Ideen des dänischen Staatsrates *F. C. von Schmidt-Phiseldeck*, die allerdings ganz in der Gedankenwelt der politischen Romantik wurzelten (s. S. 87 f.).

74 *Bülów an Bunsen*, 2.9.1844 (A.A. Rep. 81. Ges. London).

suchte, das siedlungs- und kolonialpolitische Problem, das durch die Auswanderung gestellt war, in Zusammenhang mit den schwebenden Fragen der großen Politik zu lösen. Um ihm gerecht zu werden, ist es notwendig, auf diese Fragen kurz einzugehen⁷⁵.

Die Möglichkeit einer deutschen Kolonialgründung in den vierziger Jahren hing von zwei Faktoren ab. Einmal war das in Aussicht genommene Gebiet für deutsche Siedler geeignet, und es bestand die Möglichkeit, einen größeren Teil des deutschen Auswandererstroms dorthin zu lenken? Und ferner: war es möglich, dieses Gebiet zu erwerben und es notfalls zu verteidigen? Die Eignung Kaliforniens für deutsche Siedler steht außer Frage. Auch war es unschwer möglich, ein starkes Kontingent von deutschen Auswanderern in dieses Land zu ziehen. Der nordamerikanische Kontinent bildete bereits im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts das Hauptziel der deutschen Auswanderung; das Verlangen nach einer planmäßigen Lenkung der Auswanderung war um 1840 bei vielen Auswanderern und in einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit vorhanden⁷⁶. Kalifornien war zu Beginn der vierziger Jahre ein fast menschenleeres, von wenigen Tausend Indianern und Meztizen bewohntes Land⁷⁷. Ein Bruchteil der deutschen Nordamerika-wanderer vor 1845 hätte genügt, um seinen deutschen Charakter gegenüber einer etwaigen amerikanischen Infiltration zu gewährleisten. Die deutsche Besiedlung Kaliforniens hing also vor 1845 wesentlich davon

75 Dies unterläßt die kurze Darstellung *Treitschkes* (a.a.O.), die sich als einzige wenigstens teilweise auf die Akten stützt.

76 Wie stark dieses Bedürfnis empfunden wurde, zeigt sich bei allen gesteuerten Auswanderungsunternehmungen der vierziger Jahre; s. im folgenden das Texas-unternehmen. – Übrigens bestand die Spitzengruppe der amerikanischen Pioniere bei der Öffnung des Santa-Fé-Trails 1848 größtenteils aus deutschen Einwanderern, denen demnach die erforderlichen Pionierqualitäten nicht ganz abgingen.

77 *Hogan* beziffert 1840 die Zahl der britischen und amerikanischen Einwohner zwischen San Francisco und San Diego auf einige zweihundert (A.A.I. Rep. I. England No. 112). Erst der Goldrausch von 1849 brachte eine größere Einwanderung in Gang. Noch Ende 1845 gab es in dem ganzen nördlich angrenzenden Oregon-gebiet nur etwa 4000 britisch-amerikanische Siedler.

ab, ob eine oder mehrere deutsche Regierungen dafür eintraten. Seine Erwerbung durch Preußen hätte der deutschen Auswanderung das Ziel gewiesen, nach dem sie und die deutsche Öffentlichkeit suchte. Voraussetzung dafür war jedoch, daß die Regierungen ihre Haltung gegenüber der Auswanderung änderten und diese als wirtschaftlich-soziale Notwendigkeit anerkannten. Wie Bülow's Stellungnahme zeigt, lag dies zumindest der preußischen Regierung gänzlich fern.

Als Haupteinwand gegen eine überseeische deutsche Siedlungskolonie in den dreißiger und vierziger Jahren wurde schon damals wie in der Folgezeit das Fehlen einer Kriegsflotte geltend gemacht⁷⁸. Bunsen wie Roenne schlugen mit Rücksicht darauf vor, der dänischen Flotte den Schutz der künftigen deutschen Kolonie zu übertragen. Ob Dänemark zu einem solchen Zusammengehen bereit gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls bestand in Berlin, wie Bülow's Antwort zeigt, wenig Neigung dazu. War überhaupt eine Flotte zur Verteidigung notwendig, daß heißt: stand zu erwarten, daß eine Seemacht sich der Kolonialgründung mit bewaffneter Hand widersetzen würde?

Nachdem Rußland seinen kalifornischen Stützpunkt 1842 aufgegeben hatte, kam ein Widerstand nur mehr seitens Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten in Betracht. Die beiden angelsächsischen Mächte standen sich seit langem an der pazifischen Küste als Rivalen gegenüber. Während Großbritannien den status quo, der durch den Genfer Frieden von 1814 und den Abfall der spanischen Kolonien geschaffen worden war, erhalten wollte, war die Politik der jungen Union vorherrschend durch den dumpfen Drang gekennzeichnet, den ganzen nordamerikanischen Raum bis zum Stillen Ozean auszufüllen. Im Ringen Napoleons mit England war ihr 1803 das riesige Louisiana zwischen dem Mississippi und dem Felsengebirge in den Schoß gefallen. Noch war seine Erschließung kaum in Gang gekommen, als im texanischen Aufstand 1836

78 Die erste preußische Korvette lief 1843 in Stettin vom Stapel. Die Flottenbegeisterung der Nationalbewegung, von der z.B. die patriotischen Gedichte *Freiligraths* und *Herweghs* zeugen, fand nicht zuletzt in den Hansestädten wenig Gegenliebe, da diese ihre Handelsinteressen unter den gegebenen Verhältnissen am besten gesichert glaubten.

eine weitere Stufe der amerikanischen Expansion sich ankündigte, deren Fernziel die Erwerbung der mexikanischen Besitzungen nördlich des Rio Grande bildete. Gleichzeitig wurden mit wachsendem Nachdruck Forderungen nach Einverleibung des angrenzenden Oregongebiets laut⁷⁹, die zu neuen Spannungen mit England führten⁸⁰. Trotz der heftigen Sprache

79 Diese Ansprüche wurden damit begründet, daß Louisiana keine bestimmten Grenzen nach Westen habe. Mindestens Texas und das Gebiet westlich des Felsengebirges bis zum 42. Breitengrad war jedoch von Spanien 1800 nicht an Frankreich abgetreten worden und wurde im Vertrag von Washington 1819 als spanischer Besitz ausdrücklich anerkannt. Bezüglich des nördlich angrenzenden Gebiets wurde im britisch-amerikanischen Vertrag von 1819 vereinbart, daß es zehn Jahre lang den Kolonisten beider Nationen offen stehen solle. Bei den Verhandlungen mit Rußland 1824, die als Südgrenze der russischen Kolonisation 54 Grad 40 Minuten festlegten, erhob der amerikanische Bevollmächtigte Souveränitätsansprüche auf den Raum westlich des Felsengebirges mindestens zwischen dem 42. und 51. Breitengrad; England vertrat den Standpunkt, daß das ganze Gebiet bis 54 Grad 40 Minuten gemäß seinem Vertrag mit Spanien von 1790 allen Siedlern, gleichviel welcher Nationalität, offen stehe. – Die einzige amerikanische Niederlassung Astoria war von den Briten 1818 gemäß den Bestimmungen des Genter Vertrags – unter Zurückweisung amerikanischer Besitzrechte – zurückgegeben, jedoch seitdem nicht wieder aufgebaut worden. Bis Mitte der vierziger Jahre gab es nördlich des 42. Grades keine amerikanische Ansiedlung. 1843 wurde im Kongreß die Errichtung von Forts in dem ganzen Gebiet westlich des Felsengebirges zwischen dem 42. und dem 54.40 Grad beantragt, jedoch zurückgewiesen (*R. Greenhow*, *History of Oregon and California*, London 1844).

80 Das Schlagwort der Annexionisten: "Fifty-four-fourty of fight!" klang selbstbewußter, als es nach Lage der Machtverhältnisse berechtigt war. "Ein Krieg mit England hätte sichere Niederlage bedeutet" (*E. O. Hopp*, *Bundesstaat und Bundeskrieg in Amerika in Nordamerika*, Berlin 1886, S. 582). Zu Lande war der ferne Westen unerreichbar und die britische Stellung hatte sich in Kanada schon 1812/14 als unerschütterlich erwiesen; zu einer Zeit, als England in Europa die Hände gebunden waren. Auch hätte Mexiko im Kriegsfall auf seiten Großbritanniens gestanden, da die Absicht der Union, den Texaskonflikt zur Annexion Kaliforniens zu benutzen, deutlich geworden war. Die amerikanische Flotte war schwach und im Gegensatz zur britischen im Pazifik nicht vertreten; für England ergab sich im Kriegsfall die verlockende Aussicht, die junge amerikanische Seemacht in den Windeln zu ersticken. Dazu kam, daß die inneren Spannungen der Union wegen der Sklavenfrage in den vierziger Jahren den Bestand des

der amerikanischen Öffentlichkeit kam es aber, vornehmlich dank der entgegenkommenden Haltung der britischen Regierung, am 15. Juni 1846 zu dem Kompromiß, der als die bis heute gültige Grenze der Union und Kanadas den neunundvierzigsten Breitengrad festlegte. Der britisch-amerikanische Gegensatz am Pazifik zu Beginn der vierziger Jahre ist als Hintergrund für das Kalifornienprojekt Bunsens und Roennes von Bedeutung. Die britische Politik hätte es ohne Zweifel begrüßt, wenn Mexiko Kalifornien 1842 oder 1844 an Preußen abgetreten hätte, denn die Machtverhältnisse auf dem nordamerikanischen Kontinent verschoben sich dadurch erheblich zugunsten Großbritanniens⁸¹. Hatte Peel schon der Festsetzung Frankreichs in Algerien keine Hindernisse in den Weg gelegt, um seiner Expansion ein Feld zu eröffnen und es nicht aus weltpolitischen Gegensätzen in die Arme Rußlands zu treiben, so galt die gleiche Überlegung, wenigstens im Hinblick auf die Wirtschafts-

Staatswesens ernstlich bedrohten. Die Kriegshetze war ein nicht ungefährlicher Versuch, sie zu überspielen. Washington konnte jedoch mit dem Wunsche des Ministeriums *Peel* rechnen, einen Krieg mit Rücksicht auf die englischen Finanzen und Handelsinteressen möglichst zu vermeiden. Eben deshalb dürfte das englische Angebot der "Dreingabe" Oregons im Falle einer preußischen Kolonialgründung in Kalifornien (s.o.) ernst gemeint gewesen sein. *Peel* und *Aberdeen* erwarteten sich davon eine dauernde Stärkung der britischen Position in Nordamerika, die etwaige spätere Kriegsgelüste der Union zu dämpfen geeignet erschien. – Als Alternative wurde eine Neutralisierung des ganzen Territoriums nördlich des 42. Grades erwogen (Nachlaß *Bunsen* B 51 A, Pr.G.St.A.).

- 81 *Bunsen* an den König, 30.7.1844: "L'idée d'un tel établissement germanique plut infiniment aux Ministres Britanniques: ils disaient que l'Angleterre serait disposée d'aider une telle négociation, si l'on le désirait, comme contrepoids des Américains." (A.A.I. Rep.I. England No. 114). – jede mögliche Täuschungsabsicht, für die ohnehin kein Grund ersichtlich wäre, entfällt bei dem Erlaß *Aberdeens* an die britischen Agenten in Kalifornien: Großbritannien beabsichtige nicht, sich direkt einzumischen, sei jedoch daran interessiert, daß Kalifornien sich an keine England feindliche Macht anschließe. Noch deutlicher ist die Aufforderung vom gleichen Tage an den britischen Gesandten in Mexiko, auf die amerikanische Infiltration in Kalifornien zu achten, da von dieser Seite Gefahr drohe (1.c.).

rivalität, gegenüber etwaigen Kolonialwünschen Preußens⁸². Dazu kam die Aktivität der Vereinigten Staaten in Mittelamerika, die noch weitergehende Absichten der Union – die Einverleibung ganz Mexikos und Mittelamerikas – befürchten ließ. Eine befreundete europäische Macht, die sich zwischen Mexiko und die Union schob, konnte London nur erwünscht sein; vor allem dann, wenn sie wie Preußen in Ermangelung einer eigenen Flotte noch längere Zeit der Anlehnung an England bedurfte.

Als Gegner des Kalifornienplans kamen demnach nur die Vereinigten Staaten in Betracht. War mit Gewißheit auf ihren Widerstand zu rechnen? Als Antwort genügt scheinbar der Hinweis auf die Monroedoktrin.⁸³ Die Botschaft vom 2. Dezember 1823 richtete sich jedoch noch nicht gegen jeden Landerwerb in Amerika durch irgend eine europäische Macht: Diese erweiternde Auslegung erfuhr sie erst durch die Botschaft des Präsidenten Polk vom 2. Dezember 1845.⁸⁴ Anders wäre es unbegreiflich, daß keiner von den deutschen oder nichtdeutschen Politikern, die das Projekt erwogen, auf die Monroedoktrin hinwies. Rönne, der die Lage in Washington am besten übersah, erklärte sogar ausdrücklich, daß die Vereinigten Staaten "die Sache direkt und mit Ge-

82 L.c. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das britisch-französische Verhältnis wegen Tahiti, Marokko und Spanien im Sommer 1844 äußerst gespannt war (*Stern*, Geschichte Europas 1815-1871, Bd. 3, Kap. 2).

83 Schon *Treitschke* (1.c.) bringt ihn als Haupteinwand, mit den üblichen bissigen Seitenhieben gegen den "erfindungsreichen" *Bunsen*.

84 *Monroes* Fassung: "The American continents, by the free and independent condition which they have assumed and maintained, are henceforth not to be considered as subjects for future colonisation by any European power", schließt den nicht erzwungenen Verkauf von Gebietsteilen durch einen unabhängigen amerikanischen Staat nicht aus. *Polks* Erklärung "that no future European colony or domination shall with our consent be planted or established on any part of the American continent" schränkt die Handlungsfreiheit der amerikanischen Staatenwelt in dieser Hinsicht ein, indem sie jedenfalls die Mißbilligung der Union vorwegnimmt.

walt ... gewiß nicht verhindern" würden.⁸⁵ Der gleichen Ansicht waren nicht nur Bunsen und die britischen Minister, sondern auch der amerikanische Senator Hogan. Sie alle hielten eine deutsche Kolonie auf dem Boden der neuen Welt keineswegs für Utopie, für eine untragbare Herausforderung an die Vereinigten Staaten, sondern für praktisch möglich.⁸⁶

Die Erklärung dafür liegt in den innenpolitischen Verhältnissen der Union. Es war der Gegensatz des Nordens und Südens in der Sklavenfrage, der einer einheitlichen Linie der amerikanischen Politik hinsichtlich der Expansion nach Westen im Wege stand. Schon die Einverlei-

85 An *Bunsen*, 14.11.1842; desgleichen 12.12.1842: "Auch ist es als ausgemacht anzusehen, daß weder England noch die Vereinigten Staaten sich einem solchen Plane widersetzen würden; sie dürften darin vielleicht das beste Aushilfsmittel erblicken" (1.c.). Seine Ansicht verdient umso mehr Beachtung, als ihm die amerikanischen Annexionsbestrebungen hinsichtlich Kaliforniens bestens bekannt waren. Er wurde sogar von amerikanischer Seite zu Sondierungen benutzt und wußte deshalb, daß Mexiko jede Abtretung an die Union ablehnte (an *Bunsen*, 12.2.1842, A.A. Centralbüro II D. No. 4). – Zu *Treitschkes* Urteil über *Roenne* vgl. *R. von Delbrücks* Einschätzung in: *Lebenserinnerungen*, Bd. I, S. 150 ff. (1905). *Roennes* Gesandtschaftsberichte zeichnen sich durchweg durch umfassende Sachkenntnis, Schärfe der Analyse und klug abwägendes Urteil aus. In Washington genoß er mehr Ansehen als irgendein preußischer Vertreter vor oder nach ihm. 1845 zum Präsidenten des Handelsamtes berufen, stellte er sich 1848 der Zentralgewalt als Gesandter zur Verfügung und wurde deshalb 1849 aus dem diplomatischen Dienste entfernt.

86 *Roenne* an *Bunsen*, 14.11.1842 (A.A. Centralbüro II D. No. 4): "Nichts würde ... Deutschlands wahre Größe so sehr fördern als die Ausführung dieses Planes, der keine bloße Chimäre ist, wenn nur gehandelt wird; ich erinnere mich gar wohl der Zeit, wo Zollverein, Eisenbahn, Dampfschiff etc. auch für Chimären erklärt wurden; es ist gar bequem, im alten Schlendrian fortzugehen." – Ähnlich *Hogan* an *Hebeler*, 30.6.1840 (1.c.): "This scheme strikes me as one capable of realization" und 17.8.1840: "Nor can there be a better opportunity than is now offered"; oder (A.A.I. Rep. I. England No. 114): "... this great project, of the entire feasibility of which I am convinced thoroughly." Schließlich *Bunsen* an den König, 30.7.1844: "Ich halte jenes (Kalifornien) so wenig für eine Chimäre jetzt, da *Aberdeen* und *Peel* die Idee vortrefflich finden, als im Jahre 1842, wo mein Bericht darüber an Ew. Majestät platt zu Boden fiel." (A.A. Rep. 81. Ges. London).

bung von Texas war 1836 daran gescheitert, daß der Norden keinen weiteren Sklavenstaat in der Union wünschte. Auch als nach dem Tode des neugewählten Präsidenten Harrison 1841 mit John Tyler ein Mann des Südens in das Weiße Haus einzog, widersetzte sich sein Staatssekretär, der Neuengländer Daniel Webster, der Angliederung; und noch im Sommer 1844 wurde der von seinem Nachfolger Calhoun bereits abgeschlossene Anschlußvertrag vom Senat verworfen. Erst angesichts der drohenden Anlehnung eines unabhängigen Texas an Großbritannien erfolgte Anfang 1845 die "Wiedereinverleibung"; nicht zuletzt deshalb, weil die Interessen von Bodenspekulanten aus den Nordstaaten die Front der Sklavereigegner im Kongreß schwächten. Sie lösten den Krieg mit Mexico aus, der im Frieden von Guadalupe Hidalgo 1848 der Union alle mexikanischen Gebiete nördlich des Rio Grande bis zum 48. Breitengrade einbrachte.

Mithin bestand von 1840, als der Plan einer Festsetzung in Kalifornien zum erstenmale auftauchte, bis zu seiner endgültigen Verwerfung 1844 begründete Aussicht, sie ohne einen militärischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu verwirklichen. Erst der Sieg der Annexionisten in der Texasfrage und die programmatische Festlegung durch Polks Dezemberbotschaft 1845 schufen ein unübersteigbares Hindernis. Sicherlich hätte die Kolonialgründung lebhaften Widerspruch in der amerikanischen Öffentlichkeit, auch der Nordstaaten, gefunden; aber für Roennes Meinung, daß ein bewaffnetes Einschreiten der Union nicht zu befürchten sei, sprechen gewichtige Gründe. Es hätte nicht nur viele nordstaatliche Gegner der Sklaverei⁸⁷, sondern auch zahlreiche deutsche

87 Ende 1842 fühlte *Webster* im Auftrag *Tylers* beim mexikanischen Gesandten wegen der Abtretung Kaliforniens vor. *Roenne* bemerkte dazu: "Ich weiß aber, daß *Webster* als Mann des Nordens im Herzen der Sache abgeneigt ist" (an *Bunsen*, 12.12.1842, in: A.A. II D. No. 4). *Websters* Politik in der Texasfrage bestätigt diese Ansicht. Besonders bezeichnend für diese Widerstände ist u. a. die Abschiedsrede von *J. Q. Adams* an seine Wähler vom 12.9.1842, die schonungslos die "machiavellistischen" Machenschaften der südstaatlichen Präsidenten *Jackson*, *van Buren* und *Tyler* in der Texasfrage aufdeckt: ihre geheime Triebfeder sei es vom Floridavertrag an gewesen, dem Süden durch Annexion das Übergewicht in der Union zu verschaffen (New York Express. Nov. 3, 1842).

Einwanderer zu Gegnern gehabt, die sich immer noch mehr der alten als der neuen Heimat zugehörig fühlten.⁸⁸ Da es in der geplanten Kolonie fast keine Angloamerikaner gab, war der Bestand der Neugründung nicht durch ähnliche Machenschaften bedroht wie im Falle von Texas.⁸⁹ Hinzu kam, daß die amerikanische Siedlungsgrenze, die Frontier, das Felsengebirge noch nicht erreicht hatte und daß die Kolonie von der Landseite praktisch unzugänglich war.⁹⁰ Den Ausschlag aber mußte es geben, wenn die führende Seemacht Großbritannien die Sache der Kolonie zu ihrer eigenen machte; denn damit wurde ein militärisches Vorgehen für die Union, sofern sie überhaupt daran dachte, aussichtslos.

Nicht an äußeren Hindernissen ist der Kalifornienplan gescheitert, sondern an der Haltung der Berliner Regierung. Roennes und Bunsens Vorschläge stellten an das Vorstellungsvermögen der preußischen Staatsmänner unerfüllbare Forderungen. Daß sie die nationalpolitische Aufgabe, die mit der Auswanderung gestellt war, nicht erkannten oder anerkannten, ist begreiflich: eine solche Sicht lag außerhalb der Kategorien, die für die Politik aller vormärzlichen Regierungen maßgebend waren. Ihr leitender Gesichtspunkt, das Sonderinteresse des Einzelstaates, konnte sehr wohl ein Sicheinlassen auf ein Kolonialunternehmen von unübersehbarer Tragweite als bedenklich erscheinen lassen. Anderer-

88 Der "melting pot" funktionierte damals noch nicht so zuverlässig wie später; die Probe auf die Einheit des neuen Staatswesens stand noch bevor. Von der engen Verbundenheit der deutschen Einwanderer mit der alten Heimat zeugen die Auswandererbriefe dieser Jahre (z. B. St. A. Koblenz Abt. 441, Nr. 5107/8).

89 Selbst in Texas gab es bis 1845 eine starke amerikanische Partei unter *Austin*, die einen selbständigen Staat unter Anlehnung an England der Einverleibung in die Union vorzog (vgl. *J. Stulz*, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika (Freiburg 1934) S.181).

90 Der South-Pass (zwischen dem Oberlauf des Rio Plate und des Colorado) wurde erst durch die Annexion von Texas zugänglich. *Hogan* übertrieb demnach, wenn er (17.8.1840) *Hebeler* schrieb, ein Bataillon in Monterey und zwei kleine Schaluppen genügten zur ersten Sicherung der Kolonie (A.A. I. Rep I. England No. 112). Ähnlich derselbe an denselben, 16.11.1842: "Einer Flotte bedarf es nicht... Mit einer leidlichen militärischen Organisation wäre die Kolonie stark genug, sich selbst zu schützen" (A.A. Centralbüro II D. No.4).

seits aber waren Industrialisierung und Auswanderung Tatsachen, die den preußischen Staat unmittelbar angingen und seinen Lenkern die Frage nach der Notwendigkeit oder Zweckmässigkeit einer Kolonialgründung aufdrängen mußten. Mindestens einer gründlichen Überlegung waren die Vorschläge wert, die in dieser Hinsicht nicht nur von Roenne oder Bunsen, sondern auch von anderen, ernstzunehmenden Männern wie Friedrich List oder Karl Sieveking unterbreitet wurden. Die oberflächliche und kurzsichtige Art, in der die zuständigen Minister sie beiseiteschoben, macht das scharfe Urteil verständlich, das List in seiner letzten Denkschrift über die "Bürokratie" als den "politischen Auswuchs der letzten Jahrhunderte" gefällt hat.⁹¹ Roenne schätzte sie ähnlich ein, wenn er Hogan erklärte, er fürchte, "das Ohr des Königs werde sich durch den Einfluß alter Höflinge verschließen, die der Zeitströmung abgeneigt sind und eine unternehmende Politik scheuen". Der Amerikaner aber sprach mit der unbekümmerten Selbstsicherheit seiner jungen Nation das aus, was der Verwirklichung des Kalifornienplans entscheidend im Wege stand: "Ich sehe ganz klar, daß das Projekt zu großartig und befremdlich für viele Ihrer Politiker ist, die Landgebiete nach Morgen, die Bevölkerung nach Dekaden und den künftigen Fortschritt an der Vergangenheit messen. Unser Maßstab diesseits des Ozeans rechnet mit Breitengraden, mit Tausenden von Menschen, und mit geometrischer statt arithmetischer Progression; und unsere Antriebe ergeben sich aus einem ungebrochenen Fortschritt, der uns das Größte hof-

91 Die Denkschrift entwickelte, ganz im Sinne *Bunsens*, die These, daß Deutschland der gegebene weltpolitische Partner Großbritanniens sei. Englands bisherige, auf die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz zielende Wirtschaftspolitik sei deshalb verfehlt. Sie rechne auf die Blindheit und politische Unwissenheit der deutschen Bürokratie, ziehe sich aber dadurch die Abneigung und den Haß des deutschen Volkes zu. – Über die Aussichtslosigkeit des *Listischen* Versuches, englischen Freihandel und deutschen Schutzzoll in Einklang zu bringen, s. *Schnabel*, Deutsche Geschichte III, S. 367 f. – *List*s Denkschrift wurde von *Bunsen* an den König geleitet mit der Empfehlung, *List* im preußischen Staatsdienst anzustellen. Aus zwei Marginalien des Außenministers *Canitz* geht hervor, daß er *List* für einen reinen Profitjäger hielt, dem es nur darum ginge, Geld in die Finger zu bekommen (A.A. Rep.81. Ges. London).

fen läßt und uns veranlaßt, den normalen Gang der Ereignisse vorwegzunehmen und die Zeit im Wettlauf zu überflügeln."⁹²

MITTELAMERIKANISCHE KOLONISATIONSVERSUCHE

Der Kalifornienplan hatte nur die Regierungen beschäftigt. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts davon. Da von Seiten des Staates eine Kolonialpolitik zugunsten der Auswanderung nicht zu erwarten stand, lag der Gedanke nahe, die deutschen Auswanderer in zusammenhängenden, möglichst geschlossenen Siedlungen unter fremder Staatshoheit räumlich zu konzentrieren.⁹³ Mehr oder weniger bewußt sprachen solche Überlegungen bei der Bildung von zahlreichen "Auswanderungsvereinen" in den dreißiger und vierziger Jahren mit. Gleichzeitig lenkten aber auch mehrere private Versuche von Kolonialgründungen in Übersee die Aufmerksamkeit vieler Deutscher auf die politischen Fragen, die durch das Anwachsen der Auswanderung aufgeworfen wurden.

Schon 1841/42 hatte Sievekings Projekt eine lebhafte Erörterung über die Möglichkeit und die Schwierigkeiten einer deutschen Kolonial-

92 An *Hebeler*, 16.11.1842; in A.A. Centralbüro II D. No.4.

93 Vgl. die oben erwähnten Siedlungsversuche in Brasilien und Nordmexiko sowie die Ideen *Gagerns* und *Lists*. Für das Haupteinzugsgebiet der deutschen Auswanderung, den Mittelwesten der Union, hatte *Roenne* mehrmals die Aussichtslosigkeit solcher Bemühungen betont. Am bekanntesten wurde der Versuch der von *Paul Follenius* und *Friedrich Münch* begründeten "Gießener Auswanderungsgesellschaft", die mit zwei Flugschriften "Aufforderung und Erklärung in Betreff einer Auswanderung im Großen aus Teutschland in die nordamerikanischen Freistaaten" (Gießen 1833) und "Aufforderung an teutsche Auswanderer zu einer größeren und gemeinschaftlichen Ansiedlung in den Freistaaten von Nordamerika" (Gießen 1833) für geschlossene deutsche Siedlungen in Arkansas warb, sich jedoch bald nach der Einwanderung in Missouri 1834 zerstreute (*R. Cronau*, *Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika* (Berlin 1909), S. 296 f. Die Flugschriften in actis G.St.A. Berlin A.A.III. Rep.1. Ausw. Gen. Nr.2, Vol.6).

gründung in Übersee in Gang gebracht.⁹⁴ Sie erhielt neue Nahrung, als 1842/43 ein italienischer Unternehmer im Auftrag der Regierung von Venezuela in Baden Auswanderer warb. Seine Gründung, die deutsche Ackerbaukolonie Tovar in der venezolanischen Küstenkordillere, beschäftigte bis 1848 wiederholt die Presse und die Behörden, obschon der Plan, 80 000 deutsche Siedler nach Venezuela zu bringen, nicht zur Ausführung kam.⁹⁵ Auch die Bemühungen des brasilianischen Generalkonsuls in London J. J. Sturz um deutsche Siedler für Brasilien lenkten die Aufmerksamkeit auf die Frage, ob, wo und wie die deutsche Aus-

wanderung planmäßig zusammengefaßt werden könne⁹⁶. Gegen die Vereinigten Staaten sprach die starke Assimilationskraft des Nordamerikanertums, gegen Südamerika der schlechte Ruf, den Brasilien als Einwanderungsland seit den dreißiger Jahren genoß.⁹⁷ So richtete sich der Blick der Überseefreunde von selbst auf die Anrainerstaaten des amerikanischen Mittelmeeres. Von ihrer kreolischen Bevölkerung war

94 Eine Auswahl von Pressestimmen bei *A. Meyer*, a.a.O., S. 34 ff.

95 Über *Tovar* und die dadurch ausgelöste Diskussion s. *H. Grothe*, *Die Deutschen in Übersee* (Berlin 1932), S. 113 ff. Dort auch weitere zeitgenössische Literatur, hinsichtlich der Pressestimmen zu ergänzen durch *A. Meyer*, op.cit., S. 36 f. Vgl. auch die Berichte des preußischen Konsuls in La Guayra über die Anfänge der Kolonie in A.A.III. Rep.I. No.11, vol.1-9, passim (Pr. Geh.St.A. Berlin).

96 Bezeichnend dafür die Broschüre: Grundzüge einer geregelten Auswanderung der Deutschen, mit besonderer Rücksicht auf Brasilien (anonym, 1842); *W. Stricker*, *Die Verbreitung des deutschen Volkes* (Leipzig 1845); *J. E. Wappäus*, *Deutsche Auswanderung und Kolonisation* (Leipzig 1845). Ferner die Pressestimmen bei *A. Meyer*, op. cit., S. 52, Anm. 86, zu ergänzen durch die "Frankfurter Oberpostamt-Zeitung" 1846, Nr. 85 und 88, Extrabeilage. Ferner *S. G. Kerst*, *Über brasilianische Zustände*, in actis G.St.A. Berlin, Rep.120 C XIII. 20, Nr.8, Vol.1. – Über die Verhandlungen *Sturz-Blumenau* s. den Beitrag der Tochter *Blumenaus* in: *Freden/Smolka*, op. cit., S.91 ff.

97 Das damals in Mittel- und Nordbrasilien vielfach angewandte Parceirasystem (Halbpacht) brachte die Einwanderer in drückende Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern und lieferte sie praktisch nicht selten einem Sklavendasein in klimatisch unzuträglichen Gegenden aus. Ungleich besser war die Lage der deutschen Bauernsiedler, die nach 1819 in die Südprominzen im Rio Grande do Sul, Sao Leopoldo und Santa Catharina, eingewandert waren.

nicht nur keine Assimilierung zu befürchten, sondern ihre geringe Dichte und zivilisatorische Aufgeschlossenheit schien bei genügend starker deutscher Einwanderung sogar die Aussicht auf ein Überwiegen des deutschen Elements zu eröffnen. Dazu kam der machtpolitische Gegensatz zwischen Großbritannien und der Union in Mittelamerika, der diesen Raum manchen sogar unter günstigen Umständen als aussichtsreiches Feld für eine selbständige deutsche Kolonialgründung erscheinen ließ.⁹⁸

Solche Hoffnungen wurden genährt durch zwei mittelamerikanische Kolonisationsunternehmen der vierziger Jahre. 1841 gründete eine belgische, unter dem Protektorat Leopolds I. von Angehörigen des Adels und der Hochfinanz gebildete Gesellschaft die Kolonie Santo Thomas in Guatemala⁹⁹. Unter dem maßgebenden Einfluß eines deutschen Vorstandsmitglieds, des in Belgien begüterten Grafen Hompesch, warb sie zahlreiche deutsche Siedler vom Niederrhein und aus der Eifel. Nach befriedigenden Anfängen kam es 1844 beim Eintreffen einer größeren Zahl von Kolonisten infolge mangelnder hygienischer Fürsorge zu Krankheiten, die viele Todesopfer kosteten.¹⁰⁰ Hompesch, der unter

98 Schon *Alexander von Humboldt* hatte in seinem "Essai sur le royaume de la Nouvelle Espagne" (Paris 1824) auf die verkehrs- und kolonialpolitische Bedeutung Mittelamerikas nachdrücklich hingewiesen. Die britisch-amerikanische Rivalität in der Isthmusfrage spitzte sich um 1845 bis zur Kriegsgefahr zu; sie wurde erst durch den Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19.4.1850 beschwichtigt, der beide Mächte auf den status quo und die Neutralisierung eines künftigen interozeanischen Kanals festlegte. Ähnlich wie beim Kalifornienplan und den mexikanisch-texanischen Projekten war es dieses machtpolitische Vakuum, das die Erwartungen der deutschen Kolonialfreunde weckte.

99 Dazu die Studie von *H. Schottelius*, Mittelamerika als Schauplatz deutscher Kolonisationsversuche 1840-1865, in: "Überseegeschichte", hrsg. von A. Rein, Band 10 (Hamburg 1939), Kap. II, 1, S. 24-50.

100 Die Parallele zum Texasunternehmen (s. u.) ist bemerkenswert. In beiden Fällen wurden die erforderlichen Geldmittel von Anfang an unterschätzt und im kritischen Moment durch hochgesinnte adlige Geldgeber eingeschossen. *Hompesch* (s. u.) übertraf sogar den Nassauer Herzog, indem er nach und nach 1,3 Millionen Gulden investierte; seine Beteiligung mit den gleichen Mitteln hätte das viel aussichtsreichere Texasunternehmen gerettet. Daß *Hompesch*, der Vater des spä-

größten persönlichen Opfern das Unternehmen finanziell durchhielt, hatte in dem Kolonialdirektor von Bülow einen tüchtigen Mitarbeiter gefunden, der die Kolonie im kritischen Augenblick rettete und allen Versuchen widerstand, sie durch Liquidation in belgischen Staatsbesitz zu überführen. Wie Hompesch beabsichtigte Bülow, Santo Thomas durch Unterstützung seitens deutscher Regierungen und deutschen Kapitals zu einer Siedlungskolonie unter belgisch-deutscher Hoheit zu entwickeln¹⁰¹. Seine Bestrebungen fanden jedoch in Deutschland keinen Widerhall, da die ungünstigen Nachrichten im Jahre 1844/45 das Vertrauen der deutschen Öffentlichkeit erschüttert hatten¹⁰². Als Hompesch 1848 der Stadt Berlin zu günstigen Bedingungen Landlose in Santo Thomas zur Ansiedlung von Gemeindearmen zur Verfügung stellen wollte, lehnten die Stadtväter nach Rückfrage beim Innenministerium

teren Zentrumsführers, sich im Gegensatz zu den belgischen Aktionären nur von philanthropischen und nationalen Beweggründen leiten ließ, wird von *Schottelius* (S. 35, 49) mit Recht hervorgehoben. Umso peinlicher wirkt es, daß seine Leistungen wie die *Bülow*s und der deutschen Ansiedler, die die Mehrheit der Kolonisten bildeten, in der belgischen Literatur über Santo Thomas kaum gewürdigt werden. Vgl. *Schottelius*, S. 44 ff. Die mangelhafte Vorsorge für die Einwanderer und ihr massiertes Eintreffen zu einem ungünstigen Zeitpunkt führten bei Santo Thomas wie beim Texasunternehmen zu der Vertrauenskrise, die den Erfolg vereitelte. Auch die Rolle *Bülow*s und *Meusebach*s ist in vieler Hinsicht vergleichbar.

- 101 *Bülow* war nach fünfundzwanzigjährigem Dienst in der preußischen Armee als Leutnant ausgeschieden. 1843 eignete er sich durch ausgedehnte Reisen im Auftrag des Kolonialrats von Santo Thomas gründliche Kenntnisse der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Mittelamerikas an. Vom Herbst 1843 bis zum Frühjahr 1844 leitete er die Kolonie, versuchte dann in Deutschland die Berliner Regierung für das Projekt zu gewinnen und sorgte 1845 nach der Katastrophe als Kolonialdirektor für die Beseitigung der ärgsten Mißstände. Von 1846 an wirkte er in Übersee und in Deutschland für das Mosquitoprojekt und für die deutsche Auswanderung nach Mittelamerika überhaupt, deren überzeugendster Verfechter er blieb (s. u.).
- 102 Die gleiche Wirkung hatten beim Texasunternehmen die Nachrichten der Jahre 1845/46. In beiden Fällen führten die hochgespannten Erwartungen zu einer verspäteten – und angesichts der bereits überwundenen Krise ungerechtfertigten – Ernüchterung.

sein Angebot ab. Auch Bülow's wiederholte Bemühungen, die preußische Regierung für das Projekt zu erwärmen, hatten keinen Erfolg.¹⁰³ Nach einem erneuten Versuch von belgischer Seite, Santo Thomas mit allen Souveränitätsrechten in die Hand zu bekommen, wurde die Kolonie trotz des Protestes der belgischen Regierung 1853 von der guatemaltekischen Regierung aufgelöst: der größte Teil der Siedler hatte sich schon vorher zerstreut.

Erfolglos verlief auch ein zweiter deutscher Kolonisationsversuch der vierziger Jahre in Mittelamerika, der im Unterschied zu dem belgisch-deutschen Unternehmen von Santo Thomas von vornherein auf die Gründung einer reindeutschen Kolonie abzielte. Sein Schauplatz war die Moskitoküste, ein Küstenstrich Nicaraguas an der Campeche-Bai, der mit britischer Unterstützung Anspruch auf staatliche Selbständigkeit erhob¹⁰⁴. Ein britischer Abenteurer Willock erwarb von den eingeborenen Kaziken einen Grant (Landkonzession). Um ihn zu verwerten, suchte er Geldgeber, und da er sie in England nicht fand, wandte er sich nach Deutschland. Prinz Carl von Preußen¹⁰⁵ und der auch am Texasverein beteiligte Fürst Schönburg-Waldenburg zeigten sich bereit, auf Willocks Grant eine deutsche Siedlungs- und Handlungskolonie zu errichten. Sie

103 Zu *Hompesch's* Berliner Bemühungen vgl. *Schottelius*, a.a.O., S. 45 und 73/74. Gleichfalls erfolglos blieb ein gleichzeitiger Versuch bei der Frankfurter Reichszentralgewalt (*Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 74).

104 Über das Mosquitoprojekt s. *Schottelius*, a.a.O., S. 50-70, dessen Darstellung im folgenden in einigen Punkten aus den Akten ergänzt wird. – Ein "Handelsministerium" (*Schottelius*, S. 107) gab es in Preußen 1845 natürlich nicht; das zitierte Aktenstück enthält Extrakte für die Kabinettsvorträge. Außer den von *Schottelius* benutzten Akten sind heranzuziehen Rep. 109 (Seehandlung) B. Tit. XI. No. 21, 22; Rep 120 (Handelsministerium) C XIII 20, No. 1 Vol. 1-3, No. 2 Vol.1; A.A. Centralbüro I C Nr. 20 (die von *Schottelius* angezogene Nr. 30 setzt erst 1857 ein); A.A. III. Rep. 1 No. 11, bes. Vol 7 ff. (Nr. 19 beginnt erst 1852); Brandenburgisches Provinzialarchiv Rep. 30 C Tit. 45 Tit. A. No. 8, No. 153 Ferner Acc 168/32 Kontroll-Nr. 45 Heft b Nr. 92 Ausw. 115, vol. 1. Vgl. auch *A. Zimmermann*, a.a.O., S. 316 ff. und 323 ff.

105 Der Bruder *Friedrich Wilhelms IV.* und *Wilhelms I.* ließ sich ausschließlich von philanthropischen und nationalen Beweggründen leiten, zu denen er sich auch nach der Absage des Königs (s. u.) bekannte.

setzten dabei voraus, daß die britische Regierung an der deutschen Kolonie und an der deutschen Einwanderung in Mittelamerika überhaupt interessiert sei. 1844 reiste in ihrem Auftrag eine deutsche Kommission nach Honduras, besichtigte in knapp zwei Monaten das Gebiet der künftigen Kolonie und veröffentlichte nach ihrer Rückkehr einen sehr günstig lautenden Bericht¹⁰⁶. Der Versuch des Prinzen, den König und die preußische Regierung für das Vorhaben zu gewinnen, schlug jedoch fehl, da die britische Regierung unerwartet Einspruch erhob; Lord Aberdeen gab Bunsen zu verstehen, England werde die Festsetzung einer dritten Macht an der Mosquitoküste nicht dulden. Indessen hatte jedoch der "Kommissionsbericht" seine Wirkung getan, und Hunderte von Auswanderungslustigen aus Ostpreußen meldeten sich nach Verkauf ihrer Habe bei den Behörden als Siedler, in der Annahme, an einem von allerhöchster Stelle geförderten Unternehmen mitzuwirken. Friedrich Wilhelm IV. sah sich veranlaßt, durch eine Kabinettsorder jede Verbindung mit dem Projekt zu dementieren und gegen die Auswanderung überhaupt Stellung zu nehmen, und Prinz Carl und Fürst Schönburg, die bereits an die Spitze einer Kolonisationsvereinigung für Mosquitia getreten waren, zogen sich Anfang 1846 öffentlich von dieser zurück. Die von ihnen entfachte Bewegung wirkte jedoch weiter. Ein in Königsberg gegründeter, stark demokratisch eingestellter Auswanderungsverein für Mittelamerika brachte trotz allen behördlichen Widerständen 1846 ein Schiff mit ostpreußischen Auswanderern nach Nicaragua. Dank dem Eingreifen des menschenfreundlichen Generalkonsuls Walker in Bluefields, der sich von ihrer Harmlosigkeit überzeugte und mit seiner Gattin persönlich ihrer annahm, ging das Unternehmen leidlich gut aus.¹⁰⁷ Die

106 (Fellechner/Müller/Hesse): Bericht über die im Höchsten Auftrage S.K.H. des Prinzen Carl von Preußen und des Herrn Fürsten von Schönburg-Waldenburg bewirkte Untersuchung über einige Teile des Mosquitolandes (Berlin 1845).

107 Ein ehrendes Zeugnis stellt *Walker* das Schriftchen von *J. E. Schulz*, Ostpreußen an der Mosquitoküste! (Königsberg 1848) aus, in dem ein ostpreußischer Auswanderer anschaulich seine Erlebnisse schildert. Eine Ordensauszeichnung für *Walker* lehnte der preußische Innenminister ebenso ab wie die Erstattung seiner Unkosten, da "dergleichen bei unbesonnenen Personen die Hoffnung hervorrufen kann, die preußische Regierung werde es in solchen Fällen an einer Fürsorge

von ihnen angelegte Siedlung Carlstadt, ein Vorort von Bluefields, erhielt weitgehende Selbstverwaltung, durfte sogar neben der Mosquitoflagge die preußische setzen und arbeitete sich langsam empor. Walkers Berichte bewirkten auch, daß die britische Regierung ihre Haltung änderte und ihr Interesse an einer größeren deutschen Einwanderung durchblicken ließ. Die preußischen Behörden blieben jedoch bei ihrer ablehnenden Haltung und warnten sogar öffentlich vor der weiteren Auswanderung nach Mosquitia. Da Carlstadt keinen Nachschub erhielt, verlor es bald seinen deutschen Charakter. Das einzige dauernde Ergebnis aller Mosquito-Versuche war die Mission der Herrnhuter Brüdergemeinde, die auf Veranlassung des Fürsten Schönburg 1849 in Bluefields begründet wurde.¹⁰⁸

Trotz dieser Fehlschläge blieb das Interesse an Mittelamerika als Auswanderungsziel in Deutschland wach. Die wachsende verkehrspolitische Bedeutung der Isthmusstaaten nach der Festsetzung der Union am Pazifik und der Entdeckung der kalifornischen Goldfelder erhöhte noch ihre Anziehungskraft. Für die deutsche Kolonisation in Mittelamerika trat nach wie vor besonders Bülow ein, nicht nur durch seine ausgedehnte publizistische Tätigkeit, sondern in den Jahren 1849-51 auch organisatorisch als "Spezialdirektor" des von ihm mitbegründeten Berliner "Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Colonisation".¹⁰⁹ 1849 gelang es ihm, eine Anzahl von wirtschaftlich und gesellschaftlich einflußreichen Persönlichkeiten für die Gründung einer "Kolonisationsgesellschaft für Centralamerika" zu gewinnen; sogar die

für die Auswanderer im fernen Ausland nicht fehlen lassen". Nach langem Hin und Her erhielt *Walker* als Anerkennung eine Vase aus der Preußischen Porzellan-Manufaktur (Acta G. ST. A. Berlin).

108 Vgl. dazu die sorgfältig geführten Akten des Archivs der Brüdergemeinde in Herrnhut: Rubrik 15 H IIa, No. 1, 2; H IIb No 1.

109 Dem Berliner Verein schloß sich u. a. der Düsseldorfer "Verein für deutsche Auswanderung und Kolonisation" an, dem sehr namhafte Persönlichkeiten wie der Industrielle *Diergardt*, der Herzog von *Ratibor*, Graf *York von Wartenberg*, Graf *Hochberg*, Freiherr von *Roggenbach*, *Vincke* und von *Patow* angehörten.

Seehandlung beteiligte sich mit einigen Aktien.¹¹⁰ Im Vordergrund des Interesses stand bei dieser Gründung Costa Rica, in das zu Beginn der fünfziger Jahre einige kleinere Gruppen von Deutschen, darunter nicht wenige Angehörige der Bildungs- und Besitzschicht, einwanderten. Bülow selbst trat schließlich als Offizier in Costaricensische Dienste und fiel 1856 in der Campana Nacional gegen den nordamerikanischen Filibustier Walker. Wenn an diesem Kampfe auf beiden Seiten deutsche Einwanderer unter fremder Flagge hervorragenden Anteil nahmen, so war dies der symbolhafte Schlußstrich unter anderthalb Jahrzehnte deutscher Hoffnung auf die Entstehung eines überseeischen Deutschland in Mittelamerika. Daß sie sich immer wieder zerschlugen, hatte in jedem einzelnen Falle seine besonderen Teilursachen. In allen Fällen aber gab die fehlende staatliche Unterstützung den Ausschlag dafür, daß die Kolonisationsunternehmungen nicht über das Anfangsstadium hinaus ge-

110 Eines der angesehensten Mitglieder der Gesellschaft war der Abgeordnete der preußischen Zweiten Kammer *Hesse*, der am 15.9.1850 der preußischen Regierung eine Denkschrift über die deutsche Auswanderung nach Mittelamerika überreichte, wo es "in der Hand eines geschickten und eifrigen Vertreters der preußischen Regierung liegen würde, ein neues, überseeisches Preußen zu gründen" (G. St. A. Berlin A.A. III. Rep. VI. Kons. aus. Eur. Nr. 25, Vol. 1). *Hesse* wurde 1851 selbst Geschäftsträger bei den mittelamerikanischen Freistaaten und verwandelte sich dort in einen scharfen Gegner der Auswanderung nach Mittelamerika im allgemeinen und *Bülow*s im besonderen, den er wütend bekämpfte. Seine Berichte ergeben das Bild einer ungewöhnlich affektbetonten Persönlichkeit: voller Überheblichkeit und Ressentiments, die gelegentlich (z.B. A.A. III. Rep. I. No. 11 vol. 7 ff.) so stark durchbrechen, daß das A.A. sich zu einer – allerdings recht milden – Rüge veranlaßt sah. Besonders ausgeprägt ist ein fanatischer konfessioneller Affekt: "Jesuitenzögling" oder "Jesuitendiener" verwendet er mit Vorliebe zur Bezeichnung von Angehörigen der mittelamerikanischen Herrschaft. Selbst *Bülow*, der dezidierter Freimaurer war (*Schottelius*, a.a.O., S. 37 f.) versuchte er als "Katholiken" in Berlin anzuschwärzen. Diese Ressentiments werden nur übertroffen von der schier unwahrscheinlichen Beschränktheit, mit der er sich über wichtigste Fragen der deutschen Auswanderung äußert (anläßlich des bayerischen Antrages am Bundestag 1856. A.A. III. Rep. No. 14 Vol. 1). *Schottelius* (a.a.O., S. 101 f.) würdigt *Hesse* als Gegner des "Freimaurers" *Bülow* wesentlich anders, hat seine Berichte augenscheinlich aber nur zum Teil benutzt.

diehen und schließlich den kaum ganz zu vermeidenden Kinderkrankheiten erlagen. Eine solche Unterstützung hätte keine Kolonialpolitik großen Stils erfordert, zu der der Deutsche Bund und seine Gliedstaaten ohnehin nicht bereit waren. Das Einverständnis des seebeherrschenden England hätte genügt, um die Kolonien gegen äußere Bedrohung zu schützen. Gerade England hatte freilich bei dem Mosquitounternehmen Einspruch erhoben; aber dieser Einspruch richtete sich nur gegen die vermeintliche verschleierte Festsetzung Preußens in einem Gebiete, das in London als britisches Protektorat beansprucht wurde. Selbst in diesem Falle zeigte sich die englische Regierung nach Aufklärung des Mißverständnisses am Fortgang der deutschen Einwanderung interessiert, da sie in ihr ein Mittel zur Stärkung der britischen Position gegenüber den Vereinigten Staaten erblickte. Die Kolonisation mit ausländischen Siedlern war in den vierziger Jahren in allen ibero-amerikanischen Staaten zwischen der Karibischen See und dem Pazifik ein Mittel des Vormachtragens der beiden angelsächsischen Gegenspieler. Großbritannien war dabei zum guten Teil auf fremde Kolonisten angewiesen, und die starke deutsche Auswanderung bot sich angesichts der weltpolitischen Harmlosigkeit Deutschlands und dem guten britisch-deutschen Einvernehmen als bester Behelf dar; schon deshalb, weil sie andernfalls fast ausschließlich dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zugute kam. Darin lag eine große Chance der deutschen Überseewanderung; allerdings nur bis zu der Wende um die Jahrhundertmitte, bei der England, sogar unter Aufgabe territorialer Positionen, seinen Rückzug aus dem umkämpften Gebiet antrat. Ihre Ausnutzung aber war unmöglich, solange die deutschen Regierungen in Widerspruch zu den offenkundigen Tatsachen die Auswanderung als vorübergehende, im Grunde unnötige und durch nichts gerechtfertigte Erscheinung¹¹¹ betrachteten. An dieser

111 Wie sehr zu unrecht, zeigen die erschütternden Bilder sozialer Not unter den Berliner Handwerkern, die die Bildung von Auswanderungsvereinen in der Zeit des Ausnahmezustandes 1848/49 der Polizei gegenüber damit rechtfertigen, die Auswanderung sei "das menschlichste Mittel zur Entfernung der gärenden Massen aus der Hauptstadt" (*Schottelius*, S. 74). Die Polizei hielt es jedoch für richtiger, im Sinne höherer Weisungen diese Gärung durch strikte Anwendung des Koalitionsverbots im Keime zu ersticken.

Haltung scheiterten alle noch so gut gemeinten und angelegten Versuche, die deutsche Auswanderung wenigstens zum Teil so zu lenken, daß sie politisch für Deutschland nicht ganz verloren ging.

DER TEXAS-VEREIN

Der bedeutendste Versuch dieser Art ist nach Umfang und Zielsetzung das Unternehmen des sogenannten Texasvereins.¹¹² Schon Anfang der dreißiger Jahre hatte Texas als Zielland die Aufmerksamkeit deutscher Auswanderer auf sich gelenkt. 1831 gründete der Oldenburger Friedrich Ernst die erste Niederlassung, *Industry*¹¹³. Ein von ihm geschriebener, in einer Oldenburger Zeitung veröffentlichter Brief zog weitere Einwanderer in das Land, darunter auch einige Teilnehmer an dem Frankfurter Putsch von 1833¹¹⁴. In die gleichen Jahre fällt ein Siedlungsversuch des württembergischen Freiherrn von Racknitz am Colorado, der durch die Losreißung des Landes von Mexiko vereitelt

-
- 112 Die Akten des Vereins sind geschlossen zusammengefaßt im Fürstlich Solmschen Archiv in Braunfels ob der Lahn, bisher jedoch wissenschaftlich nicht ausgewertet. Für die überseeische Geschichte des Unternehmens werden sie vortrefflich ergänzt durch das Werk des Deutsch-Texaners *R. L. Biesele*, *The history of the German settlements in Texas 1831-1861* (im Selbstverlag Austin 1930). – Vor allem die politischen Hintergründe, die mit der Person und der Rolle des Fürsten *Leiningen* zusammenhängen, bedürfen einer genaueren Erforschung, wobei über das Braunfelder Material hinaus auch britische Quellen zu berücksichtigen wären. – Aus Vermerken in den Braunfelder Akten geht hervor, daß 1849 der damalige Kolonialdirektor *Bené* an einem Werk über die deutsche Kolonisation in Texas arbeitete. Offenbar kam es ebensowenig zustande wie die Geschichte des Texasvereins, für deren Bearbeitung ein *Dr. J. D. Drescher* aus Frankfurt 1855 Vereinsakten entlieh.
- 113 *R. L. Biesele*, *Industry: The first German settlement in Texas*, in: *Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter*, XXXII (Chicago 1932), pp. 523-28.
- 114 Der Brief ist abgedruckt bei *Detlef Dunt*, *Reise nach Texas* (Bremen 1834).

wurde.¹¹⁵ Gerade dieses Ereignis rückte jedoch Texas für die deutsche Auswanderung in ein neues Licht, denn es schien die Aussicht auf Bildung eines selbständigen überseeischen Staatswesens mit überwiegend deutscher Bevölkerung zu eröffnen.

Dieser Gedanke war nicht neu. Bereits in spanischer Zeit, 1820, hatte ein ehemaliger preußischer Offizier, Johann Valentin Heke, der preußischen Regierung den Ankauf von Texas als Siedlungs- und Handelskolonie empfohlen.¹¹⁶ Ein Jahrzehnt später bemühte sich der einflußreiche Sohn des ersten amerikanischen Pioniers, Stephan F. Austin, um die Herbeiziehung schweizerischer und deutscher Siedler, in denen er ein Gegengewicht gegen die Ausbreitung der Sklaverei und die Spekulationswut seiner Landsleute erblickte.¹¹⁷ Nach der Unabhängigkeitserklärung von Texas wurden der Regierung des Freistaates mehrmals von deutschamerikanischer Seite Vorschläge für die Anlegung deutscher

-
- 115 Vgl. das in Anmerkung 112 zitierte Werk von *Biesele*, pp. 22 ff. Dort auch Hinweise auf die ersten Vorschläge zur Gründung deutscher Siedlungen in Texas, die bis 1812 zurückreichen, über das vorbereitende Stadium jedoch nicht hinausgediehen. Schon in der spanischen Zeit spielte bei ihnen der Gesichtspunkt der Grenzsicherung eine bedeutsame Rolle, ähnlich wie bei den oben S. 97 f. erwähnten mexikanischen Bemühungen. – Ein besonders abenteuerliches Kapitel stellt das kurzlebige Unternehmen des Generals *Lallement* dar, der mit Veteranen der napoleonischen Armee 1817/18 eine Niederlassung am Trinity-River gründete, um von dort aus *Napoleon* aus St. Helena zu entführen. Cf. *Marc de Villiers du Terrage*, *Rois sans couronne* (Paris 1906), pp. 171 ss.
- 116 *J. V. Hecke*, *Reise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Jahren 1818 und 1819* (Berlin 1820). Für den Fall, daß der preußische Staat die Mittel für den Kauf nicht aufwenden wolle, empfahl *Hecke* die Bildung eines Unternehmens nach dem Muster der East India Company. Den Vortrupp der deutschen Einwanderer sollten Veteranen der Befreiungskriege bilden, die in Militärkolonien zusammenzufassen seien. Cf. *Biesele*, a.a.O., p. 23 s.
- 117 A.a.O., pp. 25 ss. *Austin* trat in Verbindung mit dem hannoverschen Konsul in New York, *Theodor Meyer*, der erklärte, wenn man drei oder vier angesehene deutsche Familien gewinnen könne, würden deutsche Einwanderer in großer Zahl nachfolgen.

Siedlungen unterbreitet, die jedoch nicht zur Ausführung kamen.¹¹⁸ Nur 1839 wanderte eine kleine Gruppe von Deutschen aus der Union ein; sie war von der 1835 in New York gegründeten "Germania-Gesellschaft" entsandt, die ursprünglich die Gründung eines deutschen Staates in der Union beabsichtigte, sich dann jedoch für Texas entschieden hatte.¹¹⁹

Die Möglichkeit, Texas durch Konzentrierung eines Teiles der deutschen Auswanderung zu einer unabhängigen deutschen Siedlungskolonie zu machen, schien um 1840 durchaus vorhanden. Widerspruch von Seiten Mexicos war nicht zu erwarten, nachdem es die Aussicht auf die Rückeroberung von Texas aufgegeben hatte. Wie Mexiko hatte auch Großbritannien ein Interesse daran, durch Stärkung des nichtamerikanischen Elements der drohenden Eingliederung des Freistaates in die Union vorzubeugen¹²⁰. Vor allem aber gab es in Texas selbst neben der durch Houston vertretenen amerikanischen Richtung eine starke Partei unter Stephan F. Austin, die mit der Rückendeckung Großbritanniens für die Unabhängigkeit des Freistaats eintrat und in einer deutschen Masseneinwanderung das gegebene Mittel zu ihrer Erhaltung erblickte.¹²¹ Ob schließlich die Vereinigten Staaten einer gelenkten deutschen Ansiedlung in Texas ernsthaften Widerstand entgegensetzen würden, erschien keineswegs sicher; vor allem deshalb, weil die An-schlußfrage in der Union heftig umstritten war und bis 1845 die Mehrheit des Kongresses gegen sich hatte. Diese politische Lage bildet den Hintergrund des Kolonisationsversuchs des Texasvereins.¹²² Am 20.

118 Der texanische Vertreter in Washington berichtete vom Besuch einer deutsch-amerikanischen Versammlung im September 1839, daß Tausende von deutschen Siedlern nach Texas zu ziehen bereit seien, wenn dort die bisherigen Landzuteilungen weiter gewährt würden (*Biesele*, a.a.O., S. 35).

119 *Biesele*, op.cit., pp. 35-38. Über weitere deutsche Aussiedlungen der vierziger Jahre s. ebenda, Kap. III.

120 England veranlaßte 1844 sogar die mexikanische Regierung zur Anerkennung von Texas unter der Bedingung, daß der Freistaat sich keiner anderen Macht anschließe.

121 S.o. Anmerkung 117.

122 Die mehrfach zitierte Arbeit *Bieseles* behandelt das Unternehmen des Texasvereins in Kapitel IV-VII ziemlich ausführlich, jedoch vorwiegend unter siedlungsge-

April 1842 beschloß auf einer Zusammenkunft in Biebrich eine Anzahl von deutschen Fürsten und Standesherrn unter der Schirmherrschaft des Herzogs von Nassau die Gründung eines "Vereins deutscher Fürsten und Edelleute zum Schutze deutscher Einwanderer in Texas". Die treibende Kraft war Fürst Karl von Leinigen, der spätere erste Präsident des Frankfurter Reichsministeriums; als Halbbruder der Königin Viktoria und Vetter des Prinzgemahls Albert stand er in engen Beziehungen zum englischen Königshause.¹²³ Als Zweck des Vereins, der sich am 18. Juni förmlich konstituierte, wurde die Erwerbung eines größeren Landgebiets in Texas zwecks Zusammenfassung und Lenkung der deutschen Auswanderer bezeichnet. Auf Texas fiel die Wahl, weil es für eine deutsche Siedlungskolonie geeignet und "nach seiner Lage bestimmt schien, neutrales Land zwischen Angloamerikanern und spanischen Amerikanern zu werden"; ferner weil "durch intensive Einwanderung ein Übergewicht der deutschen Bevölkerung" erreichbar und "der Bestand einer deutschen Kolonie im Falle der Selbständigkeit und ebenso beim Anschluß an die Vereinigten Staaten" gewährleistet erschien. Die zu gründende Kolonie sollte nicht nur zur Hebung der Industrie und des Handels in Deutschland beitragen, das Wohl der Auswanderer bezwecken und den

schichtlichen Gesichtspunkten und ausschließlich an Hand amerikanischer Quellen und Literatur unter Heranziehung eines Teils der zeitgenössischen deutschen Literatur über den Texasverein. Eine Gesamtdarstellung, die vor allem die reichen Bestände des Fürstlich Solmsschen Archivs in Braunsfels/Lahn auswerten müßte, steht noch aus. Von deutscher Seite liegt bisher nur eine kurze, auf den Akten des Berliner Geheimes Staatsarchivs fußende Darstellung in *A. Zimmermann*, Kolonialgeschichtliche Studien (Leipzig 1895), p. 257 ff. vor; ferner die Skizze bei *Fr. Knapp*, Aus und über Amerika (Berlin 1876), die sich auf die ältere Literatur, und der kurze Bericht von *Fey* in: *Philippovich*, a.a.O., der sich auf die Landtagsprotokolle stützt. Die Dissertation von *F. Schenderlein*, Die Kolonisationsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850 (Mskr. Leipzig 1925) hat die Akten des Braunsfelser Archivs nicht benutzt und beschränkt sich auf die gedruckten Quellen.

123 *Biesele*, op. cit., erwähnt den Fürsten nicht; offenbar liegt schon bei der von ihm herangezogenen amerikanischen Literatur eine Verwechslung mit dem Grafen *Victor von Leimingen* vor, den *Biesele*, p. 67 unter den Mitgliedern zweimal, als Fürsten und Grafen, nennt.

Pauperismus bekämpfen. Sie sollte auch "die Verbindung erhalten zwischen Kolonie und Mutterland, daß auch dort ein Staat erblühe, wo deutsche Sitten und Gebräuche sich erhielten, wo nicht im amerikanischen Element – wie in Nordamerika – sich alles verliert und zugrunde geht, und wo der deutsche Name als etwas Selbständiges geachtet bleibt."¹²⁴

Nationale und philanthropische Beweggründe sprachen demnach bei der Gründung entscheidend mit, mutmaßlich bei der Mehrzahl der Vereinsmitglieder.¹²⁵ Wenigstens in den ersten Jahren dürfte auch die

124 Generalbericht an die Generalversammlung vom 28./29. Juni 1845 (Acta Braunfels C A 4 B I, No. 3). *Bieseles* Darstellung der Vereinsgeschichte weist infolge der Nichtbenutzung der deutschen Quellen manche Ungenauigkeit auf: Der Verein wurde in der Generalversammlung zu Biebrich am 18.6.1843 gegründet; bei der Mainzer Generalversammlung wurden die Statuten nur modifiziert (cf. dagegen *Biesele* p. 69 bzw. 83), der Kolonisationsplan aufgestellt und Prinz *Carl zu Solms* mit der Errichtung der Kolonie beauftragt (Protokolle der Generalversammlung, Acta Braunfels C A 4 b I, No. 3).

125 Die Mitgliederliste bei *Biesele*, op. cit., p. 67 und 69 ist unvollständig. 1845 gehörten dem Verein an: Herzog *Adolf von Nassau*, Herzog *von Meiningen*, Herzog *von Coburg-Gotha*, Prinz *Friedrich von Preußen*, Fürst *Günther von Schwarzburg-Rudolstadt*, Prinz *Moritz von Nassau*, Fürst *Hermann von Wied* (Neuwied), Fürst *Alexander von Solms-Braunfels* (Braunfels), Fürst *zu Colloredo-Mansfeld* (Prag), Fürst *von Schönburg-Waldenburg*, Prinz *Alexander zu Solms-Braunfels* (Merseburg), Graf *August von Neu-Leiningen-Westerburg* (Wien), Graf *Friedrich von Alt-Leiningen-Westerburg* (Wien), Graf *Ysenburg-Meerholz* (Meerholz), Graf *Edmund von Hatzfeld* (Calcum), Graf *zu Knyphausen* (Norden), Graf *Armand von Renesse* (Mainz), Graf *Lilienberg* (Palma nuova), Graf *Colloredo-Mansfeld* (Wien), Gräfin *Ysenburg-Meerholz* (Meerholz), Prinz *Carl zu Solms-Braunfels* (Rheingrafenstein), Bankier *Flersheim* (Frankfurt), Graf *Carl zu Castelle*, Reg. Assessor *von Meusebach* (Marienwerder), *Paul von Szirmay* (Okruhla b. Eperies), Graf *Dominique Bethlen* (Wien). – Die Grafen *Anton, Clemens* und *Joseph von Boos-Waldeck* waren vorher beteiligt, schieden jedoch schon 1844 wegen Differenzen bezüglich des Vorgehens in Texas aus. – Daß mindestens einige jüngere Vereinsmitglieder aus dem mediatisierten Adel von dem Unternehmen in Texas materiellen Gewinn erhofften, geht aus gelegentlichen Äußerungen hervor, deren naive Burschikosität ergötzlich wirkt, freilich auf ihre Urheber kein

Hoffnung auf Entstehung eines "Deutschland in Übersee" bestanden haben; mindestens dergestalt, daß man ein Texas mit überwiegend deutscher Bevölkerung als Ziel vor Augen hatte.¹²⁶ Zunächst war die Ver-

günstiges Licht wirft und manches am Geschäftsgebaren des Vereins verständlich macht.

- 126 Manche Anzeichen sprechen dafür, daß die britische Politik sich für den Plan interessierte und ihm zumindest wohlwollend gegenüberstand. So berichtete Prinz *Solms* von der Überfahrt aus London über eine Audienz beim Prinzgemahl und bemerkt dazu, daß die Annexion von Texas wenig wahrscheinlich sei, da die Union mit stärkstem Widerstand Mexikos, Englands, Frankreichs und Rußlands rechnen müsse (C A 4 b 3, Nr. 17). Am 28.10.1844 schrieb Graf *Castell* an *Solms*: "England wird Anschluß nie zugeben... England interessiert sich für uns, da sie dadurch glauben, daß Texas mehr konsolidiert wird und sich unabhängig erhalten kann, wir haben darüber Versicherungen" (C A 4 c 2. Nr. 2). – *Lee C. Harby* behauptet rundweg (Magazine of American History, Vol. XX, 1888, No. 4), aus Briefen des Prinzen *Solms* gehe hervor, daß England hinter dem Unternehmen stand. Die in Braunfels aufbewahrten Berichte von *Solms* wie die Braunfelder Akten überhaupt lassen lediglich auf ein starkes Interesse schließen. Die Behauptung *Harbys* wird allerdings gestützt durch ein Schreiben des Generalkommissars von *Meusebach* (vgl. Anmerkung 133) an *Castell* vom 8.9.1845: Der Prinz habe einem wenig verlässlichen Mitarbeiter anvertraut, daß er mit dem englischen Gesandten über die Okkupation von Texas korrespondiert und entsprechende Pläne ausgearbeitet habe. *Meusebach* bedauerte ausdrücklich, daß er aus diesem Grunde gegen jenen Mitarbeiter nicht vorgehen könne, unterstellte also die Richtigkeit seiner Behauptungen und setzte offenbar voraus, daß die Geschäftsführung sie nicht in Zweifel ziehen werde (C A 4 b 3, Nr. 21). Ferner schreibt *Castell* am 5.8.1844 an *Solms*, er solle sich wegen der politischen Lage – Ablehnung der Annexion durch den Kongreß, aber drohender Krieg mit Mexiko – mit dem englischen Botschafter in Verbindung setzen (C A 4 c 2. Nr. 2). – Die Annahme liegt nahe, daß der Fürst von *Leiningen* mit diesen politischen Hintergründen des Unternehmens den Mittelsmann darstellte; umsomehr, als er sich nicht nur als Vorsitzender, sondern auch finanziell ungewöhnlich stark an dem Vereinsunternehmen beteiligte. Die Braunfelder Akten bieten für diese politische Vermittlertätigkeit *Leiningens* lediglich einige Anhaltspunkte. Deutlicher ist *Meusebachs* Eingabe an das Auswärtige Amt vom 29.9.1844, der ausdrücklich auf "beruhigende mündliche Mitteilungen des Prinzen Albert ... an den Fürsten von *Leiningen*" (über Englands Interesse an der Erhaltung eines unabhängigen Texas) Bezug nimmt (A.A. III. Rep. I. Ausw. außer Europa No. 2).

einsleitung überzeugt, daß Texas selbständig bleiben oder sich sogar nach einiger Zeit als Kolonie dem Deutschen Bunde unterstellen werde.¹²⁷ Selbst für den Fall seiner Rückeroberung durch Mexiko¹²⁸ oder seiner Angliederung an die Union glaubte man jedoch, bis dahin vollendete Tatsachen schaffen zu können, die den deutschen Charakter von Texas in Zukunft gewährleisten würden.¹²⁹ Im Unterschied zu dem Kalifornienprojekt kam es den Vätern des Texasunternehmens also weniger auf die staatliche Zugehörigkeit ihrer Kolonie als auf ihren vorwiegend deutschen Bevölkerungscharakter an. Dieses Vorgehen hatte manches für sich. Alles hing freilich davon ab, ob der Verein imstande sein würde, durch eine starke deutsche Einwanderung das Übergewicht des deutschen Elements in Texas zu sichern.¹³⁰

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Mißgriffe in den ersten Jahren, verursacht durch Unkenntnis der amerikanischen Verhältnisse und Unzulänglichkeit der Kolonisationsleiter¹³¹ sowie durch die Unterschätzung

-
- 127 Ein Korrespondenzartikel der deutschsprachigen "New Yorker Staatszeitung" vom 23.2.1845 aus Galveston berichtet zum Unternehmen des Adelsvereins, Texas habe Aussicht, ein deutscher Staat zu werden, und die Sendung des Prinzen von Solms habe damit einen guten Anfang gemacht. In Washington kursierten Ende 1844 Gerüchte, Solms habe in seinem Lager eine schwarz-rot-goldene Flagge ohne den Texasstern gehißt. Solms erklärte dazu, er habe schwarz-gelb geflaggt und nicht die Absicht, einen Stern zuzufügen. Man solle in Washington wissen, daß der Verein für einen U.S.A.-Staat Texas keinen Cent ausgeben werde (C A 4 c 2, Nr. 2).
- 128 Mexiko machte 1842 militärische Anstrengungen zur Wiedereroberung von Texas.
- 129 Sehr deutlich in dieser Hinsicht die Berichte des Prinzen von Solms (C A 4 b 3, Nr. 17), besonders 4.6 und 19.6. 1844; ebenso 20.8.1844 und 1.1.1845 (C A 4 b 3, Nr. 1).
- 130 Noch 1850 erklärte der damalige Geschäftsführer des Vereins, von Bibra, das Ziel sei, die deutsche Auswanderung im Westen von Texas zu konzentrieren (C A 4 b 1, Nr. 2).
- 131 Ein Spekulant, *Bourgeois d'Orvanne*, verkaufte dem Verein eine vor dem Verfallstermin stehende Landkonzession. Da eine Terminverlängerung von der texanischen Regierung nicht bewilligt wurde, beteiligte sich der Verein im Juni 1844 an der Landkonzession eines deutsch-texanischen Bodenspekulanten, *Henry Fisher*;

der notwendigen Mittel für die Kolonisation brachten den Verein sehr bald in finanzielle Schwierigkeiten und machten wiederholte Kapitalserhöhungen notwendig.¹³² Der Geschäftsführer Graf Castell war in geschäftlichen Dingen unerfahren und verlor bald den Überblick über das weitverzweigte Unternehmen. So kam es, daß neben vielen unnützen Ausgaben am unrechten Platze gespart wurde oder daß die Mainzer Zentrale, die Agenten im Lande und in den Hafenstädten und die Kolonialdirektion nicht Hand in Hand arbeiteten. Auch die Auswahl der Siedler ließ zu wünschen übrig: unter ihnen wie unter den Vereinsbe-

er verpflichtete sich, bis zum 1.3.1846 2 000 Siedler einzuführen, was ihm das Anrecht auf weitere 4 000 Siedlerstellen gewährte. – Die ersten Abgesandten des Vereins, Graf *Boos-Waldeck* und Graf *Leiningen*, kauften entgegen ihrer Instruktion eine Farm in Osttexas als "Stützpunkt" und ließen sie von Negern bewirtschaften; *Boos* widerriet einer deutschen Einwanderung sogar als unrentabel (C A 4 B 3, Nr. 20). Der 1844 zur Vorbereitung der Ansiedlung auf dem Fisherschen Grant entsandte Prinz *Carl zu Solms-Braunfels* bewies zwar mit der Gründung von Carlshafen und Neu-Braunfels eine glückliche Hand, faßte jedoch seine Aufgabe allzu politisch-militärisch auf und hatte mehr die strategische Sicherung der künftigen deutschen Kolonie als ihre praktischen Notwendigkeiten im Auge, er hinterließ bei der Heimkehr beträchtliche Vereinsschulden und ein organisatorisches Chaos.

- 132 Schon vor dem Einsetzen der Hauptwanderung 1845 war das Anfangskapital von 250 000 fl. verbraucht, und der Herzog von *Nassau* mußte mit einer kurzfristigen Anleihe von 200 000 fl. einspringen. Ende 1846 war bereits eine Schuld von über 600 000 fl. vorhanden; durch eine Anleihe von 1 200 000 fl. bei einem Frankfurter Bankenkonsortium wurde die Vereinsschuld stabilisiert; der Fürst von *Leiningen* z.B. hinterließ bei seinem Tode 1856 allein 150 000 fl. Schulden an das Anleihekonsortium. Fast bei jedem Fälligkeitstermin ergaben sich Schwierigkeiten aus der Zahlungsunfähigkeit einzelner Aktionäre. Dabei besaß der Verein an Außenständen und Prämienländereien in Texas beträchtliche Aktiva, so daß nach Ansicht des Spekulanten *Fisher* noch 1851 die Möglichkeit bestanden hätte, das Unternehmen mit Gewinn abzuschließen. Ein von ihm mit dem Rechtsnachfolger des Vereins, der "Texanisch-Deutschen Auswanderungsgesellschaft", am 15.9.1853 namens der texanischen Gläubiger abgeschlossener Vertrag löste sämtliche texanischen Schulden im Betrag von 244 884 Dollars mit fünf Sechsteln der Vereinsländereien ab. Über die Verwertung des verbliebenen Sechstels geht aus den Akten nichts hervor (C A 4 c 1, Nr. 19).

amten in Texas gab es viele für die Kolonie ungeeigneten Existenzen, die dem Unternehmen nur zur Last fielen und drüben Zank und Unruhe stifteten. Zudem versprach der Verein im besten Glauben mehr als er halten konnte und geriet bei dem Versuch, seine Verpflichtungen trotzdem zu erfüllen, immer tiefer in Schulden. Bei manchen Kolonisten bildete sich die Vorstellung aus, der Verein habe überhaupt für sie zu sorgen, was die eigene Initiative bedenklich lähmte; unehrliche und gewinn-süchtige Vereinsbeamte trugen ein weiteres dazu bei, daß man den Verein für alles haftbar machte und als zu melkende Kuh betrachtete. Die Mainzer Leitung leistete dieser verkehrten Haltung dadurch noch Vor-schub, daß sie manchen Auswanderern nicht bloß freie Verpflegung bis zur ersten Ernte und freien Transport, sondern auch Vorschüsse ge-währte. Da die Kolonialleitung anderen Einwanderern in Ermangelung ausreichender Kredite nicht einmal ihre Einlagen auszahlen konnte, ge-riete der Verein zu allem Überfluß und sehr zu Unrecht auch noch in den Verdacht betrügerischer Manipulationen. Zwar brachte der tüchtige Generalkommissar von Meusebach¹³³, der im Frühjahr 1845 den Prinzen Solms ablöste und die Leitung in Texas bis zum Juli 1847 innehatte, Ordnung in die Verwaltung; aber der Mangel an flüssigen Mitteln be-einträchtigte seine Tätigkeit so sehr, daß die Erbitterung der enttäusch-ten Elemente sich gegen ihn persönlich richtete.

Schon auf der Durchreise durch die Union hatte sich von Meusebach von der bevorstehenden Annexion von Texas überzeugt und der deut-schen Leitung empfohlen, das Unternehmen fortan unter Verzicht auf jeden politischen Ehrgeiz rein kaufmännisch zu führen, vor allem den Einwanderern außer der Landzuweisung nichts zu versprechen¹³⁴. Statt-

133 *Otfried Hans von Meusebach*, geb. 26.5.1812 in Dillenburg, war 1842-1844 preußi-scher Regierungsassessor in Trier. Im Sommer 1847 schied er aus den Diensten des Vereins aus und ließ sich in Texas nieder, wo er als einer der angesehensten deutschen "Pioniere" 1897 starb. Er gründete als Generalkommissar die deut-schen Siedlungen Friedrichsburg, Castell und Leiningen (cf. C A 4 b 3, Nr. 21

und C A 4 b 4, Nr. 278; ferner den Aufsatz von *Rudolf Bonnet* über Meusebach, in: "Nassauische Heimatblätter", 30. Jg. (1929), No. 4, 144 ff.).

134 Berichte aus Galveston, 10.4.1845 und Neu-Braunfels, 8.9.1845 in C A 4 b 3, Nr. 21.

dessen warb der Verein in Deutschland weiter Auswanderer an, unter Bedingungen, die ihn finanziell belasteten und in der Kolonie nicht eingehalten werden konnten¹³⁵. Dies wirkte sich verhängnisvoll aus, als um die Jahreswende 1845/46 fast gleichzeitig etwa 3 500 Einwanderer eintrafen, die mangels geeigneter Beförderungsmittel zum großen Teil in der Küstenniederung bleiben mußten. Bis zum Sommer stieg ihre Zahl auf fast 6 000; nur ein Teil von ihnen konnte nach Neu-Braunfels und Friedrichsburg geschafft werden, ihre Weiterleitung nach dem Grant¹³⁶

135 Die Kosten für die Überfahrt und den Landtransport bis zum Bestimmungsort waren zu niedrig veranschlagt und erhöhten sich für den letzteren durch den mexikanischen Krieg auf das Dreifache des vorgesehenen Betrags. Außerdem hatte sich der Verein zur Tragung der Unterhaltskosten bis zur ersten Ernte und zum Hausbau unter den faktischen Gestehungskosten verpflichtet. Unbemittelte Einwanderer wurden gelegentlich auf Vereinskosten befördert gegen die Verpflichtung, die Transportkosten durch Arbeit abzugelten: eine Neuauflage des durch die Unionsgesetzgebung verbotenen Redemptioner-Systems. Der Wechselkurs für eingezahlte Guthaben war zu günstig für die Einwanderer; da die Kolonisationsleitung in Texas unter ständiger Geldnot litt, konnten die Guthaben nicht prompt ausgezahlt werden, und die Einwanderer fühlten sich betrogen.

136 Im Januar bis Februar 1847 erforschte *Meusebach* den Grant des Vereins zwischen dem oberen Colorado und Pecos River und fand ihn für deutsche Siedler sehr geeignet. "Das Land im Grant besteht aus vier bis zwanzig Meilen breiten Gebirgstälern mit reicher, mehr sandiger als lehmiger Erde, etwa die schwarze Gartenerde in Deutschland. Vegetation: verschiedene Eichenwaldungen, daneben Nußbäume, Hickory, Ulmen und Platanen. Bis in die Gipfel der Bäume wachsen wilde Weinstöcke mit blauen Beeren von der Dicke der Malagatrauben, in ungeheuren Mengen. Die Beimischung sandiger Bestandteile in dem fetten Boden macht ihn für Getreide und Kartoffeln besonders geeignet" (C A 4 b 3, Nr. 21). – *Zimmermann* (a.a.O., S. 383) behauptete, das Vereinsland sei "erst in neuester Zeit überhaupt von Weißen besucht" worden und habe sich dabei als "ganz dürres, unfruchtbares Hochplateau" erwiesen. Da der Grant im gebirgigen Westtexas lag, das Mittelgebirgscharakter besitzt, enthielt er natürlich auch unfruchtbare Striche. Der Vorwurf einer "ihres gleichen suchenden Leichtfertigkeit", den *Zimmermann* der Vereinsleitung machen zu müssen glaubt, wird von seiner Darstellung mehr als einmal herausgefordert. So sei nur angemerkt, daß bereits 1847/48 die ersten fünf deutschen Ortschaften auf dem Grantgebiet ent-

mußte aufgeschoben werden. Unter den zusammengepferchten Auswanderern verursachten ungünstige Witterung, Unvorsichtigkeit und Unreinlichkeit Epidemien, die Hunderte von Opfern kosteten und erst im Herbst erloschen.

Die Frage nach der Schuld an dieser Katastrophe, der größten in der Geschichte der deutschen Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert¹³⁷, bedarf einer gründlichen Untersuchung, an der es bislang fehlt. Sie ist zu trennen von der Frage nach den Ursachen des Mißlingens des Texasunternehmens überhaupt, das nicht zuletzt durch das Unglück 1845/46 mitverursacht wurde, aber ebensowenig wie dieses von vornherein nur dem Verein zur Last gelegt werden konnte¹³⁸. Sicherlich fällt dem Verein die Hauptverantwortung für die organisatorischen Mängel zu, die zu dem Unheil betrogen. Er hatte jedoch mit einer Ungunst der Verhältnisse zu kämpfen, die auch bei besserer Organisation einen schweren Rückschlag unvermeidlich gemacht hätte. Dahin gehört vor

standen und die Besiedlung in den beiden folgenden Jahrzehnten rasche Fortschritte machte. Cf. *Bieseles*, op. cit., pp. 152 ss.

Meusebachs Verhandlungen mit den Comanches 1847 endeten mit einem Vertrag, der ein dauerndes gutes Einvernehmen mit den Indianern begründete und schon deshalb ein bemerkenswertes Ereignis der nordamerikanischen Kolonisationsgeschichte darstellt. Vgl. die Darstellung bei *Bieseles*, op.cit., pp. 183-187 und bei *Freden/Smolka*, a.a.O., S. 115 ff.

137 Genaue Ziffern der Todesopfer liegen nicht vor; *Zimmermanns* Angabe (a.a.O., S. 383), die Einwanderer seien "zum größten Teil umgekommen", ist aus der Luft gegriffen. Ernster zu nehmende Schätzungen schwanken zwischen 450 und 850 (*Bieseles*, l.c., p. 131). Im Ausschiffungshafen Indian Point starben bis Juni 1846 210 Personen, zur Hälfte Kinder. – Nur die Pfälzer Auswanderung 1708/9 verursachte ein ähnliches, allerdings weit größeres Massensterben.

138 Die Verquickung dieser beiden Fragen ist für fast alle zeitgenössischen und späteren Darstellungen charakteristisch. Die Unfähigkeit der Vereinsleitung war schuld an dem Fehlschlag des ganzen Unternehmens wie an der Katastrophe von 1845/46 – diese einleuchtend klingende Formel kehrt in zahlreichen Variationen wieder, wenigstens im deutschen Schrifttum. Vgl. hingegen die sorgfältige Untersuchung bei *Bieseles*, op.cit., pp. 130 ss. Mit Recht bemerkt dieser Autor (p. 131, Anmerkung 43): "Die Epidemie bot den Gegnern des Vereins Gelegenheit, in erbarmungsloser Kritik zu schwelgen."

allem der Ausbruch des mexikanischen Krieges, der nicht nur Gespanne und Wagen, sondern auch Lebensmittel und Arzneien mit einem Schlag so verknappte und verteuerte, daß selbst beim Vorhandensein ausreichender Geldmittel Verluste entstanden wären. Auch das ungewöhnlich schlechte Klima des Jahres 1845/46, das unter den zusammengepferchten Auswanderern verheerende Seuchen hervorrief, war beim besten Willen nicht vorauszusehen. Und schließlich machten die weiten Entfernungen und der schwerfällige Nachrichtendienst es der Vereinsleitung nahezu unmöglich, in enger Verbindung mit der Kolonie zu bleiben und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Als die ersten Hiobsposten in Mainz eintrafen, tat sie alles Erdenkliche, um zu retten, was zu retten war. 1 200 000 Gulden wurden eiligst aufgebracht, freilich zu spät; wäre diese Summe rechtzeitig verfügbar gewesen, so hätte die Katastrophe kaum solche Ausmaße angenommen, daß sie dem Unternehmen moralisch das Rückgrat brach.

Dies war freilich ihre unmittelbare Folge. Zwar vermochte Meusebach in Texas noch viel zu retten, er entfernte die untauglichen Kräfte aus der Beamtenschaft und schlug einen von ihnen angezettelten Aufstandsversuch mit großem persönlichen Mute nieder. Durch sein energisches Vorgehen erreichte er sogar, daß die demoralisierten Einwanderer an die Arbeit gingen und die Niederlassungen allmählich aufblühten¹³⁹. Aber da die Zentrale ihm in Verkennung der wirklichen Sachlage vorübergehend die Schuld an den früheren Fehlschlägen zuschob, trat er zurück, und seine Nachfolger erwiesen sich außerstande, sein Werk erfolgreich fortzusetzen. Vor allem aber war die Stellung des Vereins in Deutschland durch den Schicksalsschlag von 1846 so erschüttert, daß er sich nicht mehr davon erholte. Die ungünstigen, oft weit übertriebenen Berichte von Ausgewanderten und Rückwanderern trugen wesentlich dazu bei, daß die erstrebte deutsche Massenauswanderung nach Texas unterblieb. Infolgedessen kam die Besiedlung des Grants nicht zustande, und da die Aktionäre sich zu weiteren Geldopfern nicht entschließen konnten, wurde der recht bedeutende Vereinsbesitz in Texas eine leichte

139 Vgl. die Würdigung *Bieseles* (1. c., p. 146), die durch die Braunfelder Akten vollauf bestätigt wird.

Beute der Gläubiger. Zwei Versuche, die Vereinsrechte an neue deutsche Auswanderungsgesellschaften abzutreten, schlugen 1847/48 fehl und erschütterten vollends den Ruf des Vereins¹⁴⁰. Ein letzter Versuch, die deutschen Regierungen für das Unternehmen zu interessieren, mißlang 1850. Schon vorher waren einzelne Aktionäre ausgeschieden, und organisatorische Änderungen, die noch zweimal unternommen wurden, konnten das Blatt nicht mehr wenden. 1858 löste der Texasverein sich endgültig auf.

Mißt man das Unternehmen des Mainzer Adelsvereins an seinen ursprünglichen Zielen, so endete es mit einem gänzlichen Fehlschlag: Texas wurde kein "Deutschland in Übersee", weder als deutsche Kolonie oder unabhängiger Staat noch als deutscher Gliedstaat der Union. Auch seiner humanitären Zielsetzung hat der Verein nur unvollkommen gedient, zum Unheil vieler, die ihm ihr Schicksal anvertraut hatten. Die Schuld an diesem Versagen liegt jedoch nicht einseitig bei dem Verein. Er hatte von vornherein aus eigener Kraft einen Anfang setzen, nämlich die deutsche Kolonisation in Texas in Gang bringen wollen. Daß zu einem durchschlagenen Erfolg des Unternehmens die Unterstützung der deutschen Regierungen und der deutschen Öffentlichkeit notwendig sei, war den Beteiligten von Anfang an klar. Schon im Sommer 1843 wurde der Beschluß gefaßt, an die deutschen Regierungen heranzutreten¹⁴¹.

140 Eine Gruppe von utopischen Kommunisten unter dem Sohne des nassauischen Staatsministers *von Herff* wollte 1847 die Vereinsrechte übernehmen und gründete auf dem Vereinslande die Kolonie Bettina, löste sich jedoch bald auf. 1848 schloß der Verein einen Vertrag mit einem Hofrat *Martin* aus Freiburg, der sich jedoch als Betrüger erwies. Die badische Regierung berief sich auf diese Episode, als sie 1850 jede Förderung des Vereins ablehnte (C A 4 c 1, Nr. 21).

141 Protokoll der Generalversammlung vom 18. Juni 1843 in C A 4 b 1, Nr. 3. Einen zusammenfassenden Rückblick gibt der Generalbericht an die Generalversammlung vom 28./29.6.1845. Er legt dar, daß für die Erwerbung eines großen Landstriches in Texas und die Hinschaffung von Tausenden von Ansiedlern die Mittel des Vereins nicht ausgereicht hätten, daß jedoch die texanische Regierung 1843 das Siedlungsland kostenlos zur Verfügung zu stellen und ein gleich großes Areal dem Verein zu schenken bereit gewesen sei, wenn eine bestimmte Anzahl von Siedlern fristgerecht einwanderten. Es wurde daher beschlossen, die "Sache den deutschen Regierungen vorzustellen, zu suchen, sie zu vermögen, soviel bei-

Der Geschäftsführer, Graf Castell, unternahm zunächst entsprechende Schritte in Berlin, die jedoch erfolglos blieben. Vergebens wies er zur Beseitigung behördlicher Bedenken darauf hin, daß der Verein nicht zur Auswanderung ermuntere, sondern nur solchen helfen wolle, die zum Auswandern entschlossen seien¹⁴². Die bayerische und die badische Re-

zutragen, daß es dem Verein möglich würde, einige Tausend arme arbeitslose Familien nach Texas zu schaffen, um dem Notstand selbst dadurch zu steuern, und gleich so stark dort aufzutreten, um sich selbst schützen zu können, und einen festen Standpunkt für weitere Unternehmungen zu gewinnen und der Regierung von Texas die Überzeugung zu geben, daß sie durch deutsche Einwanderung sich konsolidieren könne, so dann damals von keiner Annexion die Rede gewesen wäre... Es ist hier nicht der Ort, auseinanderzusetzen, welche Vorteile Deutschland selbst gehabt hätte, wenn die Regierungen auf diesen Plan eingegangen wären; das Opfer... stand in gar keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Vorteilen, und die Regierungen hatten für die Ausführung des Unternehmens hinlängliche Garantien in der Hand, durch die Zusammensetzung des Vereins und durch das Kapital derselben, welches mit aufgewandt wurde" (C A b 1, Nr. 3).

- 142 Das preußische Außenministerium verwies *Castell* an *Alexander von Humboldt*, der am 2.12.1843 über zwei Unterredungen mit *Castell* berichtete (A.A.III. Rep.I. Ausw., No.2). Sein Bericht ist das Dokument seniler Gelehrteneitelkeit, in dem die Person des Verfassers, sein wissenschaftlicher Name und seine publizistischen Leistungen über Gebühr in den Vordergrund gestellt werden. Daß *Humboldt* dem "schlecht formierten, neuen, von Mexiko noch nicht als unabhängig anerkannten Staat Texas... das wichtigste aller Erfordernisse, politische Sicherheit und Möglichkeit, durch diplomatischen Einfluß sein erworbenes Recht zu verfolgen", abspricht, mag angehen, obwohl das niemand behauptet hatte. Seine Folgerung, es sei besser, die Einwanderung nach Nordamerika zu lenken, "mit dem wir geregelte diplomatische Verhältnisse haben", durfte der Zustimmung der Bürokratie sicher sein. Aber die Behauptung, in der preußischen Monarchie sei das "Auswandern glücklicherweise noch kein notwendiges, ja kein habituelles Übel", traf schon 1843 und erst recht in den folgenden Jahren und Jahrzehnten nicht zu. Mit Recht bemerkte *Meusebach*, der von *Humboldts* Gutachtertätigkeit durch einen Freund erfahren hatte, angesichts der Ansichten *Humboldts* und der älteren hohen Beamten sei nur eine negative Stellungnahme zu erwarten (an *Castell*, 2.2.1845; C A 4 b 3, Nr. 21). Sie änderte sich auch nicht, als Anfang 1845 bei den Zentralbehörden aus verschiedenen Teilen Preußens alarmierende Nachrichten über das Anschwellen der Auswanderung einliefen, der bisherigen selbstzu-

gierung lehnten zwar die Ernennung von Agenten unter den üblichen Bedingungen nicht ab, wohl aber die Bitte, Auswanderungslustige auf Texas und die Vereinskolonie hinzuweisen¹⁴³. Württemberg versagte im Sommer 1845 die erbetene Anerkennung des Vereins und seiner Agenten, bis die "begründeten Zweifel über das Gelingen einer deutschen Niederlassung in Texas durch weitere Erfahrungen beseitigt" seien¹⁴⁴. Eine materielle Unterstützung des Vereinsunternehmens, die zur Beseitigung dieser Zweifel am wirksamsten beigetragen hätte, lag bei der Einstellung der vormärzlichen Regierungen zur Auswanderung außerhalb des Erreichbaren. So blieb der Verein in der entscheidenden Phase auf seine eigenen, notwendigerweise unzulänglichen Kräfte angewiesen. Selbst als sich Ende der vierziger Jahre erstmals die badische Regierung, durch die Revolution aufgeschreckt, zur geldlichen Unterstützung von Ausgewanderten entschloß, ging der Verein leer aus, und der Vorteil dieser Maßnahme kam ohne Gegenleistung der Union zugute¹⁴⁵.

friedenen Zurückhaltung der Regierung also der Boden entzogen war. Sogar die Konzessionierung von Vereinsagenten wurde 1847 abgelehnt (St.A. Koblenz Abt. 403, Nr. 7184).

143 C A 4 c 1, Nr. 14 (Bayern) und C A 4 c 1, Nr. 12 (Baden).

144 C A 4 c 1, Nr. 13. 1850 teilte der Innenminister mit, Württemberg werde "künftig die Auswanderung nicht mehr behindern und die Auswanderer tunlichst unterstützen, sie jedoch hinsichtlich des Auswanderungszieles nicht beeinflussen, da die Verantwortung zu groß ist."

145 Zur finanziellen Unterstützung der Auswanderung durch süddeutsche Regierungen 1849 ff. vgl. *Philippovich*, a.a.O., S. 61, 182, 271 f. – Dem Verein eröffnete die badische Regierung auf seine Bitte um Unterstützung, seine früheren Fehlschläge in Texas sprächen gegen jede Förderung der Auswanderung dorthin. Die Vereinsleitung erwiderte, daß sie keine finanzielle Hilfe erbitte und daß sie "durch umsichtigeren Behandlung dieses nationalen Unternehmens" bemüht sei, frühere Mißgriffe vergessen zu machen. Abschlägige Antworten erhielt der Verein 1850 auf seine Bitte um bloße Hinweisung der Auswanderer auf die Vereinskolonien auch von den meisten übrigen Regierungen. Braunschweig und Weimar wiesen verträöstend auf die bevorstehende gemeinsame Regelung der Auswanderungsfrage durch die Unionsregierung hin (Generalversammlung 24.2.1849; C A 4 c 1, Nr. 22).

Noch mehr als die Zurückhaltung der Regierungen trug jedoch zum Mißerfolg des Texasunternehmens die Haltung eines großen Teils der deutschen Öffentlichkeit bei. Besonders die liberalen Kreise begegneten ihm mit unverhohlener Abneigung und machten es der Bürokratie leicht, sich hinter scheinbar sachlichen Einwänden zu verschanzen. Die gleichen Blätter, die seit Jahren gegen die Untätigkeit und Engstirnigkeit der Regierungen in der Auswanderungsfrage Sturm gelaufen waren, taten alles, um das Texasunternehmen von vornherein zu diskreditieren. Noch vor der Veröffentlichung des Programms¹⁴⁶ setzten die ersten Angriffe in der Presse ein. Nicht bloß die demokratische Linke, sondern auch viele bürgerliche Liberale waren wenig davon erbaut, daß die private Initiative, die angesichts der Haltung der Behörden als einziger Ausweg zur Lösung der Auswanderungsfrage blieb, gerade von adeliger Seite kam. Der "Adelsverein", wie er von dieser Seite mit Vorliebe bezeichnet wurde, wurde dadurch in der wichtigen Anfangsphase des Unternehmens stark behindert und zu erhöhten Aufwendungen genötigt¹⁴⁷. Um

146 *Schenderlein*, a.a.O., S. 48, behauptet zu Unrecht, die Presse habe dem Verein gegenüber zunächst "fast allgemein eine wohlwollende Haltung" eingenommen. Die Augsburger "Allgemeine Zeitung" brachte einen Angriff ihres New Yorker Korrespondenten, der sich gegen die Eignung von Texas richtete, bereits im Sommer 1843, lobte die philanthropische und nationale Absicht des Vereins allerdings kurz darauf (7.9.1843). Der demokratische "Telegraph für Deutschland" richtete im Dezember 1843 unter der Überschrift "Zehntausende Deutsche auf Aktien" eine maßlos heftige Invektive gegen die adligen Herren, die mit deutschem Blute dunkle Geschäfte machen wollten. Nach der Veröffentlichung des Vereinsprogramms mehrten sich die Klagen der Direktion über die "verfluchten Zeitungen, namentlich die Kölner und die süddeutschen" (*Castell an Solms*, 28.10.1844 in C A 4 c 2, Nr. 2). Die "Kölnische Zeitung", die "Augsburger Allgemeine", der "Schwäbische Merkur" und andere liberale Blätter veröffentlichten bis 1845 fast nur ungünstige Artikel über den "Adelsverein", obwohl bis dahin zuverlässige Nachrichten über den Anfang seiner Tätigkeit in Texas gar nicht vorliegen konnten.

147 Am 20.2.1845 berichtet *Castell*, daß "durch infame Artikel" südwestdeutscher Blätter 400 fest angemeldete Kolonisten abspenstig gemacht worden seien: "Wir haben sogar bei einer Menge zubezahlt, um sie nur festzuhalten" (C A 4 c 2 Nr. 2).

sich gegen diese, zunächst nur von parteipolitischer Voreingenommenheit eingegebenen Angriffe zu verteidigen, veröffentlichte er selbst einige Broschüren und versuchte außerdem, sich durch bezahlte publizistische Handlanger in der bürgerlichen Presse Gehör zu verschaffen¹⁴⁸. Eine weitere Gruppe von Gegnern bildeten Industrielle und Kapitalisten, die befürchteten, die Auswanderung könne der Wirtschaft Arbeiter und Kapital entziehen. Gegen sie spielte die Vereinsleitung den Pauperismus und drohenden Kommunismus aus; auch erhielt sie Unterstützung durch deutsche Reeder und Auswanderungsagenten, die ihren Einfluß auf die Presse im eigenen Interesse zu Gunsten des Texasunternehmens spielen ließen¹⁴⁹. Der in den ersten Jahren angerichtete Schaden ließ sich jedoch nicht wieder gut machen; schon deshalb nicht, weil die unglücklichen Ereignisse in Texas der Kritik bald neue, höchst wirksame Angriffsflächen darboten. Auch als in Texas das Schlimmste längst

148 1845 schrieb ein *Joh. Heinrich Siegfried Schultz* im "Rheinischen Beobachter" eine Artikelreihe zugunsten des Vereins, die auch als Broschüre mit dem Titel "Die deutsche Ansiedlung in Texas" erschien (Bonn 1845). Im gleichen Jahr veröffentlichte die Vereinsleitung zwei Broschüren mit dem Titel "Texas, ein Handbuch für alle Auswanderer" und "Gesammelte Aktenstücke des Vereins zum Schutze deutscher Einwanderer in Texas" (Mainz 1845). Weiter erschienen von Vereinsseite: *Carl zu Solms-Braunfels*, Texas. Ein Handbuch für Auswanderer (Frankfurt 1846) und *Kuno Damian Freiherr von Schütz*, Texas. Ratgeber für Auswanderer nach diesem Lande (Wiesbaden 1847). 1846 verpflichtete der Verein als publizistischen Anwalt einen in liberalen Kreisen eingeführten Dr. *Grosse*, der im März seine Tätigkeit mit einem Artikel in der "Kölnischen Zeitung" begann und angeblich eine Anzahl liberaler Blätter und zahlreiche Abgeordnete südwestdeutscher Ständekammern wie *Hergenbahn*, *Welcker*, *Hecker*, *Itzstein* u.a. für die Sache des Vereins gewann. Seine Background-Berichte klingen recht überzeugend und werfen auf die Grundsatztreue der liberalen Parlamentarier kein sehr günstiges Licht, lassen sich aber kaum nachprüfen. Jedenfalls führten seine übermäßigen Geldforderungen, die er mit der Notwendigkeit von Einladungen an Abgeordnete und dergleichen begründete, 1847 zum Zerwürfnis mit der Geschäftsführung. Der von ihm angestrebte Rechtsstreit wurde mit einem Vergleich beendet (CA 4 c 1, Nr. 4).

149 Darin dürfte die Erklärung dafür zu suchen sein, daß z.B. der "Hamburgische Correspondent" 1846/7, als der Verein von allen Seiten aufs schärfste angegriffen wurde, mehrere Artikel zu seinen Gunsten veröffentlichte.

überwunden war, blieb der Verein in Deutschland in einen Zweifrontenkrieg mit der Presse und den Regierungen verwickelt, der die ohnehin noch bestehenden Schwierigkeiten vermehrte und zum Mißlingen des Unternehmens beitrug. Darüber hinaus hatte die feindselige, vielfach ungerechte und unsachliche Berichterstattung der meisten Blätter zur Folge, daß das Bild des Texasvereins der Nachwelt höchst einseitig überliefert wurde¹⁵⁰.

Dieses Bild verschiebt sich sehr zu Gunsten des Texasunternehmens, wenn man seine ursprüngliche Absicht an der Wirklichkeit der Anfangsjahre 1842/44 mißt und die damals vorhandenen, realen Möglichkeiten einer deutschen Kolonisation im westlichen Texas würdigt; vollends auf dem Hintergrund des gleichzeitig zur Entscheidung anstehenden Kalifornienprojekts, das in Verbindung mit dem Texasunternehmen die Vision einer deutschen Kolonie vom Golf von Mexiko bis zum Pazifik erstehen läßt. Daß sie eine Fata Morgana blieb, lag nicht so sehr an den Männern des Adelsvereins, als an den maßgeblichen Kräften, die jede Lenkung der deutschen Auswanderung, ob nach Übersee oder Südosteuropa, für unnötig hielten. Im Vergleich mit ihnen bewiesen die Befürworter der gelenkten deutschen Auswanderung, zu denen auch die Gründer des Texasvereins gehörten, ein Maß von Voraussicht, das ihnen nicht zur Schande gereicht. Sie unterschätzten wohl kaum die Widerstände; ihr Fehler lag darin, daß sie es für möglich hielten, das unabweisbar Notwendige könne sich allen Widerständen zum Trotz durchsetzen, wenn erst einmal ein Anfang gemacht sei. Damit unterschätzten sie die Macht der Routine, die jede Bürokratie beherrscht; und insofern darf man ihr Scheitern als schuldhaft bezeichnen.

Zu einer objektiven Würdigung des Texasunternehmens gehört es nicht nur, daß man die Diskrepanz zwischen dem, was erstrebt und erreicht wurde, feststellt. In dieser Hinsicht ist der Texasverein zweifellos gescheitert. Das Bild ändert sich jedoch, wenn man seine Wirkung im Rahmen der deutschen Auswanderung nach Amerika betrachtet. Wenn

150 Die deutsche Geschichtsschreibung hat sich bisher höchst unkritisch die Wertungen der älteren Literatur zu eigen gemacht. Vgl. dagegen das bereits erwähnte Urteil *Bieseles*, a.a.O., pp. 159 ss.

der Texasverein auch nach dem Verzicht auf seine ursprünglichen Pläne daran festhielt, daß Westtexas der deutschen Einwanderung bessere Entfaltungsmöglichkeiten biete als das übrige Amerika, so hat er das Zeugnis aller sachkundigen, zeitgenössischen und späteren Beobachter¹⁵¹ für sich, vor allem aber das Zeugnis der Geschichte. Obwohl die von ihm erstrebte deutsche Einwanderung großen Stils nicht zustande kam, wohnten um 1850 um Neu-Braunfels und Friedrichsburg immerhin

151 Z.B. räumt *Kapp*, der sonst nicht gerade freundlich über das Texasunternehmen geurteilt hat, dem mittleren und westlichen Texas als Einwanderungsland vor allen anderen Staaten der Union unbedingt den Vorzug ein, "sowohl wegen seines gesunden und herrlichen Klimas als wegen seines fruchtbaren Bodens und seiner landschaftlichen Schönheit", die *Kapp* an einen großartigen englischen Park erinnerte. Über Neu-Braunfels, das er 1852 besuchte, äußert er sich sehr rühmend. Es hatte damals etwa 1200 Einwohner, war ein freundlicher Ort mit schönen, breiten, baumbestandenen Straßen und verhältnismäßig komfortablen Häusern mit Gärten. "Ich glaubte einen Augenblick in eins jener großen süddeutschen Dörfer zurückversetzt zu sein, wo die Kinder an Sommertagen im bloßen Hemd auf der Straße spielen, wo die Mütter, im Schatten ihrer Wohnung arbeitend, den halben Tag zubringen, und wo sich sonst wenig Leben zeigt, weil die Männer entweder im Hause oder auf den Feldern zu tun haben. Überall begegnete ich deutschen Gesichtern, deutschen Namen, sowie deutscher Sprache und Sitte; im ganzen Ort wohnte nur ein Schotte und ein Amerikaner, die gemeinschaftlich einen Laden hielten und sonstige kaufmännische Geschäfte betrieben. In dem Guadalupehotel fand ich eine vortreffliche Aufnahme und Bewirtung, welche mir doppelt wohlthat, weil ich seit vierzehn Tagen kein frisches Fleisch mehr, sondern nur Maisbrot und ranzigen Speck gegessen hatte, und weil ich endlich einmal wieder trinkbares Bier und sehr reinen, guten Rheinwein fand. Ich traf hier zufällig einen alten Bekannten, mit welchem ich in Berlin mein Jahr abgedient hatte. Er stellte mich den übrigen Herren am "Honoratiorentisch" vor, einer wahren Musterkarte von ehemaligen deutschen Beamten, Offizieren, Studenten und Abenteurern, welche sich hier als Bauern und Geschäftsleute, Fuhrleute und Feldmesser ganz wohl zu befinden schienen und im Gesicht sowohl als in den Händen die tiefen Furchen harter Arbeit aufzuweisen hatten. – Am frühesten Morgen, als ich mir die Landschaft zu betrachten ging, sah ich Männer, Frauen und Kinder schon an der Arbeit und überall begegnete ich frischem, aufstrebendem und gedeihlichem Leben. Ähnlich fand ich es in Friedrichsburg, obgleich hier noch die Baumstumpen auf den Straßen standen und kein so großer Verkehr herrschte" (Aus und über Amerika, S. 243 ff.).

etwa 15 000 Deutsche. Sie bildeten zwar nicht die Mehrheit der Bevölkerung, aber sie waren zahlreich genug, um deutsche Sitte und Art stärker geltend zu machen als in irgendeinem anderen Teil der Vereinigten Staaten¹⁵². Zweifellos hängt diese Tatsache damit zusammen, daß das deutsche Element von Anfang an bei der Erschließung des Landes maßgeblich beteiligt war. Die Deutschen gehörten hier anders als sonst in Nordamerika zum ersten Vortrupp der Zivilisation, und das harte Leben an der Frontier, der Indianergrenze, bedeutete einen Ausleseprozeß, der gerade die stärksten, energischsten Charaktere anzog und sich behaupten ließ¹⁵³. Neben den bäuerlichen Siedlern, die auch hier die Mehrzahl bildeten und denen es recht gut erging, gab es viele Einwanderer aus gebildeten Ständen, die als Kaufleute, Ärzte, Journalisten usw. eine geachtete Stellung einnahmen oder als "lateinische Bauern" ihre Farmen bewirtschafteten, ohne auf ihre geistigen Ansprüche zu verzichten¹⁵⁴. Zäher als die meisten deutschen Einwanderer in der Union haben diese texanischen Deutschen und ihre Nachkommen auch später und bis in die Gegenwart ihren deutschen Charakter und die deutsche Sprache bewahrt.

Für die deutsche Massenauswanderung der Folgezeit hätte das Gelingen des Texasunternehmens in vieler Hinsicht richtungsweisend und bahnbrechend werden können. Ihr Zerflattern in alle Winde und ihr rasches Aufgehen in fremdem Volkstum hätte sich durch stärkere räumli-

152 *Meusebach*, der alles andere als ein Lobredner des Vereins war und die Verhältnisse am besten übersah, schreibt am 26.6.1848 aus Texas, der Verein habe schon jetzt "der deutschen Bevölkerung einen Stützpunkt, einen Einfluß, eine Macht gesichert, welche nicht mehr genommen werden können" (C A 4 b 3, Nr. 21). Einen sehr lebendigen Eindruck von dem deutschen Leben in den Vereinssiedlungen gibt *Frederick Law Olmsted*, *Wanderungen durch Texas und im amerikanischen Grenzlande* (Leipzig 1857), pp. 98 ss. Vgl. auch gelegentliche Berichte in der deutschen Presse der Gegenwart, z.B. "Süddeutsche Zeitung" vom 21.9.1952.

153 Der Gegensatz zu den gedrückten, scheuen Einwanderern, die *Kapp* von den Nordstaaten her bekannt waren, fiel ihm bei den texanischen Deutschen besonders auf.

154 *Meusebach*, der übrigens später in den Kongreß des Staates Texas gewählt wurde, blieb zeitlebens ein Vertreter dieses typischen texanischen Deutschtums.

che Zusammenfassung wenigstens teilweise vermeiden oder aufhalten lassen. Insofern bedeutet die Geschichte des Texasvereins mehr als eine interessante Episode in der Geschichte der deutschen Auswanderung. Sie ist ein Musterbeispiel, in dem die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die großen Aussichten und die geringen Ergebnisse der deutschen Wanderung über die Erde anschaulich zusammengedrängt sind.

Daß dieser Anschauungsunterricht in einen Zeitpunkt fiel, in dem die großen Fragen der deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert zur Entscheidung drängten, rückt das Texasunternehmen über den Rahmen der Auswanderungsgeschichte hinaus in einen größeren Zusammenhang. An diesem Sonderfall wurde die Auswanderung als politisches Problem eindringlicher als je zuvor den Zeitgenossen bewußt. Er hatte unmißverständlich gezeigt, daß auf eine befriedigende Lösung dieser deutschen Lebensfrage seitens der bestehenden staatlichen Gewalten nicht zu rechnen war. Der Meinungsstreit um den Texasverein nahm deshalb so heftige Formen an, weil sich die gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung andrängenden Mächte seiner bemächtigten, um ihn politisch auszumünzen. In der Presse und in den Ständekammern wurde der "Fall Texas" weidlich ausgeschlachtet, und die Auswanderung als nationales Anliegen wurde um 1845 zu einem Schlachtruf der Opposition. Dies führte von selbst dazu, daß sich die Politiker und Publizisten mit den durch die Auswanderung aufgeworfenen Fragen mehr befaßten als bisher. Vor allem aber wurden auch die Regierungen dadurch genötigt, sich mit dieser Tatsache des deutschen Lebens, die sie bisher geflissentlich ignoriert hatten, auseinanderzusetzen. Die außenpolitischen Möglichkeiten, die sich zu Beginn der vierziger Jahre in Übersee dargeboten hatten, waren freilich unwiederbringlich dahin; aber noch bestanden andere, vielleicht zukunftsreichere, die gerade durch die nunmehr erwiesene Fragwürdigkeit einer überseeischen Kolonialgründung ins Blickfeld gerückt wurden. In jedem Falle war die Frage gestellt, ob es angebracht sei, die Verbindung zwischen den Ausgewanderten und dem Mutterlande zu erhalten, und was gegebenenfalls dazu geschehen könne. Vornehmlich um diese Frage bewegt sich die Diskussion über die deutsche Auswanderung in dem Jahrzehnt um die Jahrhundertmitte.

DIE DEUTSCHEN REGIERUNGEN UND DIE AUSWANDERUNG IN DEN JAHREN VOR 1848

Von einer Auswanderungspolitik der deutschen Regierungen vor 1848 läßt sich nur *cum grano salis* sprechen.¹⁵⁵ So unterschiedlich sich die Regierungen der Auswanderung gegenüber verhielten, in einem Punkte herrschte *grundsätzlich Einmütigkeit*: mit der Auswanderung schied der Untertan aus dem Staatsverbände aus und ging die Behörden nichts mehr an; erst im Falle seiner Rückkehr trat er wieder in ihren Gesichtskreis. Die Auswanderung war also nur eine Verwaltungsangelegenheit, die als solche rein formaljuristisch zu behandeln war; eine Sache der örtlichen und übergeordneten Behörden, in letzter Instanz des zuständigen Ministerialreferenten. Allenfalls mochte man bedürftigen Auswanderungswilligen zur Entlastung der Armenkasse von der Heimatgemeinde oder aus Staatsmitteln einen Zuschuß für die Transportkosten gewähren. Jedes weitere behördliche Interesse konnte als Förderung der Auswanderung aufgefaßt werden und war darum unerwünscht. Denn für diese gab es keinen hinreichenden Grund zur Auswanderung: der Staat bot genügend Raum für seine Bevölkerung¹⁵⁶.

Immerhin wurden im vormärzlichen Deutschland auch andere Ansichten vertreten. Vor allem in den südwestdeutschen Staaten fiel es schwer, vor einer Erscheinung die Augen zu verschließen, die "seit langem ein alltägliches Bild im deutschen Leben"¹⁵⁷ geworden war. In der

155 Grundlegend ist *E. von Philippovich*, *Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland* (Leipzig 1892). Das Werk, das als Vorstudie für das "Reichsgesetz über das Auswanderungswesen" vom 9.6.1897 zustande kam, enthält eine Reihe von Einzelstudien über die Gesetzgebung der deutschen Hauptauswanderungsländer, die öfters auch auf die materiellen, insbesondere sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Auswanderung eingehen.

156 Zu diesem Ergebnis kam ausdrücklich der preußische Staatsminister *von Rother* in seiner *Denkschrift* vom Dezember 1845 (vgl. S. 160 ff.).

157 *Fr. Schnabel*, *Deutsche Geschichte* III, S. 354.

hessischen Ersten Kammer unternahm der bejahrte Freiherr von Gagern 1840 und 1842 Vorstöße, die unter Hinweis auf soziale Not und die nationale Bedeutung der Auswanderung die Bildung von Auswanderungsgesellschaften und die Lenkung der Auswanderung durch behördliche Belehrung der Auswanderer anregten.¹⁵⁸ Die Regierung glaubte jedoch, die Verantwortung nicht auf sich nehmen zu können, die mit einer Belehrung der Auswanderer verbunden sei; auch Gagerns Antrag auf regelmäßige Unterrichtung des Landtags über die Stärke der Auswanderung aus Hessen wurde wegen Unzuständigkeit der Ständevertretung abgelehnt.¹⁵⁹ Ebenso erging es einem erneuten Antrag annähernd gleichen Inhalts, den Gagern unter dem Eindruck des Texasunternehmens in der Session von 1845 einbrachte, und einem Antrag in der Abgeordnetenkommission, der die Regierung ersuchte, die Leitung und Organisation der Auswanderung sowie den Schutz der Ausgewanderten im Ziellande zu übernehmen. Die Debatten in den beiden Häusern ließen jedoch ebensosehr wie die sehr ausführliche Stellungnahme des Ministeriums erkennen, daß die Überzeugung von der sozialen und politischen Bedeutung des Gegenstandes allgemein vorhanden war.¹⁶⁰ Gagern be-

158 Gagern bat, eingedenk zu sein, daß, "wenn wir auch alle ... in wenigstens relativ hohem Wohlstand und Behagen uns befinden, es in vielen bäuerlichen Wohnungen, in den Herbergen der Handwerker, in mancher einsamen Kammer keineswegs so aussehe, und daß wir eben diesen Klassen Förderung, Ansicht, Hoffnung schuldig sind, so viel an uns ist. Es entgeht keinem unter ihnen, daß bei allem täuschenden Anschein von Macht, Reichtum, Zivilisation und, wenn Sie wollen, Freiheit – Europa, ja die Erde dennoch unaussprechlich krank seien ... Wir haben in Deutschland so viele müßige Hände, die Arbeit und Eigentum suchen" (Protokolle der Ersten Kammer 1842, S. 337 f.).

159 Gagern blieb die Antwort nicht schuldig: "Wenn den Ständen Rechenschaft über den Geldverbrauch abgelegt wird, dürfen sie den Menschenverbrauch nicht richtig wissen?" Der Staatsminister *du Thil* stellte sich in seiner Replik jedoch auf den bemerkenswerten Standpunkt, es sei nicht Sache der Regierung, den Ständen "das Material, aus welchem Stoff zu Tadel oder Beschwerde etwa geschöpft werden wollte, selbst zu liefern" (Protokolle der Ersten Kammer 1842, S. 316).

160 Der Präsident der Ersten Kammer erklärte, daß "nur die Besorgnis der Verletzung eines von seiten der Staatsregierung im Interesse der Staatsverwaltung auf-

gnügte sich übrigens nicht mit seinen Schritten bei der hessischen Regierung, sondern ließ Anfang 1842 über den preußischen Gesandten in Darmstadt der Berliner Regierung ein Memorandum zugehen, in dem er die führende Macht des Zollvereins aufforderte, bei der Regelung der deutschen Auswanderung die Initiative zu ergreifen.¹⁶¹ Er fand damit ebensowenig Anklang wie mit einer Denkschrift für Metternich vom November 1841, durch die er den österreichischen Kanzler im Interesse einer deutschen Südostkolonisation zur Änderung seiner "ephemerem" Status-quo-Politik in der Orientalischen Frage zu bewegen versuchte.

In Württemberg war es ein philanthropischer Gesinnungsverwandter Gagerns, der Stuttgarter Finanzkammerdirektor von Werner, Vater des um die Innere Mission hochverdienten protestantischen Theologen, der in den vierziger Jahren mehrmals für eine Änderung der staatlichen Auswanderungspolitik eintrat. Als Abgeordneter der Zweiten Kammer reichte er im Herbst 1841 einen sorgfältig ausgearbeiteten Antrag ein, der unter Berufung auf die starke württembergische Auswanderung der letzten Jahrzehnte und die dabei zutage getretenen Mißstände die Regierung zur Bildung eines Auswanderungs- und Kolonisationsvereines aufforderte. Als Aufgabe des Vereins, der gemeinsam mit allen an der Auswanderung interessierten deutschen Regierungen gegründet werden sollte, bezeichnete Werner den Ankauf geeigneter Ländereien, den Schutz der Auswanderer bis zur Ankunft am Bestimmungsorte und die Leitung der Kolonie in den Anfangsjahren. Durch Leitung der Auswanderung könne Deutschland "sich Kolonien gründen, die nicht durch das Recht der Eroberung, nicht durch den Druck der Monopole, sondern durch die Pflichten der Dankbarkeit, in den späteren Geschlechtern aber durch die Macht der Gewohnheit und des gegenseitigen Interesses sich mit dem Mutterland verbunden fühlen." Auch dieser Vorschlag wurde mit der Begründung abgelehnt, die Regierung könne nicht die Verantwortlichkeit für die Verpflichtungen übernehmen, die ihr durch eine

recht erhaltenen Prinzips" die Regierung abgehalten habe, dem Antrag zu entsprechen (Protokolle der Ersten Kammer 1845, Nr. 7, S. 39).

161 In A.A. III. Rep. 1 Ausw. Generalia No. 2 Vol. 9. Dort auch als Anlage die im folgenden erwähnte Denkschrift für Metternich, mit dem Gagern im Herbst 1841 auf dem Johannisberg die Auswanderungsfrage erörtert hatte.

staatliche Lenkung der Auswanderung erwachsen würden. Dagegen sagte die Staatsregierung einer staatlichen Vereinigung dieser Art ihren Schutz zu. Werners Aufruf zur Aktienzeichnung, für den sich unter anderem die Augsburger "Allgemeine Zeitung" warm einsetzte¹⁶², brachte jedoch nur einige fünfzig Beitrittserklärungen mit je 100 fl., und der Verein kam nicht zustande. Offenbar hatte Werner, wie er dazu schrieb, zu Unrecht gemeint, "das Interesse habe mit der tätigen Nächstenliebe nichts zu tun." – Wie Gagern versuchte übrigens auch Werner, über den Gesandten von Rochow die preußische Regierung zu gewinnen; ein Zeichen dafür, wie sehr sich die nationalen Hoffnungen in Südwestdeutschland seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. Preußen zugewandt hatten.

Werners Initiative in Stuttgart traf zusammen mit einer Reise des nordamerikanischen Konsuls in Bremen, Francis Grund, deren Zweck es war, die südwestdeutschen Regierungen zu Verhandlungen mit der Unionsregierung über eine staatliche Organisation der Auswanderung zu bewegen. In Kassel und in Darmstadt fand er bereitwillig Gehör; in Stuttgart wurde er vom Innenminister und vom König empfangen, und der bayerische Ministerpräsident Abel sagte sogar eine finanzielle Beteiligung zu, sofern der Name des bayerischen Königs an die Spitze gestellt werde¹⁶³. Die badische Regierung lehnte seinen Vorschlag jedoch mit der Begründung ab, daß das Großherzogtum nicht überbevölkert sei. Mit der gleichen Begründung nahm die badische Staatsregierung 1842 gegen eine Anregung des Außenministeriums Stellung, angesichts der wachsenden Bewegung für eine nationale Regelung der Auswanderung ihre bisherige Haltung zu überprüfen.¹⁶⁴ Im gleichen Jahre überwies je-

162 Aufruf 31.7.1843. *Werners Denkschrift in actis G.St.A.* Berlin. A.A.III., Rep.I. Ausw. Gen. Nr. 2. Vol. 9; gedruckt in *Protokolle der Zweiten Kammer*, XVII, Bd. II (1843). Vgl. *Huber*, in: *Philippovich*, a.a.O., S. 262 f.

163 Das konfessionelle Moment war nach dem Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart für die Ablehnung dieses Angebots durch Grund maßgebend: er habe gefürchtet, seiner Regierung keinen Dienst zu erweisen, wenn "er sich darauf einließe, vorzugsweise mit einem katholischen Gouvernement in Verbindung zu treten" (A.A.III. Ausw. Generalia No. 2, Vol. 9).

164 *Philippovich*, in: *Philippovich*, a.a.O., S. 123/4.

doch die Zweite Kammer des Großherzogtums einen Antrag zur Regelung der Auswanderung unter dem Schutze der deutschen Regierung einstimmig empfehlend der Regierung, und im gleichen Sinne sprach sie sich erneut im Sommer 1846 aus. Da die Staatsregierung auch diesmal zurückhaltend blieb, kündigte der Abgeordnete Buß Ende 1847 einen Antrag an, der auf eine "im nationalen Interesse liegende Organisation der deutschen Auswanderung" abzielte und für die Auswanderung von Dorfarmen eine Staatsunterstützung befürwortete. Eine bewußt kulturpolitische Lenkung der Auswanderung forderte darüber hinaus eine Denkschrift des liberalen Verwaltungsmannes Nebenius vom Sommer 1847, die das Innenministerium sich zu eigen machte.¹⁶⁵

Buß und Nebenius sprachen nur aus, was seit 1845 nicht nur sehr viele Deutsche aus allen Volksschichten, sondern auch immer mehr Politiker dachten. Am bezeichnendsten dafür ist eine Denkschrift des preußischen Kultusministers Eichhorn vom 17. Februar 1845. Veranlaßt wurde dieses Schriftstück, das sich von der bisherigen Haltung preußischer Amtsstellen gegenüber der Auswanderung auffallend unterschied, durch die Eingabe des Texasvereins, welche die Unterstützung der preußischen Regierung zur Erhaltung des deutschen Kulturgutes unter den deutschen Einwanderern in Texas erbat.¹⁶⁶ Eichhorn hatte als Minister ausgiebig Gelegenheit gehabt, einen Einblick in den "jammervollen Zustand der deutschen Kirche und Schule und den damit zusammenhängenden Verfall der deutschen Sprache und Nationalität" unter den ausgewanderten Deutschen zu gewinnen, da häufig Bitten um Unterstützung aus diesen Kreisen an ihn gelangten. Er hielt es deshalb für wünschenswert, daß bei der Anlage größerer deutscher Auslandssiedlungen Maßnahmen von seiten des Mutterlandes ergriffen würden, um den kulturellen Bedürfnissen der Auswanderer Rechnung zu tragen, und fragte im Dezember 1844 beim Außenminister von Bülow an, ob bei dem Texasplan auf die Kirchen- und Schulbedürfnisse der Auswanderer Rücksicht genommen sei. Das Außenministerium erklärte, es kenne das Texasunternehmen nur aus Zeitungen; bisher habe die preußische Re-

165 A.a.O., S. 126 ff.

166 A.A.III. Rep.I. Ausw. Außer Europa No. 11, Vol. 1; ebenda die Denkschrift.

gierung es abgelehnt, die Auswanderung zu leiten oder besondere Maßregeln zur Unterstützung der Auswanderer in den Zielländern zu treffen. Ob eine Änderung der bisherigen Praxis im Falle einer bedeutenden preußischen Auswanderung nach Texas erforderlich sei, müsse mit dem Innen- und Finanzministerium besprochen werden; wenn ja, so sei auf die Förderung der Kirchen und Schulen besonderer Nachdruck zu legen¹⁶⁷.

Diese Antwort bot Eichhorn Gelegenheit, sich grundsätzlich über die Stellung der Regierung zu den deutschen Auswanderern, namentlich in Nordamerika, zu äußern¹⁶⁸. Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten – so führte er aus – wachse so stetig an Bedeutung, daß sie für das Mutterland wie für Amerika eine der wichtigsten Zukunftsfragen bilde. Mit jedem Jahre vermehre sich das Verhältnis der Amerikadeutschen zum Stammvolke und zur Bevölkerung der neuen Heimat. Während dieser Zustand für Amerika überwiegend vorteilhaft sei, habe er für Deutschland bisher fast nur Nachteile zur Folge gehabt. Deutschland verliere andauernd wertvolle, arbeitssame Staatsbürger, und durch die unausgesetzte Auswanderung werde der Eindruck erweckt, als seien die Zustände in der Heimat in einem Grade unerträglich, wie es der Wirklichkeit nicht im entferntesten entspreche. Dazu dürfte man den Nachteil nicht gering anschlagen, "der zu einer Zeit, in der das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes in der Politik und in jeder Seite des Staats- und Volkslebens eine größere Bedeutung gewinnt, für den deutschen Namen daraus erwächst, daß die amerikanischen Deutschen, der Bande entledigt, welche den Massen allein sittliche Haltung geben können, vom heimischen Boden, dem alten Staats- und Gemeindeverband, größtenteils selbst von der Familie losgerissen, vollends auch des deutschen Gottesdienstes und der Schule entbehrend, dem deutschen Namen keineswegs Ehre machen." Das deutsche Proletariat der Hafenstädte sei

167 Zum folgenden vgl. meinen Aufsatz "Religion und Muttersprache in Preußens vormärzlicher Auswanderungspolitik", in: "Jahrbuch des Reichsverbands für die katholischen Auslandsdeutschen", 1933.

168 *Eichhorns* Denkschrift ist abgedruckt bei *A. Zimmermann*, *Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik* (Oldenburg/Leipzig 1892), I, Anhang.

fast schlimmer als das irische, und es sei beinahe so weit gekommen, daß "der Angloamerikaner am Deutschen keine Tugend kenne als seine Ausdauer im Geldmachen und seine Unermüdlichkeit in der Arbeit." Gegenüber solchen Nachteilen sei es ein sehr zweifelhafter Vorteil, daß durch die Auswanderung der Bevölkerungsüberschuß in einzelnen Gegenden des Staates beseitigt werde. Gerade die ärmeren und schwächeren Elemente blieben in der Heimat zurück, und im übrigen gebe es in Deutschland genug Landstriche, wo ein Zuzug von Arbeitskräften durchaus erwünscht sei. Zwei Möglichkeiten sehe er, diesen Übelständen zu begegnen: die Auswanderung zu hemmen oder sie so zu leiten, daß die dem Heimatlande entzogenen Kräfte ihm in der Neuen Welt wieder nutzbar würden.

Von diesen beiden Möglichkeiten glaubt Eichhorn die erste ablehnen zu müssen. Die Auswanderung erscheint ihm als ein Phänomen des Völkerlebens, das nach seiner ganzen Art "einem pathologischen Zustand des physischen Lebens einzelner organischer Wesen analog" sei. Die Verhinderung der Auswanderung durch Zwangsmaßnahmen kuriere nur an den Symptomen herum, und die Ursachen ließen sich nur dann bekämpfen, wenn die Erkrankung des sozialen Organismus bis ins Einzelne analysiert und bekannt sei. Gerade das sei aber bisher nicht der Fall, und es sei auch in der nächsten Zukunft bei den mannigfaltigen Ursachen der Auswanderung kaum wahrscheinlich. Bestenfalls würde man durch staatlichen Zwang so weit kommen, die Zahl der Auswanderer jährlich um einige Tausend zu vermindern; auch das oft vorgeschlagene Mittel, die Überbevölkerung einzelner Gegenden durch Anlegung von Kolonien in dünn besiedelten Gebieten des Staates zu beheben, könne nur als Palliativ wirken¹⁶⁹. Die Auswanderung aber ganz zurückzudrängen, das Auswandern überhaupt oder das Auswandern nach Amerika ganz zu verbieten, würde "ein Experiment sein, über dessen Gefahren weitere Andeutungen wohl überflüssig sind."

Aus diesen Gründen kommt Eichhorn zu dem Ergebnis, daß es wünschenswert sei, durch planmäßige, zielbewußte Leitung die Auswande-

169 Damit nahm *Eichhorn* den entscheidenden Einwand gegen *Rothers* Denkschrift vom Dezember 1845 vorweg, S. u. S. 166 ff.

rung für das Mutterland fruchtbar zu gestalten. Dem stünde zwar die politische Zersplitterung Deutschlands im Wege; aber der Zollverein biete eine Handhabe, die umso eher zu benutzen sei, als die Frage des Überseedeutstums gerade in wirtschaftlicher Hinsicht sehr belangreich sei. Preußen als Haupt des Zollvereins habe einen triftigen Grund, diese Aufgabe anzupacken und die Betreuung der deutschen Auswanderer "ohne Rücksicht auf ihre frühere Staatsangehörigkeit" in die Hand zu nehmen. Das Ziel müsse dabei sein, "den deutschen Auswanderern die nationale Einheit und das Bewußtsein des Zusammenhangs mit dem Stammvolke zu erhalten, und dadurch einerseits dem deutschen Volksleben eine Geltung in dem politischen Leben der fremden Weltteile zu verschaffen, andererseits Anknüpfungspunkte für den heimischen Handel und die heimische Schifffahrt zu gewinnen".

Die Möglichkeit der Anlegung von deutschen Kolonien in Übersee verneint Eichhorn, da das Fehlen einer Kriegsflotte keinen ausreichenden Schutz zulasse¹⁷⁰. Man werde sich also damit begnügen müssen, den

170 Bemerkenswert ist die Tatsache, daß *Eichhorn* trotzdem eine deutsche Kolonialgründung in Kalifornien anscheinend nicht für ausgeschlossen hielt: "Ohne eine Seemacht und ozeanische Küsten kann kein Staat Kolonien begründen. Zwar wird vorgeschlagen, nicht nach dem alten System, nach dem die Kolonien Landgüter der Staaten sind, sondern nach einem neuen zu verfahren, nach dem die Kolonien in politischer Unabhängigkeit nur débouchés für die überfließende Bevölkerung, die Industrie und den Handel des Mutterlandes sein und Schwesterländer werden sollen: etwas, das in der Mitte zwischen dem Verhältnis der griechischen Kolonien und dem System Karthagos, später Genuas, stehen würde. Aber auch so setzt die Gründung von Kolonien voraus, daß der junge Staat unter dem Schutze des alten erwachse, und dies ist wieder nicht möglich, so lange der Mutterstaat keine Seemacht hat. Dann aber setzt die Gründung unabhängiger selbständiger Kolonien auch ein Gebiet voraus, dessen staatsrechtliche Verhältnisse die politische Selbständigkeit der Ansiedler gestatten. Da nun aus klimatischen Gründen nur der nördliche Teil von Amerika und höchstens noch die Südküste des Kontinents von Australien sowie Neuseeland für deutsche Niederlassungen geeignet erscheinen, so scheint für die Auswahl eines Niederlassungsortes nur Kalifornien übrig zu bleiben, dessen Abtretung von der mexikanischen Zentralregierung allerdings dem Vernehmen nach zu erlangen sein würde. Mögen aber die in neuerer Zeit verbreiteten Nachrichten über die außerordentliche

deutschen Auswanderern, wo sie sich gesammelt finden, die deutsche Sprache zu erhalten, sie in größeren Mengen zusammenzuhalten und mit dem Bewußtsein der Nationalabstammung auch die Sympathie für das Mutterland durch fortgesetzte Verbindung zu pflegen. Dieses Gefühl des inneren Zusammenhangs mit der alten Heimat werde sich auch in einer Verstärkung des Güteraustausches auswirken¹⁷¹.

Zur Erreichung des Hauptzieles, der Erhaltung der deutschen Sprache, des Zusammenhalts der Ausgewanderten in größeren Massen und der Pflege der Sympathie für das Mutterland durch indirekte Einwirkungen und Hilfe, blieben nach Eichhorns Auffassung also nur zwei Möglichkeiten: die Unterstützung des Kirchen- und Schulwesens in den deutschen Niederlassungen und tätige Fürsorge der Konsuln in den Landungsplätzen, vielleicht von Agenten in den Abgangshäfen, um die Auswanderer möglichst nach solchen Punkten zu lenken, an denen sie bereits einen Stamm von Landsleuten fänden. Von diesen beiden Wegen

Fruchtbarkeit und das gesegnete Klima Kaliforniens auch der Wahrheit vollkommen gemäß sein, was denn doch noch einer gründlichen Prüfung bedarf, so ist es einesteils die Frage, ob eine am Stillen Meere gelegene Küste für den heimischen Handel große Vorteile bieten würde, anderenteils wird die Nachbarschaft der immer vorwärts dringenden settlers der Vereinigten Staaten Nordamerikas, des unruhigen Mexikos und kriegerischer Indianerstämme zu einer militärischen Kraftentwicklung nötigen, welche leicht gleiche Wirkung auf das Gedeihen der Niederlassung üben könnte, als der bewaffnete Zustand der Algerischen Kolonien auf die Entwicklung dieser." – Der Vergleich mit Algerien hinkt zwar in mehr als einer Hinsicht, spricht aber gewiß nicht zuungunsten des Kalifornienprojekts. Allerdings war der günstige Zeitpunkt dafür 1845 bereits verpaßt.

- 171 Ob durch private Vereinigungen bzw. durch ihre staatliche Unterstützung dieses Ziel zu erreichen sei, erscheint *Eichhorn* fraglich. Die bisherigen Erfahrungen sprächen nicht gerade für diesen Weg, und dazu komme das Bedenken, daß derartige Vereine die Tendenz in sich trügen, die Auswanderung zu fördern. Die Regierung könne also auf diese Weise leicht einem Übel Vorschub leisten, dessen nachteilige Folgen sie ja gerade abstellen wolle. Außerdem lägen bei direkter Beteiligung der Regierungen völkerrechtliche Konflikte im Bereich der Möglichkeit, die sich wieder für das Schicksal der deutschen Auswanderer verhängnisvoll auswirken könnten.

setzte der zweite eine grundlegende Reform des ganzen Konsularwesens voraus; der erste dagegen war leichter gangbar. Vielfach sei, erklärte Eichhorn, bisher schon durch Unterstützung deutscher Kandidaten, die als Prediger nach den Vereinigten Staaten gehen wollten, in dieser Hinsicht wertvolle Arbeit geleistet worden. "Bei allem, was bisher in diesem Sinne geschehen ist, hat man aber lediglich religiöse Zwecke im Auge gehabt; das unsägliche religiöse und sittliche Elend vieler Tausender von Deutschen, welche ganz ohne allen Gottesdienst und Unterricht leben, und der jammervolle Zustand auch der meisten organisierten Kirchengemeinden hat durch jenen Beistand gebessert werden sollen; nicht aber hat man dabei bezweckt, die deutsche Sprache und das Bewußtsein der deutschen Nationalität unter den nordamerikanischen Deutschen dadurch zu erhalten. Wie bedeutungsvoll für die Erhaltung dieser nationalen Elemente die deutsche Kirche und die deutsche Schule ist, wird von vielen nordamerikanischen Deutschen sehr lebhaft empfunden und auch durch die entgegengesetzte Erfahrung bewiesen, daß der klägliche Zustand derselben viele deutsche Gemeinden in die Arme vorzüglich der Methodisten usw. treibt und mit diesem Übergang auch immer der Untergang der deutschen Sprache verbunden ist. ... Für den deutschen Auswanderer dürfte das kirchliche Leben noch von weit größerer nationaler Bedeutung sein als für den Ansiedler aus anderen Stämmen, namentlich den englischen, denn er bringt keine politischen Institutionen mit, die mit seinem innersten Leben verwachsen sind, und ist der Staat ihm auch nicht fremd geworden, so waren es doch seine Formen."

Die Bedeutung der Eichhornschen Denkschrift bedarf keiner Begründung. Ist auch vieles zeitgebunden¹⁷², so ist der Kernpunkt, die Auffassung des Verhältnisses von Religion und Muttersprache, bemerkenswert klar herausgearbeitet. In dieser Frage eilt die Denkschrift ihrer Zeit weit voraus. Freilich bleibt es fraglich, wie die Verwirklichung der Forderungen Eichhorns ausgesehen hätte und ob sie den tatsächlichen

172 So z. B. die Auffassung der Auswanderung als sozialer Krankheitserscheinung, die gerade um die Jahrhundertmitte allgemein verbreitet war und auf malthusianistischen Gedankengängen beruhte, oder die - übrigens nur beiläufige - Behandlung der Kolonialfrage.

Verhältnissen der Ausgewanderten ohne Engherzigkeit entsprochen hätte¹⁷³. Ein Nachschub von deutschen Seelsorgern und Lehrern aus der Heimat, an den Eichhorn anscheinend wohl in erster Linie dachte, wäre auf die Dauer wohl kaum in dem Maße möglich gewesen, wie es sich schon bei der Massenauswanderung des folgenden Jahrzehnts als notwendig erwies. Immerhin aber hätten solche Maßnahmen wenigstens den Anfang einer kulturpolitischen Arbeit unter den Amerikadeutschen gebildet und auf die Entwicklung des stärksten Zweiges des Auslandsdeutschums in einem entscheidenden Augenblick bestimmend eingewirkt.

Die Initiative des preußischen Kultusministers schien zunächst nicht ohne Erfolg zu bleiben. Eichhorn hatte die Denkschrift dem Außenminister von Bülow, dem Innenminister von Arnim und dem Finanzminister Flottwell zugehen lassen. Bülow antwortete sehr bald: eine Mitwirkung des preußischen Staates bei dem Texasunternehmen sei abzulehnen, da Mexiko seinen Besitzanspruch auf Texas noch aufrechterhalte und gegen eine europäische Kolonisation großen Stils in diesem Staate sehr empfindlich sei; bei den ausgedehnten Handelsbeziehungen Preußens zu Mexiko sei deshalb größte Zurückhaltung am Platze¹⁷⁴. Hinsichtlich Nordamerikas habe sich das Innenministerium dahin geäußert, daß die preußische Regierung sich um die Auswanderer nicht zu kümmern brauche, da nur wenige Preußen darunter seien¹⁷⁵. Trotzdem bekannte sich das Auswärtige Amt zu der Ansicht, daß die Frage der deutschen Kirchen und Schulen in Nordamerika für die Erhaltung des deutschen Elements sehr wichtig sei. Es richtete deshalb am 10. März 1845 an die

173 Eine gewisse konfessionelle Voreingenommenheit läßt sich jedenfalls – weniger in der Denkschrift als bei den folgenden Verhandlungen – nicht verkennen.

174 Wie wenig dies der wirklichen Auffassung der mexikanischen Regierung entsprach, geht aus den einschlägigen Abschnitten dieser Arbeit hervor. Mexiko hatte Texas bereits durch die Anerkennung seiner Selbständigkeit gegenüber Großbritannien aufgegeben und hatte alles Interesse daran, das mittelamerikanische Element in Texas möglichst stark zu machen.

175 Der konfessionelle Gesichtspunkt spielte dabei eine Rolle: *Bülow* bemerkte, das Hauptkontingent der Auswanderer stamme aus dem Moselgebiet, sei katholisch und gehe neuerdings nach der belgischen Kolonie von St. Thomas in Guatemala.

preußischen Vertreter in Stuttgart, Frankfurt und Darmstadt die Aufforderung, bei den süddeutschen Regierungen vorzufühlen, ob diese geneigt seien, Vorkehrungen zu treffen, durch welche die Auswanderung in die schon von Deutschen bevölkerten Gebiete Amerikas gelenkt werde, um dadurch die Bildung geschlossener deutscher Gemeinden zu erleichtern.

Gerade die süd- und westdeutschen Mittelstaaten mußten nach der Meinung der preußischen Regierung an der Sache besonders interessiert sein, da aus ihnen die meisten Auswanderer kamen. Bülow's Zirkular betonte ausdrücklich, daß Preußen nur im gesamtdeutschen Interesse diese Frage aufgeworfen habe und für sich allein bei dem geringen Umfange der Auswanderung aus Preußen keinen dringenden Anlaß zu seinem Vorgehen habe¹⁷⁶. Die Antworten der südwestdeutschen Regierungen zeigten denn auch, daß die Zeit für eine kulturpolitische Initiative reif war. Baden, Württemberg und das Großherzogtum Hessen erklärten, sie hielten die Erhaltung des deutschen Charakters bei den Auswanderern in Nordamerika für eine Frage von größtem gesamtdeutschen Interesse. Aber dieser prinzipiellen Zustimmung entsprach nicht die Bereitschaft zur praktischen Mitarbeit. Baden lehnte eine Unterstützung bei der Errichtung von Kirchen und Schulen für die Ausgewanderten rundweg ab und erklärte, über seine bisherigen Leistungen – die Unterstützung armer Auswanderer mit Geldmitteln für die Überfahrt – nicht hinausgehen zu können. Ebensowenig ermutigend war die Antwort Württembergs: die Regierung sei weder rechtlich noch moralisch ver-

176 Die Fiktion, daß die Auswanderung aus Preußen eigentlich keine Berechtigung habe, wurde mit Ausnahme der kurzen Episode 1848/51 von der preußischen Regierung zäh festgehalten. Ohne sich dabei aufzuhalten, regte *Eichhorn* an, *Bülow* solle den preußischen Ministerresidenten in Washington zu einer gutachtlichen Äußerung auffordern, wie durch eine allgemeine Maßregel der Kirchen- und Schulnot der evangelischen Deutschen in Nordamerika abzuhelfen sei. Ihm schwebte dabei ein Anschluß der amerikanischen Protestanten an die preußische Landeskirche vor, wie ihn kurz zuvor die evangelische Gemeinde in Buenos Aires vollzogen hatte. Da der preußische Generalkonsul in New York, *Schmidt*, gerade in Berlin anwesend war, wurde er von *Bülow* um ein Gutachten über diese Frage gebeten.

pflichtet, die ausgewanderten Landeskinder zu betreuen, und überdies sei auf Bürger eines fremden Staates ein direkter Einfluß nicht statthaft; man könne also nur für die Beratung der Auswanderer bei ihrem Auszuge oder bei der Ankunft in Amerika sorgen, höchstens noch die deutschen Konsuln und die deutschen Gesellschaften in den Vereinigten Staaten veranlassen, auf eine dichtere Ansiedlung der Auswanderer in bestimmten Gegenden hinzuwirken.¹⁷⁷ Am meisten Aussicht auf eine positive Mitarbeit machte die hessische Antwort. Sie erkannte die wertvolle kirchliche Arbeit unter den hessischen Auswanderern, die zum großen Teil Katholiken seien, an, betonte aber, daß für diese Geistlichen und ihr Werk von anderer Seite gesorgt würde. Die evangelischen Auswanderer seien sehr zerstreut und kümmerten sich wenig um die alte Heimat. Die Erhaltung der deutschen Sprache in Amerika werde recht schwierig sein, da nun einmal Englisch die Amtssprache sei. Einen gewissen Erfolg dürfe man sich versprechen, wenn die deutsche Auswanderung auf ein bestimmtes Gebiet konzentriert würde. In dieser Richtung habe die hessische Regierung schon früher Unterhandlungen angeknüpft,¹⁷⁸ die jedoch an den Ansichten des Präsidenten der Union gescheitert seien. Ohne ein Zusammenwohnen der deutschen Auswanderer in größeren Massen sei aber die Erhaltung des Volkstums höchstens einige Generationen hindurch möglich, auch bei Unterstützung deutscher Kirchen und Schulen in Nordamerika; denn die Sonderinteressen des einzelnen überwögen das Bewußtsein des Zusammenhangs mit dem Mutterlande. Nur dann sei etwas zu erreichen, wenn die Sache im Großen angepackt würde. Dazu seien aber erhebliche Mittel notwendig.

177 In der württembergischen Antwort bricht am deutlichsten der konfessionelle Gesichtspunkt durch: In der Kirchen- und Schulfrage sei zwischen katholischen und evangelischen Auswanderern zu unterscheiden. Die katholische Mission sei in Nordamerika sehr tätig, aber bei der Eigenart der katholischen Kirche, welche "in ihrer abstrakten Einheit das Element der Nationalität unberücksichtigt läßt", werde die Erhaltung der Nationalität nicht zwangsläufig dadurch gefördert; immerhin aber könne auch der katholischen Mission bis zu einem gewissen Grade diese Richtung gegeben werden. Für die evangelischen Auswanderer habe Württemberg schon viel getan, besonders durch den Gustav-Adolf-Verein.

178 Wahrscheinlich ist *Gagerns* Initiative 1817 gemeint (s.o. S. 77 ff.).

Die hessische Regierung müsse sich diese Mittel von den Ständen bewilligen lassen, und nach den bisherigen Erfahrungen seien diese nur dann dazu bereit, wenn ein bis ins einzelne ausgeführter Plan vorliege.

Bevor noch diese Antworten, von denen mindestens die letzte die Möglichkeit zu weiteren Schritten eröffnete, von Bülow an Eichhorn weitergeleitet wurden, hatte Eichhorn versucht, durch einen neuen Schritt beim Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Dinge weiterzutreiben. Am 5. Juli überreichte er eine weitere Denkschrift, die ihm von dritter Seite übermittelt worden war und besonders auf die Kirchen- und Schulfrage ausführlich einging. Der anonyme Verfasser¹⁷⁹ erklärte sich entschieden gegen jede Kolonialgründung, auch in der Form eines geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Übersee. Sein Programm war rein kulturpolitisch: die "Deutschheit" der Auswanderer sei für das Mutterland wichtiger als irgendein Hoheitsrecht, das ja überhaupt bei allen Kolonisationen mit der Zeit erlösche. Bei der Unmöglichkeit politischer Schritte werde man sich zunächst "darauf beschränken müssen, durch geistige Mittel auf das geistige Leben in unseren Kolonien zu wirken und dadurch im Auslande das deutsche Wesen zu erhalten und zu pflegen." Zu diesem Zwecke wird die Gründung einer Deutschen Gesellschaft vorgeschlagen, die ihren Sitz in Berlin haben solle und sich auf die rein kulturpolitische Tätigkeit beschränken müsse; die Mittel seien durch freiwillige Beiträge aufzubringen. Die Gesellschaft müsse zunächst eine Zeitschrift gründen, deren Aufgabe die kulturelle Verbindung zwischen dem Mutterland und den Auslanddeutschen sei. Sie solle über die kirchlichen, gesellschaftlichen, gewerblichen und wissenschaftlichen Zustände des Auslandsdeutschtums berichten, was zunächst überhaupt erst zur Kenntnis der auslandsdeutschen Situation beitragen würde¹⁸⁰. Weiter müßten an allen Punkten, wo deutsches Volkstum bedroht sei, lokale Blätter gegründet werden, und ebenso

179 Seine Identität ließ sich nicht feststellen. Meine in dem angezogenen Aufsatz von 1933 mitgeteilte Vermutung trifft jedenfalls nicht zu.

180 "Wieviele deutsche Gemeinden mögen in der ganzen Welt zerstreut sein, von denen wir kaum etwas wissen und die wir sozusagen durch nationalen Zuspruch bei ihrer Nationalität erhalten könnten, wenn wir nur überhaupt von ihrem Dasein und ihren Bedürfnissen Kunde hätten!"

müßte man an allen Hauptplätzen des In- und Auslandes Tochtergesellschaften ins Leben rufen, wobei die bereits bestehenden Unterstützungsvereine für Auswanderer zahlreiche Anknüpfungspunkte böten. Nötigenfalls müsse die Hauptgesellschaft die Bildung neuer Vereine veranlassen. Weiter müsse versucht werden, in allen deutschen Siedlungsgebieten im Auslande Gemeinden zu bilden und für ihren Zusammenhang mit dem geistigen Leben des Mutterlandes zu sorgen. Vor allem aber sei für die Bildung deutscher Kirchen und Schulen Sorge zu tragen, und zwar mehr durch Überweisung von Geistlichen und Lehrern als durch materielle Unterstützung.¹⁸¹

Mit diesen Denkschriften war der Weg gewiesen, der angesichts der Abneigung der Regierung gegen alle Kolonialpläne allein die Aussicht auf eine ersprießliche Lösung der Auswanderung im nationalen Sinne bot. Der Gedanke eines direkten, staatlichen Zusammenhangs mit den Ausgewanderten war aufgegeben, ebenso die Hoffnung auf unmittelbare wirtschaftliche Vorteile für das Mutterland. Dagegen eröffnete sich die

181 Der Verfasser empfiehlt zu diesem Zweck die Zusammenarbeit mit konfessionellen Organisationen wie dem Gustav-Adolf-Verein und sonstigen Missionsgesellschaften. Von weiteren Maßnahmen nennt die Denkschrift die Gründung deutscher Buchhandlungen, deutscher Gymnasien und Universitäten; die Fonds seien durch freiwillige Beiträge der Deutschamerikaner zusammenzubringen, wie ja überhaupt in Amerika alle höheren Lehranstalten durch Privatmittel entstünden, und die Zentrale müsse vor allem diese Lehranstalten durch den Nachweis tüchtiger Lehrkräfte unterstützen. Bei dem Überfluß an wissenschaftlich geschulten Kräften in Deutschland sei dies leicht möglich, und der deutsche Einfluß in den höheren Schichten der Vereinigten Staaten würde auf diese Weise ungemein steigen. Auch für Deutschland selbst würde diese Arbeit sich fruchtbar auswirken, weil sie dem Deutschen weltweite Gesichtspunkte geben würde; wirtschaftliche Vorteile würden sich dann allmählich von selbst ergeben. Als ausgesprochen preußisches Institut dürfe die Gesellschaft nicht ins Dasein treten; auch ihre unmittelbare Unterstellung unter den König würde ihre Stellung gegenüber dem Auslande erschweren. Dagegen sei es zu begrüßen, wenn der König das Protektorat übernehmen und andere bedeutende Männer und namhafte Persönlichkeiten sich als Ehrenmitglieder beteiligen würden. Ein Stab von beamteten Geschäftsführern sei unerlässlich, und als tragende Grundlage müsse eine große Zahl von zahlenden Mitgliedern geworben werden.

Aussicht auf Anbahnung eines für beide Teile fruchtbaren Austauschs, der schließlich auch zu einer verstärkten Geltung des deutschen Elements in der Welt überhaupt führen mußte. Die Vorschläge bewegten sich also in der Richtung, welche die deutsche Kulturpolitik gegen Ende des Jahrhunderts schließlich, obschon unter ganz anderen Auspizien, einschlug. Für ein solches Vorgehen hätten sich in den vierziger Jahren bei der starken Anteilnahme der gesamten deutschen Öffentlichkeit an der Auswanderungsfrage wohl auch die übrigen deutschen Regierungen gewinnen lassen. Der Mangel an staatlichen Machtmitteln, einer Flotte vor allem, konnte nicht als Gegengrund angeführt werden; er hätte sogar die Lage insofern erleichtert, als dadurch die Besorgnis vor einem politischen Druck bei den Regierungen der Haupteinwanderungsländer beseitigt wurde.¹⁸²

Alles kam jetzt auf die Stellungnahme der von Eichhorn befragten Ministerien an. Sie zeigten sich von der Aufgabe, die hier Preußen als Vormacht von ganz Deutschland angesonnen wurde, nicht sonderlich angesprochen. Nach vielem Wenn und Aber wählten sie schließlich den bequemsten Ausweg, indem sie sich auf den reinen Rechtsstandpunkt zurückzogen. In diesem Sinne entschied sogar, einigermaßen im Widerspruch zu der anfänglichen Haltung Bülows, das Votum des Auswärtigen Amtes vom 15. September 1845: die Deutschen, die in Nordamerika ansässig geworden seien, hätten sich aus jedem staatlichen Verbandsmit-

182 Auf diesen wichtigen Umstand hatte übrigens wenige Wochen zuvor ein ausführlicher Aufsatz über die Auswanderungsfrage in den "Börsennachrichten von der Ostsee" hingewiesen, der *Eichhorn* vorgelegen hatte. Er ist ferner deshalb bemerkenswert, weil er, obwohl offenbar aus nichtkatholischen Kreisen stammend, der Seelsorge unter den katholischen Auswanderern mehr gerecht wurde als etwa *Eichhorns* erste Denkschrift oder die württembergische Antwort. Der Verfasser betonte nämlich, daß es für eine solche kulturpolitische Arbeit in erster Linie auf die gemeinschaftsbildenden kirchlichen Kräfte ankomme, die "im römischen Katholizismus vielleicht stärker und durchdringender, unleugbar im Äußerlichen, als in der evangelischen Kirche vorhanden" seien. Es sei verfehlt, sich etwa vorzugsweise an die "deutsch-katholische" Bewegung – die damals gerade viel von sich reden machte – zu wenden. Auch unter den echt kirchlich gesinnten katholischen Geistlichen werde man genug solche finden, die in deutsch-vaterländischem Sinne ihre seelsorgliche Tätigkeit auffaßten und ausübten.

ihrer früheren Heimat losgelöst und deshalb keinen Anspruch darauf, von ihren früheren Regierungen bei der Herstellung und Erhaltung ihrer nötigen Anstalten für den Unterricht und religiöse Zwecke unterstützt zu werden. Am wenigsten sei eine solche Fürsorge aus Staatsmitteln seitens der preußischen Regierung angebracht, deren Prinzip es bisher gewesen sei, die Auswanderung zwar nicht zu hindern, ihr aber auch keinerlei Vorschub zu leisten. Gerade das letztere aber würde geschehen, wenn staatliche Mittel für derartige Zwecke zur Verfügung gestellt würden¹⁸³.

Mit dieser Stellungnahme der entscheidenden Instanzen waren die Anfänge einer auslanddeutschen Kulturpolitik, wie sie Eichhorn vorschwebt hatten, in den Akten begraben.¹⁸⁴ Noch im gleichen Jahre sah sich jedoch der alte Staatsminister und Präsident der Preußischen Staatsbank von Rother veranlaßt, dem König eine umfangreiche Denkschrift über "Die Auswanderungs- und Kolonisations-Projekte für

183 Ähnlich sprachen sich das Votum des Innenministeriums und des Finanzministeriums aus. Die Bewilligung von Mitteln für deutsche Schulen und Kirchen im Auslande wurde mit der Begründung abgelehnt, daß im Inland in dieser Hinsicht noch so viel zu tun sei, daß eine Maßregel der geplanten Art einer Begünstigung der Auswanderung gleichkäme. An sich sei nichts dagegen einzuwenden, daß ein Verein wie der vorgeschlagene sich bilde; allerdings wohl nur in Nordamerika, da im europäischen Auslande ein solches Unternehmen leicht als Einmischung in innerpolitische Verhältnisse aufgefaßt werden könne. Im übrigen vertrat das Innenministerium die optimistische Auffassung, daß das Deutschtum in Nordamerika bei seiner augenscheinlichen Zusammenballung in bestimmten Staaten von selbst zu einer festeren Organisation kommen werde. Außerdem stellte es sich in konsequenter Anerkennung der nationalstaatlichen Idee auf den Standpunkt, daß jede Regierung das Recht habe, fremdvölkische Elemente einzuschmelzen.

184 Daran änderte auch nichts ein reichlich verspätetes Gutachten des New Yorker Generalkonsuls *Schmidt* vom 20. September 1845, obwohl es die Möglichkeit der Errichtung deutscher Kirchen und Schulen unter den deutschen Einwanderern in Amerika durchaus bejahte und im einzelnen manche wertvolle Fingerzeige gab. Das Auswärtige Amt ließ es *Eichhorn* mit der Bemerkung zugehen, eine weitere Rückfrage beim preußischen Gesandten in Washington erübrige sich nach seiner Meinung (A.A.III. Rep.I. Ausw. Außer Europa No. 11, Vol. 1).

Deutschland" vorzulegen.¹⁸⁵ Sie ist ein Zeugnis bester preußischer Verwaltungstradition: gründlich, nüchtern abwägend und von hohem Ver-

-
- 185 Sie erschien als anonyme Broschüre 1848 unter dem Titel "Über Auswanderung und innere Colonisation in besonderer Beziehung auf Preußen" (Berlin 1848). *Huber* (in: Philippovich, a.a.O., S. 263) ist die Verfasserschaft *Rothers* unbekannt. Zur Vorgeschichte und dem Ergebnis der Denkschrift *Rothers* vgl. meine Artikelreihe "Siedlungsversuche im vormärzlichen Preußen" in der Monatsschrift "Der Ostsiedler", 4. Jg. (Berlin 1933), Nr. 8-10, die durch die Osthilfeskandale und die Abwürgung der Brüningschen Ostsiedlung durch die "Harzburger Front" angeregt wurde. – Daß *Rother* mit seinen Ideen nicht allein stand, zeigt die 1847 erschienene Studie von *W. Dieterici* "Über Auswanderungen und Einwanderungen", die ganz ähnliche Gedanken entwickelte. *Dieterici* wendet sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen den verantwortungslosen Egoismus der ostelbischen Herrenschicht: "Große Glücksspekulationen sind es, vor denen Hohe und Niedere sich beugen und denen die wirkliche Gedeihlichkeit zum Opfer gebracht wird. Die Zahl derjenigen, die mit gesteigerten Ansprüchen und Bedürfnissen aus den Staatskassen leben wollen, ist zu groß, fällt den mühsamen schaffenden Händen zu schwer, entzieht den meisten Regierungen ein zu beträchtliches Kapital, das vorteilhafter für das wahre allgemeine Beste verwendet werden könnte, und vermehrt in einem zu großen Maßstabe die Menge der Proletarier, als daß ein so bedenklicher Zustand der Dinge von längerer Dauer sein könnte. ... Erwähnt man alle diese Umstände, so stellt sich die unvermeidliche Notwendigkeit eines allgemeinen deutschen Bundesgesetzes dar, wodurch die Auswanderung geregelt und in gewissen Grenzen bestimmt wird. So lange Deutschland selbst noch seine Kinder hinlänglich zu nähren vermag, soll man sie nicht, als wandernde Völkerscharen, das Meer überschiffen und in dem fernen Westen oft noch größeres Elend suchen lassen, dem zu entrinnen sie sich bemühen. So lange der alleinige preußische Staat noch 500 Quadratmeilen Landes bietet, welches mindestens 1 Million Menschen zu ernähren vermag, dürfte nun mit gemeinsamen Kräften und lichtvollen Vorstellungen darauf hinzuwirken sein, daß vor allem diese 500 Quadratmeilen Landes bevölkert und bebaut werden. Es ist daher gewiß zweckmäßig, daß die großen Rittergüter in kleinere Abteilungen zerschlagen und diese Abteilungen in hundertjähriger Erbpacht vergeben werden. Es ist gewiß zweckmäßig, daß in dem westlichen Deutschland rationell darauf hingewirkt wird, die Blicke der Auswanderungsbenötigten diesen neu entstandenen Bauerngütern im Bereiche des Vaterlandes zuzuwenden, und ihnen einfach und wahr die positiven Vorteile auseinanderzusetzen, welche die Ansiedlung auf solchen Gütern ihnen zu gewähren vermag ... Lohnende Ergebnisse werden gewiß nicht ausbleiben,

antwortungsbewußtsein getragen. Als Mittel gegen Armut und Überbevölkerung will Rother die Auswanderung nicht gelten lassen. Sehr viele Angehörige der unterstützungsbedürftigen Klassen besäßen materiell oder hinsichtlich ihrer körperlichen und sonstigen Fähigkeiten nicht die erforderlichen Voraussetzungen; und "nicht die Zunahme der Bevölkerung bedroht das Wohl und die Ruhe der Gesellschaft, sondern das Verkennen und die Nichtachtung der Bedingungen und Pflichten, welche diese Zunahme dem Staate und dem Volke selbst auferlegt". Das Hauptkontingent der Auswanderer bestehe überdies aus Menschen, die "im Lande selbst am wenigsten zu entbehren sind", unter deren Verlust also das Gemeinwesen und nicht zuletzt die ärmeren Volksschichten zu leiden hätten. Sie führten nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch Millionen von Talern an Kapital mit sich. Die Meinung, daß von der Gründung überseeischer Kolonien oder geschlossener deutscher Ansiedlungen, selbst wenn sie Aussicht auf Erfolg hätten, erhebliche Vorteile für die "geistige Entwicklung, die Macht und den Reichtum des Vaterlandes" zu erwarten seien, hält Rother für abwegig. Aus allen diesen Gründen könne vom Staat eine Förderung der Auswanderung nicht erwartet werden. Aber auch die Fürsorge für die Auswanderer durch die Behörden oder private Vereinigungen sei unangebracht, so wenig sich gegen die menschenfreundliche Absicht sagen lasse. Abgesehen davon, ob eine wirksame Kontrolle erreichbar sei, bleibe es "bedenklich, einen Ausnahme- und Notstand organisieren zu wollen, und unmöglich, die Wirkung der zu diesem Zwecke gewählten oder gestatteten Mittel in den beabsichtigten und notwendigen Grenzen zu halten." Es sei nicht Sache des Staates, den Menschen vor den Folgen seiner freien Entscheidung zu bewahren. "Die Auswanderung als eine individuelle Angelegenheit der einzelnen, die ihre Lage unmittelbar verbessern wollen, wird selbstredend keiner Beschränkung oder Erschwerung zu unterwerfen sein. Aber eine solche individuelle Angelegenheit jedes einzelnen muß sie auch bleiben. ... Das Problem, welches die Staatskunst zu lösen hat, ist augen-

wenn reger Fleiß die Leitung der Angelegenheiten übernimmt, ruhiger Eifer mehr und mehr sie entwickelt und eiserne Beharrlichkeit dabei im Großen wie im Kleinen obwaltend ist" (G.St.A. Berlin A.A.III. Rep.I. Auswanderung außer Europa Nr. 11, Vol. III).

scheinlich nicht, das Volk zu lehren, wie es vor den vorhandenen Übeln fliehe, sondern an diese Übel selbst eine radikale Kur zu wenden."

Als solche empfahl Rother den Versuch, "wenigstens einen Teil der Arbeitskräfte und Kapitalien, welche jetzt schon die Auswanderungen ohne Gegenwert dem Lande entziehen, zurückzuhalten und für dasselbe nutzbar zu machen. ... Der natürliche Entwicklungsgang würde es sein, wenn von den günstigst gelegenen, am meisten vorgeschrittenen Gegenden aus, von den Höhepunkten der Bevölkerung und der Industrie die befruchtenden Fluten über die weniger von der Natur begünstigten, in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Landstriche so lange sich ergössen, bis alle Teile zu einem verhältnismäßigen Grade der Kultur gelangt" seien. Im preußischen Staate seien vor allem die Ostseeprovinzen rückständig; sie seien schwach bevölkert, litten trotz der wenig intensiven Landschaft unter Arbeitermangel, und der Bodenertrag sei sehr gering. "Namentlich auch die größeren Grundbesitzungen bilden bei dem Mangel an Arbeitern und Kapitalien sowie bei der aus einer dünnen Bevölkerung hervorgehenden Unzulänglichkeit der inneren Konsumption des Landes für die unmittelbaren Bodenerzeugnisse, und häufig genug auch wegen des Mangels an Intelligenz, um der Wirtschaft die durch letzteren Umstand bedingte Richtung auf mehr fabrikmäßigen Betrieb und auf Veredelung des Rohproduktes zu geben, im Ganzen kein erfreuliches Bild. ... Vielleicht ist man der natürlichen Anziehungskraft des bestehenden Besitzes und dem politischen Übergewicht, das denselben begleitet, mehr gefolgt, als daß man ... versucht hätte, durch Ermunterung und Unterstützung mit Staatsmitteln die industrielle Bildung und das physische Kapital mehr auszugleichen". Die Lenkung eines Teils der Auswanderung aus Westdeutschland in die Ostseeprovinzen könne in dieser Hinsicht nutzbringend sein und die bestehenden krassen Unterschiede zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen ausgleichen.

Von diesen Prämissen aus entwickelt die Denkschrift ein detailliertes Siedlungsprogramm für Hinterpommern, West- und Ostpreußen. Außer unrentablen Domänen seien dafür größere Güter mit Staatsmitteln aufzukaufen. Viele von ihnen seien schlecht bewirtschaftet, da mehr Boden unter den Pflug genommen werde, als das Kapital und die Arbeitskräfte gestatteten. Der Bodenwert würde durch ihre Zerlegung und die Anset-

zung tüchtiger Siedler bedeutend erhöht werden. Viele Eigentümer würden gar "ein gutes Geschäft machen, wenn sie die Hälfte und mehr ihrer Besitzungen verschenkten und sich entschliessen könnten, ihre ganze Tätigkeit und Geldkraft auf die Bebauung der übrig bleibenden Hälfte ihrer Ländereien zu verwenden." Als Siedler sollten nach Rothers Vorschlag ohne Rücksicht auf Herkunft und Landsmannschaft tüchtige und nicht ganz mittellose Elemente ausgewählt werden, "die möglichst neue Kenntnisse, neue Ansichten, neue Kulturgegenstände und Kulturmittel so wie endlich neue Bedürfnisse in das Land bringen, und somit vielseitig auf die Entwicklung der Industrie auch in allen übrigen Zweigen belebend zurückwirken können." Sie seien in Erbpacht auf Gütern von wenigstens 15-20, vielleicht sogar bis zu 60 Morgen anzusetzen, müßten mindestens drei Jahre abgabefrei sein, billiges Bauholz erhalten und, wenn nötig, die Wirtschaftsgebäude gegen Erstattung der Kosten gestellt bekommen. Für Schultheiß und Schule sei der Grund und Boden kostenlos bereitzustellen. Bei der Aufteilung könnten größere Restgüter als selbständige Gutswirtschaften ausgespart werden. Schließlich betonte Rother, daß eine ansehnliche Siedlungsbewegung nur bei einer Kolonisation größeren Maßstabs während mehrerer Jahre in Gang kommen könne. Dann aber sei damit zu rechnen, daß nicht bloß manche Großgrundbesitzer, sondern auch Großbauern die Vorteile begreifen und Siedlungsland zur Verfügung stellen würden.

Rothers Denkschrift bedeutete nicht weniger als den Vorschlag, durch Wiederaufnahme der dynastischen Ostkolonisation des achtzehnten Jahrhunderts die Auswanderung für den preußischen Staat nutzbar zu machen. Seine Verwirklichung hätte für die weitere Entwicklung der deutschen Auswanderung und vor allem für die Zukunft der ostdeutschen Gebiete von größter Bedeutung werden können; umso mehr, als bald darauf auch im Südosten des deutschen Siedlungsbodens sich ähnliche Möglichkeiten abzeichneten. Jedenfalls hätte das deutsche Ostelbien dadurch für den Nationalitätenkampf, der in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts entbrannte, eine unvergleichlich bessere Ausgangsstellung erhalten; die polnische Unterwanderung des Nordostens wäre bei einem wirtschaftlich gesunden deutschen Bauerntum kaum möglich gewesen. Insofern gehört Rothers Initiative zu den bemerkens-

wertesten Anregungen in Sachen der deutschen Auswanderung. Trotzdem verkannte dieser bewährte Beamte altpreußischer Prägung die wirkliche Lage in doppelter Hinsicht. Einmal war der ostelbische Großgrundbesitz nicht zu den Opfern bereit, die eine Bauernsiedlung größeren Stils ihm anfangs wenigstens scheinbar auferlegt hätte. Und weiter war die Aussicht auf eine Erbpachtstelle von einigen Hektar für einen leidlich kapitalkräftigen und arbeitsfähigen Auswanderungsfähigen nicht verlockend genug, um die weit günstigeren Zukunftschancen in Übersee aufzuwiegen. Auf diesen schwachen Punkt wies der rheinische Industrielle Diergardt hin, der von den Provinzialbehörden gebeten wurde, bei der Heranziehung tüchtiger Siedler mitzuhelfen. Er veröffentlichte in den rheinischen Zeitungen einen Aufruf, machte jedoch gleichzeitig die Berliner Regierungsstellen darauf aufmerksam, daß nach seiner Ansicht kein Erfolg zu erwarten sei. Mit 600 bis 1000 Talern könne jeder Auswanderer in Amerika rasch ein wohlhabender, freier Gutsbesitzer werden. Auch brauche er drüben keine Steuern zu bezahlen und keine Militärdienste zu leisten, "welche letztere namentlich derjenigen Klasse der Landleute, welche ihre Söhne statt Knechten verwenden, sehr hart" falle. Schließlich ziehe "eine Art Instinkt die Auswanderungen eher nach Westen wie nach Osten," zumal sich die Berichte der Ausgewanderten über ihr Wohlergehen sehr schnell in den Gemeinden herumsprächen. Diergardt riet deshalb zu Staatsvorschüssen an ärmere Auswanderer mit 100-200 Talern Vermögen, die leichter für die Übersiedlung nach Ostelbien zu gewinnen seien. Sein Vorschlag fand jedoch in Berlin keine Gegenliebe, da ein Vorschuß von etwa 1000 Talern je Siedlerstelle dem Fiskus zu "enorm" erschien. Auch wurde die Befürchtung geäußert, den wenig bemittelten Bauern werde das Geschick und die notwendige Sparsamkeit fehlen, um ein größeres Grundeigentum und Vermögen richtig zu verwalten: eine Annahme, zu der bei der notorischen Sparsamkeit des deutschen Kleinbauern und nach den tausendfachen Erfahrungen mit deutschen Siedlern in aller Welt kaum Anlaß bestand¹⁸⁶.

186 *Diergardts* Einwände und die Antwort der Regierung in G.St.A. Berlin, Rep.87 C, Nr. 284. – Die fiskalischen Bedenken wegen des "enormen Kapitals" bestanden offenbar nicht, wenn es sich um den Großgrundbesitz handelte. *E. W. Mayer*, der die Legende von der feindseligen Haltung der preußischen Reformer gegen den

Auf Friedrich Wilhelm IV. machten Rother's Vorschläge starken Eindruck, und er forderte die beteiligten Minister zu umgehender Stellungnahme auf. Die nächste Folge war, daß der Innenminister, von Bodelschwingh, sofort sämtlichen Oberpräsidenten nachdrücklich die schärfste Überwachung der Auswanderung befahl. Der Finanzminister Flottwell erklärte hingegen, die beabsichtigte Ostsiedlung werde kaum ein wirksames Mittel gegen die Auswanderungssucht bilden, da die Auswanderung den spekulativen Neigungen weiter Kreise größere Möglichkeiten biete; mehr erwarte er für die Unterbindung der Auswanderung von der "gesteigerten Bildung der unteren Volksklassen und dem daraus sich erzeugenden Bewußtsein einer glücklichen Existenz". Immerhin stellte er seine beratende Mitwirkung bei dem Siedlungsplan in Aussicht, wollte ihn aber aus politischen Gründen auch auf die Provinz Posen ausdehnen¹⁸⁷. Rother fürchtete jedoch, dies könne als direkter

Großgrundbesitz gründlich widerlegt hat (Das Retablissement Ost- und Westpreussens unter der Mitwirkung und Leitung *Theodors von Schön*, Jena 1916), gibt an, daß allein bis 1834 über 3,5 Millionen Taler für den Großgrundbesitz ausgeworfen wurden, die nicht zurückgezahlt wurden; dort auch Beispiele für die Zurückweisung von bäuerlichen Siedlungswilligen in den dreißiger Jahren. Diese schlechten Erfahrungen mit der Rückzahlung durch den Großgrundbesitz dürften die preußische Bürokratie gegen die Kreditgewährung an Bauern eingenommen haben, wie es bei *Schön* nachweislich der Fall war.

Daß der Auswanderung mit administrativen Mitteln nicht beizukommen sei, war der preußischen Regierung trotz ihrer zäh festgehaltenen Vogelstraußpolitik bekannt. Die regionalen Behörden legten schon seit Jahren den Auswanderungswilligen keine Schwierigkeiten mehr in den Weg. Die Regierung Trier berichtete z.B. 1840, daß Warnungen und Abmahnungen die Auswanderer nur in der Meinung bestärkten, der Staat wolle sie aus eigensüchtigen Motiven zurückhalten, und daß die Auswanderungslust durch alle Hindernisse nur verstärkt werde. Der Innenminister von Rochow stimmte dieser Auffassung ausdrücklich zu (G.St.A. Berlin. Rep.77 M.d.I. Tit. CCXXVI, No. 2, Vol. VII).

187 Man hatte bei den Unruhen in Posen die Erfahrung gemacht, daß die Bauern im Gegensatz zum Adel sich überwiegend von politischen Umtrieben zurückhielten. Eine Schwächung des Adels durch Aufteilung von großen Gütern und die Stärkung des Bauertums mußte also nach *Flottwells* Meinung im Interesse der deut-

Angriff auf die polnische Nationalität aufgefaßt werden und eine Spannung zwischen Deutschen und Polen auch in die unteren Bevölkerungsteile tragen; das Siedlungswerk selbst werde durch diese Spannungen nicht gerade gefördert werden, und viele Westdeutsche würden sich sogar dadurch von der Übersiedlung abschrecken lassen. Vor allem aber äußerte er die Besorgnis, "daß sich eine Menge sekundäre Rücksichten und Gesichtspunkte geltend macht, über denselben der Grundgedanke des Planes, wie er sich aus einer Zusammenfassung aller wesentlichen Beziehungen herausgebildet hat, verloren geht, und auch die endliche Ausführung, wenn es überhaupt dazu kommt, sich auf kleinliche Weise reduziert¹⁸⁸."

Was Rother befürchtet hatte, trat tatsächlich ein. Bei den folgenden interministeriellen Besprechungen wurden außer Preußen auch Hinterpommern und Posen in den Siedlungsplan einbezogen. Der Plan selbst wurde nach und nach aus finanziellen Gründen und mit Rücksicht auf die Interessen des Großgrundbesitzes so verwässert, daß 1847-49 bestenfalls einige hundert Siedlerstellen entstanden wären¹⁸⁹. Es kam jedoch nicht einmal dazu. Zwar wurden Ostsiedlungskommissare ernannt, die in verschiedenen west- und südwestdeutschen Blättern im Sommer 1847 Aufrufe zur Ansiedlung in den preußischen Ostprovinzen erließen; aber schon nach wenigen Wochen erschien in den gleichen Blättern eine Mitteilung, daß das Vorhaben aufgegeben worden sei. Besorgnisse um den Bestand des Staatseigentums und der Widerstand einflußreicher ostelbischer Kreise und hoher Staatsbeamter scheinen nach diesen Meldungen den Ausschlag gegeben zu haben. Jedenfalls hatte es sich bei diesem Anlaß gezeigt, daß bei der gegebenen gesellschaftlichen und

schen Regierung liegen, vor allem, wenn man deutschstämmige Bauern bei der Ansiedlung bevorzugte.

188 *Rothers* Befürchtungen waren nicht unbegründet. Sein Plan war in erster Linie von sozialen Motiven getragen und zielte auf Stärkung des bäuerlichen Elements ab. Drang *Flottwells* Ansicht durch, so stand, wenigstens in den Augen des polnischen Bevölkerungsteils, das nationale Motiv im Vordergrund und der Hauptzweck schien dadurch gefährdet.

189 Pr. Geh.St.A. Berlin, Rep.109 B Tit.II No. 63; Rep.77 Tit. CCXXVI No. 2, Vol. VII; Rep. 87 C No. 285, Vol. 1/2.

herrschaftlichen Struktur des preußischen Staatswesens eine gründliche Bodenreform in den Ostprovinzen nicht zu erwarten stand. Nur eine solche aber hätte Aussicht darauf geboten, wenigstens einen Teil der deutschen Überseewanderung nach den ostdeutschen Grenzlanden abzulenken. Die Tatsachen hatten also alle derartigen Hoffnungen der deutschen Öffentlichkeit widerlegt; zugleich aber auch jene selbstgenügsame Haltung, mit der fast alle preußischen Staatsmänner den bisherigen Siedlungs- und Kolonialplänen begegnet waren.

Die Tatsachen sorgten weiter dafür, daß die Frage nach der Stellung des Staates gegenüber der Auswanderung nicht mehr zur Ruhe kam. Wiederholte Mißernten, die Kartoffelfäule und steigende Lebensmittelpreise hatten schon vor 1845 die deutsche Auswanderungsziffer empor-schnellen lassen; die berüchtigten Hungerjahre 1846 und 1847 trieben sie auf eine bisher unerreichte Höhe¹⁹⁰: Mit diesem Höhepunkt der Auswanderungsbewegung trafen die bereits erwähnten unglücklichen Ereignisse zusammen, die das Jahre 1846 zu einem wahren Katastrophenjahr der deutschen Auswanderungsgeschichte machten: das Mißgeschick des Texasunternehmens, der Fehlschlag des Kolonisationsversuchs an der Mosquitoküste und der Zusammenbruch der hauptsächlich aus westdeutschen Auswanderern bestehenden Kolonie Santo Thomas. Sie brachten weitesten Kreisen zum Bewußtsein, wie sinnwidrig und unerträglich der bestehende Zustand war. Vor allem aber wurde dieses Bewußtsein genährt durch die Mißstände in der Auswandererbeförderung, die bei dem unerwarteten Andrang dieses Jahres besonders kraß in Erscheinung traten. Häufig kam es vor, daß Auswanderer wochenlang im Einschiffungshafen auf Beförderungsmöglichkeiten warten mußten oder durch ungünstige Winde zurückgehalten wurden. Da die Reeder ihre Beköstigung während der Wartezeit ablehnten, mußten sie einen großen

190 Vgl. o. S. 33 Tabelle und Anmerkung. – Das Elend dieser Jahre dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die Kritik der Öffentlichkeit an der Haltung der Behörden in der Auswanderungsfrage sich sehr weit vorwagte. Bezeichnende Beispiele dafür sind der Kommentar der Zeitschrift "Der deutsche Auswanderer" (1847, Nr. 46) zu der Meldung über das Scheitern der preußischen Ostsiedlungspläne und die in Anmerkung 185 zitierte, gleichfalls 1847 erschienene Broschüre von *Dieterici*.

Teil ihrer Habe aufzehren, und trotzdem waren Krankheiten und Todesfälle infolge von ungenügender oder schlechter Ernährung schon vor der Abreise nicht selten. In Antwerpen, Rotterdam, Dünkirchen und Le Havre kam es 1846 zu haarsträubenden Vorfällen dieser Art, die trotz der Hilflosigkeit der Auswanderer auch in Deutschland bekannt wurden¹⁹¹. Das hochfliegende Nationalbewußtsein der vormärzlichen Bewegung empfand es als unerträgliche Schmach, daß deutsche Landsleute von holländischen und belgischen Reedern und Seeleuten in einer Weise behandelt wurden, die eines Menschen und vollends des Angehörigen einer großen Nation unwürdig war. Zwar griffen in vielen Fällen Privatleute und die Konsuln einzelner deutscher Staaten auf eigene Verantwortung helfend ein, aber gerade ihre Menschenfreundlichkeit rückte das klägliche Versagen der Behörden in ein peinliches Licht. Daß immer noch deutsche Regierungen den Standpunkt vertraten, der Auswanderer gehe sie nach seiner Entlassung aus dem Untertanenverbande nichts mehr an, daß sie sich immer noch weigerten, von diesem deutschen Massenelend amtlich Notiz zu nehmen, wurde angesichts der Tatsachen von vielen als blutiger Hohn empfunden.

Es war nicht zuletzt der Druck der deutschen Öffentlichkeit, der die preußische Regierung im Sommer 1846 zwang, sich erneut mit der Auswanderungsfrage zu beschäftigen. Anstoß dazu gaben die Berichte des preußischen Konsuls Carp in Rotterdam, wo es mit der Behandlung der Auswanderer besonders schlimm bestellt war. Auf sein Drängen wandte sich das Auswärtige Amt an die badische und die hessische Regierung mit der Anfrage, "ob und was etwa zur künftigen Verhütung jener Übelstände zu tun sein möchte". Gleichzeitig erhielt der preußische Gesandte am Bundestag den Auftrag, sich mit den Vertretern der interessierten deutschen Staaten wegen gemeinsamer Maßnahmen ins Benehmen zu setzen, da "diese Angelegenheit von allgemeinem deutschen Interesse" sei. Der preußische Innenminister von Bodenschwingh sprach sich jedoch im Gegensatz zum Auswärtigen Amt schroff gegen jede staatliche Einmischung aus; die Auswanderung habe für Preußen keine große Be-

191 Vgl. dazu Acta Geh. St.A. Berlin A.A.III. Rep.I. Ausw. außer Europa No. 11, Vol. 1, 2. Desgl. A. Zimmermann, a.a.O., S. 326 ff.

deutung, und in jedem staatlichen Eingreifen könne "mehr oder weniger eine Beförderung der krankhaften Erscheinung des Auswanderns gefunden werden". Inzwischen hatte freilich das Großherzogtum Hessen bereits vor dem preußischen Schritt Maßnahmen ergriffen, um seine Auswanderer vor Übervorteilung zu schützen¹⁹², und Württemberg erklärte sich auf die preußische Anfrage dahin, daß eine Verständigung der deutschen Regierungen in dieser Sache sehr zu wünschen sei. Trotzdem blieb der preußische Innenminister, auch auf erneutes zweimaliges Drängen des Außenministers im Herbst 1846, bei seiner ablehnenden Haltung, und schließlich sah sich die preußische Regierung gezwungen, ihre eigene Anregung am Bundestag stillschweigend fallen zu lassen.

Die Tatsachen führten jedoch eine allzu deutliche Sprache, als daß man sich ihnen mit derart engstirnigen Ausflüchten auf die Dauer hätte entziehen können. Es war schon eine peinliche Zurechtweisung, als – selbstverständlich aus eigenem Interesse und nicht bloß im Hinblick auf die deutsche Einwanderung – die Regierung der Vereinigten Staaten im Februar und März 1847 Gesetze erließ, die durch Herabsetzung der Zahl der Zwischendeckspassagiere je Schiff eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten sollten. Die unmittelbare Folge war nur ein rapides Steigen der Überfahrtspreise, so daß viele Auswanderer in den Einschiffungshäfen aus Mangel an Mitteln und teilweise auch an Schiffsraum zurückbleiben mußten.¹⁹³ Das Elend wurde infolgedessen nur noch größer. Da die preußische Regierung auf ihrem bürokratischen Standpunkt verharrte, wurde das Gesetz des Handelns nunmehr den

192 S. Fey, in: Philippovich, a.a.O., S. 176.

193 Allein in Bremen fehlte Ende April für 8.000 Auswanderer der kontraktlich vereinbarte Schiffsplatz. In Rotterdam stiegen die Passagekosten bis Mitte April von 44 auf 110 fl. (Geh.St.A. Berlin. A.A.III. Rep.I. Ausw. außer Europa. No. 11, Vol. 3). – Die obrigkeitliche Verordnung des bremischen Senats vom Mai 1847 ergab sich aus der amerikanischen Verfügung. Übrigens brachten die Schiffseigner und Kapitäne, nicht zuletzt die amerikanischen, es fertig, die neuen Bestimmungen so anzuwenden, daß das Gegenteil der Absicht erreicht wurde. Vgl. dazu H. Wätjen, a.a.O., S. 145 ff., der jedoch zusammenfassend urteilt: "Das scharfe Vorgehen der Amerikaner war für Reeder, Expedienten und Kapitäne der deutschen Seehäfen eine heilsame Lehre."

südwestdeutschen Staaten zugeschoben, die immer noch das größte Auswanderungskontingent stellten. Im April 1847 folgte die badische Regierung dem hessischen Beispiel von 1846 mit einer Verordnung zum Schutze der Auswanderer¹⁹⁴. Kurz darauf regte Württemberg, das schon 1846 einen Auswanderungsagenten in Mannheim ernannt und durch Verordnungen im Mai 1846 und im Januar 1847 seine Auswanderer gegen Übervorteilung zu schützen gesucht hatte, Besprechungen zwischen den Bundestagsgesandten der beteiligten Länder über eine gemeinsame Regelung des deutschen Auswanderungswesens an¹⁹⁵. Sie scheiterten wieder am Einspruch des preußischen Innenministeriums, das jeden Anschein einer Förderung der Auswanderung vermeiden wollte. Daß Bodelschwingh dabei auf die "nach Quadratmeilen zu bemessenden Areale kulturfähigen Landes" in den Ostprovinzen hinwies, war bei dem inzwischen bereits offenkundigen Ergebnis der Rotheraschen Initiative bestenfalls ein Beweis dafür, wie sehr er die Tatsachen verkannte.

Es war klar: Preußen wollte mit der Auswanderung offiziell nichts zu tun haben. So verfiel es auch nicht, als der badische Minister Dusch die Berliner Regierung auf die Bedeutung eines Vorgehens in dieser gesamtdeutschen Frage für Preußens politisches Ansehen in Deutschland hinwies. Daß er nicht übertrieb, zeigte sich, als im Sommer 1847 das Gerücht aufkam, Preußen werde beim Bundestag die Initiative zu einer Regelung der Auswanderung im gesamtdeutschen Sinne ergreifen. Die

194 *Philippovich*, in: *Philippovich*, a.a.O., S. 143 f.

195 *Huber*, in: *Philippovich*, 1. c., p. 263 f. – In Württemberg gab es in den vierziger Jahren eine sehr umfangreiche Auswanderungspublizistik, die ein aktives Vorgehen des Staates in dieser Frage forderte. *Werners* Bemühungen 1841 (vgl. S. 146) hatten wenigstens insoweit Erfolg gehabt, als nach und nach die württembergischen Konsuln in den nordamerikanischen Häfen angewiesen wurden, sich der Auswanderer nach Möglichkeit anzunehmen. Auf *Werners* Initiative folgten bis 1848 mehrere Petitionen, welche die staatliche Leitung der Auswanderung forderten (1. c.). – Zu den deutschen Staaten, die für die Regelung der Auswanderung auf Bundesebene eintraten, gehörte auch das Großherzogtum Sachsen-Weimar, dessen Gesandter am Bundestage *von Fritsch* sich nach einer Mitteilung *Gagerns* besonders eifrig dieser Frage annahm (Pr. St.A. Berlin. A.A.III. Rep.I. Ausw. Gen. No. 2, Vol. 9).

Begeisterung, mit der diese Nachricht überall aufgenommen wurde, hätte den preußischen Staatsmännern zu denken geben sollen. Hier war ein Punkt, an dem "Preußens deutscher Beruf" sich durch die Tat beweisen konnte, ohne die Eifersucht der Mittelstaaten zu weken. Die Auswanderung war zu einer Sache geworden, in der sich ein sehr großer Teil des deutschen Volkes über die staatlichen Grenzen hinweg als Ganzes empfand; sie war eine Frage der gesamtdeutschen Ehre geworden.

Gewiß gingen die Ziele der Nationalbewegung in dieser Sache viel weiter als selbst die Absichten der südwestdeutschen Regierungen, denen nur eine verwaltungstechnische Regelung der Auswanderungsfrage vorschwebte; allenfalls eine gemeinsame Vertretung der Interessen der deutschen Auswanderer gegenüber dem Auslande. Die Nationalbewegung wollte viel mehr; die Auswanderung, die bis dahin als ein notwendiges Übel behandelt worden war, sollte zu Nutz und Frommen Gesamtdeutschlands, wenn möglich als politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor ausgewertet werden; Deutschland sollte mit seinen bisherigen Landeskindern zumindest durch die gemeinsamen Bande der Kultur und Sprache verbunden bleiben. Von diesem Wunsche legen die vielen Schriften und Zeitungsaufsätze Zeugnis ab, die in jenen Jahren zur Auswanderungsfrage erschienen¹⁹⁶. Sogar das überseeische Deutschtum, vor allem in Nordamerika, erhob, je stärker es durch den fortdauernden Zuzug aus der Heimat wurde, immer entschiedener den Anspruch auf Wahrung seiner deutschen Eigenart auch im fremden Staatsverbände.¹⁹⁷ Der deutschen Macht, die sich zum Anwalt dieses gesamtdeutschen Strebens machte, hätte sich die Sympathie aller derer zuwenden müssen, denen die Auswanderung ein nationales Anliegen war. Sie wurden jedoch in ihren Hoffnungen auf Preußens Eingreifen bitter enttäuscht; Ende 1847 brachte die "Kölnische Zeitung" die Nachricht, daß Preußen nichts beim Bundestage zu unternehmen gedenke; das einzige, wozu sich

196 Beispiele bei *A. Mayer*, a.a.O., S. 31 ff.

197 Schon die deutschen Massenversammlungen in Pittsburgh und Philippsburg 1838/39 hatten sich für die Wahrung der nationalen Rechte der deutschen Einwanderer und die Pflege des deutschen Kulturgutes ausgesprochen und die Anmaßung der Knownothings abgelehnt.

Bodenschwingh verstand, war ein Erlaß zur Sammlung von "Materialien zur Prüfung der Ursache des Übels", was praktisch auf eine Verschleppung hinauskam.¹⁹⁸

Die gleichen Kräfte freilich, die so ungestüm auf eine staatliche oder gesamtdeutsche Regelung der Auswanderungsfrage hindrängten, sorgten dafür, daß die Zurückhaltung der Regierungen einen Anschein von Berechtigung erhielt. Die durch die politische Spannung des Vormärz ohnehin erregte Öffentlichkeit wurde durch die mächtig anschwellende Auswanderungspublizistik nach 1845 oft in einer Weise angesprochen, die recht revolutionär klang. Man kann "in der Heimat im allgemeinen die wahren äußeren Bedingungen des Lebensglücks nicht kennen lernen, weil sie da weder in der Gegenwart noch in der Geschichte anzutreffen sind" schrieb 1846 ein vielgelesener Auswanderungsschriftsteller. "Das einzige Universalmittel, geregelte Auswanderungen, Gründung deutscher Niederlassungen, nicht Kolonien, wird von den Hochgestellten nicht beachtet; und ohne sich um die Tausende zu kümmern, die der Heimat Valet sagen, ohne das nicht schnell zu ersetzende Menschenkapital, das dem Vaterlande auf immer verloren geht, zu berücksichtigen, widmet man der modernen Völkerwanderung, durch die allein Deutschland in seine alten Rechte wieder eingesetzt werden könnte, nicht die geringste Aufmerksamkeit und überläßt die Kraft des Vaterlandes dem Auslande, um in historischer Größe diplomatisch hinträumen zu können."¹⁹⁹ So richtig dies war, so wenig war es geeignet, die Regierungen zu einer Änderung ihrer bisherigen Politik zu bewegen. Überdies wurden im Überschwang der nationalen Gefühle nicht selten Forderungen erhoben, die mit den realen Möglichkeiten nicht in Einklang zu bringen waren. Die Ära der verwegenen Kolonialpläne war zwar mit der ersten Hälfte der vierziger Jahre vorüber. Aber noch 1847 schlug, obwohl inzwischen die Lage in Übersee ganz anders geworden

198 Geh.St.A. Berlin A.A.III Rep. I. No. 11, Vol. 4. Vgl. *Zimmermann*, a.a.O., S. 328 ff. Die von *Zimmermann* benutzten Akten des M.d.I. waren bereits 1930 nicht mehr auffindbar, wahrscheinlich kassiert.

199 *Traugott Bromme*, Ratgeber für Auswanderungslustige (Stuttgart 1846), S. 7 und 1.

war, ein anderer namhafter Auswanderungspublizist²⁰⁰ den Ankauf eines Landstrichs in Mexiko oder Texas vor, "worin man einen rein deutschen Staat bilden kann, der weder unter amerikanischer noch unter mexikanischer Oberhoheit steht". Bezeichnend für den nationalistischen Überschwang dieser Jahre ist seine Argumentation, daß die Bevölkerung Deutschlands und seiner stammesverwandten Länder doppelt so stark sei wie die Großbritanniens und daß die deutsche Auswanderung nach Nordamerika bereits 1845 die britische übertroffen habe; daraus dürfe man "die erhebende Hoffnung schöpfen, daß in wenig Jahren die ganze nordamerikanische Nation deutsch werde." Und nicht minder anspruchsvoll klangen die zahlreichen Stimmen, die eine "maritime Wiedergeburt" Deutschlands und seine koloniale Expansion im Interesse des deutschen Volkes und der Welt verlangten.²⁰¹

Gerade weil solche Forderungen weit über das mögliche Ziel hinausgeschossen, taten sie dem Erreichbaren Abbruch. Denn das, was von den meisten angestrebt wurde – der Schutz der deutschen Auswanderer, die Pflege und Bewahrung des kulturellen Zusammenhangs, höchstensfalls die Lenkung der deutschen Auswanderung nach bestimmten, klimatisch und wirtschaftlich günstigen Gebieten –, lag immerhin im Bereiche des Möglichen, sofern die deutschen Staaten sich zu gemeinsamem Handeln entschlossen. Für solche praktische Maßnahmen gab es aber 1847 über die Denkschrift Eichhorns hinaus genug brauchbare Vorschläge. Den ersten Schritt von der Erörterung zur Verwirklichung tat die bayerische Regierung mit ihrem Erlaß vom 11. Juli 1847. Danach sollten die Agenturen für die Auswanderung nach Nordamerika nur solchen Personen überlassen werden, "von deren Gesinnung mit Grund zu erwarten steht, daß sie zur Bewahrung deutscher Volkstümlichkeit unter den Auswan-

200 E. L. Brauns, *Neu-Deutschland in West-Amerika* (1847), S. 75; zitiert nach A. Meyer, *op.cit.*, S. 25 f.

201 H. von der Oelsenitz, *Die Notwendigkeit großer deutscher Kolonien und Kriegsflootten* (Leipzig 1847), S. 4. Weitere Stimmen dieser Art bei A. Meyer, *op.cit.*, S. 49 ff. Ähnlich F. List im "Zollvereinblatt" 8.1.1843; allerdings mit dem Unterschied, daß List im Gegensatz zu den Kolonialenthusiasten überseeische Kolonien nur als Rohstoffgebiete betrachtete und die deutsche Auswanderung als Siedlungsbewegung nach Südosteuropa lenken wollte.

derern nach Tunlichkeit tatkräftig dahin wirken werden, daß dortselbst Deutsche allenthalben wieder zu Deutschen kommen".²⁰² Was Bayern möglich war, hätte Preußen unschwer gleichfalls tun können. An Anregungen fehlte es nicht. Etwa gleichzeitig mit dem bayerischen Erlaß ging dem Auswärtigen Amt ein Memorandum der Gesandtschaft in Washington zu, das unter Hinweis auf das Anwachsen der Auswanderung, auch aus Preußen, in sehr vorsichtiger Weise die Regierung zum Abgehen von ihrer bisherigen Passivität zu bewegen versuchte. Es schlug vor, durch den der Gesandtschaft zugeteilten Assessor Lischke auf einer Reise durch die Union Erhebungen über die Lage und Bedürfnisse der deutschen Einwanderer und über die Frage anstellen zu lassen, wie die Auswanderung für Deutschland nutzbar gemacht werden könne. Wie alle früheren Anregungen scheiterte auch diese an der kategorischen Weigerung des Innenministers, irgendwie "in das Auswanderungswesen einzugreifen und sich auf die Leitung der Auswanderungen oder auf eine Einwirkung hinsichtlich ihrer Richtung einzulassen." Preußen verharrte also bei seinem bisherigen Grundsatz, daß die Auswanderung "unter allen Umständen ein Übel sei, daß der Auswanderer, der dem Vaterlande jedenfalls ohne Notwendigkeit den Rücken kehre und ihm seine Kräfte

202 Merkwürdigerweise wird dieser Erlaß in dem sonst recht gründlichen Beitrag von *Krieg*, in: Philippovich, a.a.O., S. 4-98, zwar S. 49 erwähnt, aber nur beiläufig und unter Berücksichtigung seines gewerbepolitischen Inhalts. Auch in dieser Hinsicht war Bayern übrigens mit den Verordnungen von 1837, 1840 und 1845 den anderen deutschen Staaten vorausgegangen. Gänzlich neu und in der vormärzlichen Gesetzgebung ohne Gegenstück ist aber der national-deutsche Tenor der Verfügung von 1847. Der unten erwähnte Kommissionsbericht der Germanistenversammlung spiegelt diesen Eindruck wider, wenn er "mit inniger Freude ... die unseres Wissens erste, ausdrücklich auf die Erhaltung der Nationalität im Auslande gerichtete Anordnung einer deutschen Regierung" begrüßt. Übrigens bemerkt *Krieg*, a.a.O., S. 62: "Stets war es ein leitender Gedanke der bayerischen Regierung, daß die Auswanderer nach solchen Ländern sich wenden, in welchen sie die Nationalität bewahren und mit Deutschland in Verbindung bleiben könnten." In dieser Hinsicht steht also die bayerische Initiative am Bundestag 1856 (vgl. u. S. 260 ff.) in einem historischen Zusammenhang, der bisher nicht beachtet worden und für die richtige Einschätzung der *leyenda negra* der bayerischen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert recht aufschlußreich ist.

entziehe, keinen Anspruch auf Schutz und Hilfe seitens des verlassenen Landes habe und deshalb für die Regierung kein Grund vorliege, dem Auswanderer seinen Schritt irgendwie zu erleichtern."²⁰³

Wie darüber selbst einwandfreie, loyale Staatsbürger dachten, zeigt eine 1846 als Manuskript gedruckte Broschüre des Kölner Appellationsgerichtsrates von Ammon, die bitterste Kritik an der seelenlosen Unbarmherzigkeit der preußischen Regierungspolitik übte. Unter deutlicher Anspielung auf Friedrich Wilhelm IV. schrieb Ammon, es sei widersinnig, Tausende für die Missionierung der Heiden und für die Heiligen Stätten aufzuwenden, aber mit dem Heller für die notleidenden Brüder zu geizen. Das Auswandererelend klage "vor Gott die Regierungen an, daß sie nichts taten, es zu wenden. ... Warum verkennt der Staat seine Pflicht ... seine Ehre? ... Ich fordere, daß er sich nicht bloß auf negatives Dulden beschränke und in gemächlicher Ruhe es dem Zufall überlasse, ob die Welle Tausende verzweifelnder Auswanderer verschlingt, sie hilflos an ein unwirtliches Ufer spüle, oder sie dahin trage, wo sich ihnen ein neuer, segensreicher Wirkungskreis eröffnet; ich fordere von ihm, daß er die Auswanderung leite, ihr ratend und helfend zur Seite stehe; ... ich fordere dies am meisten von dem preußischen Staate, dem man in vielen anderen Dingen eine vielleicht zu große Bevormundung seiner Glieder vorwirft."²⁰⁴

Ein letzter Anlauf, eine Regelung der Auswanderung zum Schutze der Auswanderer und zur Erhaltung der deutschen Kultur herbeizuführen, wurde vor 1848 in der "Germanistenversammlung" unternommen. Als eines der Ersatzparlamente der vormärzlichen Nationalbewegung fühlte sich diese aus Philologen, Historikern und Rechtsgelehrten bestehende Vereinigung kraft ihrer Zusammensetzung besonders dazu berufen, für "die Erhaltung unseres großen Einigungsbandes und National-

203 Geh.St.A. Berlin Acc. 168/32. 45 b. Cf. Nr. 91. – Es war nur noch das folgerichtige Ergebnis dieser Grundsätze, wenn noch Ende 1851 die Regierung *Köslin* das "Heilmittel" für die Auswanderung in dem abschreckenden Beispiel erblickte, das das Elend der Rückwanderer für die Daheimgebliebenen bilde.

204 "Die Auswanderungen in ihrer Beziehung zum Staate", in: actis G.St.A. Berlin Rep. 84 Justizministerium. XIV.II A: Nr. 1.

hortes der deutschen Sprache und Nationalität bei unseren ausheimischen Deutschen" einzutreten.²⁰⁵ Jakob Grimm schlug auf Anregung des Hamburger Historikers Lappenberg zu diesem Zwecke der ersten Versammlung in Frankfurt 1846 die Bildung einer Studienkommission vor, die der Lübecker Tagung 1847 einen ausführlichen Bericht vorlegte. In der Überzeugung, daß "das Beste, was für die Erhaltung der Nationalität der Deutschen im Auslande geschehen kann, von ihnen selbst ausgehen" müsse, hatte die Kommission eingehende Erkundigungen, vor allem bei den Deutschen in Nordamerika, eingezogen. Das Resultat war nicht gerade ermutigend. Nur wenige Antworten waren eingetroffen, und die meisten erweckten nicht den Eindruck, daß unter den Ausgewanderten große Neigung zur Erhaltung der Muttersprache bestehe. Besonders negativ sprach sich der Deutschamerikaner Franz Lieber aus, der damals eine Professur für Geschichte und Staatswissenschaft an der Universität von Süd-Carolina innehatte.²⁰⁶ Aber auch in der Germanistenver-

205 Entwurf *Lappenbergs* zum Schreiben an die Bundesversammlung (s. u. Anm. 212). – Bezeichnend für diese Gesinnung der Germanistenversammlung ist der Satz aus der Einleitung des Kommissionsberichts, "daß die Ereignisse in Berlin seit unserer vorjährigen Zusammenkunft und die aus jenen, wie wir vertrauen, sich entfaltende reichsständische Verfassung in ihrer ferneren Einwirkung auf die übrigen deutschen Staaten nicht verfehlen wird, die Deutschen in allen Ständen und Verhältnissen mit ungetrübter, kräftigster Liebe zu dem Vaterlande zu durchdringen. Diese allein ist die Mutter der wahren Nationalität, und wird diese, wenn nur von jener behütet, selbst den durch die mancherlei Bedrängnisse des Lebens ins Ausland Vertriebenen nie verlassen." Der Kommissionsbericht findet sich in: Verhandlungen der Germanisten zu Lübeck am 27., 28. und 30. September 1847, Lübeck 1848, S. 21-39; vorstehendes Zitat S. 21. – Zur Bedeutung der wissenschaftlichen Zusammenschlüsse in der vormärzlichen Bewegung s. *Schnabel*, III, S. 143 f.

206 Lieber war als Student nach den Freiheitskriegen wegen seiner freiheitlichen Gesinnung verfolgt worden und nach langen Wanderjahren 1827 nach Amerika gegangen. Obwohl er sein Leben lang ein glühender deutscher Patriot blieb, bekannte er sich vorbehaltlos zu seiner neuen Heimat, in der er trotz aller Fehler des Amerikanertums den Boden für die Verwirklichung seiner politischen Ideale erblickte. Überzeugt davon, daß alle europäischen Einwandererströme in dem melting pot zu einer neuen großen Nationalität verschmelzen würden, hielt er alles für schädlich, was den Assimilierungsprozess aufhalten könnte. Bei seiner

sammlung fehlte es bei aller patriotischen Gesinnung nicht an Männern, die ähnlich urteilten. Der Historiker Dahlmann, ein Mitglied der Kommission, nannte ihre Vorschläge "fromme Wünsche" und meinte, die Einwanderer sollten mit vollem Bewußtsein ihre deutsche Nationalität opfern, um dadurch ihre volle staatsbürgerliche Existenz in den Vereinigten Staaten zu erkaufen. Auch der Bremer Bürgermeister Smidt, wie Dahlmann später Mitglied der Nationalversammlung, und mehrere andere Kommissionsmitglieder stimmten dieser Auffassung bei.²⁰⁷

Die Mehrheit der Kommission war jedoch anderer Meinung. Sie erkannte wohl an, daß manche Auswanderer, die aus politischer Enttäuschung fortgezogen waren, von der Erhaltung der deutschen Nationalität

Absage an die Germanistenversammlung ging er freilich von der irrigen Voraussetzung aus, daß der ausschließliche Gebrauch der deutschen Sprache unter den Auswanderern angestrebt werde; ferner von der an sich richtigen Einsicht, daß die Nationalität eines Volkes weitgehend an seine kirchlichen, politischen und sozialen Institutionen gebunden sei. *Lieber* war der Ansicht, daß diese Institutionen bei den deutschen Auswanderern sich nicht gegen den amerikanischen Einfluß behaupten könnten; nicht zuletzt deshalb, weil "der Deutsche keine Kirchlichkeit mit sich bringt". Deshalb werde er, soweit er nicht überhaupt areligiös sei, von den protestantischen Sekten aufgesogen, und damit werde auch eine der wichtigsten Positionen zur Erhaltung der Nationalität hinfällig. – Das Schreiben an die Kommission erschien am 7.8.1847 im "Hamburger Unparteiischen Correspondent" und wurde als Anhang in *Lappenbergs* Bericht aufgenommen. Über *Lieber* s. *A. B. Faust*, *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur* (Leipzig 1912), S. 147 ff.; dort auch weitere Literatur.

207 Sehr scharf wandte sich gegen diese Stimme eine Korrespondenz in der "Karlsruher Zeitung" vom Herbst 1847. Kurz zuvor hatte der Präsident *Polk* in einer Rede an die deutschen Demokraten in Philadelphia die Bedeutung des deutschen Elements für den Aufbau der Vereinigten Staaten rühmend hervorgehoben. Daran knüpfte der ungenannte Korrespondent an: "Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten selbst das Bestehen der Deutschen anerkennt und sie als Deutsche begrüßt, so wird wohl auch ein deutscher Gelehrter sie ihrer Nationalität nicht abwendig machen. Nein, unsere deutschen Brüder im freien Lande im Westen vergessen in keiner Weise, daß sie Deutsche sind; sie werden Bürger ihres neuen Vaterlandes sein mit voller staatsbürgerlicher Existenz, ohne ihr deutsches Wesen aufzugeben oder aufgeben zu müssen."

und Sprache nichts wissen wollten, meinte jedoch, dies werde sich ändern, je mehr Deutschland auf dem Wege zum nationalen Verfassungsstaate fortschreite. Im allgemeinen aber seien die Amerikadeutschen sehr anhänglich an die alte Heimat, wie schon die vielen Spenden während des Elendsjahres 1846 bewiesen hätten. Auch schämten sie sich keineswegs ihrer deutschen Abkunft und Sprache²⁰⁸, hielten an ihren heimischen Gewohnheiten zäh fest²⁰⁹ und schlossen sich gern landsmannschaftlich zusammen. Die zahlreichen "Deutschen Gesellschaften" hätten sich bisher zwar ausschließlich auf die Unterstützung der Einwanderer beschränkt, seien aber ein gegebener Ansatzpunkt für die Bemühungen um Erhaltung ihres deutschen Charakters.

Von diesen Voraussetzungen aus schlug die Kommission der Germanistenversammlung vor, durch eigene Maßnahmen auf die Erhaltung des Deutschtums im Auslande einzuwirken. Verbindungen mit deut-

208 Zum Beweis führt der Bericht den Brief des Staatssekretärs *John Quincy Adams* an den Freiherrn von *Fürstenwärther* vom 4. Juni 1819 an (s. o. Kap. 2, Anm. 17).

209 In dieser Hinsicht widersprachen die Verfasser der Meinung *Liebers*. Vor allem gehe "das einstimmige Zeugnis aller darüber vernommenen Stimmen dahin, daß der Deutsche im Auslande sich nur selten von seinen deutschen Geistlichen trennt." Auch sonst treffe *Liebers* Auffassung, daß der deutsche Siedler seinen heimischen Gewohnheiten rasch entfremdet werde, z. B. in der Art des Landbaus, nicht zu: "Der deutsche Landmann bleibt immer gleich erkennbar. Die Dreifelderwirtschaft verrät in Amerika stets den besonnenen, bald wohlhabenden deutschen Ansiedler, während der Angloamerikaner den Boden erschöpft und nach zehn Jahren denselben arm verläßt. Die große Scheune von Steinen neben dem bescheidenen kleinen Wohnhaus zeigt, daß des Bewohners Vater ein Deutscher war, während der von der anderen Zunge ein stattliches Wohnhaus und dürftige Wirtschaftsgebäude errichtete; und von allen Feldern in dem neuen Lande suche man die besten auf, und man weiß auch schon aus dem amerikanischen Sprichwort "No German settles on a bad soil", daß der deutsche Großvater sie zuerst angebaut und schuldenfrei den Erben hinterließ." - Dieselben Beobachtungen wurden bereits im achtzehnten Jahrhundert von einem der frühesten Geschichtsschreiber der pennsylvanischen Deutschen, dem Arzte Dr. *Benjamin Rush*, gemacht (vgl. die Auszüge aus seinem 1789 erschienenen Werke bei *A. B. Faust*, *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung* (Leipzig 1912), pp. 108 ff.).

schen Gelehrten, namentlich Geistliche, ferner mit deutschen Missionsgesellschaften seien leicht anzuknüpfen, ebenso mit den Deutschen Gesellschaften im Auslande. Sie könne ferner den deutschen Unterricht durch Aussendung und Unterstützung tüchtiger Lehrer und Anschaffung deutscher Bücher fördern, vielleicht auch den deutschen Buchhandel und das Erscheinen deutscher Zeitungen unterstützen und Handbücher der deutschen Literatur und Liedersammlungen, Werke über Deutschland und seine Geschichte mit besonderer Beachtung der Bedürfnisse der Ausgewanderten vermitteln. Aber diese Aufgaben würden die Kräfte der Germanistenversammlung bald übersteigen. Ihre Tätigkeit könne in der Hauptsache doch nur beratend und anregend darauf hinwirken, "daß Deutschland mehr und mehr erkenne, daß die Erhaltung der Nationalität der Deutschen im Auslande auch für uns eine Nationalangelegenheit ist, und daß ein jeder Deutscher in den geeigneten Verhältnissen dahin zu wirken habe". Ein entsprechender Aufruf an das gesamte deutsche Volk diesseits und jenseits der Grenzen sei zu erwägen. Besonders sei er zu richten an das gemeinsame Organ der deutschen Regierung, den Deutschen Bund, und an die Einzelregierungen. Gewiß seien auch die staatlichen Möglichkeiten beschränkt; wenn etwa die Auswanderer anderer Nationalitäten stärker an ihrer Nationalität festhielten, so trage dazu zweifellos die Tatsache bei, daß die Seemächte ihren Auswanderern einen sehr viel sichtbareren Schutz gewähren könnten. Es sei "aber auch nicht ohne nachhaltige Wirkung, namentlich bei den Engländern, daß das Mutterland ausdrücklich erklärt, daß es sein Verhältnis zu den ausgewanderten Söhnen nie als aufgelöst betrachtet". Eine ähnliche Erklärung, die für die infolge wirtschaftlicher Notlage Ausgewanderten und ihre Kinder gelten müsse und ihnen bei der Rückkehr in die Heimat das Staatsbürgerrecht gewährleiste, sei daher anzustreben. Die Bundesversammlung sei zu einer solchen Erklärung befugt, denn ihr konstituierendes Prinzip sei gerade die Idee des Deutschtums, die deutsche Sprache und Nationalität. Wenn das einzelne Mitglied keine Souveränitätsrechte ohne Zustimmung der Gesamtheit an nichtdeutsche Staaten abtreten dürfe, so gelte das auch für die Nationalität der Landeskinder: "Will der Deutsche ... in andere als in deutsche Bundesstaaten ziehen, so bleibt, abgesehen von den Rechten des Landesherrn, der Gesamtheit des

Deutschen Bundes ihr bundesrechtlicher Anspruch auf die Nationalität und Person des Auswandernden." Schon deshalb sei es klar, daß der Bundesversammlung die Aufsicht über die Auswanderung zustehe. "Noch deutlicher wird es jedem Deutschen erscheinen, daß diese Angelegenheit eine Nationalsache ist und daher zunächst in jener Versammlung die sorgfältigste Beachtung hoffen darf ..., je mehr erkannt werden sollte, wie die Auswanderung für Deutschland bei ihrem stets wachsenden Umfang und bei der eigentümlichen Stellung dieses Landes eine viel grössere Bedeutung hat als für irgend einen anderen europäischen Staat."

Für den Fall, daß eine Übereinkunft nicht zu erzielen sei, sollte nach Ansicht der Kommission der Bundesversammlung nahegelegt werden, entsprechende Beschlüsse der Einzelstaaten zu veranlassen. Besonders sei dahin zu wirken, daß sämtliche Bundesstaaten sich über eine einheitliche Instruktion für ihre Konsuln im Auslande einigten, die den speziellen Konsularinstruktionen voranzustellen sei und die Anerkennung, Erhaltung und Förderung der gemeinsamen deutschen Nationalität und Sprache zum Gegenstand habe. Je mehr diese Instruktion auf die Praxis zugeschnitten sei, desto wirksamer werde sie sein; so müßten sich zum Beispiel die Regierungen verpflichten, einander die Auslagen zu erstatten, die von einem deutschen Konsul für den Angehörigen eines anderen deutschen Staates gemacht würden.²¹⁰ – Den Sinn aller dieser Vor-

210 Tatsächlich war es vorgekommen, daß durch die Nichtanerkennung einer solchen Verpflichtung deutsche Auswanderer in Not geraten waren, weil die Konsuln aus Besorgnis vor nachträglicher Zurechtweisung z.B. die Unterstützung von Schiffbrüchigen verweigerten. Dem deutschen Ansehen waren solche Engherzigkeiten nicht gerade zuträglich, und die Germanistenversammlung meinte durchaus mit Recht, daß die von ihr vorgeschlagene Anweisung "die Solidarität des deutschen Namens im Auslande zur Anschauung bringen" werde. Auch der weitere Vorschlag, deutschen Gemeinden, die für den Bau eines Gotteshauses oder von Krankenhäusern die Hälfte des erforderlichen Betrags aufgebracht hätten, die andere Hälfte von Bundes wegen zuzusichern, wäre praktisch von großem Wert gewesen. Nicht durchführbar war freilich der Gedanke, diese Gelder dadurch sicherzustellen, daß die Vorschüsse zurückzuzahlen seien, wenn Predigt oder Gottesdienst in englischer Sprache eingeführt würden.

schläge faßte der Kommissionsbericht dahin zusammen, daß durch sie "Deutschland einst, was es an Söhnen verlieren muß, an Freunden gewinnen wird, eine Freundschaft, deren Wert der Patriot und der Staatsmann nicht zu hoch werden anschlagen können; daß endlich, selbst wenn diese Maßregeln die gehoffte Wirkung nur in geringerem Maße erreichen sollten, Deutschland in denselben ein Band der Einigung mehr gefunden haben wird; sollte sie aber sich in höchster Blüte dahin entwickeln, daß in dem transatlantischen Staatenbunde auch deutsche Staaten sich gestalteten, so hätte die Welt sich eines neuen und gewiß segensreichen Bandes zwischen Europa und Amerika zu erfreuen."

Obwohl die Mehrheit der Germanistenversammlung, der Lappenberg im September 1847 in Lübeck den Kommissionsentwurf vorlegte, sich mit seinen Vorschlägen einverstanden erklärte, kam es nicht zu der geplanten Adresse an die Bundesversammlung²¹¹. Nicht wenig trug dazu der Umstand bei, daß so angesehene Mitglieder wie Dahlmann und Smidt sich dafür einsetzten, den ganzen Fragenkomplex noch weiter durchzuarbeiten, bevor man damit an die Öffentlichkeit trete. Die politischen Ereignisse gingen jedoch bald über diese wohl nur taktisch gemeinten Bedenken hinweg. Der Sieg der revolutionären Volksbewegung veranlaßte Lappenberg im März 1848, auf eigene Faust durch den hamburgischen Bundestagsgesandten der Bundesversammlung seine Denkschrift vorzulegen²¹². Gleichzeitig wandte er sich an den neuen preußi-

211 Dagegen gab die Anregung der Frankfurter Germanistenversammlung 1846 den Anstoß zum Erscheinen der gehaltvollen Vierteljahrsschrift "Germania" (Frankfurt 1847-1850), die sich der Geschichte und den Interessen der Deutschen außerhalb Deutschlands widmete. Der Herausgeber *W. Stricker* war der Verfasser eines 1845 in Leipzig erschienenen Werkes "Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde".

212 In *Leibbrandt/Dickmann*, Auswanderungsakten des Deutschen Bundestages (1817-1866) und der Frankfurter Reichsministerien (1848/49), Stuttgart 1932, ist *Lappenbergs* Denkschrift nicht erwähnt. Auch das Anschreiben war im Frankfurter Bundesarchiv nicht aufzufinden. Beide sind vorhanden in actis G.St.A. Berlin, A.A.III. Rep. I Ausw. außer Europa No. 11, Vol. 5. Das Anschreiben faßt noch einmal die Grundgedanken und Forderungen kurz zusammen: Das unwandelbare, ewige Interesse des gesamten Deutschland und der Bundesversammlung

schen Außenminister von Arnim, den er im Oktober 1847 in Paris kennengelernt hatte, und bat ihn, sich am Bundestag und bei der preußischen Regierung im Sinne seiner Vorschläge einzusetzen²¹³.

Durch die Märzrevolution und die Aussicht auf die Einberufung der Nationalversammlung wurde freilich eine gänzlich neue Lage geschaffen, die aber dem Vorhaben Lappenbergs noch günstiger zu sein schien. Die Bundesversammlung, deren Tage gezählt erschienen, ging auf seine Denkschrift zwar nicht weiter ein, sie erklärte sich jedoch am 12. Mai auf einen ähnlichen Antrag des neugegründeten "Nationalvereins für deutsche Auswanderung" in Darmstadt bereit, gemeinsame Maßregeln der Bundesstaaten tunlichst zu unterstützen. Sie hege die Hoffnung, erklärte sie, daß "bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse die wichtige Frage der Auswanderung als Nationalangelegenheit" zur Sprache kommen werde.²¹⁴

In Berlin hatte noch vor dem Ausbruch des Märzaufstandes ein Stimmungsumschwung eingesetzt, der gleichfalls der Behandlung der Auswanderungsfrage im nationalen Sinne zugutezukommen versprach. Je mehr die revolutionäre Einheitsbewegung an politischer Durchschlagskraft gewann, desto mehr mußte den Regierungen daran liegen,

bleibe die Erhaltung der deutschen Nationalität und Sprache. Vor allem sei es erforderlich, "für die Erhaltung der Sprache in der eindringlichsten Weise, an Hand der Religion" einzutreten. Die Bundesversammlung wird gebeten, eine Erklärung über die Heimatberechtigung der Auswanderer zu erlassen, die Konsuln der Bundesstaaten durch eine besondere Instruktion auf die Aufgabe der Erhaltung der deutschen Nationalität und Sprache hinzuweisen und aus der Bundeskasse die Errichtung von deutschen Kapellen, Krankenhäusern und Schulen im Auslande in geeigneten Fällen zu unterstützen.

213 Act.cit. G.St.A. Berlin. – *Lappenberg* durfte dabei umso mehr auf *Arnims* Verständnis rechnen, als dieser während seiner Pariser Botschaftertätigkeit das Auswandererelend in den französischen Häfen kennengelernt und sich in Berlin nachdrücklichst für Abhilfe durch den Staat eingesetzt hatte, "wenn er ferner auf diesen Titel Anspruch haben will"; zit. in: Zimmermann, a.a.O., S. 327. Vgl. act.cit. G.St.A. Berlin, Vol. 1-3 den Schriftwechsel über die verzweifelte Lage deutscher Brasilienauswanderer in Dünkirchen 1846 und die Schilderung *Zimmermanns* in "Kolonialpolitische Studien", S. 388 ff.

214 Act. cit. G.St.A. Berlin, Vol. 5. S. auch *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 2 f.

durch Ausbau des bestehenden deutschen Zentralorgans, der Bundesversammlung, der regierungsfeindlichen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein drohendes Sturmzeichen war schon der Beschluß der Heppenheimer Zusammenkunft von Abgeordneten der badischen, württembergischen und hessischen Kammeropposition am 10. Oktober 1847, in allen süddeutschen Vertretungen den Zusammentritt eines aus Delegierten der Ständekammern zu bildenden Zentralparlaments zu fordern. In Ausführung dieses Beschlusses beantragte der Abgeordnete Bassermann am 12. Februar in der badischen Zweiten Kammer eine Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage, und die leidenschaftlichen Debatten darüber zeigten, wie stark die Nationalbewegung auch in den Kreisen des wohlhabenden Bürgertums geworden war. Daß ihr mit Verboten nicht beizukommen sei, sprach der badische Außenminister von Dusch aus, wenn er dem württembergischen Gesandten erklärte, der Bund habe nun einmal in vieler Hinsicht versagt; man müsse den geistigen und materiellen Bedürfnissen Deutschlands Rechnung tragen, und die Regierungen dürften darin sich nicht von der Opposition überflügeln lassen.²¹⁵ In Preußen war es besonders der Vertraute Friedrich Wilhelms IV., General Josef Maria von Radowitz, der diese Notwendigkeit seit langem erkannt hatte. Auf einer Rheinreise im September 1847 gewann er den König für seinen Plan einer Bundesreform von oben, deren Programm er in einer Denkschrift vom 20. November niederlegte. Bei den folgenden Beratungen zeigten die preußischen Staatsmänner allerdings wenig Neigung, diesen Weg zu beschreiten. Erst unter dem Eindruck der Februarereignisse in Süddeutschland, die die Stärke der nationalen Bewegung eindrucksvoll beleuchteten, setzten sich seine Ideen durch: am 21. Februar fand unter dem Vorsitz des Königs in Anwesenheit von Radowitz ein Ministerrat statt, der die preußische Regierung auf sein Bundesreformprogramm verpflichtete²¹⁶. Als eine der Maßnahmen, die zur "Belebung und Kräftigung des Deutschen Bundes" geeignet seien, wurde dabei auch die Errichtung von

215 V. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849* (Berlin 1930), I, S. 161 ff.

216 Fr. Meinecke, *Radowitz und die deutsche Revolution* (Berlin 1913), S. 50 f.

Bundeskonsulaten und die Regelung der Auswanderungs- und Kolonisationsfrage in Aussicht genommen. Im Anschluß daran erteilte der König dem Außenminister von Canitz am 25. Februar die Anweisung, "jeden derjenigen Gegenstände, für welche eine lebendige, das deutsche Nationalgefühl befriedigende Wirksamkeit des Bundes in Anspruch genommen werden soll, genauer ins Auge zu fassen" und für die Ausarbeitung der kommenden Bundesverfassung in diesen Punkten durch vorbereitende Entwürfe Sorge zu tragen.²¹⁷ Die Forderung, die Auswanderung von Bundes wegen zu regeln, hatte sich endlich bei den Regierungen durchgesetzt. Der Bundestagsgesandte von Gagern hatte sie 1817 zuerst erhoben; zahlreiche Stimmen, am vernehmlichsten die Friedrich Lists, hatten sie seither immer wieder mit gewichtigen politischen und wirtschaftlichen Argumenten vertreten, und in den vierziger Jahren war sie von einem Großteil der deutschen Öffentlichkeit aufgegriffen und bejaht worden. Drei Jahrzehnte lang hatten die maßgebenden staatlichen Gewalten sich ihr versagt, hatten sie in der Auswanderungsfrage eine Politik getrieben, die jede annehmbare Lösung unmöglich machte. Sie hatten nicht nur jede eigene Initiative unterlassen, sondern durch ihre Obstruktion alle sonstigen Ansätze zu einer geregelten Auswanderung zunichte gemacht. Bis zuletzt hatte vor allem Preußen sich geweigert, eine Tatsache amtlich zur Kenntnis zu nehmen, die immer tiefer in das Leben des deutschen Volkes eingriff und selbst das Ausland nicht gleichgültig ließ.²¹⁸ Es hatte starrsinnig an dem längst fiktiv gewordenen Standpunkt festgehalten, daß die Auswanderung den preußischen Staat nichts angehe und daß jedes staatliche Eingreifen einer Förderung dieser "krankhaften Erscheinung" gleichkomme. Die führende Macht des Zollvereins war von den verschiedensten Seiten, von der Öffentlichkeit wie von namhaften Politikern immer wieder auf die wirtschaftliche und soziale wie auf die nationale Bedeutung der Auswanderung hingewiesen worden;²¹⁹ sie hatte jeden Appell an ihre nationale oder humanitäre Ver-

217 Zimmermann, a.a.O., S. 394 f.

218 Die Königlich Belgische Akademie der Wissenschaften schrieb 1846 einen Preis für die beste Arbeit über die Ursachen der deutschen Massenauswanderung aus.

219 Die "Kölnische Zeitung" schrieb Ende 1847, allein die preussischen Auswanderer 1845/46 hätten 4,2 Millionen Taler mitgeführt (Zimmermann, a.a.O., S. 394).

antwortung von sich abprallen lassen.²²⁰ Erst unter dem Eindruck der bevorstehenden Revolution entschloß sich die preußische Regierung zu dem Schritte, dem sie bisher hartnäckig ausgewichen war: Die Bundesvertretung für die Regelung dieser gesamtdeutschen Frage in Anspruch zu nehmen. Trotz seiner handgreiflichen Unzulänglichkeiten war der "ewige und unauflösliche Bund" der deutschen Staaten die gegebene Instanz in einer Frage, die mehr oder minder ganz Deutschland anging. Diese Ansicht war in den Ständekammern wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, und auch die Regierungen mancher Mittelstaaten hatten sich allmählich damit vertraut gemacht. Die nationale Publizistik drängte seit langem auf eine Reform des Bundes, die ihn instand setzen sollte, sich mit den sonstigen großen Fragen der Nation auch der Auswanderung anzunehmen. Nicht die Beseitigung des Bundes, sondern seine weitere Ausgestaltung durch Schaffung aktionsfähiger Zentralorgane war der Wunsch der meisten, die mit den gegenwärtigen politischen Zuständen unzufrieden waren. Sehr viele von ihnen empfanden bei aller Kritik, was es zu bedeuten hatte, daß der Bund ein Menschenalter lang dem deutschen Volke Schutz nach außen, inneren Frieden und die Voraussetzung für einen ungestörten kulturellen und materiellen Aufstieg gewährt hatte. Die Kritik an seinem Versagen in der Auswanderungsfrage wie auf anderen Gebieten des nationalen Lebens richtete sich nicht so sehr gegen die Bundesvertretung, deren begrenzte Wirkungsmöglichkeit nur zu gut bekannt war, als gegen jene Regierungen, denen jede Ver-

220 Als im Sommer 1846 rund 2000 deutsche Auswanderer in Dünkirchen in äußerste Not gerieten, berichtete der preußische Gesandte in Paris *von Arnim* darüber nicht nach Berlin, weil er dies nach seinen bisherigen Erfahrungen für zwecklos hielt. Er zog es vor, sich an die französische Regierung zu wenden, welche die Deutschen nach Algerien schaffte; trotz der Versicherung des französischen Ministers, dort erwarte sie der sichere Tod, weil nichts vorbereitet sei, erging es ihnen auf den zugewiesenen Ländereien hernach recht gut. *Arnim* schrieb damals, die "mörderische Barmherzigkeit der Franzosen" sollte eigentlich den deutschen Regierungen deutlich machen, daß "das Gefühl der Nationalität nicht weniger als das der Menschlichkeit" Maßnahmen zum Schutz der Auswanderer fordere (*Zimmermann*, a.a.O., S. 388 ff.). In den letzten Jahren vor 1848 war sich die deutsche Öffentlichkeit in der Forderung einig, daß der Staat schon aus moralischen Gründen sich der Auswanderung annehmen müsse.

stärkung der Bundesexekutive unbequem war. Preußens Kurswechsel in der Frage der Bundesreform eröffnete nunmehr auch auf dem Auswanderungssektor eine Fülle von Möglichkeiten. Sie erstreckten sich vom Rechtsschutz für die Auswanderer bis zur Lenkung der Auswanderung unter dem Gesichtspunkt des gesamtdeutschen Interesses. Die deutsche Auswanderung nach 1815 hatte zwar bereits fast ausschließlich die Richtung nach Übersee, insbesondere nach Nordamerika, eingeschlagen, und ihre gänzliche Ablenkung nach anderen Ländern war seither unwahrscheinlich geworden. Aber sie hatte diese Richtung vor allem deshalb genommen, weil ihr jede Lenkung und jeder Schutz von staatlicher Seite fehlten, während die Union wenigstens einen gewissen Ersatz für das Fehlende bot. Die übergroße Mehrheit der Auswanderer hatte sich nicht aus politischen Beweggründen nach den nordamerikanischen Staaten gewandt, sondern deshalb, weil dort lockende wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten winkten. Solche gab es aber nicht nur in Übersee, sondern auch in den dünn bevölkerten Ländern Südosteuropas, die schon im achtzehnten Jahrhundert einen beträchtlichen Teil der deutschen Auswanderung angezogen hatten; darüber hinaus auch in den angrenzenden Gebieten der europäischen und asiatischen Türkei.

Daß die Richtung nach Südosten und Osten der deutschen Auswanderung durch Natur und Geschichte vorgezeichnet sei, ist ein Gedanke, der sich durch die ganze vormärzliche Publizistik zur Auswanderungsfrage hindurchzieht. Nirgends lag er näher als im deutschen Südwesten, in jenen Hauptquellgebieten des deutschen Auswandererstromes, die schon die Südostwanderung des achtzehnten Jahrhunderts gespeist hatten. Nach Südosten wies den Südwestdeutschen der Lauf der Donau, wies auch die gemüthafte Anhänglichkeit an die alte Kaisermacht Österreich, die von jeher besonders stark im Westen Oberdeutschlands verwurzelt war; in den Landschaften, die im achtzehnten Jahrhundert oft kurzerhand als "das Reich" bezeichnet wurden. Mehr noch als im übrigen Deutschland galt hier bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus Wien unbestritten als die deutsche Hauptstadt, Österreich als die Füh-

rungsmacht Deutschlands²²¹. Damit verband sich das Bewußtsein, daß der Kaiserstaat im südlichen und im östlichen Vorfelde des deutschen Siedlungsbodens eine zivilisatorische Aufgabe zu erfüllen habe, die im Interesse Österreichs wie Deutschlands und zugleich Europas lag und zu deren Erfüllung er auf die überschüssige Volkskraft des deutschen Bundesgebiets angewiesen war.

Die deutsche Südostwanderung war seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts fast zum Erliegen gekommen. Nur unmittelbar nach 1815 war sie durch russische Kolonistenwerbungen, insbesondere in Süddeutschland, noch einmal kurz aufgelebt.²²² Der griechische Befreiungskampf und das Königtum des Wittelsbachers verschlugen nur wenige deutsche Auswanderer nach Griechenland, trugen aber dazu bei, daß das Interesse an der Südostwanderung nicht ganz erlosch.²²³ Als dünnes, oft unterbrochenes Rinnsal blieb sie, insbesondere durch den Nachschub von Rußlandsiedlern auch in den zwanziger und dreißiger Jahren bestehen.²²⁴ Die lebhafte Erörterung über die Zielländer der Auswanderung in den vierziger Jahren zeigte, daß trotz der inzwischen erfolgten Wendung nach Übersee die nationale Bedeutung der Südostsiedlung nicht vergessen war. Durch die Orientalische Krise um 1840 war Südosteuropa erneut in den Brennpunkt des Interesses gerückt worden. Der anscheinend unaufhaltsame Zerfall des türkischen Reiches legte die Frage nach dem künftigen Schicksal der Länder an der unteren Donau und Kleinasiens nahe. Daß sie um Europas und Deutschlands willen nicht allein dem bereits allzu mächtigen Rußland anheimfallen durften, vertrat ne-

221 Die enge gesellschaftliche Verflechtung des österreichischen und süd- und westdeutschen Adels gehört in diesen Zusammenhang. Als Beispiel s. die Mitgliederliste des Texasvereins (Kap. 2 Anm. 125).

222 S. o. S. 37.

223 Vgl. die Arbeit von *W. Leibbrandt* und *S. Mackroth*, Das Deutschtum in Griechenland (Bd. 27 der "Schriften des Deutschen Auslandinstituts Stuttgart", Reihe A); ferner *acta G.St.A. Berlin Rep. 73, No. 68, 2 Vol. 2, 3*).

224 Vgl. *H. Rosenthal*, a.a.O., S. 23 ff. und 43 ff. über die Auswanderungen nach Rußland, Polen und Siebenbürgen 1817 bis 1838.

ben vielen anderen Stimmen²²⁵ in mehreren Aufsätzen der Ende 1839 von einem längeren Aufenthalt in der Türkei heimgekehrte Helmuth von Moltke. Unter Berufung auf das geschichtliche Verdienst Österreichs um die Verteidigung des Abendlandes trat er für eine Aktivierung der österreichischen Balkanpolitik ein, die auch der deutschen Auswanderung ein weites Feld eröffnen werde. Auf der uralten Straße der Donau, die durch die Sprengung des Eisernen Tores geöffnet worden war, sei die Walachei leicht zu erreichen. Dann brauche "deutsche Tüchtigkeit nicht mehr nach den verpesteten Sümpfen und dem glühenden Himmel fremder Weltteile zu flüchten, und an den Ufern der stolzen Donau würde deutsche Sprache erklingen, deutsche Sitte wohnen von den schwäbischen Bergen bis zur Mündung der Sulina"²²⁶.

Seinen entschiedensten Befürworter aber fand der Gedanke der deutschen Südostkolonisation in Friedrich List. Der geniale Schwabe verknüpfte die von ihm vertretene Lösung des Auswanderungsproblems aufs engste mit den großen Fragen der künftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands und Europas²²⁷. List war aus der Neuen Welt als überzeugter Gegner jeder größeren deutschen Übersiedlung zurückgekehrt. Nur tropische Rohstoff- und Pflanzerkolonien wollte er gelten lassen und auch sie nur für ein geeintes Deutschland. Wohin die deutsche Auswanderung zu lenken sei, war ihm nicht zweifelhaft; ihre natürliche Richtung war durch die menschenarmen Gebiete im Osten Deutschlands, vor allem aber durch den längsten Strom des deutschen Siedlungsbodens, die Donau, vorgezeichnet. So verständlich die Auswanderung nach der Union sei, sie sei nicht minder widersinnig als "wenn der landsuchende Anwohner des Delaware oder Hudson nach Australien sich wenden wollte, statt nach dem Westen seines Landes."²²⁸

225 Vgl. die Beispiele bei *A. Meyer*, a.a.O., S. 40 ff. und bei *R. Kaindl*, Österreich, Preußen, Deutschland (Wien 1926), S. 110 ff.

226 Gesammelte Schriften (Berlin 1892), II, S. 309; zitiert nach *K. Wirth*, Der großdeutsche und mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938 (Würzburg 1938), S. 16 f.

227 Vgl. dazu die Zusammenfassung bei *Schnabel*, a.a.O., S. 364 ff.; desgl. *H. v. Srbik*, Deutsche Einheit I, S. 280 ff.

228 Gesammelte Werke, V, S. 499 (zitiert bei *Fr. Schnabel*, a.a.O. III, S. 366).

Die Donauländer von Preßburg bis zur Mündung, die nördlichen Provinzen der Türkei und die westlichen Randstaaten des Schwarzen Meeres seien die gegebenen deutschen Siedlungsräume. Schon Ungarn biete dem deutschen Fleiß und Unternehmungsgeist gewaltige Möglichkeiten dar. Daß sie brach lägen, falle den sozialen und politischen Verhältnissen zur Last, die sich unbeschadet der berechtigten magyarischen Sonderinteressen ändern ließen. Beide Völker seien berufen, gemeinsam eine Schutzwehr gegen die russische Drohung zu bilden. Über Ungarn hinaus könne der deutsche Auswandererstrom weite Länder der europäischen Zivilisation und dem deutschen Einfluß erschließen. Die Voraussetzung für all dies aber sei die engere wirtschaftliche und politische Verbindung Österreichs mit dem übrigen Deutschland; nur durch Österreich könne die gewaltige Ader der Donau für Deutschland und Europa erschlossen werden, nur durch Deutschland könne diese Ader für alle Anlieger zu voll pulsierendem Leben erweckt werden. Die künftige deutsche Durchdringung dieses mitteleuropäischen Großraums aber hing nach Lists Überzeugung ab von Reformen im Sinne des nationalen Verfassungsstaates und von der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, der die allmähliche Angleichung der Zolltarife zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland und die Beseitigung der Zollschranken zwischen Ungarn und den anderen Teilen der Monarchie vorausgehen müßten.²²⁹

Es war die großdeutsche Konzeption des mitteleuropäischen Reiches von der Nord- und Ostsee bis zur Adria und Aegäis, die Lists Ideen vorwegnahmen; die Wiedergeburt des mittelalterlichen Reiches in neuer Form und mit neuem Gehalt, die dieser ganz dem Kommenden zugewandte Geist von der Verbindung des Zollvereins mit der habsburgischen Monarchie erhoffte²³⁰. Seine Vision übersprang freilich die Stufe des bürgerlichen National- und Industriestaates, dem das heraufdämmernde Jahrhundert gehörte und dessen Ergebnis die heillose Zerklüftung des Raumes war, dessen Zusammenschluß List vorschwebte. Aber noch waren in den frühen vierziger Jahren, als er sein Mitteleuropa ent-

229 Gesammelte Werke, VII, S. 188.

230 Gesammelte Werke, VII, S. 598; vgl. *Schnabel*, a.a.O. III, S. 367.

wickelte, die Würfel nicht gefallen. Noch waren die Nationalitäten des Donaupraumes nicht dem unheilbaren Wahn der Eigenstaatlichkeit verfallen, der mit Österreich sie selbst zugrunde richten sollte; und die Geschichte des Deutschen Bundes, der sich nach Lists Hoffnungen dereinst zum mitteleuropäischen und schließlich zum kontinentalen ausweiten sollte, waren noch nicht abzusehen. Hatten zunächst die durch die Entstehung des Zollvereins geweckten Hoffnungen auf Deutschlands Einigung durch Preußen in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms IV. neue Nahrung erhalten, so waren sie von der preußischen Politik gründlich enttäuscht worden. Es zeigte sich, daß das Schema der liberalen Publizistik, die Österreich gerne als Hort der Reaktion, Preußen als Vorkämpfer des Fortschritts hinstellte²³¹, wenig mit der Wirklichkeit zu tun hatte, daß Preußen so wenig wie Österreich bereit war, seine geschichtlich gewordene Staatspersönlichkeit um Deutschlands willen zu verleugnen. Und es wuchs, nicht zuletzt dank Fr. Lists wirtschafts- und raumpolitischer Erziehungsarbeit, das Verständnis für die deutsche und europäische Bedeutung des Kaiserstaates; umsomehr, als einflußreiche Presseorgane wie die Cottasche Augsburger "Allgemeine Zeitung" oder die von dem Österreicher Kuranda begründeten "Grenzboten" in dem gleichen Sinne auf die breite Öffentlichkeit einwirkten. "Wenn wir nicht irren", schrieb Gervinus 1847 in der "Deutschen Zeitung", "so ist die Ansicht der Tagespolitik wesentlich zu dem Gegensatz der Stimmung gekommen, die in den dreißiger Jahren die herrschende war. Man will Österreich keineswegs von der Zukunft Deutschlands abgetrennt denken²³²."

Wie schon für List war die ungelöste Auswanderungsfrage in den Augen vieler Deutscher einer der Faktoren, die nicht für Österreichs Ausschluß sprachen, sondern für seine engere Verknüpfung mit Deutschland. Der Staat Metternichs freilich war nicht geeignet, die unte-

231 *H. v. Srbik*, a.a.O., I., S. 303. Vgl. auch *R. Kaindl*, a.a.O., S. 65 f.

232 Zitiert nach *Kaindl*, a.a.O., S. 130; dort auch S. 129 ff. weitere, ähnliche Stimmen, die von der steigenden Wertschätzung Österreichs in der deutschen Öffentlichkeit des Vormärz zeugen. Ende 1848 war *Gervinus* allerdings anderer Ansicht und wollte mit dem "kältesten Blut der Welt" die großdeutschen Österreicher aus der Paulskirche entfernen (ebenda, S. 180).

ren Donauländer der deutschen Auswanderung zu erschließen. Die Rücksicht auf Rußland, die innen- und außenpolitische Beharrungspolitik des greisen Staatsmannes verboten ihm jedes Paktieren mit den elementaren, expansiven Kräften, die in der Auswanderung ihr Ventil suchten. Zudem war Österreich im Unterschied zu Preußen von dieser Bewegung nicht selbst betroffen. Trotzdem ging sie auch Österreich an, denn es besaß Möglichkeiten, sie wenigstens teilweise aufzufangen und zur Stärkung und zum Ausbau des eigenen Staatswesens zu verwenden. Auch als Präsidialmacht des Deutschen Bundes durfte der Kaiserstaat nicht vor einer Frage die Augen verschließen, die von Jahr zu Jahr gebieterischer auf Lösung drängte. Wie schon bei der Ausgestaltung des Bundes nach 1815 und bei der Gründung des Zollvereins verkannte die österreichische Staatsführung mit Deutschlands Interesse ihr eigenes, wenn sie auch in dieser Frage nichts unternahm. Es war nicht allein ihre Schuld, wenn ein Menschenalter lang nichts geschah, um "dem deutschen Volke jenes Maß von Einheit der Wehr-, Rechts- und Wirtschaftseinrichtungen zu geben, das ... dem deutschen Lebenstrieb zeitliche Befriedigung gewährt hätte, bis neue Verdichtungen möglich wurden." Es war noch weniger die Schuld Österreichs, daß "die überseeische Welt noch immer verteilt wurde, während das deutsche Volk Millionen von Söhnen auswandern und an fremde Völker verloren gehen ließ." Aber daß Österreich, nicht anders als Preußen und das dritte Deutschland, "den einzigen Gesamtkörper des deutschen Volkes, den Deutschen Bund, verdorren"²³³ ließ, hatte dazu beigetragen, auch die frühzeitige Lösung der Auswanderungsfrage zu vereiteln.

Die vormärzlichen Regelungen hatten der Auswanderung gegenüber versagt. Die geschichtliche Stunde für Kolonialgründungen großen Stils war ungenutzt vorübergegangen; die Bildung geschlossener deutscher Siedlungsgebiete war mißglückt, eine kulturpolitische Betreuung der Überseedutschen unterblieben. Nicht einmal zum Schutze der Auswanderer gegen Unrecht und Ausbeutung hatten sich die Regierungen zusammengefunden. Vom Boden der gegebenen staatlichen Verhältnisse aus war keine Änderung zu erwarten. Die künftigen Geschicke der

deutschen Auswanderung hingen ab von der Lösung der deutschen Frage, die durch die Ereignisse von 1848 ins Stadium der Entscheidung trat.

KAPITEL 3

DIE DEUTSCH-MITTELEUROPÄISCHE FRAGE 1848-1866 UND DIE DEUTSCHE AUSWANDERUNG

Die deutsche Revolution von 1848 bildet nicht allein im staatlichen Werdegang unseres Volkes einen tiefen Einschnitt. Der Mißerfolg der Nationalbewegung im staatspolitischen Bereich ist nur der sinnfälligste Ausdruck eines Versagens der gestaltenden Kräfte, das sich auch auf anderen Gebieten des deutschen öffentlichen Lebens folgenschwer ausgewirkt hat. Von unmittelbarer Bedeutung wurde er für die deutsche Auswanderung, deren Zukunft in dem Ringen um die künftige staatliche Ordnung Deutschlands mit auf der Waage lag. Das Scheitern der revolutionären Einheitsbewegung hat ihren Verlauf und ihre Richtung in der Folgezeit entscheidend beeinflußt. Der wieder aufbrechende Dualismus der beiden deutschen Großmächte als Folge der Ereignisse von 1848/49 verschüttete die letzten Möglichkeiten einer befriedigenden Regelung der Auswanderungsfrage im Interesse ganz Deutschlands.

DIE AUSWANDERUNGSFRAGE IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1848/49

An Plänen und Vorschlägen für die künftige Gestaltung der deutschen Auswanderung hat es in den bewegten Jahren 1848/49 weniger denn je gefehlt. Schon am Vorabend der Revolution war mit dem Anschwellen der Auswanderung die Auswanderungspublizistik mächtig ins Kraut geschossen, und in Deutschland wurde für alle möglichen und

unmöglichen Kolonisationsprojekte geworben¹. Der Sieg der Volksbewegung entfesselte eine Flut von Flugschriften und Artikeln, die sich unter dem Schutz der neuen Pressefreiheit mit dem ganzen Schwung der revolutionären Begeisterung auch der Auswanderung annahmen². So wenig bemerkenswert sie fast sämtlich als sachliche Beiträge zur Lösung des Auswanderungsproblems sind, so bezeichnend sind sie dafür, wie sehr die bisherige Haltung der Regierungen in dieser Frage von der übergroßen Mehrheit des Volkes verurteilt wurde. Auch manche gemäßigten Stimmen, die bisher aus Rücksicht auf die staatliche Autorität den Weg in die Öffentlichkeit gescheut hatten, wagten sich hervor³. Wichtiger als die meisten einschlägigen Erzeugnisse der politischen Tagesliteratur war eine Studie des jungen Nationalökonomen Wilhelm Roscher in der "Deutschen Vierteljahresschrift" über die volkswirtschaftliche Seite der Auswanderung, die zu beachtenswerten Folgerungen kam. Er wies nach, daß von einer Übervölkerung Deutschlands keine Rede sein könne und daß die Auswanderung überhaupt nicht in der Lage sei, den Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen. Sie sei auch nicht wünschenswert, da die Auswanderer Deutschland ganz verloren gehen

-
- 1 Für die letzten anderthalb Jahre vor dem März 1848 verzeichnet ein vom Vizepräsidenten des Deutschen Volksvereins zu New York, *H. E. Ludewig*, erstatteter Bericht über "Das Auswanderungswesen in Deutschland" (New York 1848) Werbungen in Deutschland für Niederlassungen in allen Erdteilen: in Asien für Niederländisch-Borneo; in Afrika für Algerien, Abessinien, die Kapkolonie und das Kaffernland; in Australien und Ozeanien für Neu-Südwaies, Südaustralien, Neuseeland und Tasmanien; in Süd- und Mittelamerika für Brasilien, Columbien, Uruguay, Venezuela, San Domingo und die Bermudas; in Nordamerika für deutsche Kolonien in den Staaten New York, Virginia, Ohio, Tennessee, Wisconsin, Texas und Kalifornien (in actis G.St.A. Berlin, M.d.I. Rep. 77. Tit. CCXXVI Nr. 108, Vol. 11).
 - 2 S. das Verzeichnis der in den Auswanderungsakten der Frankfurter Behörden enthaltenen Druckschriften zur Auswanderungsfrage bei *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 85-89.
 - 3 So veröffentlichte erst jetzt von *Werner* seine Denkschrift von 1841 (vgl. S. 146) unter dem Titel "Gedanken und Regelung der Auswanderung" (Reutlingen 1848); auch von *Rothers* Denkschrift (s. S. 160 ff.) erschien im Druck, allerdings anonym.

müßten, so lange es keine Kolonien besitze. Auf überseeische Erwerbungen aber bestehe keine Aussicht, und deshalb könne die Auswanderung für das deutsche Volk nur dann fruchtbar werden, wenn man sie nach den preußischen Ostprovinzen und den Donauländern lenke; nur in diesem Falle sei eine positive Förderung der Auswanderung angebracht. Hingegen erkannte auch Roscher an, daß angesichts der bereits vorhandenen Überseewanderung diese Auswanderer im Gegensatz zu der bisherigen Praxis von den deutschen Konsuln im Ausland beschützt werden müßten, aber lediglich aus humanitären Gründen und um des deutschen Ansehens willen⁴.

Von dem lebhaften Interesse an der Auswanderungsfrage zeugen auch die zahlreichen Auswanderungsvereine, die im Laufe des Jahres 1848 ins Leben traten. Wieder war es eine revolutionäre Errungenschaft der Märztage, die Koalitionsfreiheit, die ihre Bildung gestattete. In mehreren schlesischen und vielen sächsischen Städten, in Hamburg, Köln und Düsseldorf und vor allem in Südwestdeutschland kam es zu solchen Vereinsgründungen. Die bedeutendste war der "Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung"⁵, der auf Anregung des unermüdlichen Vorkämpfers für die staatliche Lenkung der Auswanderung, des greisen Vaters des Präsidenten der Nationalversammlung, Hans Christoph von Gagern, gegründet wurde, um die Öffentlichkeit für die Auswanderung als Nationalsache mobil zu machen. Sein Leiter war der Lehrer der Höheren Gewerbeschule in Darmstadt Dr. Künzel, zugleich der Herausgeber der Zeitschrift "Der deutsche Auswanderer". Der Verein verlegte seinen Sitz bald von Darmstadt nach Frankfurt a. Main und errichtete Zweigvereine in einer Reihe von hessischen, württembergischen und badischen Städten. Schon im April betonte er in einer Ein-

4 S. die ausführliche Inhaltsangabe bei *A. Zimmermann*, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, Bd. I, S. 397 f.

5 Über seine Tätigkeit berichtete laufend die gehaltvolle Zeitschrift "Der deutsche Auswanderer" (Darmstadt 1847-50). Außer den unten genannten Teilnehmern am Frankfurter Oktoberkongreß standen dem Verein nahe *von Werner/Reutlingen*, die Professoren *Gervinus* und *Welcker* und aus München der Botaniker *von Martius*, der Orientalist *Neumann* und Frhr. *von Völderndorff (Leibbrandt/Dickmann, a.a.O., S. 2)*.

gabe an den Bundestag unter Berufung auf die wirtschaftliche Bedeutung der Auswanderung die Notwendigkeit ihrer einheitlichen Organisation durch die Nation. Auf seine Anregung trat am 16. Oktober in Frankfurt ein Kongreß deutscher Auswanderungsvereine zusammen, an dem eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten teilnahm; darunter außer Hans von Gagern sein alter Mitstreiter im Bundestage, der Bürgermeister Smidt aus Bremen, und der Vorsitzende des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung Gevekoht sowie der amerikanische Gesandte Donelson und der amerikanische Konsul in Frankfurt Graebe. Der Kongreß vertrat die Auffassung, daß man den Gedanken an die Erwerbung eigener Kolonien endgültig aufgeben müsse, da die Auswanderung nach Nordamerika nicht zu hemmen sei. Er schlug deshalb vor, die deutschen Auswanderer in bestimmten Gegenden der Union, vor allem im Mittelwesten, Texas und Kalifornien möglichst geschlossen anzusiedeln. Nach den Donauländern könne die Auswanderung in großem Ausmaße erst dann gelenkt werden, wenn die dortigen sozialen und politischen Verhältnisse sich gründlich gewandelt hätten. Die Nationalversammlung wurde ersucht, in den Hafenstädten und in Amerika Kommissare für die Betreuung der Auswanderer zu ernennen und in ständiger Fühlung mit dem deutschen Nationalverein zu bleiben, der ganz Deutschland mit einem Netz von Auswanderungsvereinen überziehen wollte⁶. Neben dem "Nationalverein" erlangte der Stuttgarter "Central-Verein für die deutsche Ansiedlung in den überseeischen Ländern" eine gewisse Bedeutung. Sein führender Kopf war der durch zahlreiche Veröffentlichungen über die deutsche Auswanderung bekannte Schriftsteller Traugott Bromme, der 1848 mit einem Projekt für die Bildung deutscher Siedlungskolonien in den Oststaaten der Union hervortrat, jedoch damit ebenso wenig Erfolg hatte wie 1841 sein Landsmann

6 Die Tätigkeit des "Nationalvereins" hielt sich im übrigen in recht maßvollen Grenzen. Das Reichsministerium des Handels leitete Anfang 1849 Eingaben der Zentrale an die hannoversche Regierung, den bremischen Senat und die Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn und der Kölner Dampfschiffahrtsgesellschaft befürwortend weiter, die die Abstellung von Mißbräuchen und Vergünstigungen bei der Auswandererbeförderung anregten (vgl. *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 70).

von Werner. Die Regierungen bedienten sich zwar gern der Auswanderungsvereine, waren aber nicht gewillt, sie wirksam zu unterstützen oder gar sich mit ihren Zielen zu identifizieren.

Dafür, daß die Auswanderung über den großen Ereignissen des Jahres 1848 nicht ganz in Vergessenheit geriet, sorgte schon der stetig weiter fließende Auswandererstrom. Die alten Mißstände, die sich hin und wieder dabei zeigten, mußten den Nationalstolz umso mehr kränken, je höher er durch die Anfangserfolge der Revolution gestiegen war. Weitere Nahrung boten ihm die Sympathiekundgebungen deutsch-amerikanischer Kreise; so das Eintreffen des Dampfers "Washington" in Bremen unter dem Sternenbanner und der schwarz-rot-goldenen Flagge und die von ihm überbrachte "Adresse der deutschen Brüder in dem freien Staatenbunde Amerikas an das deutsche Volk", die am 29. Mai von der Nationalversammlung mit ungewöhnlichem Beifall aufgenommen wurde⁷. Zur gleichen Zeit aber lagen in Le Havre wieder 1100 mittellose Auswanderer fest, deren Zahl sich bis zum Jahresende auf 1400 erhöhte. Die dort ansässigen 1800 deutschen Arbeiter und Handwerker, die zu meist von früheren Auswandererschüben zurückgeblieben waren, litten infolge der Umwälzung in Frankreich selbst Not und waren außerstande, ihren Landsleuten zu helfen; sie richteten deshalb eine Bittschrift an die Nationalversammlung, die von ihrem Präsidenten von Gagern über das Reichsministerium des Innern an die Regierungen von Bayern, Baden, Preußen und Hessen weitergeleitet wurde, anschließend aber nur in München und Karlsruhe Verständnis fand⁸. Weitere Eingaben an die Nationalversammlung und die Reichsbehörden kamen von Privatpersonen und Auswanderungsvereinen, die von der Zentralgewalt eine nationale Regelung der Auswanderung, die Ansiedlung in geschlossenen deutschen Niederlassungen oder sogar die Gründung deutscher Kolo-

7 *V. Valentin*, a.a.O., Bd. II, S. 571; dort auch weitere Beispiele. S. auch die Adresse der Siebenbürgener Sachsen vom 9. Juni bei *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 30 f.

8 Von Preußen und Hessen enthalten die Akten keine Antwortschreiben. S. *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 36 f. und S. 45 f. Die Zahl der deutschen Auswanderer über Le Havre nach Nordamerika belief sich nach der Angabe des dortigen Konsuls auf 25 506.

nien erwarteten⁹. Andere forderten die Errichtung von Reichskonsulaten in verschiedenen Aus- und Einwanderungshäfen oder sogar materielle Unterstützung der Auswanderer durch deutsche Konsuln, was vom Reichsministerium des Handels als unmöglich bezeichnet wurde, da "unberechenbare bedeutende Ausgaben dadurch entstehen" würden¹⁰. Dagegen glückte es dem bekannten Reiseschriftsteller Fr. Gerstäcker, sich vom Handelsminister, dem bremischen Abgeordneten Duckwitz, einen Reisezuschuß für eine Weltreise "zwecks Berichterstattung über die deutschen Ansiedlungen in Übersee" zu verschaffen¹¹.

-
- 9 Zu den Petenten gehörte auch der Texasverein, der darauf hinwies, er sei "zum erstenmal mit einer geschlossenen Bevölkerung mitten in unbewohnte Gegenden eingedrungen" und habe erreicht, daß Deutsch als Gerichts- und Amtssprache anerkannt worden sei. – Die Gründung geschlossener deutscher Niederlassungen forderten u.a. die "Gesellschaft für nationale Auswanderung und Kolonisation zu Stuttgart" (in Chile), der "Zentralverein für Auswanderung" in Köln und Düsseldorf (in "einzelnen Staaten Amerikas") und der hessische Zweigverein des "Nationalvereins" Darmstadt (in den Vereinigten Staaten). S. dazu *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 69-73. Als Kuriosa seien erwähnt Vorschläge zur "Eroberung der Halbinsel Yucatan" (a.a.O., S. 25) und zur Besitzergreifung von Neu-Kaledonien (Adresse des deutsch-australischen Seniors Dr. J. D. Lang: "Eine deutsche Kolonie im Stillen Ozean", Leipzig (Tauchnitz) 1848).
- 10 *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 140 f. – Der deutsche Kaufmann und württembergische Konsul *Bierwirth* in New York, einer der leitenden Männer der "Deutschen Gesellschaft zum Schutze der Einwanderer" lehnte mit dieser Begründung das ihm angetragene Generalkonsulat der Zentralgewalt ab, selbst wenn ausdrücklich jeder Versorgungsanspruch untersagt werde: "Der Deutsche ist bei seinem ersten Auftreten in diesem Lande viel hilfloser als alle anderen Einwanderer, und es gibt an allen Ecken Menschen, die ... es sich zum Geschäft machen, ihn dem Konsul auf den Hals zu schicken, und ihn glauben machen, daß der Konsul etwas für ihn tun muß" (a.a.O., S. 63).
- 11 Die Reise wurde hauptsächlich von *Gerstäckers* Verleger *Cotta* finanziert. *Duckwitz* begründete seine Bewilligung damit, daß "in Zukunft das Reich über die nächste Aufgabe, den Auswanderer auf dem Wege zum selbstgewählten Ziele zu schützen, wird hinausgehen können und müssen." Die Erwerbung eigener Kolonien unter dem Schutz einer deutschen Flotte, die *Gerstäcker* ausgemalt hatte, verwarf *Duckwitz* ausdrücklich; "und Deutsche in die Tropen zu schicken, ... würde ich überdies für inhuman halten. ... Aber auch ohne eigentliche Kolonien

Inzwischen kam die Auswanderungsfrage in der Nationalversammlung allmählich voran. Schon der von Dahlmann verfaßte Grundrechts- und Forderungskatalog des Fünzigerausschusses vom 4. April hatte Abzugsfreiheit und Rechtsschutz für die Auswanderer vorgesehen. Bei den Beratungen der Paulskirche über die Grundrechte wurde im Abschnitt VI der Reichsverfassung unter § 136 die volle Auswanderungsfreiheit ohne Vermögensabzug festgelegt. Da für die Militärpflichtigen keine Sonderbestimmungen getroffen waren, kam es bald zu Schwierigkeiten mit einzelstaatlichen Regierungen; schließlich wurde der Grundsatz der Auswanderungsfreiheit in diesem Punkte vom Gesamtreichsministerium dahin ausgelegt, daß bis zum Erlaß eines Wehrgesetzes die landesgesetzlichen Vorschriften in Kraft seien¹². Gemäß der weiteren Bestimmungen des § 136, daß die "Auswanderung unter dem Schutz und der Fürsorge des Reiches" stehe, ging der Volkswirtschaftliche Ausschuß an die Vorbereitungen für ein Reichsauswanderungsgesetz. Am 17. Januar ersuchte eine Interpellation des Abgeordneten Schulz/Weilburg um Auskunft darüber, "welche Maßregeln und Einleitungen (das Reichsministerium) bereits getroffen habe oder noch zu treffen gedenke, um den Auswanderern den Schutz und die Fürsorge des Reiches angedeihen zu lassen." Zur Begründung wies Schulz auf die ungeheuren Verluste an Menschen und Kapital, die Deutschland bereits durch die Auswanderung erlitten habe, und auf die elende Lage vieler deutscher Auswanderer hin; zugleich aber auch auf die Möglichkeit der Schaffung eines mächtigen, herrlichen Neudeutschland, am Großen Ozean oder auch in den Donauländern, die "unser Texas, unser Mexiko" seien¹³.

läßt sich der Zweck ... erreichen, wenn es gelingt, wie dies mit der Zeit in Südamerika und den Donauländern Europas gelingen kann, fruchtbare und menschenarme Länder, in welchen Bevölkerungen wohnen, die den Deutschen an Kulturkraft zurückstehen, mit deutschen Ansiedlungen massenhaft zu bedecken" (a.a.O., S. 78 ff.).

12 Anlaß gaben Beschwerden über Vorenthaltung des Auswanderungsscheins wegen Wehrpflichtigkeit und sogar eine Eingabe um Entlassung aus dem Wehrdienst zwecks Auswanderung (a.a.O., S. 38 f.).

13 A.a.O., S. 51; *V. Valentin*, a.a.O., S. 322 f.

Auch die Regierungen drangen in Frankfurt auf eine Regelung. Schon am 31. Dezember hatte der bayerische König Max II., der damals wie später an der Auswanderungsfrage ein lebhaftes Interesse nahm, über den Vertreter Bayerns in Frankfurt sich nach dem Stande der Auswanderungsfrage erkundigt. Auch der sächsische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt erbat Aufklärung über die Absichten des Reichsministeriums, und der württembergische Abgeordnete Duvernoy unterbreitete am 21. Januar 1849 sogar eingehende Vorschläge. Bei der Errichtung von Reichsgesandtschaften und -konsulaten solle tunlichst Rücksicht auf den durch die Grundrechte den Auswanderern zugesicherten Schutz genommen werden. Auch sollten die deutschen Vertreter nicht nur in den bisherigen, sondern auch in etwaigen künftigen Einwanderungsländern zur Berichterstattung über die Eignung dieser Länder für die deutsche Auswanderung veranlaßt werden. Überhaupt sollten die deutschen Regierungen, ohne einen Zwang auszuüben, die Wahl der Einwanderungsländer nicht mehr dem Zufall überlassen, sondern darauf hinwirken, daß "der Strom der deutschen Auswanderung sich in jene Länder ergieße, bei welchen die Ansiedlung Deutscher für das deutsche Vaterland selbst am wertvollsten ist." Als solche kämen unter wirtschaftlichen wie politischen Gesichtspunkten in erster Linie Ungarn und die Länder Südosteuropas in Betracht, wo überdies die Auswanderer in enger Verbindung mit der alten Heimat bleiben könnten. Die derzeitigen innenpolitischen und sozialen Umwälzungen in Ungarn würden die deutsche Einwanderung erleichtern, sobald der innere Friede hergestellt sei. Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Stellung der nichtdeutschen Länder Österreichs zum Reiche komme der deutschen Einwanderung in Ungarn besondere Bedeutung zu¹⁴.

Am gleichen Tage überreichte der K.K. Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt, von Schmerling, dem Handelsminister eine Note, die unter Hinweis auf die angekündigte Regelung des Auswanderungswesens anfragte, ob dabei auch die Auswanderung nach Ungarn und besonders dem Banat berücksichtigt worden sei. Die jüngsten Ereignisse würden die österreichische Regierung instand setzen, "den unlängst ge-

14 *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 53 ff.

faßten Plan seiner Ausführung näher zu bringen, reiche Strecken Landes der Kultur fleißiger Hände anzuvertrauen, und einer großen Zahl Deutschen, die nun in fremden Weltteilen eine neue Heimat suchen, diese ganz nahe und unter verwandten und befreundeten Bewohnern zu verschaffen." In seiner vom Gesamtministerium genehmigten Antwortnote vom 17. Februar erklärte Duckwitz, daß zunächst der Schutz und die Fürsorge des Reiches der bereits bestehenden, starken Auswanderung nach den Vereinigten Staaten zuzuwenden sei. "Der Strom dieser Auswanderung fließt ohne Zutun der Regierungen. Die Natur der Verhältnisse hat ihm seine Richtung angewiesen, er führt den deutschen Bürger in ein Land, wo er die reichliche Frucht seiner fleißigen Hände in freien und geordneten Zuständen unter einer stammverwandten Bevölkerung zu genießen hoffen darf. Ihn künstlich in ein anderes Bette leiten zu wollen, würde der Reichsregierung, selbst wenn sie es versuchen wollte, nicht gelingen können." Die Lage der Provisorischen Zentralgewalt erlaube es überdies nicht, "einzelne Kolonisationspläne tätig zu unterstützen". Gewiß könne die Auswanderung nach den unteren Donauländern für Deutschland von großer Bedeutung werden. "Ist aber der Zug der Wanderung von den Quellen eines großen Stromes zu seiner Mündung durch die Natur selbst vorgezeichnet, so können nur sehr bedeutende politische oder gesellschaftliche Hindernisse ihn dämmen, und er wird ohne künstliche Beförderung von selbst sich herstellen, sobald und in dem Maße, als die Hindernisse weggeräumt werden." Sie hätten bisher darin gelegen, daß die Verhältnisse in den unteren Donauländern, auch in Ungarn, dem deutschen Auswanderer keinen genügenden Rechtsschutz geboten hätten. Wenn die Änderung dieser Zustände nunmehr in Aussicht gestellt werde, so sei dies nur zu begrüßen. "Sobald in Ungarn eine ebenso freisinnige als feste Regierung begründet, sobald dem deutschen Einwanderer dort die Gelegenheit zum wohlfeilen Erwerbe freien Grundeigentums geboten und er des Genusses zu Hause nunmehr erlangener Grundrechte gewiß sein wird, welche er mehr und mehr als ein Gut von hohem Werte wird schätzen lernen; sobald namentlich von den ungarischen Gerichten und Verwaltungsbehörden der Deutsche sicher sein kann, rechtlich und tatsächlich sich dem Eingeborenen gleichgestellt und seine Sprache anerkannt zu sehen, – von diesem Augen-

blicke wird die deutsche Auswanderung sich massenhaft nach Osten wenden, und viele, welche unter den jetzigen Umständen nach Amerika ziehen, werden dem Laufe der Donau folgen. Deutschland wird selbst Vorteil davon ziehen, daß Tausende seiner Söhne den reichen Boden jener Provinzen bevölkern, und das innige Band, welches Deutschland und Österreich untereinander zu knüpfen bestimmt sind, wird sich dadurch nur noch enger schlingen." Unter diesem Gesichtspunkt, erklärte Duckwitz abschließend, sehe er weiteren Mitteilungen über den von Schmerling erwähnten Plan hinsichtlich der Einwanderung in die österreichischen Donauprovinzen mit Interesse entgegen. "Eine sofortige Tätigkeit aber der provisorischen Zentralgewalt für dieselbe hat die K.K. Österreichische Regierung gewiß bei den augenblicklichen Verhältnissen Ungarns ebensowenig in Anspruch nehmen wollen, als das Reichsministerium des Handels sie nach allem, was ich mir auszuführen erlaubt habe, zuzusagen vermöchte."¹⁵

Den Hintergrund dieses sehr bedeutsamen Notenwechsels bilden die Gegensätze in der Deutschen Frage, die inzwischen in Frankfurt aufgebrochen waren. In ihrem Mittelpunkt stand die künftige Stellung Österreichs zu dem geeinten Deutschland.¹⁶ Daß Österreich zu Deutschland gehöre, galt den meisten Abgeordneten der Paulskirche anfangs als selbstverständlich. Niemand wagte im Sommer offen von seinem Ausschluß zu sprechen; und wenn manche schon daran dachten, dann – wenigstens im Hinblick auf Deutschlands Machtstellung – als an ein unvermeidliches Übel. Strittig war zunächst nur, ob der Kaiserstaat als Ganzes mit dem Reiche verbunden werden solle oder lediglich mit seinen deutschen Ländern. Für die erste Lösung sprach eine mehr als tausendjährige Geschichte, sprach auch die Streulage jener Teile des österreichischen Deutschtums, die im Falle der zweiten Lösung aus dem "ganzen Deutschland" der nationalen Bewegung ausgeschlossen worden wären. Dagegen aber sprach die Zielvorstellung des deutschen Nationalstaates, die sich mit der Aufnahme von Millionen Slawen, Ungarn, Ru-

15 A.a.O., S. 65 ff.

16 Zum folgenden vgl. *H. von Srbik*, *Deutsche Einheit I*, S. 335 ff.; *R. Kaindl*, a.a.O., S. 135 ff.; *V. Valentin*, a.a.O. II, S. 215 ff. und S. 303 ff.

mänen und Italienern in den Reichsverband nicht verfrug. Der drohende Zerfall des Kaiserstaates in den ersten Monaten der Revolution schien eine Entscheidung in dem Sinne vorwegzunehmen, daß der Anschluß der deutschen Länder Österreichs sich von selbst ergeben würde. Aber diese Aussicht erwies sich als trügerisch, als die Wiener Oktoberrevolution niedergeworfen wurde und als aus dem Kampfe gegen sie der österreichische Staatsgedanke neu gekräftigt hervor ging. Fürst Felix zu Schwarzenberg, der neue Lenker der österreichischen Politik, gab bald seine Absicht zu erkennen, Österreich straffer als bisher zusammenzufassen und den erneuerten österreichischen Gesamtstaat enger als zuvor mit Deutschland zu verbinden.

Bei dieser Sachlage wurde die "Frage an Österreich", die im Oktober durch Artikel 2 und 3 der Reichsverfassung gestellt worden war, zu einer Herausforderung. Daß das Österreich Schwarzenbergs sich nicht zu der staatsrechtlichen Abtrennung seiner deutschen Länder und ihrer bloßen Personalunion mit den übrigen Teilen des Gesamtstaates verstehen werde, stand mit Sicherheit zu erwarten. Und die mannigfachen, als Vermittlung gemeinten Vorschläge eines engeren und weiteren Bundes waren von vorneherein für Österreich unannehmbar, wenn der engere Bund ohne seine vorherige Zustimmung konstituiert wurde; vollends unter der Führung Preußens, das durch die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember seinen Willen zur eigenstaatlichen Existenz nachdrücklich unterstrichen hatte. Dadurch, daß die preußische Regierung sich das Ziel der Kleindeutschen zu eigen machte und diese Partei in Frankfurt mehr und mehr an Boden gewann, erwachte der Dualismus im Schoße der Nationalversammlung und zwischen den beiden Großmächten in voller Schärfe. Der Sturz des Österreichers von Schmerling und die Wahl Heinrichs von Gagern zum Reichsministerpräsidenten Mitte Dezember war der erste Schritt zur Verdrängung Österreichs aus Deutschland. Schon Gagerns Regierungsprogramm kündigte an, das Verhältnis zwischen Deutschland und dem Kaiserstaate bleibe "der künftigen Bestimmung nach definitiver Konstituierung der beiden Zwilingsreiche" vorbehalten,¹⁷ während Schwarzenbergs Note vom 28. De-

17 R. Kaindl, a.a.O., S. 180.

zember keinen Zweifel darüber ließ, daß Österreich in Deutschland nicht abdanken werde.

Immer härter stießen das nationalstaatliche Wollen und der großdeutsch-mitteleuropäische Gedanke in den Debatten der Paulskirche zusammen. Und nicht nur im Parlament: durch die Zirkularnote vom 23. Januar 1849 erklärte sich die Berliner Regierung mit dem von der Mehrheit der Nationalversammlung erstrebten engeren Bundesstaat mit preußischer Spitze vorbehaltlich der Zustimmung der Fürsten einverstanden; und Schwarzenberg antwortete darauf mit dem Hinweis auf die Vorrangstellung des Kaisers in dem noch nicht gelösten Bunde. In Frankfurt aber lehnte er am 4. Februar nicht nur den deutschen Bundesstaat ohne Österreich wie den Gagernschen Doppelbund ab, sondern schlug gleichzeitig gemeinsame Verhandlungen mit den deutschen Königen über die stufenweise Bildung eines alle deutschen Staaten und alle ihre nichtdeutschen Landesteile umfassenden Bundes vor. War dies bereits eine unverhüllte Absage an das Verfassungswerk der Nationalversammlung, so schuf die Note vom 9. März, zwei Tage nach der Auflösung des Reichstags von Kremsier und dem Erlaß der oktroyierten, zentralistischen Verfassung für die ganze österreichische Monarchie, endgültig Klarheit: sie forderte den Eintritt des erneuerten Gesamtstaates in den Deutschen Bund.

Schroffer konnte die herausfordernde "Frage an Österreich" nicht beantwortet werden als durch diese Herausforderung der Paulskirche.¹⁸ Allerdings hatte die Frankfurter Versammlung diese Antwort heraufbeschworen. Sie hatte "gleichsam im luftleeren Raum operiert, wenn sie über das österreichische Schicksal zu entscheiden vermeinte, ohne auf den Gesamtwillen des übernationalen Staates zu achten."¹⁹ Und daß

18 Wenn R. Kaindl (a.a.O., S. 193 ff.) auf Österreichs Verhandlungsbereitschaft hinweist, um *Friedjungs* Wort von der "herrischen Herausforderung" zu entkräften, so steht dem *Schwarzenbergs* Einschränkung entgegen: "Auf dieser Grundlage wird der österreichischen Regierung jeder Vorschlag angenehm sein." Allerdings weist er mit Recht auf die Tatsache hin, daß die kleindeutsche Richtung in Frankfurt und die preußische Regierung mit der Politik der vollendeten Tatsachen vorangegangen waren.

19 H. von Srbik, a.a.O., S. 421.

manchen Kleindeutschen das Schicksal Österreichs, auch der österreichischen Deutschen, herzlich gleichgültig war, hatten sie deutlich genug zu erkennen gegeben.²⁰ Es zeigte sich vollends bei den Temperamentsausbrüchen, die Schwarzenbergs Vorgehen in der Paulskirche auslöste. Die Österreicher wurden an Mollwitz und Leuthen erinnert, nachdem von kleindeutscher Seite vorher damit gedroht worden war, der deutsche Kaiser werde auf dem Schlachtfelde, nicht in der Paulskirche gemacht werden. Der alte Arndt, einst der Sänger des "ganzen Deutschland", schrieb von dem "halb barbarischen Österreich, welches Deutschlands Ehre und Macht drei Jahrhunderte verzettelt und verschleppt hat". In seinem maßlosen Zorn schlug er sogar Töne an, die heute noch fatal an die Töne der jüngsten Vergangenheit erinnern; so wenn er gegen Schwarzenbergs Siebzigmillionenreich mit dem Hinweis auf die Vermengung von Germanen mit Menschenstämmen protestierte, die nun einmal nicht gleichwertig seien und vor denen es einem grauen müsse: "Sprechen wir es aus, mit dem Stolze, der dem edelsten Volke gebührt: wir wollen uns nicht so verunreinigen lassen, weil wir ein Heiligtum, das Heiligtum der Menschheit, zu bewahren haben. ... In dem letzten großen Augenblick unseres weltgeschichtlichen Lebens wollen wir uns nicht mit dem trüben und schmutzigen Einguß von Polen, Kroaten usw. vergrößern lassen."²¹ Vergebens wiesen besonnenere Köpfe auf die Nachteile hin, die eine "gänzliche Absonderung" Österreichs für Gesamtdeutschland haben müsse. Auch die meisten Großdeutschen gaben jetzt ihre Sache verloren; am 28. März wurde mit der Wahl des Preußenkönigs zum Erbkaiser das Verfassungswerk der Paulskirche im kleindeutschen Sinne beendet.

Die deutsche Nationalversammlung hatte sich für die "Teilung Deutschlands" entschieden, gegen die mehr als einmal aus ihren eigenen

20 S. die von *A. Rapp*, *Großdeutsch – Kleindeutsch* (Stuttgart 1922), S. 101 ff. zitierten Stimmen mit ihren wenig schmeichelhaften Ausdrücken wie "Halbbrüder", "Barbarei", "trübe Völkermischung" und dergleichen.

21 Zitiert nach *R. Kaindl*, a.a.O., S. 196.

Reihen im voraus Einspruch erhoben worden war.²² Das Wunschbild eines – wenngleich unvollständigen und von fremden Minderheiten nicht freien – Nationalstaates hatte mehr Anziehungskraft bewiesen als der Gedanke des mitteleuropäischen Großreiches unter deutscher Führung. Als "einen der größten Gedanken unseres Jahrhunderts" hat ihn der Stuttgarter Moritz Mohl in der Paulskirche bezeichnet. Aber er war mehr: in ihm trat, zeitlich gewandelt, das uralte, übersprachlich-universale Motiv der deutschen Geschichte dem jüngeren, nur national-deutschen gegenüber. Es war nicht allein die herrische Geste Schwarzenbergs, die in Frankfurt Widerspruch fand, sondern auch das im Kaiserreich fortlebende, überationale Erbe der deutschen Vergangenheit, das von den entschiedenen Kleindeutschen grundsätzlich abgelehnt wurde. Sie hatten den Zeitgeist und die positive, scheinbar eindeutige politische Zielsetzung für sich; den inneren Widerspruch ihres Kaisertums, die "Radizierung des Kaisertums auf einen der Idee nach fast reindeutschen Nationalstaat", sahen sie ebensowenig wie die "grundsätzliche Raumverengung", die ihre Schöpfung bedeutete.²³ Nur diese Verengung, nicht den engeren deutschen Zusammenschluß lehnten die verschiedenen großdeutschen Gruppen der Paulskirche ab. Wenn es ihnen nicht gelang, die deutsche und die überational-mitteldeutsche Notwendigkeit miteinander zu versöhnen, dann vor allem deshalb, weil bereits der Verfassungsentwurf der Paulskirche von unrealen Voraussetzungen ausgegangen war und weil er darum schließlich mit der harten geschichtlichen Wirklichkeit des österreichischen Staatswesens zusammenstieß. Das erste Opfer dieser Verkennung der Wirklichkeit aber mußte die südosteuropäische Stellung des Deutschtums werden. "Gewiß war die Idee der friedlichen Herrschaft deutscher Geisteskultur und deutscher Wirtschaft bis zum Schwarzen Meer ein großartiger Traum; immer aber war er

22 So bei den Januardebatten von dem hessischen Abgeordneten *Venedey* und mehreren österreichischen Vertretern (*R. Kaindl*, a.a.O., S. 184 ff.). Von einem "Kaiserschnitt" sprach der letzte österreichische Redner in der Paulskirche *Berger* am 20. März (*H. v. Srbik*, a.a.O. I., S. 432).

23 Vgl. dazu *H. v. Srbik*, a.a.O. I, S. 414.

noch eher realisierbar auf großdeutsch-großösterreichischer, als auf kleindeutscher Basis; die letztere machte ihn zur reinen Utopie."²⁴

In der Konsequenz der kleindeutschen Lösung lag die Abwendung von der jahrhundertealten Südostrichtung der deutschen Expansion. Schon am 19. März erklärte der Historiker Waitz in der Paulskirche, Deutschland müsse "seine Blicke gegen Westen, an den Rhein, an die Küste der Nordsee" richten; und sein Gesinnungsgenosse und Fachkollege Max Duncker schrieb 1849, Wilhelms II. Losung vorwegnehmend: "Deutschlands Zukunft liegt auf dem Meere."²⁵ Die Mehrheit der Paulskirche bis tief in die Reihen der Kleindeutschen hinein wollte freilich nicht so weit gehen. Bereits bei der Oktoberdebatte über den Verfassungsentwurf hatte der Wiener Großdeutsche Würth ausgeführt, daß Deutschland die Mitschuld trage, wenn Österreichs zivilisatorische Wirkung in den Donauländern abgenommen habe, und er hatte in diesem Zusammenhang auf die Richtung der deutschen Auswanderung nach Westen statt nach Osten hingewiesen. Gagern erklärte bei dem gleichen Anlaß: "Welche Nationalpolitik kann Deutschland haben, wenn es nicht in die Mission Österreichs eintritt: die Verbreitung deutscher Kultur, Sprache und Sitten längs der Donau bis an das Schwarze Meer, in die...hoffnungsreichen Länder hinein, deren ganze Zivilisation sich an die deutsche anzulehnen schon gewohnt ist?...Und welche Aussicht bietet sich dazu nicht dar, wenn hinter der österreichischen Gesamtmacht...das übrige geeinigte Deutschland steht und wie ein Keil drängt mit seinen Interessen wie mit seiner Kraft? Die Auswanderer, die jetzt nach Westen gehen, sie werden sich dorthin wenden. Auch dort wird Freiheit sein und ist schon. Warum sollte nicht der Auswanderungslustige lieber als in dem fernen Amerika an den Gestaden der nahen Donau seine Wohnung aufschlagen, Arbeit und Kapital nutzbar machen,...sowie der Erwerb freien Eigentums erleichtert und deutscher Schutz, Fortschritt und Einfluß gesichert ist?...Nehmen wir diese Mission nicht im Bunde mit Österreich für Deutschland an, so nehmen sie

24 A.a.O., S. 418.

25 R. Kaindl, a.a.O., S. 196 f. Dort auch Gagerns Entgegnung an Waitz, die Deutschlands Interessen an der Donau und Adria unterstrich.

andere an."²⁶ Wie diese beiden Redner sprachen sich noch viele andere für ein "neues Deutschland an der unteren Donau" aus. Seine Voraussetzung bildete freilich in jedem Falle die möglichst enge Verklammerung Österreichs in Deutschland, ohne die keine Aussicht auf eine Lenkung oder Teillenkung der deutschen Auswanderung nach Südosten bestand.²⁷

Dies bestätigten auch die Beratungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Paulskirche über das durch Abschnitt VI § 136 der Grundrechte in Aussicht gestellte Reichsauswanderungsgesetz.²⁸ Dem Ausschuss lagen außer einigen überseeischen Kolonisations- und Auswanderungsplänen eine Denkschrift des Kongresses deutscher Landwirte über die deutsche Binnensiedlung und die österreichische Note über die Auswanderung nach den Donauländern vom 28. Januar vor. Der Berichterstatter, der schlesische Rittergutsbesitzer Dr. Falk, war ein überzeugter Anhänger der kleindeutschen Richtung. Sein Gutachten über die eingereichten Vorschläge zeugt von Sachkenntnis und längerer Beschäftigung mit der Auswanderungsfrage, läßt aber auch den politischen Standpunkt des Verfassers deutlich hervortreten. Von den Überseeplänen erscheint ihm nur der Vorschlag der "Württembergischen Kolonisationsgesellschaft in Stuttgart" für Ansiedlungen in Südchile beachtenswert, jedoch

26 Ebenda, S. 163 f.

27 Auch die von *Duckwitz* entworfene, recht zurückhaltend klingende Antwort auf die österreichische Auswanderungsnote (s.o. S. 202) ist anscheinend so aufzufassen. Vgl. dazu seine Denkschrift über das Verhältnis Österreichs und Deutschlands vom 12. Februar, in der von der Notwendigkeit eines schrittweisen Zusammenwachsens der "beiden großen Völker- und Staatskomplexe zu einem Zwillingsbundesstaate oder, wenn man lieber will, zu vereinigten Staaten von Mitteleuropa" die Rede ist (*V. Valentin*, a.a.O. II, S. 646 f.).

28 Zum folgenden s. *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 57 ff. Die dort auszugsweise wiedergegebenen Gutachten des Berichterstatters Dr. *Falk* in actis G.St.A. Berlin M.d.I. Rep. 77 Tit. CCXXVI Nr. 108, Vol. 10 mit einem Schreiben *Falks*, das einige Rückschlüsse auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes zuläßt. Die Ausschlußberatungen dürften danach – entgegen der Annahme *H. v. Srbiks*, a.a.O. I, S. 428 – erst im Februar begonnen haben; wahrscheinlich veranlaßt durch die oben S. 206 ff. erwähnten Anfragen.

vorerst ohne unmittelbares Eingreifen der Zentralgewalt. Am günstigsten urteilt er über den Plan der deutschen Binnensiedlung, für dessen Ausführung in größerem Maßstab allerdings ruhigere Zeiten abzuwarten seien; auch sei es zu kostspielig und ungerecht gegen die Nichtbeteiligten, einen Teil des deutschen Proletariats ganz oder teilweise auf Reichskosten anzusiedeln. Der österreichischen Note stimmt er nur insoweit zu, als "in den genannten Gegenden eine Fülle von Kräften schlummert, die durch eine zahlreiche deutsche Bevölkerung geweckt und zur Entfaltung gebracht werden könnten." Die Lage deutscher Ansiedler werde aber selbst nach der siegreichen Beendigung der Kämpfe nicht sicher sein. "Ehe nicht Nationalität, Sprache und gesetzmäßige Gleichstellung der Deutschen vollständig gesichert ist, können die Donauländer zur deutschen Einwanderung und Kolonisation seitens der deutschen Zentralgewalt durchaus nicht empfohlen werden. Dann wird es von den weiteren Maßregeln der österreichischen Regierung abhängen zu entscheiden, wiefern sich die deutsche Zentralgewalt veranlaßt finden dürfte, die Ansiedlung in diesen Gegenden zu befördern." Als solche Maßregeln fordert Falk vor allem die geschlossene Ansiedlung nicht nur in Gemeinden, sondern in ganzen Distrikten. Da dies Umsiedlungsaktionen großen Stils notwendig gemacht hätte, zu denen die österreichische Regierung schon aus innenpolitischen Rücksichten sich nie bereit finden konnte, lief das Gutachten auf die Vereitelung jeder deutschen Südostwanderung hinaus. Zu dem gleichen Ergebnis kam es bei der Beurteilung des Planes des späteren österreichischen Handelsministers Bruck, deutsche Landarbeiter als Ersatz für die durch die Aufhebung des Robots ausfallenden Arbeitskräfte auf die Güter magyarischer oder slawischer Großgrundbesitzer zu bringen; Falk lehnte diesen Vorschlag "sowohl im Interesse der Humanität als der Nationalität" mit Ent-rüstung ab.²⁹

29 "Das heißt ja geradezu unseren Gegnern die Waffen in die Hand zu geben, das entwürdigt die Deutschen zu Knechten fremder Magnaten und stärkt durch die deutsche Kraft und deutsche Anstrengung das magyarische oder slawische Element."- Vgl. die sehr abweichende Lesart *H. v. Srbiks*, a.a.O. I, S. 429. - Ohne das aufrichtige nationale Pathos des Berichterstatters anzuzweifeln, liegt die Annahme nahe, daß er sich über die wahrscheinlichen Auswirkungen einer solchen

In einem weiteren Gutachten sprach sich Falk über die Maßregeln aus, die von der Zentralgewalt zum Schutze der Auswanderer zu treffen seien. Grundsätzlich vertrat er die Auffassung, die Auswanderung sei sozial und politisch für Deutschland vorteilhaft, da durch sie unruhige Elemente entfernt, die Fürsorgelasten erleichtert und den Zurückbleibenden größere Entfaltungsmöglichkeiten geboten würden. Sie verspreche ferner "die Trägerin deutschen Geistes und deutscher Kultur in den verschiedensten Gegenden des Erdballs zu werden."³⁰ Der Kapitalverlust durch die Auswanderung sei unerheblich; Deutschland werde durch den Fortzug minderbemittelter Existenzen nicht ärmer, sondern wohlhabender. Andererseits könne die Auswanderung das Proletariat nicht beseitigen und sei deshalb von Staats wegen finanziell nicht zu unterstützen. Dagegen bedürften die Auswanderer des Schutzes und der Fürsorge des Reiches. Zu diesem Zwecke schlägt Falk strenge Kontrolle der Auswanderungsagenten, Bestimmungen über Transport und Verpflegung der Auswanderer und die Anstellung von Auswandererkommissaren in den ausländischen Einschiffungshäfen³¹ vor. Nach den Hauptein-

Maßnahme auf die Landarbeiter Ostelbiens klar war. Die Ausführung des Bruckschen Planes hätte dieser Schicht, für die schon aus Geldmangel die überseeische Auswanderung nicht in Betracht kam, immerhin die Möglichkeit eines Platzwechsels eröffnet, der in drückender sozialer Lage dem Verbleib an Ort und Stelle gern vorgezogen wird. Vgl. dazu auch o. S. 54/55.

30 Dieser Passus (*Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 61) fehlt merkwürdigerweise in der Abschrift der beiden Gutachten, die *Falk* am 6. Juni dem preußischen Ministerpräsidenten Graf *Brandenburg* mit der Bitte um seine Verwendung in den Unionsorganen für das Auswanderungswesen oder in einer preußischen Dienststelle für landwirtschaftliche oder Arbeiterfragen übermittelte (Act. cit.). Offenbar hielt *Falk* ihn in diesem Zusammenhang für inopportun.

31 Das Fehlen solcher Organe hat sich nach *Falks* Ansicht auch finanziell schon nachteilig ausgewirkt. "Wären z.B. die 2000 Deutschen, welche im vorigen Jahre in Le Havre in herzerreißendes Elend geraten sind, von Anfang an gut beraten worden, so würde nach dem Urteil von Männern, die mit den dortigen Verhältnissen sehr vertraut sind, bei weitem die größte Zahl derselben schon in Amerika sein. Die Summen, welche zu ihrer Unterstützung von den Einzelregierungen und von Privaten haben verwendet werden müssen, um sie vor dem Hungertode zu erretten, und sie nach Amerika oder in die verlassene Heimat zu befördern,

wanderungszentralen seien Auswanderungskonsuln zu entsenden, die laufend über die Siedlungsmöglichkeiten berichten, die Einwanderer bei der Niederlassung beraten und zu ihrer Unterstützung mit bereits bestehenden oder zu gründenden deutschen Hilfsvereinen zusammenarbeiten sollten. Mit den deutschen Regierungen solle die regelmäßige Zusendung statistischer Angaben vereinbart werden, die Rückschlüsse auf "die Ursachen, die Bedeutung, den Umfang und die Richtung dieser neuen Völkerwanderung" zuliessen.³²

Falks Gutachten bildeten die Grundlage für den Gesetzentwurf, den der Volkswirtschaftliche Ausschuß am 6. März dem Plenum zuleitete. Der Ausschußbericht sprach sich dafür aus, die Kolonisationsfrage später zu behandeln und sich zunächst mit dem Schutz der Auswanderer gemäß Abschnitt VI der Reichsverfassung zu begnügen. Nach diesem habe die Zentralgewalt diesseits wie jenseits des Meeres durch zweckmäßige gesetzliche Bestimmungen und geeignete Reichsorgane für das Wohl der Auswanderer zu sorgen. Die deutschen Regierungen hätten schon längst "dieser Angelegenheit – abgesehen von dem höheren politischen Gesichtspunkte – im obigen Sinne des Schutzes sich annehmen sollen, während man den Auswanderern mehr oder weniger Hindernisse in den Weg legte oder aber unbekümmert sie ihrem Schicksal überließ. ... Die Mutter soll und darf ihre Söhne nicht lassen, solange diese sich nicht selbst von ihr lossagen." Besonders wichtig sei es, nicht nur den Transport der Auswanderer zu überwachen, sondern "den Deutschen selbst im Auslande noch den Schutz des Reiches zu sichern"³³. Da die

wo sie natürlich als öffentlicher Unterstützung bedürftige Ortsarme angekommen sind, stehen in keinem Vergleich zu den Kosten, die der Gehalt eines solchen Beamten dem Reiche verursacht. Eine derartige Einrichtung ist also durch das Gebot der Humanität, der Ehre des deutschen Volkes und sogar des pekuniären Vorteils gleichmäßig geboten" (Act. cit.).

32 Act. cit. – Als wichtigste Punkte für die Errichtung von Auswanderungskonsulanten nennt *Falk* Cincinnati, Milwaukee und St. Louis.

33 *V. Valentin*, a.a.O. II, S. 323 gibt an, der Ausschuß habe "vergebens die interessante Bestimmung vorgeschlagen, daß die Auswanderer auch im Auslande nicht aufhören sollten, deutsche Bürger zu sein." Da in der sonstigen Literatur keine Bestätigung dieser Mitteilung zu finden war und die Akten der Reichsministerien

Auswanderung sich vorläufig fast ganz nach Amerika richte, seien die Bestimmungen des Gesetzes darauf zugeschnitten. Sollte "das schon oft in Anregung gebrachte Kolonisationssystem im Südosten Europas sich verwirklichen", so seien dafür besondere Bestimmungen zu treffen.

Am 15. März wurde das Reichsauswanderungsgesetz von der Paulskirche angenommen.³⁴ Es sah die Errichtung eines Reichsauswanderungsamtes vor, das im Einvernehmen mit den Einzelregierungen und in Zusammenarbeit mit den Auswanderungsvereinen den Schutz der Auswanderer übernehmen sollte: durch Ernennung und Überwachung von Agenten, die mit einer Kautions für die Erfüllung ihrer Pflichten haftbar zu machen seien; durch Erlass von Bestimmungen über den Auswanderertransport; durch Anweisung an die Reichskonsuln in den außerdeutschen Hafenstädten, den Auswanderern bei der Weiterbeförderung und Ansiedlung in Zusammenarbeit mit den Ortsbehörden und den deutschen Vereinen behilflich zu sein; schließlich durch sonstige Verfügungen, die sich etwa im Interesse der deutschen Auswanderer im Ausland als notwendig erweisen würden.

Über den vorläufigen und unzulänglichen Charakter des Reichsauswanderungsgesetzes waren sich die Väter wie die Reichsregierung³⁵ und

über das Reichsauswanderungsgesetz laut *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 77 und 82 verloren gegangen sind, besteht die Möglichkeit, daß *Valentin* die oben zitierte Stelle aus den Motiven des Gesetzantrages mißverstanden hat. Sicher ist ein solcher Vorschlag dem Plenum nicht unterbreitet worden. Allenfalls könnte davon im Ausschuß die Rede gewesen sein, obwohl auch dies angesichts des ganzen Tenors des Falkschen Berichts, der den Beratungen zugrunde lag, und angesichts der offenkundigen Tendenz des Ausschusses, sich auf das Notwendigste zu beschränken, wenig wahrscheinlich ist.

- 34 Hinsichtlich der Datierung herrscht im einschlägigen Schrifttum einige Verwirrung. *Valentin* (a.a.O.) datiert das Gesetz vom 18. März; nach *Philippovich*, a.a.O., XIII legte der Ausschuß am 16. März den Entwurf dem Plenum vor, der "noch in derselben Sitzung beraten und angenommen" wurde.
- 35 *Falk* berichtet, der Unterstaatssekretär im Reichshandelsministerium *Fallati* habe ihn sofort für die nächste Reichstagssession mit der Ausarbeitung weiterer Gesetze über die Organisation der deutschen Auslandssiedlung beauftragt (G.St.A. Berlin. M.d.I. Rep. 77. Tit. CCXXVI Nr. 108, Vol. 10).

die Nationalversammlung einig. Zutreffend bezeichnete es der Freiburger Abgeordnete Buß in der Debatte als ein bloßes Transportgesetz. Ein solches genüge aber nicht, denn die Gemeinden, die Kirchen, der Staat und die ganze Gesellschaft hätten die Pflicht, der armen Bevölkerung Deutschlands die Mittel zur Auswanderung und zur Gründung einer neuen Heimat zu gewähren. – Trotz all seiner Mängel ging jedoch das Gesetz von 1849 weit über das hinaus, was bis dahin von seiten des Staates in der Auswanderungsfrage geleistet worden war. Erst ein halbes Jahrhundert später kam eine vergleichbare gesetzgeberische Leistung mit dem Reichsauswanderungsgesetz vom 9. Juni 1897 zustande; zu spät für die deutsche Auswanderung, deren große Zeit vorüber war. Das Gesetz von 1849 kam bereits spät, aber immerhin noch vor der Flutwelle der deutschen Massenauswanderung des neunzehnten Jahrhunderts. Infolge des Scheiterns der Einheitsbewegung konnte es sich nicht auswirken; aber es hat wenigstens die Auswanderungspolitik der Einzelstaaten, die nunmehr für die Behandlung der Auswandererfrage wieder zuständig wurden, normgebend beeinflusst.³⁶ Daß auch diese seine Wirkung nicht über kümmerliche Ansätze hinausgedieh, lag an den gleichen Kräften, an denen das Werk der Paulskirche zerschellte: am endgültigen Siege des deutschen Partikularismus in den fünfziger und sechziger Jahren.

In der geschichtlichen Rückschau erscheint es als besonders verhängnisvoll, daß durch den Zusammenbruch der Zentralgewalt und die Auflösung der Nationalversammlung der erste Ansatz zu einer aktiven Auswanderungspolitik mißglückte. Unter dem beherrschenden Gesichtspunkt der Zeit, dem nationalen, konnte es keiner Nation gleichgültig sein, was aus ihren Auswanderern wurde. Schon im Vormärz war die unwürdige Lage der Auswanderer einer der Faktoren gewesen, an denen sich die nationale Leidenschaft entzündete. Das Gesetz vom 15. März war trotz aller Mängel geeignet, wenigstens die ärgsten Mißstände zu beseitigen. Über seinen Wortlaut hinaus gab es der Hoffnung Raum, daß die Tätigkeit des Reichsauswanderungsamtes auch dem Ansehen des Deutschtums in der Welt zugute kommen und sein kulturelles

36 Vgl. dazu *Philippovich*, a.a.O., S. XIV f.

Selbstwertgefühl stärken werde.³⁷ Nicht von ungefähr hatten die Ereignisse von 1848 unter den Auslandsdeutschen besonders starken Widerhall gefunden. Ihr eindeutiges Bekenntnis zur neuen Heimat und ihre Anteilnahme an dem Geschehen im alten Vaterlande brauchten umso weniger in Widerstreit zu geraten, als machtpolitische Gegensätze zwischen Deutschland und den Einwanderungsländern nicht bestanden und als die deutsche Nation die Bahn des Verfassungsstaates beschritten hatte.³⁸ Der Bewahrung des heimischen Kulturerbes und seiner Einbringung in das Geistesgut der Wahlheimat aber standen damals schon deshalb noch weitere Möglichkeiten offen, weil die Haupteinwanderungsländer, insbesondere die Vereinigten Staaten, noch dabei waren, ihre nationale Eigenheit voll auszuprägen. Das Scheitern des deutschen Einigungswerkes war deshalb für das Überseedeutstum ein ebenso schwerer Schlag wie für Deutschland. Es wurde auf sich selbst zurückgeworfen, in einem Augenblick, in dem der bisher schmerzlich entbehrt Rückhalt eines deutschen Gesamtstaates in greifbare Nähe gerückt schien. Dieser Rückschlag entfremdete die Überseedutschen nicht bloß dem einstigen Vaterlande, sondern schwächte auch ihr Vermögen, den isolationistischen, europafeindlichen Tendenzen in der Union wirksam zu begegnen. Die Hochflut der deutschen Massenauswanderung zu Beginn der fünfziger Jahre führte überdies viele ressentimentgeladene Elemente mit sich, die sich im gleichen Sinne auswirkten. Zwar war auch dieser höchste Wellenberg der Auswanderung wie die früheren und die noch folgenden vorwiegend durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt. Aber bei vielen deutschen Auswanderern der fünfziger Jahre – nicht nur bei den eigentlichen "Achtundvierzigern", den Vorkämpfern

37 Eine Gewähr dafür bot, um nur ein Beispiel zu nennen, die Persönlichkeit des Reichsgesandten in Washington, *von Roenne*, der schon als preußischer Gesandter sein Interesse an der Auswanderung als Nationalsache bewiesen hatte und der im Sinne des Reichsauswanderungsgesetzes der richtige Mann am richtigen Platze war (vgl. dazu Anm. 85 zu Kapitel 2).

38 Vgl. die Denkschrift von *A. Eggers* aus Cincinnati an das Reichsministerium des Handels bei *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 41 ff., die für diese Haltung des Überseedeutstums bezeichnend ist; ferner *V. Valentin*, a.a.O. II, S. 570 ff., besonders 572/3.

der gescheiterten Revolution – schwang doch ein Unterton der Enttäuschung mit, der sie und ihre neuen Landsleute zur Überschätzung der neuen Welt und zur Unterschätzung der Werte der alten geneigt machte. Ihre "Europamüdigkeit" hat nicht wenig zur Ausprägung mancher amerikanischer Charakterzüge beigetragen, welche die europäischen Nationen und ihren amerikanischen Partner dereinst nicht eben näher bringen sollten.³⁹

Unmittelbar bedeutsam war jedoch die Tatsache, daß es nicht gelungen war, der deutschen Auswanderung ein überzeugendes Ziel zu weisen. Daß die Südostrichtung im Interesse Deutschlands wie Europas liege, hatten Fr. List und andere schon im Vormärz ausgesprochen. Die württembergische und die österreichische Note an die Zentralgewalt hatten die Lenkung der Auswanderung nach den Donauländern ausdrücklich beantragt und die wirtschaftliche und politische Bedeutung dieser Räume für Deutschland und die deutsche Stellung in Mitteleuropa hervorgehoben. In den Debatten der Paulskirche war die Frage der Südostexpansion in ihrer ganzen Tragweite unter dem deutschen wie dem europäischen Gesichtspunkt, vornehmlich im Hinblick auf ein künftiges Übergewicht aus Rußland angeklungen. Die Vorkämpfer der kleindeutschen Lösung waren demgegenüber für eine Überseepolitik eingetreten, deren Verwirklichung in nebelhafter Ferne lag; oder für eine Binnenkolonisation, die das Problem der Massenauswanderung nicht lösen konnte und die der nächsten Voraussetzung entbehrte, der

39 Es handelt sich dabei, wie kaum betont zu werden braucht, um eine Hypothese, deren Wahrheitsgehalt schon deshalb schwer nachzuweisen ist, weil der amerikanische Nationalcharakter erst nach dem Sezessionskrieg seine bleibende Prägung erhielt. Bemerkenswert erscheinen jedoch in diesem Zusammenhang die S. 149 zitierten Sätze der Eichhornschen Denkschrift, die schon bei der vormärzlichen deutschen Einwanderung den schnellen kulturellen Substanzverlust und die einseitige Dominanz des Erwerbstribs hervorheben. Daß diese Züge durch die Europamüdigkeit der folgenden Einwanderungswelle noch verstärkt wurden, erscheint kaum zweifelhaft. Der oft betonte kulturelle Einfluß der eigentlichen "Achtundvierziger" spricht nur scheinbar dagegen, denn ihnen fehlte sehr oft – im Gegensatz zu den "lateinischen Bauern" im Vormärz – die echte Beziehung zur europäischen Kulturtradition.

Bereitschaft Preußens. Vor die Entscheidung gestellt, war die Zentralgewalt ausgewichen: die Frage der Lenkung war unbeantwortet geblieben. In dem entscheidenden Punkte blieb die deutsche Auswanderung sich selbst überlassen, und das Trägheitsmoment, das allen Massenbewegungen eigen ist, verhiess keine Änderung der Bewegungsrichtung. Nur von der weiteren Entwicklung der Deutschen Frage hing es ab, was die deutsche Auswanderung für Deutschland und Europa in Zukunft bedeuten werde.

DIE AUSWANDERUNG ALS GEGENSTAND DER PREUSSISCHEN POLITIK 1848-1853

Das Scheitern der deutschen Einheitsbewegung von 1848 hatte die Hoffnung auf eine Lösung der deutschen Auswanderungsfrage enttäuscht. Trotzdem war wenigstens eines erreicht: so wie vorher konnte die Auswanderung nicht mehr sich selbst überlassen bleiben. Daß etwas geschehen müsse, schon deshalb, weil die Auswanderung auch als Faktor der politischen Meinungsbildung Beachtung erheischte, hatte man in Regierungskreisen begriffen.

Diesen Wandel der Anschauungen zeigt sehr deutlich das Verhalten der preußischen Regierung. Bereits am 30. September 1848 hatte der neue Innenminister von Manteuffel beim Außenminister die Einziehung von genauen Nachrichten über geeignete überseeische Siedlungsgebiete beantragt. Er begründete diesen Schritt damit, daß wiederholte Vorgänge an sein Ministerium "das Bedürfnis erkennen (ließen), die Frage, ob und in welcher Art eine tätige Einwirkung der Regierung auf diese Angelegenheit angemessen und rätlich sei, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen." Sie erscheine umso notwendiger, als solche Anregungen bereits in der Preußischen Nationalversammlung und anscheinend auch

in Frankfurt ergangen seien⁴⁰. Die Gesandten in London und Washington und der Generalkonsul in Mexiko wurden daraufhin angewiesen, eingehenden Bericht über alle die Einwanderung betreffenden Fragen zu erstatten, insbesondere über den Erfolg und das Wirken früherer größerer Kolonisationsunternehmungen. Das Ergebnis war freilich recht dürftig. Bunsen ging auf den Erlaß überhaupt nicht ein; und Roenne, der als Reichsgesandter die preußischen Geschäfte in Washington versah, begnügte sich mit einem Hinweis auf zwei kurz zuvor erschienene Schriften über Nordamerika und Texas als Einwanderungsländer⁴¹ und mit einem Bericht des preußischen Konsuls in Galveston über die Möglichkeiten der deutschen Einwanderung in Texas und die Gründe für das Fehlschlagen des Kolonisationsversuchs des Mainzer Adelsvereins. Bei der Zurückhaltung der beiden Gesandten dürften die wenig ermutigenden Erfahrungen mitgesprochen haben, die sie bei ihrem Hervortreten in der Auswanderungsfrage Anfang der vierziger Jahre gemacht hatten; Roenne war überdies soeben erst wieder in den Staaten eingetroffen und schon deshalb zu einer gründlichen Berichterstattung nicht imstande.

Sehr ausführlich äußerte sich dagegen der inzwischen aus Nordamerika zurückgekehrte Attaché Lischke⁴² in einer Denkschrift vom De-

40 G.St.A. Berlin A.A.II. Rep. 1. Ausw. ausser Europa Nr. III. 11, Vol. 5. Als besonders wünschenswert bezeichnete *Manteuffel* möglichst erschöpfende Informationen über Texas, auf das in jüngster Zeit mehrfach als geeignetes Siedlungsland für Deutsche hingewiesen worden sei. Eine staatliche Unterstützung der Auswanderer sei nicht beabsichtigt, jedenfalls nicht ohne besonderen Beschluß der Volksvertretung.

41 Ein Buch des Deutschamerikaners *Fleischmann*, *Der Nordamerikanische Landwirt* (New York 1848) und das Werk des britischen Konsuls in Galveston *Kennedy* über Texas.

42 S. o. S. 180. *Lischke* bezieht sich auf seine Denkschrift vom Mai 1847 und betont, daß er bereits damals in Kenntnis der in Berlin herrschenden Anschauungen, die er nicht geteilt habe, von unwiderleglichen Tatsachen ausgegangen sei. Die Zunahme der Auswanderung, auch aus Preußen, sei nun einmal ein Faktum "von weltgeschichtlicher Bedeutung", das als solches dem Staatsmann die Frage aufdränge, "ob und wie (es) im Interesse des deutschen Vaterlandes nutzbar gemacht werden" könne. Inzwischen habe sich die Sachlage erheblich geändert, und

zember 1848. In diesem Schriftstück findet das durch die Ereignisse von 1848 gesteigerte Nationalbewußtsein einen bemerkenswerten Niederschlag. Nicht der "abstrakte Standpunkt der Humanität" fordert nach der Ansicht des Verfassers eine Lösung der Auswanderungsfrage, sondern das deutsche Nationalinteresse. Dieses verlange gebieterisch, daß Deutschland "die Zweige, welches es über den Ozean breitet, dort nicht verkümmern oder, in fremden Boden gesenkt, ihre natürliche Gestalt verlieren und in eine fremde Gattung umschlagen" lasse. Neben dem rein universellen Interesse der Bewahrung der deutschen Nationalität sei es auch ein Gebot der Realpolitik, die Wechselwirkungen "zwischen den beiden Gruppen derselben Nation" diesseits und jenseits des Ozeans zu pflegen, um dadurch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands wie seine politische Bedeutung zu steigern. Die unerfreulichen Begleiterscheinungen der deutschen überseeischen Auswanderung, insbesondere das Elend der deutschen Auswanderer auf der Seereise und bei ihrer Ankunft in Amerika und ihr rasches, völliges Aufgehen im angloamerikanischen Element, seien nicht unvermeidlich, mindestens nicht in dem bisherigen Maße notwendig. Die Gründe dafür lägen nur in dem Mangel an aller höheren Leitung, an Beratung und Schutz seitens des Heimatlandes. Wenn "die deutschen Regierungen sich dazu entschließen wollten, ihren auswandernden Landesangehörigen zu deren und des Vaterlandes Wohl jene Leitung und jenen Schutz angedeihen zu lassen", ließe sich das Auswandererelend fast ganz, der Verlust der Nationalität wenigstens teilweise vermeiden. An positiven Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels schlug die Denkschrift die Erforschung überseeischer Gebiete durch Regierungsvertreter hinsichtlich ihrer Eignung für die Auswanderung,⁴³ den Schutz der Auswanderer bei der Einschiffung und der Seereise und die Anstellung von staatlichen Kommissaren in den Über-

er sei nach manchen Andeutungen zu der Annahme berechtigt, daß die preußische Regierung an ihren früheren Grundsätzen nicht mehr starr festhalten wolle.

43 Als solche nennt die Denkschrift vor allem die atlantischen Staaten der Union von New York bis Virginia, den Mittelwesten von Ohio und Indiana bis Missouri, Texas, Oregon und Oberkalifornien, wo San Francisco sehr bald zu "einer zweiten Weltstadt New York" werden dürfte; ferner Mittelamerika und Südastralien.

seehäfen vor. Die letzten sollten nicht nur die Ankömmlinge vor den üblichen Betrügereien schützen, sondern auch darauf achten, daß diejenigen, die in der Nachbarschaft von Landsleuten sich niederzulassen wünschten, dazu Gelegenheit erhielten. Für diese Lösung hätten sich dem Verfasser gegenüber auch mehrere angesehene Deutschamerikaner in New York, darunter der sehr erfahrende preußische Generalkonsul Schmidt, ausgesprochen⁴⁴.

Der zur Begutachtung dieser Vorschläge aufgeforderte, soeben aus Washington abberufene preußische Gesandte von Gerolt sprach sich uneingeschränkt zustimmend aus⁴⁵. Sehr nachdrücklich hob er hervor, daß die bisherige Auswanderungspolitik nicht wenig dazu beigetragen habe, die Auswanderer politisch zu radikalisieren und sie den demokratischen und republikanischen Ideen in die Arme zu treiben. Schon im Hinblick auf die große Zahl der Amerikadeutschen, die nach amerikanischen Schätzungen etwa 5 Millionen, also ein Fünftel der ganzen Bevölkerung der Union, betrage, sei diese Tatsache politisch bedenklich: "Es kann dem gesitteten und industriellen Deutschland nicht gleichgültig bleiben, daß eine solche Bevölkerung, aus seinem Schoße hervorgegangen, die größtenteils der ackerbauenden Klasse angehörte und durch ihre charakteristische Sparsamkeit meistens zum Besitz und Wohlstand gelangt ist, dem Mutterland, an dem sie mit Sitten und Gebräuchen zum Teil noch festhängen, ... fortwährend entfremdet werde. Es liegt im Gegenteil in unserem Interesse, daß die natürlichen Bande zwischen dem

44 Acta G.St.A. Berlin. Acc. 168/32. Kontr. Nr. 45 I, Heft b. bf. Nr. 91. Der Verfasser betont in der Einleitung, er sehe von Vorschlägen für die "unmittelbare Organisation der Auswanderung durch Ankauf von Ländereien und Übersiedlung der Emigranten aus Staatsmitteln" deshalb ab, weil die preußische Regierung zur Zeit kaum dazu bereit sein werde. Immerhin würde sich, falls man auf die von ihm gemachten Anregungen eingehe, daraus "auch wesentliches Material für die Beantwortung der Kolonisationsfrage ergeben."

45 G.St.A. Berlin M.d.I. III C. Auswanderungen. Nr. 114, Vol. 1. – Gerolt hatte Lischke im Mai 1847 für eine Studienreise in die deutschen Hauptauswanderungsgebiete der Union vorgeschlagen. Einen ähnlichen Auftrag hatte die belgische Regierung einige Jahre zuvor dem Attaché an der Mission in Washington van der Straaten-Ponthoz erteilt.

Mutterlande und den volkreichen Kolonien seiner Söhne im Auslande nicht zerrissen, und daß die freundschaftlichen Beziehungen derselben zum gegenseitigen Vorteile womöglich kultiviert werden, wobei die Muttersprache, wenn sie auch durch die Zeit einigermaßen korrumpiert wird, wie z.B. im Elsaß und in Pennsylvanien, das unverwüstliche Organ und Vehikel bleibt"⁴⁶.

Gerolts Stellungnahme lag durchaus im Sinne Manteuffels. In einem weiteren Schreiben an das Auswärtige Amt vom 12. Januar wies er darauf hin, eine zeitgemäße Regierungspolitik werde sich zu einer Beratung der Auswanderer verstehen müssen, die sie vor Nachteilen infolge mangelnder Kenntnis der Verhältnisse in den Einwanderungsländern bewahre; vielleicht sei es zweckmäßig, die deutschen Auswanderer nach monarchischen Ländern wie Brasilien zu lenken, um ihrer Radikalisierung vorzubeugen⁴⁷. Das Auswärtige Amt erklärte sich grundsätzlich einverstanden, meldete aber gegen Brasilien wegen der unsicheren rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Bedenken an. Inzwischen hatte die bayerische Regierung dem Auswärtigen Amt eine Ministerialentschließung zum Schutze der Auswanderer gegen Übervorteilung zugeleitet, und Manteuffel nahm dies zum Anlaß, um interministerielle Kommissionsverhandlungen über die Stellung der Staatsregierung zur Auswanderung anzuregen. Gleichzeitig brachten die Abgeordneten Lö-

46 Eines der Mittel, von denen sich *Gerolt* eine günstige Wirkung auf die Meinungsbildung der Amerikadeutschen versprach, war die Gründung einer Zeitung, die der systematischen Verhetzung durch die zahlreichen radikalen deutschen Blätter in der Union entgegenzutreten sollte. Ihre Aufgabe sollte es sein, "die von den übrigen deutschen Zeitungen entstellten Tatsachen und Verleumdungen in Bezug auf deutsche Zustände zu berichtigen und im Geiste der Versöhnung und Aufklärung die deutsche Bevölkerung auf die Vorteile aufmerksam zu machen, welche in intellektueller und kommerzieller Hinsicht aus den durch keine Vorurteile getrübbten Beziehungen zum Mutterlande" sich ergeben würden. Die Zeitung solle anfangs mit staatlicher Subvention arbeiten, ähnlich dem "Courier Français" in New York, der von Paris unterhalten wurde. Als Redakteur empfahl *Gerolt* einen Advokaten, Dr. *Ludwig* in New York, der ihm als ehemaliger Demokrat besonders geeignet erschien; *Lieber* sei von amerikanischer Seite genannt worden, werde aber kaum annehmen.

47 Acta cit. Vgl. auch *Leidig*, in: Philippovich, a.a.O., S. 440.

her und Waldeck in der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf zum Schutze der Auswanderer ein, der die Errichtung eines Auswanderungsamtes und die Unterstützung seiner Arbeit durch die Konsulate vorsah. Infolge der Kammerauflösung Ende April kam es nicht mehr zur Beratung. Dagegen ergaben die Kommissionsberatungen, die im Mai stattfanden, eine bedeutsame, grundsätzliche Feststellung: "Die Ansicht, daß die Auswanderung als ein Übel anzusehen und dem Interesse der Auswandernden von Staats wegen Aufmerksamkeit nicht zuzuwenden sei, ist im verwichenen Jahre aufgegeben worden." Polizeiliche Vorschriften allein seien nicht ausreichend, und die Auswanderungsfrage sei durch gemeinsame Gesetzgebung der verbündeten Regierungen zu regeln⁴⁸.

Dieser grundsätzliche Umschwung in der preußischen Auswanderungspolitik entsprach der neuen Politik Preußens in der Deutschen Frage. Friedrich Wilhelm IV. hatte zwar am 3. April die Kaiserkrone der Paulskirche zurückgewiesen; aber seine Regierung war nicht gesonnen, kampflos auf den Machtgewinn zu verzichten, den der Einheitswunsch der Nation bei geschickter Benutzung Preußens eintragen konnte. Die preußischen Zirkularnoten vom 23. Januar und 3. April hatten bereits den Weg über Vereinbarungen mit den Einzelstaaten angedeutet, der Preußen zur Vormacht in Deutschland führen konnte; der König selbst hatte ihn bei der Ablehnung der Parlamentskrone offen gelassen. Der günstigste Zeitpunkt war freilich vorüber mit dem zeitigen Frühjahr 1849, in dem Österreich durch den ungarischen Aufstand die Hände gebunden waren; trotz wechselvoller Kämpfe war am schließlichen Siege Wiens kaum noch zu zweifeln. Aber der schicksalsschwere Mai dieses Jahres trieb in Berlin neue Blüenträume hervor, als in der bayerischen Pfalz, in Baden und in Sachsen preußische Truppen die demokratische Revolution für die Durchführung der Frankfurter Verfassung niederschlugen⁴⁹. Josef Maria von Radowitz, der sich in der Paulskirche vom

48 Acta cit. Unter "verbündeten Regierungen" sind die Partner des am 26. Mai abgeschlossenen Dreikönigsbündnisses zu verstehen, über das seit Mitte Mai in Berlin verhandelt wurde.

49 Daß *Radowitz* und das Ministerium Brandenburg trotz alledem "Illusionspolitiker" waren, weil sie die europäischen Mächte nicht in Rechnung stellten, hebt *Srbik*, a.a.O. II, S. 22 mit Recht hervor.

preußisch-großdeutschen Legitimismus zur Idee des kleindeutschen Bundesstaates im weiteren Verbands mit Österreich bekehrt hatte, hatte bereits Ende April auf den dringenden Wunsch des Königs und des Ministeriums ohne verantwortliche Stellung die verantwortliche Leitung der preußischen Politik übernommen: mit dem Ziel, die deutsche Revolution zu beenden und Preußens Aufstieg zur Vorherrschaft in Deutschland "auf den Dank der andern Staaten für Unterdrückung und Anarchie wesentlich zu gründen"⁵⁰.

Eine auf moralische Eroberungen ausgehende Politik Preußens in Deutschland konnte an einer so bedeutsamen nationalen Frage wie der Auswanderung nicht achtlos vorübergehen. Sie gehörte zu den Gegenständen, die nach Regelung auf einer über den Einzelstaat hinausgreifenden Ebene verlangten. Wurde sie von Preußen aufgegriffen, so konnte dieses nicht nur des Beifalls vieler Deutscher aus anderen Bundesstaaten sicher sein, sondern auch der Zustimmung der meisten deutschen Regierungen. Daß auch in der preußischen Öffentlichkeit die Auswanderungsfrage mehr und mehr Beachtung fand, zeigt die Gründung des Berliner "Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation" im Mai 1849⁵¹. Nach wenigen Tagen zählte er bereits

50 Vgl. dazu *F. Meinecke*, *Radowitz und die deutsche Revolution* (Berlin 1913), S. 265 ff. Das Zitat (von *R. Haym*) angeführt bei *Srbik*, a.a.O. II, S. 21.

51 G.St.A. Berlin Acc. 168/32. Konto.Nr. 45 I, Heft b.lf. Nr. 92. Vol. 1 und 2. Nach *A. Zimmermann*, a.a.O., S. 409, stand *Manteuffel* hinter der Gründung. Einer der Gründer des Vereins, der im Justizministerium und später im Berliner Polizeipräsidium beschäftigte Regierungsassessor *Gaebler*, genoß nach *Zimmermann* *Manteuffels* besondere Gunst; tatsächlich wurde er bei der Ausarbeitung des unten erwähnten Gesetzentwurfs mehrmals hinzugezogen. Die treibende Kraft scheint allerdings von Anfang an der bereits erwähnte *A. von Bülow* gewesen zu sein, der die Geschäftsführung übernahm und erst im Oktober 1851 von *Gaebler* abgelöst wurde, als er selbst nach Mittelamerika zurückging. *Bülow* verfolgte, wie ein Schreiben an *Manteuffel* vom 25.2.1849 (in act. cit.) zeigt, mit der Vereinsgründung von vornherein vor allem sein Mittelamerikaprojekt. In diesem Sinne ist *Zimmermanns* Darstellung zeitlich und sachlich zurechtzurücken. Seine weitere Angabe, daß *Manteuffel* sich des Vereins bediente, um nach dem Scheitern der kommissarischen Verhandlungen "auf privatem Wege einzugreifen", trifft mindestens in der Motivierung nicht zu, denn die Vereinsgründung (23.5.) fällt

eine Reihe von angesehenen Berliner Bürgern, Beamten und Adligen zu seinen Mitgliedern, deren Zahl bis 1850 rasch wuchs⁵². Ende Juni wandte er sich an Manteuffel mit der Bitte um finanzielle und moralische Unterstützung, vor allem um Mitteilung einschlägiger Konsulatsberichte und Information über etwaige Kolonisationsvorhaben, was vom Minister wohlwollend aufgenommen wurde⁵³. Aber trotz der Anteilnahme der Öffentlichkeit und Manteuffels sichtlichem Eifer gerieten die Beratungen über das preußische Auswanderungsgesetz bald wieder ins Stocken. Als sie im September wieder aufgenommen wurden, beschränkten sie sich nurmehr auf polizeiliche Regelung des Auswanderertransports; von einer Lenkung oder kulturpolitischen Betreuung der Auswanderung war nicht mehr die Rede.

Die Ursachen für diesen Kurswechsel sind leicht zu erkennen. Nach scheinbar großen Anfangserfolgen der "Unionspolitik" – dem Dreikönigsbündnis vom 26. und dem Verfassungsentwurf vom 28. Mai – gewannen im Hochsommer 1849 die Gegenkräfte gegen Preußens Vormachtstreben Boden⁵⁴. Bayerns entschiedener Widerstand unter seinem

mit den Verhandlungen zusammen, die erst nachher ins Stocken gerieten. Auch die Akten enthalten in diesem Punkte nichts, was *Zimmermanns* Angaben bestätigt.

- 52 Zu den Gründungsmitgliedern gehören mehrere Berliner Stadtverordnete und der Stadtsyndikus *Hedemann*. Schon 1849 schloß sich der 1847 gegründete "Verein für deutsche Auswanderung und Kolonisation" in Düsseldorf (vgl. Kap. 2, Anm. 109) an. 1851 hatte der Berliner Verein Verbindung mit folgenden Vereinen: Verein zum Schutze deutscher Auswanderer in Hamburg, Central-Auswanderungsverein für Schlesien in Breslau, Auswanderungshauptverein für das Königreich Sachsen in Dresden, Nationalverein für deutsche Auswanderung in Frankfurt a.M., Badischer Zweigverein für Karlsruhe, Hessischer Zweigverein für Darmstadt, National-Auswanderungsverein zu Leipzig, Kurhessischer Verein zu Rintelen, Deutsche Gesellschaft in New York und Deutsche Gesellschaft zu New Orleans.
- 53 Als Gegenleistung versprach der Verein, der Regierung durch eigene Tätigkeit, Korrespondenz mit anderen Vereinen, Auswanderungsfachleuten, zuverlässigen Kolonisten und Auswanderungslustigen Material über die Auswanderung zu beschaffen. Im Juni wurde dem Verein eine Beihilfe von 150 Talern bewilligt.
- 54 Zum folgenden vgl. zusammenfassend *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 30 ff.

neuen Ministerpräsidenten von der Pfordten steifte dem widerspenstigen Württemberg den Rücken; Sachsen und Hannover, die der Union nur widerwillig Gefolgschaft geleistet hatten, nahmen die Gelegenheit zum Abrücken wahr; und vor allem ließ Schwarzenberg keinen Zweifel an seinem Willen, Österreichs Primat in Deutschland zu wahren. Die ungarische Kapitulation bei Vilagos im August 1849 gab Österreich freie Hand; nötigenfalls auch gegenüber Preußen, zumal dessen kleindeutsche Politik bei seinem traditionellen Schirmherrn Rußland wenig Verständnis fand. Durch die Auflösung des Rumpfparlaments am 18. Juni war zwar die Aussicht auf das Inkrafttreten des Reichsauswanderungsgesetzes endgültig geschwunden, und deshalb hätte Manteuffel nunmehr in dieser Frage die Erbschaft der Paulskirche antreten können. Aber einem solchen Vorgehen waren durch die Machtverhältnisse in Deutschland enge Grenzen gesetzt, und gar ein Übertrumpfen des Frankfurter Auswanderungsgesetzes lag jetzt außerhalb des Bereichs der politischen Möglichkeiten. Allenfalls durfte Manteuffel hoffen, durch größte Zurückhaltung und durch Beschränkung auf das unbedingt Nötige ein preußisches Auswanderungsgesetz für andere deutsche Staaten annehmbar zu machen.

Die Entwicklung der Deutschen Frage trug weiter dazu bei, daß die Dinge nicht weiter gediehen. Das Interim vom 30. September band Preußen auch in der Teilfrage der Auswanderung die Hände, sofern es über den sonderstaatlichen Bereich hinausgreifen und sich zum Sprecher der Gesamtnation aufwerfen sollte. Darauf, auf moralische Eroberungen im Sinne einer groß-preußisch-kleindeutschen Politik, war es aber Manteuffel bei seiner Initiative vom Mai 1849 offensichtlich angekommen. Denn bei den erneuten Kommissionsberatungen seit Mitte September 1849, die sich nurmehr auf ein preußisches Auswanderungsgesetz bezogen, erklärte er sich von vornherein mit der bloßen polizeilichen Regelung des Auswanderungswesens einverstanden. Trotzdem kamen die Verhandlungen nur langsam voran; und als der Handelsminister von der Heydt im März 1850 dem Innenminister sein Votum zugehen

ließ, war von einer umfassenden Regelung oder gar Lenkung der deutschen Auswanderung nicht mehr die Rede⁵⁵.

Sie bot sich jedoch wieder als Mittel zur Gewinnung der deutschen Öffentlichkeit an, als das Verhältnis der beiden deutschen Großmächte sich durch Preußens Festhalten an der Unionspolitik und Österreichs schroffen Widerstand gegen jede Minderung seiner deutschen Stellung verschärfte. Die Etappen auf diesem Wege, das Erfurter Parlament und der Berliner Fürstenkongreß sowie Schwarzenbergs Gegenschlag, der Vierkönigsbund und die Einberufung des engeren Rates der Bundesversammlung, waren für die Entwicklung der Auswanderungsfrage nicht ohne Bedeutung. Mittelbar eröffnete das Zusammengehen der süddeutschen Staaten mit Österreich für die Zukunft die Aussicht auf Wiederaufnahme der deutschen Südostwanderung, in der Schwarzenberg wie der bayerische Ministerpräsident von der Pfordten⁵⁶ die erstrebenswerte Lösung des Auswanderungsproblems erblickten. Dagegen stand das großpreußische Machtinteresse, dem jede Stärkung Österreichs unerwünscht war und das die Regelung der Auswanderungsfrage als Mittel seines Hegemoniestrebens verstand. In diesem Sinne bestimmte der Artikel 134 der Unionsverfassung in wörtlicher Anlehnung an die Verfassung der Paulskirche, daß die "Auswanderungsangelegenheit unter dem Schutze und der Fürsorge der deutschen Union" stehe und daß ein dem Innen- und Außenminister untergeordnetes Auswanderungs- und Kolonisationsamt errichtet werden solle. Gemäß diesem Verfassungsartikel ließ Manteuffel im Frühjahr 1850 einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der

55 *Von der Heydts* Entwurf stimmte in allen wesentlichen Punkten mit dem unten erwähnten Gesetz vom 7. Mai 1853 überein. Vgl. *Leidig*, in: Philippovich, a.a.O., S. 441.

56 Zu *von der Pfordtens* Haltung in der Auswanderungsfrage s. seine Rede vom 4. Juli 1840 über die Zolleinigung mit Österreich und vor allem die große Denkschrift (Verfassungsskizze) vom 9.12.1849, welche die politische, wirtschaftliche und kolonisationsbedeutung des Donauraumes für ganz Deutschland sehr eindringlich hervorhob. Vgl. dazu *M. Doeberl*, *Entwicklungsgeschichte Bayerns*, Bd. III (hrsg. v. M. Spindler), München 1931, S. 248 f.

auch der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Auswanderung gerecht werden sollte⁵⁷.

Da dieser Entwurf viel weiter geht als alle früheren und späteren Schritte Preußens in der Auswanderungsfrage, ist er trotz seiner Kurzlebigkeit in unserem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung, da er anschließend am 13. Juli vom Ministerrat einstimmig angenommen und in Berlin dem als höchstem Organ der Union tagenden Provisorischen Fürstenkollegium zugeleitet wurde.⁵⁸ Außer Bestimmungen über die gewerbepolizeiliche Regelung des Auswandererwesens sah er die Errichtung eines Auswanderungs- und Kolonisationsamtes vor, das mit den Staatsregierungen und den Unionskonsuln zum Wohle der Auswanderer zusammenwirken sollte. Ihm sollte die Aufsicht über die Auswandererbeförderung und über die Auswanderungsvereine und Kolonisationsgesellschaften obliegen, ferner "tunlichste Fürsorge" für deutsche Ansiedlungen in Übersee und die Sammlung von zuverlässigen Nachrichten über die Einwanderungsländer. In diesen sollte allen deutschen Einwanderern der Schutz und die Unterstützung der Unionskonsuln gewährt werden, die zu diesem Zweck mit den deutschen Vereinen in Übersee und den Behörden der Einwanderungsländer zusammenarbeiten sollten.⁵⁹ Auf Manteuffels Drängen sollte dieser Gesetzentwurf "zum Schutze und zur Fürsorge für deutsche Auswanderung und Kolonisation" sofort auch dem Unionsparlament vorgelegt werden. Dabei stieß er jedoch auf heftigen Widerstand seines Ministerkollegen von der Heydt, der über seinen Gegenentwurf vom März 1850 nicht hinausgehen wollte. Der folgende Schriftwechsel zwischen den beiden Ministerien verdient insofern Beachtung, als er die gegensätzlichen Auffassungen scharf herausstellte.⁶⁰ Formell war der Innenminister im Recht, da das Staatsmini-

57 Abdruck bei *Zimmermann*, a.a.O., S. 404 ff.

58 Am 22. Juli genehmigte der König die Vorlegung beim Fürstenkollegium. *Von der Heydt* war bei der Ministerratssitzung vom 13. Juli nicht anwesend und fühlte sich, wie sein späteres Verhalten zeigt, von *Manteuffel* überspielt.

59 *Leidig*, in: *Philippovich*, a.a.O., S. 442. Vgl. o. Anm. 57.

60 *Acta Geh. St. A. Berlin. Rep. 77 M.d.I. III C. Tit. CCXXVI. Auswanderungen Nr. 114, Vol. 1; Rep. 120 Handelsministerium CXIII. 20 Auswanderungen und Kolonisation No. 1, Vol. 1, 2.*

sterium seine Vorschläge genehmigt hatte. Von der Heydt führte jedoch ins Treffen, daß dem vorgesehenen Auswanderungsamt eine Stellung eingeräumt sei, die nicht allein legislatorische Befugnisse enthalte, sondern auch unter Umgehung der obersten Landesbehörden ein Subordinationsverhältnis der nachgeordneten Organe herstelle, das "mindestens bedenklich" erscheine. Darüber hinaus unterstellte der Handelsminister dem Entwurf die Absicht deutscher Kolonialgründungen oder ihrer Unterstützung, was für die preußische Regierung unabsehbare Folgen haben könne. Manteuffel hingegen berief sich in seiner Replik auf die volkswirtschaftliche und politische Seite der Auswanderung⁶¹ und hielt

61 Es habe sich herausgestellt, schrieb *Manteuffel*, daß "vom Standpunkte der Unionsgesetzgebung ... die Auswanderungsangelegenheit sich in einer Lage befindet, welche eine Regelung in weiterem Umfange als ein dringendes Bedürfnis erweist. Es läßt sich nicht verkennen, daß ein jährlicher Abzug von circa 80 000 Einwohnern und 12 Millionen baren Geldes eine tiefe nationalökonomische Bedeutung für Deutschland hat, daß ferner die große Zahl von Auswanderungs- und Kolonisationsvereinen mit ihren in der Bevölkerung geäußerten Wirkungen von einer Gesetzgebung nicht ignoriert werden darf, und daß endlich auch die politische Seite, welche diese gesellschaftliche Bewegung darbietet, zur ernstesten Erwägung auffordert." Für die Richtigkeit dieser Auffassung berief sich *Manteuffel* auf die Pressestimmen aus dem In- und Auslande. Die Transportfrage sei demgegenüber von geringerer Bedeutung, so wichtig sie auch in der Praxis sei. Die Errichtung einer Zentralbehörde sei ein allgemeines, auch von den loyalsten und vorsichtigsten Mitgliedern der Frankfurter Versammlung gebilligtes Bedürfnis. Diese Behörde müsse jedoch in einer so tief in den täglichen Verkehr eingreifenden Angelegenheit unmittelbar auf die Provinz- und Lokalbehörden einwirken, was im übrigen ganz im Sinne der Unionsverfassung liege. Staatliche Kolonialgründungen seien nicht beabsichtigt, sondern nur der Schutz privater Gründungen durch die Union. Der aber sei notwendig, da diese Richtung der deutschen Auswanderung "sich der Anerkennung der kundigsten und vorurteilsfreiesten Autoritäten in der Auswanderungsfrage erfreut und durch die vielen wirklichen Kolonisationsgesellschaften, welche in neuerer Zeit sich teils gebildet haben, teils in der Bildung begriffen sind, eine große praktische Bedeutung gewinnt. Auf der anderen Seite aber sind auf diesem Felde noch zu wenig Erfahrungen gemacht worden, als daß sich darüber ein sichereres Urteil fällen ließe, ob es in der Tat zweckmäßig sei, wenn der Staat selbst die Kolonisation in die Hand nähme. Es wird sich diese Angelegenheit, ähnlich wie vormals die Eisen-

von der Heydt nicht ohne Berechtigung entgegen, daß er diese durch sein Interesse für die mittelamerikanischen Kolonisationsprojekte selbst anerkannt habe.⁶²

Wie berechtigt Manteuffels Hinweis auf die politische Bedeutung der Auswanderungsfrage war, bewies die begeisterte Aufnahme, die sein im Staatsanzeiger veröffentlichter Entwurf in der deutschen Öffentlichkeit fand. Der angesehenste süddeutsche Auswanderungsverein, der Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedlung in Frankfurt, erbat in Berlin den Text des Gesetzentwurfs, um durch seine Zweigvereine in Württemberg, Baden, den beiden Hessen und in der Freien Stadt Frankfurt bei den dortigen Regierungen anzuregen, daß diese das gleiche Gesetz für sich oder gemeinsam mit der preußischen Regierung erließen. Die Hoffnung auf eine dem deutschen Nationalempfinden entsprechende Lösung der Auswanderungsfrage erhielt durch den preußischen Schritt in ganz Deutschland neue Nahrung. Ein liberales Blatt schrieb: "So wäre denn endlich die Aussicht geschaffen, jener so oft beklagten niederdrückenden Stellung des Deutschen ein Ende zu machen, in welcher er von seinem Vaterlande verlassen, sich genötigt sah, den Beistand der Vertreter fremder Nationen für sich anzurufen und als eine Gabe aus fremder Hand zu empfangen, was der eigene Wille, die eigene Kraft nicht vermochte. Wie auch die politische Gestaltung Deutschlands

bahn-Unternehmungen, erst weiter entwickeln müssen, um mit Zuversicht darüber entscheiden zu können" (Acta cit. G.St.A. Berlin).

62 "Soviel aber ließ sich nach alledem, was vorliegt, wohl ermessen, daß die Kolonisation, wie solche im Interesse des Mutterlandes angestrebt wird und wie sie von Ew. Excellenz selbst bei der Prüfung des Status der hiesigen Kolonisationsgesellschaft für Zentralamerika als nützlich und der Unterstützung wert anerkannt worden ist, wenigstens keinen geringeren Schutz in Anspruch nehmen dürfte, als die bisherige unregelte, wilde Auswanderung; ja daß man sie der letzteren gegenüber indirekt unterstützen müsse, damit diese überhaupt nach und nach verschwinden und die Zahl der Fortziehenden sich vermindere" (Act. cit. Vgl. auch *Leidig*, in: Philippovich, a.a.O., S. 422 ff.). – Schon am 14. November 1849 hatte von der Heydt in Beantwortung einer Eingabe des Berliner Vereins eine Änderung der Regierungspolitik hinsichtlich der Kolonisationsfragen als möglich hingestellt (Acta Geh. St. A. Berlin Rep. 120 Handelsministerium CXIII Fach 20, Nr. 2, Vol. 1).

aus den Wirren der Gegenwart hervorgehen mag, es wäre sehr zu wünschen, daß die gemeinnützigen Bestrebungen dieses Gesetzes von dem staatlichen Zwiespalt unseres Vaterlandes nicht berührt würden, sondern allgemeine Anerkennung finden möchten, damit wenigstens die in fernen Zonen lebenden Deutschen dem Auslande gegenüber sich als ein Volk fühlen, damit sie von anderen Völkern als ein solches betrachtet werden und nicht mehr genötigt seien, aus Scham ihr Vaterland zu verleugnen und fremde Farben annehmend auch fremde Sitten nachzuäffen."⁶³ Weder dieser Widerhall im Volke noch die einmütige Annahme des Manteuffelschen Entwurfs durch das Fürstenkollegium im August 1850 vermochten jedoch den Handelsminister zu überzeugen. Sein gekränkter Ressortehrgeiz hinderte ihn am Abbruch des Papierkriegs,⁶⁴

63 Zitiert bei *A. Zimmermann*, a.a.O., S. 407. Wasser auf *Manteuffels* Mühlen war auch der im Druck erschienene "Erste Rechenschaftsbericht des Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation" (Berlin 1850), der für die geregelte, gemeindeweise Ansiedlung von Deutschen in Übersee eintrat und auf die britischen Bemühungen um deutsche Siedler hinwies. Er erwähnte in diesem Zusammenhang einen Jahresbericht der Westaustralischen Kompanie, der erklärte, England müsse, "da es seinen Markt in Deutschland zum Teil verloren habe, die Deutschen aus Deutschland herausholen und sie nach Australien versetzen, um sie so zu zwingen, Konsumenten für die englische Industrie zu werden" (Acta Geh. St. A. Berlin Rep. 77 M.d.I. III C Auswanderungen Nr. 115, Vol. 1).

64 Immerhin gestand *von der Heydt*, daß die "Auswanderung in mehrfacher Hinsicht mit wichtigen allgemeinen Interessen in Berührung" stehe. Gleichwohl sei der Gesetzentwurf *Manteuffels* abzulehnen, da schon die Bezeichnung des Gesetzes unerfüllbare Hoffnungen erweke: "Wenn die Presse dem Unions-Gesetzentwurf ihren Beifall geschenkt hat, so ist kaum zu zweifeln, daß gerade die Auffassung einer dadurch gewährten Aussicht auf Unterstützung der Auswanderung aus Staatsmitteln daran ihren Anteil habe" (an M.d.I., 21.10.1850, in actis G.ST.A. Berlin, Acc. 168/32. 45b ff. Nr. 91). *Von der Heydt* überschätzte wahrscheinlich diesen Anteil, denn die Annahme *Manteuffels*, daß man pro Auswanderer 150 Taler Kapital annehmen müsse, dürfte eher zu niedrig als zu hoch sein. Zum Beispiel enthält der in Anm. 63 zitierte Bericht des Berliner Vereins die Angabe, daß sich für die Berliner Kolonisationsgesellschaft 251 Familien mit insgesamt 310 400 Talern Kapital gemeldet hätten und nur 67 davon unbemittelt seien. Zwar läßt eine solche Einzelziffer keine allgemeinen Rückschlüsse zu; aber der

dem erst die Ereignisse der großen Politik ein Ziel setzten. Der Zusammenbruch der Radowitzschen Unionspolitik in Olmütz am 29. November 1850 machte naturgemäß Manteuffels Plan hinfällig. Schon wenige Tage darauf versuchte von der Heydt, seinen Entwurf bei der neuen, jetzt von Manteuffel geleiteten Regierung durchzusetzen. Zu seiner Enttäuschung stellte sich jedoch auch der neue Innenminister von Westphalen insofern auf den Standpunkt seines Vorgängers, als er ein bloßes Polizeigesetz für unzulänglich erklärte. Er bemängelte ferner, daß von der Heydts Entwurf nur auf die preußischen Verhältnisse zugeschnitten sei. Gerade nachdem die Union aufgegeben sei, müsse eine generelle Behandlung der Auswanderungsfrage durch Verhandlungen mit den Einzelregierungen das Ziel der preußischen Politik bilden; schon deshalb, weil es "unter den gegenwärtigen Verhältnissen angebracht" sei, der "diesseitigen Regierung das Feld für Unterhandlungen mit den übrigen deutschen Staaten über dergleichen allgemeine Angelegenheiten in jeder Beziehung offen zu halten und die dazu geneigten Regierungen durch einseitige legislative Bestimmungen in keiner Weise abzuschrecken." Die Auswanderungsfrage sei in dieser Hinsicht ein vortreffliches Betätigungsgebiet für die deutsche Politik Preussens.⁶⁵

Angesichts dieser neuen Widerstände wich von der Heydt zurück; allerdings mit dem Vorbehalt, sein Entwurf solle auf der für Ende Dezember anberaumten Dresdner Konferenz zur Sprache kommen. Westphalen konnte dieses Ansinnen mit dem Hinweis ablehnen, daß die Dresdener Zusammenkunft nur zur Regelung der deutschen Bundesverfassungsfrage befugt sei und für kommissarische Verhandlungen

Anteil von unbemittelten Auswanderern ist bei staatlich geförderten oder gebilligten Auswanderungsgesellschaften in der Regel noch höher als bei der Einzelauswanderung. Vgl. auch *Gaebler's* Schätzungsziffern (u. S. 148).

65 An *von der Heydt*, 26. Januar 1851, in *actis cit.* M.d.I. Berlin. – *Westphalen* verlieh seiner auf den Entwurf des Handelsministers gemünzten Warnung vor "einseitigen legislativen Bestimmungen" dadurch besonderen Nachdruck, daß er auf die Erfahrungen mit dem Unionsgesetz hinwies. Bei dessen Erörterung hatte sich gerade in der Transportfrage, auf die *von der Heydt* das Hauptgewicht legte, Schwierigkeiten mit den Hansestädten ergeben, die sich durch die gewerbepolizeilichen Vorschriften des Entwurfs angegriffen fühlten.

keine Gelegenheit biete. Sein Gegenvorschlag lautete dahin, in interministeriellen Beratungen die Grundzüge eines Vertrages über die Regelung der Auswanderungsfrage zu entwerfen, der den übrigen deutschen Regierungen vorgelegt werden solle; auch den Hansestädten, die neuerdings zum Abschluß eines solchen Vertrags bereit zu sein schienen. Besonderen Wert legte Westphalen auf die Beteiligung des Auswärtigen Amtes⁶⁶. Als der Handelsminister sich wieder dagegen sperrte, hob Westphalen mit ungewöhnlichem Nachdruck den leitenden Gesichtspunkt der preußischen Auswanderungspolitik in seinem und Manteuffels Sinne hervor: "Wir wünschen dringend, daß in dieser so viele Interessen der Nation berührenden Angelegenheit, die überdies die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch nimmt, so schnell als möglich vorgegangen und dabei von Preußen die bisherige leitende Stellung beibehalten werde."⁶⁷

Auch dieser dringliche Appell an seine patriotische Gesinnung verfiel bei von der Heydt nicht. Inzwischen bot sich jedoch – wohl nicht ganz zufällig – eine andere Gelegenheit, weiter voranzukommen. Der Berliner Verein bat Ende März den Innenminister, er möchte darauf hinwirken, daß bei dem bevorstehenden diplomatischen Revirement in den lateinamerikanischen Staaten die Auswanderungsfragen durch Erteilung einer gemeinsamen Instruktion an die zu ernennenden preußischen Vertreter berücksichtigt werden.⁶⁸ Die Bedeutung der deutschen

66 *Manteuffel*, der sich als Ministerpräsident auch das Auswärtige Amt vorbehalten hatte, antwortete sofort bejahend. Auch in der Folge spielten *Westphalen* und *Manteuffel* gegen den Handelsminister zusammen, so lange die Aussicht auf eine Aktivierung der Auswanderungspolitik im Sinne der großpreußischen Politik bestand. Erst im Sommer 1852 schwenkten sie auf die Linie von *der Heydts* ein.

67 *Westphalen* an von *der Heydt*, 8. März 1851, in actis Geh.St.A. Berlin Rep. 77. M.d.I. III C Tit. CCXXVI. Auswanderungen Nr. 114, Vol. 1.

68 Eingabe des Vereins vom 25. März 1851. – Die diplomatischen Vertreter sollten nicht nur zur Fürsorge für die deutschen Einwanderer nach Maßgabe der Landesgesetze verpflichtet werden, sondern ihnen möglichst auch besondere, im deutschen Nationalinteresse liegende Vorteile zu erwirken suchen. Als solche wurden unbedingte Religionsfreiheit, Befreiung vom Militärdienste, Zollvergünstigungen für die von den Einwanderern gebrauchten Konsumgegenstände und

Auswanderung nach Süd- und Mittelamerika, die infolge der Werbungen jener Länder und der Gründung einer ganzen Anzahl von Kolonisationsgesellschaften in Deutschland noch im Zunehmen sei, lasse eine solche Maßnahme "sowohl im preußischen als im allgemeinen deutschen Interesse" angebracht erscheinen. – Manteuffel, an den der Antrag weitergeleitet wurde, ging bereitwillig darauf ein.⁶⁹ Zwar kam die Mehrzahl der Auswanderer nach Lateinamerika noch aus Süddeutschland, aber der Anteil des preußischen Elements und von Angehörigen der Zollvereinsstaaten wuchs rasch; und in jedem Falle konnte es dem Ansehen Preußens nur förderlich sein, wenn es in dieser Sache als Anwalt deutscher Interessen auftrat. Ein entsprechender Erlaß an die preußischen Vertreter in Brasilien, Zentralamerika und Mexico erging im April 1851. Ausdrücklich wurde darin betont, daß es sich bei der Rechtslage der Einwanderer nur um ein offizielles Einschreiten auf Grund ihrer Nationalität, nicht ihrer Staatszugehörigkeit handeln könne. Als Voraussetzung für eine dauernde deutsche Einwanderung nach jenen Staaten wurde die gesetzliche Regelung ihrer Stellung und, wo eine solche schon vorhanden war, ihre strikte Einhaltung gefordert. Im übrigen lehnte sich der Erlaß in seinen kulturpolitischen Forderungen und Wünschen an die Vorschläge des Berliner Vereins an.⁷⁰

eigene Gemeindeverfassungen angeführt. Ferner sollten sie zu erreichen versuchen, daß die deutschen Einwanderer möglichst in eigenen Gemeinden zusammengefaßt würden, daß für deutsche Kirchen und Schulen gesorgt und "überhaupt das deutsche Element so viel als möglich erhalten und gekräftigt" werde (Act. cit. Geh. St. A. Berlin, M.d.I.).

69 Manches sprach dafür, daß es sich um eine bestellte Arbeit handelte. Auf die Rolle des Regierungsrats *Gaebler* als Vertrauensmann *Manteuffels* im Berliner Verein wurde bereits hingewiesen. Hinzu kommt eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom April 1851, die sich in ganz ähnlichen Gedankengängen wie die Motive des Vereinsantrags bewegt (in actis Geh.St.A. Berlin A.A. III. Rep. VI. Preuß. Konsulate außer Europa No. 25, Vol. 1.).

70 *A. Zimmermann*, a.a.O., S. 408 nimmt an, daß die gleiche Weisung an den preußischen Vertreter in Washington ergangen sei. Die Akten enthalten darüber nichts, und angesichts der im folgenden gekennzeichneten Haltung des Auswärtigen Amtes erscheint ein solcher Schritt wenig wahrscheinlich.

Damit war ein erster praktischer Schritt getan, der darauf hindeutete, daß Preußen auch nach dem Scheitern der Unionspolitik in der Auswanderungsfrage vorangehen wollte. Ein ähnlicher Vorstoß des Berliner Vereins, der eine Regelung des Hauptauswandererstroms nach Nordamerika einleiten sollte, hatte allerdings weniger Erfolg. Zwar erstattete der preußische Gesandte in Washington, an den der Verein sich unmittelbar gewandt hatte, einen ausführlichen Bericht über die Lage der Einwanderer in der Union, der insbesondere grelles Licht auf die Ausbeutung der Einwanderer in den Landungshäfen warf. Aber eine wirksame Abhilfe dieser Mißstände glaubte er angesichts der Teilnahmslosigkeit der Unionsbehörden nur bei tatkräftiger, finanzieller Unterstützung der Deutschen Gesellschaft in New York durch den Berliner Verein in Aussicht stellen zu können. Dazu war dieser nicht in der Lage, und da Manteuffel einen nennenswerten Zuschuß aus Staatsmitteln nicht gewähren konnte, verlief die Angelegenheit im Sande.⁷¹ Inzwischen nahm die Auswanderung einen erschreckenden Umfang an. Auch aus den Ostprovinzen des preußischen Staates, die bisher von der Bewegung kaum noch ergriffen waren, liefen beim Innenminister alarmierende Nachrichten ein. Es herrsche eine unverkennbare Aufregung unter der Klasse der Tagelöhner, berichtete ein pommerscher Landrat;⁷² allmäh-

71 Acta G.St.A. Berlin Rep. 77 M.d.I. Tit. CCXXVI. Nr. 108, Vol. 10. Der preußische Ministerresident in Washington hatte sich begreiflicherweise an den Amtsweg gehalten und seinen Bericht dem Auswanderungsamt zur Weiterleitung an das Ministerium des Innern zugesandt.

72 Als Hauptursachen nennt der Bericht (Landratsamt Belgard, 30. September 1851): Unlust zur Arbeit, harte oder ungerechte Behandlung durch die Gutsherren, schlechten Ausfall der Kartoffelernte. "Dieses haftet allerdings schwer auf den Tagelöhnern, bei denen meist der größte Teil ihres Lohnes in einem Stück Land besteht, das ihnen der Gutsherr mit Kartoffeln bepflanzt. Wo die Domänen nun nicht willig oder im Stande sind, eine unentgeltliche Aushilfe zu geben, müssen die Arbeiter entweder darben, oder sich in Schulden stürzen, und dies bringt viele auf den Gedanken auszuwandern, welchen sie umso leichter fassen, als durch die lockenden Briefe einiger schon früher Hinübergesiedelten sehr utopische Ideen von den dortigen glücklichen Zuständen hier verbreitet sind. Reisegeld glauben die Leute nicht nötig zu haben; sie sind der festen Meinung, daß es in Stettin und Bremen Kassen gebe, woraus man es ihnen zahle. Viele

lich drohe die Beschäftigung mit den vielen Auswanderern die Erledigung aller übrigen Arbeiten zu beeinträchtigen. Ungeachtet dieser beunruhigenden Lage trat jedoch die von Westphalen im Frühjahr vorgeschlagene Kommission erst im Oktober zusammen, und schon bei ihren ersten Beratungen zeigte es sich, daß die ursprüngliche Zielsetzung aufgegeben war.⁷³ Die Mehrheit beschloß, den Entwurf des Handelsministers zugrunde zu legen, sich also bei dem auszuarbeitenden Vertragsentwurf auf die Regelung des Auswanderertransports zu beschränken.

Verglichen mit dem, was Manteuffel und Westphalen erstrebt hatten und was in dem Erlaß an die preußischen Vertreter in Lateinamerika angeklungen war, bedeutete dieser Beschluß eine Kapitulation. Die Gründe dafür sind in dem negativen Ergebnis der Dresdener Konferenz zu suchen. Sie endete am 15. Mai mit der Wiederherstellung des Deutschen Bundes, der jetzt zum Schlachtfeld des seit 1849 in voller Schärfe aufgebrochenen Dualismus der beiden Großmächte wurde. Waren die preußischen Staatsmänner noch mit der stillen Erwartung nach Dresden gegangen, einen von Preußen geführten Sonderbund innerhalb des Bundes herauszuhandeln, so war diese Hoffnung nunmehr zu Grabe getragen. In Dresden war endgültig klar geworden, daß Österreich eine Bundesreform nur zu Gunsten Preußens, ohne Gegenleistung im Sinne der engeren wirtschaftlichen und politischen Verankerung Österreichs in Deutschland, nicht zugestehen werde. Dadurch aber waren Verhandlungen Preußens mit anderen deutschen Staaten über eine umfassende Re-

glauben auch an unentgeltliche Überfahrt oder gedenken, die Überfahrtskosten drüben abzuarbeiten. Man hört auch vielfach das Gerücht, Prinz *Adalbert* erwarte die Auswanderer in Amerika. ... Die Leute meinen, das Landratsamt und auch die Regierung spiegele ihnen falsche Nachrichten über die Reise und die dortigen Zustände vor, und da der König die Auswanderung frei gegeben habe, so brauchten sie, wenn sie nach Amerika auswandern wollten, auch die laufenden Arbeits- und Mietskontrakte nicht auszuhalten, sondern die Gutsherren müßten ihnen auf Verlangen sofort den Entlassungsschein geben."

73 Die Zusammenfassung von *Leidig*, in: Philippovich, a.a.O., S. 444 ff. geht über diesen, entscheidend wichtigen Punkt hinweg und ergibt deshalb ein unklares Bild.

gelung des ganzen Auswandererwesens im nationalen Sinne, wie sie Westphalen noch im Januar und März gewünscht hatte, unmöglich geworden. Das dafür zuständige Forum war jetzt wieder der Bundestag, und nichts lag der preußischen Regierung ferner als die Absicht, ihn zu einem funktionsfähigen Organ des deutschen politischen Lebens zu machen. Ihr neuer, seit dem April 1851 in Frankfurt wirkender Gesandter Otto von Bismarck arbeitete vielmehr "mit Keulenschlägen an der Demolition des Bundes";⁷⁴ und darin fand er trotz aller sonstigen Bedenken gegen seine politische Haltung die Zustimmung seiner Berliner Vorgesetzten. Warf Preußen eine Lebensfrage der Nation wie die Auswanderung auf, so stand nicht bloß mit Sicherheit zu erwarten, daß der Bundestag sie an sich ziehen würde, sondern auch, daß sich dabei Gelegenheit bieten würde, den großdeutschen Gesichtspunkt und die Frage der deutsch-mitteleuropäischen Wirtschaftseinigung zur Sprache zu bringen. Zur Verhinderung des österreichischen Anschlusses an den Zollverein und des großdeutschen Mitteleuropa war aber Preußen, wie sich in Dresden erneut gezeigt hatte, unter allen Umständen entschlossen.

Die Aufrollung der Auswanderungsfrage unter dem nationalen Gesichtspunkt lag also im Herbst 1851 nicht mehr im Interesse Preußens. Deshalb einigte man sich bei den Kommissionsberatungen auf den Entwurf von der Heydts, der diesen heiklen Punkt von vorneherein ausschloß. Widerspruch erhob nur der als Vertreter des Innenministeriums beteiligte Regierungsrat Gaebler, ein ausgezeichnete Sachkenner und Mitgründer des 1849 entstandenen "Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation". Auch er hielt eine Gesamtregelung der Auswanderungsfrage angesichts der gegebenen politischen Situation nicht für erreichbar, wollte aber trotzdem über die polizeiliche Überwachung des Auswanderertransportes hinausgehen; nur dann sei bei etwaigen Verhandlungen mit anderen Bundesstaaten auf Zustimmung zu rechnen. Ferner trat er dafür ein, die bisherige regellose Ein-

74 Der österreichische Bundestagsgesandte von Prokesch-Osten an Außenminister Graf Buol, zitiert bei E. Eyck, Bismarck, Bd. I (Zürich 1941), S. 219. Prokeschs Äußerung stammt zwar erst aus dem Jahre 1853, trifft jedoch, wie Eyck, a.a.O., S. 185 ff. zeigt, für Bismarcks Frankfurter Tätigkeit von Anfang an zu.

zelauswanderung wenigstens dadurch zu beeinflussen, daß der Staat indirekt Unternehmungen begünstige, die die Auswanderung zum Nutzen des Mutterlandes, etwa auf handelspolitischem Gebiete, zu lenken versuchten.⁷⁵ Auch als die Kommission nach kurzem Schwanken sich dahin entschied, daß über den Entwurf von der Heydts nicht hinauszugehen sei, hielt Gaebler an seinem abweichenden Standpunkt fest und erklärte, daß manche Bestimmungen, zum Beispiel über den Seetransport, undurchführbar seien und die Hansestädte nur verstimmen würden.⁷⁶ Seine grundsätzlichen Einwände faßte er in einem Separatvotum zusammen, das die politische Seite der Auswanderungsfrage betonte und Gegenvorschläge machte, die auf einen behelfsmäßigen Ersatz für das nicht zustandgekommene deutsche Auswanderungsamt hinausliefen. Die dem geplanten Verträge beitretenden Regierungen sollten jährlich mindestens einmal ihre Kommissarien zu gemeinschaftlichen Beratungen zusammentreten lassen. In der Zwischenzeit sollte ein ständiger Geschäftsausschuß das statistische Material über die deutsche Auswanderung sammeln, die Gesetzgebung der europäischen und überseeischen Länder in Auswanderungs- und Kolonisationsfragen verfolgen und die gesammelten Erfahrungen, nötigenfalls mit Anträgen und Bemerkungen, den Versammlungen der Regierungskommissare vorlegen.⁷⁷

75 *Gaebler* dachte dabei an Gewährung von Kooperationsrechten, Vermittlung von Informationen und Empfehlungen an die diplomatischen Vertreter Preußens.

76 Mit Recht hob *Gaebler* hervor, es wäre zweckmäßiger gewesen, die Hansestädte von vornherein zu den Beratungen hinzuzuziehen. Auch hätten sich die bremischen und hamburgischen Verordnungen zum Schutze der Auswanderer im Ganzen bewährt, und man könne sie unbesorgt dem geplanten Verträge zugrunde legen.

77 Den Gegenvorschlag, später einmalig eine Kommission zusammentreten zu lassen, die auf Grund der praktischen Erfahrungen Verbesserungen des Gesetzes vorschlagen sollte, erklärte er für nicht ausreichend. Einmal sei das Gesetz selbst unzulänglich, da es sich auf die Transportfragen beschränke; weiter müßten die von ihm geforderten Beobachtungen systematisch, planmäßig und fortlaufend durchgeführt werden. Man könne es auch nicht den einzelnen Regierungen überlassen, was sie gerade für bemerkenswert hielten, sondern man müsse, wie bei allen staatlichen Erhebungen, planmäßig verfahren.

Es ist bezeichnend, daß gegen diese Vorschläge, die auf einen behelfsmäßigen Ersatz für das nicht zustandegekommene deutsche Auswanderungsamt hinausliefen, der Einwand erhoben wurde, die geforderte Kommission werde keine Aufgabe für eine fortdauernde Tätigkeit haben; sie werde ganz entbehrliche Erkundigungen, Erörterungen und Verhandlungen vornehmen müssen, um nicht bloß dem Namen nach zu existieren, und schließlich nur Schreibereien ohne einen praktischen Erfolg hervorrufen. Ferner werde sie den Schein erwecken, als wollten die Regierungen weitergehende Maßregeln vorbereiten oder gar die Kolonisation begünstigen; denn das Publikum werde nicht begreifen können, weshalb eine Kommission eingesetzt werde, wenn es sich nur um Transportwesen handle. Treffend bemerkte Gaebler, daß gerade die Stimmung des Publikums für die Bestellung einer Kommission spreche. Denn wenn man ein Gesetz zur "Regelung des Auswanderungswesens" vorlege, darin aber nur den Transport der Auswanderer regele, so werde jedermann sich auch nach den Bestimmungen umsehen, die das eigentliche Wesen der Auswanderung berühren und gewährleisten, daß die mit der Auswanderung unlösbar verbundenen volkswirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen auch erörtert und zum Abschluß gebracht worden seien. Werde dagegen die Kommission eingesetzt, so werde die Öffentlichkeit daraus entnehmen, daß diese Fragen noch nicht zur Entscheidung reif seien, daß man aber alles Erforderliche tue, um zu einem sachgerechten Resultat zu gelangen. Mit Bitterkeit wies er schließlich darauf hin, daß die Auswanderung schon aus wirtschaftlichen Gründen die größte Aufmerksamkeit verdiene. Aus Deutschland zögen alljährlich etwa 100.000 Menschen mit 20 Millionen Talern fort, aus Preußen allein 30.000 mit 6 Millionen Talern an barem Gelde. "Wäre es irgendeine Industrie, die jährlich 6 Millionen Taler nach einer bestimmten Richtung hin ab- oder zufließen ließe, man würde sie gewiß nicht ignorieren!" Ein ernstes und ausdauerndes Studium der Auswanderung liege ebenso im preußischen Interesse wie die Schaffung der Kommission, in der Preußen eine ausschlaggebende Rolle einnehmen werde. Die Auswanderung sei nicht nur materiell eine höchst wichtige, sondern auch eine populäre Frage. "Die Gelegenheit wird hier geboten, in dieser Frage eine leitende Gewalt auszuüben. Die so unscheinbare Geschäftskommission kann den

Keim zu manch anderem und größerem enthalten. Man lasse diese schwerlich wiederkehrende Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen!"⁷⁸

Gaeblers Mahnungen konnten den weiteren Verlauf der Dinge nicht mehr beeinflussen. Der Kommissionsentwurf erwies sich als eine Totgeburt: am 5. Juli schrieb von der Heydt dem Ministerpräsidenten, man müsse die Absicht aufgeben, das Auswanderungswesen durch vertragliche Einigung und gemeinsame Gesetzgebung der beteiligten Staaten zu regeln.⁷⁹ Bei näherem Zusehen bestehe jedoch auch kein derartiges Bedürfnis, denn die bisher dafür vorgebrachten Gründe seien nicht mehr stichhaltig. Sie seien sachlicher und historischer Natur gewesen: sachlich, insofern man in der deutschen Massenauswanderung "einen Keim und Anfang deutscher Macht und deutscher Staatenbildung jenseits des Ozeans" erblickt habe; historisch, insofern man nach dem Frankfurter Vorgehen 1849 gemeint habe, später in Berlin, Erfurt und Dresden nicht "ganz auf die Gemeinsamkeit in denjenigen Dingen verzichten zu können", die bereits in Frankfurt "über das Stadium allgemeiner Erörterungen hinausgeführt worden waren". Beide Motive seien "jedenfalls heute für die preußische Regierung nicht mehr maßgebend."

Deutlicher kann es von einer kompetenten Stelle nicht ausgesprochen werden, daß die Auswanderungsfrage für die preußische Politik seit 1849 nur Mittel zum Zweck gewesen war, daß ihre nationale Seite von der Berliner Regierung nur als Hebel und Triebkraft des preußischen Vormachtstrebens verstanden worden war. Je mehr der preußische Partikularismus seit 1848 wieder erstarkt war, desto geringer war Preußens Interesse an dieser deutschen Lebensfrage geworden. Das ausdrückliche Einverständnis sämtlicher übrigen Minister zu diesem

78 Separatvotum in actis G.St.A. Berlin Rep. 77. M.d.I. III C. Tit. CCXXVI. Auswanderungen Nr. 114, Vol. 1.

79 Ebenda. *Von der Heydt* erkannte in diesem Schreiben ausdrücklich die Berechtigung der Einwände *Gaeblers* gegen die positiven Bestimmungen des Kommissionsentwurfs an; allerdings nur, um damit die Notwendigkeit eines auf Preußen und auf die gewerbepolizeiliche Regelung beschränkten Auswanderungsgesetzes zu motivieren.

Schreiben von der Heydts⁸⁰ bestätigte nur, daß Berlin sich für das Problem der deutschen Auswanderung nicht mehr interessierte, nachdem es sich für das preußische Hegemoniestreben als untaugliches Werkzeug erwiesen hatte.

Der Gesetzentwurf von der Heydts vom 18. Januar 1853 wurde demgemäß fast unverändert vom Staatsministerium angenommen und am 2. März vom König gebilligt. Am 7. Mai wurde das Gesetz durch die Veröffentlichung rechtskräftig; es zeigte schon im Titel, daß aus dem einst geplanten "Gesetz zur Regelung des Auswanderungswesens" ein "Gesetz betreffend die Beförderung von Auswanderern" geworden war.⁸¹

Mit diesem Gesetz erschöpft sich der Beitrag der preußischen Regierung zur Lösung der Auswanderungsfrage in der Ära des Deutschen Bundes. Was noch folgte, etwa das preußische Abkommen von 1855 mit einer Reihe von Bundesstaaten zur Verhütung heimlicher Auswanderung und vor allem das viel umstrittene Reskript von der Heydts vom 3. September 1859 zur Unterbindung der Auswanderung nach Brasilien, hielt sich in dem engen Rahmen, den das Gesetz von 1853 abgesteckt hatte.⁸² Um ihn auszuweiten, hatte Gaebler noch im letzten Stadium der

80 In act. cit.

81 *Leidig*, in: *Philippovich*, a.a.O., S. 446 ff. Dort auch die wesentlichen Bestimmungen, die unter dem politischen Gesichtspunkt dieser Arbeit ohne Belang sind, und die Ausführungsbestimmungen vom 6.9.1853.

82 Zu dem Erlaß von 1859 vgl. *Leidig* bei *Philippovich*, a.a.O., S. 448 f. sowie *W. Mönckmeier*, a.a.O., S. 211 f. Während *Leidig* dem Erlaß beipflichtet, bemerkt *Mönckmeier* nicht mit Unrecht, er habe "das Kind mit dem Bade ausgeschüttet", indem er zugleich mit den vorhandenen Mißständen das Aufblühen der deutschen Kolonien in Südbrasilien im entscheidenden Augenblick unterband. – Eine späte Rechtfertigung der oben erwähnten Verbesserungsvorschläge *Gaeblers* bildet ein Kuriosum, das *Philippovich*, a.a.O., p. XXVIII berichtet. Danach wurde der 1868 zur Betreuung katholischer deutscher Auswanderer gegründete St. Rafaelsverein auf Grund des § 10 des Gesetzes vom 7.5.1853 gerichtlich belangt, weil er Auswanderern Auskunft erteilt hatte. "Dieses zur Zeit (1892) noch bestehende Gesetz", bemerkt *Philippovich*, "zwingt demnach denjenigen, der den Auswanderer durch Auskunftserteilung vor Betrug, Täuschung und vielleicht vor Vernichtung seines Lebensglücks behüten will, entweder sich eine Konzession als Auswanderungsagent erteilen zu lassen, die ihm aber auch ohne Angabe von

Verhandlungen, Anfang 1853, den Versuch gemacht, durch persönliche Verhandlungen mit den Nordseestaaten ein allgemeines deutsches Auswanderungsgesetz zustande zu bringen. Seine Initiative mußte aber schon daran scheitern, daß eine Regelung auf Bundesebene durch Preußens Politik am Bundestage versperrt war und daß einzelstaatliche Abmachungen mit Preußen über diese allgemeindeutsche Frage zu Schwierigkeiten mit anderen Bundesmitgliedern führen konnten.

Auch die vom "Berliner Verein" noch festgehaltene Hoffnung auf irgendeine großzügige innere Kolonisation als Gegengewicht gegen die regellose Auswanderung war illusorisch geworden, nachdem schon bei den kommissarischen Verhandlungen im Mai 1849 diese Möglichkeit verneint worden war.⁸³ Einen letzten Versuch, die Lethargie der Ämterstellen zu überwinden, unternahm 1852 der preußische Gesandte in Washington, von Gerolt, indem er auf einer Reise in Wiesbaden, Darmstadt, Karlsruhe und Stuttgart vertraulich wegen einer gemeinsamen Behandlung der Auswanderungsfrage vorfühlte. Sein günstiger Bericht veranlaßte Manteuffel zu dem Vorschlag, die Referenten der Ministerien sollten mit Gerolt in einen "Ideenaustausch" treten, was aber vom Han-

Gründen verweigert werden kann, oder er muß seine wohlthätige Absicht im Verborgenen ausüben und sich hüten, öffentlich auf seine bessere Kenntnis zu verweisen."- Natürlich ist jede gesetzliche Regelung dem Mißbrauch ausgesetzt, und *Philippovichs* Beispiel bildet keinen letzten Maßstab für die Bewertung des Gesetzes von 1853. Trotzdem zeigt es, wie berechtigt sein Hinweis darauf ist, daß die damals versäumte Einrichtung einer Zentralstelle für die Auswanderung – selbst unter Beschränkung auf Preußen – eine bedenkliche Unterlassungssünde war (ebenda p. XXIX).

- 83 Es wurde damals festgestellt, daß sich "die Neigung der Auswanderer so entschieden für überseeische Länder ausgesprochen habe, daß von Versuchen einer Kolonisation im Innern eine wesentliche Ablenkung des Emigrantenstromes von seiner gegenwärtigen Richtung nicht zu erwarten" sei. – 1852 teilte das Landwirtschaftsministerium dem Berliner Verein auf eine Anfrage mit, der Gedanke der "massenhaften Ansiedlung auf Staats- oder Privatländereien" sei endgültig aufgegeben.

delsminister unter Berufung auf die Beschlüsse von 1852 rundweg abgelehnt wurde.⁸⁴

Da von seiten der Staatsregierung in der Auswanderungsfrage nichts mehr zu erwarten war, blieb als einziger Weg zur Beeinflussung der Auswanderung die Privatinitiative übrig. So rege sie sich, vor allem in den Auswanderungsvereinen und sonstigen Hilfsorganisationen in diesen Jahren bestätigte, so wenig konnte sie einen ausreichenden Ersatz für das mangelnde staatliche Eingreifen bilden; schon das Mißverhältnis zwischen der Größe der Aufgabe und den zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln schloß dies aus. Immerhin konnten diese Organisationen wenigstens behelfsweise auf dem kulturpolitischen Gebiete und in der Auswandererbetreuung manches leisten, freilich nur unter der Voraussetzung, daß sie von staatlicher Seite genügend gefördert wurden.

Am weitesten hatte seine Ziele der Berliner "Verein zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation", die bedeutendste Vereinigung dieser Art, gesteckt.⁸⁵ Er wollte ursprünglich die Auswanderung für die "Erhöhung des Nationalreichtums und zur Ausbreitung der deutschen Nationalität" nutzbar machen. Die Auswanderer sollten bei der Wahl des Ziellandes beraten, vor Betrügereien bewahrt und möglichst schon vor der Ausreise als Siedlungsgemeinden organisiert werden; des weiteren sollte "durch nachhaltigen Zuzug die Aufrechterhaltung deutscher Nationalität, gleichviel unter welcher Oberhoheit, ermöglicht" werden. Zwar sei dies eigentlich Aufgabe der Regierungen, denen nicht nur die meisten Mittel zu Gebote stünden, sondern die auch durch ihr eigenes Interesse auf die zweckmäßige Organisation der Auswanderung hingewiesen seien; aber die politischen Verhältnisse ließen noch auf lange Zeit hinaus von dieser Seite keine Hilfe erwarten. "Sollen

84 Acta G.St.A. Berlin. A.A. III. Rep. 1. Auswanderung außer Europa Nr. 11, Vol. 11.

85 Zum folgenden: Acta G.St.A. Berlin Acc. 168/32 Kont. Nr. 45 I Heft b.If. Nr. 92 (M.D.I. Auswand. Nr. 115, Vol. 1, 2). Vgl. auch o. S. 224 f und Anmerkung 51. Der Frankfurter "Nationalverein" (vgl. o. S. 196 f.), der die gleichen Ziele wie der Berliner Verein vertrat, verlor nach 1848/49 rasch an Bedeutung und scheint bereits 1850 seine Tätigkeit ganz eingestellt zu haben (*Philippovich*, S. 215 ff.).

nicht unzählige Kräfte zwecklos vergeudet werden, so bleibt nichts übrig, als der eigenen Kraft und Tätigkeit zu vertrauen."⁸⁶

Zu Beginn der fünfziger Jahre entfaltete der Verein eine besonders umfangreiche und lebhafte Tätigkeit.⁸⁷ Sie beschränkte sich jedoch fast ausschließlich auf die öffentliche und private Auswandererberatung und mußte bereits 1853 trotz sparsamster Geschäftsführung aus Mangel an Mitteln teilweise eingestellt werden. Ende 1854 war der Verein finanziell am Rande des Ruins. Auf sein dringendes Unterstützungsgesuch an den Innenminister hin wurde der aus den Revolutionsereignissen von 1848 bekannte Generalpolizeidirektor Hinckeldey zu einem Bericht aufgefordert, der überaus günstig ausfiel. Unter anderem wies Hinckeldey darauf hin, daß der Verein sich ein Vertrauen in der Bevölkerung erworben habe, das diese einer direkt vom Staate geschaffenen Behörde niemals entgegengebracht hätte. Seine Tätigkeit sei nicht nur nützlich, sondern notwendig, und es liege unbedingt im Interesse des Staates, den Verein weiter zu fördern. Vielleicht sei es sogar angebracht, seine Funktionen noch zu erweitern und aus ihm langsam eine unter amtlicher Kontrolle stehende Zentralinstanz für Auswanderungsfragen in der Art des englischen Board of Emigration zu machen.⁸⁸

Dieser Vorschlag, der nach Motivierung wie Inhalt gleich bemerkenswert erscheint⁸⁹, fand keinen Anklang. Besonders scharf sprach sich der Finanzminister von Bodelschwingh gegen jede Verbindung des Vereins mit amtlichen Stellen und gegen eine wirksame Unterstützung aus:

86 Berliner Verein an *Manteuffel*, 23.5.1849. In act. G.St.A. Berlin Rep. 77. M.d.I. III C. No. 115. Ausw. Vol. 1.

87 Dazu *A. Zimmermann*, a.a.O., S. 409 f. und *G. Smolka*, Preußen, Deutschland und die Auswanderung, in: Jahrbuch des Reichsverbands für die katholischen Auslandsdeutschen (Berlin 1936), S. 234 ff. Im einzelnen vgl. act. cit. Anm. 85.

88 Zu den Vereinsfinanzen bemerkte der Bericht, es seien dringend 2500 bis 3000 Taler Behilfe nötig, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen; mit weiteren 2000 Talern jährlich werde der Verein in der Lage sein, seine bisherige Tätigkeit in vollem Umfange aufrecht zu erhalten.

89 Nach einer Mitteilung bei *A. Zimmermann*, a.a.O., S. 409 war *Gaebler* eine Zeitlang im Polizeipräsidium beschäftigt. Man möchte eher ihm als *Hinckeldey* die Denkart zutrauen, die aus dem Bericht spricht.

alles, was die Auswanderer in bezug auf Weg und Ziel sicherstelle und die ungünstigen Chancen herabsetze, müsse letztlich die Auswanderung eher fördern als vermindern. Diese – in ihrer Art gleichfalls bemerkenswerte – Begründung wurde in einem Jahre geschrieben, in dem allein die preußische Auswanderungsziffer die Zahl von 32 000 Personen überschritten hatte. Sie entsprach allerdings ganz der Haltung, die Bodelschwingh acht Jahre zuvor als Innenminister eingenommen hatte, als er jedes staatliche Eingreifen als "eine Beförderung der krankhaften Erscheinung des Auswanderns" abgelehnt hatte.⁹⁰ Damit war die Aussicht auf eine gedeihliche Fortsetzung der Wirksamkeit des Vereins und vollends auf seinen Ausbau zu einem halbstaatlichen Organ geschwunden. Er erhielt genau 1000 Taler mit dem Bedeuten, daß "die Schließung seiner Tätigkeit einer immer wiederkehrenden Belastung der Staatskasse vorzuziehen" sei.⁹¹ Schon nach wenigen Monaten mußte er seine Bitte um Unterstützung erneuern; wider Erwarten wurde die Beihilfe bewilligt, aber wieder nur die Hälfte der Summe, die der Innenminister selbst für das notwendige Minimum erklärt hatte. Dazu wurde betont, daß es sich um einen einmaligen Zuschuß handle, während der eingeforderte Bericht des neuen Polizeipräsidenten, der nicht weniger günstig als der seines Vorgängers war, die Notwendigkeit einer festen Subventionierung hervorhob.⁹² Da diese unterblieb, wurde der Verein, nachdem er noch einige Zeit vegetiert hatte, aufgelöst.⁹³

90 Vgl. S. 160.

91 Ein Gesuch des Vereins um Erlaß von 300 Talern Vorschuß, die er zur Abwendung des Schlimmsten dringend erbeten und erhalten hatte, wurde kurzerhand abgelehnt, so daß er nach Begleichung seiner sonstigen Verpflichtungen sofort wieder vor dem Nichts stand. Die Vorstandsmitglieder hatten bereits große persönliche Opfer gebracht; sämtliche Hilfskräfte waren entlassen worden, der Geschäftsführer arbeitete mit kümmerlichster Bezahlung und der Geschäftsgang konnte nur durch unentgeltliche Mitarbeit der Vorstandsmitglieder aufrecht erhalten werden.

92 Dieser Bericht bildete noch einmal, kurz vor dem unvermeidlichen Ende des Vereins, eine glänzende Rechtfertigung seiner Tätigkeit und gab einen ausführlichen Überblick über die bisher geleistete Arbeit. Danach hatte der Verein laufend Material über alle mit der Auswanderung zusammenhängenden Fragen gesammelt; die Quellen bildeten Gesandtschafts- und Konsularberichte, Mitteilun-

Von Schritt zu Schritt war die preußische Regierung, die 1849 das auswanderungspolitische Erbe der Nationalbewegung zu übernehmen gewillt war, zurückgewichen: von dem Plane der Errichtung einer Zentralstelle für alle mit der Auswanderung zusammenhängenden Fragen des nichtösterreichischen Deutschland über die Absicht eines mehr oder weniger weit zu fassenden, vertraglich mit den befreundeten Regierungen zu vereinbarenden Gesetzes zur Regelung der Auswanderung bis zum Gewerbepolizeigesetz von der Heydts 1853. Mehr und mehr hatte sie sich auch von der Hilfskonstruktion des Berliner Vereins distanziert, die von ihren Schöpfern bereits als Notbehelf für den Fall des staatlichen Versagens errichtet worden war.⁹⁴ Die Gründe für das klägliche Scheitern aller dieser Ansätze sind im ersten Falle leichter zu begreifen als im zweiten. Die erforderlichen Mittel für eine halbamtliche Betreuung der Auswanderung waren für den preußischen Staat eine Bagatelle: politische Verwicklungen waren beim Beschreiten dieses Weges ausgeschlossen. So bleibt als Erklärung nur die tiefe Fremdheit des preußischen Staatsapparats gegenüber allem, was nicht seines Geistes war; und sein

gen von Provinzialregierungen und Landratsämtern und die meist periodisch eingesandten Berichte von 65 Korrespondenten, davon 35 in Übersee. Außerdem besaß der Verein eine in dieser Vollständigkeit einmalige Bibliothek zur Auswanderungsfrage. Verwertet wurde dieses Material für Gutachten und Berichte, die von der preußischen Regierung und von Behörden, gelegentlich auch von außerpreußischen Amtsstellen eingeholt wurden. 7793 Anträge auf Auskünfte waren eingegangen, 3312 davon schriftlich beantwortet worden; in 1875 Fällen (11 250 Personen) war von der Auswanderung abgeraten worden, in 1632 (10 103) Fällen mit Erfolg. Außerdem hatten 53 öffentliche Versammlungen mit 63 größeren Vorträgen stattgefunden, von denen 25 gedruckt wurden. Warnungen und aufklärende Mitteilungen waren nach dem Polizeibericht in sehr großer Zahl verteilt worden. Außerdem hob der Bericht hervor, daß diese Zahlen hinter der Wirklichkeit zurückblieben, da erfahrungsgemäß die Auskünfte von Hand zu Hand gingen und da sie vielfach von Lehrern und Geistlichen eingeholt worden seien, die sie für die Beratung von Auswanderungslustigen verwendeten.

93 Wahrscheinlich 1858; jedenfalls sind später keine Spuren seiner Tätigkeit festzustellen. Die Anm. 85 angezogenen Akten reichen zwar in vol. 2 bis 1870, beziehen sich jedoch nach 1858 auf andere Vereinigungen.

94 Vgl. S. 244 ff.

Unbehagen angesichts der Wirklichkeit, die er mit den hergebrachten bürokratischen Rezepten nicht zu bewältigen vermochte und die er deshalb lieber unbewältigt ließ. Der preußische Staat hatte nicht nur die politische Erziehung des deutschen Volkes, die im Zeitalter des nationalen Staates zu leisten war, verabsäumt, er hatte nicht nur den deutschen Auswanderer dadurch hilfloser und zur Unterordnung leichter geneigt gemacht als jeden anderen: er hatte auch die Fähigkeit verloren, die nationalen und sozialen Aufgaben, die durch dieses Versäumnis auf den Staat, der die Vormachtstellung in Deutschland beanspruchte, zurückfielen, aufzugreifen oder wenigstens zu ihrer Lösung mitzuwirken.

So nahm die deutsche Auswanderung nach 1849 ihren Fortgang, regellos und ohne staatliche Lenkung, wie im Vormärz. Sie wuchs in den fünfziger Jahren zu einer Völkerwanderung an, so groß wie irgend eine der großen Wanderungsbewegungen der Geschichte. Was sie für Deutschland, für Europa hätte bedeuten können, war schon im Vormärz von einzelnen erkannt worden, war in den Debatten der Paulskirche ausgesprochen und schließlich von den Großdeutschen und den Verfechtern des Mitteleuropagedankens zum Programm erhoben worden. Verwirklicht konnte dieses Programm nur werden durch einen erneuerten Deutschen Bund. So bildet das Ringen um die Bundesreform den politischen Hintergrund der Geschichte der deutschen Auswanderung von 1849 bis zum Ende des Deutschen Bundes.

DIE FRAGE DER BUNDESREFORM 1848-1866 UND DIE AUSWANDERUNG

Die Paragraphen 2 und 3 des Verfassungsentwurfs der Paulskirche⁹⁵ vom Oktober 1848 wurden und werden nach einer zeitgenössischen Formulierung als die "Frage an Österreich" bezeichnet. In Wirklichkeit waren sie "die Schicksalsfrage nicht bloß an Österreich, sondern an das

95 Vgl. o. S. 203 ff.

deutsche Volk...Der kleindeutsche Bundesstaat ohne Österreich bedeutete den Verzicht auf das Siebzig-Millionen-Reich, die Preisgabe Millionen Deutscher, ihre völkische Entfremdung, die Slawisierung und Madjarisierung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Abwendung Deutschlands von Österreich, das bisher einen guten Teil seiner märkischen Aufgaben und Ausgaben mit der deutschen Volkskraft bestritten hatte, bedeutete die Ablenkung des deutschen Unternehmungsgeistes von den seit Friedrich List viel erörterten wirtschaftlichen Problemen Mitteleuropas, die Abwendung der deutschen Volks- und Arbeitskraft von den reichen und doch menschenarmen Donauländern des Südostens, die Verschiebung der Menschen von Ost nach West und Nord, und letzten Endes die Einschließung Deutschlands mit einem Ring feindlicher Staaten."⁹⁶

Infolge des Scheiterns der deutschen Revolution 1849 war diese Schicksalsfrage in der Schwebe geblieben. Die preußische Unionspolitik hatte sie erneut im kleindeutschen Sinne zu entscheiden versucht. Zwar wollte Radowitz grundsätzlich ebenso wenig wie Gagern jede Verbindung zwischen dem von Preußen geführten Deutschland und Österreich aufgeben; aber noch weniger war er bereit, den von Schwarzenberg geforderten Gesamteintritt Österreichs in den Bund und die Zolleinigung zuzugestehen. Sein engerer deutscher Bundesstaat und Schwarzenbergs Siebzigmillionenreich schlossen einander aus. Durch den Olmützer Kompromiß⁹⁷ wurde die Entscheidung erneut hinausgeschoben. Sie konnte zu diesem Zeitpunkt von keinem der beiden deutschen Rivalen

96 *M. Doeberl/M. Spindler*, a.a.O., S. 205 f.

97 Daß *Olmütz* in Wirklichkeit ein Kompromiß, also weder die "tiefe Demütigung" Preußens noch die "entsetzliche Niederlage" oder "die Katastrophe der preußischen Politik" war, als die sie seit *Sybel* immer wieder hingestellt worden ist, sollte seit *H. von Srbiks* Kapitel über *Olmütz* (a.a.O., S. 56 ff.) auch im deutschen Geschichtsbild sich durchgesetzt haben. In der nichtdeutschen Geschichtsschreibung wurde die "Schmach von Olmütz" fast ausnahmslos als "a statesmanlike compromise" (*R. Mowat*, *The states of Europe 1815-1871*, London 1932, S. 185) aufgefaßt. – Wie Geschichtslegenden von einem Autor zum anderen kritiklos übernommen werden, zeigt *Srbik* besonders eindrucksvoll an einer Olmützer Detailfrage, dem Abrüstungsartikel der Punktation (a.a.O., S. 83).

erzungen werden; nicht nur das fast gänzlich isolierte Preußen war dazu außerstande, sondern auch Österreich, das scheinbar viel stärker dastand. Schwarzenbergs nüchterner Tatsachensinn hatte nie, wie seine Gegner in Frankfurt und Berlin, den europäischen Charakter der Deutschen Frage aus den Augen verloren. Über den Widerstand der Westmächte gegen seinen Mitteleuropaplan glaubte er sich kraft der russischen Rückendeckung hinwegsetzen zu können; aber Rußlands Veto gegen einen Krieg mit Preußen schuf ein unübersteigbares Hindernis. Und selbst, wenn dieses nicht bestanden hätte, war es Schwarzenbergs Überzeugung, daß ein starkes Mitteleuropa nur von Österreich und ganz Deutschland gemeinsam geschaffen und gegen alle seine Feinde gehalten werden könne.⁹⁸ So blieb nur der Verhandlungsweg übrig. Mit ihm aber beschränkt Österreich die Bahn, die aus Deutschland hinaus und von dem deutsch-mitteleuropäischen Großreich Schwarzenbergs hinwegführte.⁹⁹

Das Leitbild der Schwarzenbergschen Politik, das Siebzigmillionenreich zwischen den europäischen Nebenmeeren unter deutscher Führung war schon im Vormärz und in der Paulskirche oft beschworen worden. Als Ordnungsgedanke für die Mitte des Erdteils nahm es jedoch erst durch Schwarzenberg und seinen Handelsminister Bruck konkrete Gestalt an.¹⁰⁰ Die politische Neuformierung Österreichs sollte nach Schwarzenbergs Absicht die führende Stellung der Einheitsmonarchie in dem erneuerten Deutschen Bunde gewährleisten. Auf ganz Deutschland gestützt, mit der zweiten deutschen Großmacht verbunden durch den Willen zur Niederhaltung der revolutionären, liberalen Kräfte, sollte Österreich seine und Deutschlands geschichtliche Sendung im Donauraum erfüllen. Daß sein harter, nur vom Staatsgedanken beseelter Ein-

98 E. Heller, Fürst Felix zu Schwarzenberg (Wien 1933), insbesondere S. 66 ff., 102 ff. und 123 ff.

99 Vgl. den Ausspruch von *der Pfordtens* nach *Olmütz*: "Der Kampf um die Hegemonie in Deutschland ist entschieden, und Österreich hat ihn verloren"; ferner *Beusts* Äußerung über den "Weg von Olmütz nach Königgrätz"; zitiert bei *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 89 und 91.

100 Zu der Frage der Urheberschaft des Siebzigmillionenplanes vgl. abschließend *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 94 ff.

heitswille den Widerspruch der erwachten nationalen Bewegung in Deutschland wie in Mitteleuropa herausforderte, darüber glaubte der hochfeudale Lenker des Kaiserstaates sich hinwegsetzen zu können. Auch blieb ihm der innere Widerspruch unzugänglich, der zwischen seiner unitarischen Politik innerhalb der Monarchie und der uralten, bündischen Struktur Deutschlands und des mitteleuropäischen Raumes klaffte. Seine Konzeption war ein mitteleuropäisches Reich, weder Staat noch Föderation: ein Gebilde sui generis, doppel- oder dreipolig, je nach den gegebenen Notwendigkeiten, mit dem erneuerten Österreich als festem Kern und starker Spitze.

Untermauert sollte diese Schöpfung werden durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß. Daß Österreichs Fernbleiben vom Zollverein auch ein politischer Fehler gewesen war, hatte schon Metternich erkannt.¹⁰¹ Schwarzenberg war entschlossen, ihn wettzumachen. In dem in österreichischen Diensten aufgestiegenen Elberfelder Buchbindersohn Karl Ludwig von Bruck fand er einen Mitarbeiter, der im Geiste Friedrich Lists den Wirtschaftsraum Mitteleuropa schaffen wollte. Durch die Wirtschaft sollten nach seinen Plänen Österreich, Preußen und Deutschland zusammengeschweißt werden: "Das Kapital kennt keine Mainlinie und achtet nicht des politischen Dualismus."¹⁰² Etappenweise sollten die drei vorhandenen großen Wirtschaftsgruppen – der Zollverein, der österreichische Staatsverband und der unter Hannovers Führung stehende Steuerverein – sich vertraglich nähern bis zur Herstellung der völligen Zollunion. Dann werde "Mitteleuropa, im Innern durch keine Mautpfähle mehr gehindert, in keinen altfränkischen Schnürleib mehr eingengt, mit seinen beiden großen Lungenflügeln dem gleichen Herzschlag gehorchen, seine Brust, diese breite Brust Europas, weit ausdehnen und mächtig atmen können." Der Wirtschaftsraum Mitteleuropa werde jedem Rivalen gewachsen sein und zum Mittelpunkt des Weltwarenverkehrs werden; dies werde auch der politischen Zersplitterung des europäischen Herzraumes ein Ende machen und die durch die Umge-

101 *H. v. Srbik*, a.a.O. I, S. 277 ff.

102 *R. Charmatz*, Minister Freiherr von Bruck (Leipzig 1916), S. 230.

staltung der Bundesakte erstrebte politische Einigung durch das Band gemeinsamer materieller Interessen dauernd verbürgen.¹⁰³

In diesen großen politisch-wirtschaftlichen Rahmen gliedert sich die Rolle ein, die der deutschen Auswanderung zugedacht war. Schwarzenbergs Note an die Zentralgewalt vom 21. Januar 1849 hatte das Ziel aufblitzen lassen: die Ablenkung der deutschen Auswanderung von Übersee nach Ungarn und Südosteuropa. Im Sinne Schwarzenbergs und Brucks sollte sie ebenso sehr Mittel zur "Germanisation der Monarchie" wie zur "Pflege und Fortbildung des deutschen Zusammenhangs" sein,¹⁰⁴ beides im Dienste Großösterreichs und zugleich Gesamtdeutschlands. So verstand sie auch der Bayer von der Pfordten, wenn er Anfang 1850 bei den Verhandlungen über das Vierkönigsbündnis für die Aufnahme der meisten Kronländer in den Bund eintrat: "Sie sind die altgeschichtliche Kampfstätte zwischen Deutschtum und Slawentum und dürfen diesem nicht preisgegeben werden. Ungarn und Siebenbürgen sind wichtig als Kolonisationsgebiet, insbesondere für den überbevölkerten deutschen Süden."¹⁰⁵

Welche Wirkung die bloße Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Südwestkolonisation oder einer staatlichen Lenkung der Auswanderung überhaupt auf die Auswanderungsbewegung selbst ausübte, zeigt die Statistik. Der plötzliche Rückgang der Auswanderung in den Jahren 1849-51 ist nicht anders zu erklären als durch die Erwartung, die deutschen Regierungen würden in dieser Frage zum gemeinsamen Handeln kommen.¹⁰⁶ Und der Scheitelpunkt der deutschen Auswanderung überhaupt, die Jahre 1852-54 mit einer Auswanderungsziffer von weit über einer halben Million, fällt kaum zufällig mit dem Zusammenbruch aller Hoffnungen auf eine nationale Regelung der Auswanderung zusammen. Nicht 1849/50, gleich nach dem Scheitern der Nationalbewegung, sondern erst 1852, als der tiefe Gegensatz der beiden deutschen Groß-

103 Vgl. insbesondere die Denkschrift vom 30.05.1850 bei *Charmatz*, a.a.O., S. 177 ff.

104 Aus *Brucks* letzter Denkschrift von 1860; zitiert bei *R. Kaindl*, a.a.O., S. 218 ff.

105 *E. Heller*, a.a.O., S. 82. Vgl. von *der Pfordtens* Denkschrift vom 09.12.1849.

106 Zu diesem Ergebnis gelangt von einem begrenzten Gesichtsfeld aus *H. Rosenthal*, *Die Auswanderung aus Sachsen im 19. Jahrhundert* (Stuttgart 1931), S. 29.

mächte jede wirkliche Lösung der Auswanderungsfrage als aussichtslos erwies, setzt die deutsche Massenflucht nach Übersee mit verstärkter Wucht ein.

Der Plan eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraums fand in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit lebhafte Zustimmung.¹⁰⁷ Aber die von Wien und der süddeutschen Regierungspresse entfaltete Propaganda stieß auf den zähen Widerstand Berlins, das sich in der "Zentralstelle für Presseangelegenheiten" ein wirksames Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung geschaffen hatte. "Wirtschaftseinheit oder Wirtschaftsteilung der Erdteilmittelpunkte wurde ein Politikum Österreichs und Preußens. Der Agitation des einen trat die Agitation des anderen entgegen, und Deutschland trennte sich wie in zwei politische so auch in zwei wirtschaftliche Lager."¹⁰⁸ Noch vor Olmütz konnte Preußen auf der Kasseler Zollvereinskonferenz die von Österreich angestrebte Zollunion hintertreiben; nur die wirtschaftspolitische Annäherung durch einen Handelsvertrag wurde in Aussicht gestellt. Und die in Olmütz vereinbarte Dresdener Konferenz vom 23. Dezember 1850 bis zum 15. Mai 1851 wurde zu einem erbitterten Ringen um die politisch-wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands und Mitteleuropas. Österreich stieß in Preußen auf einen Partner, der volle politische Parität im Bunde forderte, im übrigen aber darauf bestand, "wie bisher so auch ferner die materiellen Interessen außerhalb des Kreises der Bundesangelegenheiten zu halten."¹⁰⁹ Gestützt auf den Grundsatz "freiwilliger Vereinbarung unter den sämtlichen Bundesgliedern", den die Wiener Schlußakte für alle gemeinnützigen Angelegenheiten vorschrieb, konnten die Gegner der Zollunion, zu denen außer Preußen und seiner Klientel auch die Hansestädte und der Steuerverein gehörten, Österreichs wirtschaftspolitische Einigungspläne durchkreuzen. Und ebenso scheiterten alle Pläne einer Revision der Bundesverfassung; Preußen und die Kleinstaaten zogen die Rückkehr zum "alten, mit Fü-

107 Vgl. die von *Srbik*, a.a.O., S. 99 angeführten Pressestimmen und Flugschriften.

108 Ebenda, S. 100.

109 Aus der Instruktion für den preußischen Unterhändler *Rudolf Delbrück*, zitiert bei *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 113.

ßen getretenen, verhöhnten Bundestag" vor, und Schwarzenberg mußte schweren Herzens zustimmen, "weil ein fadenscheiniger, zerrissener Rock noch immer besser ist als gar keiner."¹¹⁰

So endete die Dresdener Konferenz mit einem gänzlichen Fehlschlag der Mitteleuropapläne. Um jeder Wiederholung eines österreichischen Antrags auf den Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund vorzubeugen, machte Preußen in Frankfurt sogar den seinerzeitigen Eintritt seiner nichtdeutschen Landesteile rückgängig. Durch den jähen Tod Schwarzenbergs verlor Österreich überdies den Staatsmann, der als einziger vielleicht imstande gewesen wäre, den Geschicken Deutschlands und Mitteleuropas eine andere Wendung zu geben als jene, die sie in den fünfziger und sechziger Jahren nahmen.¹¹¹ Zwar verblieb noch Bruck, der unermüdlich um den wirtschaftlichen Zusammenschluß Mitteleuropas kämpfte. Der Erfolg blieb ihm jedoch ebenso versagt wie seinem geistesverwandten Vorgänger List, und wie dieser endete er 1860 nach dem Scheitern seiner großen Entwürfe durch eigene Hand. Wohl hatte Bruck aus Dresden als einziges, dürftiges Ergebnis den Entwurf eines Handelsvertrages heimgebracht; aber dieser gehörte mangels jeder Verbindlichkeit zu den "schätzbaren Materialien", die nach Abschluß der Konferenz in den Akten des erneuerten alten Bundestages verschwanden. Die Wiener Konferenzen Anfang 1852, die für 1859 den Eintritt Österreichs in den Zollverein festlegen sollten, verliefen infolge des preußischen Einspruchs und der mangelnden Bereitschaft der Mittelstaaten, den Bruch mit Preußen zu wagen, wieder ergebnislos. Und in der Folgezeit sorgten der preußische Bundestagsabgeordnete Otto von Bismarck und Preußens einstiger Unterhändler in Dresden Delbrück, der im handelspolitischen Ausschuß in Frankfurt wirkte, dafür, daß Brucks Pläne nicht vom Fleck kamen. Das einzige Ergebnis seiner Be-

110 *Schwarzenberg an Prokesch-Osten*, 29.03.1851. Ebenda: "Wir sitzen in Frankfurt, weil ... man von einem Stuhl nicht aufstehen soll, solange nicht ein anderer zu-recht gerückt und gesichert ist, und die Weltgeschichte lehrt, daß man zwischen zwei Stühlen zur Gefährdung und oft zum Schaden der edelsten Körperteile auf den harten Boden gerät" (*Heller*, a.a.O., S. 263 f.).

111 Vgl. in dieser Hinsicht das Urteil *V. Valentins*, a.a.O. II, S. 217; im übrigen ist sein Charakterbild *Schwarzenbergs* nicht sonderlich überzeugend.

mühungen war ein auf zwölf Jahre abgeschlossenes Zollabkommen Anfang 1853, das für 1860 Verhandlungen über eine Zolleinigung oder wenigstens über eine "mögliche Annäherung und Angleichung der beiderseitigen Zolltarife" vorsah. Bruck hatte Österreichs Aufnahme in den Zollverein durchzusetzen versucht. Das vage Versprechen, das er erhielt, zeigte, wie gut die preußischen Politiker verstanden hatten, daß es nicht nur um wirtschaftliche und finanzielle Fragen, sondern um die Grundlagen der Vormachtstellung Preußens in Deutschland ging. Durch den – ohne das satzungsgemäß erforderliche Befragen der Kontrahenten herbeigeführten – Anschluß Hannovers an den Zollverein am 1. Januar 1854 wurde sie weiter ausgebaut: "Wiederholung der Unionspolitik auf dem Gebiete der materiellen Interessen", wie von der Pfordten Preußens Vorgehen treffend charakterisierte.¹¹²

Der wirtschaftlich-politische Zusammenschluß Mitteleuropas war somit auf unbestimmte Zeit vertagt; Preußen hatte seine Wirtschaftsherrschaft in Deutschland fester als zuvor ausgebaut und Sicherungen gegen das von Österreich erstebte Siebzigmillionenreich geschaffen. Nur noch der Deutsche Bund verklammerte Österreich mit Deutschland; und im Bunde hielten zu Österreich vornehmlich die Mittelstaaten, die sich durch Preußens Hegemoniestreben bedroht fühlten. Das Gewicht der materiellen Interessen drängte sie jedoch an die Seite Preußens, das den Zollverein beherrschte, und dadurch war auch ihre politische Bewegungsfreiheit behindert. Für Österreich war das Festhalten am Bunde eine politische Lebensnotwendigkeit, sein Ausbau ein dringendes Bedürfnis. Für Preußen war der Bund nebensächlich, sogar ein Hindernis seines Vormachtstrebens. Die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Führerstellung zur politischen wurde zum Hauptziel der preußischen Politik. Eine Voraussetzung dafür war, daß Österreich aus dem wirtschaftlichen Machtbereiche Preußens herausgehalten wurde; eine weitere, daß Rußland, an dessen Zusammengehen mit Österreich die Unionspolitik gescheitert war, auf Preußens Seite trat.

Schon in Dresden hatte Manteuffel den Argwohn Rußlands gegen Schwarzenbergs Plan des Siebzigmillionenreiches zu wecken verstanden

112 Zitiert von *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 191.

und dadurch Österreichs wirtschaftliche und politische Ziele durchkreuzt. Der Krimkrieg brachte die außenpolitische Wendung, deren Preußen zur Errichtung seiner Hegemonie in Deutschland bedurfte. Österreich war gezwungen, gegen Rußlands Vordringen am Balkan um seiner Selbsterhaltung willen Front zu machen: die Unvereinbarkeit der machtpolitischen Ziele der beiden Großmächte siegte über die Gemeinsamkeit der antirevolutionären Tendenzen. Offen trat dabei zutage, daß ein deutsch-mitteleuropäischer Block, der die geschichtliche Kolonisations- und Expansionspolitik Österreichs zu seiner Sache machte, Rußlands historischem Drang nach den Meerengen ein unüberwindliches Hindernis entgegensetzen würde. Deshalb, nicht nur aus Erbitterung über den "Dank vom Hause Habsburg", stand die östliche Großmacht fortan im Lager Preußens. Die Verhinderung der Bundesreform und der großdeutsch-österreichischen Mitteleuropapläne wurde ihr gemeinsames Ziel.¹¹³

Niemand sah dies schärfer und handelte folgerichtiger danach als der preußische Gesandte in Frankfurt.¹¹⁴ Daß Österreichs Bemühen um eine engere Verbindung mit Deutschland "der Ausdruck der dem Kaiserstaat ... für die Dauer natürlichen Aufgaben und Bestrebungen" sei, erkannte Bismarck ebenso klar wie die Tatsache, daß "Preußens Interessen mit diesen Bestrebungen nicht verträglich" seien. Er zog die Folgerung aus seiner Einsicht, daß "die Lage Preußens besser wäre, wenn der

113 "Heute, nachdem Rußland Weltkrieg und Weltrevolution entfesselt hat, beginnt sich ganz leise der Zweifel zu regen, ob es für Europa und auch für Deutschland nicht besser gewesen wäre, wenn 1854/55 die Partei der Westmächte in Berlin gesiegt hätte" (*K. Wirth, Der großdeutsche und mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938, Würzburg 1938*). – Daß der Zweifel sich schon im Krimkrieg und in den folgenden Jahren recht vernehmlich regte, zeigen zahlreiche publizistische Stimmen; sogar, daß manche voraussahen, ein kleindeutsches Reich werde dereinst wohl oder übel die Hypothek des russischen Hasses gegen Österreich übernehmen müssen.

114 Vgl. die berühmte Darstellung der politischen Situation und der daraus für Preußens Politik sich ergebenden Folgerungen in dem Bericht vom 26.04.1856, in: *Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe), Bd. 2, S. 141 ff.*

Deutsche Bund gar nicht existierte,¹¹⁵ indem er sich nach Kräften bemühte, jede Anregung zur Neubelebung des Bundes zu Fall zu bringen. Besonders eifersüchtig wachte er darüber, daß die preußische Wirtschaftshegemonie nicht durch Bundesmaßnahmen beeinträchtigt wurde. Die Rücksichtslosigkeit, mit der er den Grundsatz befolgte, es gebe "nichts Deutscheres als die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen", führte sogar dazu, daß Österreich die Majorität im Bundestage wiedergewann, die es durch seine wenig geschickte deutsche Politik während des Krimkrieges verloren hatte. Als Otto von Bismarck 1859 auf Drängen Österreichs und der meisten Bundesstaaten aus Frankfurt abberufen wurde, war man sich in Deutschland darüber klar, daß dieser Mann "eines der stärksten Hindernisse einer Kräftigung der Bundesgewalt war."¹¹⁶

Das Verlangen danach, nach einer Reform des Deutschen Bundes, war nach der Ermattung, die auf die gescheiterten Versuche der frühen fünfziger Jahre gefolgt war, von neuem erwacht. Die durch den Zwiespalt der beiden deutschen Großmächte verursachte Schwäche der europäischen Mitte war in dem großen Ringen Rußlands mit den Westmächten allzu deutlich offenbar geworden. In der Presse und in den Landtagen des Dritten Deutschland fand die Kritik am Bunde in seiner gegenwärtigen Form lebhaften Ausdruck. Die mittelstaatlichen Regierungen verschlossen sich umso weniger der Notwendigkeit von Reformen, als ihr traditioneller Rückhalt an der Kaisermacht durch ihre Weigerung, sich in den Dienst der österreichischen Sonderstaatspolitik zwingen zu lassen, zunächst verloren gegangen war. Eine Belebung und Erneuerung des Bundes ohne eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik aber hatte sich seit 1849 als unmöglich erwiesen. Österreichs Zustimmung dazu war gewiß, zumal seitdem Bruck 1855 als Leiter der Finanzen ins Ministerium zurückgekehrt war. Die Wirtschaftskrise von 1857 verstärkte freilich in Österreich die Front seiner industriellen Gegner¹¹⁷,

115 Denkschrift vom März 1858, a.a.O., Bd. 2, S. 311.

116 *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 203.

117 *H. Rosenberg*, *Die Weltwirtschaftskrisis 1857* (Stuttgart 1934); zitiert von *H. v. Srbik*, a.a.O. II, S. 199.

konnte ihn jedoch von seinem Ziele des mitteleuropäischen Wirtschaftsgroßraums nicht abbringen. Preußen hingegen leistete zähen Widerstand gegen alle Versuche, sich aus der führenden Stellung auf diesem Felde verdrängen zu lassen; und so war das Ergebnis nur eine weitere Verschärfung des Gegensatzes der beiden deutschen Großmächte.

In diesen mittelstaatlichen Bemühungen um die Belebung des Bundes trat auch die Auswanderungsfrage noch einmal ins politische Blick-

feld. Mit der oktroyierten Verfassung vom März 1849 hatte in Österreich eine zentralisierende Politik eingesetzt, zu deren Durchführung die Verstärkung des deutschen Elements in den Kronländern unerläßlich war. Daß diese auch im Interesse Deutschlands liege, betonten in den frühen fünfziger Jahren neben vielen anderen auch namhafte deutsche Publizisten wie Paul de Lagarde, Friedrich Theodor Vischer, Viktor Aimé Huber, Lorenz von Stein und Constantin Frantz¹¹⁸. Überdies rückte der Krimkrieg die Donaumündungen und die Orientalische Frage in den Brennpunkt des Interesses. Brucks Südostpläne fanden weit über Österreich hinaus Widerhall: so verschieden geartete Geister wie Ranke, Lassalle und der Kreis um die Münchener "Historisch-Politischen Blätter" stimmten ihnen zu, und Monarchen wie Friedrich Wilhelm IV. und Max von Bayern waren sich über Deutschlands Interesse an der unteren Donau einig.¹¹⁹ Die Aufforderung Österreichs und Preußens an den Deutschen Bund vom 24.05.1854, sich ihrem Vorgehen anzuschließen, wurde ausdrücklich mit den deutschen Interessen im unteren Donauraum begründet: "... nicht nur würden (durch Rußlands Verbleiben) die bestehenden politischen Machtverhältnisse in einer für ganz Deutschland nachteiligen Weise bedroht, sondern auch die natürliche Entwicklung seiner materiellen Wohlfahrt in empfindlichster Weise beeinträchtigt werden".¹²⁰ Durch den Kriegsausgang wurde Österreich zum Rückzug

118 Vgl. die Stimmen bei *R. Kaindl*, a.a.O., S. 220 ff.; ferner *W. Rapp*, Friedrich Theodor Vischer und die Politik (Tübingen 1911), S. 84 f.

119 *Chr. Friese*, Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum Polnischen Aufstand (Berlin 1931), S. 66.

120 *Ebenda*. *Bismarck* hatte sich vergebens um eine Änderung der Begründung bemüht. Schon damals erschien ihm der Balkan, von seiner Westhälfte abgesehen, nicht "die Knochen eines pommerschen Musketiers" wert; eine Ansicht, die nach

aus den Donaufürstentümern genötigt. Aber die grundsätzliche Frage der Richtung der deutschen Auswanderung war von neuem aufgeworfen, und sie erhielt durch das gewaltige Anschwellen der Auswanderung in den Jahren seit 1852 ein verstärktes Gewicht. Aus dieser Situation ergab sich der letzte große Versuch, die Auswanderung als Nationalangelegenheit aufzugreifen und zu regeln.

Er ging von Bayern aus. Die bayerische Politik war in den fünfziger Jahren stärker als die der übrigen Mittelstaaten daran interessiert, den Deutschen Bund durch Zuweisung konkreter Aufgaben zu einem funktionsfähigen Organ des gesamtdeutschen Lebens zu entwickeln. Seit seinem Wiederausammentritt 1851 hatte sich der Bundestag schon einige Male mit Anträgen zu Detailfragen der Auswanderung befaßt. So hatte das Großherzogtum Hessen 1853 gemeinsame Maßregeln von Bundes wegen zur Verhütung der heimlichen Auswanderung von Soldaten und Militärflichtigen angeregt.¹²¹ 1855 hatte Württemberg die Anstellung gemeinsamer Auswanderungsagenten in mehreren Seehäfen vorgeschlagen,¹²² und am 3. Januar 1856 kam der Bundestag zu dem Ergebnis, es werde "notwendig sein, in der nächsten Session der gesetzgebenden Versammlung eine Maßregel zu treffen, um dem zu großen Zuströmen hilfloser Deutscher vorzubeugen."

Der bayerische Antrag vom 21. Februar 1856 packte die Auswanderungsfrage als Ganzes an.¹²³ Er bezog sich auf die dem Bundestage bereits bekannten Mißstände und erklärte, sie seien ein Beweis für die Notwendigkeit einer "Organisation der Auswanderung ... im allgemeinen wie im Interesse der Auswanderer selbst. Es käme dabei darauf an, dieselbe nach Gegenden zu leiten, wo die Auswanderer nicht der Spekula-

der Rolle des Balkans in den beiden Weltkriegen kaum stichhaltig erscheinen dürfte.

121 Protokolle 1853, S. 364. Der Antrag war noch unerledigt, als er durch den umfassenderen bayerischen, der auch diesen Punkt einschloß, überholt wurde.

122 Veranlassung dazu könnte eine britische Note vom Februar 1855 gewesen sein, die über den schlechten Zustand von 422 in Kanada im Oktober 1854 gelandeten Auswanderern Beschwerde führte. Am 29.12. folgte eine ähnliche Beschwerde über 90 Einwanderer aus Württemberg. S. *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 3.

123 Protokolle 1856, § 70. Vgl. dazu auch *Leibbrandt/Dickmann*, a.a.O., S. 4 ff.

tion und dem Zufalle preisgegeben wären, sondern Aussicht auf eine sichere Existenz gewannen, wo sie ferner die Möglichkeit hätten, ihr Deutschtum zu bewahren, und mit dem Vaterlande in politischer und kommerzieller Beziehung zu bleiben, welches für beide Teile von Vorteil sein müßte. In dieser Beziehung wären wohl die Donauländer vor allem in das Auge zu fassen, und zwar nicht bloß Ungarn, sondern nach erfolgter Wiederherstellung des Friedens und der Sicherung der Rechte der Christen in der europäischen Türkei auch die Donaufürstentümer und die angrenzenden türkischen Provinzen; bei der in zweiter Linie in Betracht zu ziehenden Auswanderung nach überseeischen Ländern aber möchten außer den nordamerikanischen auch andere für Ansiedlung von Europäern geeignete Staaten wie z. B. Rio Grande und Gebiete in Mittelamerika in das Auge zu fassen sein. Ehe indessen in dieser Beziehung bestimmte Anträge gestellt werden können, wäre vor allem die Kenntnis der zur Zeit in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Gesetze und Verordnungen über die Auswanderung erforderlich, und, um diese zu erlangen, zunächst an die einzelnen Regierungen das Ersuchen um geeignete Mitteilung des gedachten Materials zu stellen. Sodann aber möchte ein Ausschuß mit dem Auftrage niederzusetzen sein, aus den eingehenden Mitteilungen eine Zusammenstellung anzufertigen, auf welche sich Vorschläge über gemeinschaftliche Maßregeln gründen ließen." – Unter den Punkten, denen der Ausschuß seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden sollte, hob der bayerische Antrag außer der Fürsorge für die Auswanderer in den Einschiffungshäfen hervor "die Hinleitung der Auswanderung nach geeigneten Ländern, in welchen die Auswanderer eine sichere Existenz finden und für ihre Nationalität und den Zusammenhang mit Deutschland nicht verloren gehen; endlich die Aufstellung von diplomatischen oder konsularischen Agenten in jenen Ländern, bei denen die Auswanderer Rat, Schutz und Vertretung finden könnten."

Als Versuch, zu einer Gesamtregelung der deutschen Auswanderung zu kommen, ragt dieser Antrag weit über alles hinaus, was vorher oder nachher von einem deutschen Staate unternommen wurde: "... als erstes – und, wäre diesem Urteil hinzuzufügen: einziges – Regierungsdoku-

ment zur Auswanderungsfrage zeigte (er) weltpolitischen Horizont."¹²⁴ Dabei lagen seine Anregungen durchaus im Rahmen des praktisch Möglichen. Er trug der Tatsache der Überseewanderung Rechnung und unternahm nicht den aussichtslosen Versuch, die Nordamerikawanderung zu beschränken, lenkte jedoch die Aufmerksamkeit auf die lateinamerikanischen Länder, die für die deutsche Einwanderung besonders geeignet waren. Andererseits wurde das nationale Interesse an der Südostwanderung hervorgehoben; und die Betonung der Donaufürstentümer und der europäischen Türkei überhaupt schloß den Argwohn aus, daß diese Richtung der deutschen Auswanderung vorwiegend Österreich zugute kommen solle.¹²⁵ Die Ausarbeitung eines eingehenden Planes wie die Schaffung der für seine Ausführungen notwendigen Organe wies

124 E. Schnitzer, *Der Nationalgedanke und die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts* (Dresden 1935), S. 45. – Diese Leipziger Dissertation hat als einzige auswanderungsgeschichtliche Arbeit die politische Bedeutung des Antrags, der überall sonst höchstens beiläufig erwähnt wird, erfaßt. Der Verfasser übersieht allerdings ganz den deutlichen Akzent, der auf die Südostrichtung der deutschen Auswanderung gelegt wird; er unterlegt dem Antrag unzutreffenderweise sogar das "große nationale Ziel einer deutschen Kolonisation in Übersee", die in dem oben zitierten Text ausdrücklich "in zweiter Linie" genannt wird.

125 Vgl. dazu den Bericht des bereits erwähnten preußischen Generalresidenten in Mittelamerika, Hesse, an *Schleinitz* über ein Gespräch mit König *Max von Bayern* am 28. Januar 1859, das zugleich von dem regen persönlichen Interesse des Königs an der Auswanderungsfrage zeugt. Er fragte den Diplomaten nach der Möglichkeit einer deutschen Kolonialgründung in Costa Rica aus, die Hesse mit einem Hinweis auf Nordamerika als das "einzige wahre Kolonisationsland" verneinte. "Als der König den Vorschlag eines andern seinen Staaten näher gelegenen Landes verlangte, habe ich die Donaufürstentümer und Ungarn genannt. In Bezug auf Ungarn machte S.M. der König die scharfbetonte Bemerkung, daß **das auf eine Bevorzugung Österreichs hinauslaufe, die keineswegs in seiner Absicht liege.** (Unterstreichung im Text.) Dagegen halte er die Donaufürstentümer für sehr empfehlenswert als Auswanderungsland und habe in diesem Sinne schon lange mit S.M. dem König von Preußen sich im erfolglosen Briefwechsel befunden, um gemeinsame Schritte anzubahnen. ... Ich habe S.M. von lebhaftem Interesse für die Sache erfüllt und sehr wohl unterrichtet gefunden" (Acta G.St.A. Berlin A.A. III Rep. I Ausw. außer Eur. Nr. 14 Vol. 1).

der Antrag dem Bunde zu. Der Mitwirkung der Einzelstaaten war somit jede Freiheit belassen, und wenn die erstrebte Regelung gelang, mußte sie dem Ansehen des Bundes zugute kommen. Der Bundestag nahm denn auch diese Gelegenheit wahr, eine gesamtdeutsche Frage aufzugreifen. Schon am 28. Februar wurde ein Auswanderungsausschuß gebildet, in dem Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg und die freien Städte vertreten waren; und am 3. April beschloß die Bundesversammlung auf seinen Antrag, die Einzelregierungen um Mitteilung ihrer Gesetze und Verordnungen über die Auswanderung zu ersuchen und die eingehenden Mitteilungen dem Ausschuß als Material zu überweisen.¹²⁶

Damit war die Angelegenheit – allerdings unvermeidlich – in das Getriebe der deutschen Politik geraten, das zur Sabotage genügend Gelegenheit bot. Erst am 1. Juli 1858 war der bayerische Gesandte von Schrenck als Berichterstatter des Ausschusses in der Lage, auf Grund der eingegangenen Materialien der Bundesversammlung präzise Anträge vorzulegen.¹²⁷ Sie blieben beträchtlich hinter dem zurück, was der bayerische Antrag ursprünglich bezweckt hatte. Von einer einheitlichen Organisation der Auswanderung war darin ebenso wenig die Rede wie von ihrer gemeinsamen Lenkung oder der Ernennung eigener diplomatischer oder konsularischer Vertreter des Bundes zur Betreuung der Deutschen in den Einwanderungsländern. Hingegen wurde vorgeschlagen, die Staatsregierungen sollten ihre Vertreter in den europäischen Auswanderungshäfen anweisen, im Bedarfsfalle auch den Angehörigen anderer deutscher Staaten beizustehen, der Behandlung der Auswanderer überhaupt besondere Aufmerksamkeit zu schenken und gegebenenfalls zweckmäßige Maßnahmen anzuregen. Daß das Ziel der Südostwanderung noch im Blickfeld stand, zeigt der Vorschlag, die Regierungen sollten über ihre in Konstantinopel akkreditierten Gesandten "nähere Erkundigungen über die auf Förderung von Einwanderungen gerichteten Absichten der Ottomanischen Pforte und über die Anrätlichkeit der Auswanderung Deutscher nach Gebieten des türkischen Reiches einziehen" lassen und das Ergebnis mitteilen. Ähnliche Erkun-

126 Protokolle 1856, §§ 84 und 115.

127 Ebenda 1858, § 289 mit Anlagen.

digungen sollten über die Lage der deutschen Bevölkerung in den Weststaaten der Union und über "das allenfallsige Bedürfnis der Unterstützung von Bestrebungen derselben für Kirche und Schule" eingeholt werden;¹²⁸ ferner über die Zweckmäßigkeit der Förderung der deutschen Auswanderung nach Rio Grande do Sul, nach Argentinien und nach der chilenischen Provinz Valdivia. Im übrigen enthielten die Anträge des Ausschusses Bestimmungen über den Schutz der Auswanderer gegen Übervorteilung durch Auswanderungsagenten und in den Auswanderungshäfen. Gegen diese Bestimmungen über den Auswanderertransport richteten sich die meisten einzelstaatlichen Einwände gegen die Ausschlußanträge; zum Teil offenbar deswegen, weil sie als Eingriff in die staatliche Souveränität empfunden wurden; anderenteils, weil man fürchtete, daß eine sehr straffe polizeiliche Beaufsichtigung im Bundesgebiet den auswärtigen Häfen Vorteile verschaffen könne. Aus dem gleichen Grunde wies der Hamburgische Senat sogar ausdrücklich darauf hin, daß für ein Bundesgesetz dieser Art Einstimmigkeit erforderlich sei; er war also entschlossen, es zu Fall zu bringen, falls die Reedereiinteressen nicht durch eine mildere Fassung der polizeilichen Bestimmungen berücksichtigt würden.

Die übrigen Vorschläge fanden meist, obschon mit Einschränkungen, Zustimmung. Der österreichische Gesandte betonte, daß seine Regierung die Auswanderung nicht hindere, aber auch nicht fördere, "da innerhalb des eigenen Gebiets noch Raum genug zur Ausbreitung der Bevölkerung und zu fremder Einwanderung sich vorfindet. ... Von dem oben bezeichneten Standpunkt ausgehend, beabsichtigt die K. K. Regierung ein Kolonisationsgesetz zur Erleichterung der Ansiedlung in den österreichischen Kronländern zu erlassen." Württemberg erklärte, keinerlei Einfluß auf die Richtung der Auswanderung ausüben zu wollen; zudem habe die Kgl. Regierung "gegen das in die Wahl der Ansiedlungsgebiete eingestreute Moment der Nationalität das Bedenken, daß dieses Motiv gerade bei denjenigen Personen kaum zutreffen wird, welche sich

128 In Gegenden mit starker deutscher Bevölkerung sollte durch "Entsendung von Elementen höherer Bildung" das deutsche Kirchen- und Schulwesen gefördert werden (Protokolle 1858, § 289, S. 721).

expatriieren, und daß überhaupt die Erfahrung aller Zeiten lehrt, wie bei Auswanderern und bei Kolonien die Anhänglichkeit an die Heimat und das ursprüngliche Nationalgefühl erkalten." Braunschweig und Nassau erhoben Bedenken gegen die Absicht, Erkundigungen über das deutsche Kirchen- und Schulwesen in Nordamerika einzuziehen, "indem durch dieselben schwerlich zu erfüllende Erwartungen der Auswanderer auf Unterstützung aus staatlichen Mitteln des früheren Heimatlandes würden erregt werden." Der Vertreter des Großherzogtums Hessen hingegen gab der besonderen Genugtuung seiner Regierung über die Initiative des Bundes in dieser Frage Ausdruck, in der "etwas Zweckentsprechendes ... nur durch das Zusammenwirken aller Bundesregierungen erreicht werden könne."¹²⁹

Am bemerkenswertesten war die Stellungnahme Sachsens, die am 16. Dezember dem Bundestage zuzuging.¹³⁰ Sie sprach sich in schroffem Gegensatz zu dem ursprünglich bayerischen Antrag von 1856 gegen jede Lenkung der Auswanderung durch den Bund aus, da "die Zeit, wo man von Staats wegen eine Leitung der Auswanderer hätte in die Hand nehmen können, längst und unwiederbringlich vorüber" sei. Dazu sei nur ein Land in der Lage, das Kolonien und eine Kriegsflotte habe und eine "traditionelle, sichere, einheitliche Handelspolitik, also die Erfordernisse, die uns abgehen." Dagegen begrüßte Sachsen es ausdrücklich, daß die Bundesversammlung mit "einer so wichtigen und nationalen Angelegenheit" wie der Auswanderung sich eingehend befasse: "Die Auswanderung greift in die politischen wie in die volkswirtschaftlichen Verhältnisse tief ein und übt von Amerika aus Rückwirkungen auf Deutschland. Diese aber sind noch in ihren Anfängen und werden sich mit jedem ferneren Jahre steigern. Aber auch jetzt schon ist ihr Einfluß mächtig, nicht bloß auf die Gemüter, sondern auch auf Deutschlands Gewerbe, Handel und Wohlstand überhaupt." Zu hemmen sei die Auswanderung nicht

129 Protokolle 1858, § 491, Anlagen.

130 Ebenda, § 477, Anlage. Einleitend wird unterstrichen, daß die Denkschrift "mit Zugrundelegung der Ansichten eines durch ausgebreitetes Wissen auf dem wirtschaftlichen Gebiet und praktische Kenntnisse der in und außer Europa rücksichtlich der Auswanderung bestehenden Zustände verfaßt" sei.

mehr. Als geeignete Einwanderungsländer wurden Nordamerika und die Laplataländer besonders empfohlen, wo "an dem Vorhandensein der Bedingungen für ein möglichst ungemischtes Zusammenwohnen der in diese Gegenden einwandernden Deutschen, – worauf es bei der Sicherstellung ihres nationalen Zusammenhangs unter sich und indirekt mit Deutschland hauptsächlich abgesehen sein muß", nicht zu zweifeln sei.

Besonderen Nachdruck legte die sächsische Denkschrift auf die Vorschläge des Ausschusses, die auf die Pflege dieses Zusammengehörigkeitsbewußtseins abzielten. "Die Anhänglichkeit an das alte Vaterland geht nur bei sehr wenigen Auswanderern verloren und bei allen würde sie stärker sein, wenn Deutschland als Gesamtheit ihnen auch in der Ferne näher gerückt bliebe. Was sie schwer beklagen, das ist der völlige Mangel an einer einheitlichen Vertretung der deutschen Bundesstaaten im Auslande. Die Beschwerde darüber wurzelt im nationalen Gefühl und im nationalen Bedürfnis; sie ist sehr häufig von Schärfe und Bitterkeit begleitet und macht sich, man kann wohl sagen täglich, in der deutsch-amerikanischen Presse Luft. ... In Mexiko, wo so viele gewichtige deutsche Interessen auf dem Spiele stehen, befindet sich jetzt schon seit längerer Zeit nicht ein einziger diplomatischer Vertreter eines deutschen Staates! In den Handelstabellen der fremden Völker wird nicht einmal der Zollverein, geschweige denn der Deutsche Bund als ein Ganzes geführt; man kennt lediglich Hanse towns, kaum Österreich und Preußen, die gewöhnlich ihren Platz hinter Haiti und den Sandwichs-Inseln erhalten. ... Im Hinblick auf diese Verhältnisse hat der Bund eine große und dankbare Aufgabe vor sich. Der Vorschlag des Ausschusses trifft das Richtige, wenn er darauf hindeutet, daß eventuell "in Erwägung zu ziehen sei, ob nicht von seiten des Bundes in jenen Ländern gemeinschaftliche Agenten aufzustellen seien." Er sollte weitergehen und wenigstens Bundeskonsulate empfehlen.

Am 23. Dezember 1858 stimmte der Bundestag über die Auswanderungsanträge vom 1. Juli ab. Das Ergebnis war die Überweisung der Voten der Einzelregierungen an den Auswanderungsausschuß mit der Maßgabe, "die darin kundgegebenen Wünsche und vorgeschlagenen Abänderungen bei der Vorlage eines anderweitigen Beschlußentwurfs nach

Tunlichkeit zu berücksichtigen."¹³¹ Etwas anderes war schon deshalb nicht möglich, weil neben Kurhessen, Holstein und Luxemburg die Großmacht Preußen ihr mangelndes Interesse dadurch bekundet hatte, daß sie ihren Gesandten ohne Instruktion ließ. Als sie sich auf eine erneute Bitte des Ausschußvorsitzenden – ein volles Jahr nach dem Ausschußantrag – endlich zu einer Antwort bequeme, war der Inhalt eine glatte Absage. Die gewerbepolizeilichen Beschlüsse des Antrags liefen, so wurde erklärt, auf "Maßnahmen hinaus, welchen die in den Königlich Preußischen Staaten in der betreffenden Hinsicht bestehenden Vorschriften entsprechen, soweit dies im Wege der inneren Gesetzgebung tunlich ist. ... In Hinsicht auf die anderweitigen Anträge, welche wesentlich eine Fürsorge für die Auswanderer bezwecken, kann sich die Königliche Regierung auf Grund der bisher bei systematischen Kolonisationen gemachten Erfahrungen der Überzeugung nicht verschließen, daß eine derartige Einwirkung auf das Auswanderungswesen Verbindlichkeiten auferlegt und eine Verantwortung hervorrufen könnte, welche die Königliche Regierung zu übernehmen Bedenken tragen muß. Indem sie vielmehr der Ansicht ist, daß auf diesem Gebiet dem freien Verkehr und der selbständigen Entwicklung Raum zu gewähren sei, wird sie gleichwohl ferner fortfahren, durch ihre diplomatischen und konsularischen Agenten die deutschen Auswanderer in ihren Interessen in dem Maße zu schützen, wie dies bisher schon geschehen ist."¹³²

Aus dem aufrüttelnden Metanoeite des bayerischen Antrags vom 21. Februar 1856 war auf diese Weise nach mehr als drei Jahren ein selbstgefälliger Vorsatz zu einem weiteren ehrbaren Lebenswandel geworden. Es bedurfte nicht einmal des obligaten Begräbnisses des Antrags in den Akten des Bundestages, um zu beweisen, was dieser Vorsatz wert war; ein Menschenalter voller enttäuschter Hoffnungen hatte es dem deutschen Volke und seinen Auswanderern zur Genüge gezeigt. Es war nicht nur das mangelnde unmittelbare Interesse der einzelstaatlichen Regierungen, das ihre auswanderungspolitische Sterilität verursacht hatte. Mindestens seit der Mitte der vierziger Jahre gab es keine deutsche Re-

131 Protokolle 1858, § 491.

132 Protokolle 1859, § 222.

gierung, von einigen Zwergstaaten abgesehen, die sich mit gutem Gewissen als von der Auswanderung "nicht betroffen" erklären konnte. Es war aber nicht das Fehlen einer überstaatlichen Instanz, noch gar der Mangel an Machtmitteln, an einer Flotte vor allem, das jede, noch so bescheidene Lösung vereitelte. Das alles waren Ausflüchte, die schon von klar blickenden Zeitgenossen als solche erkannt wurden. Auch das Deutschland des Deutschen Bundes besaß, auch und gerade nach 1848, genug Möglichkeiten, die deutsche Auswanderung zu einem politischen Aktivposten zu machen. Wenn alle dahin gehenden Vorschläge und Ansätze scheiterten, dann gab es dafür nur eine ausschlaggebende Ursache. Wie alles andere, wie die Frage einer leistungsfähigen Bundesexekutive, wie die Frage der Zoll- und Wirtschaftseinheit, war die gesamtdeutsche Regelung der Auswanderung zu einem Politikum geworden: zum Einsatz in dem Kampf der beiden rivalisierenden deutschen Großmächte um die Vorherrschaft in Deutschland.

Daß Preußen an der Sache, an einer Regelung der Auswanderung im Interesse der ganzen deutschen Nation, nichts lag, daß sie für die preußische Regierung trotz der zunehmenden Auswanderung aus Preußen selbst nur propagandistische Bedeutung hatte, hatten die Jahre nach 1848 gezeigt. Im Falle Österreichs lagen die Dinge anders. Es gab keine nennenswerte Auswanderung aus der Monarchie; aber Österreich war an der deutschen Auswanderung vital interessiert. Seine Staatspolitik in der zentralistischen Ära nach 1849¹³³ mußte auf die Stärkung des deut-

133 Der Zentralismus blieb auch nach der Aufhebung der oktroyierten Verfassung vom 4. März 1849 durch den kaiserlichen Erlaß vom 31.12.1851 bis zur Oktoberverfassung von 1860 bestehen. Diese Rückkehr zum gemäßigten Dualismus des Vormärzes läßt sich wohl nur mit starken Vorbehalten als "föderalistische" Wendung charakterisieren, denn im transleithanischen Reichsteil blieben die Minderheiten ohne politische Vertretung. Eben deshalb versagten die Ungarn dem "zentralistischen" Februarpatent von 1861 die Gefolgschaft, weil es eine Gesamtvertretung schuf, an der alle Nationalitäten der Monarchie Anteil haben sollten. Die formalen Kategorien decken sich in beiden Fällen nicht mit dem konkreten Sachverhalt. So viel zu *R. Kaindl*, a.a.O., S. 225 f., der m.E. zu wenig den sonderstaatlichen Egoismus der ungarischen Politik herausstellt. Dadurch, daß dieser in und nach der Katastrophe von 1866 unter *Bismarcks* bewußter Förderung in der

schen Elements durch Einwanderung aus dem Reiche bedacht sein und blieb auch im Falle eines innenpolitischen Kurswechsels darauf angewiesen: zur Entwicklung seiner Wirtschaftskräfte und zur Erfüllung seiner politisch kulturellen Sendung im Südosten.¹³⁴ Aber es benötigte dazu die Zustimmung Deutschlands und Preußens; und wenn das Dritte Deutschland sie zu geben bereit war, wie der bayerische Antrag von 1856 bewies, so genügte die preußische Obstruktion in Frankfurt, um jede – im Sinne Deutschlands wie Österreichs – ersprißliche Lösung zu vereiteln. Das Dritte Deutschland war eben, auch an diesem Punkte, ohnmächtig ohne die Zusammenarbeit der beiden deutschen Großmächte; das zeigte das Schicksal des bayerischen und sogar des viel bescheideneren sächsischen Antrags am Bunde.

Die Frage der deutschen Auswanderung war auf Gedeih und Verderb verknüpft mit der politischen Lösung der Deutschen Frage. Man mag es als historischen Zufall nehmen, daß die Auswanderungsfrage am Bundestage gerade 1859 endgültig begraben wurde, im Schicksalsjahre des Deutschen Bundes. Aber als die vielsagende preußische Antwortnote vom 2. Juli den Bund jeder weiteren Beschäftigung mit der Auswanderung entthob, waren die Ereignisse im Rollen, in denen die preußische Regierung endgültig Stellung bezog: gegen Österreich, gegen das größere Deutschland, gegen Mitteleuropa. Beim Ausbruch des italieni-

Donaumonarchie die Oberhand gewann, wurde ihr Zerfall unvermeidlich. *Schmerlings* Februarpatent wies, obschon es nur ein erster Schritt war, der österreichischen Verfassungsentwicklung die angemessene Richtung. Er war tatsächlich "based in a splendid idea, that of creating, on the basis of common interests, of loyalty to the throne, of cooperation in government, a common patriotism of all the races of the Monarchy" (*R. B. Mowalt*, a.a.O., p. 268). Das Zusammenspiel des ungarischen und des preußischen Partikularismus und seine Bedeutung für die Zerstörung Europas gehört zu den erregendsten und am wenigsten bekannten Kapiteln der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts und ist von der Historie – mit Rücksicht auf die Schicksalsgemeinschaft nach 1918 – sehr zurückhaltend behandelt worden.

134 Vgl. dazu die letzte Denkschrift *Brucks* "Die Aufgaben Österreichs" von 1860, die alle "germanisierenden" Tendenzen scharf ablehnt, aber die Notwendigkeit eines starken deutschen Volksteils für den gesamtstaatlichen Zusammenhalt klar herausstellt. (*R. Kaindl*, a.a.O., S. 217 ff.).

schen Krieges hatte der künftige Lenker der preußischen Geschicke sein deutsches Programm angekündigt: "Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen."¹³⁵ Im preußisch-sonderstaatlichen Sinne, dem einzigen, das er als Richtschnur seines politischen Handelns anerkannte, sah Bismarck richtig. Er erkannte nicht, so wenig wie seine geistigen Weggenossen und Nachfahren, daß der Krieg von 1859 Kräfte in Mitteleuropa entfesselte, die nicht bloß die Habsburger Monarchie, sondern auch sein eigenes Werk, die kleindeutsche Reichsgründung, verschlingen sollte.

"Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch" – dieser tröstliche Satz Hölderlins gilt für das Leben und die Geschichte nur sehr bedingt. Aber wohl nie ist im Bereich der Gedanken die Gefahr und der Weg zur Rettung in der deutsch-mitteleuropäischen Frage klarer erfaßt worden, als anläßlich der Schicksalswende von 1859. Was der Deutsche Bund, was Österreich und seine Verbindung mit Deutschland für die deutsche Zukunft – und nicht bloß für sie – zu bedeuten habe, ist damals in beschwörenden Sätzen den Zeitgenossen zugerufen worden. Einige Zeugnisse mögen genügen, stellvertretend für viele andere. Damals schrieb der großdeutsche, antilibérale Kritiker der "Zeitläufte" der Münchener "Historisch-Politischen Blätter", daß "die siebzig Millionen Mitteleuropas vor Gott und der Welt bestimmt, berechtigt und verpflichtet sind, über den ganzen Kontinent hin den Ausschlag zu geben."¹³⁶ Damals erkannte Heinrich von Gagern Österreich als deutsche und europäische Notwendigkeit und entschied sich, wie vorher schon sein Bruder Max, gegen Kleindeutschland und für den Kaiserstaat, um für das großdeutsche Mitteleuropa zu wirken. Gleichfalls 1859 versuchte der vielgewanderte und viel gewandelte Julius Fröbel, der in Amerika seinen weltpolitischen Horizont erweitert hatte und in diesem Jahre nach Europa zurückkehrte, seinen Landsleuten einzuhammern, was die Großmacht Öster-

135 An *Schleinitz*, 12. Mai 1859; in: *Ges. Werke* 3, S. 35.

136 *Historisch-politische Blätter* 43 (München 1859), S. 282; zitiert nach *W. von Kloeber*, *Die Deutsche Frage 1859-1871 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung* (München 1932), S. 19.

reich und ihre Mittellage für Deutschland bedeuteten: "Der wahre Großstaat ist ein Reich. Nur Reiche zählen im großen in der Kulturgeschichte, und der Begriff des Reiches schließt den der Einheit aus. Die Verzichtleistung auf politische Verbindung mit anderen Nationalitäten bedeutet für Deutschland schweren Schaden und eine große Gefahr: Deutschland braucht Österreich ...! In dem Augenblick, in dem es dem Deutschen Bund gelingt, sich zum Kern eines mitteleuropäischen Systems zu machen, wird der innere Zustand Deutschlands ganz von selbst umgewandelt sein."¹³⁷ Und Anfang 1861 klagte Fr. Th. Vischer über den "Fanatismus", mit dem die großen preußischen Zeitungen "den Haß gegen Österreich treiben und zum Prinzip ihrer Politik machen. ... Hannibal mag vor den Toren sein, dieser Haß weiß nichts davon."¹³⁸

Durch die Ereignisse von 1859 war die Hoffnung auf eine Bundesreform unter der Beteiligung der beiden Großmächte beinahe aussichtslos geworden. Wohl blieb die mittelstaatliche Politik, schon aus Gründen der Selbsterhaltung, weiter darum bemüht, und die österreichische kam ihr, vor allem in der Ära Schmerlings und um die Zeit des Frankfurter Fürstentages, weit entgegen. Aber allen diesen Bemühungen der Regierungen, die in sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes neue Hoffnung weckten,¹³⁹ fehlte eine entscheidende Voraussetzung zur

137 J. Fröbel, *Kleine politische Schriften* (Stuttgart 1866), II, S. 218, 257.

138 Zitiert bei R. Kaindl, a.a.O., S. 226. Wie weit dieser Haß ging, zeigen noch deutlicher als die Pressestimmen briefliche Äußerungen so verschiedener Geister wie *Bismarck*, *Lassalle* und *Gustav Freytag*, die den Wunsch nach der Niederlage oder gar der Vernichtung Österreichs ausdrücken. Bei manchen kommen auch konfessionelle Affekte zu Worte; so wenn *Bismarck* die Bedrängnis Österreichs benutzen möchte, um die Grenzpfähle, mit denen die preußische Armee aufbrechen solle, "am Bodensee oder da, wo das protestantische Bekenntnis aufhört vorzuwiegen, wieder einzuschlagen" (zit. nach E. Eyck, a.a.O., I, S. 321); oder gar *Freytag*, für den es in diesem Kampfe nur zwei Parteien gibt: "Protestanten und Altgläubige, Lebendige und Tote, Preußen und Österreicher, Gott und der Teufel" (zitiert nach H. v. Srbik, a.a.O., III, S. 16). Vgl. hingegen außer den im Text genannten protestantischen Politikern die "Konfessionen eines Großdeutschen", des schwäbischen Pfarrers *Faber*, bei Kaindl, a.a.O., S. 221 f., denen zahlreiche ähnliche Stimmen, gerade von streng kirchlicher Seite, entsprechen.

139 Vgl. die Stimmen bei R. Kaindl, a.a.O., S. 214.

Verwirklichung: Preußen, dessen Politik schon Jahre vor der Berufung Bismarcks nach Berlin von ihm maßgeblich beeinflusst wurde, erblickte in der Errichtung Kleindeutschlands ohne Österreich seinen Vorteil, und es war entschlossen, ihn allen anderen Gesichtspunkten überzuordnen. So blieben auch die Bundesreformvorschläge der sechziger Jahre wie alle früheren toter Buchstabe.

Die Auswanderungsfrage war seit 1859 von der Tagesordnung der Bundesversammlung verschwunden. Auch in den Bundesreformversuchen der letzten Jahre vor 1866 spielte sie keine nennenswerte Rolle mehr. Wohl wurde sie bei dem sächsischen Vorschlag von 1861 wie bei dem österreichischen von 1863 oder bei Bismarcks Schachzug vom 10. Juni 1866 noch programmatisch erwähnt: als eine der materiellen Angelegenheiten, die der Gesetzgebung und der Oberhoheit des Bundes unterstehen sollten.¹⁴⁰ Aber eine echte Lösung stand nicht mehr zu erwarten, und der starke Rückgang der Auswanderungsbewegung seit 1858, eine Folge der politischen und wirtschaftlichen Krise in den Vereinigten Staaten und des deutschen Wiederaufstiegs um 1860, ließ ihre Bedeutung mehr und mehr zurücktreten. Die Auswanderungsziffern dieser Jahre sind im Vergleich zu der deutschen Bevölkerungsbewegung bescheiden, und sie entsprechen als absolute Größe den Ziffern um die Mitte der vierziger Jahre. Das Schicksal der deutschen Auswanderung hatte sich endgültig 1855-59 entschieden: gleichzeitig mit dem des Deutschen Bundes, mit dem sie verknüpft geblieben war seit ihrem Beginn als Massenbewegung. Erst als die Entscheidung in Deutschland und Mitteleuropa gefallen war, schwoll die Woge der deutschen Massenauswanderung noch einmal zu beunruhigender Höhe an;¹⁴¹ am höchsten in der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre. Aber trotz der Höhe der absoluten Ziffern war ihre Kraft gebrochen: Das Reich Bismarcks bot dank der Industrialisierung genügend Raum für den Großteil des Bevölkerungsüberschusses, und seine scheinbar endgültige Stabilisierung um die

140 Ges. Werke, Bd. 5, S. 535.

141 *Fr. Kapp*, *Über Auswanderung* (Berlin 1871), S. 10 vertritt die Auffassung, daß bei dem Ansteigen der Auswanderung nach 1866 politische Unzufriedenheit und Abneigung gegen den Militärdienst maßgeblich mitgesprochen habe.

Jahrhundertwende brachte die Auswanderung, die zwei schicksalsträchtige Menschenalter hindurch dem deutschen Leben ihren Stempel aufgedrückt hatte, praktisch zum Erliegen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Auswanderung in der Ära des Deutschen Bundes in den Zusammenhang der deutschen Geschichte einzugliedern, wurde eingangs als ein Ziel dieser Arbeit bezeichnet. Daß dieser Rahmen zu eng ist, ergab sich aus der Betrachtung der Auswanderungsgeschichte. Die deutsche Auswanderung hatte schon vor 1848 neben ihrer wirtschaftlichen und sozialen eine politische Seite. Kommt diese im Vormärz fast ausschließlich in der Publizistik öffentlich zur Sprache, so tritt in der Revolution das politische Moment deutlich hervor. Dabei zeigt sich, daß die Auswanderungsfrage mit der Lösung der Deutschen Frage eng verknüpft und durch diese in das Mitteleuropaproblem verwoben ist. Sie steht im Schatten der beiden Fragen der Zeit, der Schwarzenberg-Bruckschen Mitteleuropapolitik und der preußischen Unionspolitik, wird durch den bayerischen Antrag am Bundestage 1856 zum Gegenstande der Bundespolitik und teilt das Schicksal aller Bundesreformversuche bis 1866.

Der geschichtliche Rahmen der deutschen Auswanderung ist mit diesem deutsch-mitteleuropäischen Aspekt jedoch nicht erschöpft. Als eine der größten Wanderungsbewegungen der Geschichte hat sie das Weltgeschehen im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert tief beeinflußt. Es bleibt zu fragen, was im Rankeschen Sinne als das "weltgeschichtlich Erhebliche" der deutschen Auswanderung unseres Zeitraumes in der Rückschau erkennbar ist. Das große Thema der politischen Geschichte Europas im neunzehnten Jahrhundert wird gestellt durch den Wiener Kongreß. Die von ihm errichtete Ordnung ließ nicht genügend Raum für die Entfaltung der nationalen Kräfte, welche die Befreiung Europas aus der napoleonischen Zwangsunion erkämpft hatten. Sie wandten sich gegen diese Ordnung: als revolutionäre Ausbrüche unter Führung der bürgerlichen Schichten bis 1848 und nach dem Scheitern der national-liberalen Bewegung im Bündnis mit Staatskörpern, die sich ihrer als machtpolitischen Vehikels bedienten. Im Krimkrieg zerbrach die Solidarität

der europäischen Großmächte, die schon in den zwanziger Jahren durch das Ausscheiden Großbritanniens, in der Folge durch die zunehmende Distanzierung Frankreichs geschwächt worden war. Die Errichtung des italienischen und des kleindeutschen Nationalstaates in den fünfziger und sechziger Jahren erfolgte auf Kosten Österreichs, das in seiner historisch gewachsenen Staatspersönlichkeit den Widerspruch gegen das revolutionäre, nationalstaatliche Prinzip verkörperte. Die Idee des in sich geschlossenen, von einer einzigen Nationalität getragenen Staates bedeutete in Mitteleuropa und seinem östlichen Glacis die Verneinung des geschichtlichen Rechtes.¹ Der Versuch, sie zu verwirklichen, mußte angesichts der Verzahnung der Nationalitäten in diesem Raume die bestehenden Staatskörper sprengen. Der starke Staat, den Bismarck schuf, hielt diese Entwicklung ein halbes Jahrhundert auf. Aber der Ausschluß Österreichs aus Deutschland, der Preis, den das deutsche Volk für die kleindeutsche Reichsgründung zu zahlen hatte, schwächte den staatlichen Zusammenhalt der Donaumonarchie so sehr, daß die durch das Nationalitätenprinzip entfesselten zentrifugalen Tendenzen schließlich siegten. Die Balkanisierung der Donaumonarchie war die geschichtliche Antwort auf 1866; Bismarcks Bündnispolitik konnte dieses Ergebnis nicht revidieren, nur verzögern. Die Balkanisierung des Donauraumes aber wurde der Auftakt zur Selbstzerstörung Europas, die sich in den beiden Weltkriegen vollzog. Ihr Ergebnis war der Aufstieg eines neuen Machtsystems, das in den Krisen der Gegenwart um Gestaltung ringt und in dem die Rolle Europas – als dritte Macht, als Satellit oder als zwierteilte Interessensphäre – noch nicht erkennbar ist.

So weit wir es heute erkennen können, ist die deutsche Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert vom deutschen und europäischen Gesichtspunkte eine Fehlleistung. Es gab nur eine Richtung, die in absehbarer Zeit Deutschland wie Europa zugute gekommen wäre: das Abströmen der überschüssigen deutschen Volkskraft nach Südosten und Osten. Die politischen Verhältnisse Deutschlands und Europas nach

1 Lord *Acton* schrieb deshalb 1861 von "the insanity of nationality" und bezeichnete das Nationalstaatsprinzip als "kriminell" (*U. Noack*, Politik als Sicherung der Freiheit, Frankfurt 1947, S. 64).

1815 standen dem im Wege: Amerika bot größere persönliche Freiheit und größere materielle Vorteile, und die starre Status-quo-Politik der Ära Metternich verbot eine außenpolitische Dynamik, die Voraussetzung für die Kolonisierung der unteren Donauländer gewesen wäre. Schmidt-Phiseldeck, Moltke, Fr. List und ihre Gesinnungsgenossen blieben Rufer in der Wüste. Die Jahre um 1840 schienen eine Alternative zu eröffnen: die Gründung einer deutschen Kolonie auf dem nordamerikanischen Kontinent, in dem Grenzgürtel zwischen Anglo- und Lateinamerika, mit Ausstrahlungen nach beiden Räumen hin. Sie kam nicht zustande: nicht, weil sie in sich, machtpolitisch, unmöglich gewesen wäre, sondern weil die psychologischen Voraussetzungen dafür fehlten. Weil das Kalifornienprojekt und der Texasverein die Fassungskraft der dafür zuständigen preußischen Staatsmänner überstiegen, blieben sie Chimäre oder endeten mit einem Fiasko. 1848/49 rückt die Auswanderung als nicht mehr zu übersehendes Faktum in das Blickfeld der Politik. Die Großdeutschen jeglicher Observanz erkennen ihre Bedeutung für die Gestaltung Mitteleuropas; Schwarzenberg und Bruck setzen sie als Faktor in ihr politisches Kalkül ein: als Infrastruktur ihres Siebzigmillionenreiches. Die 1849 aufbrechende Rivalität der beiden deutschen Großmächte vereitelt ihre Berechnung, die von vorneherein als negative Faktoren den Neoabsolutismus und Zentralismus der erneuerten Donaumonarchie erhält. Die Versuche Brucks, über die Zolleinigung den mitteleuropäischen, nach Südosten geöffneten Großraum herzustellen, scheitern an der großpreußischen Politik, die an der durch den Krimkrieg geschaffenen Kluft zwischen Österreich und Rußland ihren Rückhalt findet. Durch den Gegensatz der beiden deutschen Großmächte werden auch die Versuche des Dritten Deutschland hinfällig, die Auswanderung in den Bereich der Bundespolitik zu ziehen und diese dadurch zu aktivieren. Der Fehlschlag aller dieser Ansätze bereitet nicht nur die Verdrängung Österreichs aus Deutschland vor; er versagt dem Vielvölkerstaat auch den Kitt der deutschen Volkskraft, dessen er zur Erhaltung seines Gesamtstaatscharakters bedarf, und trägt so zu seiner schließlichen Auflösung bei. Zugleich aber wird die deutsche Auswanderung in den Bahnen festgehalten, die sie im Vormärz eingeschlagen hatte.

So wird die deutsche Massenauswanderung in der Ära des Deutschen Bundes einer der Hauptfaktoren, die den Aufstieg der transatlantischen Weltmacht ermöglichen². Ihr Abströmen nach Westen aber schwächt zugleich die deutsch-mitteleuropäische Position gegenüber der aufsteigenden östlichen Weltmacht. Diesen Sachverhalt haben in den entscheidenden Jahren einige der bedeutendsten politischen Denker des Jahrhunderts erkannt. Es ist allzu billig, gegen sie ins Feld zu führen, daß sie nicht als verantwortliche Staatsmänner sprachen und nicht genötigt waren, auf gegebene Machtverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Schon Bismarck hat seinen Kritikern diesen Einwand entgegen gehalten, und er hat bei vielen Zeitgenossen und Epigonen damit Eindruck gemacht. Aber die Person und die amtliche Stellung entscheiden nicht über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Erkenntnis. Es ist das Recht des handelnden Staatsmanns zu irren; er ist nicht unfehlbar. Aber es ist ebenso sehr das Recht des kritischen Beobachters, den Irrtum festzustellen und auszusagen; und es ist die Pflicht des Historikers, die Richtigkeit einer solchen Aussage hervorzuheben, so wenig sie sich in hergebrachte Schemata einfügen läßt.

In den fünfziger Jahren, die über Deutschlands künftiges Schicksal wie über die Geschieke der deutschen Auswanderung entschieden, haben nicht wenige kritische Beobachter des Zeitgeschehens die Vision jener Welt gezeichnet, die heraufdämmern würde, wenn das sich vollende, was damals begann. Sie haben kraft des Geistes das Bild der Welt vorweg genommen, die ein Jahrhundert später Wirklichkeit geworden ist: nicht in apokalyptischen Bildern, sondern in nüchternen Sätzen, die von der Erfahrung und Beobachtung eingegeben wurden. Wir können absehen von Männern wie Goerres, der auf dem Sterbebett seine "Aspekten an der Zeitenwende. Zum neuen Jahr 1848" schrieb, in denen er die

2 *Fr. Kapp*, a.a.O., S. 18 ff. errechnet, daß die deutschen Einwanderer den Vereinigten Staaten von 1815 bis 1841 allein eine halbe Milliarde Taler in bar und mehr als einunddreiviertel Milliarden Taler Kapitalwert zubrachten. Was dies für den Aufstieg der Union zu bedeuten hatte, wird deutlich, wenn man den Staatshaushalt der Vereinigten Staaten und der deutschen Länder mit diesen Ziffern vergleicht. Dabei ist der wirtschaftliche Gewinn durch den Bevölkerungszuwachs nach berücksichtigt.

Schau einer kommenden Welt der Gewalt, jenseits von Recht und Unrecht, hinterließ; oder von Donoso Cortes, der die inhumane Konsequenz des Liberalismus deduzierte. Es war der Außenminister Frankreichs unter Louis Napoleon, Alexis de Tocqueville, der 1851 sich und der Politik seines Landes die praktische Frage stellte, ob es angesichts der Drohung im Osten zweckmäßig sei, in den hergebrachten Bahnen der französischen Außenpolitik fortzufahren³; was die Weltmacht im Westen für Europa dereinst bedeuten könne und daß der kommende Weltgegensatz zwischen Rußland und Amerika aufklaffen werde, hatte er schon 1836 ausgesprochen⁴. 1859, im Jahre des Durchbruchs des nationalistischen Prinzips in Mitteleuropa hat Constantin Frantz vorausgesagt, daß die preußisch-kleindeutsche Politik die Weltmachtstellung Rußlands vollenden und ein neues, ein Weltstaatensystem heraufführen werde, in dem Rußlands Grenzen von Hamburg längs der Elbe bis Triest verlaufen würden.⁵ Und nach Österreichs Niederlage schrieb Edmund Jörg in den "Historisch-Politischen Blättern", der endgültige Ruin des Kaiserstaates werde "zwischen dem Rhein und der

3 "Liegt es in Frankreichs Interesse, daß das Band des Deutschen Bundes straffer oder schwächer wird?...Es ist eine alte Tradition unserer Diplomatie, Deutschland müsse in eine große Zahl unabhängiger Staaten aufgeteilt bleiben. Dies lag selbstverständlich auf der Hand, so lange es jenseits Deutschlands nichts gab als Polen und ein halb barbarisches Rußland. Gilt dies aber auch heute noch? Die Antwort auf diese Frage hängt ab von der Antwort auf eine andere: welche Gefahr bedeutet heutzutage Rußland für die Unabhängigkeit Europas? Ich persönlich meine, daß unserer westlichen Welt früher oder später das Schicksal droht, unter das Joch oder zumindest unter den unmittelbaren, unwiderstehlichen Einfluß des Zarenreiches zu geraten. Deshalb halte ich dafür, daß es unser vornehmstes Interesse ist, die Einigung aller germanischen Rassen zu begünstigen, um sie jenen anderen entgegenzustellen. Die Welt ist im Umbruch; wir müssen unsere alten Maximen ändern und dürfen keine Angst davor haben, unsere Nachbarn zu stark zu machen, damit sie dereinst imstande sind, zusammen mit uns den gemeinsamen Feind zurückzuwerfen" (*A. de Tocqueville, Souvenirs*, ed. Luc Mounier, Paris 1942, p. 227).

4 "De la démocratie en Amérique", Vorrede zu Bd. 2 (Paris 1836).

5 Vgl. dazu *F. Schnabel, Bismarck und die Nationen*, in: *Europa und der Nationalismus* (Baden-Baden 1950), S. 102 ff.

Weichsel überhaupt nichts mehr als französisch-russische Heloten mit eingeborenen Präfekten, und längs des Stromes der deutschen Zukunft ein der Barbarei zuwankendes Völkergewühl ohne Zentrum und Peripherie" übrig lassen.⁶ Julius Fröbel endlich, der Deutschlands und Österreichs Sendung auch in seinem Sturm und Drang nicht vergessen hatte, ging nach seinen Wanderjahren die Einsicht in die Berufung Europas auf: daß es dereinst zwischen dem ungezügelten Individualismus des transatlantischen Westen und dem gestaltlosen Kollektivismus des Ostens sich um seinen deutsch-mitteuropäischen Kern als "dritte Kraft" werde zusammenfinden müssen: kraft der "kulturhistorischen Logik" und der "kulturgeographischen Statik".⁷

Jenseits aller solchen Theoreme nahm die deutsche Auswanderung ihren Lauf: in der Bahn, die sie vor 1848 eingeschlagen hatte und die in den drei folgenden Lustren nicht mehr zu wenden war. Für Deutschland und Mitteleuropa blieb sie verloren: sie kam dem Aufbau der Neuen Welt zustatten; nicht der Erhaltung der Alten Welt, deren Stütze gegen die nächste Gefahr sie hätte werden können. Vielleicht hat sie, was direkt versäumt wurde, indirekt erreicht: wenn heute die Vereinigten Staaten der Widerpart Rußlands und Europas Schild sind, so hat die deutsche Auswanderung nach Amerika im neunzehnten Jahrhundert entscheidend dazu beigetragen. Hegels "List der Idee" weiß viele Wege. Aber im Hinblick auf Deutschlands und Europas politisches Schicksal ist die deutsche Auswanderung in der Ära des Deutschen Bundes verzeichnet als eine der vielen versäumten Gelegenheiten, an denen unsere Geschichte reich ist.

6 "Historisch-Politische Blätter" 47 (München 1861) S. 22; zitiert nach *W. v. Kloeber*, a.a.O., S. 23.

7 Vgl. *H. Gollwitzer*, a.a.O., S. 393 ff. Diese Einsicht hinderte den wandlungsfähigen Publizisten allerdings nicht, sich nach der Reichsgründung auf den "Boden der Tatsachen" zu stellen (*H. v. Srbik*, a.a.O. IV, S. 414 ff.).

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I) Archivalien:

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 22, No 7 (Nachlaß Roenne).

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 73, No. 68, 2.

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 77 M.d.I., III C Auswanderungen, Tit. CCXXVI, No. 2, Vol. II/III/VII; No. 108, Vol. X/XI; No. 114, Vol. I; No. 115, Vol. I/II.

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 84 Justizministerium, Tit. XIV, II A, No. 1.

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 84 A, Tit. XII, IV Ostpreußen, Tit. S.

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 87 C, No. 284; No. 285, Vol. I/II.

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 109 Seehandlung B, Tit. II, No. 63; Tit. XI, No 21/22.

Pr. G. St. A. Berlin, Rep. 120 Handelsministerium, Tit. A, No. 8 und Tit. CXIII, Fach 20 Auswanderungen und Kolonisation, No. 1, Vol. I-III; No. 2, Vol. I; No. 8, Vol. I.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. Centralbüro I C, No. 20.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. Centralbüro II D, No. 4.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A., Rep. 81 Ges. London.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. I, Rep. 1 England, No. 112/114.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. I, Rep. 5, No. 43.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. II, Rep. 6 Handel, Nordamerika No. 2; No. 15.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. III, Rep. 1 Auswanderung Generalia, No. 2, Vol. II-VI/IX.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. III, Rep. 1 Auswanderung außer Europa, No. 2; No. 11, Vol. I-IX/XI; No. 14, Vol. I.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. III, Rep. 6 Handelssachen, Südamerika, Vol. IX.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. III, Rep. 6 Preuß. Konsulate außer Europa, No. 25, Vol. I.

Pr. G. St. A. Berlin, A. A. III, Rep. 10 Justizsachen, Generalia, No. 30, Vol. I.

Pr. G. St. A. Berlin, Acc. 168/32, Kontroll-No. 45 I, Heft B, No. 91; No. 92, Vol. I/II.

Pr. G. St. A. Berlin, Nachlaß Bunsen B 51 A.

Brandenburgisches Provinzialarchiv, Rep. 30 C, Tit. 45 A, No. 8; No. 153.

St. A. Bremen, B 13b, No. 0.

St. A. Darmstadt XI, Bevölkerungspolizei I.

St. A. Karlsruhe, Zugang 1901, No. 24 V.M.d.I., 6740/1; 6743/4.

St. A. Koblenz, Abt. 402, No. 868; Abt. 403, No. 7184/7191; Abt. 441, No. 5106-5108.

St. A. Ludwigsburg, Generalrescripta, Bd. II.

St. A. Marburg, OWS 1483/8527.

St. A. Marburg, Fulda, Acc. 1875/27 A X 1.

Arch. Neuwied, Schrank 6, Gef. 5, Fasc. 2.

Pr. St. A. Stettin, Reg. Stettin, Abt. I. Tit. 2 Sect. 3, No. 10, Fasc. 17, Vol. VIII; Vol. IX.

St. A. Wiesbaden, VI, 1 Nassau-Weilburg, Gen. XIVc, No. 17; VII, Reg. Dillenburg, R. 206, Vol. I-IV.

Archiv der Deutschen Bundesversammlung, Bundesregistratur.

Archive der Franckeschen Stiftungen Halle, Missionsbibliothek Fach F, No. 8/14; Fach H, IV Unbezeichnete Stücke.

Archiv der Brüdergemeinde in Herrnhut, Rubrik 15, H IIa, No. 1/2; H IIb, No. 1.

Akten des Texas-Vereins (Fürstlich Solmssches Archiv Braunfels/Lahn).

II) QUELLENSAMMLUNGEN UND PROTOKOLLE:

Leibbrandt, Georg/Dickmann, F., Auswanderungsakten des Deutschen Bundestags (1817-1856) und der Frankfurter Reichsministerien (1848/49) (Stuttgart 1932).

Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, B. III und Bd. VIII.

Protokolle des Deutschen Bundestags 1853/1856/1858/1859.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., hrsg. v. Franz Jakob Wigard (Frankfurt a. M. 1848/49).

Protokolle der Hessischen Ersten Kammer 1842 und 1845.

Verhandlungen der Germanisten zu Lübeck am 27., 28. und 30. September 1847, Lübeck 1848.

III) ZEITGENÖSSISCHE LITERATUR UND SEKUNDÄRLITERATUR

Anonym: Grundzüge einer geregelten Auswanderung der Deutschen, mit besonderer Rücksicht auf Brasilien (1842).

Anonym: Hundert Jahre Deutschtum in Rio Grande do Sul (Porto Alegre 1924).

Anonym: Der Staat Santa Catherina in Vergangenheit und Gegenwart (Florianopolis 1929).

Biesele, Rudolph Leopold: The History of the German settlements in Texas 1831 - 1861 (im Selbstverlag Austin/Texas 1930).

ders.: Industry: the first German settlement in Texas, in: Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter, Vol. XXXII (Chicago 1932).

Bigge, Wilhelm: Feldmarschall Graf Moltke (München 1901).

Bismarck, Otto von: Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe).

Bracht, Victor: Texas im Jahre 1848 (Elberfeld 1849).

Brauns, Ernst Ludwig: Ideen zur Auswanderung nach Amerika nebst Beiträgen zur genauen Kenntnis seiner Bewohner und seines gegenwärtigen Zustandes (Göttingen 1827).

ders.: Skizzen von Amerika (1830).

ders.: Neu-Deutschland in West-Amerika (1847).

Bromme, Traugott: Ratgeber für Auswanderungslustige (Stuttgart 1846).

Cannstatt, Oscar: Kritisches Repertorium der Deutsch-Brasilianischen Literatur (Berlin 1902, Nachtrag Berlin 1906).

Carlyle, Thomas: Past and Present (London 1843).

Charmatz, Richard: Minister Freiherr von Bruck (Leipzig 1916).

Constant, L.: Texas. Das Verderben deutscher Auswanderer in Texas unter dem Schutz des Mainzer Vereins (Berlin 1847).

Cronau, Rudolf: Drei Jahrhunderte des deutschen Lebens in Amerika (Berlin 1909).

Dehio, Ludwig: Gleichgewicht und Hegemonie (Krefeld 1948).

Delbrück, Rudolf von: Lebenserinnerungen, Bd. I (1905).

Dieterici, Carl Friedrich Wilhelm: Über Auswanderungen und Einwanderungen (Berlin 1847).

Doeberl, Max: Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd.III (hrsg. v. M. Spindler, München 1931).

Duden, Gottfried: Berichte über eine Reise nach den westlichen Staaten Nordamerikas und einen mehrjährigen Aufenthalt am Missouri (Elberfeld 1829).

ders.: Das Leben im Innern der Vereinigten Staaten und dessen Bedeutung für die häusliche und politische Lage der Europäer (St. Gallen 1832).

Dunt, Detlef: Reise nach Texas (Bremen 1834).

Erbe, Hellmuth: Bethlehem Pa. Eine kommunistische Herrnhuter Kolonie (Kulturhistorische Reihe des Deutschen Auslandinstituts Stuttgart, Bd. 24).

Faust, Albert Bernhard: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung (Leipzig 1912).

ders.: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur (Leipzig 1912).

(Fellechner-Müller-Hesse): Bericht über die im Höchsten Auftrage S.K.H. des Prinzen Carl von Preussen und des Herrn Fürsten von Schönburg-Waldenburg bewirkte Untersuchung über einige Teile des Mosquitolandes (Berlin 1845).

Ferenczi, Imre: International Migrations, Vol.I: Statistics, ed. Imre Ferenczi (New York 1929).

ders.: Die Krise der Wanderungen und der Geburtenrückgang, in: Weltwirtschaftliches Archiv (Kiel 1931).

Fleischmann, C. L.: Der Nordamerikanische Landwirt (New York 1848).

Freden, Hermann v./Smolka, Georg: Auswanderer (Leipzig 1937).

Friese, Christian: Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum Polnischen Aufstand (Berlin 1931).

Fröbel, Julius: Die deutsche Auswanderung und ihre nationale und kulturhistorische Bedeutung (Stuttgart 1866).

ders.: Kleine Politische Schriften (Stuttgart 1866).

Gagern, Hans von: Über die Auswanderung der Deutschen (1817).

ders.: Mein Antheil an der Politik, Bd.III (Stuttgart/Tübingen 1830).

Gall, Ludwig: Meine Auswanderung nach den Vereinigten Staaten in Nord-Amerika im Frühjahr 1819 und meine Rückkehr in die Heimat im Winter 1820 (Trier 1822).

Goethe, Johann Wolfgang von: Stoff und Gehalt, zur Bearbeitung vorgeschlagen (Jubiläumsausgabe Cotta Bd.38).

Gollwitzer, Heinz: Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts (München 1951).

Gonnard, René: Histoire de L'Emigration (Paris 1908).

Greenhow, Robert: History of Oregon and California (London 1844).

Grothe, Hugo: Die Deutschen in Übersee (Berlin 1932).

Hecke, J. Valentin: Reise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Jahren 1818 und 1819 (Berlin 1820).

Heine, Heine: Salon, Vorrede, in: Sämtliche Werke, Bd. 12 (Hamburg 1884).

Heller, Eduard: Mitteleuropas Vorkämpfer Fürst Felix zu Schwarzenberg (Wien 1933).

Herff, Fred von: Die geregelte Auswanderung des deutschen Proletariats mit besonderer Beziehung auf Texas (Frankfurt/Main 1850).

Hopp, Ernst Otto: Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika (Berlin 1886).

Huizinga, Jan: Im Banne der Geschichte (Basel 1943).

Humboldt, Alexander von: Essai sur le royaume de la Nouvelle Espagne (Paris 1824).

Hundeshagen, Friedrich: Die deutsche Auswanderung als Nationalsache (Frankfurt 1849).

Kaindl, Raimund Friedrich: Österreich, Preußen, Deutschland (Wien 1926).

Kapp, Friedrich: Geschichte der deutschen Einwanderung in Amerika (Leipzig 1868).

ders.: Immigration and commissioners of emigration of the State of New York (New York 1870).

ders.: Über Auswanderung (Berlin 1871).

ders.: Aus und über Amerika (Berlin 1876).

Katz, Eugen: Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen (Stuttgart 1904).

Kayser, E.: Das Grenz- und Auslandsdeutschum und seine Erforschung, in: Mitteilungen der Deutschen Akademie (München 1928).

Kloeber, Wilhelm von: Die Deutsche Frage 1859-1871 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung (München 1932).

Kohler, Max J.: An important European mission to investigate American Immigration conditions and John Quincy Adams relations thereto (1817-1818), in: Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter, Vol. XVII.

Lang, John Dunmore: Eine deutsche Kolonie im Stillen Ozean (Leipzig 1848).

Learned, Marion Dexter.: Guide to the manuscript materials relating to American history in the German State Archives (Washington 1912).

Leibbrandt, Georg: Die Auswanderung der Schwaben nach Rußland 1816-1823 (Stuttgart 1928).

List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie (Stuttgart 1841).

ders.: Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung (Stuttgart 1842).

Lodewyckx, Augustin: Die Deutschen in Australien (Stuttgart 1932).

Ludewig, Hermann Ernst: Das Auswanderungswesen in Deutschland (New York 1848).

Maas, W.: Géographie et sociologie (Moulins 1940).

Mackroth, Siegfried: Das Deutschtum in Griechenland, in: Schriften des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, Reihe A, Bd.27.

Mayer, Eduard Wilhelm: Das Retablissement Ost- und Westpreußens unter der Mitwirkung und Leitung Theodors von Schön (Jena 1916).

Meinecke, Friedrich: Radowitz und die deutsche Revolution (Berlin 1913).

Meyer, A.: Die koloniale Bewegung des frühen deutschen Liberalismus im Spiegel der Publizistik (Hamburg 1935).

Mönckmeier, Wilhelm: Die deutsche überseeische Auswanderung (Jena 1912).

Monypenny, William Flavelle/Buckle, George Earle: The life of Benjamin Disraeli, Bd.I. (New York 1929).

Mowat, Robert Balmain: The states of Europe 1815-1871 (London 1932).

Noack, Ulrich: Christentum und Volksstaat in der politischen Ethik des Freiherrn vom Stein, in: Historische Zeitschrift, Bd.147.

ders.: Politik als Sicherung der Freiheit (Frankfurt 1947).

Oelsnitz, H. von der: Die Notwendigkeit großer deutscher Kolonien und Kriegsflotten (Leipzig 1847).

Olmsted, Frederick Law: Wanderungen durch Texas und die mexikanischen Grenzlande (Leipzig 1857).

Oncken, Hermann: Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd.1 (München-Berlin 1914).

Page, Thomas Walker: The Causes of earlier European immigration to the United States, in: Journal of political economy, Vol. 19 (1911).

Philippovich, Eugen von: Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland (Leipzig 1892).

Piettre, André: Les déséquilibres permanents de l'économie Allemande (Strasbourg 1949).

Rapp, Adolf: Friedrich Theodor Vischer und die Politik (Tübingen 1911).

ders.: Großdeutsch - Kleindeutsch (München 1922).

Rein, Gustav Adolf: Die europäische Ausbreitung über die Erde (Potsdam 1931).

ders.: Der Kampf Westeuropas um Nordamerika (Stuttgart 1925).

ders.: Über die Bedeutung der überseeischen Ausdehnung für das europäische Staatensystem, in: Historische Zeitschrift, Bd. 137 (1927).

Reinhard, Marcel R.: Histoire de la population mondiale (Paris 1949).

Richter, Hans: Hessen und die Auswanderung 1815-1855, in: Mitteilungen des Oberrheinischen Geschichtsvereins, N.F. 32 (Gießen 1934).

Ritter, Gerhard: Machtstaat und Utopie (München 1943).

Rosenberg, Hans: Die Weltwirtschaftskrise 1857 (Stuttgart 1934).

Rosenthal, Hildegard: Die Auswanderung aus Sachsen im 19. Jahrhundert (1815-1871) (Stuttgart 1931).

Rother, Christian von: Über Auswanderung und innere Colonisation in besonderer Beziehung auf Preußen (Berlin 1848).

Scheben, J.: Eifeler Amerika-Auswanderung im neunzehnten Jahrhundert, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, Jg. 2, Heft 4 (Bonn 1932).

ders.: Die Frage nach der Geschichte der deutschen Auswanderung, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, Jg. 5, Heft 2 und 3 (1935).

Schenderlein, Friedrich: Die Kolonisationsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850 (Diss. Leipzig 1923).

Schmidt-Phiseldeck, Conrad Friedrich von: Europa und Amerika, oder die künftigen Verhältnisse der zivilisierten Welt (Kopenhagen 1820).

Schnabel, Franz: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert (Freiburg 1929-1937).

ders.: Bismarck und die Nationen, in: Europa und der Nationalismus. Bericht über das III. internat. Historiker-Treffen in Speyer v. 17.-20.10.1949 (Baden-Baden 1950).

Schnitzer, Ewald.: Der Nationalgedanke und die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts (Dresden 1935).

Schottelius, Herbert.: Mittelamerika als Schauplatz deutscher Kolonisationsversuche 1840-1865 (= Überseegeschichte, hrsg. von A. Rein, Bd.10) (Hamburg 1939).

Schünemann, Konrad.: Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia (Berlin 1935).

Schultz, Johann Heinrich Siegfried.: Die deutsche Ansiedlung in Texas (Bonn 1845).

Schulz, J.E.: Ostpreußen an der Mosquitoküste (Königsberg 1848).

Schurz, Carl.: Lebenserinnerungen, Bd.I (Berlin 1906).

Schütz, Kuno Damian Freiherr von.: Texas. Ratgeber für Auswanderer nach diesem Lande (Wiesbaden 1847).

Sering, Max.: Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande (Berlin 1910).

Smolka, Georg.: Siedlungsversuche im vormärzlichen Preußen, in: Der Ostsiedler, 4. Jg. (Berlin 1933).

ders.: Religion und Muttersprache in Preußens vormärzlicher Auswanderungspolitik, in: Jahrbuch des Reichsverbands für die katholischen Auslandsdeutschen (Berlin 1933).

ders.: Auswanderung und Fragen des Auslandsdeutschtums im Zeitalter der deutschen Einheitsbewegung, in: ebd. (Berlin 1935).

ders.: Preußen, Deutschland und die Auswanderung, in: ebd. (Berlin 1936).

Srbik, Heinrich von.: Metternich (München 1925).

ders.: Deutsche Einheit (München 1935).

Stadelmann, Rudolf.: Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848 (Stuttgart 1948).

Steinert, W.: Nordamerika vorzüglich Texas im Jahre 1849. Reisebericht (Berlin 1850).

Stern, Alfred: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Bd. 3 (Berlin 1901).

Straten-Ponthoz, Baron Auguste van der: Recherches sur la situation des émigrants aux Etats-Unis de l'Amérique du Nord (Bruxelles 1846).

Stricker, Wilhelm: Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde (Leipzig 1845).

Turner, F.J.: The significance of the frontier in American history (Madison 1894).

Tocqueville, Alexis de: Souvenirs (ed. L. Mounier, Paris 1942).

Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert (Leipzig 1927).

Trepte, Helmut: Das Deutschtum in Ohio bis zum Jahre 1820, in: Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois, Vol. XXXII.

Valentin, Veit: Geschichte der deutschen Revolution 1848 bis 1849 (Berlin 1931).

ders.: Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem (Stuttgart 1910).

Villiers du Terrage, Marc de: Rois sans couronne (Paris 1906).

Wappäus, Johann Eduard: Deutsche Auswanderung und Kolonisation (Leipzig 1846).

Wätjen, Hermann: Aus der Frühzeit des Nordatlantikverkehrs (Leipzig 1932).

Weber, Max: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland (Leipzig 1892).

Weiss, Joseph: Die deutsche Kolonie an der Sierra Morena und ihr Gründer Johann Kaspar von Thürriegel, ein bayerischer Abenteurer des 18. Jahrhunderts (Köln 1907).

Werner, Johann von: Gedanken über Leitung und Regelung der Auswanderung (Reutlingen 1848).

Willcox, Walter Francis: International migrations, Vol. II.: Interpretations, ed. W.F. Willcox (New York 1931).

Wirth, Kurt: Der großdeutsche und mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938 (Würzburg 1938).

Ziekursch, Johannes: Hundert Jahre schlesische Agrargeschichte (Breslau 1915).

Zimmermann, Alfred: Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik (Oldenburg 1892).

ders.: Kolonialgeschichtliche Studien (Leipzig 1895).

IV.) ZEITSCHRIFTEN

"Allgemeine Auswanderungs-Zeitung", G.M. von Ross (Rudolstadt 1847-1863).

"Archiv für Wissenschaft, Kunst und Gewerbe" (Hamburg 1825-1831).

"Der deutsche Auswanderer. Centralblatt der deutschen Auswanderung und Kolonisierung", Herausgeber Fr. Haas und H. Künzel (Darmstadt und Frankfurt 1847-1850).

"Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter". Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois (Chicago 1900 ff.).

"Germania. Archiv zur Kenntnis des deutschen Elements in allen Ländern der Erde", Herausgeber W. Stricker (Frankfurt 1847-1850).

"Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland", Herausgeber J. Goerres (München 1839 ff.).

"Hübners Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik" (Berlin 1852 ff.).

"Kritische Blätter zur Beurteilung der Bewegung unserer Zeit... vom Standpunkt des Christentums", Herausgeber J.Th und F.J. Rottels (Neuss/Düsseldorf 1846-1848).

"Morgenblatt für gebildete Stände" (Stuttgart/Tübingen 1815 ff.).

"Telegraph für Deutschland", Herausgeber K. Gutzkow (Hamburg 1838-1848).

"Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Herausgeber Robert Mohl (Tübingen 1844 ff.).

"Zollvereinsblatt", Herausgeber Friedrich List (Stuttgart 1843-1849).

V) ZEITUNGEN

Augsburger "Allgemeine Zeitung" (1815 ff.).

"Börsennachrichten von der Ostsee" (Stettin 1845-1848).

"Frankfurter Oberpostamt-Zeitung" (1846).

"Hamburgischer Unparteiischer Correspondent" (1815 ff.).

"Karlsruher Zeitung" (1840 ff.).

"Kölnische Zeitung" (1840 ff.).

"New Yorker Staatszeitung" (1845).

"Rhein- und Moselzeitung" (Koblenz 1845-1848).

NACHWORT

von *Hans Fenske*

Habent sua fata libelli – dieses Wort trifft auf die Studie von Georg Smolka "Die Auswanderung als politisches Problem in der Ära des Deutschen Bundes (1815-1866)" in ausgesprochenem Maße zu. Die Quellen für die Arbeit wurden schon um 1930 in den Archiven zusammengetragen, und von damals stammt auch die gedankliche Konzeption, die endgültige Niederschrift erfolgte indessen erst gut 20 Jahre später, von etwa 1951 bis 1953. Die Philosophische Fakultät München nahm die Untersuchung wenig später als schriftliche Habilitationsleistung an, eine Drucklegung unterblieb jedoch, und nach einiger Zeit, wohl seit 1970, mußte das Manuskript überhaupt als verschollen gelten. Erst im Sommer 1991 tauchte es wieder auf und wird nun in der seinerzeit in München eingereichten Fassung vorgelegt¹.

I.

Georg Smolka wurde am 3. Februar 1901 in Breslau geboren². Er war das dritte von fünf Kindern eines für einen Konfektionär arbeiten-

1 Für die sorgfältige Erstellung der Druckvorlage sei *Sabine Schmidt, Regina Fischer* und *Svenja Hieb*, für die Anfertigung des Quellen- und Literaturverzeichnisses und das Korrekturlesen *Uwe Wilhelm*, alle im Historischen Seminar der Universität Freiburg, vielmals gedankt.

2 Vgl. dazu *Joachim Köhler*, Der Historiker Georg Smolka. Sein Leben und Wirken, in: Georg Smolka, *Abendländische Einheit – Europäische Wirklichkeit*.

den Schneiders und einer Zugehfrau, entstammte also beengten wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Weg zu Abitur und Studium, zu dem die Lehrer an der Volksschule angesichts der wachen Intelligenz und der Aufgeschlossenheit des Jungen früh rieten, war demzufolge gar nicht selbstverständlich und forderte der Familie ein erhebliches Maß an Opferbereitschaft ab, ehe die Lage durch einen 1914 erlangten Freiplatz am fürstbischöflichen Konvikt in Breslau günstiger wurde. Nach dem Ostern 1920 abgelegten Abitur studierte Smolka zunächst an der Universität seiner Vaterstadt Theologie, unterbrach die Ausbildung jedoch nach einigen Semestern zu einer Denkpause und betätigte sich als Helfer in einem Berliner Heim für Fürsorgezöglinge. Danach setzte er sein durch Werkarbeit finanziertes Studium in den Fächern Philosophie, Geschichte und Geographie in München fort und promovierte dort Anfang 1925 mit einer Arbeit über den philosophisch-pädagogischen Schriftsteller Rottels zum Dr. phil.³ Im Anschluß daran war er bei der Zentrale der Wirtschaftshilfe der deutschen Studenten e.V. in Dresden tätig und besuchte nebenher Lehrveranstaltungen an der dortigen Technischen Hochschule. Vom Wintersemester 1926/27 bis zum Sommersemester 1929 studierte er erneut, diesmal in Berlin, und schloß seine Ausbildung mit dem Staatsexamen für das höhere Lehramt ab, ohne doch in den Schuldienst gehen zu wollen. Vielmehr erhielt er noch 1929 für annähernd drei Jahre einen Forschungsauftrag der Historical Mission of the Library of Congress in Washington. Nun hatte er in den preußischen Staatsarchiven nach für die amerikanische Geschichte bedeutsamem Material zu suchen und es gegebenenfalls zu kopieren; im Mittelpunkt standen dabei Quellen zur Auswanderung. Es lag nahe, an eine Habilitation über diesen Themenkreis zu denken, aber dieser Plan

Ausgewählte Aufsätze und Vorträge, hrsg. von Joachim Köhler, Sigmaringen 1986, S. 9-19, ferner meinen Nachruf im Historischen Jahrbuch, 103/I, 1983, S. 326-328.

- 3 *Georg Smolka*, Johann Theodor Rottels, sein Leben und Werk. Der Versuch einer philosophischen Pädagogik auf dem Boden des spekulativen Idealismus, Phil. Diss. München, 23.1.1925, Auszug: Berlin, Studentendruck, 1926. Kurzinformation über *Rottels* (1799-1882) in ADB, Bd. 29, S. 390. Ein Verzeichnis der Schriften *Smolkas* in: ders., *Abendländische Einheit*, S. 249-251.

wurde nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur unreal. Smolka befürchtete, daß eine Privatdozentur ihn zu einer in seinen Augen unvermeidbaren Anpassung an das neue System führen könnte, und dazu war er nicht bereit. Innerhalb kurzer Zeit erlernte er die polnische Sprache und beschäftigte sich in der Folge im Rahmen eines weiteren Forschungsauftrags mit dem deutsch-polnischen Verhältnis in der Wilhelminischen Ära; der Ertrag dieser Tätigkeit gelangte freilich nicht zum Druck. Später übersetzte Smolka im amtlichen Auftrag polnische historiographische Neuerscheinungen für den Dienstgebrauch in deutschen Forschungsstellen.

Daneben war er eifrig publizistisch tätig. Er schrieb für die Frankfurter Zeitung, die Germania und das Hochland. Sein wichtigstes Forum wurde die im Deutschen Jugendführungsverlag Düsseldorf erscheinende Wochenzeitschrift *Junge Front/Michael*, die 1932 von Angehörigen des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands (KJMV) gegründet worden war⁴. Die ursprüngliche Zielsetzung dieses Blattes war es, für Wahrheit, Liebe, Gerechtigkeit und Freiheit gegen einen angeblich un-deutschen Parteienstaat und ein unchristliches Wirtschaftssystem einzutreten; als Vorbild galt Heinrich Brüning. Ab 1933 rückte schnell die Absicht in den Mittelpunkt, die junge katholische Generation gegen den Nationalsozialismus zu immunisieren, sie stattdessen zu bewußten Gläubigen zu machen und sie zur aktiven Mitarbeit in der Kirche zu bringen. Insofern leistete das Blatt Widerstand. Es war nur folgerichtig, daß es 1936 unterdrückt wurde.

Der Generalpräses des KJMV, Wolker, dachte bald daran, Smolka mit der Chefredaktion zu betrauen. Dieser lehnte jedoch ab und verwies stattdessen auf seinen Freund Johannes Maaßen⁵. Aber natürlich gehörte er zum engsten Mitarbeiterkreis und hatte neben dem bekannten

4 *Klaus Gotto*, Die Wochenzeitung *Junge Front/Michael*. Eine Studie zum katholischen Selbstverständnis und zum Verhalten der jungen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus, Mainz 1970.

5 Über ihn besonders ebenda., S. 214-218.

katholischen Publizisten und Sozialwissenschaftler Waldemar Gurian⁶ und neben Karl Thieme, die 1934 resp. 1935 in das Schweizer Exil gingen, ganz erheblichen Einfluß auf die Gestaltung des Blattes. Er war für die historischen Artikel zuständig und nutzte die Historiographie nach Kräften "als Mittel zur Zeitkritik"⁷.

Das Thema Auswanderung verlor Smolka während dieser Zeit nicht aus den Augen. In den Jahrgängen 1933/34 bis 1936/37 des Jahrbuchs für die katholischen Auslandsdeutschen ließ er drei aus seiner zwischen 1929 und 1932 erworbenen reichen Quellenkenntnis geschöpfte Aufsätze zu diesem Komplex erscheinen⁸. Zusammen mit Hermann von Freedon veröffentlichte er 1937 im Bibliographischen Institut in Leipzig unter dem Titel 'Auswanderer' eine Reihe von kleineren Abhandlungen über den Abzug aus Deutschland von den Anfängen bis zum mittleren Drittel des 19. Jahrhunderts⁹.

Im Oktober 1939 wurde Smolka zur Wehrmacht eingezogen und wegen seiner Sprachkenntnisse der Abteilung Fremde Heere Ost im Oberkommando des Heeres zugewiesen; später tat er bei der Abwehr Dienst in München. Die Aussichten des Krieges schätzte er von Anfang an realistisch ein. Bezeichnend dafür ist, daß er den Wohnsitz seiner Familie

6 *Heinz Hürten*, Waldemar Gurian (1902-1954), in: Rudolf Morsey (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 2: Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Mainz 1975, S. 114-124.

7 So eine Formulierung von *Konrad Ackermann*, *Der Widerstand der Monatschrift Hochland gegen den Nationalsozialismus*, München 1965, S. 55.

8 *Georg Smolka*, Auswanderung und auslanddeutsche Kulturpolitik im vormärzlichen Preußen. Ein Beitrag zur Kirchen- und Schulfrage in der deutschen Auswanderungsgeschichte, in: *Jb. des Reichsverbandes für die kath. Auslandsdeutschen*, 5, 1933/34, Berlin 1934, S. 118-138; *ders.*, Auswanderung und Fragen des Auslandsdeutstums im Zeitalter der deutschen Einheitsbewegung, in: ebenda., Bd. 6, 1935, S. 55-80, *ders.*, Preußen, Deutschland und die Auswanderung. Ansätze zu einer nationalpolitischen Erfassung der deutschen Massenauswanderung nach 1848, in: *Jahrbuch der katholischen auslanddeutschen Mission*, Bd. 7, 1936/37, Kevelaer 1937, S. 219-239.

9 *Auswanderer. Bilder und Skizzen aus der Geschichte der deutschen Auswanderung*, hrsg. von *Hermann von Freedon* und *Georg Smolka*, Leipzig 1937.

wegen des von ihm erwarteten Bombenkrieges aus Berlin wegverlegte, aber nicht nach Schlesien, woher er und seine Frau stammten, sondern nach Bayern, in die Nähe von München. Über das Schicksal der deutschen Ostgebiete nach einer Niederlage Deutschlands machte er sich keine Illusionen.

In München wurde Smolka mit Kurt Huber, dem mit Maaßen befreundeten Mentor der Widerstandsgruppe 'Weiße Rose' bekannt. Auch zum Kreisauer Kreis hatte er lockeren Kontakt; mit P. Alfred Delp war er eng befreundet. Er suchte hilfreich zu sein, wo immer es anging¹⁰.

Bei Kriegsende wurde Smolka als Angehöriger der Abwehr automatisch interniert und blieb bis März 1946 in Haft. Nach der Freilassung nahm er die publizistische Tätigkeit wieder auf. Der Vermittlung von Thieme verdankte er es, daß er ab Wintersemester 1947/48 eine Dozentur für Geschichte an der soeben nach dem Vorbild der Ecole Nationale d'Administration in Paris gegründeten Staatlichen Akademie für Verwaltungswissenschaften in Speyer erhielt. Als diese Anstalt im Sommer 1950 in die Hochschule für Verwaltungswissenschaften umgewandelt wurde, bekam Smolka einen Lehrauftrag. Jetzt bot es sich an, das knapp 20 Jahre zuvor nicht realisierte Habilitationsprojekt doch noch zu verwirklichen. Die Habilitation erfolgte, wie eingangs erwähnt, 1953 in München für das Fach Mittlere und Neuere Geschichte; der Betreuer war Franz Schnabel. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, daß Smolka 1954 in Speyer eine außerordentliche Professur übertragen bekam. 1959 erfolgte die Ernennung zum ordentlichen Professor. In dieser Position blieb Smolka bis zu seiner Emeritierung am Ende des Wintersemesters 1969/70, dann zog er sich nach Weßling bei München zurück, das in all den Jahren der Wohnsitz der Familie geblieben war. Hier war ihm noch ein zwölfjähriger Ruhestand voller Aktivitäten beschieden; nur im letzten Jahr hatte er mit schwerer Krankheit zu kämpfen. Er starb am 3. April 1982.

10 Vgl. dazu *Gotto*, *Junge Front*, S. 202, und *Ger van Roon*, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967, S. 178 f. und S. 273.

Es ist heute nicht mehr eindeutig zu klären, warum Smolka die Drucklegung seiner Habilitationsschrift nicht sogleich betrieb. Dafür sind zunächst äußere Gründe anzuführen. Zwar wollte er als junger Mann nicht in den Schuldienst gehen, aber er wollte doch 'Menschenbildner' sein¹¹. Die damit gestellte Aufgabe suchte er mit publizistischen Mitteln und nach dem Kriege durch eine rege Vortragstätigkeit zu erfüllen. Entsprechend gab er bei der Speyerer Tätigkeit der Lehre hohen Rang. Auch am Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz in Germersheim versah er durch viele Jahre einen Lehrauftrag für moderne politische Geschichte. Er war ein begeisterter und ein faszinierender Lehrer. Damit ließ er es jedoch nicht genug sein. Er übernahm eine Reihe von Ehrenämtern. Mit großem Elan setzte er sich für die Idee der europäischen Einigung ein. Diesem Themenkreis galten viele seiner Vorträge, ein anderer Schwerpunkt war die deutsch-polnische Verständigung. Von 1950 bis 1954 war er maßgeblich an der Herausgabe der 'Dokumente. Zweimonatsschrift im Dienst der Übernationalen Begegnung' beteiligt, einem Periodikum, das sich besonders dem deutsch-französischen Ausgleich zuwandte. Lange Jahre war er Président du Bureau du Centre International de Formation Européenne (CIFE) und Vorsitzender der deutschen Sektion dieser Vereinigung, nämlich des Europäischen Bildungsinstituts e.V. in Bonn. Auch in anderen Organisationen hatte er Funktionen. All das beanspruchte ihn zeitlich sehr, und so ist es nicht verwunderlich, daß der Druck der Studie über die Auswanderung aufgeschoben wurde.

Je mehr Zeit verstrich, desto skeptischer wurde Smolka hinsichtlich der Veröffentlichung, und schließlich verzichtete er darauf. Er hatte Bedenken, ob der mitteleuropäische Standpunkt, von dem aus er das Problem diskutiert hatte, nicht als Apologie einer handfesten Expansions- und Machtpolitik mißverstanden werden könne. Bei seiner Kennzeichnung der Auswanderung als versäumte Gelegenheit und als Fehlleistung ging er indessen von sehr anderen Überlegungen aus. Er war stets der Ansicht, daß eine strikt nationalstaatliche Organisation in Mitteleuropa besser unterblieben wäre; für den Donaauraum hielt er sie ohnehin für

11 Köhler, *Der Historiker ...*, S. 10.

unangemessen. So galt ihm die Verdrängung Österreichs aus Deutschland im Jahre 1866 als falsch und folgenreich. Lieber hätte er eine Reform des Bundes gesehen. Den von Österreich 1863 dem Frankfurter Fürstentag gemachten Vorschlag hielt er für einen fruchtbaren Ansatz. Eine sinnvolle Umgestaltung des Bundes hätte es ermöglicht, Mitteleuropa und den Donaauraum in seiner "organischen und natürlichen Einheit" zu erhalten¹², Europa damit zu stabilisieren und den Druck der im Osten heranwachsenden Weltmacht zu mindern. Daß die Ordnung der Region "allen Beteiligten gerecht" sein müsse, war ihm selbstverständlich¹³. Auf Constantin Frantz gab er viel, er hielt seine Vorschläge für eine sinnvolle Alternative zu Bismarcks Deutschlandpolitik. Damit formulierte er Überlegungen, die vor einer Generation viel seltener waren als heute; immerhin wird der Deutsche Bund inzwischen in Teilen der Literatur erheblich positiver bewertet als damals¹⁴. Eine Lenkung der deutschen Massenauswanderung nach Südosteuropa hätte seines Erachtens die Staaten des Bundes enger zusammengeführt, die Donaumonarchie in sich stärker verklammert und damit den Einschnitt des Jahres 1866 verhindert. Da sich aber die Lösung Bismarcks durchsetzte, wurde das habsburgische Völkerreich so geschwächt, "daß die durch das Nationalitätenprinzip entfesselten zentrifugalen Tendenzen schließlich siegten"¹⁵ und der Donaauraum auf die Dauer balkanisiert wurde. Die Trennung Deutschlands von Österreich war nach Smolka der Auftakt zur Selbstzerstörung Europas im 20. Jahrhundert.

12 *Georg Smolka*, Um den Donaauraum, in: *Junge Front*, 3. Jg., Nr. 12, 25.3.1934, vgl. *Gotto*, *Junge Front*, S. 94 ff.

13 Ebenda.

14 Vgl. z.B. *Roman Schnur*, Mitteleuropa in preußischer Sicht. Constantin Frantz, in: *Der Staat*, 25, 1986, S. 545-573, *Wolf Dietrich Gruner*, Der Deutsche Bund als Band der deutschen Nation 1815-1866, in: Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.), *Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen*, Frankfurt/Main 1992, S. 49-79, *Karl Otmar von Aretin*, Deutsche Einheit aus historischer Sicht, in: Günter Eifler/Otto Saame (Hrsg.), *Gegenwart und Vergangenheit deutscher Einheit*, Wien 1992, S. 15-34.

15 S. o. S. 275.

Über die Berechtigung einer solchen Sehweise läßt sich lange diskutieren; der Verfasser dieses Nachworts hat darüber in den Jahren 1963 bis 1970 mit Smolka während seiner Assistententätigkeit bei ihm manches Gespräch geführt. Smolka gab zu, daß die kleindeutsche Reichsgründung den wirkenden Kräften des 19. Jahrhunderts eher entsprach als eine mitteleuropäische Lösung, die er selbst bevorzugt hätte, meinte aber, daß die Situation vor 1866 noch offen war. Auch wußte er, daß die Neue Welt und insbesondere die nordamerikanische Union für die deutschen Auswanderer viel attraktiver war als der europäische Südosten – "Amerika bot größere persönliche Freiheit und größere materielle Vorteile"¹⁶ –, daß eine Umlenkung des Stroms nach Osten mithin sehr schwierig und sicher nur partiell gelungen wäre und erhebliche Wandlungen in der Donaumonarchie selbst vorausgesetzt hätte, aber er hielt derlei Entwicklungen keineswegs für von vornherein ausgeschlossen. Und es schien ihm nicht richtig, allein auf die vergangene Faktizität zu blicken und nicht über Alternativen nachzudenken.

Als Smolka seine Habilitationsarbeit schrieb, war das Thema wegen mancher nationalistischer Töne in der älteren Literatur im Schatten des Dritten Reiches noch tabuisiert. Ihn störte das nicht, denn er hatte sich wegen seines Verhaltens unter der Diktatur nichts vorzuwerfen. Und zur Sache hatte er sehr viel zu sagen. Man darf ohne Zögern davon sprechen, daß es sich um eine Pionierstudie handelt, die mit weitem Blick den Gesamtbereich der deutschen Migration über die Landesgrenzen vom 18. Jahrhundert bis 1866 ausmaß und vieles ansprach, mit dem sich die Forschung seither eingehender beschäftigt hat. Deshalb verdient es die Arbeit auch jetzt noch, vier Jahrzehnte nach ihrer Niederschrift, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. Natürlich wäre es nicht angängig gewesen, sie durch Kürzungen an heutige Sehweisen anzupassen, also den großdeutsch-mitteleuropäischen Aspekt zu streichen; das hätte ihr die eigentümliche Färbung genommen. Ebenso verbot es sich, die seit 1953 erschienene Literatur in die Anmerkungen einzuarbeiten. Aber es dürfte dienlich sein, wenn hier noch kurz der Blick auf den Gang der Forschung bis 1953 und seither gerichtet wird.

II.

Die Literatur zur deutschen Auswanderung ist inzwischen sehr umfangreich. Viele Jahrzehnte hindurch ging es dabei freilich vor allem um praktische Ratschläge, persönliche Erfahrungsberichte oder politische Diskussionsbeiträge. Die Autoren dieser Schriften und Aufsätze wollten den Auswanderern Hilfestellung geben oder die Öffentlichkeit für das Problem interessieren, um eine wissenschaftliche Analyse ging es ihnen weniger; dieses Bestreben leitete am ehesten Statistiker¹⁷. Eine erste systematische Durchdringung versuchte Robert von Mohl schon 1847¹⁸. Grundlegendes leistete dann eine Generation später der aus Frankfurt am Main stammende, aber von jungen Jahren an in London wirkende Geograph und Kartograph Ernst Georg Ravenstein mit seiner Abhandlung 'The laws of migration', der weitere einschlägige Veröffentlichungen folgten¹⁹. Seine Arbeiten waren für ein halbes Jahrhundert bei der theoretischen Erfassung des Phänomens sehr einflußreich. Im letzten Viertel des 19. Jh.s wurde die wissenschaftliche Diskussion über Migrationen immer intensiver. Eine erste große Zusammenschau über die Auswanderung aus Deutschland und die damit zusammenhängenden Probleme während des 19. Jh.s brachte die 1892 von dem damals an der

-
- 17 Vgl. etwa *Carl Wilhelm Friedrich Dieterici*, Über Aus- und Einwanderungen, letztere in besonderer Beziehung auf den preußischen Staat, vom statistischen Standpunkte, Berlin 1847; *Theodor Bödiker*, Die preußische Auswanderung und Einwanderung seit dem Jahre 1844 auf Grund amtlicher Quellen, Düsseldorf 1879.
- 18 *Robert von Mohl*, Über Auswanderung, in: *Zeitschrift f. d. ges. Staatswiss.*, 4, 1847, S. 320-348.
- 19 *Ernst Georg Ravenstein*, The laws of migration, London 1876; *ders.*, Die Gesetze der Wanderung, I., in: György Szell (Hrsg.), Regionale Mobilität. Elf Aufsätze, München 1972, S. 41-64; *ders.*, Die Gesetze der Wanderung, II, ebenda, S. 65-94 (= The laws of migration, in: *Journal of the Royal Statistical Society*, XLVIII, 2, 1885, S. 167-227 und Bd. LII, 1889, S. 241-301).

Universität Freiburg tätigen Nationalökonom *Eugen von Philippovich* im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik herausgegebene umfangreiche Aufsatzsammlung über Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland²⁰. Hier fand der Leser gründliche Informationen über die mit der Auswanderung zusammenhängenden Einrichtungen und Regelungen in Baden, Bayern, Hessen, Mecklenburg, Preußen, Sachsen, Württemberg, Bremen und Hamburg. Daß die Auswanderungspolitik dabei vergleichsweise stark berücksichtigt wurde, erklärt sich aus dem politischen Kontext der Entstehung des Buches: Damals stand das 1897 verabschiedete Reichsauswanderungsgesetz zur Diskussion. Der Band war sogleich ein Standardwerk und blieb es für geraume Zeit. Etwa gleichzeitig veröffentlichte der Verein für Sozialpolitik auch Studien über die Einwanderungspolitik der Hauptaufnahmeländer²¹. In der Folge behielten Nationalökonom und Statistiker bei der Beschäftigung mit den Migrationen eine wichtige Rolle, nach wie vor auch bei ihrer historischen Aufarbeitung. *Wilhelm Mönckmeier* gab 1912 einen problembewußten und instruktiven Gesamtüberblick über die überseeischen Wanderungen aus Deutschland und konzentrierte sich dabei stark auf eine genaue statistische Erfassung. Im gleichen Jahr legte auch *Fritz Josephy* eine volkswirtschaftlich orientierte Studie über die deutsche Amerikawanderung vor, freilich beschränkt auf die Zeit ab 1871²². Die komplexe Problematik der internationalen Arbeitskräftewanderungen,

20 Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland. Berichte über die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des Auswanderungswesens in den Einzelstaaten und im Reich. Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik hrsg. von *E. v. Philippovich*, Leipzig 1892 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 52).

21 Vgl. z.B. *Richmond Mayo-Smith*, Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 72, Leipzig 1892, S. 213-272; *R. A. Hehl*, Die Entwicklung der Einwanderungsgesetzgebung in Brasilien, ebenda., S. 273-302.

22 *Wilhelm Mönckmeier*, Die deutsche überseeische Auswanderung seit 1871 unter besonderer Berücksichtigung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ein volkswirtschaftlicher Beitrag zur Geschichte der deutschen Auswanderung, Berlin 1912.

wie sie sich seit dem ausgehenden 19. Jh. herausgebildet hatte, beschrieb Imre Ferenczi²³.

In der Zwischenkriegszeit analysierte der junge Leipziger Nationalökonom Karl C. Thalheim die deutsche Auswanderung der Nachkriegsjahre, und zwar nicht nur die nach Übersee, sondern ebenso auch über die trockenen Grenzen. Er bezog zudem die Binnenwanderung mit ein und behandelte abschließend die Einwanderungspolitik der Aufnahmeländer²⁴. Einige Jahre später bemühte sich Friedrich Burgdörfer um eine sorgfältige statistische Erfassung des Abzugs aus Deutschland, wobei er sich wegen der Quellenlage überwiegend auf die transatlantischen Migrationen konzentrierte²⁵.

Natürlich fand die Auswanderung bald auch ein familien-, orts- oder landesgeschichtliches Interesse, wobei Amateurchistoriker anfänglich eine sehr große und in der Folge wenigstens für die Familien- und die Ortsgeschichte weiterhin eine bedeutende Rolle spielten und immer noch spielen. In diese Gruppe gehörte auch Daniel Häberle, der den Auswanderungen der Pfälzer im 18. Jahrhundert 1909 eine informative und anschaulich geschriebene Gesamtdarstellung widmete²⁶. Je mehr die Universitätshistoriker auch die jüngere Vergangenheit als Arbeitsbereich entdeckten, desto häufiger wurden regional begrenzte Studien über die Auswanderung in Angriff genommen, in der Regel als Dissertationen. Dabei wurden die Fragestellungen schnell verfeinert. Die Untersuchung von Ernst Unbehend über die Pfalz im 19. Jh. ließ gewiß noch

23 *Emerich Ferenczi*, Die Arbeitslosigkeit und die internationalen Arbeiterwanderungen. Bericht an das internationale Komitee der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Jena 1913.

24 *Karl C. Thalheim*, Das deutsche Auswanderungsproblem der Nachkriegszeit, Jena 1926.

25 *Friedrich Burgdörfer*, Die Wanderungen über die Deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 20. Bd., 1930, S. 161-196, S. 383-419 und S. 537-551.

26 *Daniel Häberle*, Auswanderung und Koloniegründungen der Pfälzer im 18. Jahrhundert, Kaiserslautern 1909.

viele Wünsche offen²⁷, und auch die Arbeit von Hildegard Rosenthal über Sachsen aus dem Jahre 1931 wurde dem Thema nicht ganz gerecht, zumal sie zeitlich zu früh abbrach²⁸. Befriedigend dagegen waren die Studien von Adolf Gerber über die Auswanderung aus Nassau-Dillenburg im 18. Jahrhundert, von Joseph Scheben über die Eifel und von Hans Richter über Hessen im 19. Jahrhundert²⁹. Es folgten 1936 Arbeiten von Max Müller über Württemberg, 1939 von Renate Vowinckel, einer Volkswirtin, über Baden und von Robert Mörsdorf über das Birkenfelder Land³⁰, schließlich 1941 die Untersuchung von Karl Kiel über den Regierungsbezirk Osnabrück von 1823-1866 und 1942/43 die Arbeit von Johannes Ostendorf über den Abzug aus dem oldenburgischen Amt Damme in dem halben Jahrhundert zwischen 1830 und 1880³¹. Scheben, der einige Jahre später auch mit einer wegweisenden Untersuchung zur Methodik der Auswanderungsforschung hervortrat³², Vowinckel, Mörs-

-
- 27 *Ernst Unbehend*, Die Auswanderung aus der Rheinpfalz seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Diss. rer. pol. Würzburg 1922 (Masch.).
- 28 *Hildegard Rosenthal*, Die Auswanderung aus Sachsen im 19. Jahrhundert (1815-1871), Stuttgart 1931.
- 29 *Adolf Gerber*, Die Nassau-Dillenburger Auswanderung nach Amerika im 18. Jahrhundert, Flensburg 1930; *Joseph Scheben*, Eifeler Amerika-Auswanderung im 19. Jahrhundert, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 2, 1932, S. 257-277; *Hans Richter*, Hessen und die Auswanderung 1815-1855, in: Mitteilungen des Oberhess. Geschichtsvereins, NF 32, Gießen 1934, S. 49-139.
- 30 *Max Müller*, Ursachen und Ziele der schwäbischen Auswanderung, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 42, 1932, S. 184-218; *Renate Vowinckel*, Ursachen der Auswanderung, gezeigt an badischen Beispielen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1939; *Robert Mörsdorf*, Die Auswanderung aus dem Birkenfelder Land, Bonn 1939.
- 31 *Karl Kiel*, Gründe und Folgen der Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Osnabrück nach den Vereinigten Staaten, im Lichte der hannoverschen Auswanderungspolitik betrachtet (1823-1866), Phil. Diss. Münster 1941, auch in: Mitt. d. Vereins f. Geschichte u. Landeskunde von Osnabrück, 61, 1941, S. 86-176; *Johannes Ostendorf*, Zur Geschichte der Auswanderung aus dem alten Amt Damme (Oldb.), insbesondere nach Nordamerika, in den Jahren 1830-1880, in: Oldenburger Jahrbuch, Bd. 46/47, 1942/43, S. 164-297.

dorf, Kiel und Ostendorf gingen ihr Thema mit ausgeprägten sozialgeschichtlichen Fragestellungen an, ließen aber auch die jeweilige rechtliche und politische Situation nicht aus dem Blick. Es handelte sich samt und sonders um sehr solide Studien, die für das 18. Jahrhundert resp. für die Mitte des 19. ein gutes Gesamtbild der Wanderungen gaben. Miller und Vowinckel berührten in ihren Studien auch den Abzug nach Ost- und Südosteuropa; diese Wanderungsrichtung war bis etwa 1820 ja erheblich wichtiger als die nach Westen. Dem entsprach es, daß eine umfangreiche Literatur über diese Migrationen entstand. Aus der Fülle der Titel sei hier nur auf die wichtigen Arbeiten von Josef Kallbrunner und Konrad Schünemann verwiesen³³.

Einen eher knappen Überblick über die Entwicklung des Auswanderungsrechts seit dem 17. Jahrhundert vermittelte Adolf Krome; er beschäftigte sich dabei vor allem mit der Entstehung des Reichsgesetzes von 1897. Die Stellung der Staats- und Regierungsbehörden zur Auswanderung im Rheinland während des 18. und 19. Jahrhunderts machte sich Hermann van Ham zum Thema³⁴. Mit breitem Rückgriff auf die

-
- 32 *Joseph Scheben*, Untersuchungen zur Methode und Technik der deutsch-amerikanischen Wanderungsforschung, an Hand eines Vergleichs der Volkszählunglisten der Township Westfalia, Clinton County, Michigan, vom Jahre 1860 mit Auswanderungsakten des Kreises Adenau (Rheinland), Bonn 1939. Hier wurde also die Brücke vom Aufbruchs- zum Niederlassungsort geschlagen.
- 33 *Konrad Schünemann*, Die Entwicklung der thesesianischen Impopulation (1770/71), in: Jb. des Wiener Ungarischen Historischen Instituts, 1. Jg., Budapest 1931, S. 167-213; *ders.*, Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia, 1. Bd., Berlin 1935 (mehr nicht erschienen); *Josef Kallbrunner*, Die deutsche Auswanderung nach dem Südosten in der Neuzeit, in: KorrBl. des Gesamtvereins d. Geschichtsvereine Deutschlands, 78, 1930, Sp. 173-178; *ders.*, Zur Geschichte der deutschen Siedlung in Südosteuropa. I. Die Banater Kolonisation unter Karl VII. und der jungen Maria Theresia bis 1753, in: Mitt. d. Deutschen Akademie, 11. Jg., 1936, S. 552-564; *ders.*, Deutsche Wanderungen nach Siebenbürgen in neuerer Zeit, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 2, 1938, S. 668-687.
- 34 *Adolf Krome*, Die Entwicklung der Auswanderung und ihre gesetzliche Regelung in Deutschland, Diss. rer. pol. Würzburg 1922; *Hermann van Ham*, Die Stellung des Staates und der Regierungsbehörden zum Auswanderungsproblem im 18.

Publizistik handelte 1935 Ewald Schnitzer über die Stellung der deutschen öffentlichen Meinung zum Abzug nach Nordamerika. Der nationalpolitischen Perspektive, also dem Bedauern über den Verlust an Volkskraft, den Bemühungen, den Ausgewanderten in der neuen Heimat bei der Bewahrung ihrer ethnischen Identität zu helfen, und den Ansätzen zu einer Auswanderungspolitik des Bundes widmete er dabei seine besondere Aufmerksamkeit³⁵. Mit dem Auswandererverkehr über See von etwa 1815 bis zur Mitte der 60er Jahre befaßte sich im Rahmen von Studien zur Geschichte der deutschen Seefahrt sehr kenntnisreich der aus Bremen stammende, in Münster lehrende Historiker Hermann Wätjen³⁶.

Die Auswanderungsforschung in Deutschland kam, nachdem sie schon früh sehr beachtliche Standardwerke wie den von Philippovich betreuten Sammelband oder die Studie von Mönckmeier erbracht hatte, in der Zwischenkriegszeit mit der Bearbeitung weiterer Regionen und spezieller Fragestellungen ein tüchtiges Stück voran. Sie begleitete den Abziehenden bei den transatlantischen Migrationen – anders als bei den europäischen Wanderungen, wo Weggang und Einrichtung in der neuen Heimat recht eng miteinander verknüpft wurden – aber allenfalls bis in den transatlantischen Ankunftshafen und überließ ihn dort seinem Schicksal als Immigrant.

Das hatte praktische Gründe, nämlich die Nähe zu den Quellen. Die Einwanderungsforschung blieb sehr lange in ausgesprochenem Maße ein Thema für Immigranten oder deren Abkömmlinge. Die erste zusammenfassende Darstellung des Deutschamerikanertums in deutscher Sprache machte dabei freilich eine Ausnahme. Der Jurist und Historiker Franz Löher trat 1847 gegen Ende einer langen Studienreise nach Ka-

und 19. Jahrhundert, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 6, 1942, S. 261-309.

35 *Ewald Schnitzer*, *Der Nationalgedanke und die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Diss. Phil. Leipzig 1935.

36 *Hermann Wätjen*, *Aus der Frühzeit des Nordatlantikverkehrs. Studien zur Geschichte der deutschen Schifffahrt und deutschen Auswanderung nach den Vereinigten Staaten bis zum Ende des amerikanischen Bürgerkriegs*, Leipzig 1932.

nada und in die Vereinigten Staaten mit einem in Cincinnati gedruckten Buch über die Geschichte der Deutschamerikaner und ihre Lebensverhältnisse hervor und kehrte dann nach Deutschland zurück. Einen Teil seines unterwegs gesammelten Materials verarbeitete er auch in der Schrift 'Des deutschen Volkes Bedeutung in der Welt'³⁷. Dieser Titel war charakteristisch: Nationaler Stolz führte die Feder, und so betonte er denn stark, was die Deutschen für ihre Aufnahmeländer und speziell für die USA getan hatten, wobei er mehrfach über das Ziel hinausschoß. Den durch die Migration verursachten Verlust an deutscher Volkskraft bedauerte er. Gleich ihm gingen viele Deutschamerikaner an die Geschichte ihrer Bevölkerungsgruppe heran. Es entwickelte sich in genauer Parallele zu den deutschen Arbeiten über die Abwanderung eine sehr detaillierte und deskriptive Familien-, Orts- und Regionalgeschichtsschreibung. Dabei wollten die Autoren die Leistungen der Einwanderer für Amerika herausarbeiten. Die Resultate wurden schließlich in übergreifenden Darstellungen zusammengefaßt. Hier ist vornehmlich das Werk von A.B. Faust zu nennen³⁸. In der Zwischenkriegszeit wurden die Fragestellungen vertieft. Jetzt wandte sich das Interesse an den Immigranten verstärkt den Fragen der Akkulturation zu. Die Anstöße gingen vor allem von der new immigration aus, aber natürlich wirkte das auch auf die Beschäftigung mit den deutschen Einwanderern zurück. Die Vorreiter dieser Entwicklung waren Sozialwissenschaftler, namentlich Soziologen. Unter den Historikern legte Marcus Lee Hansen 1927 einen wegweisenden Aufsatz vor und faßte darin die der Beantwortung harrenden Fragen zusammen. Sein Programm löste er mit seinem erst postum erschienenen Buch 'The Immigrant in American History' ein. Er

37 *Franz Löher*, *Geschichte und Zustände der Deutschen in Amerika*, Cincinnati 1847, 2. Aufl., Göttingen 1855; *ders.*, *Des deutschen Volkes Bedeutung in der Weltgeschichte*, Cincinnati 1847.

38 *Albert Bernhardt Faust*, *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung*, Leipzig 1912 (am.: *The German Element in the United States with special Reference to its Political, Moral, Social and Educational Influence*, 2 Bde, Boston/New York 1909).

betonte, daß man Aus- und Einwanderung als verschiedene Etappen ein- und desselben Prozesses ansehen müsse³⁹.

Die Eingliederung der Deutschen in den anderen Aufnahmeländern wurde ebenfalls in zahlreichen Arbeiten behandelt. Hierbei spielten deutsche Autoren eine vergleichsweise größere Rolle als bei der Erforschung der Einwanderung in die USA⁴⁰.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging das wissenschaftliche Interesse an den Migrationen des 18. und 19. Jahrhunderts in Deutschland zunächst zurück, aber natürlich gab es auch jetzt noch Veröffentlichungen zu diesem Thema, so die Studie von Heinrich Neu über das Rheinland⁴¹. Das Jahr 1953, in dem Smolka seine Habilitationsschrift abschloß und einreichte, brachte sodann eine bemerkenswerte Häufung von Titeln. Ludwig Beutin ging in seiner sehr gründlichen Studie über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bremen und Amerika gebührend auch auf das Auswanderungswesen ein, war Bremen doch einer der wichtigsten Ausfuhrhäfen. Herbert Hitzemann widmete der Auswanderung aus dem Fürstentum Lippe eine solide sozialgeschichtliche Untersuchung und Theodor Penners tat dasselbe für den Regierungsbezirk Lüneburg; beide knüpften so an die Arbeiten von Richter, Kiel oder Ostendorf an. Harald W. Tetzlaff beschäftigte sich in seiner juristischen Dissertation über das deutsche Wanderungswesen mit den staats- und völkerrechtlichen Aspekten dieses Prozesses, und zwar von den Anfängen im 17. Jahrhundert an⁴². Von den in den folgenden Jahren erscheinenden Ar-

39 *Marcus Lee Hansen*, The History of American Immigration as a Field for Research, in: AHR 32, 1926/27, S. 500-518; *ders.*, The Atlantic Migration 1607-1860: A History of the continuing Settlement of the United States, Cambridge/Mass. 1940; *ders.*, The Immigrant in American History, Cambridge/Mass. 1941, dt.: Der Einwanderer in der Geschichte Amerikas, Stuttgart 1948.

40 Vgl. etwa *Heinz Lehmann*, Zur Geschichte des Deutschtums in Kanada, Bd. 1, Ostkanada, Stuttgart 1931.

41 *Heinrich Neu*, Die rheinische Auswanderung nach Amerika bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, Bd. 144/45, 1946/47, S. 103-140.

42 *Ludwig Beutin*, Bremen und Amerika. Zur Geschichte der Weltwirtschaft und der Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten, Bremen 1953; *Her-*

beiten seien besonders die von Eva Schünzel über die deutsche Auswanderung in der frühen Neuzeit⁴³ und die von Rolf Engelsing über Bremen als Auswanderungshafen⁴⁴ genannt. Schünzel gab eine dichte und nuancenreiche Darstellung des Prozesses im 17. und 18. Jahrhundert, und Engelsing zeigte in seiner breit angelegten, höchst gründlichen Arbeit, wie Bremens Schifffahrt mit der Auswanderung groß wurde. Neben den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekten der Auswanderung über Bremen vergaß er die einschlägige Rechtsentwicklung nicht, und stets blickte er auch auf das konkurrierende Hamburg.

In den rund zwei Menschenaltern zwischen dem Erscheinen des von Philippovich betreuten Bandes und etwa 1960 war so durch zahlreiche Autoren ein solider Kenntnisstand erarbeitet worden. Die Zeit war reif zu einer Gesamtdarstellung. Sie wurde – allerdings beschränkt auf die Hochflut im 19. Jahrhundert – von einem Amerikaner vorgelegt: 1964 erschien 'Germany and the Emigration 1816-1864' von Mack Walker⁴⁵. Konzeptionell hatte Walkers Arbeit manche Gemeinsamkeit mit der von Smolka, eine unmittelbare Anregung muß aber ausgeschlossen werden, da Walker keine der von Smolka veröffentlichten Arbeiten kannte. Auch er fragte nach den Gründen, die den Entschluß so vieler Menschen zum Weggang aus Deutschland reifen ließen, beschrieb die einzelnen Phasen der Migrationen und die sich verbessernden Reisemöglichkeiten und stellte das ganze Thema vor den Hintergrund der öffentlichen Meinung in Deutschland, wobei er die kolonialen Sehnsüchte der Deutschen breit berücksichtigte. Die Sehweise war fruchtbar, die Lektüre demzufolge

bert Hitzemann, Die Auswanderung aus dem Fürstentum Lippe, Phil. Diss. Münster 1953; *Theodor Penners*, Entstehung und Ursachen der überseeischen Auswanderungsbewegungen im Lande Lüneburg vor 100 Jahren, in: Lüneburger Blätter, 4. Heft, 1953, S. 102-129; *Harald Wilhelm Tetzlaff*, Das deutsche Auswanderungswesen unter besonderer Berücksichtigung der Übervölkerung Deutschlands, in staats- und völkerrechtlicher Sicht, Diss. iur. Göttingen 1953.

43 *Eva Schünzel*, Die deutsche Auswanderung nach Nordamerika im 18. und 19. Jahrhundert, Phil. Diss. Würzburg 1959.

44 *Rolf Engelsing*, Bremen als Auswandererhafen 1683-1880, Bremen 1961.

45 *Mack Walker*, Germany and the Emigration 1816-1885, Cambridge/Mass. 1964.

sehr anregend. Es handelt sich um einen sehr wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Auswanderung.

Inzwischen hatte die Beschäftigung mit den Migrationen allenthalben einen deutlichen Schub erhalten, namentlich die über den Nordatlantik während des 19. Jahrhunderts. Auf dem Internationalen Historikerkongreß zu Stockholm war das Thema 1960 zur Diskussion gestellt worden; dabei hatte der englische Historiker Frank Thistlethwaith sehr präzise die zu erörternden Fragen umrissen⁴⁶. In der Folge waren in verschiedenen Ländern größer angelegte Forschungsprojekte in Angriff genommen worden, die mittelfristig sehr solide Resultate erbrachten; hier ist besonders auf Skandinavien zu verweisen⁴⁷.

In Deutschland faßte Victor v. Hagen 1970 den Kenntnisstand über die Amerikawanderung während des 18. und 19. Jahrhunderts in einem Sachbuch populär zusammen⁴⁸. Im gleichen Jahre legte Peter Marschalck einen knappen und stark theoretisch orientierten Überblick über die deutsche Überseewanderung des 19. Jahrhunderts in Bochum als Dissertation vor⁴⁹. Er ging von der Bewertung des Prozesses in der damaligen öffentlichen Meinung aus, skizzierte die verschiedenen Phasen des Abzugs, untersuchte die Soziologie der Migranten und nahm auch die Folgen der Auswanderung in den Blick. Zudem versuchte er den Umfang der Bewegung annähernd zu schätzen. Sein Resultat, daß näm-

46 *Frank Thistlethwaith*, Migration from Europe Overseas in the Nineteenth and Twentieth Centuries, in: XIe Congrès International des Sciences Historiques, Rapport V, Uppsala 1960, S. 32-60.

47 Vgl. die Hinweise bei *Günter Moltmann*, Die deutsche Auswanderung in überseeische Gebiete. Forschungsstand und Forschungsprobleme, in: *Der Archivar*, 32. Jg., 1979, Sp. 57-66, sowie in: Willi Paul Adams (Hrsg.), *Die deutschsprachige Auswanderung in die Vereinigten Staaten. Berichte über Forschungsstand und Quellenbestände*, Berlin 1980, S. 10-27. Eine Bilanz nach 15 Jahren Forschung zog *Sune Akerman*, *From Stockholm to San Francisco: The Development of the Historical Study of External Migration*, Uppsala 1975.

48 *Victor W. v. Hagen*, *Der Ruf der neuen Welt. Deutsche bauen Amerika*, München 1970.

49 *Peter Marschalck*, *Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung*, Stuttgart 1973.

lich die Auflösung der agrarischen Sozialordnung zu einem starken Mißverhältnis von Bevölkerung und Raum geführt habe, das kurzfristig nur durch einen Massenabzug bereinigt werden konnte, bis die Industrialisierung eine Entlastung brachte, hätte freilich keinen der älteren Autoren überrascht.

Sehr große Verdienste um die Erforschung der deutschen Auswanderung erwarb sich der Hamburger Historiker Günter Moltmann. Seit Beginn der 70er Jahre vergab er regelmäßig Themen zur Auswanderung an Studenten, die unter seiner Betreuung ihr Studium abschlossen. Erste Ergebnisse publizierte er in einem Sammelband 1976. Darin wurde von Christine Hansen die These von der Auswanderung als sozialem Sicherheitsventil während des 19. Jahrhunderts diskutiert. Harald Focke beschäftigte sich mit Friedrich List und seinem Verhältnis zur südwestdeutschen Auswanderung, und Michael Kuckhoff beleuchtete die Auswanderungsdiskussion während der Revolution von 1848/49. Moltmann selbst behandelte die Abschiebung von Sträflingen im Rahmen der Auswanderung⁵⁰. Einige Jahre später brachte Moltmann eine umfangreiche Dokumentation über die südwestdeutschen Massenauswanderungen während der Hungerjahre 1816/17 heraus. Er belegte zunächst die materielle Situation in Württemberg und Baden in jenen beiden Jahren und die daraus sich ergebende Bereitschaft zum Abzug. Breiten Raum räumte er der von List in amtlichem Auftrag durchgeführten Befragung der Auswanderer aus Württemberg ein. In zeitgenössischen Zeugnissen beschrieb er sodann die Reise zu den Einschiffungshäfen in Holland, die Überfahrt nach Amerika, die Bemühungen Hans von Gagerns, den Deutschen Bund für die Probleme dieses Massenexodus zu interessieren und, durch die Mission Fürstenwärther, zu erkunden, wie die Situation der Deutschen in Amerika möglichst günstig gestellt werden könne. Des weiteren behandelte er die Reaktion in Amerika auf die Immigrationswelle, beleuchtete die Situation der Rückwanderer und fragte schließlich nach der Beurteilung der Bewegung durch kompetente Beobachter, die

50 Aufbruch nach Amerika. Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816/17. Dokumentation einer sozialen Bewegung. Unter Mitarbeit von Ingrid Schöberl hrsg. von Günter Moltmann, Tübingen 1979.

in der Heimat verblieben. Das Buch ist eine sehr verdienstvolle Quellensammlung, die sich streng an Moltmanns Programm ausrichtet, daß Aus- und Einwanderung als einheitlicher Prozeß gesehen werden müssen. Daß eines der darin enthaltenen Zeugnisse, die sogen. Laichinger Hungerchronik, einige Jahre später als Fälschung aus dem Jahre 1916 entlarvt wurde, mindert den Wert des Werkes keineswegs⁵¹.

Für einige Jahre konnte die Migrationsgeschichte in Hamburg im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Projektes 'Deutsch-amerikanische Wanderungsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts im Kontext der Sozialgeschichte beider Länder' betrieben werden. Aus der langen Reihe der auf Anregung Moltmanns in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten entstandenen und ein breites und bis dahin wenig oder gar nicht benutztes Quellenmaterial ausschöpfenden Arbeiten seien nur einige genannt. Die Resultate etlicher kleinerer Studien wurden 1976 aus Anlaß einer Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte zum Andenken an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 200 Jahre zuvor in einem schmalen Bändchen "...nach Amerika!" publiziert. Da war die Rede von der Unterbringung und Einschiffung der Auswanderer in Hamburg (Birgit Wagner), von den hamburgischen gesetzlichen Regelungen über den Auswandererverkehr (Ingrid Schöberl) oder von der Tätigkeit der konfessionellen Auswanderungsvereine in Hamburg (Almut Mehner)⁵². Hartmut Bickelmann gab in seiner Dissertation (1978) ein umfassendes Bild der deutschen Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit⁵³. In ebenfalls sehr quellensatten Studien untersuchten Ingrid Schöberl die amerikanische Einwanderungswerbung in Deutschland, Agnes Bretting die Tätigkeit und Bedeu-

-
- 51 *Günter Randecker*, Die Hungerjahre 1816/17 auf der Münsinger Alb – zwei Chroniken zum Symposium; Die Laichinger Hungerchronik, kritisch geprüft am 25. März 1988 in Münsingen, Münsingen 1988.
- 52 "...nach Amerika!" Auswanderung in die Vereinigten Staaten. Ausstellung aus Anlaß der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 4. Juli 1776, Hamburg 1976, die erwähnten Aufsätze dort S. 25 ff., S. 33 ff. und S. 43 ff.
- 53 *Hartmut Bickelmann*, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

tung der Auswanderungsagenturen in Deutschland im 19. Jahrhundert, Bickelmann die gleichzeitige Rolle der Auswanderervereine⁵⁴, ferner die der deutschen Gesellschaften in den Vereinigten Staaten, während sich Michael Just mit dem Interesse der deutschen Schiffahrtsgesellschaften an der Auswanderung während des 19. und 20. Jahrhunderts befaßte⁵⁵. In ihrer 1977 angenommenen Dissertation machte Agnes Bretting sich die Akkulturationsprobleme der deutschen Immigranten in New York City zwischen 1800 und 1860 zum Thema⁵⁶ und drang dabei ähnlich in die Tiefe wie kurz vor ihr die Amerikanerin Kathleen Neils Conzen in ihrer wenig älteren vorbildlichen Untersuchung über die Deutschen in Milwaukee⁵⁷. In einer weiteren Studie befaßte Bretting sich mit der Entwicklung der deutschen Siedlungsviertel in New York zwischen 1830 und 1930⁵⁸. Reinhard Doerries publizierte einige kleinere Arbeiten zu religiösen Aspekten der Migrationen und untersuchte in seiner Habilitationsschrift die Akkulturationsprobleme von Deutschen und Iren in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr fruchtbar im Ver-

-
- 54 *Ingrid Schöberl*, Amerikanische Einwandererwerbung in Deutschland 1845-1914, Stuttgart 1990; *Agnes Bretting*, Funktion und Bedeutung der Auswanderungsagenturen in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Agnes Bretting und Hartmut Bickelmann, Auswanderungsagenturen und Auswanderungsvereine im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 11-90; *Hartmut Bickelmann*, Auswanderungsvereine, Auswandererverkehr und Auswandererfürsorge in Deutschland 1815-1930, in: ebenda., S. 91-262.
- 55 *Hartmut Bickelmann*, Deutsche Gesellschaften in den Vereinigten Staaten und ihre Funktionen im deutsch-amerikanischen Wanderungsprozeß, in: Michael Just/Agnes Bretting/ Hartmut Bickelmann, Auswanderung und Schiffahrtsinteressen/"Little Germanies" in New York/Deuschamerikanische Gesellschaften, Stuttgart 1992, S. 105-216; *Michael Just*, Schiffahrtsgesellschaften und Amerika-Auswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, ebenda., S. 9-55.
- 56 *Agnes Bretting*, Soziale Probleme deutscher Einwanderer in New York City 1800-1860, Wiesbaden 1981.
- 57 *Kathleen Neils Conzen*, Immigrant Milwaukee 1838-1860. Accomodation and Community in a Frontier City, Cambridge/Mass. 1976.
- 58 *Agnes Bretting*, Deutsche Siedlungsviertel in New York City 1830-1930, in: Just/Bretting/Bickelmann (s. o. Anm. 55), S. 57-104.

gleich⁵⁹. Die hohe deutsche Auswanderungswelle in die britischen Kolonien Nordamerikas in der Mitte des 18. Jahrhunderts war das Thema der Dissertation von Andreas Brinck. Hier wurden Aus- und Einwanderungsforschung miteinander verbunden, die Übersiedler vom Heimatort in Deutschland bis zur Niederlassung in der neuen Welt begleitet⁶⁰. Die europäische Einwanderung in die USA zwischen dem Abschluß des Unabhängigkeitskrieges und etwa 1820 war Gegenstand der Habilitationsschrift von Hans-Jürgen Grabbe⁶¹. Es ist unverkennbar: Moltmanns im Wintersemester 1971/72 abgehaltenes Hauptseminar "Die überseeische Auswanderung als politisches und sozialgeschichtliches Problem" war, nimmt man die direkten und die indirekten Folgen, äußerst fruchtbar. Die 'Hamburger Schule', wie man guten Gewissens sagen kann, hat unseren Kenntnisstand außerordentlich vermehrt.

Aber auch andernorts stand die Forschung nicht still. Seit den 60er Jahren wurde die Auswanderung aus weiteren Regionen gründlich bearbeitet, naturgemäß zumeist für das 19. Jahrhundert. Für Nassau tat das Wolf Heino Struck, für Kurhessen Inge Auerbach⁶², für Württemberg auf herausragende und vorbildliche Weise Wolfgang von Hippel⁶³, für

-
- 59 *Reinhard R. Doerries*, *Iren und Deutsche in der Neuen Welt. Akkulturationsprozesse in der amerikanischen Gesellschaft im späten 19. Jahrhundert*, Wiesbaden 1986.
- 60 *Andreas Brinck*, *Die deutsche Auswanderungswelle in die britischen Kolonien Nordamerikas um die Mitte des 18. Jahrhunderts*, Stuttgart 1993.
- 61 *Hans-Jürgen Grabbe*, *Die europäische Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika 1783-1820*, Habilitationsschrift Hamburg 1990.
- 62 *Wolf-Heino Struck*, *Die Auswanderung aus dem Herzogtum Nassau (1815-1866). Ein Kapitel der modernen politischen und sozialen Entwicklung*, Wiesbaden 1966; *ders.*, *Die Auswanderung aus Hessen und Nassau in die Vereinigten Staaten*, in: *Nassauische Annalen*, 89, 1978, S. 78-114; *Inge Auerbach*, *Auswanderung aus Kurhessen*, in: Peter Assion (Hrsg.), *Der große Aufbruch. Studien zur Amerikaauswanderung*. Hess. Blätter für Volks- und Kulturforschung, Bd. 17, Marburg 1985, S. 19-50.
- 63 *Wolfgang von Hippel*, *Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur württembergischen Auswanderung und Auswanderungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1984.

die Pfalz neben der institutionell damit befaßten, von Karl Scherer geleiteten Heimatstelle Pfalz für das 17.-19. Jahrhundert Joachim Heinz, für das 19. Jahrhundert Sigrid Faltn⁶⁴, für die früher preußischen Teile des Saarlandes Josef Mergen⁶⁵, für Mecklenburg Erika Czalla⁶⁶. Im benachbarten Schleswig-Holstein suchte Kai Detlev Sievers durch eine Tagung Anstöße zu geben⁶⁷, eine umfassende Darstellung steht aber noch aus. Für Hessen legte Peter Assion eine instruktive Dokumentation vor, die das Thema von der allmählichen Entwicklung des Entschlusses zur Auswanderung bis zu den Lebensbedingungen in der neuen Heimat und dem Verhältnis zu den dortigen neuen Nachbarn⁶⁸ behandelte. Am Bei-

-
- 64 *Joachim Heinz*, "Bleibe im Lande und nähre dich redlich". Zur Geschichte der pfälzischen Auswanderung vom Ende des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, Kaiserslautern, 1989; *Sigrid Faltn*, Die Auswanderung aus der Pfalz nach Nordamerika im 19. Jahrhundert. Unter besonderer Berücksichtigung des Landkommissariates Bergzabern, Frankfurt/Main 1987. Aus der Tätigkeit der Heimatstelle Pfalz seien genannt: *Karl Scherer*, Zur Geschichte der Auswanderung aus dem Ober- und Mittelrheingebiet. Bemerkungen zur regionalen Auswanderungshistoriographie, in: Peter Brommer/Karl Heinz Debus/Hans Walter Herrmann, Inventar der Quellen zur Geschichte der Auswanderung 1500-1914 in den staatlichen Archiven von Rheinland-Pfalz und dem Saarland, Koblenz 1976, S. 11-19; *ders.* "...ist in Pennsilvanien gezogen...". Eine Skizze zur Geschichte der pfälzischen Auswanderung im 17. und 18. Jahrhundert, in: *ders.* (Hrsg.), Pfälzer – Palatines. Beiträge zur pfälzischen Ein- und Auswanderung sowie zur Volkskunde und Mundartforschung der Pfalz und der Zielländer pfälzischer Auswanderer im 18. und 19. Jahrhundert, Kaiserslautern 1981, S. 9-35.
- 65 *Josef Mergen*, Die Auswanderungen aus den ehemals preußischen Teilen des Saarlandes im 19. Jahrhundert, I., Voraussetzungen und Grundmerkmale, Saarbrücken 1973, II. Die Auswanderer, Saarbrücken 1987.
- 66 *Erika Czalla*, Die Auswanderung aus Mecklenburg nach Nordamerika in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: ein Beitrag zur Darstellung ihrer historischen und politisch-ökonomischen Ursachen, Diss. A. Rostock 1972.
- 67 *Kai Detlev Sievers* (Hrsg.), Die deutsche und skandinavische Amerikaauswanderung im 19. und 20. Jahrhundert, Forschungsstand, Methoden, Quellen. Mit Fallstudien aus Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1981.
- 68 *Peter Assion*, Von Hessen in die Neue Welt. Eine Sozial- und Kulturgeschichte der hessischen Amerikaauswanderung mit Text und Bilddokumenten, Frankfurt/Main 1987.

spiel von fast 150 Familien untersuchte Walter D. Kamphoefner den Weg nordwestdeutscher Auswanderer nach Missouri während des 19. Jahrhunderts und die Schicksale dieser Menschen in der neuen Heimat. Er zeigte dabei, wie stark der Entschluß zum Weggehen von den Informationen schon Ausgewanderter bestimmt wurde, belegte also sorgfältig das Phänomen der Kettenwanderung. Die Akkulturationsprobleme hatten in seiner fruchtbaren Studie zentrale Bedeutung, er machte deutlich, daß das Hineinwachsen in die aufnehmende Gesellschaft durchaus schichtenspezifisch verlief; ehemalige Angehörige höherer Schichten in Deutschland gliederten sich schneller und bereitwilliger ein. Die Arbeit, eine 1978 an der Staatsuniversität von Missouri angenommene Dissertation, erschien zuerst in leicht gekürzter deutscher Fassung und erst Jahre später auch in Amerika. Die Bezeichnung 'Westfalen' gilt nicht im Sinne der früheren preußischen Provinz, sondern meint auch Bewohner angrenzender hannoverscher Gebiete mit⁶⁹. Mit der Auswanderung aus den seit dem frühen 19. Jahrhundert bayerischen Teilen Schwabens zwischen 1803 und 1914 befaßte sich Wolfgang Knabe in seiner Habilitationsschrift; er beschränkte sich dabei auf die Motivation der Migranten, auf die soziologischen Strukturen des Prozesses und auf die Schwierigkeiten der Reise, während die mit der Ankunft im Zielland gegebenen Probleme nur kurz berührt wurden⁷⁰. Auf dem Würzburger Historikertag 1980 beschäftigte sich eine Sektion mit der Sozialisation deutscher Einwanderer in den USA bis zum Ersten Weltkrieg. Beteiligt waren Moltmann, Bretting, Doerries, Adams und Schöberl. In mehreren Veröffentlichungen untersuchte und beleuchtete Hartmut Keil die deutsche Arbeiterschaft in Chicago von der Mitte des 19. Jahrhunderts an bis zum Ersten Weltkrieg; genannt sei vor allem die facettenreiche und alle Lebenssphären einbeziehende Dokumentation der dortigen deutschen Ar-

69 *Walter D. Kamphoefner, Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert, Münster 1982; ders., The Westfalians. From Germany to Missouri, Princeton/NJ 1987.*

70 *Wolfgang Knabe, Aufbruch in die Ferne. Deutsche Auswanderungen nach Amerika, Afrika, Asien und Australien zwischen 1803 und 1914 am Beispiel 'Bayerisch-Schwaben', Berlin 1991.*

beiterkultur⁷¹. Eine instruktive Quellensammlung zur deutsch-amerikanischen Wanderungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts lieferte Wolfgang J. Helbich. Zusammen mit Kamphoefner und U. Sommer gab er zudem sehr lesenswerte Briefe von Deutsch-Amerikanern in die alte Heimat heraus⁷².

Viele Immigranten sahen keineswegs alle ihre Blümenträume reifen. Manch einer war enttäuscht und kehrte, wenn er die Mittel dazu aufbringen konnte, nach Deutschland zurück. Andere kamen wieder, weil sich ihre Erwartungen in reichem Maße erfüllen und sie sich so ein auskömmliches Leben in der Heimat leisten konnten, und wieder andere folgten dem Heimweh. Die Rückwanderung, ein zahlenmäßig keineswegs geringfügiger Vorgang, wurde lange von der Historiographie wenig beachtet. Eine erste bedeutende Annäherung an dieses Thema publizierte 1960 der 1933 emigrierte Historiker Alfred Vagts mit besonderer Berücksichtigung des 20. Jahrhunderts. Er wies dabei auf die Massenhaftigkeit auch dieses Phänomens hin, beschränkte sich selbst aber konkret im wesentlichen auf die Rückkehr von Angehörigen des Bildungsbürgertums. Künstler, Wissenschaftler, Politiker – das war der Personenkreis, auf den er vor allem blickte. Der durchschnittliche Auswanderer blieb unbeachtet⁷³. Als Günter Moltmann sich mit der Auswande-

71 Die Sozialisation europäischer Einwanderer in den Vereinigten Staaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, *Amerikastudien*, Jg. 27, 1982, Heft 3; *Hartmut Keil* (unter Mitarbeit von *John B. Jentz*), *Deutsche Arbeiterkultur in Chicago von 1850 bis zum ersten Weltkrieg. Eine Anthologie*, Ostfildern 1984; *Hartmut Klein/John B. Jentz* (Hrsg.), *German Workers in Chicago. A documentary History of Working Class Culture from 1850 to World War I*, Urbana/Chicago 1988, vgl. dazu die von *Keil* und *Jentz* herausgegebene Aufsatzsammlung *German Workers in Industrial Chicago 1850-1910. A Comparative Perspective*, DeKalb 1983, die freilich nicht allein auf Chicago bezogen ist.

72 "Alle Menschen sind dort gleich...". Die deutsche Amerika-Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1988; *ders./W. D. Kamphoefner/U. Sommer* (Hrsg.), *Briefe aus Amerika. Deutsche Auswanderer schreiben aus der Neuen Welt, 1830-1930*, München 1988.

73 *Alfred Vagts*, *Deutsch-Amerikanische Rückwanderung. Probleme – Phänomene – Statistik – Politik – Soziologie – Biographie*, Heidelberg 1960.

rung zu beschäftigen begann, bezog er die Rückkehr sogleich in seine Überlegungen mit ein. In einem Vortrag vor dem amerikanischen Historikertag 1978 stellte er die Probleme der Return-Migration zur Diskussion und verwies zur Lösung der Quantifizierungsprobleme auf die Schiffahrtspassagierlisten der HAPAG und des Norddeutschen Lloyd. Er konnte zeigen, daß die Bewegung in ihrem Verlauf eine beachtliche Parallele zu den westwärts gerichteten Migrationen hatte⁷⁴. Schließlich bedauerte er, daß das Thema bisher so geringes öffentliches Interesse gefunden habe. In den seither verflossenen anderthalb Jahrzehnten hat sich daran wenig geändert. Die 1992 von Winfried Folz vorgelegte Untersuchung von 636 pfälzischen Remigranten in den Jahren 1835 bis 1870 steht noch immer ziemlich allein. Auch Folz kam zu dem Ergebnis, daß die Aus- und Rückwanderungskurven im Verlauf fast identisch sind. Er zeigte, daß der Entschluß zur Rückkehr sehr wesentlich von einem starken Gefühl des Ausgegrenztseins bestimmt war, daß zu diesen Akkulturationsproblemen aber andere Faktoren kamen. Zumeist wurde die Entscheidung zur Abreise schon nach wenigen Jahren gefaßt. Natürlich fragte Folz auch nach der Reintegration der Zurückgekehrten in der Pfalz; er stellte fest, daß dabei gemeinhin besondere Probleme nicht auftraten⁷⁵. Zur Amerika-Wanderung des 18. Jahrhunderts sei neben den im Zusammenhang mit dem Hamburger Forschungsprojekt schon erwähnten Arbeiten von Brinck und Grabbe noch die gründliche Studie genannt, die Aaron Fogleman vor kurzem den Niederlassungen und Binnenwanderungen der Deutschen in Pennsylvanien zwischen 1717 und 1775 widmete. Seine erste Beschäftigung mit den Migrationen galt wenige Jahre vorher am Beispiel von vier sorgfältig ausgewählten typischen Gemeinden dem Abzug aus Südbaden, ebenfalls im 18. Jahrhundert⁷⁶.

74 *Günter Moltmann*, American-German Return-Migration in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: *Central European History*, XIII, 1980, S. 378-392.

75 *Winfried Folz*, Pfälzer Rückwanderer aus Nordamerika. Schicksale, Motive, Reintegration, Mainz 1992.

76 *Aaron S. Fogleman*, Hopeful journeys. German immigration and settlement in greater Pennsylvania, 1717-1735, Ph.D. University of Michigan 1991; *ders.*, Die Auswanderung aus Südbaden im 18. Jahrhundert, in: *Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins*, 106, 1987, S. 95-162.

Im 18. Jahrhundert blieb die größere Zahl der aus Deutschland Auswandernden in Europa⁷⁷. Diese Menschen zogen vor allem in die Donauländer. Auch dieser Bereich fand naturgemäß in den zurückliegenden Jahrzehnten kontinuierlich wissenschaftliche Aufmerksamkeit. In einer stattlichen Reihe von Veröffentlichungen beschäftigte sich Werner Hacker mit den südwestdeutschen Wanderungen der frühen Neuzeit. Es ging ihm dabei um eine lückenlose namentliche Erfassung der Migranten, und diesem Unternehmen widmete er Jahrzehnte mühevoller Archivarbeit⁷⁸. Genannt sei ferner das 1974 von Anton Tafferner herausgegebene Quellenbuch zur donauschwäbischen Geschichte⁷⁹. In dem großangelegten Überblick über die Migrationen aus dem deutschen Südwesten, den Lowell Colton Bennion 1971 vorlegte, spielte die Südostrichtung naturgemäß eine große Rolle⁸⁰.

Obwohl der deutsche Nordosten schon bald nach der Mitte des 19. Jahrhunderts in die Wanderungen mit einbezogen wurde und sich

77 Versuch einer Schätzung bei *Hans Fenske*, *International Migration: Germany in the Eighteenth Century*, in: *Central European History*, XIII, 1980, S. 332-347, bes. S. 343 ff.

78 *Werner Hacker*, *Auswanderungen aus dem früheren Hochstift Speyer nach Südosteuropa und Übersee im XVIII. Jahrhundert*, Kaiserslautern 1969; *ders.*, *Auswanderung aus dem Raum der späteren Hohenzollernschen Lande nach Südosteuropa im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Dokumentation*, in: *Zeitschrift für Hohenzollernsche Geschichte*, Bd. 5, 1969, S. 47-220; *ders.*, *Auswanderer vom Oberen Neckar nach Südosteuropa im 18. Jahrhundert*, München 1970; *ders.*, *Auswanderungen aus dem südöstlichen Schwarzwald zwischen Hochrhein, Baar und Kinzig insbesondere nach Südosteuropa*, München 1975; *ders.*, *Auswanderungen aus dem nördlichen Bodenseeraum im 17. und 18. Jahrhundert*, archivalisch dokumentiert, Singen 1975; *ders.*, *Auswanderer aus dem Territorium der Reichsstadt Ulm, vor allem im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert*, in: *Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst*, 42/43, 1978, S. 161-257; *ders.*, *Auswanderungen aus Baden und dem Breisgau*, Stuttgart 1980; *ders.*, *Auswanderungen aus Rheinpfalz und Saarland im 18. Jahrhundert*, Stuttgart 1987.

79 *Anton Tafferner* (Hrsg.), *Quellenbuch zur donauschwäbischen Geschichte*, München 1974.

80 *Lowell Colton Bennion*, *Flight from the Reich. A geographic Exposition of Southwest German Emigration 1683-1815*, Ph.D. Syracuse University 1971.

schnell zum wichtigsten Quellgebiet der Migrationen in den folgenden Jahrzehnten entwickelte, wurde der Abzug von dort von der Wissenschaft sehr lange kaum beachtet. Das hatte einen ganz einfachen Grund. Als diese Provinzen Deutschland 1945 verloren gingen, war der Zugang zu den dortigen Quellen naturgemäß sehr stark erschwert. Unter diesen Umständen konnten Studien vergleichbar denen von Hippels für Württemberg oder Kamphoefners für Nordwestdeutschland über diesen großen Raum schwerlich geschrieben werden. Leichter erreichbar waren hingegen die bei den Zentralbehörden angefallenen Akten. Gestützt auf sie und auf das umfangreiche gedruckte Material erarbeitete Klaus J. Bade eine gründliche Untersuchung der den Nordosten, also Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Brandenburg und Mecklenburg betreffenden Wanderungen zwischen 1880 und 1914, die sich dadurch auszeichnete, daß es hier eben nicht nur um die Auswanderung, sondern auch um alle anderen Migrationen (Ein-, Binnen- und temporäre Arbeitskräftewanderungen) ging⁸¹. Dies war ein Teilbereich aus einem breiter angelegten Untersuchungsfeld. Bade beschäftigte sich für das halbe Jahrhundert von 1879 bis 1929 mit den genannten Migrationen für ganz Deutschland und habilitierte sich mit diesem Thema schließlich in Erlangen. Die umfangreiche Studie⁸² ist noch nicht gedruckt, jedoch legte der Autor den Ertrag seiner Forschungen in zahlreichen und z.T. sehr ausführlichen Aufsätzen vor⁸³. Bei dem Gesamtkomplex handelt es

81 Siehe vor allem *Klaus J. Bade*, Massenwanderung und Arbeitsmarkt im deutschen Nordosten von 1880 bis zum Ersten Weltkrieg. Überseeische Auswanderung, interne Abwanderung und kontinentale Zuwanderung, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XX, 1980, S. 265-323.

82 *Klaus J. Bade*, Transnationale Migration und Arbeitsmarkt 1879-1929, Studien zur deutschen Sozialgeschichte zwischen Großer Depression und Weltwirtschaftskrise, Habilitationsschrift Erlangen 1979.

83 *Klaus J. Bade*, German Emigration to the United States and Continental Immigration to Germany in the Late Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: *Central European History*, XIII, 1980, S. 348-377; *ders.*, "Preußengänger" und "Abwehrpolitik". Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XXIV, 1984, S. 91-162; *ders.*, Arbeiterstatistik zur Ausländerkontrolle: die 'Nachweisungen' der preußischen Landräte über den "Zugang, Ab-

sich um eine Pionierleistung ersten Ranges. Auch nach dem Abschluß der Habilitationsschrift und der Publikation der über sie berichtenden Abhandlungen widmete Bade der Migrationsproblematik einen großen Teil seiner Arbeitskraft. Er befaßte sich mit den Zwangsarbeitern beider Weltkriege, den Gastarbeitern in der Bundesrepublik, den Flüchtlingen und Vertriebenen und ihrer Integration in Westdeutschland, ferner mit den Aussiedlern und schließlich mit der Tatsache, daß die Bundesrepublik zunehmend zum begehrten Einwanderungsziel wird. Über den Weg Deutschlands vom Aus- zum Einwanderungsland informierte er 1983 in einer kleinen Schrift⁸⁴, über die vielerlei Aspekte dieses Prozesses in zahlreichen Aufsätzen. Auch brachte er wiederholt Sachkenner zu Gemeinschaftswerken zusammen⁸⁵, deren einstweilen letzter eine bisher nicht vorliegende Gesamtdarstellung aller Deutschland betreffenden Migrationen aus einer Feder recht gut ersetzt⁸⁶.

Schon um 1960 war der Kenntnisstand über die Wanderungen der Deutschen durchaus nicht unbefriedigend. Beim Rückblick auf die dem Komplex seither gewidmeten Arbeiten besteht aller Grund zur Freude. Es wurden umfängliche Materialien erschlossen und mit differenzierten Fragestellungen bearbeitet, so daß ein reicher Forschungsertrag eingebracht werden konnte. Aber auch jetzt noch stellen sich auf diesem Felde Aufgaben genug.

gang und Bestand der ausländischen Arbeiter im preußischen Staate" 1906-1914, in: ebenda., S. 163-284.

84 *Klaus J. Bade, Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980, Berlin 1983.*

85 *Klaus J. Bade (Hrsg.), Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde, Ostfildern 1984.*

86 *Klaus J. Bade (Hrsg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland, Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992.*